

Die Ortenau

Veröffentlichungen
des Historischen Vereins für Mittelbaden

59. Jahresband 1979



OFFENBURG/BADEN
VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

ISSN 0342-1503

EINLADUNG ZUR
JAHRESVERSAMMLUNG
DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

am 21. Oktober 1979

in Lahr

- 8.30 Uhr: Geschäftliche Sitzung
im großen Sitzungssaal der Luisenschule, Rathausplatz 7
- 10.00 Uhr: Empfang des Vorstandes durch Oberbürgermeister Dr. Brucker in
der Säulenhalle des Rathauses
- 10.30 Uhr: Festsitzung im Pflugsaal, Kaiserstraße 41
mit Vortrag von Dr. Christoph Bühler, Heidelberg/Lahr:
**„Die mittelalterliche Stadt Lahr im Spannungsfeld von Herr-
schaft und Familie“**
Musikalische Umrahmung: Jugendmusikschule Lahr
- 12.30 Uhr: Mittagessen in Gasthäusern der Stadt
(siehe Orientierungsplan)
- 14.30 Uhr: Altstadt-Rundgang (Beginn am Rathaus)
mit Besuch der Ausstellung „700 Jahre Stadt Lahr“
im alten Rathaus (Dr. Brucker)
– Alternativprogramm bei Regen vorgesehen –
- 16.30 Uhr: Besuch der Stiftskirche mit Denkmalhof und der großen Orgel
(Silbermann-Monument)
(Dr. Brucker, Bezirkskantor Wacker)
Ausklang im Nebenzimmer des Hotels Schulz

Der Oberbürgermeister
der
Stadt Lahr
Dr. Philipp Brucker

Der Vorsitzende
des
Historischen Vereins für Mittelbaden
Wilhelm Mechler

Die Ortenau

Veröffentlichungen
des Historischen Vereins für Mittelbaden

59. Jahresband 1979



OFFENBURG/BADEN
VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

ISSN 0342 - 1503

INHALT

Oberbürgermeister Dr. Philipp Brucker: Willkommen in Lahr!	4
Ehrenmitglied Wilhelm Gräßlin, Kork, zum Gedenken (Wilhelm Mechler)	5
Jahresberichte 1977 und 1978/79 (Manfred Hildenbrand)	7
Berichte der Mitgliedergruppen 1977 und 1978	10
Berichte der Arbeitskreise 1977 und 1978	18
Landrat Dr. Gerhard Gamber: Der Ortenaukreis in den Jahren 1977 und 1978	23
Hans Harter: Die Herren von Wolfach und ihre Herrschaft Festvortrag auf der Jahreshauptversammlung am 16. Oktober 1977 in Wolfach	28
Hugo Ott, Franz Joseph Ritter von Buß, seine Persönlichkeit und seine Bedeutung für die Gegenwart Rede, gehalten aus Anlaß des 100. Todestages am 25. 2. 1978 in Zell am Harmers- bach	53
Ernst Engelberg, Kleine und große Welt im Leben und Wirken des Haslacher Bürgers Wilhelm Engelberg (1862–1947) Über Traditionen der badischen Revolution von 1848/49	69
Erwin Dittler, August Wilhelm Lamey (1772–1861), der Franke am Rheinstrom	119
Gustav Albiez, Eisenerzgrube Kahlenberg bei Ringsheim/Südbaden	137
Erwin Dittler, Jacob Anton Derndinger (1779–1850) Bergbauunternehmer und Glasfabrikant aus Ichenheim	165
Hermann Schmid, Zur Geschichte des Franziskaner-Reformaten-Hospizes und der nachmaligen Langsdorffschen und Kesselmeyerschen Textilmanufaktur in Seelbach im Schwarzwald (1732–1824)	186
Hermann Fautz, Aus Schiltachs Vergangenheit Ein Beitrag zum Schiltacher Schulwesen im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert	208
Kurt Klein, Noble Herren und Damen gaben den Rahmen Ein altes Buch gibt einen interessanten Aufschluß über die Mitglieder der vor 200 Jahren gegründeten Hausacher Herz-Jesu-Bruderschaft	215
Kurt Klein, Der Fischerbach, früher eine wichtige Grenze	218
Adalbert Ehrenfried OFM Cap, Bildstöcke und Wegkreuze im Kirchspiel Zell a. H. und Nordrach	221
Thomas Kopp, War Zell „Reichsstadt“ oder „Freie Reichsstadt“? Die gleiche Frage gilt für Offenburg und Gengenbach	227
Ludwig Lauppe †, Kriegsgeschehen am Oberrhein 1620/22	236

Wilhelm Schadt †, Heimatforscher Fritz Jockers, Hesselhurst.	249
Fritz Jockers, Aus alten Erbteilregistern	250
Carl Helmut Steckner, Die Kehler Festung von 1681. Ein Beitrag zu Vaubans Befestigungstechnik	256
Carl Helmut Steckner, Römischer Siedlungsfund in Auenheim	261
Johannes Werner, Simplicissimus als Narr	262
Suso Gartner, Hornisgrinde – Versuch einer neuen Namensdeutung.	266
Otto Gartner, Regesten der Herren von Windeck (1431–1439)	269
Besprechungen und Hinweise.	278
Anschrift der Autoren	308



Willkommen in Lahr!

Zur Jahresversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden e. V. heiße ich alle Teilnehmer im Namen der gastgebenden Stadt Lahr, ihres Gemeinderates und ihrer ganzen Bürgerschaft herzlich willkommen.

Daß der Historische Verein in diesem Jahr unsere Stadt als Ort dieser Versammlung gewählt hat, erfüllt uns mit besonderer Freude. Dies ist nicht allein deshalb der Fall, weil sich Lahr mit dem Verein, seinen bedeutsamen Zielen und seinem verdienstvollen Wirken in enger Weise und dankbar verbunden weiß und über eine regsame Mitgliedergruppe manches zu seiner Arbeit beitragen darf. Das Jahr 1979 hat für unsere lokale Geschichte und damit gewiß auch für den Historischen Verein nicht zuletzt dadurch Bedeutung und Gewicht, daß wir zusammen mit der Jahresversammlung ein unverhofftes Jubiläum begehen dürfen: Erst in den letzten Monaten konnte eine Urkunde ermittelt werden, in der das Jahr 1279 als Zeitpunkt der ersten greifbaren Erwähnung Lahrs als Stadt bestätigt wird.

Wenn nun somit die Tagung des Historischen Vereins in Lahr zugleich zu einer kleinen Feier der nunmehr 700jährigen Stadt wird, so möge dies ein gutes Omen für den ertragreichen und harmonischen Verlauf der Veranstaltung sein, den ich ihr aufrichtig wünsche und zu dem wir nach besten Kräften beitragen wollen.

Dr. Philipp Brucker
Oberbürgermeister der Stadt Lahr



Ehrenmitglied Wilhelm Gräßlin, Kork, zum Gedenken

Nur wenige Wochen nach dem Tod seiner Frau starb im Alter von nahezu 90 Jahren am 16. Mai 1978 das Ehrenmitglied unseres Vereins, Oberlehrer Wilhelm Gräßlin. Wie seine in den Jahren zuvor verstorbenen Kollegen Gottlob Schlörer, Diersheim, und Wilhelm Schadt, Legelshurst, hat er sich – über die Erfüllung seiner Pflichten als Erzieher hinaus – der Erforschung und der Darstellung der Vergangenheit des Hanauerlandes verschrieben: die Beschäftigung mit der Heimatgeschichte ist ihm Berufung und Erfüllung geworden.

Der in Weisweil Geborene befaßte sich bereits vor dem ersten Weltkrieg als „Unterlehrer“ in Kork und in Blansingen am Isteiner Klotz mit der Vergangenheit dieser Gemeinden. Nach der Teilnahme an diesem Kriege wurde er Hauptlehrer in Kork und das Hanauerland ihm zur zweiten Heimat.

In vielen Jahrzehnten und in völliger Uneigennützigkeit diente er der Gemeinschaft und vielen einzelnen Menschen als Vorsitzender der Lesegesellschaft, der Volkshochschule und der Lehrerschaft des Hanauerlandes, als ehrenamtlicher Pfleger der Ur- und Frühgeschichte. Als allzeit Schaffensfroher ließ er die Mitmenschen, die Mitglieder unseres Vereins und der Arbeitsgemeinschaft Hanauer Museum Kehl teilhaben an dem von ihm Erforschten und Erkannten. Er bearbeitete im Auftrage

unseres Vereins das „Historisch-topographische Ortslexikon der Stadt- und Landgemeinden des Kreises Kehl“. Nach gründlichen Vorarbeiten gab er das Heimatbuch „Vom Rhein zum Schwarzwald“ heraus, ein wertvolles Handbuch über die Vergangenheit der Gemeinden des früheren Landkreises Kehl. Er veröffentlichte in unserem Jahrbuch „Die Ortenau“ das äußerst aufschlußreiche Tagebuch des Korker Amtsschultheißen Zuflucht über die so bewegte und leidvolle Zeit von 1793 bis 1815. In mehreren handlichen Bänden in Maschinenschrift hinterließ er der Ortschaft Kork weitere Ergebnisse seiner Forschungen, so über die Geschlechter und Familien, über die Beteiligung der Hanauer an der deutschen Revolution 1848/49, über Schule, Kirchspiel Kork und Rathaus.

Der bescheidene und stille Forscher und Freund, dem Sohn, Tochter und Schwiegersohn im Tode vorausgegangen sind, durfte zeit seines Lebens viele Anerkennungen erfahren: die Ehrenmitgliedschaft unseres Vereins, das Bundesverdienstkreuz am Bande und die Ehrenbürgerschaft seiner Gemeinde Kork.

Wir alle danken ihm für Treue und Freundschaft.

Wilhelm Mechler

Unsere Ehrenmitglieder

Dr. Karl Asal, Professor, Ministerialrat a. D., Freiburg, Alemannenstr. 63
Paul Braun, Elektromeister, Baden-Baden, Lange Straße 68 a
Hermann Fautz, Gewerbeschulrat a. D., Überlingen, H.-Emerich-Str. 22
Otto Foshag, Verleger, Kehl am Rhein, Kinzigstr. 25
Dr. Karlleopold Hitzfeld, Rektor a. D., Offenburg, Straßburger Straße 47
Thomas Kopp, Landwirtschaftsschulrat a. D., Zell a. H., Gartenstraße 20
Josef Krausbeck, Heimatpfleger, Wolfach, Kleine Dammstraße
Hermann Schilli, Studienprofessor a. D., Freiburg i. Br., Bayernstr. 8
Erwin Schopferer, Konrektor a. D., Oppenau, Am Bürgerwald 8
Wilhelm Vajen, Kaufmann, Oberkirch, Stadtgartenstraße 9

Jahresberichte 1977 und 1978/79

Der Historische Verein für Mittelbaden führte seine 57. Jahreshauptversammlung am Sonntag, dem 16. Oktober 1977, in Wolfach durch. Der Vorsitzende des Historischen Vereins, Oberstudiendirektor i.R. Wilhelm Mechler, konnte bei der Festsitzung im Rathaussaal in Wolfach eine große Anzahl von Mitgliedern aus den verschiedenen Mitgliedergruppen sowie mehrere Ehrenmitglieder und zahlreiche Gäste willkommen heißen, unter ihnen Regierungspräsident Dr. Person, Kreisverwaltungsrat Schulze als Vertreter des Landrates, Bürgermeister Martin (Wolfach) sowie Professor Schilli, den Schöpfer des Freilichtmuseums „Vogtsbauernhof“. In seiner Begrüßungsansprache ging Wilhelm Mechler auf die vielfältige Arbeit des Historischen Vereins für Mittelbaden, seine Aufgaben und Ziele ein. Das zu Ende gehende Stauferjahr habe dazu beigetragen, daß in der Südwestecke Deutschlands das Geschichtsbeußtsein gefördert worden sei. Der Historische Verein lege großen Wert darauf, daß auch die Zeitgeschichte kritisch gewürdigt werde. Worte des Lobes fand Wilhelm Mechler für den Obmann der Wolfacher Mitgliedergruppe, Josef Krausbeck, der die Bezeichnung „Heimatspfleger“ im wahrsten Sinne des Wortes verdiene.

Im Namen der Stadt Wolfach begrüßte Bürgermeister Martin die Festgäste. Mit kriminalistischem Spürsinn enthüllte Studienrat Hans Harter (Mengen) in seinem Festvortrag über „Die Herren von Wolfach und ihre Herrschaft“ (der Vortrag ist in der „Ortenau“ 1979 abgedruckt) die Frühgeschichte Wolfachs und des Kinzigtals, wobei er so manche Legende in das Reich der Sage verwies. Am Nachmittag hielt Josef Krausbeck unter Mitarbeit von Martin Rupprecht einen Farblichtbildervortrag über die Kinzig-Flößerei.

In der geschäftlichen Sitzung der Jahreshauptversammlung gab Wilhelm Mechler einen Rechenschaftsbericht, in dem er auf die zahlreichen Aktivitäten der einzelnen Mitgliedergruppen einging. Der Wirkungsbereich des Historischen Vereins für Mittelbaden reiche von Rastatt bis Ettenheim und vom Hanauerland bis ins Kinzig- und Gutachtal. Die Mitgliedergruppe Rastatt habe mit Gerhard Hoffmann und die Mitgliedergruppe Ettenheim mit Oberstudienrat Klug neue Obmänner bekommen. An die geschäftliche Sitzung schloß sich ein Empfang der Stadt Wolfach an. Der Nachmittag klang aus mit einer Besichtigung des Wolfacher Museums sowie einer Stadtführung mit Josef Krausbeck.



Vorsitzender Wilhelm Mechler verabschiedet den langjährigen Geschäftsführer und Rechner Heiner Krum.

Am Sonntag, dem 15. Oktober 1978, trafen sich die Mitglieder des Historischen Vereins für Mittelbaden zur 58. Jahreshauptversammlung in Bühl. Die Festsitzung fand in der Bühler Stadthalle statt. Bühls Oberbürgermeister E. Burger konnte unter den Gästen auch den Regierungspräsidenten von Karlsruhe, Dr. Trudpert Müller, und Abgeordnete des Raumes begrüßen. Der Vorsitzende des Historischen Vereins, Oberstudiendirektor i. R. Wilhelm Mechler, entwarf ein Bild vom Arbeitsfeld des Historischen Vereins und seinen 26 Mitgliedergruppen und Arbeitsgemeinschaften. In Oberharmersbach sei eine neue Mitgliedergruppe gegründet worden.

Den Festvortrag hielt der leitende Staatsarchivdirektor vom Generallandesarchiv Karlsruhe Dr. H. G. Zier über das Thema „Vom Obst- und

Weinbau in der Bühler Gegend gestern und heute“. In der geschäftlichen Sitzung, die im großen Sitzungssaal stattfand, wurde der verwaiste Posten des Redakteurs der „Ortenau“ neu besetzt. Studiendirektor i. R. Hugo Schneider (Achern) erklärte sich bereit, dieses Amt interimistisch zu übernehmen und wurde einstimmig zum neuen Redakteur der „Ortenau“ gewählt. In Anbetracht der gestiegenen Kosten für die Drucklegung der „Ortenau“ konnten die Obleute der 26 Mitgliedergruppen nicht umhin, den Jahresbeitrag, der zugleich Preis für die „Ortenau“ ist, von 15 auf 20 Mark zu erhöhen. Außerdem wurde eine Kommission gebildet, die einen neuen Satzungsentwurf erarbeiten soll. Am Nachmittag fand eine Besichtigung des Bühler Museums statt. Danach wurde eine Exkursion zur Barockkirche Kappelwindeck und zur Burg Alt-Windeck durchgeführt.

Zu einer Arbeitsitzung trafen sich am 10. März 1979 die Obleute und Mitarbeiter der 28 Mitgliedergruppen des Historischen Vereins in Offenburg-Griesheim. In seinem Rückblick auf das vergangene Jahr würdigte Vorsitzender Wilhelm Mechler die vielfältige Arbeit der Mitgliedergruppen. In Meißenheim und Rheinmünster-Schwarzach seien neue Mitgliedergruppen gegründet worden. Der Sonderband der „Ortenau“ mit dem Titel „Die Klöster der Ortenau“ habe großen Anklang gefunden.

Nach neunjähriger Tätigkeit gab Oberstudiendirektor i. R. Heiner Krum das Amt des Geschäftsführers und Rechners ab. Sein detaillierter Kassenbericht bewies, daß die Finanzen des Historischen Vereins bei ihm in besten Händen lagen. Die beiden Kassenprüfer Dr. Ebner und Buchhändler Roth bescheinigten dem scheidenden Rechner eine gewissenhafte und einwandfreie Kassenführung. Heiner Krum hinterlasse ein gutes Kassenpolster. Auch Vorsitzender Mechler lobte die großen Verdienste, die sich Heiner Krum um den Historischen Verein erworben habe. Er habe das schwere Amt des Geschäftsführers und Rechners zu aller Zufriedenheit ausgefüllt. Mit großer Umsicht und Gewissenhaftigkeit habe Heiner Krum sich stets für die Belange des Historischen Vereins eingesetzt. Dafür gebühre ihm aufrichtiger Dank. Vorsitzender Mechler überreichte ihm ein wertvolles Präsent.

Zu Heiner Krums Nachfolger wurde einstimmig Kreisoberverwaltungsrat Theo Schaufler gewählt. Nach den Worten von Wilhelm Mechler plant man, ein Register aller Ortenaubände seit 1910 herauszugeben. Ausführlich wurde der von der Satzungskommission erarbeitete Satzungsentwurf diskutiert. Die neue Satzung des Historischen Vereins für Mittelbaden soll bei der Jahreshauptversammlung in Lahr beschlossen werden.

Manfred Hildenbrand

Berichte der Mitgliedergruppen

Achern

1977

In Verbindung mit dem Schwarzwaldverein Kunstfahrt in das Unterelsaß (Surburg, Walburg, Hagenau, Lichtenberg, Buchweiler, Neuweiler)

1978

Wieder zusammen mit dem Schwarzwaldverein Kunstfahrt in das Oberelsaß (Ottmarsheim, Rufach, Gebweiler, Murbach, Lautenbach)

In Verbindung mit der Volkshochschule Vortrag über das Straßburger Münster (Mechler)

Appenweier

1977

Herausgabe des Appenweierer Heimatblattes

Vortrag von K. Maier, Die Staufer und ihre Zeit; im Anschluß daran Besuch der Stauferausstellung in Stuttgart

Halbtagesfahrt nach Lahr (Storchenturm), zur Geroldseck und nach Biberach (Heimatmuseum)

1978

Herausgabe des Appenweierer Heimatblattes

Halbtagesfahrt nach Kippenheim, Herbolzheim, Kenzingen, Emmendingen (Heimatmuseum), Hochburg bei Emmendingen

Filmjahresbericht: Ein Jahr vergeht – 1978 (K. Maier)

Baden-Baden

vgl. Mitgliedergruppe Steinbach-Yburg

Zahlreiche Führungen durch die von der Mitgliedergruppe zusammengestellte und betreute geologische Lagersammlung

Bühl

1978

Ausrichtung und Durchführung der Jahreshauptversammlung 1978 sowie der damit verbundenen Besichtigungen (Heimatmuseum, Kirche Kappelwindeck, Burg Altwindeck)

Biberach

1977

Heimatgeschichtliche Wanderung von Biberach nach der mittelalterlichen Bergwerksstadt Prinzbach: Besichtigung der noch heute im Gelände sichtbaren Reste der ehemaligen Stadt (Ringmauer, Tore, Badbrunnen) sowie der Torturmkirche

Wanderung zu den sog. Keltensteinen im Danterbach (Th. Kopp, Zell)

Mitarbeit an der Umgestaltung des alten Kirchturms in eine Kriegergedächtnisstätte

1978

Übergabe der Kriegergedächtnisstätte an die Öffentlichkeit durch J. Bühler

Lichtbildervortrag über die Geschichte der Ortenau (W. Mechler) bei der Jahreshauptversammlung

Sicherstellung von Funden:

2 Mühlsteinfragmente im Kinzigvorgelände (Herkunft und Alter noch nicht endgültig geklärt).

Schlackenfunde in der Gemarkung Schmelzhöfe (vermutlich standen hier die Schmelzöfen, in denen das Biberacher Silbererz geschmolzen wurde). Kurzzeitige Freilegung von Teilen des mittelalterlichen Mauerrings von Prinzbach

Keramikscherben aus dem 12. und 13. Jahrhundert aus einer Baugrube

Freilegung einer Trockenmauer, die zur Abstützung des Bergwerkgeländes diente

Schlacken und Mauerreste im Untertal von Prinzbach (vermutlich Standort der Prinzbacher Hammerschmiede)

Ettenheim

Seit Herbst 1977 hat unsere Mitgliedergruppe einen neuen Vorstand: Bernd Klug, Ettenheim, Manfred Johner, Münchweier, Josef Naudascher, Mahlberg.

Die Mitglieder und Freunde unseres Vereins treffen sich alle Monate zum „Historischen Stammtisch“ im Nebenzimmer des Gasthauses „Ochsen“. In der Regel hält dabei ein Mitglied des Vereins einen kurzen Vortrag aus seinem Interessengebiet, worüber dann anschließend gesprochen werden kann. Auf diese Art soll ein regelmäßiger Gedankenaustausch zu geschichtlichen und heimatkundlichen Fragen ermöglicht werden. Bis jetzt ist es im „Historischen Stammtisch“ stets zu recht angeregten Gesprächen gekommen, was auch die Mitglieder persönlich enger zusammengeführt hat.

Kritische Auseinandersetzung mit der Rolle des Kardinals Rohan und der französischen Emigranten in Ettenheim (Dr. E. Dittler, Goldscheuer)

Die Fresken der Kirchen in Nimburg und Malterdingen (Pfarrer Renner, Kippenheim)

Die Gebrüder Fahrländer aus Ettenheim und die Revolution am Oberrhein (Dr. E. Dittler, Goldscheuer)

Sitten und Gebräuche der Altdorfer Juden, – ihr Schicksal während des Dritten Reichs.

Kontakte zu ehem. Altdorfer Juden in Israel (Maria Schwab, Altdorf)

Ausgrabung und Restaurierung der Kirnburg im Bleichtal (Hinn, Herbolzheim)

Geologischer Querschnitt durch Rheinebene und Schwarzwald (M. Johner)

Exkursion zu den keltischen Fliehburgen Heidenkeller und Giesenburg bei Ettenheimmünster (J. Naudascher)

Erwähnt werden muß noch die „Kulturhistorische Woche“ in Ettenheim, die im Okt. 78 stattgefunden hat. In diesem Zusammenhang wurden Kunstwerke aus dem Ettenheimer Raum in Ettenheim und Ettenheimmünster ausgestellt, ein Mundart- und ein Folkloreabend veranstaltet und schließlich unsere Stadt in einer Rundfunksendung vorgestellt. Die „Kulturhistorische Woche“ wurde zwar nicht vom Historischen Verein veranstaltet, aber fast alle diejenigen, die diese Woche in mühevoller Kleinarbeit ermöglicht haben, sind Mitglieder unseres Vereins. Die „Kulturhistorische Woche“ fand große Beachtung weit über Ettenheim hinaus.

Haslach

1977

Besuch der Stauferausstellung in Stuttgart. Als Vorbereitung dazu Vortrag von Dr. F. X. Vollmer, Das Kinzigtal in der oberrheinischen Politik der Staufer

Vortrag über Kaiser Karl IV. (Dr. E. Hillenbrand)

1978

Die Aktivitäten der Haslacher Mitgliedergruppe konzentrierten sich im Jahre 1978 ganz auf das große Stadtfest, das anläßlich der 700-Jahrfeier der Stadtrechtsverleihung vom 18. bis 20. August 1978 stattfand. Aus diesem Anlaß wurde vom Vorsitzenden der Haslacher Mitgliedergruppe ein Festbuch herausgegeben, das zahlreiche Beiträge zur Geschichte und zum Brauchtum Haslachs enthält.

Auch 1977 und 1978 wurden in der Haslacher Altstadt wieder einige Fachwerkhäuser freigelegt. Als Höhepunkt der denkmalpflegerischen Bemühungen wurde am 30. November 1978 die historische Altstadt Haslachs als Gesamtanlage unter Denkmalschutz gestellt. Die Renovierungsarbeiten am ehemaligen Kapuzinerkloster wurden weitgehend abgeschlossen. Als letzter Abschnitt wird jetzt noch die Klosterkirche restauriert werden. Auch die Einrichtung des überregionalen Trachtenmuseums im Klostergebäude steht kurz vor seinem Abschluß. In unermüdlicher Kleinarbeit hat eine Arbeitsgruppe unter Leitung von Rektor Alfred Schmid in den vergangenen Monaten Originaltrachten vom Schwarzwald bis zum Ried zusammengetragen und museumsmäßig ausgestellt. Auch zahlreiche Narrenkostüme sind zu sehen.

Hausach

1977

Praktische Heimatpflege: In freiwilligem Arbeitseinsatz wurde die Umgebung der Kreuzbergkapelle mit der Einsiedelei in Ordnung gebracht und der Heimatpfad am Dorschenberg ausgeputzt.

Die beim Rathausumbau aufgefundenen kunstvoll behauenen Steine wurden als vom oberen Stadttor stammend identifiziert und an der Außenfront sowie im Eingangsraum des Rathauses aufgestellt.

Ferner wies die Mitgliedergruppe die Stadtverwaltung darauf hin, durch geeignete Maßnahmen das Fachwerk der alten Gebäude am Fuß des Schloßberges wieder freizulegen. Die Gutacher Mitglieder des Vereins sorgten dafür, daß der Platz des Steinenbildstocks am Hurniseck wieder hergerichtet wurde. Ebenso brachten sie am Schänzle in Gutach-Turm eine eiserne Tafel an, die auf seine einstige Bedeutung als Zoll- und Wachturm hinweist. Aus Anlaß des Stauferjahres Vortrag von Dr. Vollmer über „Das Kinzigtal in der oberrheinischen Politik der Staufer“; im Anschluß daran Besichtigung der Stauferausstellung in Stuttgart.

Im Rahmen der Volkshochschule Vortrag von Schulrat Klein über „Rechts und links der Kinzig – unsere Heimat in Geschichte und Gegenwart“, außerdem „Heinrich Hansjakob, der schwarze Rebell aus dem Kinzigtal“

1978

Wanderfahrt „Zu Klöstern, Burgen und Schlössern abseits der großen Straßen“ (Hochburg bei Emmendingen, Tennenbach, Ettenheimmünster, Schmieheim-Judenfriedhof, Burgheim, Schuttern, Diersburg)

Fahrt zu den Burgen der Fünftälerstadt Schramberg (Falkenstein, Hohenschramberg, Schilteck)

Zusammen mit der Stadtverwaltung und der Bundesbahn Organisation des Festzuges „100 Jahre Eisenbahnlinie Hausach-Wolfach“

Am Fischerbach an der westlichen Hausacher Gemarkungsgrenze Anbringung einer Tafel zur Erinnerung, daß hier einst die Grenze zwischen der Ortenau und der Bertholdsbaar sowie zwischen der Straßburger und der Konstanzer Diözese verlief.

Ausstellung in den Schaukästen der Hausacher Geldinstitute „200 Jahre Herz-Jesu-Bruderschaft in Hausach“

Zusammen mit der Kirchengemeinde Gutach kirchengeschichtliches Seminar: „Die Christianisierung unserer Heimat“ (K. Klein) und „Die Reformation im württembergischen Gutachtal“ (A. Barth)

Kehl – Hanauerland

Auch in den beiden Jahren 1977 und 1978 wurden die meisten Vorträge und Fahrten in enger Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Kehl-Hanauerland unter der Leitung von Rudolf Zwahl veranstaltet

Vortragsreihe „Alemannische Dichtungen und Dichter am Oberrhein“ an 4 Abenden mit:
André Weckmann, Straßburg, Träger des Hebelpreises 1976
Dr. Philipp Brucker, Oberbürgermeister, Lahr
Karl Kurrus, Freiburg, Träger der Hebel-Gedenkplakette
Gerhard Jung, Lörrach, Träger des Hebelpreises 1974

Farbbildvorträge

Das Symbol in der Kunst (J. H. Maier, Obersasbach)
Vincent van Gogh (Dr. B. Hänel, Lörrach)
J. M. Moscherosch – über das Reisen, Vortrag in Willstätt (Prof. Dr. H. Schäfer, Schwäbisch Gmünd)
Orchideen unserer Heimat, (Dr. Ing. K. Mahler, Kehl)
Rom – die Ewige Stadt (Willi Hensle, Lahr)
Zur Territorialgeschichte des Schwarzwaldes: (Staatsarchivdirektor Dr. B. Otnad, Freiburg)
Bausteine und Steinbauten im Nordschwarzwald (Dr. R. Metz, Karlsruhe)
Leben und Reben am Kaiserstuhl (K. Kurrus, Freiburg)
Die Heuneburg bei Hundersingen an der Donau – ein frühkeltischer Adelsitz (Dr. E. Gersbach, Tübingen)
Die Staufer, (W. Mechler)
Die Reformation in Straßburg und Kehl (Bibliotheksrat Jean Rott, Straßburg)
Der Westfälische Frieden 1648 und das Elsaß (Stadtarchivdirektor Dr. F. J. Fuchs, Straßburg)
Wien und Budapest (Willi Hensle, Lahr)
Die Ortenau – Landschaft und Geschichte, Farbbildvortrag in Sundheim und in Leutesheim (W. Mechler)
Straßburg in Gegenwart und Vergangenheit, Farbbildvortrag in Lichtenau, Sundheim und Kehl (W. Mechler)
Feier zum 100. Geburtstag von Dr. Johann Beinert – Eckartsweier
Straßburgs Münster – Bischofskirche der Ortenau und Zeigefinger am Oberrhein, Farbbildvortrag in Kehl und Altenheim (W. Mechler)
Das Elsaß – Garten der Kostbarkeiten, Farbbildvortrag in Meißenheim, Lichtenau und Kehl (W. Mechler)
Straßburgs Bürgermeister Otto Back und Rudolf Schwander 1871–1918 (W. Mechler)
Tagesfahrt nach Heidelberg (Schloß, Kurpfälzisches Museum, Heiliggeistkirche) und Ladenburg
Fahrt ins Stauferland (Göppingen, Hohenstaufen, Rechberg: Dr. D. Kauß, Göppingen)
Zweitagesfahrt an den Bodensee (Reichenau, Überlingen, Meersburg, Salem, Heiligenberg, Birnau)
Landeskundliche Fahrt nach Schaffhausen, Waldshut und Säckingen
Tagesfahrt nach Karlsruhe: Generallandesarchiv Lt. Staatsarchivdirektor Dr. H. G. Zier; Landesbibliothek Oberbibliotheksrat Dr. W. Schulz und Landesmuseum im Schloß
Tagesfahrt in das Kinzigtal: Gengenbach, Haslach (Frau M. Schaettgen), Hausach (K. Klein), Zell a. H. (Th. Kopp)
Fahrt nach Mülhausen (Stoffdruck-Museum) und in den Sundgau (Prof. Dr. P. Stintzi, Mülhausen)
Zweitägige Fahrt nach Mainz, Oppenheim und Worms
Fahrt nach Rastatt (Wehrgeschichtliches Museum) und Besichtigung der beiden Museen in Hagenau (Bürgermeister André Traband, Hagenau)
Burgenfahrt in die Nordvogesen: Lützelstein, Lichtenberg, Wasigenstein, Fleckenstein und Weißenburg
Mehrere Abendfahrten nach Straßburg mit Besuch des Ton- und Lichtspieles im Münster (W. Mechler)
Mehrere Führungen in Straßburgs Kirchen und Museen

Einrichtung der Bilddokumentation „Moreau's Rheinübergang 1796 und die zweimonatige Belagerung Kehls“ durch H. Schneider, Kork, im Gasthaus „Ochsen“ Kork. mit Vorträgen von H. Schneider und W. Mechler
Ausstellung und Erklärung der von W. Fuchs, Auenheim, in Helmlingen gemachten römischen Funde durch ihn in Helmlingen und in Kehl
An Fahrten der VHS unter der Leitung von Rudolf Zwahl nahmen viele Mitglieder unseres Vereines teil: Osterfahrt nach Rom und Neapel, zwei Fahrten nach Wien und Budapest, neuntägige Fahrt nach Florenz, Siena, Pisa und Ravenna.

Neuried

6. 12. 1977 Gründungsversammlung der Mitgliedergruppe Neuried.
24. 2. 78 Erste Mitgliederversammlung
Treffpunkt des Arbeitskreises ist das „Türmel“, um dessen Ausgestaltung er sich besonders bemüht mit Unterstützung der Gemeinde

Vorträge:

Straßburgs Münster-Zeigefinger am Oberrhein (W. Mechler)
Geschichte der Rohrburger Mühle (W. Marx)
Patentbriefe in Altenheim im vorigen Jahrhundert (W. Marx)
Sitten und Brauchtum in Altenheim um 1890 (Fr. Strohsack nach einem Bericht von Hauptlehrer Reimuth)
Kunst und Geschichte im Geroldseckerland (W. Hensle, Lahr)
Der Handelsmann Derendinger (Dr. E. Dittler, Goldscheuer)
Besichtigungen: Straßburger Münster, Frauenhaus Museum (W. Mechler), Heimatmuseum Biberach (J. Bühler)

Oberharmersbach

10. 12. 1977: Gründung der Mitgliedergruppe Oberharmersbach im Gasthaus „Stube“. Wahl einer Vorstandschaft: Karl-August Lehmann (1. Vors.), Eugen Lehmann (2. Vors.), Otto Pfundstein (Schriftführer und Kassier). Beisitzer: Bürgermeister Ritter, Pfarrer Bühler, Rolf Stadelhofer.
Gemeinsam mit den Mitgliedergruppen Zell und Biberach: Fahrt nach Straßburg, Besuch des Münsters, Besichtigung der Stadt (Führung: Wilhelm Mechler).
Im ersten Jahr des Bestehens der Mitgliedergruppe wurde ein Arbeitskreis für die Restaurierung und Erfassung der Bildstöcke und Wegekreuze ins Leben gerufen.

Oberkirch

Die Mitgliedergruppe veranstaltete fast jeden Monat entweder einen Lichtbildervortrag meist heimatkundlichen Inhalts oder eine Fahrt mit Besichtigung von Kirchen, Schlössern, Burgen u. a.

1977

Fahrt in das Nagoldtal (Effringen, Kentheim, Neubulach mit Silberbergwerk, nach Rastatt (Heimatmuseum, Schloßkirche),
nach Ludwigsburg und zur Stauferausstellung nach Stuttgart,
nach Lothringen (Foudy, Senones, Moyemoutier, Etival, St. Dié),
zu den Ottrotter Schlössern,
zu den römischen Ausgrabungen bei Friesenheim,
in den nördlichen Breisgau (Herbolzheim, Hochburg bei Emmendingen, Tennenbach, Landeck),
nach Württemberg (Schwäbisch-Hall, Hohenloher Schlösser, Comburg, Murrhard),
Mehrtagesfahrt nach Kärnten
Vortrag von Guy Trendel (Straßburg) über die Burgenpolitik der Stauer im Elsaß

1978

Führung der Volkshochschule Köln nach Allerheiligen und Schwarzach
Fahrt an den Kaiserstuhl (Riegel, Merdingen, Staufen),
nach Buchenberg bei Königfeld,
nach Mannheim (Schloß) und Speyer,
ins Elsaß (Ottmarsheim, Landskron, Feldbach, Zeugdruckmuseum in Mülhausen sowie
nach Epfig und Andlau),
An den Bodensee (Reichenau, St. Gallen)
Mehrertagesfahrt an die Mosel (Trier u. a.)
Vorträge: W. Mechler, Die Ortenau – Landschaft und Geschichte, u. a.

Offenburg

1977

Vorträge und Exkursionen in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Offenburg

Vorträge:

Straßburg (W. Mechler), in Ergänzung Besuch des Frauenhausmuseums (W. Mechler)

Die Ausgrabungen in Schuttern (K. List, Lahr)

Die Glasmalereien des Freiburger Münsters, (Frau Krummer-Schroth, Freiburg), anschließend Besichtigung der Freiburger Münsterbauhütte

Exkursionen:

In den Nordschwarzwald (R. Metz)

Zur Stauferausstellung nach Stuttgart (Fliedner) und zu den Stauferburgen (D.Kauß),

nach Hohenzollern (Glatt, Haigerloch, Hechingen. Führung A. Beck),

zum barocken Heidelberg (Fliedner)

Mehrtagesfahrt nach Regensburg und Passau (R. Faller)

1978

Vorträge:

Das Murgtal (R. Metz) mit Exkursion

Karl IV (E. Hillenbrand), Fahrt nach Nürnberg zur Ausstellung über Karl IV. (R. End)

Hans Baldung Grien (E. Rott)

Exkursionen an den Kaiserstuhl und nach Straßburg (W. Mechler)

Grenzsteinwanderung an der Offenburger Gemarkungsgrenze am Hohen Horn (Dr. G. Kreuz)

Museumspädagogik

In Zusammenarbeit von Reinhard End (Ritterhausmuseum) und Klaus Faller (Grimmels-
hausengymnasium) wurden zwei Arbeitskreise mit Schülern im Museum durchgeführt, um
neues Material und neue Methoden für den Unterricht zu erschließen. Schüler wurden zu
Museumsführern ausgebildet und veranstalteten eine eigene Ausstellung. Thema des
ersten Arbeitskreises im Juni 1977 war „Industrialisierung in der Ortenau“, der zweite
im Frühjahr 1978 beschäftigte sich mit dem „Hexenwahn in der Ortenau“. Die Ausstellung
dazu fand vor allem bei Schülern großen Anklang. Vervielfältigte Materialien zu beiden
Themen können Interessenten zur Verfügung gestellt werden.

Denkmalpflege

Herr H. Wörner stellte aus alten Postkarten eine große Diaserie von Offenburg um 1900
zusammen. Frau R. Linck setzte sich mit bekanntem Engagement für alle anstehenden
Fragen der Denkmalpflege ein. Sichtbarer Erfolg ist die Erhaltung und Restaurierung des
Hauses Blumen-Müller in der Hauptstraße.

Oppenau

1977

Gut entwickelt hat sich innerhalb der Mitgliedergruppe der Stammtisch „Die Heimatfreunde“. Bei seinen Zusammenkünften wurden stets Themen aus der Ortsgeschichte behandelt: Die Oppenauer Pfarrhäuser, ihre Zahl und wo sie gestanden haben (L. Ronnecker, Freiburg)
Die Pfarrer von Oppenau von 1225 bis heute (ders.). Von 1225 bis 1628 lassen sich 15 Weltbez. Ordensgeistliche nachweisen. Von 1628 bis 1802 waren in der Pfarrei 29 Patres von Allerheiligen tätig, nach ihnen 3 frühere Mönche, von 1821 bis heute 17 Weltgeistliche. Von den insgesamt 64 Pfarrherren ruhen 12 auf dem Oppenauer Friedhof

Die Verwendung der Sandsteine der 1686 abgebrochenen Friedburg zum Bau des (3.) Oppenauer Pfarrhauses (E. Schopferer)

Der Salzbezug im Gericht Oppenau (E. Schopferer)

Würdigung der Verdienste des † Stadtpfarrers V. O. Vorbach um die heimatkundliche Forschung in der Jahresversammlung des Vereins

Fahrt zu den Schlössern und Kirchen im südlichen Ortenaukreis (Meißenheim, Mahlberg, Ettenheim, Ettenheimmünster (H. Dinter)

1978

Vorträge:

Betrachtungen zur badischen Revolution 1848/49

Der letzte fürstbischöflich-straßburgische Vogt Johann zu der Glocken (E. Schopferer)

Die Zeit des Kirchenkampfes in Baden während des 3. Reiches (L. Hodapp)

Die geschichtliche Entwicklung des Historischen Vereins unter der besonderen Berücksichtigung der Mitgliedergruppe Oppenau. Diese wurde 1910 von Ratschreiber Ruf gegründet und hat sich trotz der Wirrnisse der verschiedenen Zeiten zu einem festen Bestand unter den Oppenauer Vereinen entwickelt (E. Schopferer)

Lichtbildervortrag über „Interessantes aus der näheren und weiteren Umgebung (Vajen, Oberkirch)

Fahrt in das Geroldseckerland – Burgheim, Stiftskirche Lahr, Wittelbach, Waffenschmiede im Litschental (H. Dinter)

Peterstal-Griesbach

1977

Mehrere Lichtbildervorträge als Vorschau auf geplante und Rückschau auf unternommene Fahrten

Abendfahrt nach Straßburg zu „Ton und Licht“ im Münster

Mehrtagesfahrten ins Berner Oberland, an den Genfer See und Savoyen, Kunstfahrten in das Rhein-Main-Gebiet sowie in das Frankenland (Würzburg, Stuppach, Creglingen, Rothenburg ob der Tauber)

1978

Mehrere Monatstreffen mit Diavorträgen über vergangene und künftige Kunstfahrten

Ein- und mehrtägige Kunstfahrten

in das Kinzigtal (Glasbläserei Wolfach, Heimatmuseum Triberg, Alpirsbach),

an den Kaiserstuhl (Staufen, Merdingen, Burkheim),

ins Elsaß (Ronchamp, Colmar, Breisach),

nach Nürnberg und in die Fränkische Schweiz,

in die Westschweiz und ins Rhonetal,

nach Salzburg, Oberösterreich und in die Steiermark

Rastatt

Ende 1977 bzw. Anfang 1978 Wiederbegründung der Mitgliedergruppe Rastatt. 1. Treffen 10. 4. 78. Besprechung folgender Themen:

Sinn und Zweck der heimatgeschichtlichen Forschungsarbeit (G. Hoffmann), Bericht von

F. Schlick (Durmersheim) über seine Tätigkeit in der Familienforschung sowie über die von ihm begonnene Sammlung eines Bilderarchivs mit Darstellungen der bäuerlichen Arbeitsweise des letzten Jahrhunderts im Heimatkreis. Forderung und Schaffung einer heimatgeschichtlichen Abteilung bei der Stadtbibliothek in Rastatt

2. Gesprächsrunde: Bericht von F. Ruf, Ottersdorf über die Geschichte der Rieddörfer im Kreis Rastatt.

Angeregt wurde der Neudruck längst vergriffener heimatgeschichtlich wichtiger Werke.

3. Gesprächsrunde: Bericht von H. Bischof über die Ortsgeschichte von Elchesheim-Illingen. Hinweise auf neu erschienene Literatur

Yburg

1977

Aufbau eines Heimatmuseums in den Räumen des ehemaligen Amtshauses

Pfingstausflug ins Stauerland (Hohenstaufen, Wäscherschloß, Lorch)

Besuch der Stauferausstellung in Stuttgart)

Besuch von Kloster Lichtental und der Staustufe von Iffezheim

1978

Im Rahmen des Meister-Erwin-Festes Eröffnung des Heimatmuseums, Herausgabe des Heimatbuches „Zur Stadtgeschichte von Steinbach“; Verkauf der neugeprägten Erwin-Gedenkmünzen

Pfingstfahrt nach Schwetzingen, Bretten (Melanchthon-Museum), Tiefenbronn, Pforzheim

In Zusammenarbeit mit dem Bildungswerk „Rebland“ Elsaßfahrt (Zabern, Neuweiler, Buchweiler, Lichtenberg, Hagenau. Führung: W. Mechler)

Zell a. H.

1977

Teilnahme an der „Historischen Wanderung“ zu den Schanzen am Wenkweg und zu den „Keltensteinen“

In Zusammenarbeit mit der Volkshochschule im Winter 1977/78 Arbeitsgemeinschaft „Geologie der Heimat“. Im Zusammenhang damit 4 Exkursionen: Rauhkasten-Geroldseck; Wo der Harmersbach entspringt; Berghaupten-Barack; Im Moosgebiet

1978

Besichtigung Straßburgs (W. Mechler) und der Aufführung „Ton und Licht“ im Münster

Berichte der Arbeitskreise

Hanauer Museum

Leitung: Klaus Hornung

Arbeitssitzungen 1977

März: Diskussion zur Erhaltung des ersten Grimmelshausendenkmals in Renchen am alten Platz.

Während des Frühjahrs Renovierung der Museumsräume.

Im April war der Tod von Rektor i. R. Wilhelm Schadt zu beklagen.

Mai: Besuch der Ausstellung zur Ortsgeschichte in Querbach.

Juni: Ein durch den Bau des Rückhaltebeckens gefährdeter Grenzstein von 1666 am Rheindamm in Nähe des Marlener Forts wurde geborgen: er markierte die Grenze zwischen den Straßburger Höfen (Wiederkreuz des Spitals Straßburg) und der Reichslandsvogtei Ortenau.

Juli: Transport des klassizistischen Grabsteins der Familie Rehfus vom aufgelassenen Grab auf dem Friedhof zum Museum.

September: Bei den Ausschachtungsarbeiten zum Warenhausneubau Woolworth wurde ein 61,5 m langes Reststück des Hornwerks der Vaubanbefestigung freigelegt.

Teilnahme an der Tagung des Bodendenkmalamts Freiburg in Donaueschingen 24./25. 9. und des Württembergischen Museumsverbands in Gengenbach.

Oktober: Sicherungsmaßnahmen für die Befestigungsreste in Zusammenarbeit mit dem Denkmalamt Freiburg, der Stadtverwaltung, dem Bauherrn und der ausführenden Baufirma.

November: Besuch des Generallandesarchivs, der Landesbibliothek und der Weinbrennerausstellung in Karlsruhe mit dem Historischen Verein und der Volkshochschule Kehl.

Jährliches „Hasenessen“ in Zierolshofen. Vortrag von Edmond Ponsing, Straßburg, über Napoleons Spion Ch. Schulmeister sowie das Unternehmen des Georg Daniel Kück aus Straßburg und die Gründung von Neufreistett.

Dezember: Besprechung des Orteneubandes „Land um Rhein und Schwarzwald“ (Herausg. Kurt Klein).

Von der Vaubanfestung wurden 127 Steine sichergestellt und die Kosten von der Stadt übernommen (15 000 DM). Vorgesehen wird der Einbau eines Teils in der Woolworth-Fassade, Kasernenstraße.

Arbeitssitzungen 1978

Januar: Frage des Schutzes der Fachwerkhäuser in Dorf Kehl.

Februar: Mit einem Vortrag über die Kämpfe um Kehl in den Jahren 1796 und 1797 eröffnete Helmut Schneider, Kork, die von ihm vorbereitete ständige Ausstellung im Gasthaus „Ochsen“ in Kork, das abwechselnd den österreichischen Reichstruppen und den Franzosen als Stand- bzw. Hauptquartier gedient hatte.

Der Anregung des Mitarbeiterkreises v. 12. 4. 1976, den Ortsmittelpunkt von Bodersweier als Gesamtanlage (Kirche mit 11 Gebäuden) zu schützen, haben Ortschaftsrat Bodersweier und Gemeinderat Kehl entsprochen und den Ensembleschutz beim Denkmalamt Freiburg beantragt.

Im März wurden weitere Reste der Vaubanfestung in Kehl geborgen.

April: Vortrag Dr. E. Kittel „Wie kam das Christentum in die Ortenau?“

Beginn des Ausbaus des Museumskellers: Arbeitsraum, Bücherei, feuersicheres Archiv. Geschichte von Legelshurst von Klaus Hornung erscheint in der vom Verkehrsverein Kehl-Hanauerland herausgegebenen Reihe der Ortschroniken.

Im Mai verschied das Ehrenmitglied des Historischen Vereins Oberlehrer i. R. Wilhelm Gräßlin, Kork, der sich seit 1920 um die Korker Orts-Geschichtsforschung verdient gemacht hatte.

Dem Museum fiel aus der Erbschaft von Frau Ross die Summe von DM 8 300.– zu, die für die Erweiterung der Bestände bestimmt ist.

Juni: Vortrag Helmut Schneider über schmiedeeiserne Wirtshausschilder.

Sicherung von Resten der alten Riedgrabenbrücke aus der Zeit Tulla's mit Inschrift von Bürgermeister Kubler 1900.

August: Vorführung des Filmes über die Sensenherstellung (John, Achern). Bereitstellung von Ausstellungsstücken zum Ortsjubiläum Querbach.

Ergebnislose Verhandlungen mit der Stadt und dem Bauherrn des Warenhausneubaus Woolworth über die Unterbringung der 127 geborgenen Hausteine vom Hornwerk der Vaubanfestung Kehl.

September: Vorbereitung der Ausstellung der römischen Funde von Helmlingen.

Bei der Vorstellung des städtebaulichen Rahmenplans der Stadt in der Kehler Stadthalle beteiligte sich das Museum mit der Ausstellung von Bildern und Plänen zur Stadtentwicklung, insbesondere der von Helmut Schneider im GLA wiederentdeckten Pläne der inneren Bebauung der Festung Kehl im 18. Jahrhundert. Sie lassen außer Kirche und Verwaltungsbauten den Platz der Druckerei der von Beaumarchais gegründeten Société Typographique erkennen.

Klaus Hornung plädierte in seiner Darstellung der Geschichte des Gewanns Kahlach im ehemaligen Dorf Kehl, das städtebaulich neugestaltet werden soll, für die Erhaltung des Namens Kahlach, in dem er die keltische Wurzel des Ortsnamens Kehl erkennt.

Oktober: In Heft 4 der Mitteilungen des Württembergischen Museumsverbands „Museen in Baden-Württemberg“ erscheint der Beitrag „Das Hanauer Museum in Kehl“. Museumsausbau: Antrag auf Einbau einer Klimaanlage.

November: Eröffnung der Museumsausstellung „Römerfunde Helmlingen und Friesenheim“ (W. Fuchs und J. Naudascher) mit Vortrag v. Dr. W. Struck, Freiburg, über den gegenwärtigen Stand der Erforschung der Frühgeschichte der Ortenau.

Landrat Schäfer vom ehemaligen Landkreis Kehl stiftet dem Museum 56 Bilder und Pläne aus Kehl und dem Hanauerland. Traditionelles „Hasenessen“ im „Ochsen“ in Kork.

Dezember: Diskussion über Satzungsfragen.

C. H. Steckner

Arbeitskreis Denkmalpflege

In der Arbeitssitzung der Obleute des Historischen Vereins am 28. 3. 1976 in Offenburg wurde beschlossen, einen Arbeitskreis Denkmalpflege zu gründen, da gerade die denkmalpflegerischen Fragen in den Sitzungen zuvor sehr breiten Raum eingenommen hatten.

Die erste konstituierende Sitzung wurde dann am 9. Oktober 1976 in Offenburg durchgeführt und dabei der erste Versuch unternommen, die Objekte der Denkmalpflege zu definieren.

Nach einigen Änderungen am 12. April 1977 wurden folgende Ziele des „Arbeitskreises Denkmalpflege“ einstimmig verabschiedet:

Der Historische Verein Mittelbaden e. V. hat im Gründungsjahre 1910 in seiner Satzung folgende Zielsetzung beschlossen:

„Der Verein hat den Zweck, die Geschichte und die Kunst- und Altertumsdenkmäler Mittelbadens zu pflegen und dadurch zur Weckung und Förderung der Heimatliebe beizutragen. Er gibt jährlich ein Vereinsblatt heraus, unternimmt Ausgrabungen und erstrebt die Erhaltung und Wiederherstellung gefährdeter Kunst- und Altertumsdenkmale“.

Der Arbeitskreis will im Sinne dieser Satzung tätig werden. Um die angestrebte Zielsetzung zu erreichen, sind folgende Maßnahmen vorgesehen:

1. Alle Gemeinden des Ortenaukreises werden gebeten, eine Denkmalliste zu erstellen, die alle gemäß § 2 Denkmalschutzgesetz (DSchG vom 25. 5. 71) schützenswerten Objekte erfaßt. Solche Objekte können sein:
Burgen, Schlösser, Kirchen, Ortsteile, historische Platzbilder, Häuser, Straßenzüge, Friedhöfe, Remisen, Naturdenkmale, Wegkreuze, Bildstöcke und Grenzsteine, Schanzen, frühgeschichtliche Siedlungsplätze und Fluchtburgen, Wirtshausschilder, Wapensteinen, sogar Flur- und Gewannamen und anderes.
Diese Liste sollte in intensiver Zusammenarbeit zwischen den betreffenden Gemeinden, den Denkmalschutzbehörden und dem Arbeitskreis erstellt werden.
2. Der Arbeitskreis will im Einvernehmen mit allen zuständigen Behörden erreichen, daß sachkundige Bürger als Mitglieder in die örtlichen Planungs- und Bauausschüsse aufgenommen werden.
3. Die Gemeinden sollten einen städtebaulichen Rahmenplan mit entsprechender Gestaltungssatzung erlassen, um den örtlichen Bauämtern Anleitung bei der Pflege und Erhaltung von Denkmalobjekten zu geben.
4. Der Arbeitskreis erstrebt die Zusammenarbeit mit allen zuständigen Behörden.
5. Der Arbeitskreis will engagierte Bürger in den Gemeinden mit Rat und Tat unterstützen, um so ihren Anliegen eine größere Wirksamkeit zu verleihen.
6. Der Arbeitskreis strebt eine enge Zusammenarbeit mit allen Vereinen und Institutionen mit ähnlicher Zielsetzung an, da von ihnen in vielen Punkten Verständnis und Unterstützung erwartet werden kann.
7. Durch enge Zusammenarbeit mit der Presse sollten die Aktivitäten des Arbeitskreises publiziert und dadurch nachdrücklich unterstützt werden.

Mittlerweile haben sich auch einige Mitglieder des Arbeitskreises dem Landesdenkmalamt als ehrenamtliche Mitarbeiter für lokale Angelegenheit zur Verfügung gestellt.

Auf Einladung von Oberkonservator Gernot Vilmar, Landesdenkmalamt Freiburg, fand am 18. 8. 1978 eine Besprechung der Denkmalspflieger in Offenburg statt, in der die bisherigen Erfahrungen ausgetauscht und weitere Anregungen gegeben werden konnten.

Neben positiven Erfahrungen (Haus Jenewein, Offenburg; Ruine Schauenburg, Oberkirch; Busamhof, Lautenbach) gab es jedoch auch einige sehr negative Ergebnisse wie der Abbruch von Fachwerkhäusern in Sasbachwalden und Achern, wo Denkmalschützer und auch unser Arbeitskreis auf verlorenem Posten standen und die Lobby der Straßenbauer wieder einmal stärker war.

Am 24. 9. 1977 fand eine in der regionalen und überregionalen Presse vielbeachtete Versammlung unseres Arbeitskreises statt, bei der für den Ortenaukreis Oberregierungsdirektor Sauer als Stellvertreter von Landrat Dr. Gamber sowie Herr Dipl. Ing. Gernot Vilmar, zuständiger Oberkonservator des Landesdenkmalamtes, Außenstelle Freiburg, für die Bau- und Kunstdenkmalpflege anwesend waren.

In der gut besuchten Veranstaltung führte Oberregierungsdirektor Sauer unter anderem aus: „Wenn es nicht gelingt, in den Gemeinden das Bewußtsein zu wecken, daß wir ein Erbe – ein schwindendes Erbe – zu verwalten haben, dann stehen wir alle auf verlorenem Posten.“

Anwesende Gäste, die auch gekommen waren, um sich über die Möglichkeiten zur Erhaltung ihrer Häuser zu informieren, bekamen diese Informationen von Herrn G. Vilmar, der über jeden Bauantrag zu entscheiden hat, der ihm aus dem Ortenaukreis zugeht. Außerdem wurde im einzelnen das Verfahren bei der Behandlung von Bauanträgen erläutert.

Auch wurden die Fragen des „stilechten“ Neubaus angesprochen. Der Leiter des Arbeitskreises, Rudolf H. Zillgith, Oberkirch, brachte zum Ausdruck, daß der „Arbeitskreis Denkmalpflege des Historischen Vereins“ durch Aktionen auch dem Landesdenkmalamt den Rücken stärken will, da dieses sehr oft gegen eine stärkere Lobby (z. B. der Straßenbauer und der Finanziere von Großobjekten) nachgeben muß. Anschließend einigten sich die Mitglieder des Arbeitskreises darauf, daß man durch intensive Pressearbeit das Bewußtsein in der Bevölkerung für erhaltenswerte Ortsbilder und Denkmalobjekte jeder Art wecken und erhalten will.

Aus diesem Grund werden alle Mitglieder des Historischen Vereins um Fotomaterial für positive und negative Beispiele aus dem Bereich der Denkmalpflege gebeten.

Da viele Arbeitskreismitglieder durch ihr anderweitiges Engagement stark belastet sind, fand 1978 keine Zusammenkunft statt, für 1979 ist eine solche geplant, um weitere Möglichkeiten der Denkmalpflege in unserem Vereinsbereich aufzuzeigen.

Bei dieser Gelegenheit werden alle Mitglieder des Historischen Vereins gebeten, bei der Neuerstellung von Dorfentwicklungsplänen und städtischen Bauleitplanungen mitzuarbeiten, denn dort ist Bürgerbeteiligung mittlerweile nicht nur geduldet, sondern rechtlich exakt fixiert. Dort werden die Weichen für die Zukunft gestellt, nur so kann man rechtzeitig für die Belange der Denkmalpflege etwas tun.

Bei „Gefahr im Verzuge“ werden alle Mitglieder des Historischen Vereins gebeten, sich an das Landesdenkmalamt in Freiburg bzw. an einen der nachstehenden örtlichen Mitarbeiter des Landesdenkmalamtes zu wenden:

Außenstellen des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg

Für den Ortenaukreis:

Abt. I (Bau- und Kunstdenkmalpflege) Colombistr. 4, 7800 Freiburg, Tel. 07 61/2 04 20 28
Herr Vilmar

Für Schiltach:

Abt. I (Bau- und Kunstdenkmalpflege) Colombistr. 4, 7800 Freiburg, Tel. 07 61/2 04 20 25
Herr Meckes

Für Bühl, Baden-Baden und Rastatt:

Außenstelle Karlsruhe, Karlstr. 47, 7500 Karlsruhe, Tel. 07 21/2 62 79 und 2 98 66 Herr
Dr. Krämer

Ehrenamtliche Mitarbeiter:

Für Stadt Ettenheim mit eingemeindeten Ortschaften:

Herr Kurt Bildstein, Freiburger Str. 22, 7637 Ettenheim, Tel. 0 78 22/13 06

Für den Bereich Kehl:

Herr Alois Bräunig, Martin-Luther-Weg 25, 7640 Kehl, Tel. 0 78 51/56 31

Für den Bereich Gengenbach und Berghaupten:

Herr Reinhard End, Binzmattstr. 28, 7614 Gengenbach, Tel. 0 78 03/42 29

Für den Bereich Schuttertal und Schweighausen:

Herr Gerhard Finkbeiner, Schulstr. 24, 7631 Schuttertal, Tel. 0 78 23/60 4

Für den Bereich Offenburg mit eingemeindeten Ortschaften sowie Ohlsbach, Ortenberg, Durbach, Hohberg:

Herr Dr. Hans-Joachim Fliedner, Espenstr. 24, 7600 Offenburg, Tel. 07 81/7 66 38

Für den Bereich Haslach i. K. mit Steinach, Fischerbach, Mühlenbach, Hofstetten:

Herr Manfred Hildenbrand, Georg-Neumaier-Str., 7612 Hofstetten, Tel. 078 32/28 67

Für den Bereich Zell a. H. sowie Oberharmersbach, Nordrach, Biberach, Prinzbach:

Herr Franz Hoog, Steinenfeld 2, 7615 Zell a. H., Tel. 078 35/87 32

Für den Bereich der Gemeinden Ringsheim, Rust, Kappel-Grafenhausen, Mahlberg, Kippenheim, Schwanau und Meißenheim:

Herr Hubert Kewitz, 7636 Ringsheim, Tel. 078 22/53 34

Für den Bereich Acher- und Renchtal mit den Gemeinden Sasbach, Sasbachwalden, Kappelrodeck, Ottenhöfen, Seebach, Oberkirch, Lautenbach, Oppenau und Bad Peterstal-Griesbach:

Herr Rudolf Zillgith, Scheuermatt 8, 7602 Oberkirch, Tel. 078 02/28 19

Für die Stadt Lahr und Friesenheim:

Herr Gerhard Albrecht, Stadtplanungsamt Lahr, 7630 Lahr, Tel. 078 21/28 27

Arbeitskreis Neuere und Neuste Geschichte

Der Arbeitskreis Neuere und Neuste Geschichte, dessen Gründung auf eine Anregung von Dr. Dittler zurückgeht, traf sich zu seiner konstituierenden Sitzung am 16. März 1978 in der Villa Bauer in Offenburg. Der stellvertretende Vorsitzende des Historischen Vereins für Mittelbaden, Kurt Klein, wünschte dem Kreis viel Erfolg und sicherte die Unterstützung des Vorstandes zu. Die Mitglieder waren sich darüber einig, daß der Kreis sich zunächst der jüngsten Geschichte seit 1870 annehmen sollte, daß er sich als ein für jeden historisch Interessierten offenes Forum verstehe und daß er als erstes gewisse Grundlagen schaffen müsse: die Erfassung des Schriftgutes in den örtlichen Archiven, die Befragung von Zeugen, die Erstellung einer Chronologie u. a. m. Dazu wurde ein Frageraster über den Bestand in den Gemeindearchiven erstellt, das den einzelnen Mitgliedergruppen zuging; von den Fragebogen sind bis heute gut die Hälfte ausgefüllt zurückgekommen. Dazu auch die dringende Bitte, private Sammlungen (Fotos, Tagebücher, Aufzeichnungen) dem Arbeitskreis zur Verfügung zu stellen oder Einblick zu gewähren. In Zusammenarbeit mit dem Historischen Seminar der Universität Freiburg ist ein Verzeichnis von Dissertationen, Staats-, Magister- und Seminararbeiten zur badischen, besonders mittelbadischen Geschichte zusammengetragen worden; die Arbeiten sollen, soweit möglich, in Offenburg in einem Exemplar zugänglich gemacht werden. Auf der zweiten Sitzung am 9. Juni 1978 hielt Karl-August Lehmann ein Referat über das Thema „Offenburg in der Weltwirtschaftskrise“. Am 10. November wurde aus aktuellen Gründen das Schicksal rassistisch und politisch Verfolgter im 3. Reich behandelt, zumal in der regionalen Presse die 40jährige Wiederkehr der „Reichskristallnacht“ große Beachtung fand und im „Badischen Tagblatt“ in diesem Zusammenhang Kritik am Historischen Verein geübt wurde. Das ursprünglich vorgesehene Thema „Revolution 1918/19“ wurde auf den 9. März 1979 verschoben, die Sitzung mußte jedoch wegen Erkrankung des Referenten kurzfristig abgesagt werden.

Kontaktadresse: Dr. Heiner Raulff, Lichtenbergstr. 16, 7640 Kehl-Goldscheuer, Tel.: 078 54-14 96.

H. Raulff

Der Ortenaukreis – Rückblick 1977 und 1978

Landrat Dr. Gerhard Gamber

Mit der Weiträumigkeit des Gebiets, seiner differenzierten Topographie und unterschiedlichen Besiedlungsdichte fällt dem Ortenaukreis eine wichtige Entwicklungs- und Ausgleichsfunktion zu. Der Landkreis muß sich als Leistungsverbund aller Gemeinden verstehen, der Aufgaben übernimmt, die von den einzelnen Gemeinden nicht bewältigt werden können. Daraus ergibt sich für ihn eine Vielfalt von Schwerpunktaktivitäten. Die Arbeit des Ortenaukreises verlagerte sich seit der Kreisreform immer mehr vom hoheitlichen zum investiven Bereich. So verstärkte sich die politische Bedeutung des Landkreises von Jahr zu Jahr durch die Übernahme wichtiger Aufgaben der Daseinsvorsorge für die Kreisbewohner. Der Ortenaukreis baut und unterhält berufsbildende Schulen mit über 13 000 Schülern, Sonderschulen für geistig- und körperbehinderte Kinder, Krankenhäuser, Alten- und Pflegeheime; ferner baut er Straßen, legt Mülldeponien an und sorgt für ein geordnetes Sammeln des Mülls. Ein weiteres Schwergewicht seiner Tätigkeit liegt in den traditionellen Aufgaben des Sozial- und Jugendbereichs.

Gerade in den beiden letzten Jahren hat sich der Landkreis wieder als starker öffentlicher Leistungsträger erwiesen, der im engen Verbund mit den Gemeinden die ihm gestellten Aufgaben der Daseinsvorsorge zu erfüllen und die für die Kreisbewohner notwendigen Einrichtungen zu schaffen vermag. Im kreiskommunalen Bereich hat sich inzwischen ein Zusammenwachsen, ein Integrationsprozeß aller Raumschaften vollzogen und bei den Bürgern ein Gespür für ihre Kreiszugehörigkeit geweckt.

Der Rückblick auf die Jahre 1977 und 1978 kann kein Bericht bis in die letzten Einzelheiten sein; er soll lediglich die wichtigsten Aufgaben, Planungen und Lösungen umreißen, mit denen der Ortenaukreis in den beiden letzten Jahren befaßt war.

Haushalt

Während die Gesamteinnahmen und -ausgaben im Haushaltsjahr 1977 noch 254,7 Mio DM betragen, stieg der Haushalt im Jahre 1978 auf 288,5 Mio DM an. Diese Zunahme des Haushaltsvolumens ist nahezu ausschließlich auf den erweiterten Krankenhausbereich zurückzuführen, da der Ortenaukreis zum 1. 1. 1978 weitere zwei Krankenhäuser – Ettenheim und Zell a. H. – übernahm.

Straßenbau

Der Ortenaukreis ist bemüht, das Kreisstraßennetz – 262,2 km – auszubauen, es dem ständig wachsenden Verkehr anzupassen sowie eine flächendeckende Verkehrserschließung zu erreichen. Bundes-, Landes-, Kreis- und Gemeindestraßen ergänzen sich gegenseitig. Die Kreisstraßen können deshalb nicht gesondert betrachtet werden. Das Straßennetz muß als eine Einheit behandelt und zusammenhängend geplant und ausgebaut werden, wenn es dem vielfältigen und notwendigen Austausch zwischen den Funktionen Wohnen, Arbeiten, Versorgen und Erholen gerecht werden soll.

Die Unterhaltung und der Ausbau der Kreisstraßen im Ortenaukreis verschlangen in den beiden letzten Jahren rund 21 Millionen DM; die Hälfte davon entfallen auf Zuschüsse des Bundes und des Landes.

Krankenhäuser und Heime

Mit der Übernahme der Krankenhäuser Ettenheim und Zell a. H. zum 1. Januar 1978 ist der Ortenaukreis Träger von neun Krankenhäusern mit rd. 1 850 Planbetten und damit der größte Krankenhausträger unter den Landkreisen von Baden-Württemberg. Neben Ettenheim und Zell a. H. ist der Landkreis Träger der Krankenhäuser in Achern, Ettenheimmünster, Kehl, Lahr, Oberkirch, Offenburg und Wolfach. Durch die einheitliche Trägerschaft können Leistungen zentralisiert und Einsparungen erzielt werden. Es wurde ein zentraler Einkauf geschaffen, die Arzneimittelversorgung durch die Zentralapotheken in Lahr und Offenburg eingeführt und die dringend erforderliche anästhesiologische Versorgung auch der kleineren Kreiskrankenhäuser durch einen Anästhesieverbund sichergestellt.

Priorität im Krankenhauswesen des Ortenaukreises genießt der Ausbau des Kreiskrankenhauses Offenburg zur Leistungsstufe der Zentralversorgung. Mit der Bewilligung einer Planungsrate für den Ausbau des Kreiskrankenhauses Offenburg durch die Landesregierung ist nunmehr der Einstieg in die Verwirklichung des Projekts erreicht. Da der Landkreis die Planung bisher auf eigene Kosten hat anlaufen lassen, werden bis Ende 1979 baureife Pläne vorliegen. 1980 könnte mit den Bauarbeiten begonnen werden, wenn das Land – was zu hoffen ist – bis dahin die erste Rate der Baumittel zur Verfügung stellt.

Nicht nur in Offenburg, sondern auch in den übrigen Kreiskrankenhäusern wurden erhebliche Mittel investiert, um mit der medizinisch-technischen Entwicklung Schritt halten zu können. So erhält das Kreiskrankenhaus Lahr einen Computertomographen zur Untersuchung des Schädels – Kosten ohne Bauaufwand 1,5 Mio DM –. Dieses Gerät ermöglicht ein schmerzfreies und problemloses Untersuchen des Gehirns. Angesichts des hohen medizinischen Wertes der Computer-Diagnostik wird der Schädel-Scanner die Leistungsfähigkeit der Neurologischen Abteilung des Kreiskrankenhauses Lahr und damit die medizinische Versorgung der mittelbadischen Bevölkerung entscheidend verbessern. Der Ausbau der zentralen Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung (HNO) für den Ortenaukreis im Lahrer Krankenhaus mit Ambulanz verstärkt die Bedeutung dieses Hauses.

Das Kreiskrankenhaus Achern hat nunmehr ein zweites Personalwohnheim erhalten; hierzu hatte sich der Ortenaukreis bei der Übernahme des Krankenhauses von der Stadt Achern verpflichtet. Damit stehen dem Kreiskrankenhaus ausreichende Wohnplätze für das Personal zur Verfügung. In der dem Haus angegliederten Krankenpflegeschule können alle Schülerinnen/Schüler untergebracht werden.

Eine nephrologische Abteilung wird im Kreiskrankenhaus Offenburg eingerichtet werden. Als Chefarzt wurde Prof. Dr. Heinze von der Uni Freiburg gewonnen.

Das am 7. September 1977 in Betrieb genommene Gemeinschaftshaus im Kreispflegeheim Bermersbach – Baukosten 5 Mio DM – hat sich bewährt. Das Gemeinschaftshaus setzt in der Betreuung der Heimbewohner neue Maßstäbe. Die Einrichtungen des Hauses – Saal, Aufenthaltsräume, Cafeteria, Arzträume, Arbeitstherapie- und Gymnastikräume, Bäderabteilung mit Bewegungsbad, Bibliothek – bieten über 300 Heimbewohnern reiche Entfaltungsmöglichkeiten. Parkähnliche Grünanlagen runden das Gesamtbild ab.

Schulen

Der Ausbildungsgrad junger Menschen ist entscheidend für deren spätere berufliche Möglichkeiten. Wer Zukunfts- und Chancensicherung für die junge Generation will, muß

optimale Ausbildungsmöglichkeiten schaffen. Der Landkreis als Träger des gesamten Berufsschulwesens sieht eine vorrangige Aufgabe darin, Bildungsstätten zu bauen oder zu erweitern, um eine breite Unterrichtspalette anbieten zu können. Der Ortenaukreis ist in der glücklichen Lage, im Bereich des berufsbildenden Schulwesens auf gut funktionierende Berufsschulzentren in Achern, Kehl, Lahr, Offenburg und Wolfach zurückgreifen zu können. Trotzdem sind auch hier noch Bedarfslücken zu schließen. Hierzu zählt der Neubau der Hauswirtschaftlichen Schulen in Lahr mit einer Bausumme von rd. 11 Mio DM und die Erweiterung der Werkstätten der Gewerblichen Schulen in Achern, die Mittel in Höhe von 5 Mio DM erfordern werden. Außerdem wird bei den Berufsschulzentren in Kehl und Lahr je eine eigene dreiteilbare Sporthalle erstellt werden; die Baumaßnahmen sollen 1979 anlaufen. Damit wird es möglich sein, den Sportunterricht in den Kreisschulen in Kehl und Lahr künftig in vollem Umfang zu erteilen. Daneben werden die Hallen den Sportvereinen zur Verfügung stehen.

Eine große Bedeutung mißt der Ortenaukreis dem weiteren Ausbau des Sonderschulwesens im Landkreis bei. An den Sonderschulen für Geistigbehinderte in Haslach i. K. und Lahr stehen bauliche Erweiterungen an. Außerdem hat der Ortenaukreis im vergangenen Jahr eine Sonderschule für Sprachbehinderte in Friesenheim-Schuttern und eine Sonderschule – Grundstufe – für körperbehinderte Kinder in Offenburg eingerichtet. Damit hat sich das Netz der Schulen für behinderte Kinder und Jugendliche weiter verdichtet. Der Ausbau des Sonderschulwesens ist vorrangig eine humanitäre Aufgabe, der sich die Gesellschaft zu stellen hat.

Kultur

Der Landkreis setzt die in früheren Jahren begonnene Förderung der kulturellen Belange fort. Er betrachtet es als seine Aufgabe, in erster Linie freie Initiativen in ideeller und materieller Hinsicht zu unterstützen.

Um die verdienstvolle Arbeit der Sängerbünde und Volksmusikvereinigungen nachhaltiger zu unterstützen, wurde der Kreiszuschuß im vergangenen Jahr von 20 000 auf 30 000 DM erhöht. Nach wie vor werden auch die gemeindlichen Büchereien mit jährlich 30 000 DM gefördert.

Der Wirkungsbereich der Städtischen Musikschule Offenburg ist erweitert worden; in Zell a. H. entstand eine neue Zweigstelle, deren Zuschußbedarf der Landkreis ebenfalls zur Hälfte trägt. Mit seinen Zuschüssen zur Förderung der beiden Jugendmusikschulen in Lahr und Offenburg – Haushaltsansatz 1978 551 500 DM – liegt der Ortenaukreis nach wie vor weitaus an erster Stelle im Lande. Er leistet damit einen wertvollen Beitrag für die kulturelle Bildung unserer Kinder und bejaht diese Förderung auch unter sozial- und jugendpolitischen Gesichtspunkten.

Im kulturellen Bereich hat der Ortenaukreis im vergangenen Jahr im Rahmen seiner freiwilligen Aufgaben und seiner finanziellen Möglichkeiten weitere Schwerpunkte gesetzt. Die bildenden Künste sollen mehr als bisher durch den Landkreis gefördert werden. Geplant sind u. a. Einzel-, Gruppen- und Wanderausstellungen. Der Ortenaukreis will außerdem künftig einen „Heimatpreis“ für hervorragende Leistungen an Persönlichkeiten des kulturellen oder sozialen Lebens verleihen. Das soll – in zweijährigem Turnus – ab 1979 geschehen. Der Landkreis möchte mit der Verleihung des Preises die verdienstvolle Arbeit Einzelner oder von Gruppen ehren und die Notwendigkeit des Für- und Miteinander in unserer engeren Umwelt unterstreichen. Der „Heimatpreis“ ist mit 3 000 DM dotiert; er kann als Förderpreis verliehen und auf mehrere Preisträger aufgeteilt werden.

Denkmalpflege

Die Förderung der Denkmalpflege gehört zu den freiwilligen Aufgaben der Landkreise und Gemeinden. In der zum Teil sehr intensiv betriebenen Denkmalpflege kommt ein deutlich spürbarer Wandel unserer Denkweise und unserer Wertvorstellungen zum Ausdruck. In weiten Teilen der Bevölkerung findet die Kulturpflege eine immer stärkere Resonanz. Kunstdenkmäler sind Gegenstände, an deren Erhaltung aus künstlerischen, wissenschaftlichen oder heimatgeschichtlichen Gründen ein öffentliches Interesse besteht, z. B. Bauwerke, Gebäudegruppen, Straßen, Plätze, Bodendenkmäler oder Werke der Kunst, des Kunsthandwerks und der Technik, aber auch Urkunden, Archivalien und anderes Schriftgut. Im Wandlungsprozeß unserer Städte und Dörfer muß es gelingen, der Denkmalpflege dauerhaft einen vorrangigen Stellenwert zu verschaffen, um so Kulturdenkmale vor Zerstörung und Verfall zu bewahren.

In diesem Rahmen bedeutet Denkmalpflege in erster Linie Beratung und finanzielle Hilfe durch das Land und die Kommunen. Um Objekte, die erhaltenswert sind, in ihrem Bestand zu sichern, stellte der Landkreis bisher jährlich 250 000 DM zur Verfügung, ab 1979 wird der Betrag auf 350 000 DM erhöht.

Restaurierungen, die vom Landkreis in den beiden letzten Jahren bezuschußt worden sind:

Ettenheim:	Stadtkirche, Spital
Gengenbach:	Kapelle Hl. Grab u. versch. Denkmalobjekte
Haslach i. K.:	Kapuzinerkloster
Hausach:	Talschanze, Spenleshof, Käppele-Hof
Hohberg:	Pfarrkirche, Schloß Diersburg
Kippenheim:	Rathaus
Lahr:	„Henkershiisli“, Hammerschmiede Reichenbach
Lautenbach:	Wallfahrtskirche, Busamhof
Mahlberg:	Schloß
Mühlenbach:	Schwarzwaldhof Stenzel
Oberkirch:	Ruine Schauenburg, Wallfahrtskapelle „St. Wendelin“
Offenburg:	Ölberg bei der Kreuzkirche u. versch. Denkmalobjekte
Ortenberg:	Schloß, Bühlwegkapelle, „Rebhof“
Rust:	Balzare-Schlößchen
Schuttertal:	Martin-Orgel
Seelbach:	Hammerschmiede Litschental
Wolfach:	Burgruine Schlöble
Zell a. H.:	Kapelle St. Michael

Jugend- und Sozialhilfe

In den Jahren 1977 und 1978 wurden die offenen Hilfen im gesamten Ortenaukreis ausgebaut und fortgesetzt. Im Mittelpunkt der Arbeit stand die Verbesserung der sozialen Betreuung der Bevölkerung. Im Bereich Achern wurde ein Sozialer Dienst neu errichtet, so daß mit Ausnahme des Bereichs Kehl das Gebiet des ganzen Ortenaukreises im Rahmen der offenen Hilfen durch eine intensive Sozialarbeit abgedeckt ist. Der Soziale Dienst in Kehl wird im Laufe des Jahres 1979 eingerichtet werden. Darüber hinaus hat der Ortenaukreis durch die Erhöhung seiner Beiträge das Einrichten weiterer Sozialstationen gefördert.

Für die Behinderten wurde auf Vereinsbasis eine Frühberatungsstelle in Offenburg eingerichtet. Der Ortenaukreis hat die finanzielle Gewährträgerschaft für diese Einrichtung übernommen. Die Schaffung einer Frühberatungsstelle soll dazu beitragen, daß das Beratungsangebot verbessert wird. Gestützt auf die Erkenntnis, daß frühe Hilfen die wirksamsten Hilfen sind, bietet die Frühberatungsstelle ein umfassendes Beratungs-

Betreuungs- und Förderungsangebot mit dem Ziel an, Behinderungen im frühen Kindesalter zu erkennen und in ihren Auswirkungen zu mindern. Die mobile Beratungstätigkeit und die Zusammenarbeit mit den örtlichen Einrichtungen der Behindertenhilfe sichert den behinderten Kindern und deren Eltern eine orts- und familiennahe Betreuung. Träger der neu eingerichteten Frühberatungsstelle ist der gemeinnützige Verein „Frühberatung im Ortenaukreis e.V.“. Im Verein sind die freien Wohlfahrtsverbände, die Behindertenverbände, viele Kreisgemeinden und der Ortenaukreis zusammengeschlossen. In diesem Trägermodell wird beispielhaft die Zusammenarbeit aller in der Behindertenhilfe tätigen Organisationen verwirklicht.

Seit 1. Januar 1978 ist beim Ortenaukreis ein Behindertenkoordinator tätig; das Angebot der Behindertenhilfe soll dadurch intensiviert werden.

Umweltschutz

Die schadlose Beseitigung von Abfällen – Teilbereich des Umweltschutzes – hat sich in den letzten 20 Jahren zu einem Umweltproblem entwickelt. In diesem Zeitraum ist der Müllanfall ständig gestiegen. Hauptursachen dafür sind die rasche wirtschaftliche Entwicklung, die Massenproduktion bestimmter Güter, die Verpackung zahlreicher Waren und die fehlenden Verbrennungsmöglichkeiten in den Haushalten infolge der Umstellung auf Öl- und Gasfeuerung.

Dem Ortenaukreis gelang es, die ihm durch Gesetz übertragene Aufgabe der Abfallbeseitigung sehr schnell in den Griff zu bekommen. Die Zeit der vielen zum Teil rauchenden und dadurch umweltverschmutzenden Müllkippen ist vorüber. Der Müll wird hygienisch einwandfrei gesammelt, befördert und geordnet abgelagert, teilweise verbrannt. Fünf gewartete Deponien im Ortenaukreis reduzieren die Gefährdung der Umwelt auf ein Minimum. Die Vorteile der Großmülltonne sind inzwischen – auch von vielen Zweiflern – anerkannt worden. Vor allem haben die wilden Müllablagerungen in der freien Landschaft gegenüber früheren Jahren spürbar abgenommen.

Wettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“

Am Kreiswettbewerb 1978 „Unser Dorf soll schöner werden“ – dem dritten seit Bestehen des Ortenaukreises – nahmen 59 Städte, Gemeinden und Ortsteile teil. Mit dieser Teilnehmerzahl erreichte der Ortenaukreis einen Spitzenplatz unter den Landkreisen des Regierungsbezirks Freiburg. Aber nicht nur die Teilnehmerzahl, auch die gebotenen Leistungen konnten sich sehen lassen.

20 Gemeinden bzw. Ortsteile, nämlich Achern-Fautenbach, Durbach, Ettenheim, Fischerbach, Gengenbach-Bermersbach, Haslach, Hohberg-Hofweier, Meißenheim, Oberharmersbach, Oberwolfach, Ohlsbach, Ortenberg, Ottenhöfen, Sasbach, Sasbach-Obersasbach, Sasbachwalden, Schuttertal, Seelbach, Willstätt und Wolfach erreichten einen I. Preis. 21 Gemeinden erhielten einen II. und 15 Gemeinden einen III. Preis. Außerdem hat der Ortenaukreis acht Sonderpreise für Blumenschmuck und vier Sonderpreise für Grünanlagen an Gemeinden vergeben können, die auf diesen Gebieten Herausragendes leisteten und als beispielhaft betrachtet werden können. Die Bemühungen der Gemeinden und ihrer Bürger sind nicht nur im Interesse der heimischen Einwohnerschaft zu begrüßen, sie wirken sich auch sehr positiv auf den im Ortenaukreis sehr ausgeprägten Fremdenverkehr aus. Ein gepflegtes, harmonisches und sauberes Ortsbild und die Schaffung von geeigneten Freizeit- und Erholungseinrichtungen tragen viel dazu bei, den Aufenthalt für Gäste anziehender und attraktiver zu gestalten.

Mai 1979

Die Herren von Wolfach und ihre Herrschaft

Festvortrag auf der Jahreshauptversammlung am 16. Oktober 1977
in Wolfach

Hans Harter

Vorbemerkung:

Für die Veröffentlichung dieses Beitrages ist die Vortragsform ohne irgendeine sprachliche Veränderung beibehalten worden. Beigefügt wurden jedoch die notwendigsten Quellen- und Literaturangaben, um eine vertiefte Orientierung zu ermöglichen. Eine spätere Überarbeitung in wissenschaftlicher Form ist damit nicht ausgeschlossen, sondern bleibt ein in absehbarer Zeit zu erfüllendes Anliegen. H.H.

Vor langer Zeit, meine Damen und Herren, lebte auf der Burg im Wolftal eine adelige Dame, die eines Tages ihr Ende nahen fühlte. Sie selber war schon lange Witwe gewesen und machte sich nun bereit, um ihrem Mann, der ein vornehmer Graf, ein Graf von Fürstenberg, gewesen war, in das Grab zu folgen. Noch aber konnten die Wolfacher nicht glauben, daß Udilhild, ihre Gräfin, sie verlassen sollte. Um für ihre Genesung zu beten, versammelten sich die Kinder zu einem Bittgang, den sie unter der Führung ihres Lehrers zu der Burgkapelle machen wollten. Noch hatte die Schar nicht den halben Weg zurückgelegt, als ein schreckliches Ungewitter über sie hereinbrach. Von Furcht gepackt liefen die Mädchen auseinander und nach Hause zurück, während die Buben tapfer und barfuß weitergingen und, wenn auch völlig durchnäßt, die Burg und ihre Kapelle erreichten. Man konnte dieses Vorkommnis der sterbenden Gräfin noch mitteilen, die voller Rührung ob solcher Ergebnisheit den Wolfacher Buben ein letztes, großzügiges Geschenk machte: Sie schenkte ihnen das Recht, in der Wolf und in der Kinzig fischen zu dürfen.

Es ist Franz Disch, der Chronist unserer Stadt, der diese Geschichte aufgeschrieben hat, nachdem sie offensichtlich bis in unser Jahrhundert hier in Wolfach erzählt worden war.¹ Eine rührselige Legende, ein Heimatmärchen, das zu frommem Gedächtnis an längst vergangene und verschollene Zeiten einladen will? Wir werden stutzig, wenn wir

¹ F. Disch, Chronik der Stadt Wolfach, Wolfach 1920, S. 332.

feststellen, daß das Fischrecht in den Flüssen um Wolfach nicht wie überall anderswo Herrenrecht gewesen ist, sondern daß es bis ins letzte Jahrhundert von den Bürgern dieser Stadt ausgeübt wurde, und zwar, wie es schon im Jahre 1687 heißt, seit „unfürdenklichen Jahren“.²

Auch ein Graf von Fürstenberg ist für Wolfach keine Phantasiegestalt; sie und ihre nähere Umgebung befanden sich über 500 Jahre lang im Besitz des Geschlechts der Grafen und nachmaligen Fürsten von Fürstenberg. Diese Zeit – sie stellt überhaupt den längsten Abschnitt in der Wolfacher Geschichte dar – diese fürstenbergische Zeit hat ihre Spuren ja bis heute sichtbar in dieser Stadt hinterlassen; wir brauchen nur an das Schloß zu denken, dessen Renaissance- und Barockbauten das Stadtbild beherrschen und damit unübersehbar an die erst im Jahre 1806 zu Ende gegangene Zeit erinnert, in der Wolfach fürstenbergischer Amtssitz und zeitweilig sogar Residenz gewesen war.³

Und eine Gräfin Udilhild? Auch sie ist keine Erfindung, sondern kann als Wesen aus Fleisch und Blut in der geschichtlichen Wirklichkeit wiedergefunden werden. Dazu müssen wir nur die Türen der Archive öffnen und in den Pergamenten und Papieren einer Zeit suchen und forschen, die wir gemeinhin unter der Bezeichnung Mittelalter kennen. Das reicht dann fast sieben Jahrhunderte zurück, wenn wir im Jahre 1298 lesen von „Udilhilt, der Gräfin von Wolfach, des edlen Herren Grafen Friedrichs von Fürstenberg seligen Frau“.⁴

Unsere Geschichte spiegelt in der Tat Geschichte, sie kennt Personen und Ereignisse, die wir zwar als längst vergangen, doch als geschehen und erlebt greifen können. Unsere Geschichte ist eine Sage, deren wahren Kern wir offenlegen können; sie ist also eine Form der Weitergabe von historischem Geschehen, wie sie das Volk, die Leute, zu gebrauchen pflegen, die sich nicht an gelehrte Abhandlungen halten können, die aber dennoch wichtige Ereignisse den Nachkommen überliefern möchten.

Unsere Sage reicht in ihrem historischen Kern bis in das 13. Jahrhundert zurück. Es ist erstaunlich, daß sie sich so lange hier in Wolfach gehalten hat, bis Franz Disch sie noch aufschreiben konnte. Um so bedeutender und wichtiger müssen die Personen und Ereignisse gewesen sein, von denen sie handelt, und die sich unter der Überschrift „Die Gräfin Udilhild und ihre Wohltaten für Wolfach“ zusammenfassen lassen.

Für uns, die wir hier und heute in dem Bemühen zusammengekommen sind, der Geschichte als Bestandteil unseres Daseins ein wenig auf die

² Ebd., S. 448.

³ Vgl. W. A. Tschira, Stadt und Schloß Wolfach, in: Badische Heimat 21 (1935), S. 322–336.

⁴ FUB I, Nr. 650, S. 333.

Spur zu kommen, für uns muß eine solche Sage Anlaß genug sein, der geschichtlichen Wirklichkeit nachzugehen, wie sie hinter dieser Erzählung aus grauen Vorzeiten durchschimmert. Gehen wir also nochmals die 700 Jahre zurück und versuchen, ob wir dieser Gräfin Udilhild und ihrem Mann aus dem Hause Fürstenberg näher kommen können.

Es ist in der Tat im Jahre 1273 ein junger Graf von Fürstenberg namens Friedrich hier in Wolfach nachzuweisen.⁵ Was er hier suchte, dürfte mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit klar sein: Er bewegte sich auf Freiersfüßen und das nun nicht aus Zufall gerade in Wolfach. Den Fürstenbergern wird nachgesagt, daß ihre Heiraten immer „klug“ gewesen sind, daß sie nämlich nur Frauen heirateten, die „günstige Erbgänge“ erhoffen ließen.⁶ Und eben diese Voraussetzung war für den Grafen Friedrich damals in Wolfach zu finden: Eine junge Dame, wir kennen ihren Namen, Udilhild oder Adelheid, die als das einzige Kind ihrer Eltern nicht nur eine stattliche Mitgift, sondern auch ein reiches Erbe erhoffen ließ. Selbstverständlich war besagte Udilhild auch standesgemäß und dem Fürstenberger an Adel ebenbürtig. Sie konnte ihm eine Ahnentafel vorzeigen, auf der zwei Jahrhunderte zurück nur „adelige Männer“, „erlauchte Männer“, sogar „principes“, Fürsten, verzeichnet waren.

Stolz war auch das väterliche Erbe, das Udilhild in eine Ehe einbringen konnte. An erster Stelle steht eine Burg, ein adeliger Wohnsitz also. Er war im Wolftal gelegen, auf einem fast freistehenden Hügel, was nicht nur ein Gefühl der Sicherheit, sondern auch der Überlegenheit verschaffte. Gerade in jener Zeit, im Jahre 1272, war dort übrigens die Zucht einer Wunderhenne gelungen, die, wie die Schlagzeilen jenes Jahres melden, täglich zwei Eier legte, von denen jedes nicht ein, sondern zwei Eidotter aufwies.⁷ Mit dem „castrum Wolfach“ waren aber auch Besitz- und Herrschaftsrechte verbunden, die sich über das gesamte Tal der Wolf und über weite Teile des Kinzigtals erstreckten. Hier waren wohl an die 120 Hofgüter gelegen, deren Bauern zu „Zins und Gült“, also zu dauernden Abgaben und Steuern an den Herrschaftsinhaber verpflichtet waren.⁸

Inmitten dieses Territoriums befand sich mit Wolfach auch eine Stadt, deren Bewohner, die Bürger, besondere Rechte hatten: Nur ihnen war es erlaubt, ein Gewerbe zu betreiben; als Schultheißen, Bürgermeister und Angehörige des Rates konnten sie sogar in der Verwaltung der Stadt mitarbeiten. Hier waren Handwerk und Handel konzentriert, hier wurden Märkte abgehalten, und bei alledem ging der Herr auf der Burg

5 FUB I, Nr. 482, S. 233.

6 Vgl. dazu: S. Riezler, Geschichte des Fürstlichen Hauses Fürstenberg und seiner Ahnen bis zum Jahre 1509, Tübingen 1883.

7 Annales Basileenses, MGH SS 17, S. 195.

8 FUB VII, Nr. 163, S. 282 ff.

Wolfach nicht leer aus: durch Steuern und Zölle, Fronen und Schatzungen partizipierte er am Wirtschaftsleben der Stadt und verdiente an jedem Geschäft seiner Bürger in nicht geringem Maße mit.⁹

Ein letztes Recht, das mit dem „castrum Wolfach“ verknüpft war, muß noch erwähnt werden: Im obersten Wolftal befand sich mit dem Priorat Rippoldsau ein Kloster, dessen Kastvogtei, also die Schirmherrschaft, von dem Herrn auf der Wolfacher Burg ausgeübt wurde.¹⁰ Dieses Amt verlieh seinem Inhaber auf den gesamten Besitzungen des Klosters rechtliche Befugnisse, die in ihrer Summe eine bedeutende Steigerung an Ansehen und Macht bedeuteten.

Unser junger Graf Friedrich von Fürstenberg war wohl nicht schlecht beraten, als er um die Hand der Erbin all dieser Güter und Rechte anhielt, die man zusammenfassend als „Herrschaft Wolfach“ bezeichnen kann. Er selber war nach Herkunft und Stand ebenfalls nicht zu verschmähen, und so finden wir den Fürstenberger alsbald im Stand der Ehe, als der Udilhild von Wolfach getreuer Ehemann. Die Heirat dürfte bald nach 1273 stattgefunden haben; für das Jahr 1291 jedenfalls ist diese Ehe belegt,¹¹ die im Hause Fürstenberg nur eitel Freude ausgelöst haben kann. Noch die neuzeitlichen fürstenbergischen Geschichtsschreiber nennen den Grafen Friedrich einen „glücklichen Mehrer des Besitzes“, der durch seine kluge Heirat die „wichtige Herrschaft Wolfach“ an sein Haus gebracht habe.

Richten wir unsere Aufmerksamkeit noch kurz auf seine Gattin, auf unsere Udilhild von Wolfach. Sie gebar fünf Kinder, die alle noch unmündig waren, als ihr Mann im Jahre 1296 starb und wohl in der Wolfacher Pfarrkirche begraben wurde.¹² Jetzt mußte sich die Witwe, sie nannte sich „Gräfin von Fürstenberg und Herrin von Wolfach“,¹³ selber in den politischen Geschäften betätigen und erscheint dementsprechend in mehreren Urkunden und mit eigenem Siegel. Von ihnen ist die wichtigste im Jahre 1305 ausgestellt worden, in Wolfach und für die Wolfacher Bürger.¹⁴ Ihr Gegenstand ist die „frihait“ der Stadt, d. h. die Regelung der Rechte und Pflichten der Bürgerschaft gegenüber der Gräfin und ihren Söhnen als der Stadtherrschaft. Dieser erste Freiheitsbrief – er wird im Original bis heute in Wolfach aufbewahrt – scheint in seinen Bestimmungen für die Bürger nicht ungünstig ausgefallen zu sein. Sie müssen zwar jährlich an zwei Terminen insgesamt 20 Mark Silber

9 Vgl. dazu: G. Tumbült, Gründung, Recht und Verfassung der Stadt Wolfach im Kinzigtal, in: Historische Aufsätze, Aloys Schulte zum 70. Geburtstag, 1927, S. 133–148.

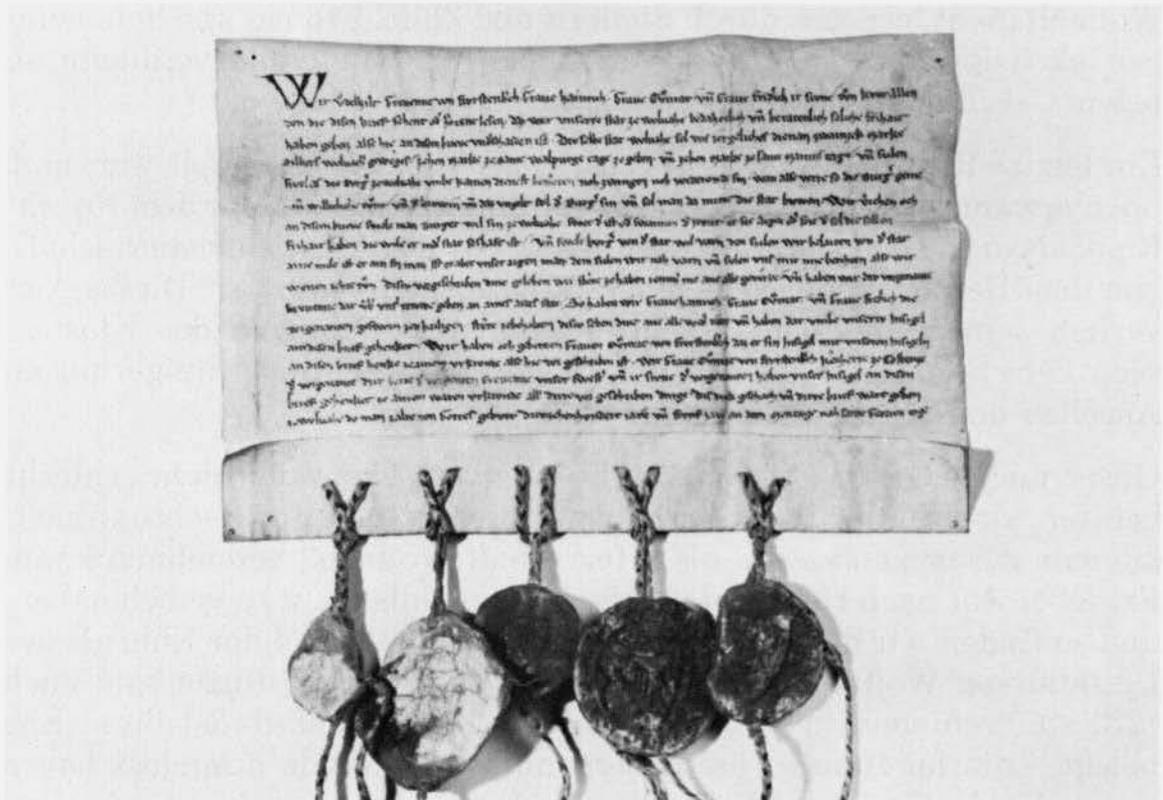
10 Vgl.: A. Schmid, Kloster und Pfarrei Bad Rippoldsau. Bad Rippoldsau 1965, S. 14 f.

11 FUB I, Nr. 619, S. 308 f.

12 Vgl.: G. Tumbült, Das Fürstentum Fürstenberg von seinen Anfängen bis zur Mediatisierung im Jahre 1806, Freiburg 1908, S. 20.

13 FUB I, Nr. 651, S. 335 f.

14 FUB II, Nr. 28, S. 21 f.



Das Testament einer guten Landesmutter, der Freiheitsbrief der Gräfin Udelhild von 1305.

Aufn.: E. Bauer, Wolfach

aufbringen, also umgerechnet etwas mehr als neun Pfund. Dafür wurden ihnen zur Deckung der städtischen Baukosten eigene Einnahmen aus dem Weinhandel überlassen; sie waren von Frondiensten befreit, d. h. sie besaßen die wichtigste Rechtseigenschaft eines damaligen Stadtbewohners, die persönliche Freiheit – wir erinnern uns an den Grundsatz „Stadtluft macht frei“ –, die auch in dem Recht des freien Zuges, der Möglichkeit, mit Hab und Gut wieder fortzuziehen, zum Ausdruck kam.

Nicht umsonst also ist die Gräfin Udilhild in Wolfach bekannt und populär geblieben, ist sie zur Sagengestalt geworden. Ihre Bürger verdankten ihr die Freiheiten des städtischen Gemeinwesens und, wer weiß, vielleicht auch die Fischgerechtigkeit in der Kinzig und in der Wolf. Jedenfalls wissen wir für dieses einmalige Privileg keine bessere – und auch keine schönere – Erklärung.

Von unserer Gräfin haben sich auch Siegel erhalten, die ihre betende Gestalt, aber auch zwei Wappen zeigen: einmal den fürstenbergischen Adler, dann daneben die Wolfsangel oder den Doppelhaken,¹⁵ den schon ihr Vater im Jahre 1277 in seinem Siegel geführt hat.¹⁶ Diese Kombina-

¹⁵ Wie Anm. 13.

¹⁶ WUB 7, S. 346; WUB 8, S. 2.

tion von fürstenbergischem und wolfachischem Wappen auf dem Siegel der Udilhild demonstriert in augenscheinlicher Weise ihren politischen Werdegang: Durch Heirat zur Fürstenbergerin geworden, blieben ihre Herkunft und ihr väterliches Erbe dennoch unvergessen und wurden bewußt in Ehren gehalten.



Siegel der Gräfin Udelhild von Fürstenberg-Wolva.
Aufn. E. Bauer, Wolfach

Wer aber waren nun diese Väter und Vorfahren, die unserer Udilhild das Territorium Wolfach mit seiner Burg, seiner Stadt und seinen Höfen hinterlassen hatten? Um sie kennenzulernen, müssen wir das Buch der Geschichte um viele Seiten weiter zurückblättern, müssen wir den Gang der Ereignisse nochmals um zwei Jahrhunderte zurückverlegen, bis tief in die Epoche, die man das Hochmittelalter nennt. Wir kommen mitten in das 11. Jahrhundert, als das Deutsche Reich von den Kaisern aus dem Hause der Salier regiert wurde. Ihr großes Problem war die Neugestaltung des Verhältnisses zu den Päpsten in Rom, die sich der Unterordnung unter die Herrscher des Reiches zu entziehen suchten. Diese Auseinandersetzung, der sogenannte Investiturstreit, fand ihren Höhepunkt im Jahre 1077, als der gebannte Kaiser Heinrich IV. seinen berühmten Gang nach Canossa antreten mußte, um sich von seinem Widersacher, dem Papst Gregor VII., von der Exkommunikation lösen zu lassen.

Dieses Ereignis fand überall im Deutschen Reich großen Widerhall, wo sich im Adel und im Klerus die Geister längst schon in zwei verfeindete Parteien gespalten hatten. Besonders auch im Herzogtum Schwaben

befehdeten sich die Anhänger des Kaisers und des Papstes bis hin zum Bürgerkrieg. Hier, in unserer weiteren Heimat, standen mit dem Herzog Rudolf von Rheinfelden, dem Herzog Berthold II. von Zähringen, dem Bischof Gebhard von Konstanz und den Äbten Wilhelm von Hirsau und Uto von St. Blasien die führenden geistlichen und politischen Kräfte ganz auf der Seite des Papstes und in ausgesprochener Feindschaft zum Kaiser. Schwaben bildete damals am Ende des 11. Jahrhunderts nicht nur eine sichere Bastion der Kirchenpartei, hier wurden auch die päpstlichen Reformideen und das Schlagwort von der „Freiheit der Kirche“ in die Tat umgesetzt. Dies zeigt sich besonders in der Gründung neuer Klöster, die unter der Anleitung der Mutterabteien Hirsau und St. Blasien den Anspruch eines vorbildlichen und von weltlichen Einflüssen freien Mönchtums zu verwirklichen suchten. So wurden in Schwaben in der Zeit des Investiturstreits genau 22 Klöster entweder der Reform unterstellt oder gar vollkommen neu gegründet.

Auch in unserer näheren Heimat haben diese neuen Ideen ihren Niederschlag gefunden und zur Stiftung von Reformklöstern geführt. Auf einem Hügel unweit der Quelle der Brigach versammelte sich im Jahre 1086 eine vornehme Gesellschaft aus Adel und Geistlichkeit, darunter der Bischof Gebhard von Konstanz und der Abt Wilhelm von Hirsau, um hier eine Mönchszelle zu Ehren des Hl. Georg zu begründen, aus der die bedeutende Abtei St. Georgen entstanden ist.¹⁷

Wenige Jahre später, 1095, weilte der Konstanzer Bischof sogar bei uns im oberen Kinzigtal, wo auf dem Hofgut Alpirsbach im Beisein des Abtes Uto von St. Blasien und vieler Adelliger ebenfalls ein Kloster eingerichtet wurde.¹⁸

Beide Ereignisse, die Stiftung von St. Georgen und die Gründung von Alpirsbach, waren für den Adel der näheren und weiteren Umgebung Anlaß zu glanzvollen Versammlungen, die in der damaligen Zeit des Investiturstreits zugleich Treffen der Anhänger der Kirchenpartei gewesen sind. Die Mönche beider Klöster haben in langen Listen die vornehmen Teilnehmer der jeweiligen Gründungsakte aufgezeichnet, die durch ihr Kommen und durch ihr Dabeisein das fromme Werk sichtbar unterstützten und damit auch ihre Parteinahme für die päpstliche Sache demonstrierten.

In diese Vorgänge eingebettet erscheint sowohl 1086 in St. Georgen als auch 1095 in Alpirsbach der Name eines „Fridericus de Wolfaha“, Friedrich von Wolfach.¹⁹ Er ist der erste in der schriftlichen Überliefe-

¹⁷ Vgl.: H.-J. Wollasch, Die Anfänge des Klosters St. Georgen im Schwarzwald, Freiburg 1964.

¹⁸ Vgl.: H. Harter, „Rotmannus de Husin“ – Mitstifter des Klosters Alpirsbach, in: Alemannisches Jahrbuch 1968/1969, S. 1-17.

¹⁹ MGH SS 15, S. 1010; WUB 1, S. 317.

zung nachweisbare Wolfacher, Ahnherr einer Familie, deren letztes Glied wir in Gestalt der Gräfin Udilhild schon kennengelernt haben. Dieser Friedrich – wir wollen ihn zur besseren Unterscheidung „den Ersten“ nennen – dieser Friedrich I. kann noch heute, nach fast 900 Jahren, recht gut identifiziert werden. Erstmals tritt er schon im Jahre 1084 in Erscheinung, und zwar im Dorfe Irslingen drüben am oberen Neckar, wo er als Zeuge eine Verfügung des Hezelo, des Stifters des Klosters St. Georgen, unterstützte.²⁰ Die Gründung dieser Abtei war für ihn offensichtlich Anlaß für ein starkes, eigenes Engagement, denn den Namen „Friedrich von Wolfach“ haben die Sanktgeorgener Mönche noch öfters aufgezeichnet. So beteiligte er sich nicht nur im Januar des Jahres 1086 an dem eigentlichen Gründungsakt dieses Klosters, er trug auch durch eine umfangreiche Landschenkung zu seiner wirtschaftlichen Fundierung bei.²¹ Man möchte geradezu von einer Hinwendung des Wolfachers zu dieser Stätte religiösen und mönchischen Lebens sprechen, die auch die übrigen Mitglieder seiner Familie erfaßt zu haben scheint.

So wird im Jahre 1091 von dem Jüngling Gerhard, wohl einem Sohn Friedrichs, berichtet, daß er unter Mitnahme seines ganzen Erbes in das Kloster an der Brigach eingetreten sei. Was er mitbrachte, war neben einem großen Hof bei Dunningen die stolze Zahl von 18 Lehensgütern, die alle im oberen Kinzigtal in der Gegend von Hausach gelegen waren.²² Damit war dem Kloster St. Georgen in unserer nächsten Umgebung wertvoller Besitz zugefallen, den es in der Folgezeit nochmals beträchtlich erweitern konnte und zwar jeweils durch kräftige Unterstützung der Wolfacher Familie. 1092 konnte Friedrich, wohl schon der zweite dieses Namens, ein Tauschgeschäft vermitteln, das den halben Hof Einbach an die Mönche brachte;²³ einige Jahrzehnte später, im Jahre 1148, schenkte „der adelige und erlauchte Herr Friedrich von Wolfach“, – er ist schon der Enkel des ersten, also Friedrich III. –, neben einem Waldstück im Einbach auch die Hausacher Kirche.²⁴ Sie ist ja noch erhalten, die alte Hauserbacher Dorfkirche, über deren Eingangstür ein Tympanon mit einer Kreuzigungsdarstellung wohl aus dieser Zeit ihrer Übergabe an St. Georgen stammen dürfte.

So hatte sich dieses Kloster im mittleren Kinzigtal eine starke Besitzstellung verschaffen können, die ihm aber nur auf Grund des Wohlwollens der Wolfacher Familie zugefallen war. Bei soviel Zuwendung darf auch einer späteren Chronik Glauben geschenkt werden, wonach „Friedrich Herr zu Wolfach, das Klösterle Ripoldzau gestiftet

20 MGH SS 15, S. 1013.

21 MGH SS 15, S. 1012.

22 MGH SS 15, S. 1015. – Vgl. auch: H. Harter, Gab es „Herren von Hausach“?, in: Die Ortenau 52 (1972), S. 67–76.

23 MGH SS 15, S. 1016.

24 MGH SS 15, S. 1022.

haben solle“.²⁵ Die frühesten Erwähnungen dieser Mönchszelle führen in der Tat in die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts zurück, etwa in das Jahr 1140, also in die Zeit Friedrichs III. von Wolfach, der demnach auf seinem Hofgut Rippoldsau im oberen Wolftal eine kleine Mönchsniederlassung gegründet hatte. Sie wurde als ein Priorat dem Kloster St. Georgen unterstellt, ein Vorgang, der nach den festgestellten engen Beziehungen der Wolfacher zu dieser Abtei nicht mehr verwundert. Die Einrichtung dieser dem Hl. Nikolaus geweihten Zelle aber markiert den Höhepunkt der Bemühungen unserer Wolfacher Familie um das Reformmönchtum, die mit Sicherheit religiöser Überzeugung entsprangen. Wie viele andere schwäbische Adelige ihrer Zeit hatten auch sie sich ein Familienkloster geschaffen. Hier wurde für ihr Seelenheil gebetet; hier konnte eine fortwährend gehütete Familiengruft eingerichtet werden; hier bestand ein geistlicher und geistiger Mittelpunkt ihrer Herrschaft.

Man hat in diesem Zusammenhang von einem „Schwäbischen Reformadel“ gesprochen, der während des Investiturstreits zur päpstlichen Partei gehörte, der unter der geistlichen Leitung der Klöster Hirsau, St. Blasien oder auch St. Georgen stand, der diesen und anderen Reformklöstern durch Stiftungen und Schenkungen beistand. Wir brauchen nach den geschilderten Aktivitäten der Wolfacher in diesem Bereich nicht mehr zu zweifeln: sie standen in eindeutiger Weise auf der Seite der Kirchenpartei und des Reformmönchtums. Ihr Glaubens- und Parteieifer ist vielfach dokumentiert und das nicht nur gegenüber den Mönchen von St. Georgen. Als im Jahre 1095 das Kloster Alpirsbach gestiftet wurde, war Friedrich II. von Wolfach ebenso dabei wie 1113 bei der Weihe von St. Peter auf dem Schwarzwald.²⁶ Seine Söhne Friedrich und Arnold vergaben um das Jahr 1139 auch an Alpirsbach ein stattliches Hofgut, das, am Fischerbach gelegen, bis heute unter dem Namen Martinshof existiert.²⁷

Es ist jedoch nicht nur die Charakterisierung der Wolfacher als Parteigänger der Kirche, als Angehörige des Reformadels, zu der die in St. Georgen und in Alpirsbach gemachten Notizen berechtigen. Viel grundsätzlicher berichten sie erst einmal von der Existenz einer Adelsfamilie „von Wolfach“, die hier im oberen Kinziggebiet schon in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts beheimatet gewesen ist. Was aber bedeutet Adel, Adelsfamilie in der damaligen Epoche? Wir können uns heute wohl keine genaue Vorstellung mehr davon machen, in welcher Ausschließlichkeit der mittelalterliche Adel die Führungsschicht der damaligen Zeit gewesen ist. Er allein war unbeschränkt waffenfähig. Er

²⁵ Wie Anm. 10.

²⁶ FDA 15 (1882), S. 157.

²⁷ WUB 1, S. 329. – Vgl. dazu: H. Harter, Eine Schenkung der Herren von Wolfach an das Kloster Alpirsbach, in: Die Ortenau 49 (1969), S. 225–244.

besaß weiten Grundbesitz und damit riesige Vermögen. Er war der Träger aller politischen Entscheidungen, vom Reich herab bis in die lokale Sphäre. Er besaß schließlich wehrhafte Burgen, von denen aus er verwaltete, regierte, die Wirtschaft überwachte, die Steuern erhob und Recht sprach. Adel also bedeutete Elite, bedeutete aktive Gestaltung des politischen, militärischen, wirtschaftlichen und auch geistig-kulturellen Lebens im Mittelalter.

Sprechen wir von den Herren von Wolfach, so müssen wir uns also immer vergegenwärtigen, daß sie Angehörige der Führungsschicht ihrer Epoche gewesen sind, die untereinander wiederum versippt, verbündet oder auch verfeindet gewesen war.

Unsere ältesten Quellen, die wir bisher ausgewertet haben, bringen uns nun noch in einer anderen Richtung aufschlußreiche Nachrichten. Es waren Landstücke und Lehenshöfe, dazu eine Kirche, die von den Wolfachern an die Klöster gegeben wurden. Wer aber etwas verschenken kann, dem muß es zuvor gehört haben, kurz: diese ganzen Vergabungen erschließen zugleich einen Teil der Besitzgrundlage und damit der materiellen Existenz unserer Adelsfamilie. Es fällt auf, daß es fast alle Güter im Gebiet der heutigen Gemarkung Hausach gewesen sind, die übrigens noch recht gut identifiziert werden können: im Sulzbach, im Adlersbach, am Schwiggenstein, am Einbach, am Fischerbach, außerdem die Kirche von „Husen“.

Das war Besitz an Grund und Boden, der von Bauern auf den darauf stehenden Höfen bewirtschaftet wurde. Das bedeutete aber auch Eigentum eines Gotteshauses, in das die genannten Güter und die dort lebenden Leute eingepfarrt waren. Besitzrechte dieser Art pflegt man unter der Bezeichnung „Grundherrschaft“ zusammenzufassen, der Herrschaft über Land und Leute. Wir können also die Folgerung ziehen, daß die Wolfacher die Grundherren über einen nicht geringen Teil des Kinzigtales gewesen sind.

Das gleiche gilt für das „predium Rippoldsau“ im obersten Wolftal, das ebenfalls zu dem am frühesten erkennbaren Besitz der Wolfacher gehörte.

Das alles sind die Besitztümer, von denen sie sich trennten, die sie als fromme Werke innerhalb weniger Jahrzehnte der Kirche vermacht haben. Keine Veranlassung bestand, auch die Güter aufzuschreiben, die sie sonst noch besaßen, die sie sonst noch besessen haben müssen, da man wohl kaum davon ausgehen kann, daß sie gleich alles aus religiöser Überzeugung weggegeben haben.

Um den Kern ihres Besitzes kennenzulernen, müssen wir von der Herkunftsbezeichnung „Wolfach“ ausgehen, die sie im Namen führten und auf Grund der sie von anderen adeligen Familien unterschieden



Die Ruinen der Burg Wolva.

Aufn.: M. Rupprecht, Wolfach



Freigelegtes Stück des Bergfrieds, Nordseite. 11. Jahrhundert. Nach umfangreichen freiwilligen Arbeitseinsätzen wurden die Umfassungsmauern des „Schlößle“ freigelegt und ausgebessert.

Aufn.: M. Rupprecht, Wolfach.

wurden. Solche Herkunftsbezeichnungen meinen immer den Sitz des Geschlechts, den Ort also, wo es Haus und Hof gehabt hat. Das aber kann im 11. Jahrhundert tatsächlich noch ein Hof gewesen sein, ein sogenannter Herrenhof, der inmitten eines Dorfes gelegen war, dessen Name dann auch die Herkunftsbezeichnung für die Adelsfamilie abgab. Adelliger Wohnsitz waren damals in steigendem Maße auch schon Burgen, die ihrerseits Namen erhielten, so daß dann der Burgname zur Herkunftsbezeichnung für den dort gesessenen Adel wurde.

Die Wolfacher machen es uns in dieser Beziehung nicht einfach. Ihr „von Wolfach“ ist weder eindeutig als Bezeichnung für ein Dorf, noch für eine Burg zu identifizieren. „Wolfach“ ist im Grunde ein Gewässernamen, „Wolfbach“ oder „Wolfwasser“ – er lebt ja für die „Wolf“ noch immer weiter –, und dieser Gewässernamen wurde dann einfach auf einen Wohnplatz übertragen. Dieser ist schon 1084 erwähnt, wir wüßten aber gerne, ob er einen in einem Dorf Wolfach gelegenen Herrenhof meinte, oder ob er schon eine Burg bezeichnete, nämlich die heute „Alt-Wolfach“ genannte Ruine. Beide dieser Möglichkeiten könnten in Betracht gezogen werden, für beide gibt es Anhaltspunkte in den schriftlichen Quellen. So gab es tatsächlich ein „Dorf Wolfach“, das 1148 der Ort war, an dem Friedrich III. die Hausacher Kirche an St. Georgen vergeben hat. „Wolfach“, nämlich „castrum Wolfach“ hieß auch die Burg, die aber recht spät, erst im Jahre 1272 im Zusammenhang mit jener Wunderhenne erwähnt wird. Ob sie sich jedoch schon hinter der Herkunftsbezeichnung „Wolfach“ des Jahres 1084 verbirgt, ist anhand dieses Quellenmaterials nicht zu erkennen.

Eine Klärung könnte nur auf ganz anderem Wege versucht werden, nämlich über eine Untersuchung der Burg an Ort und Stelle, das will heißen, durch eine Datierung ihrer Überreste mittels burgenkundlicher und archäologischer Methoden.

Schon eine oberflächliche Betrachtung der Ruine „Alt-Wolfach“ zeigt einige Anhaltspunkte, die für ein höheres Alter als das 13. Jahrhundert sprechen. Während damals, in der Blütezeit des staufischen Burgenbaus, die gewünschte Klarheit der äußeren Form durch möglichst rechteckige Grundrisse verwirklicht wurde, zeigt unsere Burg eine polygonale Grundform, d. h. ein Oval mit vielfachen Knicken. Mauern aus Buckelquadern, ein weiteres Hauptkennzeichen des 13. Jahrhunderts, fehlen bei ihr ganz. Dafür weisen die glatten Hausteine im geschichteten Verband, wie sie am Stumpf des Bergfrieds noch zu sehen sind, ebenfalls weiter zurück, jedenfalls früher als das 13. Jahrhundert. Ob aber diese und andere Merkmale tatsächlich von einem Bau des 11. Jahrhunderts stammen, das könnte nur mit Hilfe einer wissenschaftlich einwandfrei durchgeführten Grabung geklärt werden. Und so soll an dieser Stelle eine Anregung gegeben werden: Wenn demnächst die vom Wolfacher Stadtrat

genehmigten Sicherungsmaßnahmen auf der Burg Alt-Wolfach anlaufen, dann sollte diese Gelegenheit doch dazu benützt werden, mit Hilfe einer Grabung die Grundlagen für eine gesicherte Datierung zu schaffen; ein schwieriges, aber lohnendes wissenschaftliches Problem könnte so nebenbei endlich gelöst werden.

Fassen wir nun unsere Studien über die Besitzgrundlage der Wolfacher im 11. und 12. Jahrhundert zusammen: Ihr Wohnsitz und damit der Mittelpunkt ihrer Herrschaft lagen im Wolftal, wo sie entweder einen Herrenhof oder gar schon eine Burg besaßen. Hier bestand auch schon ein „Dorf“ Wolfach, vermutlich im Gebiet der heutigen Vorstadt, also um die Pfarrkirche herum, deren Existenz man mit Sicherheit auch schon in dieser frühen Zeit annehmen kann. Das gesamte Wolftal bis zum Kniebis war ihr Herrschaftsbereich, in dem sie das Rippoldsauer Klösterle gestiftet hatten, wo aber auch von ihnen abhängige Bauern lebten. Ihre Zahl kann nicht gering gewesen sein, bestanden für ihre religiöse Versorgung doch zwei Pfarreien, die von Oberwolfach und die von Schapbach, die beide ebenfalls in das 11./12. Jahrhundert zurückgeführt werden können. Den genauesten Einblick in die Besitzstruktur der Wolfacher bieten ihre Güter, die sich kinzigabwärts bis zum Fischerbach und zum Schwiggenstein ausdehnten und die in die Kirche von Husen eingepfarrt waren. Weniger deutlich sind die wolfachischen Rechte kinzigaufwärts zu erkennen; sie lassen sich nur aus dem späteren fürstenbergischen Besitz erschließen, dürften aber rechts der Kinzig sich bis Schiltach erstreckt haben. Damit soll der Versuch der Rekonstruktion der ursprünglichen Herrschaft Wolfach abgeschlossen sein, die räumlich das gesamte Wolf- und weite Teile des angrenzenden Kinzigtals umschloß. Ihre Bestandteile waren die um den Herrnsitz gruppierten Höfe, dazu vier Kirchen und ein kleines Kloster, während in dieser Frühzeit des 11. und 12. Jahrhunderts weder die Städte Wolfach und Hausach noch die anderen Burgen wie Romberg oder Hausach schon bestanden haben.

Trotzdem können wir die Bedeutung dieses Gebildes, das wir „Herrschaft Wolfach“ nannten, in dieser geschichtlichen Phase des Hochmittelalters nicht hoch genug einschätzen. Der Grund dafür ist durch ihre geographische Lage bedingt, durch ihre Lage inmitten eines Waldgebirges, das schon damals „Schwarzwald“ genannt wurde. Nur mit Schauern konnten die Geschichtsschreiber des frühen 11. Jahrhunderts von diesem Gebirge berichten, das sie als Einöde, als unbewohnten Urwald beschreiben. In der Tat waren bis dahin die Landschaften rings um den Schwarzwald besiedelt und politisch erfaßt, er selber aber war weitgehend menschenleer geblieben, was bei der Kargheit seiner Böden und der Mühsal ihrer Bearbeitung auch weiter nicht verwundert. Andererseits bestanden hier, im Gegensatz zum vollkommen verteilten Altsiedelland,

noch besitz- und herrschaftsfreie Räume, die sich durch energische Rodungsunternehmen doch noch wirtschaftlich und politisch organisieren ließen. Es ist gerade das 11. Jahrhundert, seit dem sich beobachten läßt, daß adelige Familien von allen Seiten Rodungs- und Siedlungsunternehmen in den Schwarzwald vorgetragen haben. Die Urwaldgebiete um die Enz und um die Nagold beispielsweise wurden etwa seit 1050 von den Grafen von Calw erschlossen. Im Alb- und Murgtal waren es die Grafen von Eberstein, die sich des Mittels des Landausbaus zur Schaffung einer allodialen Herrschaft bedienten. Diese Beispiele ließen sich aus dem mittleren und südlichen Schwarzwald beliebig vermehren, auch aus unserer nächsten Umgebung, wo die Herren von Hornberg etwa seit 1100 das Gutachtal erschlossen haben. Alle diese Beispiele lehren, daß der Schwarzwald tatsächlich unbesiedelt und ungerodet war, daß er seit dem 11. Jahrhundert aber in großem Stil wirtschaftlich und politisch erschlossen wurde, daß hier Kolonisationsvorgänge stattfanden, die den Wald zum Kulturland umwandelten.

Und das obere Kinziggebiet? Es stellt innerhalb dieser Entwicklung keine Ausnahme dar. Im Gegenteil, auch hier wurde erst gerodet, erschlossen und kolonisiert, bevor die ersten Siedlungen lebensfähig waren. Zu ihnen gehörte das Hofgut Alpirsbach im obersten Teil des Tales, das dann später im Jahre 1095 zu einer Klostergründung zur Verfügung gestellt wurde. Es war vermutlich von den Grafen von Sulz, also einem ebenfalls im Altsiedelland ansässigen Geschlecht, angelegt worden, im Zuge eines Siedlungsvorstoßes in den angrenzenden Wald. Überhaupt spielten diese Sulzer Grafen in unserer Gegend eine überragende Rolle. Auf Grund ihres Grafenamtes verkörperten sie die oberste politische Gewalt, waren sie die Vertreter des Königs, von denen alle politischen Maßnahmen im oberen Kinziggebiet ausgingen. Mit gutem Recht wird man also in ihnen die treibende Kraft für die Erschließung dieser Landschaft sehen dürfen.²⁸

Bisher ungeklärt ist die Rolle, die unsere Herren von Wolfach in diesem Zusammenhang gespielt haben. Dabei ist sicher, daß auch sie das Gebiet ihrer nachmaligen Herrschaft erst einmal roden und kolonisieren mußten, das heißt, daß auch sie mit von ihnen abhängigen Leuten einst aus dem Altsiedelland in den Wald gezogen waren, um hier in unserer Gegend die Täler und Hänge für eine bäuerliche Nutzung zu erschließen. Die Früchte dieser Mühen sind für uns schon Ende des 11. Jahrhunderts zu erkennen, als eine ganze Reihe dieser Siedlungshöfe an das Kloster St. Georgen abgegeben wurde. Vollkommen unklar ist nur der Zeitpunkt, zu dem die Wolfacher in unsere Gegend gekommen sind und mit ihrer Erschließung begonnen haben; ein ungeklärtes Problem ist auch ihr

²⁸ Wie Anm. 18.

Ausgangspunkt, ihre ursprüngliche Heimat, die sie verlassen haben, um hier an der Kinzig und an der Wolf ganz neu anzufangen. Kurz, wir müssen uns also noch genauer mit dem Woher und dem Wann der Übersiedelung unserer Familie beschäftigen.

Es ist nun nicht ganz einfach, diese Frage zu beantworten, da keine Quelle eine entsprechende Nachricht anbietet, im Gegenteil, wir befinden uns nun in einer Zeit, in der die geschichtliche Überlieferung in unserem Raum ganz versiegt. Die einzige Möglichkeit, die sich bei dieser schlechten Quellenlage anbietet, geht von folgender Überlegung aus: Wenn die Herren von Wolfach wie alle anderen im Schwarzwald beheimateten Adelsgeschlechter einst aus dem Altsiedelland in das Gebirge gezogen sind, dann brauchen sie dort nicht alles aufzugeben und verlassen zu haben. Insbesondere werden sie ihren dort vorhandenen Besitz, die Güter also, von denen sie sich bis zu ihrem Wegzug ernährten, nicht einfach herrenlos zurückgelassen haben. Diese dürften ihnen sogar einen wirtschaftlichen Rückhalt geboten haben, wenigstens in der Anfangszeit, in der ihr neues Herrschaftsgebiet erst einmal aufgebaut werden mußte. Denkbar ist auch, daß man die bis dahin bestehenden persönlichen Beziehungen, vor allem wenn sie verwandtschaftlicher Art gewesen sind, nicht einfach abbrach, sondern daß sie auch in der neuen Umgebung gepflegt wurden, daß also die Verbindungen zu der Herkunftslandschaft zumindest für eine ganze Weile weiterbestanden haben. Suchen wir also nach wolfachischem Besitz außerhalb des Kinzigtales und überprüfen wir den Umgang, den unsere Adligen bis in das 12. Jahrhundert hinein gepflegt haben.

Anlässe, sich zu treffen, boten immer wieder die Schenkungen an die Klöster, die oft als feierliche Rechtsakte unter Zuziehung vieler Zeugen gestaltet wurden. Unter ihnen befanden sich auch immer Leute, die von den Schenkern als ihre Verwandte und Vertraute zur Zeugenleistung gebeten worden waren. Zwei solcher Schenkungen wurden auch von den Wolfachern in diesem großen Rahmen getätigt,²⁹ und zwar einmal im Beisein von zehn namentlich genannten adeligen Zeugen; beim zweiten Mal waren es neun vornehme Personen, darunter ein Graf von Sulz, die unsere Wolfacher in dieser Weise unterstützt haben. Wir kennen also 19 adelige Herren in ihrer nächsten Umgebung, die sich auf verschiedene Landschaften verteilen lassen, auf die Ortenau, den Breisgau, die Baar und das Kinziggebiet. Der Zahl nach die meisten aber kamen vom oberen Neckar, der Landschaft zwischen Sulz, Horb und Rottenburg. Ihr zahlenmäßiges Übergewicht bei den Rechtsakten der Wolfacher ist auffällig, und es fragt sich, ob diese quantitative Aussage schon im Sinne unserer Fragestellung zu bewerten ist. Sie allein kann natürlich nicht die

29 Wie Anm. 27 und 24.

Herkunftslandschaft der Wolfacher erweisen, sie kann nur eine Spur angeben, die weiter verfolgt werden muß. Tatsächlich aber zeigt sich die Landschaft am oberen Neckar als ein sozusagen „heißes Gebiet“, das auch durch weitere Hinweise interessant wird.

In der Gegend um Horb konzentriert sich nämlich auch Besitz des Klosters Rippoldsau,³⁰ das wir als frühe Stiftung der Wolfacher ja schon kennengelernt haben. Die Gründung einer solchen Mönchszelle bedurfte einer gewissen wirtschaftlichen Grundausstattung, die jeweils von den Stiftern mitgegeben wurde. Dies muß auch im Fall von Rippoldsau geschehen sein, nämlich durch die Wolfacher, so daß die auffällig vielen Klostergüter um Horb am Neckar möglicherweise von ihnen stammten. Diese Vermutung aber wird fast zur Tatsache, wenn wir feststellen, daß noch im Jahre 1265 in einem der Rippoldsauer Besitzorte, nämlich Ergenzingen bei Rottenburg, unsere Wolfacher selber noch Rechte besessen haben.³¹ Auch im benachbarten Rohrdorf lassen sich solche noch nachweisen, so daß nun eine wichtige Aussage gemacht werden kann: die Herren von Wolfach hatten tatsächlich Besitzungen im Altsiedelland und zwar am oberen Neckar. Hier war auch ihre Klosterstiftung Rippoldsau auffällig stark begütert, und von hier stammten auch die meisten der Zeugen, die sie bei ihren Schenkungen unterstützten. So fallen drei verschiedene Argumente auf diese Landschaft zwischen Horb und Rottenburg, die sich damit vor allen anderen Möglichkeiten als die ursprüngliche Heimat unserer Wolfacher anbietet. Trotz intensiven und beharrlichen Suchens läßt sich aber der Ort selber, aus dem sie stammten, nicht mehr mit Sicherheit angeben. Zwar liegt direkt neben Ergenzingen ein Ort namens Wolfenhausen, dessen Name gleichfalls mit der Vorsilbe „Wolf“ gebildet wurde; es wäre aber fast zu perfekt, wenn unsere Wolfacher gerade von dort ausgezogen wären und ihre Herkunftsbezeichnung von dort mitgebracht hätten. Die Ähnlichkeit der Namen kann eine solche Möglichkeit bloß andeuten, aber nicht schlagkräftig beweisen.

So müssen wir uns mit der Feststellung begnügen, daß unsere Adelsfamilie ursprünglich im oberen Neckargebiet ansässig war. Etwa um das Jahr 1050 dürfte sie in den angrenzenden Schwarzwald gezogen sein, und zwar unter Mitnahme von Leuten, die sich auf die Rodung des Waldes verstanden. Dieses Ergebnis kann durch die Heranziehung eines letzten Hinweises zusätzlich bekräftigt werden: Ohne Abstimmung mit den Grafen von Sulz als den Vertretern des Reiches dürfte das Unternehmen der Wolfacher im oberen Kinziggebiet nicht durchführbar gewesen sein. Als unbesetztes Land unterstand dieses im 11. Jahrhundert noch immer

³⁰ Vgl. A. Schmid, Rippoldsau, a.a.O., S. 27.

³¹ WUB 6, S. 172.

der königlichen Verfügungsgewalt, die in unserer Gegend eben diesen Sulzer Grafen zustand. Zu dieser politischen Voraussetzung paßt die Herkunft der Wolfacher vom oberen Neckar sehr gut, stammten sie damit doch direkt aus dem Machtbereich und der näheren Umgebung der in Sulz gesessenen Grafen. So kann mit gutem Grund davon ausgegangen werden, daß unsere Adelsfamilie nicht ohne Einwilligung der Sulzer in den Wald gezogen ist, im Gegenteil, daß sie vielleicht sogar auf ihre Anregung und mit ihrer Hilfe gekommen sind mit dem Auftrag und Ziel, die äußerste Ecke des Sulzer Grafschaftsgebietes der Erschließung zuzuführen. Es spricht vieles dafür, die Herrschaft Wolfach als ursprünglichen Bestandteil der Grafschaft Sulz zu betrachten, die noch in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts das gesamte obere Kinziggebiet umfaßte. Es muß im Interesse der Grafen gewesen sein, die dortigen Waldgebiete einer wirtschaftlichen Nutzung zuzuführen, ein Ziel, für das sie eine Adelsfamilie aus ihrer nächsten Umgebung beauftragen konnten. Diese aber hatte die Chance, durch Rodung nicht nur Land zu gewinnen, sondern durch die Ausübung der Hoheitsrechte eine eigenständige Herrschaft aufzubauen. Es ist offensichtlich, daß die Wolfacher diese ihre Aktivitäten nicht ohne höchste Billigung entfaltet haben, da in ihren Händen auch der Blutbann, die hohe Gerichtsbarkeit in ihrem Herrschaftsgebiet, nachzuweisen ist. Dieses Recht konnte aber nur direkt vom Reich und vom König zu Lehen getragen werden. Man hat in Bezug auf unsere Wolfacher und ihre Herrschaft auch schon von „Okkupation des Waldes“ gesprochen,³² eine Ausdrucksweise, die die rechtlich nicht abgesicherte Besetzung ihres Gebietes andeutet. Der Hinweis auf ihre Herkunft und ihre Beziehungen zu den Grafen von Sulz lassen eine solche Deutung wohl nicht mehr zu, sie erhellen im Gegenteil den landschaftlichen und den politischen Hintergrund, vor dem sich ihr Zug vom Altsiedelland in die Waldgebiete der oberen Kinzig abgespielt hat.

Dieser Rahmen der wolfachischen Beziehungen und Aktivitäten verändert und erweitert sich nun in der Zeit nach 1100. Hatte schon die Gründung der Reformklöster ein neues Element in ihre nächste Umgebung gebracht, so wird die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts immer stärker durch die Macht und Ausstrahlung eines durch den Herzogstitel ausgezeichneten Hochadelsgeschlechts geprägt. Gemeint sind die Zähringer, die sich den südlichen und mittleren Schwarzwald als Basis für eine ganz neu geartete Politik ausgesucht hatten. Durch den Bau von Burgen, die Gründung von Städten und den Erwerb der Vogteien über die Schwarzwaldklöster betrieben sie eine Territorialpolitik großen Stils, die auf die Beherrschung des Schwarzwaldes abzielte. Hier schufen sie den ersten Flächenstaat der deutschen Geschichte, den sog. „Staat der

³² Th. Mayer, Die Besiedlung und politische Erfassung des Schwarzwaldes im Hochmittelalter, in: Mittelalterliche Studien, Darmstadt 1963, S. 404–424, hier S. 420.

Herzöge von Zähringen“, der im Schwarzwald bald die alles überwölbende Machtzusammenballung darstellte.

Auch das Kinzigtal war in die politischen Interessen der Zähringer einbezogen und zwar ganz einfach aus dem Grunde, weil hier seit römischen Zeiten eine der wenigen Straßen verlief, die den Schwarzwald von Westen nach Osten durchquerten. Gesicherte Verkehrsverbindungen dieser Art aber waren für ihren das Gebirge umspannenden Staat lebensnotwendig.

So reihen sich gerade auch im Kinzigtal die zähringischen Güter und Rechte aneinander, angefangen mit der Stadt Offenburg, die von ihnen wohl um 1130 gegründet worden war, über die Burg Ortenberg, auf der herzogliche Ministerialen den Eingang zum Kinzigtal hüteten, weiter nach Gengenbach, dessen Vogtei die Zähringer sich gesichert hatten. Auf dieses Amt gestützt, konnten sie in der Mitte des Tales eine weitere Stadt gründen, nämlich Haslach. Auch im oberen Kinziggebiet gab es zähringische Positionen, so die Willenburg bei Schiltach, die ja erst in den letzten Jahren durch Grabungen wiederentdeckt werden konnte.³³

Mitten zwischen all diesen Burgen und Städten der Herzöge saßen im Kinzigtal unsere Herren von Wolfach und dies schon lange, bevor im 12. Jahrhundert diese zähringische Territorialpolitik auch ihre nähere Umgebung erfaßt hatte. Befragen wir also die Quellen, ob aus ihnen etwas über das gegenseitige Verhältnis zu erfahren ist. Diesbezügliche Aussagen können wir vor allem der Überlieferung der Abtei St. Peter auf dem Schwarzwald entnehmen, die von dem Zähringer Berthold II. im Jahre 1093 gegründet worden war und dem Geschlecht fortan als Hauskloster und Begräbnisstätte diente. Entsprechend eng waren die Beziehungen der Herzöge zu dieser ihrer Stiftung, und es kann als Beweis auch für die Freundschaft zu den Zähringern gewertet werden, wenn ihr Kloster besucht und beschenkt wurde. Dies aber taten Friedrich II. von Wolfach und sein Sohn Arnold in den Jahren zwischen 1110 und 1121 recht ausgiebig.³⁴ Bei diesen ihren Besuchen trafen sie nachweisbar die Zähringerherzöge Berthold II., seine Söhne Berthold III. und Konrad, die sich ja als Gründer der Stadt Freiburg einen bleibenden Namen gemacht haben. Friedrich von Wolfach bezeugte auch ein wichtiges Rechtsgeschäft zwischen den Klöstern St. Peter und St. Märgen. Bei dieser Gelegenheit stand er in der Reihe der „principes“, der Fürsten, eine Bezeichnung, die die Wertschätzung der Mönche seiner Person gegenüber ausdrückt.³⁵ Dies alles aber zeigt, daß die Wolfacher mit den Zähringern in bestem Einvernehmen standen, ja zu ihnen offensichtlich

³³ Vgl. dazu: H. Harter, Die Willenburg, in: Die Ortenau 50 (1970), S. 274–291.

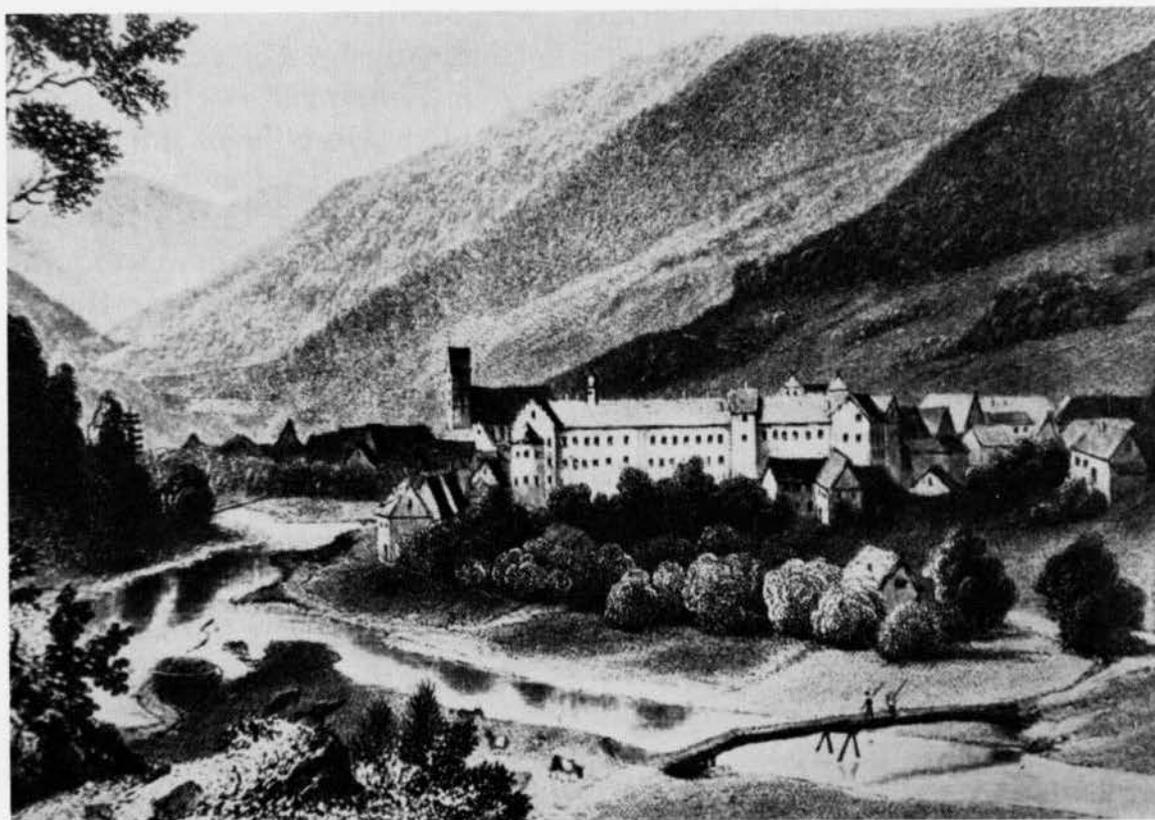
³⁴ FDA 15 (1882), S. 141, 163.

³⁵ C. G. Dümgé, Regesta Badensia, Karlsruhe 1836, S. 31.

eine starke Bindung entwickelt hatten. So kann es nicht mehr verwundern, wenn im Jahre 1111 sich zwei Wolfacher Herren, Friedrich und Arnold, in Basel aufhielten, denn dort weilten zu gleicher Zeit auch die Zähringer Berthold und Konrad.³⁶ Sie hatten gewöhnlich ein Gefolge von adeligen Herren um sich geschart, zu dem offensichtlich auch unsere Wolfacher gehörten. Es ist bekannt, daß die Zähringer im deutschen Südwesten auf Grund ihres Herzogtitels eine Führerstellung gegenüber dem übrigen Adel einnahmen, die also auch von den Wolfachern anerkannt wurde. Sie können demnach zumindest für die erste Hälfte des 12. Jahrhunderts als ausgesprochene Anhänger der Herzöge gelten, denen sie im Kinzigtal mit Sicherheit keine Schwierigkeiten machten. Eine solche Politik wäre wohl auch höchst töricht gewesen, wenn man die gerade hier ausgebreitete zähringische Macht mit ihren starken Stützpunkten bedenkt. Im Gegenzug scheinen die Herzöge die autonome Herrschaft Wolfach ihrerseits respektiert zu haben. Für sie waren unsere Adelige Verbündete, die einen wichtigen Abschnitt der Kinzigstraße kontrollierten und für sie offen hielten.

Leider brechen für die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts alle Nachrichten über weitere wolfachisch-zähringische Kontakte ab, wie überhaupt

36 MGH SS 15, S. 1014.



Alt-Wolfach mit dem Schloß der Fürstenberger

nur noch ein urkundlicher Beleg einen Herrn von Wolfach erwähnt. Es ist dies ein kaiserliches Diplom, das 1156 von Barbarossa in Speyer ausgestellt wurde und in dessen Zeugenreihe auch der Name „Fridericus de Wolva“ erscheint.³⁷ Es ist dies Friedrich III. von Wolfach, der damit als erster und einziger seiner Familie am Hof des Kaisers nachzuweisen ist. Den Anlaß dafür kennen wir leider nicht, doch wird durch diese Nennung nochmals schlagartig deutlich, welch vornehmen Kreisen unsere Herren zuzurechnen sind und in welchem Maße sie bis zu den Spitzen des Reiches Kontakte pflegten.

Über 60 Jahre lang werden nun keine Herren von Wolfach mehr genannt, und so fehlen uns alle Nachrichten über die Vertreter des Geschlechts in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts. Auch im Neubeginnenden 13. Jahrhundert dauert es bis zum Jahre 1219, bis mit Gottfried endlich wieder einer unserer Adelligen namhaft gemacht werden kann.³⁸ Er mußte seine Familie in einer Zeit vertreten, die im deutschen Südwesten von einer gewaltigen Veränderung der politischen Verhältnisse gekennzeichnet war: der Tod des Herzogs Berthold V., der keinen männlichen Erben hinterließ, bedeutete im Jahre 1218 den Zusammenbruch des Zähringerstaates, dem sofort ein schweres Ringen um die Neuordnung des so entstandenen Machtvakuum folgte. Die Verkehrsbedeutung des Kinzigtals brachte es mit sich, daß sich hier eine Macht engagierte, die aus territorialpolitischen Gründen schon lange an der Beherrschung dieser Durchgangslandschaft interessiert war. Gemeint sind die Staufer, die zwischen ihren Besitzungen im Elsaß und denen in Ostschwaben bisher den Komplex des Zähringerstaates liegen hatten. Durch sein Auseinanderbrechen war nun die Gelegenheit gekommen, eine Landbrücke zwischen den staufischen Gütern zu errichten, und es ist bekannt, daß der junge Stauferkönig Friedrich II. im Jahre 1218 keinen Augenblick zögerte, um seinem Haus gerade im Kinzigtal die angestrebten Positionen zu verschaffen. Alles, was die Zähringer dort vom Reich oder auch von der Kirche zu Lehen getragen hatten, wurde vom König als Reichsgut beansprucht und kassiert. So sind damals das ganze untere und mittlere Kinzigtal staufisch geworden, angefangen mit Offenburg, der Burg Ortenberg, Gengenbach, bis zur Stadt Haslach. Die Vogtei des Klosters St. Georgen geriet ebenfalls in die Hände des Königs und damit auch die Verfügung über dessen Kinzigtäler Güter. Das aber waren die Höfe, die einst die Herren von Wolfach an St. Georgen geschenkt hatten, einschließlich der Hausacher Kirche. Dieses Klosterterritorium wurde mit Hilfe der Vogteirechte alsbald ebenfalls zu einer staufischen Position ausgebaut, indem auf einem günstig gelegenen Bergvorsprung, hoch über

³⁷ WUB 2, S. 101.

³⁸ Freiburger Urkundenbuch, Bd. 1, Nr. 34, S. 18.

der Kinzig, eine Burg errichtet wurde, die später als „castrum Husen“, als Burg Hausach, im Besitz der Stauer nachgewiesen werden kann.³⁹

Für Gottfried von Wolfach muß diese neue politische Entwicklung recht bedrohend gewesen sein, stand das „castrum Husen“ rechtlich zwar auf Klosterboden, doch eigentlich inmitten seines eigenen Herrschaftsreichs. Nun gibt es von ihm, übrigens als einzigem Wolfacher, eine kurze zeitgenössische Charakteristik, die ihn als „friedliebenden“ und „fröhlichen“ Menschen einstuft.⁴⁰ Tatsächlich hat er sich der staufischen Expansion im Kinzigtal auch nicht entgegengestellt, sondern sich offensichtlich mit dem König arrangiert. Darauf nämlich läuft die Nachricht hinaus, daß der Stauerherrscher den Wolfacher um das Jahr 1220 mit dem Amt des Klostervogtes von Herbrechtingen belehnt hat.⁴¹ Dieses in Ostschwaben, im Brenztal, gelegene Stift gehörte zu den staufischen Hausgütern, so daß die Verleihung seiner Vogtei nur an besonders enge und vertraute Anhänger des Königshauses geschehen sein kann. In diesem Sinne muß Gottfried von Wolfach in den Augen Kaiser Friedrichs II. ein treuer Parteigänger der staufischen Politik gewesen sein, vielleicht gerade deshalb, weil er sie in seinem eigenen Herrschaftsbereich, im Kinzigtal, gewähren ließ. Oder könnte die Übertragung dieses Amtes gar als eine Art Ausgleich, als Kompensation für den Bau des „castrum Husen“ verstanden werden? Die politischen Umstände lassen eine solche Interpretation nicht unmöglich erscheinen. Glücklicherweise ist unser Wolfacher mit seinem weit entfernt auszuübenden Vogteiamt nicht geworden. Die Klagen der Herbrechtinger Mönche häuften sich, besonders nachdem sich Gottfried dort mit einem Gefolge von 12 Personen über ein Jahr lang einquartiert hatte. So gab unser Wolfacher sein Gastspiel in den staufischen Stammländern schon nach wenigen Jahren wieder auf.⁴² 1247 wird er dann als verstorben gemeldet, unter Hinterlassung einer Witwe namens Adelheid.⁴³ Sie ist übrigens die erste, uns namentlich bekannte Frau in der Wolfacher Familie. Ihren Namen trug, mittelalterlicher Sitte entsprechend, auch die uns längst bekannte Gräfin Udilhild, die in den wolfachischen Stammbaum demnach als Enkelin des Gottfried und der Adelheid einzuordnen ist.

Nachdem wir nun wieder auf ihren Namen gestoßen sind, kündigt sich langsam das Ende der Familiengeschichte unserer Herren von Wolfach an. Zu erwähnen bleibt aber noch, daß wir auch den Vater der Udilhild

39 MGH SS 17, S. 121.

40 WUB 9, S. 83.

41 WUB 3, S. 214.

42 Wie Anm. 40 und 41.

43 GLA Karlsruhe A 34/27 (1247).

kennen, der als vierter des Geschlechts den Namen Friedrich trug und von 1263–1280 in den Urkunden nachzuweisen ist.⁴⁴

In seine Lebenszeit fallen nun einige Nachrichten, die auf die Herrschaft Wolfach nochmals ein ganz besonderes Licht werfen. Da lernen wir im Jahre 1275 auf einmal den Wolfacher Pfarrer Johannes kennen,⁴⁵ der mit Abstand der reichste Kirchherr des oberen Kinziggebiets gewesen ist. Mit 26 Mark Silber war er den Einkommen seiner Kollegen in der Nachbarschaft weit voraus. So brachte es der Kirnbacher Pfarrer nur auf fünf Silbermark, der Gutacher auf 12, der Oberwolfacher auf 16, und nur in Schiltach und in Hornberg kam man auf 18, aber auch nur auf zwei Drittel des Jahreseinkommens der Pfarrei Wolfach.⁴⁶ Da ihr Sprengel aber nicht größer als der der übrigen gewesen war, muß dieses extrem hohe Einkommen mit einer besonderen Struktur der Wolfacher Kirche zusammenhängen.

Die Erklärung bringt ein Beleg aus dem Jahre 1291, der „Siegfried, den Schultheißen von Wolfach“ nennt.⁴⁷ Schultheiß aber war der Titel, den der von der Obrigkeit bestellte oberste Richter und Amtsträger einer Stadt getragen hat. Wolfach – eine Stadt, das ist neu und überrascht; das ist eine Nachricht, die nochmals genauerer Untersuchung bedarf. Sie erklärt das besonders hohe Einkommen der Pfarrei, wie andererseits diese Zahlen von 1275 die Existenz dieser Stadt schon zu diesem Jahr sicher machen. Das Rätselraten beginnt dann jedoch mit der Frage, wie lange vor 1275 diese Stadt schon bestanden haben könnte, eine Frage, die von den verschiedenen Forschern auch sehr verschiedenartig beantwortet wurde. Zwischen der ersten Hälfte des 12. und dem letzten Viertel des 13. Jahrhunderts ist praktisch jeder Zeitraum schon in Anspruch genommen worden mit Schwerpunkten für „die Zeit zwischen 1160 und 1200“, „ums Jahr 1250“ oder „zwischen 1275 und 1305“.⁴⁸

Einigkeit besteht nur in der Feststellung, daß der Ort für diese Stadtgründung nicht besser hätte gewählt werden können. In der Tat laufen hier das Wolf- und das Kinzigtal zusammen, überschreitet hier die Schwarzwaldquerstraße den Fluß und ist das Tal so eng geworden, daß eine Stadt zugleich die Funktion einer Festung übernehmen konnte. So mögen es zugleich wirtschaftliche und militärische Gründe gewesen sein, der die bis zum heutigen Tag großartig wirkende Stadtanlage von Wolfach ihre Entstehung verdankt. Ihr Grundriß wird als Achse von der

44 Straßburger Urkundenbuch, Bd. 1, Nr. 540, S. 411 (zum Jahre 1263); GLA 21/268 (z. J. 1280).

45 WUB 7, S. 345 f.

46 FDA 1 (1865), S. 39 f.

47 Wie Anm. 11.

48 Vgl.: J. Krausbeck, Wolfacher Stadtgeschichte, zwischen den Zeilen gelesen, in: Die Ortenau 57 (1977), S. 32–34, hier S. 33. – W. A. Tschira, Stadt und Schloß Wolfach, a.a.O., S. 322. – M. Wellmer, Wolfach, in: Baden-Württemberg, hg. von M. Miller, Stuttgart 1965, S. 759.

großen breiten Marktstraße geprägt, der heutigen Hauptstraße, die nichts anderes darstellt als den durch die Stadt führenden Teil des Verkehrsweges von Offenburg nach Rottweil. An ihren beiden Enden war sie durch Tore gesichert, von denen das untere, das Schloßtor, ja noch erhalten ist. Parallel zur Marktstraße verlaufen zwei schmälere Nebenstraßen, die mit ihr durch Gassen verbunden sind. Diese Stadtanlage zeigt eindeutig die Merkmale einer planmäßigen Gründung, wie sie in ähnlicher Form auch anderswo, beispielsweise im benachbarten Hausach, nachgewiesen werden kann. Hier wie dort fehlt innerhalb der Stadtmauer aber die Kirche, die ihren Platz vor den Toren, in Hausach im sog. „Dorf“, hier in Wolfach in der „Vorstadt“ hat. Man spricht in diesem Zusammenhang von der extramural gelegenen Pfarrkirche und betrachtet diese Trennung von städtischem und kirchlichem Mittelpunkt als Ausdruck zweier verschiedener geschichtlicher Entwicklungsstufen. Älter ist in diesen Fällen, man könnte dazu auch die Beispiele Hornberg und Schiltach noch heranziehen, älter ist dabei immer die Kirche, die schon bestanden hat, als die Stadt erst gegründet wurde. Sie also fand die Kirche in der Nähe schon vor, sie brauchte deshalb keine eigene mehr zu haben, sondern wurde in das schon bestehende Pfarrsystem aufgenommen. Es hatte seinen Mittelpunkt in der schon 1148 genannten „villa“ Wolfach, in der heutigen Vorstadt also, wo eine kleine dörfliche Siedlung bestand, die sich um eine Kirche gruppierte, während von einer Stadt zu diesem Zeitpunkt auf der anderen Seite der Kinzig noch keine Spur vorhanden war.

Die Stadt kann erst später dazu gekommen sein, sicherlich nicht mehr im 12. und wohl auch noch nicht sehr bald im 13. Jahrhundert. Die Quellen, die ihre Existenz bezeugen, setzen erst nach 1270 ein, in einem Zeitraum, in dem auch die übrigen Städte des oberen Kinziggebiets, Hausach, Hornberg und Schiltach, aktenkundig werden. Sie alle sind erst nach 1250 gegründet worden, nachdem die alles überragende Herrschaft der Staufer zusammengebrochen war. Jetzt drängten in unsere Gegend wie anderswo im Reich die lokalen Gewalten nach oben, die Landesherren wie die Inhaber kleinerer Adelherrschaften. Jetzt sicherte man sich allenthalben Beutestücke aus dem staufischen Erbe: die Herren von Geroldseck drängten in die Ortenau hinaus, die Grafen von Freiburg besetzten die Burg Hausach. Jetzt wurden nochmals in großem Stil Positionen verteilt und okkupiert, die durch den Bau von Burgen und die Gründung von Städten gesichert und ausgebaut werden mußten. Die Jahre nach 1250 bedeuteten auch im Kinzigtal eine Besitzumschichtung, wie sie nur mit den Ereignissen von 1218, nach dem Aussterben der Zähringer, verglichen werden kann. Nur daß damals mit den Stauern sofort eine neue, überregionale Macht zur Stelle gewesen war, während

jetzt, nachdem das Königshaus gleichfalls scheiterte, die lokalen Machträger, nur sich gegenseitig behindernd, expandieren konnten.

Vor diesem politischen Hintergrund finden nicht nur die genannten Städtegründungen im oberen Kinziggebiet ihre Erklärung, er muß auch für die zeitliche Einschätzung der Anlage der Stadt Wolfach herangezogen werden. Wenn wir also ihre Gründung erst um das Jahr 1250 ansetzen, dann können wir als erste Begründung dafür diese zeitgenössischen Entwicklungen anführen. Zum zweiten kann ein Argument herangezogen werden, das sich an der Quellenlage des 13. Jahrhunderts orientiert. Sie ist nämlich so schlecht gar nicht, daß nicht wenigstens die Grundlinien der Ereignisse nachvollzogen werden könnten. Auch zeigt der Umgang mit den damaligen Urkunden, daß sie durchaus das Neue, beispielsweise eine Stadtgründung, widerspiegeln, oder, anders herum gesagt, daß solche bedeutungsvollen Maßnahmen mit nur mäßiger Verspätung, ein bis zwei Jahrzehnte, mitgeteilt werden. So kommen wir auch mit Hilfe dieser Überlegung in die 50er Jahre des 13. Jahrhunderts, wenn wir von 1275 als dem gesicherten Zeitpunkt der Existenz der Stadt Wolfach ausgehen.

Ein drittes Argument soll folgen. Wie erwähnt, haben die Herren dieser Stadt – es waren die Gräfin Udilhild und ihre Söhne – den ersten Freiheitsbrief im Jahre 1305 ausgestellt. Das muß nun tatsächlich auch das erste Privileg dieser Art gewesen sein, denn sonst hätten die Aussteller frühere von ihren Vorgängern erlassene Urkunden erwähnt und deren Bestimmungen bestätigt, wie es übrigens die Nachfolger der Udilhild bis ins 18. Jahrhundert hinein getan haben. Der Brief von 1305 aber nimmt keinerlei Bezug, er schöpft sein Recht ganz neu. Er scheint also einen Abschluß zu markieren, Rechtsverhältnisse festzuschreiben, wie sie sich bis dahin entwickelt hatten. Eine solche Gründung steht ja nicht innerhalb kürzester Frist auf gesichertem Boden; sie braucht ihre Anlaufzeit, sie kann Rückschläge erleiden. Allein die baulichen Maßnahmen für die Anlage einer Stadt müssen, gemessen an den Mitteln der damaligen Zeit, Jahrzehnte gedauert haben. Wieder können wir zurückrechnen, von 1305 ausgehend, und wieder erscheint die Mitte des 13. Jahrhunderts als akzeptables Datum für einen solchen Neubeginn aus wilder Wurzel, der nach etwa 50 Jahren wirtschaftlich, politisch und rechtlich auf festen Füßen zu stehen kam.

Falls diese, unsere Argumente die geschichtliche Wirklichkeit wiedergeben, was wir natürlich nicht mehr mit absoluter Sicherheit sagen können, dann fällt die Gründung unserer Stadt in die Lebenszeit Friedrichs IV. von Wolfach, des Vaters der Udilhild. Ihm dürften die entsprechenden Ideen und Initiativen zuzuschreiben sein, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß der Schwiegersohn, der Graf Friedrich von

Fürstenberg, die Erfahrungen seiner Familie in puncto Städtegründungen miteingebracht hat. Letzten Endes stellt unsere Stadt aber doch das auch für die Zukunft bedeutendste Werk der Wolfacher Adelsfamilie dar. Ist sie doch das Erbe, von dem wir noch immer zehren und das in Gestalt seiner Lage, seiner Planung und seiner baulichen Ausführung einen sichtbaren Bogen von unserer Zeit bis in das Hochmittelalter zurückschlägt, als hier die Adelsfamilie von Wolfach die maßgebende politische Kraft gewesen war.

Franz Joseph Ritter von Buß, seine Persönlichkeit und seine Bedeutung für die Gegenwart

Rede, gehalten aus Anlaß des 100. Todestages am 25. 2. 1978 in Zell am Harmersbach

Hugo Ott

Die Aufgabenstellung ist komplex. Warum? Weil jeder Mensch, der in der Vergangenheit in mehreren bedeutenden Wirkungskreisen tätig war und dort Spuren eingegraben hat, dem behutsam arbeitenden Historiker Fragen über Fragen aufgibt, zumal wenn bereits aus zeitgenössischer Sicht die zu behandelnde Persönlichkeit in einem hohen Maß umstritten, von der Parteien Haß und Gunst verzerrt und erhoben war. Und der Zeller Franz Joseph Buß, der 1863 vom österreichischen Kaiser geadelt wurde, kann beispielhaft stehen für die wütenden Angriffe der persönlichen und der politischen Gegner wie auch für die Begeisterungstürme, die Ovationen, die ihm breite katholische Volksschichten entgegengebracht haben. Doch Franz Joseph Buß selbst war eine kämpferische Natur; er focht in den politischen und wissenschaftlichen Auseinandersetzungen eher mit dem schweren Säbel als mit dem eleganten Florett, und er war nicht zimperlich in der Wahl der Mittel und kann, um ein Urteil vorwegzunehmen, als Meister der vielgestaltigen Polemik gelten, ja mehr, er ist zum großen, wortgewaltigen Agitator geworden, der besonders ab 1841, als sein Buch „Über den Einfluß des Christentums auf Staat und Kirche“ erschienen war, auf einem allgemeineren Hintergrund des Aufbruchs des politischen Katholizismus die kirchentreuen Katholiken der Erzdiözese Freiburg und damit des Großherzogtums Baden mobilisierte und die papsttreue, sog. ultramontane Richtung zu einer politischen Bewegung mit der Zielsetzung gegen den politischen Liberalismus gestaltete.¹ Er brachte die erste große Massenpetition in der Geschichte Deutschlands zustande, indem er die katholische Landbevölkerung unmittelbar ansprechen und dadurch mobilisieren konnte.² Dies dürfte

1 Vgl. Hugo Ott, Das Erzbistum Freiburg im Ringen mit Staatskirchentum und Staatskirchenhoheit, in: Das Erzbistum Freiburg 1827-1977. Freiburg i. Br. 1977, 75 ff.

2 Vgl. Josef Becker, Liberaler Staat und Kirche in der Ära von der Reichsgründung und Kulturkampf (Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte. Reihe B. Forschungen Bd. 14). Mainz 1973, 20 f.

Ihnen nicht unbekannt sein, wie auch die sonstigen bedeutenderen Elemente Ihres Zeller (und im weiteren Sinn Kinzigtäler) Landsmannes als bekannt vorausgesetzt werden können. Ich kann mir wohl die Nennung der wichtigsten Stichworte ersparen, zumal ich im Laufe der Darstellung Gelegenheit haben werde, manches näher in den Griff zu bekommen.

Doch ehe ich das Thema einkreise, möchte ich nicht unterlassen, das wesentliche Zitat aus der Würdigung zu erwähnen, die Heinrich Hansjakob seinem Kinzigtäler Landsmann hat zuteil werden lassen. Er tat dies im Vergleich zu Alban Stolz, und er unternahm die Wertung, indem er die Vorlesungen beider Universitätsprofessoren in ihrer jeweiligen Wirkung auf die Hörer charakterisierte:

„Wie verschieden aber unser Herrgott die Talente unter den Menschen gebildet und geartet hat, das konnte man an dem Dozenten kennenlernen, dessen Vorlesungen neben denen von Stolz die Theologen des dritten Kurses vorzugsweise besuchten. Es war dies der weithin bekannte Hofrat Dr. Buß, ein Kinzigtäler aus Zell . . . , der uns allgemeines, deutsches und badisches Kirchenrecht dozierte. Stolz und Buß waren so verschieden voneinander wie Olivenöl und Champagner: der eine ebenso ruhig und still wie der andere brausend und gärend. Buß war ein vielseitigeres Talent als Stolz, aber an Tiefe weit übertroffen von diesem. Aus seinen eigentlichen Vorlesungen war entschieden am wenigsten zu profitieren, weil er zuviel ‚Allotria‘ trieb und jeden fremden Gedanken, den sein lebhafter Geist ihm dazwischen warf, ergriff und verarbeitete. Das ‚Allotria‘ aber, dem Buß so gerne huldigte, ist in meinen Augen . . . absolut kein Vorwurf für den so bedeutenden Mann. Was er sagte, war geistreich, und wenn es auch nicht zur Vorlesung gehörte, so konnte man doch gar vieles daraus lernen. Von Kirchenrecht nahm ich blutwenig bei ihm auf, aber das was er drum und dran hing, ging wegen seiner pikanten Art nicht nutzlos an mir vorüber. Ich wohnte deshalb den Vorlesungen von Buß stets mit Vergnügen bei.“³

Sie sehen, daß Hansjakob aus der unmittelbaren Anschauung urteilt, und wie ich meine, wohlabgewogen, dem Universitätslehrer Buß gerecht werdend. Ich könnte Ihnen auch andere, total negative Würdigungen vortragen, die, z. T. gehässig formuliert, Buß in seiner wissenschaftlichen Leistung als Scharlatan abkanzeln.⁴ Es hat sich jedoch gezeigt, daß bei einer objektiven Erforschung des engeren Wissenschaftsbereichs von

³ In der Schrift „Aus meiner Studienzeit“. Freiburg 1884 (10. Auflage Freiburg 1966, 340 f.). Hansjakob hat Buß auch in den Badischen Biographien gewürdigt (III, 15, 1881).

⁴ Vgl. Johann Friedrich v. Schulte, Die Geschichte der Quellen und Literatur des canonischen Rechts von Gratian bis auf die Gegenwart. Bd. III. Stuttgart 1880, 391 ff. Vgl. zum Gesamtzusammenhang Alexander Hollerbach, Zur Geschichte der Vertretung des Kirchenrechts an der Universität Freiburg im Breisgau im 19. Jahrhundert, in: Zs. der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte. Kanonistische Abteilung LIX, 1973, 343 ff.



Freiherr Ritter von Buß

Buß (Staats- und Kirchenrecht sowie Nationalökonomie) das Bild bessere Konturen gewinnt. Doch kann ich auf Einzelheiten nicht eingehen, sondern muß es bei dieser allgemeinen Feststellung bewenden lassen.

Wir wollen uns hier und heute auf das sozialpolitische Engagement von Professor Buß konzentrieren, das sich in vielfältiger Weise darbietet, wobei jedoch die am 25. April 1837 in der 16. öffentlichen Sitzung der 2. Kammer der Großherzoglichen Badischen Landstände gehaltene Rede „Über die mit dem fabrikmässigen Gewerbsbetrieb verbundenen Nachteile und die Mittel ihrer Verhütung“⁵ – sicher zu Recht – im Mittelpunkt stehen wird, nicht zuletzt aus folgender Überlegung heraus, die auch bei der Formulierung des Themas mitgespielt hat: welchen Gegenwartsbezug können wir herstellen, wenn wir uns mit einer historischen Persönlichkeit befassen? Denn die Beschäftigung mit der Vergangenheit allein mag eine recht interessante Angelegenheit sein, sie mag dem Historiker in seinem Tun genügen, für eine breitere Bevölkerung wird sie unbefriedigend sein müssen, wenn nicht ein Ertrag gewonnen werden kann für das Selbstverständnis der gegenwärtigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme und deren Lösungsmöglichkeiten. So gesehen, rechtfertigt sich die Beschränkung auf die sozialpolitischen Züge im Bild des Ritters von Buß, den wir zunächst aus seinen biographischen und soziographischen Ursprüngen heraus kurz vorstellen wollen, d. h. aus dem Quellgebiet seiner Familie, die eingebettet war in die geschlossene Gesellschaft der kleinen freien Reichsstadt Zell am Harmersbach, in eine Gesellschaftsformation freilich, die im Geburtsjahr des Franz Joseph Buß in einem Jahr der Wende und des Umbruchs sich befand.

Der seinerzeitige Vikar P. Nicolaus Pfaff aus dem nahen Benediktinerkloster Gengenbach trug unter dem 23. März 1803 als 37. Geburt ein: *Hodie die vigesima tertia mensis Martii anni millesimi octingentesimi tertii a me infrascripto baptizatus est Franciscus Josephus Francisci Josephi Buß civis et sartoris huius loci et Barbarae Jäglin legitimorum coniugum filius, hodie natus. Patrinus fuit dominus Jacobus Winterhalter huius loci praefectus. Matrina vero fuit Maria Francisca Gäbelin Valentini Soler civis et chirurgi hic loci uxor. Qui omnes mecum propria manu subscripsere.*⁶

Zu deutsch: Heute am 23. Tag des Monats März des Jahres eintausend achthundert und drei ist von mir, dem Unterzeichneten, getauft worden Franz Joseph, der Sohn des Franz Joseph Buß, Bürgers und Schneiders

⁵ Ich habe die in Karlsruhe o. J. erschienene Ausgabe benutzt. Die späteren Zitate, die im einzelnen nicht belegt werden, sind dieser Publikation entnommen und zwar in der originalen Orthographie.

⁶ Aus dem Taufbuch der Pfarrei Zell a. Harmersbach. Benutzt wurde der Mikrofilm im Erzbischöflichen Ordinariatsarchiv Freiburg.

dieses Ortes und der Barbara Jäglin, rechtmäßige Eheleute, der auch am heutigen Tag geboren ist. Taufpate war Herr Jacob Winterhalter, Präfekt dieser Stadt, und Taufpatin war die Maria Franziska Gäbelin, die Ehefrau des Valentin Soler, Bürgers und Wundarztes dieser Stadt. Diese alle haben mit mir zusammen mit eigener Hand unterschrieben.

Da wir nur sehr wenig über die Familie und überhaupt über die Jugendzeit von Buß wissen – zumindest ist es meiner Kenntnis nach nicht genügend aufgearbeitet⁷ –, möchte ich versuchen, die Struktur von Wirtschaft und Gesellschaft dieser Stadt ganz knapp zu skizzieren, wie diese den jungen Buß geprägt hat und zwar so stark geprägt haben muß, daß er sein ganzes Leben diesen Prägestempel nie verleugnen konnte: Zehn Jahre nach dem Ende der reichsstädtischen Herrlichkeit von Zell, das 1803 markgräfllich badisch geworden war, schreibt Kolb in seinem „Lexicon von dem Großherzogtum Baden“ über diese Kleinstadt: „Den Einwohnern fehlet es gänzlich an Commerz und andern hinlänglichen Nahrungsquellen. Das karge Erdreich und das rauhe Klima gewährt dem Bewohner desselben kaum soviel, als er nöthig hat, um sich nothdürftig durchzubringen. Doch ist zunächst in der Stadt noch ein Hammerwerk in Betrieb, und in der Vorstadt wird schönes Steingut und gutes Fayence fabriciret.“⁸ Bei aller zentralörtlichen Funktion, die der Reichsstadt Zell für das Nordrachtal und für Biberach, Ober- und Unterentersbach – also sein Territorium – zukam, muß diese Stadt als sog. Ackerbürgerstadt bezeichnet werden, d. h. die knapp über 800 Bürger um 1800 lebten als Handwerker und Kleinbauern, produzierten für einen bescheidenen lokalen Markt und waren überdies für die Sicherstellung der Nahrungsgrundlage auf die Agrarprodukte der größeren Bauern ihres Gebietes angewiesen. Handwerk, das in Zünften organisiert war, und Landwirtschaft bestimmten um diese Zeit überwiegend das Bild.⁹ Aber der junge Buß empfing auch erste Eindrücke bescheidener unternehmerischer Aktivitäten, wie diese sich z. B. in der Errichtung der Steingut- und Fayencefabrik 1805 in der Vorstadt (vor dem oberen Tor) niederschlugen. Die Dominanz der durch das Handwerk bestimmten Gewerbeverfassung ist das bleibende Erlebnis für Buß, dessen Vater wohl wie die übrigen Schneider der Schneiderzunft auch auf die Stör bei den großen Bauernhöfen der Täler ging. Diese eigenartige, fast doppelbödig zu bezeichnende Struktur mag manches aus dem zwiespältigen Bild des Prof. Buß erklären: „Die Handwerker, die hier saßen und den Rat selber

7 P. Adalbert Ehrenfried, Franz Josef Ritter v. Buß. Zum 100. Todestag. Zell 1978. Otto B. Roegele, Franz Josef Buss (1803–1878). Kirchenfreiheit, soziale Frage und demokratische Bewegung, in: Internationale Katholische Zeitschrift 7, 1978, 563–572; Julius Dorneich, Franz Josef Buss und die Katholische Bewegung in Baden (= Abhandlungen zur oberrheinischen Kirchengeschichte Bd. 7. Freiburg i. Br. 1979).

8 Die Urteile von Kolb sind öfters wenig differenziert. Man müßte in jedem Fall derartige Feststellungen nochmals genau überprüfen.

9 Vgl. Godehard Grimm, Zell am Harmersbach: Versuch einer Stadtgeographie mit dem Schwerpunkt auf der Bevölkerung und Wirtschaft des 19. und 20. Jahrhunderts. Zell a. H. 1970, 43 ff.

bildeten, waren aber wirtschaftlich ganz und gar abhängig von den reichen Bauern der umliegenden Thäler und Berge“, schreibt Gothein in seiner Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwalds, und er verweist auf die Erzählung Heinrich Hansjakobs, „Wilde Kirschen“, wo mit derbem Humor beschrieben wird, wie der letzte Bürgermeister der freien Reichsstadt Zell, bevor er durch das Vertrauen seiner Mitbürger zu dieser Stellung berufen wurde, als Schneider auf den Harmersbacher Höfen umherzog und versuchte, von den Bauern gute Bissen zu erhalten.¹⁰ Ob Hansjakob damit den Vater des Professor Buß im Auge hatte, weiß ich nicht.¹¹ Sicher ist jedoch die allgemeine gesellschaftliche und wirtschaftliche Situation präzise gezeichnet.

Der junge Buß wurde weiter bestimmt durch das Erlebnis schwerer Hungersnöte 1816/17, die besonders durch die vorausgegangenen Belastungen der napoleonischen Kriege gerade für Zell sich katastrophal auswirkten. Ein sehr drastischer Niederschlag findet sich – wenn ich den zeitlichen Bogen schlagen darf – in seiner 1832 erschienenen Schrift „Volks- und Völkermoral, Politisches Glaubensbekenntnis“. Buß nimmt entschieden Stellung in einer Zeit politischer Unruhe. Freilich selbst in heftigster Gärung befindlich, wendet er sich gegen revolutionäre Umtriebe, gegen einen extremen politischen Liberalismus und fordert eine „humane, sittlich religiöse Regeneration der gesamten Gesellschaft“. Besonders jedoch verlangt er, daß dem Volk, dem mit politischen Ideen jetzt nicht gedient sei, materielle Erleichterung zuteil werde.

Einige Zitate: „Das Volk muß zuvörderst frei athmen können, und Etwas zu dauern haben, ehe es auf euern, nicht aus den Hütten des Thals geholten, sondern aus euerem überreizten Hirn entwässerten oder entbrannten Verbesserungsplanen horcht. Hungert einmal, wie es, gebt so oft und so Vieles, als ihr gierig ihm nehmet, schindet vom grauen Morgen bis in die späte Nacht, wie es, und streckt euch auf sein nur mit Noth der Schuldvollstreckung entrissenes, sorgengefoltertes Lager, dann werden euch euere Träume vergehen... Ihr lügt, und kommet mir vor, wie Einer, welcher einem Halberhenkten ein Senfpflaster an die Sohle setzt, statt ihm die Drosselschnur abzuschneiden, wie Einer, welcher dem vor Hunger Umfallenden die Segnungen der Hungerkur preist, und das Brod in seiner Hand selbst nascht. Wäret Ihr hinausgegangen vor einigen Wochen, ehe Gott und Natur mit reicher Aerndte geholten, aufden Markt, hättet ihr geschaut diese kaum noch wankenden Gerippe mit ihren tiefen hohlen Augenlöchern, blösen Feuerstätten der Verzweiflung, ...dieser Schauderblick wäre Euch gesund gewesen, gesunder, als der in euere Bibliotheken...“.

¹⁰ Eberhard Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften. Straßburg 1892, 296.

¹¹ Vgl. P. Adalbert Ehrenfried, a.a.O., der die Zusammenhänge genau belegt.

Was hier Buß, der mitten in einer sehr schwierigen beruflichen Phase stand, behindert und angefeindet an der Freiburger Universität, erstmals analysierte, ist in den folgenden Jahren immer deutlicher in den Mittelpunkt getreten: die Gefahr einer massenhaften Verarmung, die angesichts stark wachsender Bevölkerung, angesichts der tiefgreifenden Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, angesichts der Freisetzungen im sozialen Gefüge und angesichts unzureichender Tragfähigkeit der Nahrungsgrundlage zu einer wirklichen Belastung der neuen Gesellschaft zu werden drohte. Wir nennen dies das Phänomen des Pauperismus, das meint massenhafte Verarmung.

Buß, der in den dreißiger Jahren sich politisch, kirchenpolitisch und besonders auch sozialphilosophisch orientierte und sich dann in der Weise festlegte, wie er Ihnen bekannt ist, stand in einem großen geistigen Umfeld, das durch mannigfache Kräfte gekennzeichnet war, deren Auswirkungen auf Buß sehr gut nachgewiesen werden können. Er war ja überhaupt ein sehr stark rezeptiver Mensch, d. h. ungeheuer aufnahmefähig, aufgeschlossen, ein reger Kopf, der empfänglich war für ein Gedankengut, das er in sein eigenes System einbeziehen konnte. Eine wesentliche Strömung in diesem geistigen Umfeld war in einem Kreis katholischer Intellektueller faßbar, der sich mit der sog. Sozialen Frage beschäftigte und aus der Analyse der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zustände der 30er Jahre zu Lösungen der sozialen Probleme gelangen wollte: sie nahmen die Mobilisierung des Grundeigentums und die Entbindung der gewerblichen Wirtschaft aus den überkommenen Verfassungen, d. h. die Einführung der Konkurrenzwirtschaft als Hauptübel an; diese hätten zur Pervertierung des gesamtgesellschaftlichen Gefüges geführt; die Bodenbefreiung habe zwar den Bauern freies Eigentum gebracht, „dafür aber haben sie den Familienverband mit ihrem Gutsherrn, wie er im Geist des christlichen Mittelalters bestand, verloren.“ Mit der Gewerbefreiheit aber sei „die Hierarchie, die innere Disciplin, die Verfassung der industriellen Classe... zerstört.“ Diese Überlegungen sind an einem mittelalterlichen Ständeideal orientiert, das später auch für Buß noch bestimmend sein sollte. Dazu tritt eine naiv zu nennende Kapitalismuskritik: Das Grundübel liege demnach in der Geldwirtschaft mit ihrer widernatürlichen Funktion des Geldes. Und so erklärt sich für diesen Kreis die Erscheinung der massenhaften Verarmung aus der verkehrten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung. Wie kann geholfen werden? Nach Ansicht dieser katholischen Intellektuellen der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts nur mithilfe einer totalen Sozialreform, die letzten Endes darin bestand, die bestehende Sozialordnung durch eine christliche Sozialordnung zu ersetzen, oder anders ausgedrückt: die Heilung der Grundübel jener Zeit könne nur durch die gesellschaftliche Kraft erfolgen, die der katholischen Kirche

innewohne.¹² Während bei dieser Gruppe der abhängige Lohnarbeiter, „Proletarier“ genannt, noch am Rande stand, trat bei anderen katholischen Gesellschaftsphilosophen diese neue gesellschaftliche Schicht mehr in den Vordergrund, z. B. bei Franz von Baader, der 1835 nach einem Besuch des industriell sehr fortgeschrittenen England den Industriearbeiter als das natürliche Ergebnis der modernen Geld- und Verkehrswirtschaft bezeichnete: Nach ihm hat diese Wirtschaftsordnung die Tendenz, wenige Vermögende und zahlreiche Arme zu schaffen.¹³

In dieses geistige Umfeld ist die 1837 gehaltene Fabrikrede einzuordnen: Buß ist damit berühmt geworden, weil erstmals in einem deutschen Parlament soziale Probleme der fabrikarbeitenden Bevölkerung zur Sprache gebracht worden sind, auch wenn die unmittelbare Resonanz in der 2. Kammer der badischen Landstände nahezu null gewesen ist. Diese Anerkennung muß auch weiter bestehen bleiben, obwohl wir seit einigen Jahren sehr genau wissen, daß die in dieser Rede vorgetragenen Gedanken, daß auch die Systematik nicht originärer Leistung des jungen Abgeordneten entsprangen, sondern eine starke Abhängigkeit, besonders von Robert von Mohl, dem später führenden liberalen Staatswissenschaftler an der Heidelberger Universität, aufwiesen. Wie gesagt, die politische Leistung bleibt, da erstmals in einem deutschen Parlament die soziale Frage artikuliert worden ist und zwar als Arbeiterfrage mit der Forderung nach Staatshilfe gegen das soziale und moralische Elend des Fabrikproletariats. Ohne auf die Einzelheiten der Abhängigkeit des badischen Abgeordneten Buß von Anschauungen anderer einzugehen, sei soviel ausgeführt: Buß nimmt die wirtschaftliche Entwicklung zunächst ohne Werturteil und ohne Ablehnung als gegeben hin, zeichnet die Vorteile des Fabriksystems (Beschäftigung zahlreicher Menschen, Verbilligung der Produktion, Steigerung des Wohlstands), erkennt jedoch auch die negativen Seiten (unzureichende Existenzsicherheit des Lohnarbeiters, gesundheitliche Schädigung, besonders Gefährdung und Zerstörung der Familie).

„So von allen Seiten zurückgedrängt, genießt der Fabrikarbeiter nicht einmal eine rechtliche und politische Sicherstellung. Das Fabrikwesen erzeugt eine Hörigkeit neuer Art. Der Fabrikarbeiter ist der Leibeigene eines Brotherrn, der ihn als nutzbringendes Werkzeug verbraucht und abgenützt wegwirft. Es ist hier nicht einmal jene, ursprünglich auf einer Wechselseitigkeit beruhende, wenngleich oft in der Tat mißbrauchte Grundhörigkeit des Mittelalters, vor welcher unsere empfindsame Zeit so

12 Vgl. Hugo Ott, Soziale Frage und Arbeiterfrage in der Geschichte der Erzdiözese Freiburg, in: Gestalten und Ereignisse. (Veröffentlichungen der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg). Karlsruhe 1977, 145 ff.

13 Vgl. Clemens Bauer, Wandlungen der sozialphilosophischen Ideenwelt im deutschen Katholizismus des 19. Jahrhunderts, in: Die Soziale Frage und der Katholizismus. Festschrift zum 40jährigen Jubiläum der Enzyklika „Rerum Novarum“. Paderborn 1931, 11 ff.

sehr zurückschauert. Nein, es ist die Hörigkeit der Zivilisation, welche in dem lockeren Tagelöhnerverhältnis dem Arbeiter gar keine Sicherheit gewährt, ihn zur Beute der Laune und des Geschickes seines Herrn und der Wechselfälle macht. Hatte doch der Hörige des Mittelalters mit dem Herrn gemeinsam über sich den heiteren und erheiternden Himmel und unter sich die treue, beide nährende Erde. Der Fabrikarbeiter ist aber nicht bloß der Leibeigene eines Herrn, er ist der Leibeigene der Maschine, die Zubehörde einer Sache. So muß die gefeierte Gesittung unserer Tage gleichsam als Sühne für ihre Bändigung der Natur der Knechtschaft einer ganzen Menschenklasse erlegen. Was hilft dem Arbeiter die Freiheit der Aufkündigung, dieser Wechsel der Lohnsklaverei? Um leben zu können, muß er arbeiten: nicht immer findet er alsbald Arbeit in einer anderen Fabrik; bei der größten Abgewandtheit seines Gemütes von seinem Brotherren bleibt er an dessen Geschäft gefesselt, und sah man nicht oft Fabrikherrn zum Zwecke gemeinsamer Herabdrückung des Lohnes sich verbünden?“

Dies als eine Kostprobe aus der Bußschen Fabrikrede, die jedoch gerade in den Teilen der Analyse der Lage der Fabrikarbeiterschaft sehr weit, fast wörtlich abhängt von der 1835 veröffentlichten Studie Robert Mohls „Über die Nachteile, welche sowohl den Arbeitern selbst, als dem Wohlstande und der Sicherheit der gesamten bürgerlichen Gesellschaft von dem fabrikmäßigen Betriebe der Industrie zugehen, und über die Notwendigkeit gründlicher Vorbeugungsmittel“. Buß antwortet auf die ökonomische und soziale Wirklichkeit mit dem Programm einer totalen Sozialreform, wobei er sich für eine weitgehend landwirtschaftliche und handwerkliche Wirtschaftsverfassung einsetzt und die Ausdehnung der Industriewirtschaft in ganz engen Grenzen halten will. Die Expansion der Industrie besitze eine Naturgrenze, die zu überschreiten bedeuten würde, die Gesellschaft zu desorganisieren. Staatliche Rechts- und Wirtschaftspolitik muß die Agrarwirtschaft ausweiten und fördern, dem Handwerk einen ausreichenden Spielraum gewähren und die soziale Stellung des Industriearbeiters durch Förderung der Selbsthilfe sowie die Entwicklung einer Arbeiterschutzgesetzgebung verbessern.

Man hat nun immer wieder eingewendet, Buß sei mit der Forderung nach einer Fabrikpolizeiordnung dem Entwicklungsstand der badischen Fabrikindustrie nicht gerecht geworden, da gerade in Baden in jenen Jahren erst die Anfänge einer Industrialisierung zu beobachten gewesen seien. Vielmehr habe sich Buß politisch profilieren wollen und dabei einen Sektor herausgegriffen, der bei den seinerzeit führenden liberalen Politikern vernachlässigt gewesen sei, eben das Verhältnis Staat zu Wirtschaft und Gesellschaft. Sicher wird man das Bestreben von Buß, sich auf der politischen Bühne nicht mit einer Statistenrolle zufrieden zu geben, sehen müssen, aber für einen scharfsichtigen Beobachter der

wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Szenerie, besonders wenn er die internationale Situation miteinbezog, war unverkennbar, daß auch und gerade das Großherzogtum Baden mit dem Anschluß an den deutschen Zollverein zugleich den Anschluß an die frühindustrielle Entwicklung in den preußischen Westprovinzen im Rheinland und an der Ruhr gewonnen hatte. Wir wissen heute, daß das Jahr 1836/37 gerade für die Investition von Industriekapital aus der Schweiz und aus Frankreich in Baden entscheidend geworden ist. Wenn wir bei Buß lesen: „Ein solches Land ist Baden, dessen wachsender Industrie sein Anschluß an den teutschen Zollverein zum Ersatz für vorübergehende Opfer einen großen Markt geöffnet hat. Daß diese Erweiterung des Marktes auf die inländische Industrie hebend zurückwirken werde, ließ sich voraussehen. Die Erfahrung bestätigt diese Voraussicht. In schneller Folge erheben sich Fabriken in allen Theilen des Landes“, wenn wir dies bei Buß lesen, dann kann, vom heutigen Erkenntnisstand aus gesehen, nicht mehr behauptet werden, Buß sei mit seiner Forderung nach einer Fabrikpolizeiordnung dem tatsächlichen Entwicklungsstand nicht gerecht geworden. Er ist freilich dem Einsichtsvermögen der politisch Verantwortlichen und der politisch Kompetenten nicht gerecht geworden, da die liberalen Vorstellungen von einer sich selbst steuernden Wirtschaftsgesellschaft so mächtig waren, daß Gedanken, wie sie Buß äußerte, kein Klima des Verständnisses finden konnten. Was Buß zuvörderst bewegte, war die Konzeption von der organischen Ausgeglichenheit der einzelnen Sektoren des Erwerbslebens, deren Gewährleistung vornehmste Aufgabe des Staates sei. Landbau, gewerbliche Wirtschaft und Handel bilden diese Einheit und stehen in engster Korrelation in einem zu stabilisierenden Wechselverhältnis.

„Weder der Landbau, noch das Gewerk, noch der Handel soll sich ausschließlich zum Betriebe drängen. Es besteht ein Organismus der wirtschaftlichen Thätigkeit, welcher alle drei Betriebe nach einem innern, durch Oertlichkeit und Zeit bedingten Gesetze verschmelzt. Nur das Maaß, in welchem nach den gesammelten Verhältnissen eines Landes jeder der drei Wirthschaftszweige auftritt, ist verschieden. Die geographische und klimatische Lage, die geognostische Beschaffenheit und Gestaltung, die politischen Verhältnisse des Landes bestimmen dieses Maaß. Das Meiste ist hier relativ. Jedoch ist zum Voraus ein Land glücklich zu nennen, welche die Hauptquelle seines Wohlstandes im Landbau findet und Gewerb und Verkehr mehr nur zur ergänzenden Benützung der Natur- und Menschenkräfte verwendet; denn ein solches Land ruht kummerlos am treuen Busen der Natur, stets versorgt und geschützt gegen die Unverläßlichkeit künstelnder Verirrung.“

Hier tritt uns natürlich ein sehr wirtschaftskonservatives Bild entgegen, in dem die Züge einer unversehrten mittelalterlichen Wirtschaftsverfas-



Altes Stadttor von Zell a. H. Bleistiftzeichnung von G. H. Gebhardt (1862). Das Original befindet sich im Heimatmuseum der Stadt Schopfheim.

sung dominieren. Darin ist Buß sehr beeinflusst von dem oben näher skizzierten Kreis katholisch sozialkonservativer Intellektueller. Und ich bin persönlich fest davon überzeugt, daß dieses Gemälde mit den idyllischen Farben und Stimmungen den Kindheits- und Jugendeindrücken des Zeller Bürgersohnes Buß Entscheidendes zu verdanken hat, weswegen ich meine, die weitere Bußforschung sollte den oben kurz erwähnten biographischen und soziographischen Ursprüngen näher nachgehen und diese aufarbeiten.

Doch bei aller Anhängerschaft an den agrar- und handwerkswirtschaftlich bestimmten Organismus ist Buß Realist genug, um zu erkennen, daß Baden sich dem modernen Entwicklungstrend nicht würde entziehen können: „Die Verhältnisse des Landes sind... für die Fabrikindustrie keineswegs ungünstig, und denken wir uns im Besitze einer das Land in seiner Länge durchschneidenden Eisenbahn und eines an den französischen Kanal der Verbindung der Rhône und des Rheins sich anschließenden Rheinkanals, im diesseitigen Rheintale bis Mannheim geführt – zwei Communicationswege, welche eine nahe Zukunft unserem Lande bringen muß – so bildet sich bei uns der Heerd einer Industrie von unberechenbarer Wichtigkeit.“ Auch diese Prognose sollte binnem kurzem, zumindest hinsichtlich der Eisenbahnentwicklung und der Standortfrage Mannheim in Erfüllung gehen. Aus dieser Analyse einer spezifisch badischen

Entwicklungsrichtung folgert Buß die Hinwendung des Staates zu Wirtschaft und Gesellschaft, das Steuerungsrecht – und die Interventionspflicht bei ungleichgewichtiger Entwicklung. Die Gleichgewichtigkeit des organisch verstandenen Wirtschaftskosmos war das Zentralanliegen des Politikers und Wissenschaftlers Buß. Doch gerade dieser Ruf nach dem Staat, der die gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Entfaltung mitbestimmen sollte, war unzeitgemäß, verfrüht und konnte deshalb nur auf Unverständnis stoßen. Erst 10 Jahre später zu einer Zeit, als sich Buß schon aus der unmittelbaren Landespolitik zurückgezogen hatte, gelangte diese Frage ins Zentrum der politischen Diskussion, dann nämlich, als Ende 1847 die drei größten Fabriken des Landes, die Spinnerei und Weberei in Ettlingen, die Maschinenbauanstalt Kessler in Karlsruhe und die Zuckerfabrik Waghäusel in eine Finanzkrise gerieten, in Konkurs zu fallen drohten und damit 3500 Arbeitsplätze auf dem Spiel standen. Jetzt wurde erstmals der Ruf nach Staatshilfe laut, überlaut, und der Landtag debattierte grundsätzlich und gelangte nach heißer Redeschlacht zu der Ansicht, daß ausnahmsweise aus sozialpolitischen Überlegungen eine Staatshilfe angebracht sei. Freilich schlug den überwiegend liberalen Abgeordneten das Gewissen nicht eben leise.¹⁴

Buß hat nach diesem Paukenschlag des Jahres 1837, als seine Fabrikrede auch ein breites publizistisches Echo gefunden hatte, sich in den folgenden Jahren eher noch stärker konservativ entwickelt. Er proklamierte das Ziel der totalen Sozialreform in einer in neuen freien Zünften und Korporationen organisierten Gesellschaft, in der auch zur Behebung bzw. Milderung der Armut die freie christliche Caritas sich entfalten könne. So hat er 1848 in Verbindung mit der 1. großen Katholikenversammlung in Mainz, der er als Präsident vorstand, die Einführung von Vinzenzvereinen befürwortet „zur Hebung der herrschenden sozialen Mißverhältnisse und Übelstände“. Und Buß hat in diesem Zusammenhang sein gesellschaftspolitisches Ideal umrissen: große Körperschaften in freier selbständiger Gliederung, „gleich den alten Innungen, nicht mit dem Zwange, aber mit der Ehrenhaftigkeit derselben; die Gesellen müssen wieder am Tisch ihres Meisters essen, auf daß nicht, von ihm zurückgestoßen, sich in ihnen eine Herde von Proletariern erziehe.“¹⁵

Halten wir hier inne, denn unserem Vorhaben entsprechend kann der spätere Buß, der kämpferische Publizist und der streitbare katholische Politiker nicht mehr zum Objekt unserer Betrachtung gemacht werden. Diese Züge des historischen Bildes sind bedeutsam, gehören wesentlich

14 Vgl. zum Gesamtzusammenhang Erich Angermann, Karl Mathy als Sozial- und Wirtschaftspolitiker (1842–1848), in: ZGO 103, 1955, 499 ff.

15 Vgl. Hugo Ott, wie Anmerkung 12.

zum Gesamteindruck, vermögen jedoch nicht in dem Maße zur Aktualisierung beizutragen wie der sozialkritische Ansatz und das sozialpolitische Engagement des frühen Buß, Leistungen, die zu Recht in der Forschung der letzten Jahre wieder stärker gewürdigt worden sind. Nicht von ungefähr kommt, will mir scheinen, in heutiger Zeit ein breites Interesse an diesem Mann. Es sind wohl keine Pflichtübungen, die jeweils zu runden Gedenktagen oder angesichts eines bedeutenden Katholikentages unternommen werden. Mir kommt so vor, als ob unsere gegenwärtige Gesellschaft in einem besonderen Sinn sensibilisiert ist für Prozesse, die in Phasen des Strukturwandels in Wirtschaft und damit auch in Gesellschaft ablaufen, denen man vielleicht ohnmächtig gegenübersteht, die man aber auch zu beeinflussen sucht. Der jüngere Buß lebte in einer entscheidenden Phase des Strukturwandels seiner Wirtschaftsgesellschaft; die traditionellen Strukturen wurden zerbrochen, durch neue Strukturelemente ersetzt; das Gefüge war aus der Ordnung gekommen und aus dem Gleichgewicht geraten; die jahrhundertealte Agrarverfassung mit den Prinzipien von Grundherrschaft und Untertänigkeit, die herrschaftsständische Ordnung befanden sich im Auflösungsprozeß, die Gewerbeverfassung war erschüttert, unternehmerische Kräfte führten eine neue Wirtschaft herauf. Für den sorgsam Beobachter standen die Zeichen der Zeit auf Sturm; Ausgang und Ende solcher Entwicklungsverläufe waren ungewiß. Man suchte nach festen Wegmarken, nach Orientierungspunkten und Orientierungshilfen. So möchte ich diese Phase charakterisieren, in der Buß seine Gedanken publizierte.

Und nun fragen wir nach der Bedeutung von Buß für die Gegenwart (wir könnten sogar die Frage erweitern auf die Zukunft hin durchaus in dem Sinne, in dem der kommende Freiburger Katholikentag wohl in einem Arbeitskreis dieses Franz Josef Ritters von Buß gedenken wird, nämlich unter dem Prinzip Hoffnung). Lassen Sie mich dieser Aufgabe so entledigen, wie ich bei einem Gespräch mit dem Vorbereitungskreis für das Buß-Gedenken auf dem Freiburger Katholikentag die Akzente zu setzen mich bemühte.

Zunächst ist festzustellen, was Ihnen allen einsichtig ist, nämlich daß die aus der Industrialisierung sich ergebenden Probleme und Konflikte in einem über 100 Jahre währenden Prozeß der Sozialreform weitgehend gelöst bzw. bewältigt sind. Der Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit, die Schaffung eines sozialen Netzes, der Arbeiterschutz, die Humanisierung der Arbeitswelt, die Ermöglichung von Chancengerechtigkeit – alles elementare Forderungen und Aufgaben der Industriegesellschaft –, sie sind in einem hohen Grade erreicht. Wir haben in diesem historischen Prozeß die Phasen der Hoch- und Vollindustrialisierung durchlaufen; es haben sich, weltweit gesehen, die Blöcke der hochindustrialisierten

Länder und der noch wirtschaftlich zu entwickelnden Länder herausgebildet. Indes befinden wir uns gleichfalls in einer Phase deutlichen Strukturwandels, der freilich trotz der vielfältigen Informationsmöglichkeiten noch nicht im wünschenswerten Umfang einer breiteren Bevölkerung bewußt geworden ist. Unsere Wirtschaftsgesellschaft ist gekennzeichnet zumindest durch das Stadium der nachindustriellen Entwicklungsstufe. Das hat besonders zwei wesentliche Konsequenzen: 1) es stellt sich das Problem des wirtschaftlichen Wachstums, das noch vor 10 Jahren fast nicht gesehen wurde, weil Wirtschaftswachstum als solches der Wert schlechthin gewesen ist und für die überwiegende Mehrheit unserer Bevölkerung auch heute noch ist. 2) Es stellt sich das Problem der Arbeitsplatzsicherung in einem Maße, das jetzt noch gar nicht zu überblicken ist, weil der technologische Fortschritt in den mikrocomputergesteuerten Produktionsprozessen binnen weniger Jahre gewaltige Summen von Arbeitsplätzen entbehrlich machen wird, so daß die strukturelle Arbeitslosigkeit, die wir jetzt schon haben, sich ganz beträchtlich erhöhen wird, d. h. mit anderen Worten: die Gesellschaft der nachindustriellen Phase wird in einem ganz gewaltigen Umfang Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich schaffen müssen, sozusagen Luxusarbeitsplätze.¹⁶ Ich komme auf diese beiden Konsequenzen gleich nochmals zurück. Kann Buß aktualisiert werden? Hat er eine Bedeutung für die Gegenwart und die Zukunft? Oder ist es nur ein krampfhaftes Bemühen um Gegenwartsbezug? Wird hier eine historische Persönlichkeit in eine unpassende Form gepreßt? Ich meine durchaus, daß Buß griffig genug ist, um ihm eine Perspektivik abzugewinnen.

Seine Konzeption von einem gleichgewichtigen Organismus des Wirtschaftens, von dem kontrollierten Wachstum des industriellen Sektors ist von erstaunlicher Aktualität, wenn man die Thesen des Club of Rome (Klub von Rom) überprüft, die 1972 veröffentlicht worden sind.¹⁷ Im Mittelpunkt dieser Studie stehen 5 Variablen: Bevölkerung, Realkapital, Ernährung, die Ressourcen und die Umweltverschmutzung. Mithilfe von Gleichungen werden diese Variablen miteinander verknüpft. Daraus leiten die international sehr angesehenen Mitglieder des Club of Rome die Wachstumsgrenzen ab, einmal in der Nahrungsmittelproduktion, wodurch wiederum der weiteren Vermehrung der Bevölkerung Grenzen gesetzt werden. Eine weitere wichtige Grenze bilden die Rohstoffvorräte

¹⁶ Insgesamt ist zu verweisen auf Sigurd Klatt, *Zur Theorie der Industrialisierung. Hypothesen über die Bedingungen, Wirkungen und Grenzen eines vorwiegend durch technischen Fortschritt bestimmten wirtschaftlichen Wachstums.* Köln und Opladen 1959. Seitdem haben sich durch die inzwischen erfolgte Beschleunigung des technischen Fortschritts die Probleme deutlich verschärft abgezeichnet.

¹⁷ Vgl. J. Heinz Müller, *Wirtschaftliches Wachstum als Fetisch und als Notwendigkeit*, in: *Geschichte. Wirtschaft. Gesellschaft. Festschrift für Clemens Bauer zum 75. Geburtstag.* Hrsg. v. Erich Hassinger, J. Heinz Müller und Hugo Ott. Berlin 1974, 375 ff.

und andere wichtige Ressourcen. Sie wissen, daß die Primärenergievorräte eindeutig begrenzt sind und dem wirtschaftlichen Wachstum Beschränkungen auferlegen. Eine dritte bzw. vierte Grenze wird durch die Umweltverschmutzung gesetzt. Deshalb fordern die Mitglieder des Club of Rome eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung, um den sonst unvermeidlichen Kollaps zu verhindern. Letztlich ist hier ein Gleichgewichtsdenken am Werke, damit die nach uns folgenden Generationen noch in einer humanen Welt leben können. Zwar sind diese Thesen nicht unumstritten, aber was noch vor der Ölkrise als Heilmittel für die Energieproblematik angepriesen worden ist, nämlich die Nuklearenergie, wodurch eine praktisch unbegrenzte Versorgung gewährleistet sei, ist heutzutage angesichts der Endlagerungsprobleme der radioaktiven Abfälle wieder sehr schwierig geworden. Vermutlich wird man sich in den folgenden Jahren auf ein sehr deutlich kontrolliertes Wachstum einpendeln müssen, um etwa zu gewährleisten: 1) eine verbesserte Versorgung der Menschen in den entwickelten Ländern, 2) eine durch den Geburtenrückgang in den entwickelten Ländern deutlich schwieriger gewordene Versorgung der alten Menschen, 3) eine Hilfe für die wenig entwickelten Länder. Kontrolle und Stabilisierung werden uns wohl stärker zu beschäftigen haben als in früheren Jahren.

Schließlich das Problem der Arbeitsplatzsicherung: Für Buß war selbstverständliche Voraussetzung seiner Fabrikrede, daß die ausreichende Nahrungsgrundlage für alle erreicht werden müsse. Einer übermäßigen Ausdehnung der Fabriken sollte entgegengetreten werden, weil diese zuviele Handwerksbetriebe absorbieren würden, und weil die Fabrikarbeiter in einer wirtschaftlichen Unsicherheit stünden und so die Gefahr einer massenhaften Verarmung kaum gebannt werden könne. Mit anderen Worten: Buß sah im Umbruch seiner Zeit auch eine strukturelle Arbeitslosigkeit heraufziehen, die besonders zu Lasten der Handwerker gehen würde. Wir wissen, daß seine Sorgen nicht begründet waren; aber das wissen wir heute. Andererseits steht uns heute ein voll ausgebildetes Instrumentarium zur Verfügung, mit dessen Hilfe wir analysieren und prognostizieren können. Und diese Prognosen laufen darauf hinaus, daß in den Produktionsbereichen zukünftige Arbeitsplätze wegfallen werden, geschweige denn daß neue geschaffen werden können. Das zähe Ringen, das gegenwärtig im Druckgewerbe zu beobachten ist, kann das verdeutlichen. Die computermäßige Herstellung von Druckerzeugnissen (von der Zeitung bis zum Buch) bedingt weniger Arbeitsplätze einerseits, erfordert eine höhere Qualifizierung der in diesem Gewerbe Tätigen andererseits. Was vorerst in diesen Tarifkämpfen erreicht werden kann, ist allenfalls die Gewährleistung des Status quo, d. h. keine Entlassungen; aber ein Abbau ist nicht zu verhindern; ähnliches gilt für eine Reihe von anderen Produktionsbereichen. Nach meiner Überzeugung können die damit

verbundenen Fragen nur beantwortet werden durch Maßnahmen, die den Strukturschwierigkeiten adäquat sind.

Was ich Ihnen vorgetragen habe, ist sicher eine persönliche Sicht dieses Mannes aus Zell, der an der Universität Freiburg über viele Jahrzehnte hindurch in mehreren Feldern der Wissenschaft tätig war, der in Baden und in Deutschland politisch gewirkt hat, der besonders zu den gesellschaftlichen Fragen seiner Zeit ganz entschieden Stellung genommen hat. Wenn es mir gelungen sein sollte, Ihnen Franz Joseph Buß näher gebracht zu haben und ihn auch in die Gegenwartsproblematik einbezogen zu haben, dann will ich's zufrieden sein.

Kleine und große Welt im Leben und Wirken des Haslacher Bürgers Wilhelm Engelberg (1862–1947)

Über Traditionen der badischen Revolution von 1848/49

*Ernst Engelberg**

Das Biographische und Sozialgeschichtliche sind keineswegs solche Gegensätze, wie es nach manchen geschichtswissenschaftlichen Diskussionen der letzten 20 Jahre dann und wann erscheinen mochte; im Gegenteil, beide können sich *gegenseitig* günstig beeinflussen. Dies wird insofern sogar notwendig, als eine Geschichte von Klassen und Schichten, die nicht berücksichtigt, was in den Köpfen und Herzen zu den verschiedenen Zeiten vor sich ging, nur soziologische Schemen vorführen, aber keine Menschen darstellen kann.

Die biographische Skizze, die wir hier vorlegen, möchte dazu beitragen, die Geschichte kleinbürgerlicher Schichten im mittleren Kinzigtal zu erhellen – und zwar vornehmlich unter dem Gesichtspunkt jener Traditionen, die die badische Revolution von 1848/49 eröffnete. Diese war mit der gesamtdeutschen Bewegung und mit der internationalen, von Frankreich ausgehenden, bis Ungarn und Italien reichenden Revolution verbunden und auch deshalb in sich differenziert. Denken wir nur an die Gegensätze zwischen den Liberalen, repräsentiert durch Bassermann und Mathy, und den Demokraten wie Hecker und Struve! Welche dieser Traditionen vornehmlich wirkten, in welcher Weise, unter welchen Bedingungen und wie lange – diese Fragen versuchen wir zu beantworten, wenn uns das auch im Rahmen dieser Darstellung nicht vollständig gelingen kann; aber im Bemühen um aussagekräftige Antworten vermag uns die Biographie eines Mannes behilflich zu sein, der zeit seines langen Lebens mit dem Kleinbürgertum einer Kinzigtäler Kleinstadt wie Haslach und ihrer Umgebung verbunden war und sich zugleich von früher Jugend an über die Geschichte seiner Heimat und seine Erlebnisse immer wieder Rechenschaft ablegte.¹

*) Der Verfasser ist der jüngste Sohn Wilhelm Engelbergs.

1 Angeregt wurde dieser Aufsatz insofern von Herrn Manfred Hildenbrand, als er mich vor etwa zwei Jahren bat, ihm bei der Beschaffung von Material für einen Gedenkartikel über Wilhelm Engelberg zu helfen. Als ich das mir zur Verfügung stehende Material gründlicher als bisher durchsah, packte mich die Lust, in das Ganze doch etwas Gestaltung hineinzubringen. Doch konnte ich nur einen Entwurf zur Verfügung stellen. Herr Hildenbrand veröffentlichte einen warmherzigen Gedenkartikel im „Schwarzwälder Boten“ am 17. 6. und 18. 6. 1977 und „Offenburger Tageblatt“ (Ausgabe B) am 20. 6. 1977.

→

Haslachs kleine Welt nach der preußisch-deutschen Reichsgründung

Schon im ersten Lehrjahr, als er bei seinem Vater, einem Buchbindermeister, arbeitete, legte der 15jährige Wilhelm Engelberg ein Büchlein² an, in dem er Auszüge aus Büchern, aber auch mündliche Überlieferungen aus dem Städtchen fein säuberlich niederschrieb. Die Auszüge waren recht kunterbunt; sie reichten von religiösen Sentenzen und wasserfarbenen Lebensweisheiten über mahnende Sprichwörter und süßlich-blaue Lyrik, aber auch feuchtfröhliche Trinklieder und Versicherungen deutscher Ehr- und Redlichkeit bis zu relativ vielen Sprüchlein, die das Mißtrauen und die moralische Empörung des kleinen Mannes gegenüber den Großen der Welt manifestierten. Dann wieder stoßen wir auf Zeilen über „Napoleons I. Tod“, die uns aufmerken lassen: „Und Ihr, die Ihr seines Unglücks spottet, die Ihr ihn verlachtet, Ihr habt seine Tugenden nicht.“ Ohne solche Niederschriften überbewerten zu wollen, gehen wir wohl kaum fehl in der Annahme, daß hier der aufgeweckte Buchbinderlehrling eine keineswegs vereinzelte Stimmung wiedergab. Schließlich war ja dieses Baden in seiner territorialen Umgrenzung das Produkt der Rheinbundzeit unter dem großen Napoleon.

Im ganzen hatten die Badener – insbesondere die Kinzigtäler, für die Straßburg fast 200 Jahre lang ein ebenso anziehender wie gefahrdrohender Vor-Ort war – eine recht ambivalente Haltung gegenüber Frankreich. Auch wenn man ihm gegenüber auf die eine oder andere Weise aufgeschlossen sein mochte, war doch keine der zahlreichen, von französischen Truppen angerichteten Zerstörungen rechtsrheinischer Städte, Burgen und Schlösser – Heidelberg! – vergessen. So vermerkte der junge Wilhelm Engelberg im Abschnitt „Zur Chronik der Stadt Haslach“ Kriegszüge französischer Armeen vom 17. Jahrhundert an, in denen die Truppen „mit Rauben und Brennen“ Tal und Städtchen heimsuchten. Das alles war mehr als bloße Lesefrucht; hier waren historische Erinnerungen festgehalten, die das badische Grenzland nach einem größeren staatlichen Verband drängen ließen. Nachdem der Rheinbund als Zusammenfassung der mit Napoleon verbündeten deutschen Staaten in den Befreiungskriegen von 1813 bis 1815 zugrunde gegangen war, wurde es endgültig klar, daß nur ein deutscher Nationalstaat Sicherheit, Ruhe, ökonomische Entfaltung und nationale Würde bringen konnte. Wenn das badisch-pfälzische Volk im Frühjahr 1849 auf die fürstliche, insbesondere hohenzollernsche Sabotage der in der Frankfurter Nationalversammlung ausgearbeiteten Reichsverfassung mit einem Aufstand

→

In der Zwischenzeit ist der größte Teil des schriftlichen Nachlasses, zu dem auch Hunderte von Familienbriefen gehören, im Stadtarchiv zu Haslach i. K. (StAH) untergebracht. Die Nummern der vier Kopierbücher (N^o 1-3a + b) entsprechen nicht der Chronologie.

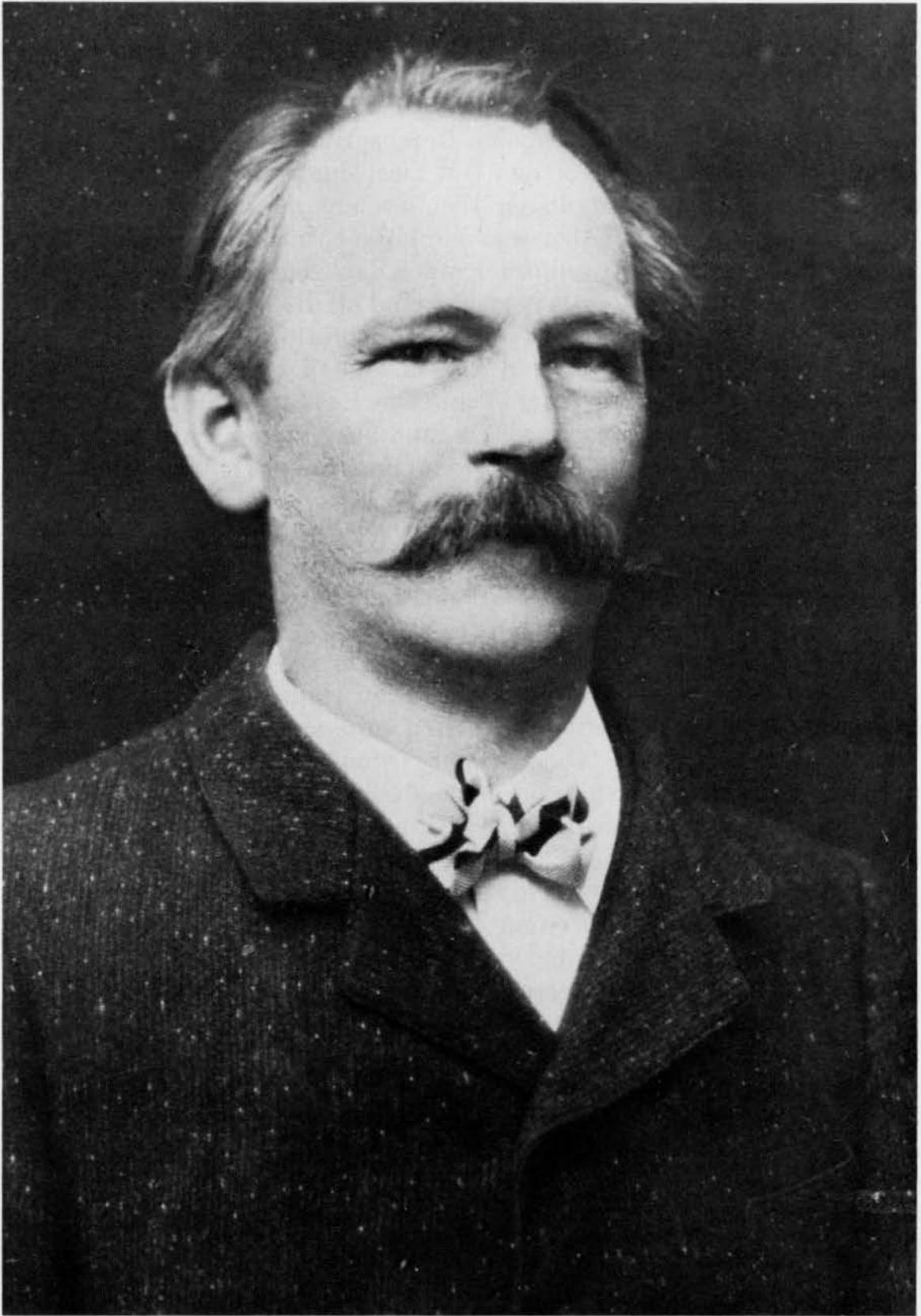
2 StAH, Mappe 1.

antwortete, dann mochte dabei das Grenzlandbewußtsein dieser beiden Regionen und damit ihr Bedürfnis nach Geborgenheit in einem größeren Vaterland mitgewirkt haben.

Gewiß hat die preußisch-deutsche Reichsgründung von 1871 das Bedürfnis nach Sicherheit vor den seit zwei Jahrhunderten immer wiederkehrenden Brandschatzungen, Plackereien und Plünderungen durch fremde Heere befriedigt. Aber war damit das große historische Erlebnis von 1848/49 mit seinen Grundforderungen nach demokratischen Rechten und sozialer Gerechtigkeit vergessen? Und all die Demütigungen durch preußische Truppen, die den national-revolutionären Aufstand vom Frühjahr 1849 niedergeschlagen und mit den Exekutionen in Rastatt beendet hatten? Natürlich beschäftigte jene Revolution und Konterrevolution die Gemüter noch lange. Das fand auch seinen Niederschlag im Büchlein des jungen Engelberg, der hier zurückhaltend, aber mit deutlicher Sympathie für seine verfolgten Landsleute notierte: „Während der Revolution im Jahre 1848 und 49 ging es hier gerade auch nicht am schönsten zu. Wegen Mißhandlung eines Gendarmen war ein Bataillon preußische Infanterie sechs Wochen hier. Sie brachten es aber nicht heraus, wer es gewesen war. Nach der Schlacht bei Gernsbach am 29. Juni 1848 kamen die aufständischen Soldaten auf der Flucht auch durch Haslach. Die meisten waren in der Nähe zu Hause und gingen deshalb dahin. Sie hatten die Mäntel und Hosen ganz zerfetzt vom Gebüsch, sie wurden angehalten und wieder nach Offenburg transportiert... Am 6. Juli kamen 6 000 Mann preußische Soldaten als Exekution hierher. Den Vortrab bildete eine Schwadron Husaren. Diese sprengten im Galopp durch die Straßen und besetzten denjenigen Bürgern die Häuser, welche sich an der Revolution beteiligt hatten. Einige konnten aber noch rechtzeitig die Flucht ergreifen. Die Soldaten blieben zwei Tage hier einquartiert... Der Bürgermeister war angeklagt, Waffen verheimlicht zu haben und sollte deshalb erschossen werden. Es war aber kein näherer Beweis vorhanden.“

Die Angaben und Daten dieser Aufzeichnung halten einer quellenkritischen Überprüfung nicht ganz stand.³ Dennoch ist das hier Niedergeschriebene für uns interessant; denn es gab offensichtlich wieder, was in den Familien, den Freundeskreisen und den Gastwirtschaften des Städtchens erzählt wurde. Auch dort überwog wohl das Anekdotische gegenüber allgemeinen Schlußfolgerungen, zu denen schließlich auch ein Vergleich gehörte zwischen jenen national-demokratischen Verfassungsvorschlägen, für die auch manche Kinzigtäler 1849 mit der Waffe

³ Vgl. Manfred Hildenbrand, Chronologie der Geschichte Haslachs, S. 169 ff., insbesondere S. 171, in: „Haslach im Kinzigtal. Aus Geschichte und Brauchtum“, Hrsg. anlässlich der 700-Jahrfeier der Verleihung der Stadtrechte von M. Hildenbrand. 1978.



Der fünfzigjährige Wilhelm Engelberg 1912

Aufnahme: Photo Grüninger, Haslach

gekämpft hatten, und dem, was davon auf großpreußisch-militaristische Weise im Jahre 1871 verwirklicht wurde. Was damals vorfiel, mochte gerade für die kleinstädtischen Handwerker und Krämer einigermaßen verwirrend sein: Jener preußische Prinz Wilhelm, der 1849 an der Spitze der Interventions-Armee Baden konterrevolutionär „befriedete“ und alle national-demokratischen Hoffnungen zunichte machte – ausgerechnet dieser ‚Kartätschenprinz‘, seit 1861 zum König Wilhelm I. von Preußen avanciert, wurde nach dem Sieg über Frankreich am 18. Januar 1871 im Spiegelsaal zu Versailles vor der festlichen Versammlung deutscher Fürsten und ruhmgekrönter Generäle durch den berühmt gewordenen Hochruf seines Schwiegersohns, des Großherzogs Friedrich I. von Baden, zum „Deutschen Kaiser“ proklamiert.

Was sollten da die kleinen Leute in Baden sagen? Konnte ihr Stolz aufs Musterländle ganz und gar ins Dynastische verkehrt werden? Konnten sie zum neudeutschen Reich preußischer Observanz unbeschwert ja sagen? Die Fabrikanten, Bankiers, Großhändler, Advokaten und Universitätsprofessoren, die das Großbürgertum ausmachten, waren bei allen liberalen Vorbehalten und Wünschen mit der preußisch-deutschen Reichsgründung zufrieden. Diese rückgängig zu machen – daran dachten gewiß auch nicht die Handwerker und kleinen Geschäftsleute, selbst nicht einmal die Arbeiter; aber sie hatten, was wir bereits feststellen konnten, die Revolution von 1848/49 noch nicht vergessen. Daher konnten auch die Grundforderungen von 1848 nach demokratischen Rechten und sozialer Gerechtigkeit früher oder später wieder aktiviert werden. Doch welche organisierte Kraft, also welche Partei konnte und wollte dies tun?

Die Nationalliberale Partei war damals in einem hohen Maße damit beschäftigt, ihren sogenannten Kulturkampf gegen die gewiß machtbehaftete, vom eben verkündeten Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit besessene und gegen die protestantische Hohenzollernmonarchie höchst mißtrauische Katholische Kirche zu führen und die antiklerikalen Restriktionen und Repressionen Ottos von Bismarck zu unterstützen. Unter solchen Umständen lädierten die Liberalen ihre höchst eigenen Prinzipien; der 48er Demokratismus war ohnehin nicht ihre Sache. Ob der erzliberale Schauenburg-Verlag im nahen Lahr mit seinem „Hinkenden Boten“ und seinen antiklerikalen Spottschriften von Wilhelm Busch auf die Haslacher Kleinbürger und Kinzigtäler Bauern schon damals wirkte, konnten wir nicht feststellen; dieser Frage müßte in einer eigenen Untersuchung nachgegangen werden. Neben der Nationalliberalen Partei war die linksliberale Fortschrittspartei in Baden ziemlich bedeutungslos, sie war nach wie vor in Preußen, insbesondere in Berlin, konzentriert.

Eine wirkliche Macht in Süd- und Mittelbaden stellte die katholische Partei des Zentrums dar. Gegründet im Winter 1870/71, ging sie davon aus, daß der religiöse Katholizismus auch politisch werden müsse, um die gefährdete Macht der Kirche erhalten und stärken zu können. Die programmatischen Äußerungen der neuen Partei waren vielfach ebenso schillernd, wie ihr Name „Zentrum“ neutral war, wodurch sowohl konservativ wie demokratisch eingestellte Menschen gewonnen werden konnten. Überdies hatte das Zentrum – zumindest in der ersten Periode seiner Entwicklung – stark partikularistische Züge. Demokraten gab es unter den Führungskräften der Zentrumspartei nur in Südwestdeutschland; zu diesen Kleriko-Demokraten, wie sie sich gelegentlich nannten,⁴ gehörte auch der junge katholische Geistliche Heinrich Hansjakob, der schon Anfang der siebziger Jahre seine ersten politischen Schriften und Reisebeschreibungen publizierte. Ob er aber schon damals auf seine Haslacher wirkte oder wie der Prophet im eigenen Lande noch ungehört blieb, sei dahingestellt. Auch darf man nicht übersehen: Die Kleriko-Demokraten gingen über allgemeine Sympathien für die Achtundvierziger kaum hinaus, und nur im Blick auf ihren Kirchenkampf, von den Liberalen „Kulturkampf“ genannt, fühlten sie sich gleichgestimmt mit jenen Badenern, die stolz darauf waren, daß sie einmal gegen die preußische Vorherrschaft zu rebellieren gewagt hatten. Die demokratischen Sympathisanten in der Katholischen Kirche traten sicherlich für die politischen Freiheitsrechte aller (nicht nur der Besitzenden und Gebildeten) ein, auch für die Volksbewaffnung im gemäßigten Sinne der Schweiz und damit gegen den preußisch geprägten Militarismus. Weiter konnten sie kaum gehen, zumal sie in Fragen der sozialen Reform vielfach einem romantischen, also reaktionären Antikapitalismus verhaftet waren.

Selbst die aufgeschlossensten Klerikalen konnten das kämpferische Aufklärertum der kleinbürgerlichen Demokratie von anno 1848/49 beim besten Willen nicht akzeptieren. Da tauchten Gegensätze auf, die ebenso ideologisch wie praktisch waren; immer wieder wurde offen oder verdeckt um die Frage gestritten, wer denn die Schülerziehung beherrschen sollte: die heilsbewußte Kirche oder der religiös neutrale Staat? Auch der Kleriko-Demokrat führte in den Kämpfen der Zeit den rein religiösen, nur auf Kultus und Seelsorge bedachten Katholizismus in den politischen über, mochte er in seinem Klerikalismus auch gemäßigt und nicht fanatisch, quasi-demokratisch und nicht autokratisch sein. Wir werden dieser Problematik verschiedentlich begegnen, in der auch die Schulfrage immer wieder relevant ist. Von ihrem nationalen Verständnis her

⁴ Vgl. Philipp Wasserburg (hessischer Zentrumsführer) an Ernst Lieber, 9. 9. 1893; zitiert im Artikel „Zentrum“ im zweibändigen Handbuch „Die bürgerlichen Parteien in Deutschland“, hrsg. von Dieter Fricke (Jena), Leipzig 1970, Bd. II, S. 883.

konnten die Kleriko-Demokraten keine Traditionspfleger der Revolution von 1848/49 sein; schließlich kämpften damals die konsequentesten Demokraten nicht aus Partikularismus etwa nach bajuwarischem oder auch nur schwäbischem Zuschnitt gegen Preußen, sondern aus gesamt-nationaler und radikaldemokratischer Begeisterung.

Demokratische Traditionspflege im umfassenden und weiterführenden Sinne wäre in den siebziger Jahren an sich Sache der badischen Demokraten gewesen, die einst sehr gut organisiert waren.⁵ Aber durch Emigration und Unterdrückung in der Reaktionszeit, durch die Enttäuschungen, die die Bismarcksche Art der Reichseinigung mit sich brachte, waren sie auseinandergerissen. Die energischsten Elemente der kleinbürgerlichen Demokratie gingen nach 1870 zur Sozialdemokratie über. Symbolfiguren dafür waren in Preußen der berühmte Publizist und Parlamentarier Johann Jacoby, in Baden Amand Goegg, ehemaliger Finanzminister in der Karlsruher Revolutionsregierung und verstorben im Grimmelshausenstädtchen Renchen.

Die beiden Richtungen der politischen Arbeiterbewegung, Lassalleaner wie Eisenacher (also die 1869 in *Eisenach* zusammengeschlossenen Marx-Anhänger wie Wilhelm Liebknecht und August Bebel) hielten schon Anfang der siebziger Jahre alljährlich Märzfeiern ab, in denen sie sowohl des Aufstands in Berlin 1848 als auch der Ausrufung der Kommune in Paris 1871 gedachten.⁶ Sicherlich haben beide Richtungen in dieser Agitation, die nicht nur auf die Märzfeiern beschränkt war, die Akzente etwas verschieden gesetzt, besonders hinsichtlich des Verhältnisses der Marx-Anhänger zur Pariser Kommune und der Internationalen Arbeiter-Assoziation (der Ersten Internationale, wie sie später bezeichnet wurde); dessen ungeachtet wurde offenkundig, daß keine Partei, keine Organisation, keine Gruppe in ganz Deutschland die Erinnerung an die radikaldemokratische Bewegung in der Revolution von 1848/49 so eindringlich und lebendig bewahrte wie die Sozialdemokratie, gleich, um welche der beiden Fraktionen es sich handelte. Ihr auf die Gegenwart bezogener Grundgedanke war ebenso einfach wie mobilisierend: Die nationalstaatliche Einigung von 1871 sollte durch eine demokratische Umgestaltung ergänzt werden, so radikal wie nur möglich. Im Jahre 1875 schlossen sich die vornehmlich in Preußen und da wiederum in Berlin, im Rheinisch-Westfälischen, aber auch in Hamburg konzentrierten Lassalleaner und die in Sachsen besonders starken Eisenacher zu einer einzigen sozialistischen Arbeiterpartei zusammen; auch wenn es danach noch genug der fraktionellen Auseinandersetzungen und regionalen Unterschiede gab, so wurde von nun an die deutsche Sozialdemokratie⁷ eine gesamt-nationa-

5 Vgl. Rolf Weber, *Kleinbürgerliche Demokraten in der deutschen Einheitsbewegung 1863–1866*, Berlin 1962, insbesondere S. 134 ff.

6 Vgl. Aufrufe im „Neuen Social-Demokrat“ und „Volksstaat“.

7 Die offizielle Bezeichnung hieß: „Sozialistische Arbeiterpartei“.

le Partei. In Baden erstreckte sich ihr Einfluß zunächst auf das Unterland um Mannheim und Pforzheim und auf das Oberland um Lörrach, aber bis in die 80er Jahre hinein nicht auf das Kinzigtal.

Der Buchbinderlehrling Engelberg, so aufgeschlossen er war, konnte von der sozial-demokratischen Propaganda mit ihrer dauernden Erinnerung an die demokratische 48er Tradition⁸ in seinem Haslach noch nichts verspüren. Als 78jähriger Mann ließ er in einer Niederschrift⁹ von der politischen Atmosphäre in seiner Heimatstadt einiges aufleuchten; über seinen Nachbarn, einen „tüchtigen Möbelschreiner“ schrieb er: Er „war der Typ eines Kleinstadt-Handwerkers, der sich für alle örtlichen Angelegenheiten und während des Krieges 1870/71 auch für die kriegerischen und politischen Ereignisse interessierte. Zeitungen wurden wenig gehalten, in der Behausung kam mir nie eine solche zu Gesicht. Die Neuigkeiten überbrachten Bekannte, Nachbarn und Kunden.“ Von dieser kleinen Welt aus gab es noch wenig Verbindung mit dem großen Geschehen im neudeutschen Reich.

Wanderschaft und Politik

Agitatoren aus den großen Städten kamen in dieser frühen Zeit kaum ins Städtchen; dennoch war der politische Kreislauf von der Provinz in die städtischen Zentren, in die Nachbarländer und umgekehrt zwar zähflüssig, aber keineswegs unterbrochen. Die gesellschaftlichen Blutkörperchen waren da wandernde Handwerksgesellen. Zu ihnen stieß Wilhelm Engelberg, nachdem er im Frühherbst 1880 seine Lehre beendet hatte. Er liebte den Buchbinderberuf, zu dem ihn „als Lesefreund“ die Aussicht auf den Umgang mit „Büchern verschiedenen Inhalts und illustrierten Zeitschriften“ drängte.¹⁰ Aber er wollte nicht nur in die Bücher, sondern auch in die Welt schauen. „Obwohl in «Zunft und Innung»“, so schrieb er, „eine Wanderzeit der Handwerksgesellen nicht mehr vorgeschrieben, war der Wandergeist bei den jungen Handwerkern noch vorhanden, sozusagen im Blut, schon deswegen auch um ein Stück ‚andere Welt‘ und damit andere Methoden in den fremden Arbeitsplätzen kennenzulernen. Alte Meister konnten auch interessante Schilderungen über Wandererlebnisse und Merkwürdiges aus bereisten Ländern und Städten machen. Der Wandertrieb bei den Haslachern war angeboren; viele hatten in Berlin, Wien, Lyon und Paris gearbeitet und dann den ‚Ehrentiteln‘ Berliner, Wiener, Pariser ihr Leben lang behalten.“ Wer hingegen die Widrigkeiten der Wanderschaft nicht aushielt und schon nach kurzer Zeit aus der Fremde ins warme Nest seiner Heimatstadt zurückkehrte,

8 Vgl. Jörg Schadt, Die Sozialdemokratische Partei in Baden von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868–1900) – Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1971, S. 57.

9 StAH, Mappe 1, Lebenserinnerungen, S. 13.

10 Ebda.

war scheel angesehen. Gelegentlich haben Verwandte über solche Fälle höhrend berichtet. Als der Vater Engelberg seinen Sohn bat, die Wanderzeit kurz zu unterbrechen, setzte er entschuldigend hinzu: „... auch ist es keine Schande, wenn man schon ein Jahr fort ist, seinem Vater auszuhelfen.“¹¹ Der Sohn durfte nicht als Memme erscheinen.

Sollte die „große Walz“ nicht zu früh abgebrochen werden, dann durfte sie wiederum nicht ins andere Extrem geraten und schier endlos werden. Alles mit Maß und Ziel: So wie der ewige Student leicht verluderte, konnte der ewige Walzbruder zum Vagabunden werden, zum Urbild beliebter Fachtnachtsgestalten, dem gern gespielten „Hamperle“. Es war sicherlich nicht nach dem Geschmack des jungen Engelberg und seinesgleichen, wenn er in einem Brief eines ihm bekannten Sattlergesellen über das „Fechten“, die Bettelei auf der Wanderschaft, las: „Was das Walzen anbelangt, so gefiel es mir gar nicht übel, wenn man nur tüchtig fechten kann. Ich bringe das Fechten fertig, denn mein Kollege war ein Fechtbruder *ersten Ranges* und der hat es mich gelernt. In Aachen wären wir bereits erwischt worden, aber wir konnten noch besser springen als der Gendarm (oder Butz).“ Der Briefschreiber fing sich und wurde ein tüchtiger Handwerker, aber er ließ hier gewisse Versuchungen aufleuchten.^{11a}

So war die Handwerkerwelt nicht allzu zimperlich; man wußte ja aus eigener Erfahrung, daß auf der Walz das „Fechten“, also das Betteln von Haus zu Haus, „nicht immer zu umgehen“ war, wie Wilhelm Engelberg in seinem Wandertagebuch¹² etwas kleinlaut notierte. Im ganzen aber erwarteten die alten Handwerker, daß die jungen Burschen in der Fremde die Augen offen hielten, in ihrem Beruf etwas dazulernten, sich findig zeigten, sich durchzuschlagen verstanden und – ausharrten. Aus dem erwähnten Tagebuch erfahren wir manches von der Mühsal, die der oft ins Ungewisse Wandernde zu ertragen hatte: manchmal traf er es gut, dann wieder stieß er auf Herzensenge der Meister und Meisterinnen, die dem fremden und vielfach vorübergehend eingestellten Buchbindergesellen nur kärgliche Mahlzeiten und primitive Schlafkammern gaben (vielleicht auch nur geben konnten).

Auf der Wanderschaft, die der kaum 18jährige Wilhelm Engelberg mit zwei Gesellen aus seinem Städtchen, einem Schneider und einem Bierbrauer, antrat, nahm er die Richtung: Schweiz, sehr gegen den „Reiseplan“ seines Vaters, der ihn nach Frankfurt schicken wollte, wo in Anzeigen Buchbinder gesucht wurden. Aber was hieß Sicherheit für

11 StAH, Mappe 3, Brief vom 11. 8. 81.

11a Brief von Heinrich Sandhas (18. 4. 1881) StAH, Mappe 3. Der Verfasser dieses Aufsatzes hörte als Bub hie und da Gespräche seines Vaters mit gleichaltrigen Handwerkern, die sich über die Gefahren des überlangen Walzens durchaus einig waren.

12 StAH, Mappe 3. Ein Notiz-Buch in Lederrücken eingebunden, in Goldschrift: „Reisenotizen“, S. 3.

einen jungen Burschen, den die freie Schweiz mehr lockte als das neupreußische Frankfurt? Bei solchem Verlangen ließ man auch den brieflichen Groll des Vaters über sich ergehen, der die moralisierende Sentenz nicht unterdrücken konnte: Beim Befolgen meines Rates hättest Du „Dir und uns manche Sorgen erspart“.¹³ So war es eben: Die Alten verlangten von den Jungen Härte, wollten sie aber doch lieber auf ebenen Wegen sehen. Die gab es jedoch weder im wörtlichen noch übertragenen Sinn in der Schweiz. Von der Ungewißheit über Weg und Steg, über Arbeitsstelle und Unterkünfte einmal abgesehen, mußte der Wanderer auch „viele Kontrollen durch Gendarmen und auch Geheimpolizisten“ über sich ergehen lassen; einmal notierte er: „3 Mal angehalten in 1 Stunde“. Aber sonst war der freiheitsdurstige Deutsche geneigt, alles rosiger zu sehen, so wenn er meinte: „In der Schweiz ist's . . . nicht wie in den meisten Orten Deutschlands, sondern da ist jeder Arbeiter viel freier und hat auch meistens seine Wohnung und Kost nicht beim Arbeitgeber.“

Erst nach einigen Kreuz- und Querfahrten durch das Alpenland, wo ihn wahrscheinlich mehr der Erlebnishunger als die Suche nach Arbeit geleitet hatte, fand er eine längere Bleibe in Winterthur. Dort war seine erste Stelle derart, „daß unter 10 Arbeitern nicht 1 geblieben wäre“. Er bekam 13 1/2 Franken pro Woche, von denen nach den Ausgaben für ‚Kost und Logis‘ und nach den Abzügen für „Wäsche, Monatsbeiträge für den D. (deutschen) Verein und Turnverein“ nichts mehr übrig blieb“. Erst nach drei Monaten hatte er in der gleichen Stadt eine „bessere Stelle ausgekundschaftet“, wo er „gleich 21 Fr. pro Woche“ bekam und „lange nicht so (zu) schufteten“ brauchte. „Wir arbeiteten von morgens 7–12 und nachmittags von 1 1/2 bis 7 Uhr, also nicht einmal 11 Stunden.“

Schon in den ersten Wochen seines Aufenthalts in Winterthur trat der junge Wilhelm Engelberg in den „Deutschen Arbeiterverein“ ein, in dem „meistens Sachsen“ waren. „Dort empfing ich meine erste politische Schulung“, schrieb der 78jährige Mann in seinen autobiographischen Notizen und fuhr dann fort: „Die Brüder Franz und Wilhelm Seubert, die Zigarrenfabrikation betrieben, waren hervorragende sozialdemokratische Propagandisten; ersterer ein vorzüglicher Redner und von auswärtigen Vereinen vielfach als solcher gewünscht. Später erfuhr ich, daß beide Brüder nach Amerika auswanderten und dort ihre Existenz fanden und politische Propaganda betrieben.“¹⁴ Die beiden Brüder, führende Köpfe im Deutschen Arbeiterverein zu Winterthur, zogen den kaum 19jährigen Burschen aus dem badischen Kinzigtal sehr bald zu Funktionen heran; schon nach einem Vierteljahr wurde er Schriftführer des Vereins und hatte auch eine „Discussionsstunde“ über „Zwecke und eigentliche Aufgabe eines Bildungsvereins“ einzuleiten. Politisch interessant war,

13 StAH, Mappe 3, Brief vom 9. 11. 1880.

14 StAH, Mappe 1, Lebenserinnerungen, S. 12.

daß – wie die nachgelassenen Notizen ausweisen¹⁵ – der junge Engelberg, der gleichsam in der Lehre als Redner war, mehrmals auf die „unendlichen Verdienste“ Ferdinand Lassalles hinwies. Hier können wir mit gutem Grund den Einfluß der beiden Seuberts vermuten, die wahrscheinlich – wie fast alle organisierten Zigarrenarbeiter – Lassalleaner waren.¹⁶ Am 20. März machte Wilhelm Engelberg eine Feier zum Andenken an „die Pariser Kommune und an 1848/49 (zugleich an die übrigen Aufstände in Baden, Polen, Italien und Ungarn)“ mit. „Franz Seubert hielt die Festrede, ich und noch 2 Mitglieder deklamierten passende Gedichte.“

Wenige Monate nach seinem ersten Auftreten war der junge Engelberg schon auf einen kämpferischen Lassalleanismus eingeschworen; in einem Vortrag im nahen Frauenfeld, im Kanton Thurgau, wies er schon mit den ersten Sätzen darauf hin, daß Ferdinand Lassalle „auf bedeutende Hindernisse seitens der Regierung resp. der Polizei“ stieß; „denn diese wußte wohl, daß wenn sich die Arbeiter zusammenscharten und sich gegenseitig unterrichten und belehren, der Herrschaft der Kapitalisten eine bedeutende Schranke gesetzt sei. Die Hindernisse, welche den Arbeitern in den Weg gelegt wurden, waren der Art, daß diese den Mut hätten sinken lassen müssen, wenn sie eben nicht gerade durch ihre Einigkeit in Bezug auf die weitere Bildung in Vereinen in allen größeren Städten Deutschlands, Österreichs und der Schweiz weiter gearbeitet hätten.“ Der Frauenfelder Vortrag berichtete auch über verschiedene tumultuarische Versammlungen, in denen Ferdinand Lassalle der Polizei ebenso trotzte wie den Anhängern der liberalen Fortschrittspartei. Der Buchbindergeselle Engelberg war ein begeisterter Lassalleaner geworden.¹⁷ Das ging auch indirekt aus einem kleinen Notizzettel mit Stichworten zur Geschichte der Arbeiterbewegung hervor; sie waren offensichtlich für Rednerzwecke mit senkrecht angebrachten Strichen gut sichtbar voneinander getrennt. Notiert waren u. a.: „französische Revolution/ Gewerbefreiheit/ die Vereine 1835 zu Paris und 1845 englische National-Association/ Gesellenbildungsvereine und das Jahr 1848/ Wirken kleinerer Vereine wie der unserige“ ... usw.¹⁸ In dieser Aufstellung fehlten der „Bund der Kommunisten“ und – was noch bezeichnender ist – die „Internationale Arbeiter-Association“ (die Erste Internationale). Das beweist, daß im Deutschen Arbeiterverein zu Winterthur, noch nach der Vereinigung der Lassalleaner und der Eisenacher, vom Marxismus nur wenig zu spüren war. Wenn in diesem Verein auch einmal der frühere „Eisenacher“ und Reichstagsabgeordnete Ignaz Auer sprach, dann war dies nur ein Zeichen dafür, daß die

15 StAH, Mappe 2, lose Notizblätter.

16 Vgl. Ulrich Engelhardt, „Nur vereinigt sind wir stark“. Die Anfänge der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Stuttgart 1977. Aus: Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, hrsg. von Werner Conze. Bd. I, S. 267 ff., insbesondere S. 277, 281 u. 291.

17 StAH, Mappe 2, lose Notizblätter.

18 Ebda.

ehemalige Feindschaft zwischen den Angehörigen der beiden Richtungen abgebaut war, insbesondere unter den Bedingungen des Bismarckschen Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie, das damals schon fast drei Jahre bestand.

In dem lokalen Arbeiterverein zu Winterthur zeigte sich eine allgemeingültige Erscheinung. Für die dem Kleinbürgertum noch stark verhafteten Handwerksgesellen, die sich auch Arbeiter nannten, waren die auf wenige demokratische, sozial- und nationalpolitische Forderungen konzentrierte Agitation Lassalles und die Melodramatik seines Auftretens mitten in Preußen-Deutschland ansprechender als die zwar gleichfalls gegenwartsbezogene, aber zugleich auf weltumspannende und weite Perspektive ausgerichtete Propaganda von Marx und Engels, die gleichsam als revolutionärer Gehirnrust von der Weltmetropole London aus mit historisch langem Atem wirkten und auf jegliche Effekthascherei verzichteten.

Wie sehr der junge Wilhelm Engelberg dem Kleinbürgertum verhaftet war, zeigte sich nicht allein in seinen verwandtschaftlichen und kameradschaftlichen Konnexionen. Auch von seiner Arbeitsmentalität her wollte er schon damals nichts von einem Dasein als Arbeiter in einem Großbetrieb wissen. Um seinen immer noch etwas grollenden Vater zu besänftigen, schrieb er nach Hause: „Wenn ich nach Frankfurt gekommen wäre, so hätte ich die Stelle doch nicht behaupten können, denn ich bin nur tüchtig in einer kleinen Buchbinderei, in einer großen aber nicht.“¹⁹ Das waren nicht zur zweckgerichtete Bemerkungen; ähnlich äußerte er sich auch bei anderen Gelegenheiten. Wie Briefe seiner Wanderkollegen bezeugen, sträubten sich nicht alle gegen die Arbeit an Maschinen im Großbetrieb und fanden sich dann auch mit dem Akkordlohn ab. Gerade die Wanderzeit ließ sie die zunehmenden Schwierigkeiten des Kleinbetriebs erkennen, zumal der Boom der Gründerzeit längst vorüber war und die damalige Depression keine Hoffnungen blühen ließ. Der ökonomisch-soziale Anschauungsunterricht drängte die wandernden Handwerksgesellen zur Entscheidung zwischen dem Kurs auf eine selbständige Existenz mit allen ihren Risiken und täglichen Entscheidungszwängen oder einem Arbeiterdasein, das zwar immer wieder von Arbeitslosigkeit bedroht war, aber vielleicht auch – wie viele hofften – eine gehobene Stellung im größeren Betrieb ermöglichte. Je früher die Handwerksgesellen eine solche Entscheidung trafen, desto weniger schmerzhaft mußte sie ihnen erscheinen; sie hatten dann nicht mehr von einer quasi-selbständigen Existenz Abschied zu nehmen. Jedenfalls wurde der Konzentrationsprozeß des Kapitalismus der freien Konkurrenz auch von der Seite des Angebots der Ware

¹⁹ StAH, Mappe 3, Brief ohne Datum.

Arbeitskraft ergänzt und gewissermaßen unterstützt – auch durch relativ frühe Entscheidungen der arbeitenden Kräfte.

Nicht lange unterbrach der Wandergeselle Engelberg seine vielseitige Lehre in der Fremde, um in der väterlichen Werkstatt auszuhelfen. Kaum hatte er Ende 1881 das Kinzigtal wieder verlassen, da berichtete ihm der Vater, der stets gerne den goldenen Mittelweg einschlagen mochte, nach Karlsruhe: Tante Marie, die zu Besuch aus Basel ist und jeden Tag in die Kirche geht, „hat nun den festen Vorsatz in ein Kloster einzutreten. Da wir dies nicht billigen, führt es öfters zu Plänkeleien... Es wäre gut, wenn sie ein Teil ihrer Frömmigkeit Dir gebe, da Du bekanntlich zu wenig hast, ...“ Wahrscheinlich froh, in den familiären „Kulturkampf“ nicht hineingezogen zu sein, nahm Engelberg Junior von Karlsruhe aus doch die Richtung Frankfurt, wo er zwar keine gute Arbeit fand, aber die große, alte und neue Stadt – da hatte der Vater doch recht gehabt – hatte viel Anziehendes und Anregendes. Da kratzte man gelegentlich auch Geld zusammen, ja griff sogar die eiserne Reserve an, um eine Reise nach Würzburg und bis nach Nürnberg machen zu können. Mit zwei „fast gleichaltrigen Burschen“, einem Haslacher und einem Hannoveraner, besuchte er alle „Sehenswürdigkeiten: Sammlungen, Museen, Zirkus, Tiergarten“ und er „speziell Theater und Opernhaus“. Das bedeutete: „In letzteren wurden bei mir der Grund der Interessen für Theateraufführungen überhaupt gelegt, auch für Laientheater in Vereinskreisen“.²⁰

Sehr bald nahm er von Frankfurt aus Verbindung mit einem seiner Winterthurer Freunde auf, der ihm schon am 26. März 1882²¹ antwortete und ihn belobigte, daß er „wieder ein wenig in der Fremde“ sei, was er ganz in der Ordnung fände, „denn wenn man jung ist, muß man reisen“. Etwas haushälterisch mahnte er ihn allerdings: „Nur gehe nicht zu häufig in die Oper oder in den Zoologischen Garten, sonst kommst Du mit Deinen 4 Mark Wochenlohn nicht aus.“ Aber dann berichtete er, wie die Vereinstätigkeit weitergegangen und wie die Kameraden – eine Woche vorher – die „Märzfeier“ unter der „selbstverständlichen“ Mitwirkung der Turner begingen, also das Andenken an die 48er Revolution hochhielten und ein Schauspiel „Die Macht der Arbeit“ in 4 Akten von Paul aufführten. Auf seinen Wunsch, den in der Schweiz gedruckten und in Deutschland illegal verbreiteten „Sozialdemokrat“ zu abonnieren, „was unter Couvert geschehen muß“, mahnt er ihn, „vorsichtig“ zu sein; er könne jedoch zum S.D. um die Hälfte billiger kommen, wenn er sich „mit Parteigenossen in Frankfurt in Verbindung setzen“ würde. Es kann keinen Zweifel geben, daß der noch nicht Zwanzigjährige Verbindung zur illegal arbeitenden Sozialdemokratie aufnahm. Schon in den ersten Jahren, da diese Partei unter das Bismarcksche Ausnahmegesetz gestellt

²⁰ StAH, Mappe 1, Lebenserinnerungen, S. 36.

²¹ StAH, Mappe 1.

ward, bewies sie ihre Lebens- und Widerstandskraft. Da wurde die Partei der Sozialreform und der Sozialrevolution in den Augen vieler Handwerksgelesen, Meister und sogar Kaufleute die einzige Partei, die die Traditionen der 48er Revolution weiterführte.

Vom Wanderleben in die Kaserne

Wilhelm Engelberg war kaum 1 1/2 Jahre in Frankfurt, da wurde er in der zweiten Militärmusterung zur Infanterie bestimmt. Die Verwandten, Bekannten und Freunde, ob nah oder fern, reagierten auf diese Nachricht nur mit Bedauern und Ermahnen, halt die Zähne zusammenzubeißen; militärfromm war niemand; Stolz auf des „Königs Rock“, wie die offizielle Phrase hieß, hatte niemand. Vater Engelberg schrieb an seinen Sohn am 15. April 1883²²: „Es ist mir im höchsten Grade unangenehm, daß Du Soldat mußst werden, und glaubte ich immer, daß Du vielleicht als Reservist durchkommen würdest, ... Doch habe ich auf der andern Seite den Trost, daß Du gesund bist, sonst würdest Du nicht zu den Soldaten genommen worden sein. Hunger werden wir Dich dabei keinen leiden lassen, wie wohl es schade um die schöne Zeit ist. –“ Der Wandergeselle hatte niemals einen familiären Zuschuß bekommen, aber dem Soldaten schickte man während der dreijährigen Dienstzeit immer wieder Päckchen, aber auch Geld. Der Soldat war eben kein freier Mann mehr, der seinen Unterhalt selbst verdienen konnte.

Der allerseits Bedauerte mußte im November 1883 einrücken – zunächst zum „Königlich Preußischen, Hessischen Füsilierregiment N^o 80“ nach Wiesbaden. Diese Bäderstadt war doch ein Trost für den neu Eingerückten; denn „die vielen schönen Plätze und Gebäude mit herrlicher Umgebung und Spazierwege bieten auch einem Soldaten viel Angenehmes“.²³ Später wurde der Füsilier W. Engelberg als „Ordonnanz beim Königlichen Generalkommando des 11. Armeeekorps“ nach Kassel beordert – also in eine Stadt, die mit ihrem herrlichen Bergpark Erholung und Anregung bot, auch „alle 14 Tage einmal“ einen Theaterbesuch ermöglichte. Das alles waren die Sonnenseiten des Soldatenlebens. Sie verschwieg er auch nicht in seinem kleinen, aber etwa 90 Seiten umfassenden Heft, betitelt „Militärdienst“.²⁴ Daneben schilderte er die Beschwerden der Manöver, mit Bitternis jedoch die Schikanen, Schindereien, ja sogar Mißhandlungen auf dem Kasernenhof.

Wie wenig der Tagebuchschreiber subjektiv übertrieb, wird indirekt durch einen internen „Corps-Befehl“ des Kommandierenden Generals v. Schlotheim vom 5. Oktober 1885 bewiesen – einen Corps-Befehl, den sich

22 StAH, Mapped 1.

23 StAH, Mapped 1, Lebenserinnerungen, S. 37.

24 StAH, Mapped 1.

die hellwache sozialdemokratische Ordonnanz geschnappt und dem Privatarchiv einverleibt hatte. Der Kommandierende General stipulierte u. a.: „... so will ich doch nicht unterlassen, die Offiziere *und namentlich die Unteroffiziere* des Armeekorps wiederholt eindringlich zu warnen und sie daran zu erinnern, daß es eines Vorgesetzten unwürdig ist, sich durch Ungeschicklichkeit oder selbst durch Mangel an gutem Willen eines Untergebenen derartig reizen zu lassen, daß er sich einer strafbaren Handlung schuldig macht. Sie mögen ferner bedenken, daß durch derartige Ausschreitungen der gute Ruf des ganzen Heeres empfindlichen Schaden erleiden kann, da durch dieselben nicht nur das *Ehrgefühl junger Soldaten* abgeschwächt, wohl gar erstickt, sondern *auch Übelwollenden begründete Ursache zu Anklagen gewährt wird...*“²⁵ Der preußisch-deutsche Militärapparat hatte jedoch eine solche Eigendynamik, daß derartige Corps-Befehle wenig nützten. Immer wieder stellte der Füsilier Engelberg fest, daß Beschwerden nutzlos, sogar gefährlich seien. Ihm selbst wurde gegen Ende seiner Dienstzeit, Juni 1886, drei Tage Arrest bei Wasser und Brot wegen „Einreichung eines unangemessenen Gesuchs“ aufgebracht: Jeden Tag drei Pfund Brot und ein Krug „gefüllt mit dem feinsten Tafelwasser“; Holzpritsche und ein Holzstück als „unsanftes Kopfpolster“; in der Nacht angekleidet und ohne Decke.²⁶

Eine Episode mag auch noch festgehalten sein: „Ich vertreibe mir die Zeit mit Schreiben, Singen, Pfeifen, Deklamation u. Gymnastik ... Soeben um 1 Uhr Mittag schließt V.K. meine Türe auf u. spricht feierlich: ‚Sie glauben, Sie haben wohl allein das Recht, hier Skandal zu machen. Wenn ich das nocheinmal höre, gibts noch weitere 3 Tage. Sie haben s. hier ganz ruhig zu verhalten.‘ ... Nun muß ich mich auf’s Deklamieren allein verlassen in geistiger Hinsicht...“ Ein Trübsalblaser war Wilhelm Engelberg nie; darum konnte ihm eine Verwandte, die ihn besuchen wollte, als er seinen Militärdienst bereits quittiert hatte, etwas stolz berichten: „Bei meiner Ankunft hier wurde ich mit Fragen nach Dir bestürmt, denn alle behaupten, so eine lustige, fidele und anständige Ordonnanz gäbe es nicht zum zweiten Male.“²⁷ Etwas trockener bemerkte der Vater, nachdem er das Gruppenfoto der Korporalschaft seines Sohnes betrachtet hatte: „Du bist darauf ziemlich gut getroffen, nur ist Deinem Gesicht das ächt militärische Aussehen noch nicht aufgeprägt.“²⁸ Nein, die Laune konnte man dem Füsilier Engelberg nicht verderben, aber sein Ehrgefühl verletzen; verletzen durch den Drill auf dem Exerzierplatz und durch Schikanen in der Kaserne, durch Herummäkeln an den Buchbinderarbeiten im Ordonnanz-Büro, durch Arrest, der männlichen Stolz brechen sollte, aber auch durch den Portierposten, den er bei einem

25 StAH, Mappe 1, Hervorhebungen von mir, E.E.

26 StAH, Mappe 2, kleines Heft mit dem Titel: „3 Tage aus meinem Leben“.

27 StAH, Mappe 3, Brief von Anna Uhl, 3. 10. 88.

28 StAH, Mappe 3, Brief des Vaters, 22. 6. 84.

Offiziersball zu absolvieren hatte. Was in der Familie zu Hause, bei den Verwandten und bei den Kameraden innerhalb und außerhalb der Armee Antipathie gegen den Militärdienst war, steigerte sich bei ihm zu einem glühenden Antimilitarismus. Haß muß seine Feder geführt haben, als er ein vierstrophiges Gedicht, betitelt „Der Soldat“, abschrieb:

„Ich bin Soldat, doch bin ich es nicht gerne
Als ich es ward, hat man mich nicht gefragt,
Man riß mich fort, hinein in die Kaserne,
Gefangen ward ich, wie ein Wild gejagt. ...

Ich bin Soldat, muß Tag und Nacht marschieren
Statt an der Arbeit muß ich Posten stehen
Statt in der Freiheit muß ich salutieren
Und muß den Hochmut dieser Herren sehn.
Und gehts ins Feld, so muß ich Brüder morden
Von denen keiner mir was Leid getan. ...

Auf Brüder laßt zur Heimat uns zurückmarschieren
Von den Hyänen unser Volk befrein
Denn nur Tyrannen müssen Kriege führen,
Soldat der Freiheit möcht ich gerne sein. ...“

Sollte solch' heereszersetzende Literatur auf Handzetteln in der Kaserne kursiert sein? Das ist unwahrscheinlich, da die deutsche Sozialdemokratie zum Ärger westeuropäischer Sozialisten eine spezielle, weil zu risikoreiche Propaganda innerhalb der Kaserne ablehnte, sich vielmehr auf die Wirkung jener antimilitaristischen Literatur verließ, die den jungen Menschen möglichst schon *vor* ihrer Militärzeit zugänglich gemacht werden konnte. Es ist durchaus möglich, daß Wilhelm Engelberg die Strophen aus einer bereits 1872 erschienenen Lieder- und Gedicht-Sammlung abschrieb.²⁹ Er ließ sich einerseits von einem abstrakten, die innere Gesellschaftsdynamik vernachlässigenden Moralismus leiten, der sich gegen innere und äußere Unterdrückung durch Armeen richtete, andererseits von dem Gedanken der Volkswehr. In der gleichfalls schon in den 70er Jahren erschienenen und weit verbreiteten Broschüre „Was die Sozialdemokraten sind und was sie wollen“ strich Wilhelm Engelberg besonders energisch jene Stelle an, wo von der Ersetzung des stehenden Heeres durch das Volkshier die Rede ist und es wörtlich hieß „Jeder Bürger soll von Jugend auf im Gebrauch der Waffen

²⁹ Dieses Gedicht erschien, gleichfalls anonym, zum erstenmal in: „Zeitgemäße Volkslieder und Gedichte“, hrsg. von Gustav Linke, Dresden 1872, Selbstverlag. Wieder abgedruckt in: „Deutsche Volkslieder demokratischen Charakters“, hrsg. von Wolfgang Steinitz, Akademie-Verlag Berlin 1954, Bd. I, S. 399f. Ob das Gedicht Max Kegel zugesprochen werden kann, ist noch nicht geklärt.

geübt und zu militärischen Leistungen tüchtig gemacht werden. Ist *jeder Bürger Soldat*, dann ist auch *jeder Soldat Bürger*, und kein Tyrann mehr im Stande, das Volk zu vergewaltigen.“³⁰

Entlassen als Ordonnanz beim Generalkommando in Kassel, reiste der Vierundzwanzigjährige zunächst nicht in seine Heimat nach Süden, sondern in die Reichshauptstadt nach Norden. Bereits in den 80er Jahren galt auch im Bewußtsein süddeutscher Handwerksgesellen Berlin als Metropole des neudeutschen Reiches; seitdem dort bei den Reichstagswahlen die Linksliberalen und Sozialdemokraten so viele Stimmen auf sich vereinigten, konnte dieses Berlin nicht mehr als die Zitadelle des militaristischen Stockpreußentums angesehen werden. Alles, was Freunde über die Sehenswürdigkeiten dieser Stadt, über ihr Leben und Treiben, über den witzigwendigen und maulflotten Menschenschlag dort zu berichten wußten, war dazu angetan, jeden aufgeweckten Burschen zu einem Besuch zu ermuntern, um „Eindrücke fürs Leben“ zu erhalten, wie es in einem Brief hieß. In diesem Geiste wurde der Berlin-Besuch Wilhelm Engelbergs gleichsam der hauptstädtische Abschluß einer sechsjährigen Abwesenheit von der heimischen Kleinstadt.

Einen großen Schatz an Lebens- und Arbeitserfahrungen brachte der junge Mann mit nach Hause; sein politischer und kultureller Horizont hatte sich erweitert, neue Maßstäbe waren ihm gesetzt, und Freunde fürs Leben waren erworben. Er, der Flöten- und Violinspieler, ließ sich von seinem Freund Heinrich Blank, dem Malergehilfen, anregen, in die Konzerte der „größten Virtuosen unserer Zeit“, des Deutschen Joseph Joachim, des Spaniers Sarasate und des in Berlin niedergelassenen Franzosen Emile Sauret zu gehen. Ein aufgeweckter Geist spricht aus den Briefen, die Wilhelm Engelberg in der Fremde von Wanderkameraden, Arbeitskollegen, Bekannten und Freunden erhielt. Manch einer von ihnen, der mit schwerer Hand schrieb und mit der deutschen Rechtschreibung gar arg auf Kriegsfuß stand, konnte dennoch seinen urwüchsigen Humor herzhaft ausdrücken. Die Gefühls- und Bedürfnisskala der Wandergesellen war recht variationsbreit; sie reichte von burschikoser Renommage³¹ bis zu fast pedantischer Bildungsbeflissenheit, von dreister Sexualität bis zur Verliebtheit, wo der Himmel voller Geigen hängt oder

30 S. S. 13. W.E. las eine Auflage dieser Broschüre, die in „der Schweiz. Vereinsbuchdruckerei Höttingen-Zürich“ also in den 80er Jahren gedruckt wurde. Darum ist fast als sicher anzunehmen, daß er sie im Winterthurer Arbeiterverein und noch vor seiner Militärzeit erworben hatte. Wie alle Broschüren, die ihm am Herzen lagen, hat er diese strapazierfähig eingebunden.

31 Nachdem Wilhelm Engelberg zwei Flaschen Wein seinem hannoveranischen Freund Karl Ertinghausen geschickt hatte, stattete dieser seinen Dank auf recht barocke Weise ab: „Kerl, was machst Du für Geschichten, schickst mir da ein paar Hinterlader, welche auch nicht von Pappdeckel sind, ich wußte erst gar nicht, was ich sagen sollte, wie der Postkerl bei uns rinn kommt. Ich dachte im ersten Augenblick, Du hättest Dir einen kleinen Scherz machen wollen und glaubte, da würde so ein Heidelberger Schwanz raus springen wie bei dem großen Fass Mode ist, aber als ich ein Stock tiefer griff auwei und die beiden Buddels hervorlangte, da mußte ich unwillkürlich 3 mal trocken runterschlucken und betete einen frommen Spruch so ungefähr, als wenn man so halb am Delirium tremens leidet oder wie Du selbst sagst an Herzerweiterung...“

der Weltschmerz das Herz zerreißen möchte, von politischer Schwerfälligkeit, um nicht zu sagen Gleichgültigkeit, bis zu quicker Neugierde für die politische Umwelt nah und fern. Aber so unterschiedlich die Individualitäten, Neigungen und Bildungshöhen sein mochten, in einem waren die Handwerksgesellen gleichgestimmt: Die „große Walz“ war ihre „Berufs- und Lebensschule“, die es in Ehren zu bestehen galt – in angemessener Zeit, wie wir bereits bemerkt haben. Wenn wir die Handwerksgesellen, politisch gesehen, auf einen Nenner bringen wollen, dann ist es dieser: militärfromm waren sie nicht; die deutsche Einheit, die sie bejahten, verstanden sie nicht chauvinistisch. Den ewigen Deutschen, der aggressionsgeladen drauflosdreschen möchte, gab es nicht.

Der Handwerksmeister: Vom Demokraten zum Sozialdemokraten

Nach Haslach zurückgekehrt, übernahm Wilhelm Engelberg neben der Buchbinder-Werkstatt einen Papierladen. Wie die Familienerinnerung bezeugt, wurden von dort jede Woche die mit ziemlicher Regelmäßigkeit von Offenburg zugestellten Exemplare des „Sozialdemokrat“ insgeheim abgeholt. In Offenburg war nicht nur ein illegales Verteilungszentrum für ganz Süddeutschland; diese verkehrsmäßig günstig gelegene Kreisstadt war damals überhaupt ein historisches Vorbild und ein politischer Orientierungspunkt. In Offenburg, wo unmittelbar vor und während der Revolution von 1848 die Häupter der badischen Demokratie zusammenkamen und wichtige, auf ganz Deutschland ausstrahlende Beschlüsse faßten, gingen Anfang der achtziger Jahre Söhne alter Achtundvierziger zur Sozialdemokratie über; zu ihnen gehörte Adolf Geck, Sohn des stadt- und landbekannten, früh verstorbenen Zähringerhof-Wirts und Mündelkind Amand Goeggs.³² Und da sollten junge Handwerker aus Haslach, kaum 30 km von Offenburg entfernt und von jeher durch Widerspruchsgeist bekannt, hintenan stehen? Jetzt erst recht gingen sie, voran Wilhelm Engelberg, in die illegal arbeitende Sozialdemokratie.^{32a} Als legale Tarnung und zur eigenen körperlichen Ertüchtigung riefen die jungen Haslacher Handwerker einen Turnverein erneut ins Leben.

Im Jahre 1891 vermählte sich Wilhelm Engelberg, nachdem er neben der Buchbinderei noch ein photographisches Atelier eingerichtet hatte, mit Therese Aiple, der Tochter des Bierbrauers Franz Aiple. Seine Gastwirtschaft wurde das Vereinslokal des Turnvereins und der Sitz der Haslacher Sozialdemokratie, die nach 1890, nach dem Sturz Ottos von Bismarck, wieder legal wurde. In der Gaststube hingen bis 1933 ringsum an den Wänden die Bilder sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter

32 Vgl. Günther Haselier, Adolf Geck als Politiker und Mensch im Spiegel seines schriftlichen Nachlasses, in: Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 115, 1967, S. 334.

32a Eine von Adolf Geck ausgestellte Quittung vom 26. März 1887 über „8 M. 40 Pf. Abonnementsgelder“ (14 Abonnenten) – StAH, Mappe 6 – beweist, daß schon damals Haslacher Sozialdemokraten Verbindung nach Offenburg hatten.

und oben im Versammlungszimmer des ersten Stocks ein großes Bild des großen August Bebel, auch Preisurkunden des Turnvereins und die schwarzrotgoldene Seidenfahne, wo das Gold noch wirklich golden war. Vor der Eingangstür stand der Schrank mit Büchern, die dem Lesebedürfnis der Haslacher Mitglieder der Sozialdemokratie dienten. Die Gastwirtschaft zum „Aiple-Franz“, die heute noch in der Metzgergasse existiert, hieß im Volksmund die „Revolutionsbeize“. Trotzdem kehrten viele Bauern, wenn sie an den Tagen des Wochenmarkts aus den umliegenden (heute teilweise eingemeindeten) Dörfern nach Haslach kamen, gerne im Lokal des Franz Aiple ein. Warum eigentlich?

Obwohl er, wie manche Ackerbürger, innerhalb und außerhalb der ehemaligen Stadtmauern Haslachs bis in unser Jahrhundert hinein, Kühe und Schweine in seinen Ställen hatte und Feld und Wald besaß, so zählte er bei den Bauern doch nicht als richtiger Bauer und wollte es auch nicht sein. Was sie zum Aiple-Franz zog, war seine Person; dieser kleine und etwas dickliche Mann, gelernter Bierbrauer, war Gastwirt mit Leib und Seele. Er hatte zwar kein aufgesetztes Lächeln, war eher ein Brummbar, der den einen oder andern Gast mit sarkastischen Bemerkungen bedachte. Aber sonst ließ er fünfe gerade sein, gewährte seinen Gästen volle Maulfreiheit, auch ihm gegenüber. Hier fanden sich auch jene humorigen Meisterlein ein, die sich von der Konkurrenzpeitsche noch nicht antreiben ließen und also gerne der Arbeit aus dem Wege gingen; ein Vorwand zum lustigen Bechern fand sich allemal. Alles in allem, beim Aiple-Franz konnten sich alle unbeschwert geben und reden, wie ihnen der Schnabel gewachsen war – und gut, versteht sich, war auch das Bier.

Aus diesem eigenartigen Volksmilieu, in dem kleine Geschäftsleute, Handwerker, Bauern und Arbeiter miteinander verkehrten, bekam Wilhelm Engelberg Anregungen; in den 90er Jahren war er ja Korrespondent des Offenburger und später Karlsruher „Volksfreund“. Damals arbeitete er auch als Buchbinder für den Pfarrer und Volksschriftsteller Heinrich Hansjakob, der in seinen Tagebuchblättern „Im Paradies“, womit er Hofstetten meinte, über den „Gewerbsmann“ Engelberg u. a. folgende Betrachtungen anstellte: „Er ist ein junger, intelligenter, fleißiger Mann, aber – Sozialdemokrat.“ Und er fuhr dann fort: „In meinem Geburtsort gibt es eine kleine Anzahl besserer Bürger, die sich offen zu den Sozialdemokraten zählen. Was mir dabei gefällt, ist, daß diese Leute kein Hehl aus ihrer Gesinnung machen, und daß andererseits die übrigen Haslacher sie in dieser Parteinahme völlig unbehelligt lassen.

Wundern tut es mich aber gar nicht, daß es auch in Hasle nicht an Sozialdemokraten fehlt. Die Demokratie hatte hier von jeher ihre

flammenden Altäre, und vom Demokraten bis zum Sozialdemokraten ist der Schritt angesichts der heutigen sozialen Verhältnisse nicht weit.“³³

Ja, der kleine Schritt vom Demokraten zum Sozialdemokraten! Hinter diesem einfachen Satz steckt eine vertrackte Problematik, die wir hier nur andeuten können. Die Geschichte der Parteien, ihrer Beziehungen untereinander und zum jeweiligen Staat wandelt auch die Partei-Namen und ihre Bedeutung. Nach der Niederlage der Volksrevolution von 1848/49 drückten sich gar viele um das Kennzeichen „demokratisch“. Erst nach der Novemberrevolution wurde es im bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteileben wieder modern – ein gern getragenes Etikett gegenüber den revolutionierten Massen. Was die Sozialdemokratie betrifft, so war dieser Partei-Name, der seit den 60er Jahren in Deutschland mehr und mehr Eingang fand, eigentlich ein Kompromiß, den Männer wie Marx und Engels nur widerwillig hinnahmen; angesichts der ideologischen Physiognomie der organisierten Arbeiterklasse im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts war nun mal der alte kühne Parteiname „Bund der Kommunisten“ sachlich nicht mehr (oder noch nicht) angängig und politisch inopportun.

Betrachten wir die Verhältnisse in Haslach, da drängen sich unter dem Blickwinkel des Wandels der Parteien spezielle Fragen auf. Gründungsmitglieder des sozialdemokratischen Wahl- und Lesevereins im Jahr 1890 waren außer Wilhelm Engelberg der Nudelfabrikant Josef Fackler mit dem volkstümlichen Übernamen „Schwarzbeck“, der Gerber Josef Aiple, der Bierbrauer und Gastwirt Franz Aiple, der Wirt Johann Haser, der Bierbrauer Otto Haser, der Hafner Emil Engesser, der Gerber Ludwig Kasper, der Bäcker Ludwig Zimmermann sowie der Metzger Ludwig Sahl. Warum sahen diese Handwerksmeister und kleinen Geschäftsleute in der Sozialdemokratie ihre politische Heimat? Inwieweit machten sie sich das marxistische Programm, das sich die deutsche Sozialdemokratie 1891 in Erfurt gab, wirklich zu eigen? Inwieweit vollzogen sie unter diesem Gesichtspunkt tatsächlich den Schritt vom Demokraten zum Sozialdemokraten? Anders gesagt: War da nicht viel Selbsttäuschung im Spiel?

Da ohne Zweifel Wilhelm Engelberg der führende Kopf dieser neuen politischen Gruppierung in Haslach war, ist es durchaus gerechtfertigt, wenn wir uns auf sein Denken und Handeln konzentrieren, um die hier gestellten Fragen wenigstens teilweise beantworten zu können. Allein schon eine Durchsicht seiner privaten Bibliothek³⁴ erhellt vieles. Von Marx besaß er nur die Schrift „Lohnarbeit und Kapital“, aber von Ferdinand Lassalle neben einer Reihe von Einzelschriften die 1892/93

33 Heinrich Hansjakob, Im Paradies. Tagebuchblätter, Heidelberg 1897, S. 121. Den Hinweis auf diese Stelle verdanke ich M. Hildenbrand.

34 Die im folgenden angeführten Bücher aus der ehemaligen Bibliothek Wilhelm Engelbergs sind im Besitz des Autors.

herausgekommene Gesamtausgabe seiner Reden und Schriften. Die drei Bände hat er selbst eingebunden, mit Lederrücken und obligater Goldinschrift versehen. Von seiner ersten politischen Liebe rückte er nicht ab, sprach deshalb niemals von dem kritischen und von Friedrich Engels gelobten Vorwort zu dieser Ausgabe, rühmte aber umso mehr die zwei berühmten Verfassungsreden Lassalles. Von dem marxistischen Theoretiker Karl Kautsky war keine Schrift vorhanden, wenn wir vom „Erfurter Programm“ absehen, an dem dieser weitgehend mitgearbeitet hat. Nicht einmal die Kritiken des Revisionisten Eduard Bernstein fanden das Interesse von Wilhelm Engelberg. Doch besaß und las er zahlreiche Schriften und Reden von August Bebel, unter ihnen sein Hauptwerk „Die Frau und der Sozialismus“; mit besonders vielen Anmerkungen und Unterstreichungen ist dessen Schrift „Nicht stehendes Heer sondern Volkswehr“ versehen. Gleichfalls intensiv beschäftigte sich der stets materialhungrige Engelberg mit dem periodisch erscheinenden „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“. Zum historischen Standardwerk gehörte Karl von Rottecks vierbändige populäre Ausgabe seiner „Allgemeinen Weltgeschichte“, die auch in manch anderen Bürgerhäusern Haslachs zu sehen war. Zu Wilhelm Engelbergs historischer Lieblingslektüre gehörten die vom Sozialdemokraten Wilhelm Blos verfaßte „Deutsche Revolution“ von 1848 und eine Reihe von Schriften zum gleichen Thema. Schließlich seien noch eine Anzahl religionskritischer Broschüren erwähnt.

Auswahl und Art der Lektüre lassen darauf schließen, daß Wilhelm Engelberg die ideologisch-politische Entwicklung der Sozialdemokratie, also die ganzen Auseinandersetzungen zwischen Marxismus und Revisionismus in den 90er Jahren und um die Jahrhundertwende, nicht näher verfolgt hat. Überdies wurde in der Sozialdemokratie das Verhältnis von demokratischem und sozialistischem Kampf in seiner theoretisch wie praktisch schwierigen Problematik nie zu Ende geklärt, so daß einerseits ein August Bebel mit der Vorstellung einer demokratischen Republik den Sieg des Sozialismus verband, andererseits Wilhelm Liebknecht doch noch stark in den Reminiszenzen der 48er Demokratie lebte. Sein 1888 erschienenes Buch „Ein Blick in die Neue Welt“ war bei allen kritischen Bemerkungen im einzelnen als Ganzes gesehen ein Hohelied auf die bürgerliche Demokratie der Vereinigten Staaten von Amerika. Es ist darum nicht verwunderlich, daß Wilhelm Engelberg, der dieses Buch besaß und eifrig las, seinem nach 1848 emigrierten Onkel nach New York schrieb:³⁵ „Sie... leben in einem glücklichen Lande. Wären wir in Deutschland nur erst auch so weit! Ob wir's erleben?! Unser Reisekaiser kann auch nur das *deutsche* Volk regieren, in einem freien Lande wäre er eine Puppe, die man bei Seite legen könnte.“

35 Kopierbuch, N^o 3b, S. 38 f., StAH.

Freiheit der politischen Betätigung war für ihn so selbstverständlich, daß diese Forderung auch seinen Patriotismus durchdrang. So unterstrich er in Lassalles Fichte-Rede³⁶ besonders den Satz, daß „die Vaterlandsliebe nur den Freien zukommt“. Einheit des Nationalstaats verband sich mit der politischen Freiheit, auch mit der Gedanken- und Bewegungsfreiheit jeglicher Religion, die ihrerseits die freiheitlichen Prinzipien im gesellschaftlichen und politischen Leben zu beachten habe, so daß Ja gesagt werden konnte zum religiösen Katholizismus, aber Nein zu seiner politischen und klerikalen Ausprägung. Demokratischer Patriotismus schloß den Gedanken der Völkerverständigung ebenso ein, wie er Antisemitismus ausschloß. Der war Wilhelm Engelberg fremd, selbst in jener quasi gemäßigten Form, von der auch ein Heinrich Hansjakob nicht frei war. In einer Art Protesthaltung erwarb Engelberg die in einem geschmackvollen Jugendstil illustrierten, von Morris Rosenfeld verfaßten „Lieder des Ghetto“, die von der Armut, der Arbeitsqual und der Sehnsucht der Ostjuden zeugten.³⁷

Zum radikalen 48er Demokratentum gehörte auch der Gedanke der Sozialreform. Aktueller Kernpunkt war die Forderung nach dem Achtstundentag, die zunächst die Hauptlosung der Ersten-Mai-Feier ward. Dazu schrieb er in einer Korrespondenz für den „Volksfreund“:³⁸ „Nur wenige fortgeschrittenere Meister sehen ein, daß mit der gesetzlichen Einführung einer kürzeren Arbeitszeit schon jetzt für sie eine indirekte Besserung ihrer Lage errungen wäre, wenn in solchen Städten, wo die Großindustrie die Ausbeutung der Arbeiter aufs höchste betreibt, die gesetzlich bestimmte Zeit der Arbeit hauptsächlich eingehalten werden müßte, wodurch die Unternehmergewinne zwar etwas beschnitten, aber das Kleingewerbe hierdurch doch ganz gewiß konkurrenzfähiger würde.“ Im übrigen wolle die Fraktion der Sozialdemokraten im Reichstag nichts überstürzen; ihr Arbeiterschutzgesetzentwurf verlange „erst vom Jahre 1894 an die 9stündige und vom Jahre 1898 an die 8stündige Arbeitszeit“. Sarkastisch fügte Engelberg hinzu: „Haslach wäre also noch nicht in Gefahr, Lumpen, die nur saufen und nicht

36 Ferdinand Lassalle, Fichte's politisches Vermächtnis und die neueste Gegenwart. Artikel vom Januar 1860. 2. Auflage Hamburg 1877, S. 7. Diese Ausgabe ist insofern interessant, als dafür verantwortlich zeichnet: „Allgemeiner deutscher Arbeiter-Verein“, also eine lassalleanische Organisation, die auch nach der Vereinigung der beiden Fraktionen in Gotha 1875 an der Waterkante weiterbestand. Das geht auch aus einem Inserat auf der letzten Seite der Broschüre hervor, das für den „Social-Demokrat“ wirbt; dieses „Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins“ sei „das einzige Organ der gesamten Arbeiterblätter, welches den Standpunkt Ferdinand Lassalles in *socialer* und *politischer* Hinsicht klar und auf das Entschiedenste vertritt“. Vgl. H. Laufenberg, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgegend; Hamburg 1911, Bd. I, S. 563f. Hier wird zwar von einer Hamburger Opposition gegen die Vereinigung in Gotha gesprochen, aber von dieser Organisation nichts erwähnt. Offensichtlich war sie eine Splittergruppe, die aber Lassalles Schriften zu verbreiten verstand – bis in die Arbeitervereine der Schweiz.

37 Lieder des Ghetto von Morris Rosenfeld. Autor. Übertragung aus dem Jüdischen von Berthold Feiwel mit Zeichnungen von E.M. Lilim. Sechste Auflage. Hermann Seemann Nachfolger, Berlin NW 87. Dieses Buch hat W.E. sorgfältig eingebunden – immer ein Zeichen seiner besonderen Sympathien.

38 Im Konzept vorhanden, StAH, Mappe 7.

arbeiten wollen (um die Worte einiger großer G'scheidle zu gebrauchen) beherbergen zu müssen.“ Die „Schauermär“, als würden einige hiesige sozialdemokratische Arbeiter ihre Kollegen zur Durchsetzung des Achtstundentages in Haslach „aufwiegeln“, wäre „wieder einmal ein heiterer Ein- und dummer Reinfall“; die wären froh, meinte er bissig, „wenn sie alle die 12stündige Arbeit hätten“.

Die Korrespondenz beendete Engelberg mit einer Frage und Antwort: „Wann wird die Zeit einmal kommen, wo die Kleingewerbetreibenden einsehen werden, daß nur durch Anschluß an die Arbeiterbewegung zugleich auch ihre Interessen vertreten werden?! Vielleicht vollzieht die neue Militärvorlage eine gründliche Heilung von Vorurteilen.“ Mit dem Hinweis auf die Militärvorlage der Jahre 1892 und 1893 wurde geradezu ein Leitmotiv seines politischen Denkens und Handelns angeschlagen.

Genährt von innerer Überzeugung und praktischem Erleben, war in Wilhelm Engelbergs Grundhaltung am ausgeprägtesten sein Antimilitarismus – und zwar als Ablehnung des stehenden Heeres und Bejahung der Volkswehr (oder des Milizheeres). In ein „Handbuch für sozialdemokratische Wähler“ legte er einen Zettel, auf dem er notiert hatte: „Keine politischen Dinge treffen so den Lebensnerv des Volkes wie Militär- und Marinefragen.“ Das bezog sich offensichtlich auf die Zeit der Jahrhundertwende, auf den Beginn der imperialistischen Weltpolitik des Deutschen Reiches. Doch schon im Februar 1890, bei der Reichstagswahl, als die Haslacher Sozialdemokraten zum erstenmal organisiert in der Öffentlichkeit auftraten, ging es nicht allein um eine hohe Stimmenzahl für die sozialdemokratischen Kandidaten, sondern auch um den Sieg über das Kartell von Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, also über jenes Parteienbündnis, das 1887 das Septennat durchsetzte, d. h. die siebenjährige Gültigkeit des Militärgesetzes mit seiner hohen Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres.

Haslach gehörte dem 6. badischen Reichstagswahlkreis an, der die Amtsbezirke Lahr, Ettenheim, Wolfach und Kenzingen umschloß. Bis 1890 wurde in diesem 6. Wahlkreis, dank des Übergewichts der vornehmlich protestantischen Stadt Lahr, stets ein Nationalliberaler gewählt. Ende Februar 1890 wurde eine Stichwahl zwischen dem Zentrums kandidaten, dem Haslacher Fabrikanten August Schättgen, und dem nationalliberalen Hofrat Prof. Dr. Engler notwendig. Wilhelm Engelberg schrieb an August Bebel um Rat: „Daß dieser letztgenannte ein Reaktionär 1. Ranges ist, ist Ihnen aus eigener Wahrnehmung bekannt. Ich glaube daher, daß es zulässig ist, wenn wir auch in unserm Kreise von dem Beschlusse des St. Galler Congresses Abstand nehmen und die *heimliche*?! Parole ausgeben für Schättgen als des Übels

kleinstes.“³⁹ Natürlich antwortete Bebel nicht mit einem offenen Wort zugunsten einer geheimen Parole. Offensichtlich gab es jedoch für alle badischen Wahlkreise eine interne Verständigung, denn überall, wo Stichwahlen notwendig waren, entschieden sich die Sozialdemokraten für den Zentrums kandidaten gegen militaristische Nationalliberale.

In Haslach wurde die Entscheidung der Sozialdemokraten insofern von den Zentrumsanhängern nicht honoriert, als sie in einer ihnen nahestehenden Zeitung gegen Wilhelm Engelberg, auf den Amtadel seiner Vorfahren anspielend, den Spottnamen „Baron“ lancierten, worauf er replizierte, er brauche sich ihrer nicht zu schämen, „denn dieselben erhielten den Adel nicht verliehen, weil sie gut zu raufen und reisende Kaufleute zu plündern verstanden, sondern weil sie im Fürstentum Fürstenberg die besten Ärzte waren und als solche *dem Volke gute Dienste* geleistet haben.“⁴⁰ In der Tat, dieses Stück Familiengeschichte wurde stets in intellektuellen und demokratischen Stolz umgemünzt.

Das intellektuelle Interesse und die politische Aktivität Wilhelm Engelbergs, damit auch seiner unmittelbaren Mitstreiter, bewegte sich auf dem Boden der Grundforderungen und Grundanschauungen der „48er Demokratie“. Damit soll nicht gesagt sein, daß ihnen der Sozialismus gleichgültig gewesen sei. Der mehr im Geiste des Gewerkschaftlertums formulierte Satz Eduard Bernsteins, daß ihm das Ziel nichts und die Bewegung alles sei, war keineswegs in ihrem Sinne. Mit der schwierigen Dialektik von Weg und Ziel aber, wie sie Marx und Engels konzipiert hatten, wurden die sozialdemokratischen Kleinbürger, noch dazu in einer Kleinstadt, nicht fertig. Auch wenn sie am Anfang jedes parteioffiziellen Handbuchs das Erfurter Programm lasen und durch Anstreichungen vermerkten, daß die Sozialdemokratie marxistisch sei, so bewegte sich ihr Sozialismus doch in den nebulösen Höhen eines abstrakten Moralismus; sie kokettierten gerne mit einem dogmenfreien und kirchlich möglichst ungebundenen Christentum, etwa nach der gängigen Redensart, daß Christus in der Jetztzeit Sozialist wäre. So war ihr Sozialismus weniger Ziel, als moralischer Impuls für die Betätigung demokratisch-sozialen Gemeinnsinns. In diesem Geiste gedachten auch die Haslacher Sozialdemokraten im Jahre 1898/99 der

39 Kopierbuch, N^o 3b, S. 65, StAH.

40 A. a. O., S. 69 f. In der Tat, Josef Daniel Alexander von Engelberg, ursprünglich Konstanzer Stadtphysikus, trat Ende des 18. Jahrhunderts in Fürstl. Fürstenbergische Dienste. Seine beiden Söhne studierten Medizin. Der eine, Josef Meinrad Anton wurde Großherzog. bad. Medizinalrat und Fürstl. Fürstenbergischer Leibarzt. Seine Nachkommen machten ihre Karriere in Staat und Wirtschaft, bis in den Dyckerhoff-Konzern hinein. Der andere Sohn Alexanders: Johann Baptist v. E., wurde Landschaftsphysikus zu Haslach im Kinzigtal. Die Kriegszüge durch das Kinzigtal Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts brachten manche Verheerungen. Joh. Baptist v. E. klagte in Eingaben an die Domänenkammer immer wieder über unregelmäßige oder unvollständige Lieferung der Futter- und Strohrationen für das Dienstpferd. Das erschwerte in hohem Maße seine ärztliche Arbeit in den Dörfern und Tälern. (Akten En 12 des Fürstl. Fürstenbergischen Archiv zu Donaueschingen.) Den Strapazen war er auf die Dauer nicht gewachsen; er siechte an Lungenschwindsucht dahin und starb verarmt. Wilhelm Engelberg war der Urenkel von Joh. Baptist v. E.

Aufruf

zur Sammlung für ein Denkmal zu Ehren der im Jahre 1849 in Rastatt handrechtlich erschossenen Freiheitskämpfer.

Das neubegonnene Jahr 1898 und das darauffolgende 1899 ruft in den Herzen aller deutschen Männer, welche warm erglücken für Recht und Freiheit, für Wohl und Wehe unseres Volkes Erinnerungen wach an die Zeit, wo vor nunmehr fünfzig Jahren eble und zielbewusste Männer aus allen Ecken unseres Volkes einmütig zusammenstanden, um in heißem Ringen und unter Einsehen von Gut und Blut die Einheit des deutschen Volkes, gegründet auf dem Boden der Freiheit, zu erringen. Trotz aller Opfer wurde die Bewegung, wie wir alle wissen, niedergeschlagen und es folgte eine Zeit harter, schmerzlicher Reaktion, die aber dennoch weder den Drang nach Einheit noch die Liebe zur Freiheit in den Herzen unseres Volkes an rotten konnte. Viele jener tapferen Freiheitskämpfer ruhten damals, den heimischen Boden verlassen, um der Rache ihrer Befreier zu entgehen. Manche sind in offenem Kampfe gefallen, mit dem Bewußtsein für eine gute und gerechte Sache in den Tod zu gehen und keine nicht unbeträchtliche Anzahl sank unter den Standrechtstugeln der unerbittlichen Sieger, die meisten hiervon gerade in Baden, wo die Bogen der Volksbewegung am höchsten gingen und der Kampf am heftigsten entbrannt war.

Wer in den fünfziger Jahren Rastatts Kirchhof besuchte fand dort, dem Wenigsten bekannt und fast von Niemand beachtet, die eingestauten Hügel, welche 19 tapfere Männer deckten, die sich in der belagerten Festung für die Freiheit geschlagen und dafür noch der Uebergabe derselben in den Kampfgräben Rastatts von den Siegern zu Pulver und Blei verurtheilt wurden.

Anfangs der sechziger Jahre bildete sich in aller Stille ein Komitee, das sich zur Aufgabe stellte, die zur Errichtung eines würdigen Denkmals auf jenen Gräbern nöthigen Gelder anzubringen. Nach und nach eine größere Summe zusammen, zu der die amerikanischen Fischhändler und Gefasennen einen namhaften Beitrag leisteten. Man bezeichnete zunächst die Gräber durch einfache Kreuze mit Bleistafeln, welche Namen und Todesstag trugen. Als aber das Denkmal fertig war und aufgestellt werden sollte, scheiterte dies an dem strikten Verbot des preuss. Souveräns der damaligen Festung Rastatt. Das Komitee, welches in Folge dieses Verbotes für absehbare Zeit die Möglichkeit zur Durchführung seiner Pläne schwinden sah, entschloß sich daher, das Denkmal, wenn auch mit vortheilhaftem Verluste, an die Stadt Rastatt zu verkaufen und günstigere Verhältnisse abzuwarten. Diese hielt es endlich für gekommen, nachdem Rastatt im letzten Jahrzehnt seines Charakters als Festung entkleidet wurde. Es wandte sich nunmehr an den Gemeinderath der Stadt Rastatt, welcher in entgegenkommender Weise auf die Absichten des Komitees einging und die Erlaubniß zur Errichtung eines Denkmals erteilte. Sofort wurde hierauf der Platz eingeebnet und behufs besserer Gruppierung eine Anzahl Gräber ausgegraben. Wer jetzt wieder Rastatt's alten Kirchhof ansieht, findet die Begräbnisstätte abgeflacht, einfach hergerichtet und mit eisernem Gitter auf Granitsockel umgeben.

Noch aber fehlt der Stein, den gleichgesinnte Mitbürger aus Dankbarkeit den weckeren Freiheitskämpfern weihen wollen, um ihre Namen der Nachwelt zum Gedächtniß aufzubewahren. Da aber die verfügbaren Mittel nunmehr erschöpft sind, so wenden wir uns an alle Gleichgesinnten, an Alle, welche es ernst meinen mit dem Kampf für des Volkes Wohl und Rechte und richten an sie die Bitte, ein Scherflein beizutragen zu den Kosten dieses Denkmals, dem begehrendsten Danke, den wir den gesonnenen Volksmännern schulden. Im Jahre 1899 sollte uns die Möglichkeit geboten sein, zur ersten Feier der fünfzigjährigen Wiederkehr jener unglücklichen und unergiebigen Tage den Denkstein zu enthüllen, als Zeichen der Treue gegen die Gefallenen und zugleich als Wahrzeichen, daß die Freiheit nicht standrechtlich gemordet werden konnte, sondern noch fortlebt in Millionen von Herzen.

Rastatt (Baden) im März 1898.

Das Denkmals-Komitee:

- August Dressbach, Landtagsabgeordneter in Mannheim.
- Adolf Geel, Landtagsabgeordneter in Offenburg.
- Theodor Loh, Apolsterer in Baden-Baden.
- Franz Peter, Kaufmann in Achern.
- Dr. Adolf Richter, Chemiker in Pforzheim.

Freiwillige Beiträge nimmt entgegen:

Der Kassier des Komitees: Franz Peter in Achern in Baden.

Sammel-Liste.

1.	Frantz Kipke	8	-
2.	Joseph Frankler	3	-
3.	Willy. Engelberg	2	-
4.	Georg. Stipke	3	-
5.	Wilhelm Jüttig	1	-
6.	Joh. Haser	1	-
7.	Carl Hug	-	50
8.	Bruno Wulff	-	50
9.	Anton. Wolf	1	50
10.	Max. Hahn	-	50
11.	Har. Hanna (Kunze)	-	50
12.	Har. Kemmerer	-	50
13.			
14.			
15.			
16.			
17.			
18.			
19.			
20.			
21.			
22.			
23.			
24.			

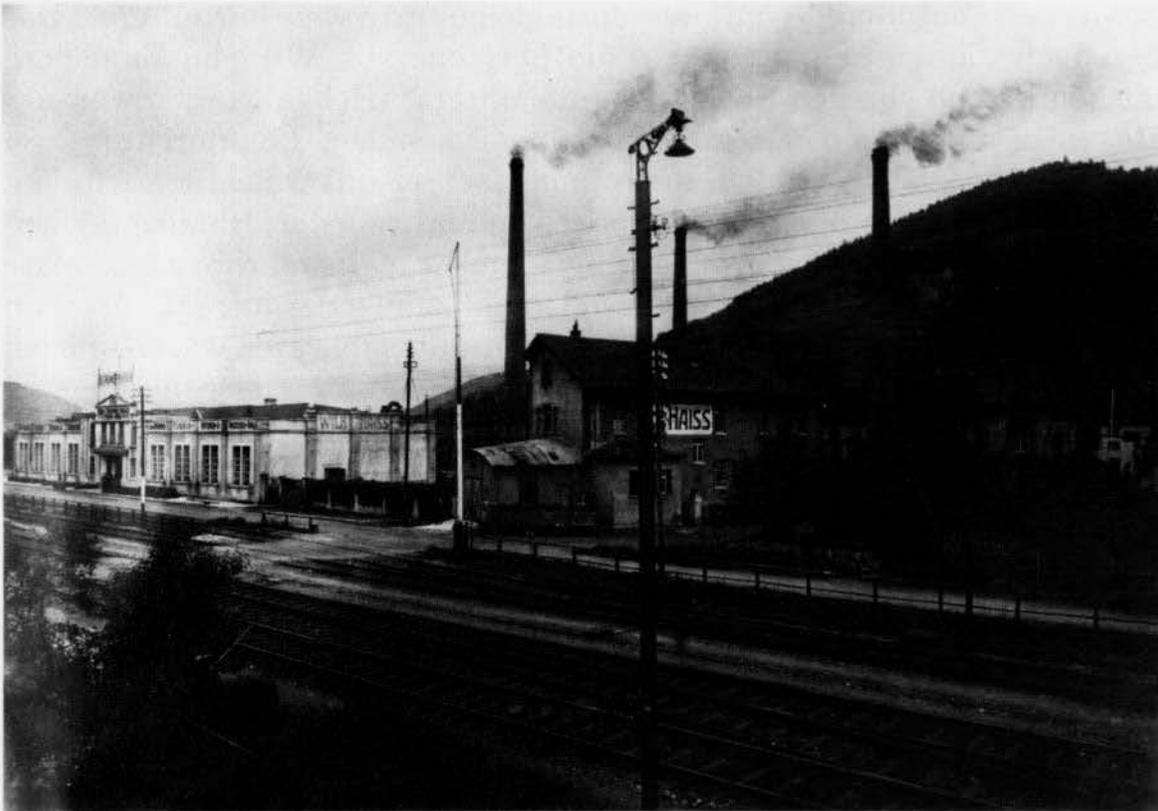
1898 sammelten Wilhelm Engelberg und die Haslacher Sozialdemokraten zugunsten der Errichtung einer Gedenkstätte für die hingerichteten Freiheitskämpfer von 1849 in Rastatt.

Revolution, die ein halbes Jahrhundert vorher Deutschland bewegte und in Baden ihr tragisches Ende fand; sie sammelten Unterschriften zugunsten der Errichtung einer Gedenkstätte in Rastatt. Immer wieder scheint durch den Sozialismus dieser Handwerker als Substanz ihres Denkens und Handelns ihr sozusagen bodenständiges Demokratentum hindurch.

Es nährte sich auch vom Musischen her. Als der sozialdemokratische Landtags- und Reichstagsabgeordnete Adolf Geck in Offenburg wieder einmal Schillers „Wilhelm Tell“ inszenierte und selbst die Titelrolle spielte, holte er sich aus Haslach Wilhelm Engelberg als Stauffacher. Gewiß brachte es dieser bei weitem nicht zu jenen Spracharien, an denen er sich gelegentlich bei berühmten Gastspielen im Straßburger Stadttheater berauschte; aber er wußte die Stauffacher-Worte von der Grenze der Tyrannenmacht und von den ewigen Rechten, die droben hängen unveräußerlich und unzerbrechlich wie die Sterne selbst, mit innerer Begeisterung zu sprechen. Solche Laienspiele bewiesen Rosa Luxemburgs richtiges Verständnis, die 1905 schrieb, daß die Worte und Sprüche, die Schiller geprägt, zur Form wurden, in der die deutsche Arbeiterschaft „ihren Idealismus zum schwungvollen Ausdruck“ brachte.⁴¹ „Schwungvoll“ und nicht unterkühlt, wie es eine zweifelhafte Modernität verlangt.

Die ideologische und musische Überhöhung radikal-demokratischer Bestrebungen war für die sozialdemokratischen Handwerker und kleinen Geschäftsleute auch eine Art Lebenshilfe. Nur dadurch konnten sie manchen Anfeindungen und geschäftlichen Nachteilen trotzen; so einträchtig ging es nämlich in Haslach, wie Heinrich Hansjakob wohlmeinend schrieb, doch nicht zu. Bald waren sie noch andersartigen Spannungen ausgesetzt. Die Dynamik der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse innerhalb und außerhalb Deutschlands mit ihrer Verschiebung der Interessenlagen brachte auch Differenzierungen und Differenzen in Parteien und Organisationen hervor. Innerhalb eines gesamtgesellschaftlichen Prozesses wurde die Sozialdemokratie immer mehr zu einer Partei des *Industrieproletariats*, dessen Gegenwarts- und Zukunftsinteressen sich auch ideologisch manifestierten und zugleich differenzierten. Auf die Dialektik des Widerspruchs zwischen Gegenwarts- und Zukunftsinteressen innerhalb der Sozialdemokratie können und brauchen wir hier nicht einzugehen. Nur soviel: Auch in Haslach nahm seit der Jahrhundertwende die Industriearbeiterschaft zu; damit begann für die sozialdemokratische Lokalorganisation eine besondere Problematik.

41 Aus einer Rezension der Schrift von Franz Mehring, „Schiller. Ein Lebensbild für deutsche Arbeiter“, erschienen in der Schillernummer der „Neuen Zeit“, 1904/1905, Bd. II.



Das Haslacher Stahlwerk Haiss war bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts der größte Industriebetrieb des mittleren Kinzigtales. Die Aufnahme stammt aus dem Jahre 1920.

Die sozialdemokratischen Handwerker und die Industriearbeiter

Das alte Hammerwerk in Haslach fertigte seit den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts Gesenkschmiedeteile für Pflüge, Eggen, Schubkarren u. a. Sein Eigentümer war Wilhelm Haiss, der mit der Sozialdemokratie in einiger Kenntnis ihres Schrifttums und natürlich im Bewußtsein der Tradition der 48er Demokratie sympathisierte. Er übergab den Betrieb um 1900 seinem ältesten Sohn Heinrich, dem sich bald auch der zweite Sohn Ernst Haiss als technischer Leiter zugesellte. Die beiden Brüder modernisierten den Betrieb von Grund auf und begannen mit der Herstellung von Gesenkschmiedeteilen, die jetzt zur Herstellung von Autoachsen und Teilen von Werkzeugmaschinen dienen. Sie hatten dabei enge Kontakte mit dem Erfinder des Automobils, Karl Benz, und maßgebenden Leuten aus der sich entwickelnden Autoindustrie. Bis 1914 arbeiteten im Haiss-Betrieb etwa 150 bis 180 Beschäftigte; er war mit Abstand der größte Betrieb von Haslach mit seinen damals rund 2000 Einwohnern.⁴²

Je mehr sich das Haiss'sche Werk erweiterte und modernisierte, traten Metallarbeiter, wie Hammerschmiede, Kupferschmiede, Eisendreher,

⁴² Die Angaben über den Haiss-Betrieb verdanke ich durch freundliche Vermittlung von Herrn Manfred Hildenbrand Herrn Werner Haiss, Sohn von Ernst und Enkel von Wilhelm Haiss.

Schlosser, Zuschläger, in die sozialdemokratische Partei ein. Das bezeugen die Aufnahmescheine, die übrigens von Wilhelm Engelberg ausgefüllt und von den Bewerbern nur unterschrieben worden waren.⁴³ Die soziale Zusammensetzung in der Haslacher Lokalorganisation veränderte sich derart, daß Spannungen schier unvermeidlich wurden: da waren auf der einen Seite die bisherigen Mitglieder, Handwerksmeister und Geschäftsleute, alteingesessen und deshalb auf ihre Kenntnisse der heimischen Verhältnisse pochend, nicht zuletzt darauf, daß sie schon zur Zeit der Bismarckschen Verfolgung Sozialdemokraten waren und bei den Reichstagswahlen in Haslach, verglichen mit anderen Städtchen im Kinzigtal, eine relativ hohe Stimmenzahl für die Sozialdemokratie erreichten. Wilhelm Engelberg selbst, der 1898 bei einer Ergänzungswahl in den Bürgerausschuß gewählt worden war, konnte auf kommunalpolitische Erfolge hinweisen.⁴⁴

Auf der andern Seite konnten die neuen proletarischen Mitglieder, meist Zugewanderte im Alter von 20 bis höchstens 30 Jahren und manchmal noch in Untermiete wohnend, ähnliche Erfahrungen und Erfolge im allgemeinen und kommunalen Bereich nicht aufweisen. Diese Arbeiter, in einem modernen Industriebetrieb tätig, hörten auf diejenigen Wortführer, die mehr als bisher proletarische Elemente im Vorstand der Lokalorganisation verlangten; dabei waren diese Wortführer gar nicht in der Industrie, sondern im Kleingewerbe beschäftigt.

Gegenseitige Vorwürfe vergifteten die Atmosphäre. Die einen sprachen von den „bürgerlichen Parteigenossen“, die anderen von den „Schreibern“ und „Heißspornen“. Tatsächlich stieß kleinbürgerlich-demokratische Ideologie auf Übertadikalismus, hauptsächlich aber auf einen Trade-Unionismus, der nur die unmittelbaren Tagesinteressen des Proletariats verfolgte, sonst nicht – ohne Blick auf die Entwicklung der Gesamtgesellschaft in Vergangenheit, Gegenwart und möglicher Zukunft. Unter diesem Gesichtspunkt kann man es nicht ohne weiteres als fades Moralisieren abtun, wenn Wilhelm Engelberg die Befürchtung aussprach, die Partei könnte „im krassesten Materialismus und der Selbstsucht versumpfen“.⁴⁵ Doch irrte er *fundamental*, als er erklärte: „Wenn man wirkliche Proletarier finden will, so darf man jetzt nicht mehr in den Städten unter den Industriearbeitern suchen, sondern auf dem Lande unter den Kleinbauern, Tagelöhnern und Handwerkern.“⁴⁶

43 StAH, Mappe 6.

44 Er war maßgeblich daran beteiligt, daß das Elektrizitätswerk aus privater in städtische Hand überging; auch wenn es ihm und seinen sozialdemokratischen Freunden nicht gelang, die Kleinkinderschule aus kirchlicher in städtische Obhut zu bringen, so wurde die Kindererziehung Gegenstand öffentlicher Diskussion, in der die Friedrich-Fröbel-Kindergärten eine große Rolle spielten. W.E. hat jedoch alles getan, damit der Kampf um eine städtische, sozusagen laizistische Kleinkinderschule zu keinem Kesseltreiben gegen die katholischen Schwestern wird, für deren aufopferungsvolle Arbeit, hauptsächlich im Dienste der Krankenpflege, er stets höchsten Respekt hatte. Vgl. sein Schreiben an die Oberschwester vom 25. März 1901, Kopierbuch N^o 2, S. 123 ff., StAH.

45 Aus einer Rededisposition, StAH, Mappe 6.

46 Ebda.

Mit diesem polemisch akzentuierten Bekenntnis zu seinem kleinbürgerlichen Demokratentum von 1848, das wir genügend kennen, mußte er in einer zunehmend aus industriellen Proletariern zusammengesetzten Partei wie der Sozialdemokratie unrecht bekommen, selbst wenn er sich über Taktlosigkeiten, ja beleidigende Unterstellungen mit Recht beschwerte. Auch Auseinandersetzungen prinzipieller Natur werden nicht immer mit sachlicher Ausgewogenheit geführt.

Es war allerdings manches beachtenswert, was Engelberg aus echter demokratischer Sorge über den kostspieligen Militarismus und die Möglichkeiten seiner Bekämpfung sagte. So wenn er meinte: „Die sozialdemokratische Partei ist die einzige, welche den Kampf gegen die Milliardenausgaben und für eine vernünftige Wirtschaftspolitik im Deutschen Reich konsequent führt. Auf Grund dieser Tatsache müßte die Bewegung in kleinbürgerlichen und ländlichen Bezirken viel bessere Fortschritte machen.“⁴⁷ Aber Schreier und Heißsporne würden dies verderben. Offensichtlich ließen sich die „bürgerlichen Parteimitglieder“ nicht allein von ihrer sozialen Existenz und ihrer traditionellen Denkweise leiten, sondern auch von dem Bemühen um erfolgreiches Wirken im sozialen Milieu ihrer Heimat. Engelberg glaubte noch an eine „allmähliche Änderung in der Gedankenwelt der bäuerlichen Bevölkerung“. Das sei aber nicht durch „1 1/2 Zentner Flugblätter“ zu erreichen, auch wenn ihr Verteilen parteiorganisatorisch eine noch so große Leistung sei, sondern nur durch ständiges Aufsuchen der Bauernfamilien und mündliche Aussprachen. Aber gerade das bezweifelten viele – hierin herrschte tiefer Unglaube – eigentlich in der ganzen Sozialdemokratie. Immerhin schrieb ein solch optimistisches Naturell und sonst heimatverbundener Mann wie der Reichstags- und badische Landtagsabgeordnete Adolf Geck – übrigens vom Berliner Reichstag aus – an Wilhelm Engelberg: „Nur Proleten treten für uns ein, der Bauer wird trotz alledem vom Schwarzen eingeseift.“⁴⁸

Hatte der in Offenburg wohnende Adolf Geck, der dort eine Buchdruckerei leitete und das Wochenblatt „D'r alt Offeburger“ herausgab, immer wieder Verständnis für die alten Haslacher Sozialdemokraten, so stießen diese auf anderer Ebene auf harte Gegnerschaft. Da die Sozialdemokratie nach den amtlich abgegrenzten Wahlbezirken organisiert war, spielte in diesen ganzen Auseinandersetzungen die Parteiorganisation von *Lahr* (und nicht die von Offenburg, die dem 7. Wahlkreis zugeordnet war) als sogenannter Vorort eine große Rolle. In dieser vornehmlich protestantischen Stadt mit einer großen Garnison und einer relativ starken (vor allem tabak- und holzverarbeitenden) Industrie stand die Sozialdemokratie fast ausschließlich dem Nationalliberalismus, also dem badisch-

47 Ebd.

48 A. Geck („Berlin NW 7, den 11. XI. 1902. Reichstag.“) an W.E. in StAH, Mappe 6.

liberal gefärbten Militarismus, gegenüber; die katholische Zentrumspartei hatte dort geringen Einfluß. Diese vereinfachten, gleichsam ungebrochenen Gegensätze förderten das Einseitig-Schroffe im Vorgehen der Lahrer Sozialdemokraten, die wiederum die proletarische Opposition in der Haslacher Parteiorganisation unterstützten.⁴⁹

Eine vertrackte Lage war in der sozialdemokratischen Lokalorganisation eingetreten: Weder konnten die Handwerker und kleinen Geschäftsleute ihre Denk- und Verhaltensweise aufgeben und den Schritt vom Demokraten zum Sozialdemokraten vollständig gehen, noch waren die Arbeiter imstande, aus ihrer sektiererischen Abgeschlossenheit gegenüber anderen sozialen Schichten herauszukommen, zumal solche zentralen Fragen wie das Verhältnis von Tages- und Zukunftsinteressen der Arbeiterklasse im demokratischen und sozialistischen Kampf innerhalb der Deutschen Sozialdemokratie nicht voll geklärt waren. Unter den Industriearbeitern des Haiss'schen Werkes, die 1902/03 erst zwischen 20 und 25 Jahre alt waren und sich noch nicht selbst vertreten konnten, entwickelte sich der Hammerschmied Rudolf Müller erst später zu einem belesenen und schlagfertigen Debatter, während die proletarischen Wortführer von damals, mit dem Marxismus kaum bekannt, nur grobschlächtig argumentieren konnten und übrigens bald in der Versenkung verschwanden. Deshalb war der Streit in der Haslacher Lokalorganisation nur die verzerrte, kleinkarierte Form der großen Auseinandersetzungen zwischen den marxistischen und revisionistisch-tradeunionistischen Richtungen im nationalen und internationalen Maßstab der Arbeiterbewegung.

Die Gegensätze unter den beiden linken Fraktionen in Haslach waren so stark geworden, daß sie zur Trennung drängten, was ein späteres Bündnis – wie wir noch sehen werden – nicht ausschloß. Wilhelm Engelberg tat alles, um einen öffentlichen Eklat noch *vor* den Reichstagswahlen im Jahre 1903 zu vermeiden. In der Tat erreichte die Lokalorganisation in Haslach, daß sich dort im Vergleich zur Wahl von 1898 die für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen mehr als verdoppelten (von 70 auf 149), während die Stimmenzahl für das Zentrum von 255 auf 238 sank und die Liberalen nur 56 Stimmen (gegenüber früher 17) erreichten.⁵⁰

49 Vgl. eine andere Rededisposition von W.E.: „Es liegt mir fern, einzelne Personen verantwortlich zu machen. Es liegt im *Lahrer System*, das ich seit 1887 kenne und dies *System* sollte endlich einmal einer gründlichen Änderung unterzogen werden. Ich anerkenne die eifrige Tätigkeit der Lahrer Genossen, die auch unter schwierigen Verhältnissen ausharren; aber glauben Sie mir, wir Haslacher sind im Kinzigtal, wo die Pfaffenmacht wahre Orgien feiert, wahrlich auch nicht auf Rosen gebettet und daher sollte man uns auch noch etwas gelten lassen.“ In StAH, Mappe 6.

50 Vgl. Zeitungsausschnitte, StAH, Mappe 7.

Der Herausgeber der „Schwarzwälder Volksstimme“

Im Sommer 1904 übernahm Wilhelm Engelberg eine kleine Druckerei, in der ein bis dahin farbloses Blättchen, die „Schwarzwälder Volksstimme“, herauskam. Er fühlte sich in hohem Maße dazu gedrängt, weil die Zentrumsparterie drauf und dran war, Druckerei und Verlag zu kaufen; daher rechnete er von vornherein mit „klerikaler Gegnerschaft“.⁵¹ „Ich werde mit frischem Mut ans Werk gehen“, schrieb er an einen Freund, „und denken wie Ulrich v. Hutten: ‚Ich hab’s gewagt‘.“⁵² Aus dem Buchbindermeister Engelberg wurde so zudem ein Buchdruckereibesitzer; aus einem Korrespondenten wurde ein Redakteur. Er entfaltete eine geschäftliche, gesellschaftliche und politische Tätigkeit, die in ihrer Vielgestaltigkeit nur ein Meister der Zeiteinteilung und der Koordinierung von körperlicher und geistiger Arbeit bewältigen konnte. Neben der Buchbinderwerkstatt, dem Papier- und Buchladen und der Buchdruckerei darf das photographische Atelier nicht vergessen werden. Engelbergs photographische Tätigkeit vermehrte seinen Kontakt mit den verschiedenen Schichten des Volkes, gleichgültig, ob beispielsweise die Bauernpärchen zu ihm ins Atelier kamen oder ob er auf die Bauernhöfe ging, um dort ganze Hochzeitsgesellschaften auf die photographische Platte zu bringen.

Die Hauptsorgen verursachten Druckerei und Verlag. Im Jahre 1906 hatte er auch noch einen Streit mit dem Buchdruckerverband zu bestehen; dies war insofern symptomatisch für das Verhalten der Gewerkschaften in jener Zeit, als diese – sozusagen dem Gesetz des geringsten Widerstands folgend – Streiks vornehmlich in Handwerks-, Klein- und Mittelbetrieben organisierten und nicht in jenen Groß- und Mammutbetrieben, die den stärksten Einfluß auf die Außen- und Innenpolitik des preußisch-deutschen Reiches hatten.⁵³ Mit einer solchen fast überall in Deutschland angewandten Taktik wurden gerade viele Handwerker verprellt.

Wilhelm Engelberg war immer bestrebt, die geschäftliche Tätigkeit seinen politisch-gesellschaftlichen Vorstellungen unterzuordnen. Doch hatte er sich bei der Übernahme von Druckerei und Verlag vertraglich festlegen müssen, wenigstens für vier Jahre die „Schwarzwälder Volksstimme“ neutral zu halten. Nachdem er von dieser Verpflichtung frei geworden war und im Druck- und Verlagswesen genügend Erfahrungen gesammelt hatte, schrieb er im Sommer 1908 an Professor Hummel, eine führende Persönlichkeit der Fortschrittlichen Volkspartei in Baden: „Offen gestanden, ich habe es mit der bis jetzt immerhin geübten

51 Ausgesprochen in der sozialdemokratischen Parteiversammlung, in der er seine Pressepläne keineswegs verschwiegen hat. Vgl. Rededisposition, StAH, Mappe 6.

52 Brief an Ertinghausen in Hannover, 15. 6. 1904, Kopierbuch N^o 2, S. 416/417, StAH.

53 Vgl. Paul Merker, Sozialdemokratie und Gewerkschaften. 1890–1920. Berlin 1949, S. 92 und S. 97 ff.

Zurückhaltung satt und sehne mich danach, meine ganzen Kräfte in den Dienst der freien Sache stellen zu können, für die ich seit 25 Jahren gekämpft habe.“⁵⁴ Bemerkenswert ist hier der Hinweis auf die Kontinuität in seinem demokratischen Wirken seit einem Vierteljahrhundert. Was die seit einigen Jahren geübte Zurückhaltung betrifft, so war sie nicht derart, daß er keinen Angriffen ausgesetzt gewesen wäre. Vier Monate vor diesem Brief ließen Zentrumskreise ein von Vikar Leo Hofmann unterschriebenes Flugblatt gegen den „Freiheitshelden“ Engelberg verbreiten; es endete mit dem Reklame-Gebot: „In ein katholisches Haus gehört eine katholische Zeitung und damit Punktum!“⁵⁵

In einer solchen Lage nützte nur offensives Vorgehen – geschäftlich und politisch. So bereitete der Angegriffene den Bau eines neuen Wohn- und Geschäftshauses vor, das er von dem damals noch jungen Haslacher Architekten Franz Schmider entwerfen und 1912 bauen ließ. Dazu gehörte auch eine kunstgewerblich schön gestaltete Ladeneinrichtung, die in Fachzeitschriften für Innenarchitektur abgebildet und besprochen wurde. Solche Aufträge gehörten zum fortschrittlichen Heimatsinn und Kulturbewußtsein Wilhelm Engelbergs.

Sein neues Haus baute er mit Hilfe verwandtschaftlicher Darlehen, womit er dem finanziellen Druck der Zentrumspartei trotzte, deren Lokalgewaltige ihn mit Lockungen und Drohungen zu bewegen versuchten, die „Schwarzwälder Volksstimme“ im Sinne des katholischen Klerikalismus zu redigieren. Die Lockung war ein finanzielles Versprechen, die Drohung betraf eine katholische Konkurrenzzeitung, die in Aussicht gestellt wurde. Da auch Frau Engelberg, die resolute Tochter des Franz Aiple, alle politischen Ansinnen empört zurückgewiesen hatte,⁵⁶ wurde die Drohung wahr gemacht: Eine Genossenschaft gut katholischer Bürger innerhalb und außerhalb des Städtchens finanzierte eine zweite Druckerei und eine zweite Tageszeitung in Haslach, die „Kinzigtäler Nachrichten“. Der ideologische Furor, der hier am Werke war, nährte sich wohl auch vom Geiste der 1910 erlassenen Borromäus-Enzyklika („Editae saepe“), die mit ihren heftigen Angriffen auf die Reformatoren und die deutschen Protestanten sogar den Protest der preußischen Regierung hervorgerufen hatte.

Eine für das Kinzigtal beispiellose Stimmungsmache gegen die angeblich religionsfeindliche „Schwarzwälder Volksstimme“ wurde in Szene gesetzt. Als der Apotheker Merz im Bürgerausschuß bemerkte, es sei doch „Mumpitz“, in einer solch kleinen Stadt wie Haslach eine zweite

54 W.E. an Hummel, 26. Februar 1908, in Kopierbuch N^o 1, S. 178, StAH.

55 Als Flugblatt des Kinzigtäler und Elzboten, Oktober 1907. Vgl. W.E. in „Schwarzwälder Volksstimme“, 11. 10. 1907. Siehe auch Mappe 9, StAH.

56 Aus Familienerinnerungen, wiederholt aktiviert und auch mimisch eingeprägt.

Tageszeitung zu gründen, da wurde ein künstlicher Sturm der Entrüstung ob eines solch angeblich beleidigenden Ausdrucks entfacht.⁵⁷ Außerhalb des Städtchens ging es besonders hoch her; es versteht sich, daß von den Kanzeln herab Mahnungen zugunsten des endlich, endlich erscheinenden grundkatholischen Blattes, eben der „Kinzigtärer Nachrichten“, auf die Gläubigen herniedergingen.

Viele Bauern wurden in Gewissenskonflikte gestürzt: Sie konnten in der „Schwarzwälder Volksstimme“ beim besten Willen nichts Religionsfeindliches entdecken und den Wilhelm Engelberg, den Schwiegersohn vom Aiple-Franz, auch nicht als bösen Mann ansehen; aber es erschien für sie schwer, schier unmöglich, gegen den Willen der offiziellen Kirche das verpönte „Blättle“ weiter zu halten. Die Bauern konnten zwar den Lahrer „Hinkenden Boten“ vom protestantischen Schauenburg-Verlag, in dem seinerzeit Wilhelm Busch den antiklerikalen „Heiligen Antonius von Padua“ veröffentlicht hatte, verbotswidrig kaufen und zu Hause in der Tischschublade verschwinden lassen, aber die „Schwarzwälder Volksstimme“ konnten sie nicht heimlich bestellen. Abwechselnd Bestellungen und Abbestellungen, Wiederbestellungen und Wiederabbestellungen bildeten eine Zeitlang ein neckisches Spiel. So waren die Bauern hin- und hergerissen, umsomehr, als in der Öffentlichkeit nicht unbekannt blieb, daß Heinrich Hansjakob, der katholische Pfarrer und Volksschriftsteller, das klerikale Treiben mißbilligte, nicht zuletzt aus Opposition gegen das Bündnis der Zentrumsparterie mit ihrem früheren Gegner, der Nationalliberalen Parterie, die sich auf dem Boden des Militarismus und Antisozialismus immer wieder einigten.⁵⁸ Hansjakob hatte zwar keine kirchliche Amtsgewalt in und um Haslach, war beim erzbischöflichen Ordinariat in Freiburg sogar „persona non grata“ und gerade damals, 1912, vom Karlsruher Zentrumsorgan, dem „Badischen Beobachter“, Objekt mehrmaliger Angriffe⁵⁹ – aber seine moralische Autorität war nun einmal nicht umzustürzen. Zweifellos trug das dazu bei, daß auch in den Dörfern und Tälern ein Stamm treuer Abonnenten der „Schwarzwälder Volksstimme“ verblieb.

Das Renommé der Zeitung wurde auch gestärkt durch die erfolgreiche Tätigkeit Wilhelm Engelbergs als Kommunalpolitiker, der gerade in jener Zeit alles tat, um ein Wahlbündnis zwischen der „Fortschrittlichen Volksparterie“ (oder, wie es in Haslach hieß, dem Demokraten-Verein) und

57 Vgl. „Schwarzwälder Volksstimme“ am 6. 9., 13. 9., 15. 9., 20. 9., 29. 9. und 10. 10. 1913. „Kinzigtärer Nachrichten“ am 6. 9. 1913.

58 Vgl. Pfarrer Heinrich Hansjakob an Adolf Geck, 18. II. 1913: „Was sagen Sie von der bürgerlichen Presse, die einschließlich der Frankfurter Zeitung kein Wort der Opposition findet gegen die neuen Forderungen des Militarismus? Wenn ich Sozialdemokrat wäre, würde ich mich freuen, daß der Militarismus immer mehr Opfer verlangt, während der internationale Großkapitalismus die Völker auswürgt.“ (zitiert nach einer Abschrift von Julius Engelberg, Original im Generallandesarchiv in Karlsruhe). StAH, Mappe 5, vgl. auch GLA 69 N 1, Nr. 963, Blatt 11.

59 Vgl. Heinrich Hansjakob, Allerlei Leute und allerlei Gedanken. Tagebuchblätter. Stuttgart 1913. S. 100 ff.

der Sozialdemokratie zustande zu bringen. Diesem Bündnis war es zu verdanken, daß bei der Bürgermeisterwahl der ehemalige Sozialdemokrat Josef Fackler (der Schwarz-Beck) – Februar 1914 – über den Zentrums kandidaten siegte.⁶⁰ In jenen Monaten beklagte sich auch ein Bürgerausschuß-Mitglied, „daß der ehemalige Genosse Engelberg auf die Mitglieder des (sozialdemokratischen) Vereins noch großen Einfluß habe“.⁶¹

Möglichst viele geeignete Formen des gesellschaftlichen Lebens nutzte Wilhelm Engelberg aus, um politischen Einfluß auszuüben, beispielsweise zu Fastnacht bei der sogenannten „Völkerschau“ von 1912 und 1913, an der mehrere hundert Haslacher mitwirkten. Etwa fünfzehn „Völkerschaften“ in farbenprächtigen und exotischen Kostümen, Chinesen, Japaner, Türken, Beduinen, Spanier, Perser usw. traten auf; sie hielten sich an den ihnen zugewiesenen Plätzen des Städtchens auf. Die Verbindung zwischen ihnen stellte die Attrappe des Handelsschiffes „Kinziga“ her, das – gefolgt von den Zuschauern – von „Kontinent“ zu „Kontinent“, von „Volk“ zu „Volk“ fuhr, dort jeweils „anlegte“ und damit Anstoß gab zu allerlei folkloristischen Gaudis und Tänzen.^{61a} Als politischen Regieclou dachten sich Wilhelm Engelberg und seine Vertrauten aus, das „Handelsschiff“ zuletzt in „China“ anlaufen zu lassen. Dort trat Engelberg selbst schließlich als Chinese auf, hielt eine flammende Rede auf die kurz vorher vollzogene chinesische Revolution und endete mit dem Ruf: „Es lebe die Republik!“ Damit endete das Spiel, die Anspielung wurde wohl verstanden. Wer konnte hier auch opponieren? Selbst ein nur leiser Angriff auf die Narrenfreiheit wäre eine Sünde wider den Lokalgeist gewesen und mit Verachtung gestraft worden.

Von 1913 bis 1922 war Wilhelm Engelberg demokratischer Stadtrat. Über die Kommunalpolitik hinaus trat er in der „Schwarzwälder Volksstimme“ erneut gegen alle Erscheinungen des Militarismus auf. So unterstützte er auch die sozialdemokratischen Anklagen der Soldatenmißhandlungen; er nahm auch Partei für Rosa Luxemburg, als diese Anfang 1914 vor Gericht gestellt werden sollte, weil sie in einem Artikel von den Dramen sprach, die sich täglich in den deutschen Kasernen abspielten.⁶² Als in der berühmten Zabern-Affäre die preußisch-militaristische Arroganz einen Höhepunkt erreichte, nahm die „Schwarzwälder Volksstimme“ die Elsässer in Schutz und schrieb geradezu vom schwarzen Tag des Deutschen Reiches.⁶³ Wir wissen bereits: Engelberg war nicht gegen

60 Vgl. „Schwarzwälder Volksstimme“ am 7. 2. 1914.

61 Ebda.

61a Vgl. „Schwarzwälder Volksstimme“ am 7. 2. 1913.

62 Ebda. W.E. wußte auch, daß Rosa Luxemburg große Sympathien für Adolf Geck und seine Familie hatte und deren Haus in Offenburg aufsuchte. Vgl. Anmerkung Nr. 68.

63 Vgl. „Schwarzwälder Volksstimme“ am 1. 12., 3. 12., 5. 12., 6. 12. 1913.

die Vaterlandsverteidigung, aber sein Ideal blieb das Schweizerische Milizsystem, das er als eine besonders entwickelte Form des Staatsbürgertums in Uniform ansah.

Was das deutsche Bündnissystem betraf, so verfolgte Wilhelm Engelberg verständlicherweise das französisch-russische Bündnis und die französisch-englische Entente mit höchstem Mißtrauen und Mißbehagen; doch fürchtete er vor allem, daß Preußen-Deutschland ins Schlepptau der habsburgischen Donaumonarchie geraten werde, deren Kaiser und König auch noch den Titel der „Apostolischen Majestät“ trug. So hieß es am 27. September 1913 in der „Schwarzwälder Volksstimme“: „Das deutsche Schwert soll beständig an den Schild schlagen, damit bei dem rasselnden Geräusch sich alle Gegner österreichischer Ansprüche in ein Mauselloch verkriechen. Eine solche Politik aber hält der stärkste Mann auf die Dauer nicht aus.“ Das ewige „Aufdentschschlagen“ sei ohnehin unnütz strapaziert worden. Deutschland könne nicht auch noch Österreich zuliebe den wilden Mann spielen.

In der Kriegs- und Revolutionszeit

Als dann nach der Ermordung des österreichischen Thronfolgers die Großmächte auf den ersten Weltkrieg zusteuerten, schrieb Wilhelm Engelberg persönlich einen kurzen, beschwörenden Leitartikel unter der Überschrift „Krieg zwischen Österreich und Serbien“. Er hob zwar die große Verantwortung Rußlands mit seiner panslawischen Politik, aber auch die der anderen Großmächte hervor, ließ jedoch den Satz, „daß aus der Strafexpedition gegen Serbien leicht ein europäischer Krieg“ mit all seinen schrecklichen Folgen entstehen könnte, in Fettdruck setzen.⁶⁴ Der Demokrat Engelberg zeigte gerade in jenen unheilswangeren Tagen und Wochen, daß man aus Verantwortung vor dem Volk auch einmal gegen den Strom schwimmen muß. So schrieb er unerschrocken: „Wenn die ‚Volks‘stimmung zur Beurteilung der Lage maßgebend wäre, dann freilich könnte man annehmen, daß schon morgen die ersten Schüsse krachen. In vielen Haupt- und Großstädten unseres Reiches herrscht beispiellose Begeisterung für den Krieg.... Im momentanen Taumel denkt das ‚Volk‘ nicht an die Wahrheit des Schillerschen Wortes: ‚Ein furchtbar wütend Schrecknis ist der Krieg!‘“

In den Tagen der allgemeinen Mobilmachung und danach konzentrierte sich Wilhelm Engelberg – ob er in der Zeitung schrieb oder wirklich unters Volk ging – auf den Kampf gegen die Spionenhysterie, die fast Formen der Lynchjustiz hätte annehmen können, aber auch gegen die Spekulationskäufe der Großhändler auf den Wochenmärkten. Bald

⁶⁴ „Schwarzwälder Volksstimme“ am 27. 7. 1914.

danach ging es darum, die ersten Verwundeten zu empfangen und Notlazarette einzurichten. Und auf den Spaziergängen mit seiner Frau in der dörflichen Umgebung begegnete Engelberg schon Ende August besorgten Menschen. Darüber konnte er nicht in seiner Zeitung berichten, aber er vertraute diese Erlebnisse seinen Tagebuchnotizen unter dem 21. August 1914 an:⁶⁵ „In Schnellingen trafen wir den Landwirt Krämer im Gespräch mit einer Frau Allgeier, welche letztere ihren Mann ins Feld ziehen lassen mußte. Ersterer hat einen Sohn dabei. Ich tröstete die beiden, welche weinten, so gut ich konnte und sagte ihnen, wenn der Krieg zu Ende sei, müßte der Krieg dem Kriege geschworen werden, denn der Krieg sei noch eine Einrichtung, die nicht mehr für gesittete Völker des 20. Jahrhunderts passe.“

Aber der Völkerverhetzer gab es, gerade in den ersten Wochen und Monaten des Krieges, noch genug. Nachdem die „Schwarzwälder Volksstimme“ gegen diejenigen opponiert hatte, die einen Rachefeldzug gegen das ganze serbische Volk wie gegen ein Volk von Fürstenmördern forderten und dabei auch noch Gottes Hilfe anriefen, da ließ das Zentrumsorgan „Die Kinzigtäler Nachrichten“ einen aggressiven Artikel unter der Überschrift „Das Haslacher Serbenblatt“ los.⁶⁶ Damit war das Stichwort für eine üble Stimmungsmache gegeben. In die Redaktionsstube der „Schwarzwälder Volksstimme“ brachte der Postbote eine erkleckliche Zahl von anonymen Droh- und Schmähbrieffen. Aber der neue Feldzug der Rufmörder fand noch ein rascheres und kläglicheres Ende als jener erste zur Zeit der Konkurrenzgründung vor dem Kriege. Kummer, Not und Zweifel nahmen allenthalben bei den Menschen so überhand, daß pseudonationales Gekeife wirkungslos verhallte. Selbst der Zentrumsführer Fidel Falk lenkte in persönlichen Gesprächen, wie Engelberg notierte, wohl doch etwas beschämt ein.

Die Tagebuchnotizen,⁶⁷ die der Redakteur und das Gemeinderatsmitglied Engelberg aus seinem jeweiligen Erfahrungsbereich niederschrieb, geben in ihrer Gesamtheit gerade wegen der Nüchternheit der Angaben ein unheilvoll wirkendes, bedrückend anschauliches Bild von der immer prekärer werdenden Lebensmittelknappheit, der Teuerung, Hamsterei und Spekulation in einem Städtchen, das sogar eine ländliche Umgebung hat. Man spürt förmlich die Verwunderung des Schreibers, als er eines Morgens in aller Frühe zum ersten Male eine Schlange von Hausfrauen vor dem Lebensmittelgeschäft seiner unmittelbaren Nachbarschaft, dem „Katze-Krämer“, bemerkt. Das war ein Erlebnis, das er bis dahin noch nicht einmal in seiner Einbildungskraft hatte. Derartige Bilder hatte er nur in alten Illustrierten über die Hungermonate während der Pariser

65 StAH, Mappe 2.

66 „Kinzigtäler Nachrichten“ am 30. 7. 1914.

67 StAH, Mappe 1 und 2.

Belagerung von 1870/71 gefunden. So gab er eines Tages seinem Bericht über die katastrophale Milchversorgung, die „eine kleine Revolution, besonders unter den Hausmüttern“ hervorrief, den Titel: „Der Krieg hinter der Front“. Das war alles so fein säuberlich geschrieben, daß es nur in die Setzerei zu gehen brauchte, aber die Kriegszensur erlaubte dies ja doch nicht!

Wie sich die materielle Not verschlimmerte, so nahm auch die seelische der Menschen zu: Gefallenennachrichten; Transporte an die Front; Schwerverwundete; Erzählungen von Fronturlaubern; Ängste vor möglichen Bombardements, vielleicht auf das Haslacher Stahlwerk Haiss; ein Jagdfliegerkampf fast über dem Städtchen und der Absturz eines brennenden Flugzeugs; dumpfes Kanonengrollen, das während der Kämpfe am Hartmannsweilerkopf auf den Berghöhen bei Haslach beklemmend deutlich zu hören war und vom Sterben der Menschen und Verwüsten der Natur kündete. So war die Wahrheit der Schillerschen Worte, an die Engelberg mitten im Taumel der ersten Augusttage erinnerte, mit allen Sinnen wahrzunehmen: „Ein furchtbar wütend Schrecknis ist der Krieg.“

Als dann der Sohn Julius als Gebirgsjäger an die Front beordert wurde, war Vater Engelberg wie Millionen Väter, Mütter, Frauen, Bräute, Brüder und Schwestern von der bangen Frage geängstigt: „Wird er Glück haben und gesund zurückkehren? Ist ihm Verwundung oder gar Tod beschieden?“ Doch über die persönlichen Sorgen hinaus war Engelberg erfüllt von allgemeinem, grundsätzlichem Ingrimm gegen den Krieg überhaupt. Am 11. Juli 1916 schrieb er in seine Tagebuchblätter: „So hat man nun einen weiteren Kummer, der einen bedrückt. Im Zeitalter der ‚Bildung und Humanität‘ zieht man seine Söhne auf, läßt sie zu rechten Menschen erziehen, und wenn sie 20 Jahre oder nicht einmal so alt sind, kommt der ‚Vater Staat‘ und stellt sie in Reih und Glied als Kanonenfutter, weil das Volk noch nicht die Macht hat, zu verlangen, daß man seine berufenen Vertreter in den Parlamenten befragt bei Staatskonflikten, ob es die Streitfrage kriegerisch oder friedlich-schiedlich gelöst haben will.“ Der Tagebuchschreiber ist empört, daß sich menschlicher Erfindungsgeist auf „Mördmaschinen“ und „Vernichtungsmittel“ konzentriert, daß „die gerechten und braven und unschuldigen Menschen (999 von 1000) büßen müssen und die Anstifter es sich wohl sein lassen“.

Sicherlich: Wilhelm Engelberg hat die sozial-ökonomische Dynamik des Kriegsentstehens und -geschehens nicht erfaßt; unverkennbar sind jedoch der urdemokratische Haß und der sozialetische Antrieb, die in diesen Worten der Selbstverständigung zum Ausdruck kommen. Was er niederschrieb, das konnte er zwar nicht in seiner Zeitung abdrucken,

aber das vertrat er mit Mannesmut in unzähligen Gesprächen, die er bei jeder Gelegenheit führte. Alles, was ihn schon in jungen Jahren bewegte, nahm jetzt ernstere Gestalt und größere Dimensionen an.

Als dann die Februarrevolution 1917 in Rußland ausbrach, da verspürte Wilhelm Engelberg ein erstes Aufatmen. Im Mai schrieb er: „Interessant ist aber das Verhältnis an der Ostfront, wie es die Soldaten in Briefen und die Urlauber mündlich zu schildern wissen. Wenn dieses ‚kameradschaftliche Verhältnis‘ allmählich zum Waffenstillstand führt, wie dies der russische Arbeiterrat fordert, dann wäre *der erste Schritt zum Frieden* vollzogen.“ Er war begierig auf alles, was er aus den Feldpostbriefen über Verbrüderungen und Tauschgeschäfte erfuhr, und machte sich entsprechende Notizen.

Fast ausschließlich unter dem Friedensaspekt sah und begrüßte Wilhelm Engelberg die Oktoberrevolution. Nach der Lektüre eines Leitartikels der Freiburger sozialdemokratischen Zeitung „Die Volkswacht“ schrieb er am Weihnachtstag 1917 über die „Nimmersatten des Großkapitals“, über die Reichen, „von denen bekanntlich schon der große Nazarener sagte, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr als ein Reicher in den Himmel gehe“. Es sei offensichtlich, daß die als Religionsfeinde geschmähten Sozialisten und Bolschewiki mehr Religion bewiesen haben als die Frommen Englands usw. Erfreulich sei, daß den russischen Revolutionären und Gegnern der Monarchie gelungen ist, was selbst dem Papst, dem sog. Statthalter Christi auf Erden, nicht gelang – den Frieden herbeizuführen. „Merkwürdig, daß der liebe Gott nicht den ‚Statthalter‘ in Rom als Friedensbringer beauftragte, sondern die ‚ungläubigen‘ Sozialisten Rußlands!“

Diese Weihnachtsbetrachtungen im Kriegs- und Revolutionsjahr 1917 waren bei Wilhelm Engelberg keine einmaligen Stimmungen, sondern gehörten zu den Leitmotiven seines Denkens; ihn bekümmerte, ja quälte die Diskrepanz zwischen dem offiziellen Bekenntnis zum Christentum und der Grausamkeit der Kriegspolitik, zwischen der Ethik der Religion und der Institution der Kirche. Das alles hat er im Großen und Kleinen erlebt und durchlitten: die Dämonie der Macht!

Das Jahr 1918 stand für ihn im Zeichen einmal des persönlichen Kammers über die schwere Verwundung und Beinamputation des Sohnes Julius, zum andern empfand er den allgemeinen „Vertrauenszusammenbruch“, wie er es bezeichnete. Er selbst allerdings hatte in die Hohenzollernmonarchie nie Vertrauen gesetzt, am allerwenigsten in Kaiser Wilhelm II., von dem er ein ganzes Repertoire von Beispielen diplomatischer Dummheiten und großsprecherischer Redeb Blüten zu nennen wußte. Als ihm auch noch ein Oberamtmann offiziell bedeutete, man wünsche zu Kaisers Geburtstag einen ausführlichen und warmen Artikel, da notierte

er am 25. Januar 1918: „Also bestellte Arbeit. Einem Zeitungsleiter glaubt man doch alles zumuten zu können als Handlanger der öffentlichen Stimmungsmacherei.“ Der geforderte Artikel kam nicht. Stattdessen war das Mißtrauen des Redakteurs der „Volksstimme“ gegenüber offiziellen Verlautbarungen hellwach. So sagte er beispielsweise einmal vor einer Abreise zu einer Pressekonferenz des Karlsruher Generalkommandos im engsten Familienkreis: „Was meint ihr, wie wir heute wieder angelogen werden!“ Er freute sich auf die Reise eigentlich nur, weil er dort Adolf Geck traf, der durch seinen Sohn Brandel⁶⁸ über die tatsächliche Lage an der Front einigermaßen unterrichtet war. Erst im November konnte er auch in der Zeitung offen über den Mißbrauch des Vertrauens sprechen: „Noch im September letzthin hatte man ja . . . in verschiedenen Vorträgen in Karlsruhe Dinge geschildert, deren Haltlosigkeit für jeden vernünftig denkenden Menschen glatt auf der Hand lag. Eine *Aussprache* und Klärung war in diesem und anderen Fällen *nicht möglich*, die leitenden Kreise verschanzten sich hinter die militärische Geheimniskrämerei.“⁶⁹

Jetzt, im November 1918, fand zunächst, wie Engelberg schrieb, das „Scherbengericht“ statt: Der Kaiser mußte – endlich – abdanken, die Revolution brach in München, Berlin und anderen deutschen Hauptstädten aus, überall bildeten sich „nach russischem Muster“ Arbeiter- und Soldatenräte; ein allgemein als schmachvoll empfundener Waffenstillstand wurde von der obersten Heeresleitung der Alliierten diktiert. Manches bittere Wort über die „Grande Nation“ und das „stolze Britannia“ finden wir in den Aufzeichnungen von Engelberg. Tief betroffen war er, daß sich die Verheißungen des USA-Präsidenten Woodrow Wilson über einen demokratischen Frieden vom Beginn des Jahres 1918 nicht bewahrheiten sollten. Doch finden sich in den Notizen auch wieder trostreiche Erwartungen: „Freude herrscht aber doch trotz alledem darüber, daß der ganz Europa bedrückende Militarismus *für uns Deutsche* zerschmettert liegt und das Volk noch aufrecht steht, wenn es auch 4 Jahre lang gestritten und gelitten hat. Wir sind daran, ein *freies Volk* zu werden und jene Geldkaste, welche den Krieg verschuldet, die Kosten zahlen zu lassen.“ Und in einem kurzen Leitartikel⁷⁰ drückte

68 Brandel Geck fiel am 25. Oktober 1918, also kurz vor Abschluß des Waffenstillstands. Rosa Luxemburg, die den jungen Brandel auch literarisch beraten hatte, schrieb am 18. 11. 18 an die Gecks, „die teuren, geliebten, herzinnigen Freunde“, einen ergreifenden Kondolenzbrief, der auch manches von allgemein historischem Interesse enthält und selbst wieder von ahnungsvoller Tragik durchdrungen ist: „Ihr Lieben, laßt Euch nicht durch Schmerz überwältigen, laßt die Sonne, die in Eurem Hause immer strahlt, nicht hinter diesem Entsetzlichen verschwinden. Wir alle stehen unter dem blinden Schicksal, mich tröstet nur der grimmige Gedanke, daß ich doch auch vielleicht bald ins Jenseits befördert werde – vielleicht durch eine Kugel der Gegenrevolution, die von allen Seiten lauert. . . . Tausend Grüße
Eure Rosa L.

Mein herzlichstes Beileid und viele beste Grüße Ihr K. Liebknecht.“ Beide, Briefschreiber und Grußschreiber, wurden zwei Monate danach von der Konterrevolution niedergestreckt. (Die Originalbriefe von Rosa Luxemburg an Familie Geck liegen im Generallandesarchiv in Karlsruhe; veröffentlicht wurden sie in: Rosa Luxemburg, Briefe an Freunde. Hrsg. von Benedikt Kautsky, Zürich 1950; vgl. S. 171 ff., insbesondere S. 173.)

69 „Schwarzwälder Volksstimme“ am 25. 11. 1918.

70 „Schwarzwälder Volksstimme“ am 11. 11. 1918.

Wilhelm Engelberg diese freudige Zuversicht noch konzentrierter aus: „Deutschland ist in *Revolution*, das deutsche Volk steht vor den Scherben nicht nur seiner Verfassung, sondern seiner ganzen historischen und politischen Vergangenheit und vor der Gewähr seiner Zukunft.“ Und was die Stimmung im lokalen Bereich betraf, so notierte er: „die Rückwärtser sind etwas eingeschüchtert und alle, welche einst so sehr für den Krieg schwärmten, sind etwas kleinlaut geworden. . . . Das eifrige Gebetsgeklapper der Frommen hat auch nachgelassen.“ Wilhelm Engelberg trumpfte dann auf und hißte aus dem schön geschwungenen Erkerzimmer seines Bürgerhauses – eine hübsche Straßenecke hin sichtbar – die rote Fahne. Das war eine Demonstration, die umso größere Wirkung erzielte, als die „Kinzigtaler Nachrichten“ einen bissigen Kommentar brachten.

Am 13. November versammelten sich die Haslacher Arbeiter, vornehmlich die des Eisen- und Stahlwerks Haiss, das während des Krieges zum Rüstungsbetrieb ausgebaut worden war und eine Belegschaft von 350 Mann erreichte hatte. Die von der Arbeiterversammlung gewählte Kommission setzte anderntags einen Arbeiterrat ein;⁷¹ sein Vorsitzender war vorübergehend der Bäckermeister Joseph Falk, der sich als USPD-Mann radikaler gebärdete als er tatsächlich war. Dieser Arbeiterrat kümmerte sich nicht um die große Streitfrage jener Zeit, ob nämlich die Konstituierung der neuen politischen Macht einem Reichsrätekongreß überantwortet werden sollte oder einer Nationalversammlung, die, schließlich gewählt, in Weimar zusammentrat und somit der kommenden Republik den Namen gab. Der Haslacher Arbeiterrat konzentrierte sich auf die Kommunalpolitik, indem er zwei Vertreter vom Stadtrat kooptieren ließ und bei der Versorgung und Preiskontrolle nützliche Arbeit leistete. Bald tauchte aber ein gewisser Rößler auf und veranlaßte die Bildung eines Soldatenrates in Haslach, wo es nur ein Lazarett und keine Garnison gab. Durch dummdreistes Auftreten provozierte dieser Rößler eine Reaktion im doppelten Sinne des Wortes. Bürgermeister Joseph Fackler, Anfang 1914 – wie wir wissen – als Kandidat einer Linkskoalition gewählt, ließ sich überrumpeln und stimmte der Einberufung einer Versammlung zu, in der eine „Bürgerwehr“ gegründet werden sollte. Wilhelm Engelberg, damals stellvertretender Bürgermeister und Stadtrat, intervenierte sofort, und so erschien in der Haslacher Presse am 20. 11. folgende Notiz: „Der hiesige Soldaten- und Arbeiterrat hat bereits einen Sicherheitsdienst für die hiesige Stadt aus Soldaten organisiert, so daß die Bildung einer Bürgerwehr hinfällig wurde. Die für heute abend durch das Bürgermeisteramt in den Bürgersaal einberufene Versammlung zwecks Gründung einer Bürgerwehr findet nicht statt.“ Die einige

71 Erwin Dittler, Die Arbeiter- und Soldatenräte in Haslach nach der Novemberrevolution 1918, in: „Haslach im Kinzigtal – Aus Geschichte und Brauchtum“, Haslach 1978, S. 101 ff.

Tage später gebildete Bürgerwehr wurde durch Eintritt von Mitgliedern des Arbeiterrates in eine Volkswehr umgewandelt, die im badischen Landesmaßstab vom USPD-Mann und späteren Kommunisten Hermann Remmele geleitet wurde.

Rößler trat von der Szene seines fünftägigen Wirkens ganz geräuschlos ab, so geräuschvoll er auch auf ihr erschienen war. Zu dem Fall nahm die „Schwarzwälder Volksstimme“ am 23. November Stellung und meinte dazu prinzipiell, daß die freiheitlichen Errungenschaften jetzt von rechts und links bedroht würden. Die Angriffe von rechts her, also von bürgerlich-konservativer Seite, seien zwar im Großen zum Scheitern gebracht worden, trotzdem gelte es auf der Hut zu sein, damit die Einigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats durch Maulwurfsarbeit nicht unterminiert werde: „Auch in Haslach zeigt ein Vorfall, wie die freiheitlich gesinnten Organe auf der Hut sein müssen, die eigenen Reihen von reaktionären Elementen frei zu halten.“ Diese Stellungnahme zeigt, wie Wilhelm Engelberg sein 48er-Demokratentum in der Novemberrevolution von 1918 konkretisierte.

Bis in den Winter hinein zogen durch Haslach immer wieder lange Kolonnen von Truppenformationen mit ihren Fuhrparkkolonnen der verschiedensten Art. Die bayerischen Truppen hatten ihre blau-weißen und roten Fahnen; als besonders frohgemut erschienen die Soldaten einer ungarischen Honveddivision. Einige Truppenteile machten in dem Städtchen Rast und wurden einquartiert. Am 25. November bekam Engelberg „wieder 10 Mann Einquartierung“, nur zwei konnte er in Betten unterbringen, die anderen mußten auf Stroh im Atelier kampieren. „die Leute sind genügsam, wenn nur warm ist, das wurde besorgt. Sie bekamen Kaffee mit Brot und Aufstrich.“ Sonst erfolgte die Verpflegung durch die Gulaschkanone. „Obwohl es fast durchweg ältere Leute sind, bemerkt man keine Niedergedrücktheit an ihnen.“⁷²

Wiederum erwies sich das Kinzigtal als ein zentral gelegenes militärisches Durchzugsgebiet, was es seit den Römerzeiten gewesen war. Glücklicherweise gab es nirgends Plünderung und Spannung. Wilhelm Engelberg notierte: „Die Truppen selbst und die Kleidung lassen den 4jährigen Krieg nicht erkennen; keine Undisziplin, keine Abgerissenheit. Das Benehmen der Truppen, die in meinen Laden kommen, ist frei und anständig. *Es ist keine geschlagene Armee*, das Empfinden hat ein Jeder. Sie mußten der Übermacht weichen; eine Führerschaft hatte auf den Gewaltfrieden gepocht, anstatt beizeiten einen Vernunftfrieden anzubahnen. Nun ist die Führerschaft vom Kaiser bis zum kleinsten Fürsten vom Volkssturm in den Strudel gekommen und ihre Stützen wurden mitgerissen.“

⁷² Tagebuchnotizen. StAH, Mappe 2.

Zur Beendigung des Krieges und zum Übergang in den Frieden gehörte auch der Rücktransport der Gefangenen. Unter dem 11. Dezember 1918 heißt es in den Tagebuchblättern: „Der russische Gefangene Meier Turbowski, welcher nunmehr etwa 2 Jahre als Buchdrucker (in der „Schwarzwälder Volksstimme“) beschäftigt war, ist heute früh 9 Uhr mit noch etwa 70 russischen und 4 englischen Gefangenen aus unserer Gegend abgereist. . . . Kurz vor seinem Scheiden aus meinem Hause hat er noch durch eine Ansprache, worin der Dank für die gute und freundliche Behandlung zum Ausdruck kam, feierlichen Abschied genommen.“ Es war in der Tat ein sehr bewegender Abschied von diesem kleinen, quicken, von epileptischen Anfällen immer wieder heimgesuchten Manne aus Kiew. Vater Engelberg begleitete ihn an den Bahnhof, wo sich viele Haslacher einfanden und die Russen noch einmal ihre Nationaltänze vorführten. Freundlich, ja auch herzlich, war das Abschiednehmen. „Das Menschentum trug wieder einmal den Sieg über die Barbarei davon“, notierte der Tagebuchschreiber. Aus Kiew kamen noch einige Jahre Briefe, in denen von der ungeheuren Schwere des Lebens, aber auch den Zukunftshoffnungen berichtet wurde. Zunehmende Krankheitsanfälle, manch andere Härten und Sprachschwierigkeiten, die Turbowski das Schreiben zunehmend zur „Schwerarbeit“ machten, ließen den Briefwechsel Ende 1923 einschlafen.⁷³ Die Not der Zeit knüpfte Freundschaften, aber sie löste sie auch wieder.

Nachdem die Demobilisierung zumindest der großen Masse des Heeres Ende 1918 abgelaufen war, begann die Offensive der Konterrevolution. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, sie in ihren verschiedenen Formen und ihrem Verlauf zu beschreiben. Wie die Revolution in dem Städtchen Haslach geruhsam verlief, so auch die Konterrevolution – aber sie enthüllte eine Tücke, die wert ist, festgehalten zu werden. Die „Rückwärtser“, die „Frommen“, die „Schwarzen“ – um mit Wilhelm Engelberg zu sprechen – brachen die demokratische Mehrheit im Orte ausgerechnet mit Hilfe einer demokratischen Errungenschaft, nämlich des Frauenwahlrechts. Dieses konnte durch eine traditionell bewährte, dieses Mal insbesondere gegen die Sozialdemokratie gerichtete Demagogie des katholischen Zentrums ausgenutzt werden. Die Sozialdemokratie werde, so erklärten die „Kinzigtärer Nachrichten“, den Bauernstand vernichten, den Badenern ihre staatliche Selbständigkeit nehmen, keinen Frieden bringen, den wirtschaftlichen Zusammenbruch herbeiführen und natürlich – nach ihrem Programm, das Trennung von Kirche und Staat fordere – die Religion bekriegen.

Wilhelm Engelberg und seine Freunde wußten, was auf sie zukam. Damit die Ursachen mancher Stimmzahlen und -verhältnisse wenigstens klar zum Ausdruck kommen konnten, drückten sie durch, daß bei der Wahl

⁷³ Die Briefe von Meier Turbowski, von denen auch einer an mich gerichtet ist, befinden sich in meinem Besitz, E.E.

auf dem Rathaus – so viel Macht hatten sie dort noch – Frauen und Männer getrennt in verschiedenen Zimmern ihre Wahlstimmen abgaben. Die Ergebnisse der Wahlen am 19. Januar 1919 zur Nationalversammlung waren in Haslach entsprechend instruktiv. Es ergaben sich folgende Stimmenverhältnisse (getrennt nach Männer- und Frauenstimmen, wobei letztere in Klammer gesetzt sind): das Zentrum 286 (559), die Sozialdemokratie 239 (141), die Demokratische Partei 138 (92), die Deutsch-Nationale Partei 13 (22). Es wurde ganz deutlich, daß für die konservativen Parteien (Zentrum und Deutsch-Nationale Partei) mehr Frauen- als Männerstimmen abgegeben worden waren. Wenn wir jetzt noch die Zahl der Männerstimmen mit den Ergebnissen der Reichstagswahl von 1912 vergleichen, wo es noch kein Frauenstimmrecht gab, dann zeigt sich, daß an Männerstimmen das Zentrum nur um 17, die Sozialdemokratie um 81 Stimmen zugenommen hatte.

Eine bittere historische Erfahrung: durch das Frauenstimmrecht war jetzt auch im kommunalen Bereich Haslachs die Mehrheit des Demokratischen Vereins (der durch Engelbergs Wirken am weitesten links im Vergleich zu anderen Ortsvereinen im Kinzigtal stand) und der Sozialdemokratie für immer gebrochen – zugunsten des Zentrums. Dem schwoll jetzt erst recht der Kamm; es ging zum letzten Angriff auf die „Schwarzwälder Volksstimme“ über. Obwohl für Wilhelm Engelberg, wie er im Sommer 1919 notierte, die achtstündige Arbeitszeit nicht bestand, manchmal für ihn „sogar die 2 × 8stündige Arbeitszeit *am Tag* notwendig“ war und deshalb auch seine Tagebuchnotizen immer seltener wurden, reichten seine Kräfte nicht mehr aus, um dem politischen Druck insbesondere finanziell zu widerstehen. Ende 1920, sozusagen zu Beginn der großen Inflation, mußte er seine „Schwarzwälder Volksstimme“ aufgeben; die 1925 bis 1927 in Offenburg gedruckte Ausgabe war nicht mehr in alter Weise von ihm geprägt.

Wenn Wilhelm Engelberg zu Beginn der Novemberrevolution geglaubt hatte, daß der Kampf um sein „48er Demokratentum“ von nun an erleichtert wäre, so irrte er sich darin gründlich. Seine Gegner im Lager des politischen Katholizismus bekamen, wie wir sahen, gerade im Gefolge der Revolution Auftrieb. Die zunehmende Polarisierung der Kräfte machte ihm auch innerlich Schwierigkeiten. Das geht indirekt aus einer Notiz vom Herbst 1919 hervor: „Einerseits kann man jetzt die Beobachtung machen, daß der Radikalismus im Lande auf die Gelegenheit paßt, um eine zweite, durchgreifendere Revolution zu entfalten. Andere, besonders die Kriegs- und anderen Gewinnler sehnen die Monarchie herbei in der Hoffnung, ihre Reichtümer besser geschützt zu sehen.“ Mit anderen Worten, Engelberg spürte das Herannahen dessen, was sich dann im Frühjahr 1920 als Kapp-Putsch offenbarte.

Aber wie sollte sich der „48er Demokrat“ in dieser Lage *parteimäßig* orientieren? Die Arbeiterbewegung war jetzt schon in drei Parteien gespalten, was ihm die größten Kümernisse bereitete. Die Demokratische Partei war – das erkannte er bald – nur die umbenannte und leicht reformierte Nationalliberale Partei. Die Reformierung zielte darauf ab, der neuen, im Grunde großbürgerlichen Partei stärker als früher kleinbürgerliche Kräfte als Hilfstruppen zuzuführen. Sicherlich war Wilhelm Engelberg durch einen solchen Mann wie Walter Rathenau beeindruckt; aber seine Schriften sagten ihm wenig, sie waren ihm zu verstiegen. Und wenn der spätere Reichsfinanzminister Dietrich gelegentlich in Haslach anklopfte, um den Zeitungsredakteur und Kommunalpolitiker als Helfer für die Demokratische Partei anzuspornen, dann wurde ein solcher Besuch fast als physische Qual empfunden. Für diese „Brüder“ wollte er sich nicht zu Tode schinden und die „Schwarzwälder Volksstimme“ bis zum finanziellen Bankrott weiterführen. So strich er ehrenvoll die journalistischen Segel.

Kulturell tätig

Jetzt konzentrierte er sich stärker auf seine kulturelle Aktivität, die von Heimat- und Gemeinsinn getragen war. Engelberg war Flötist im kleinen Orchester des Städtchens, Regisseur von Fastnachtsspielen, Bühnenbearbeiter von zwei Hansjakob-Erzählungen, vor allem aber maßgeblicher Mitbegründer und langjähriger Leiter des Haslacher Heimatmuseums.

Erfahren im Laienspiel, machte er sich daran, Hansjakob-Erzählungen für die Bühne zu bearbeiten. „Der Vogt auf Mühlstein“ behandelte, wie er in seiner Einführung schrieb, „das einst so drückende Kapitel der ländlichen Vermögensunterschiede im Schwarzwald, welche als ungeschriebene Gesetze, besonders bei Heiraten, manchmal zu verhängnisvollem Ausgang führten.“ Mitgearbeitet an dieser Bühnenbearbeitung hat auch Adolf Geck in Offenburg und zwar durch Beiträge aus seiner Dichtung „Ein Tag im Schwarzwald“. Die zweite Bühnenbearbeitung „Der Leutnant von Hasle“ behandelt einen Stoff aus dem Dreißigjährigen Krieg. „Rohe Soldatengewaltherrschaft und sittliche Höhe einzelner Volksteile bilden die Kontraste in diesem Stück“, das aus Anlaß der Gedenkveranstaltungen zu Ehren von Grimmelshausen im Jahre 1926 zweimal im Stadttheater zu Offenburg aufgeführt wurde. Wilhelm Engelberg bildete sich nicht ein, hohe Literatur geschaffen zu haben, aber er glaubte mit Recht, dem Spielbedürfnis von Laien dienen zu können und zugleich im Sinne sozialer Gerechtigkeit und der Überwindung kriegerischer Gewalt zu wirken.

Im Historischen Verein für Mittelbaden, der die Zeitschrift „Die Ortenau“ herausgab, war Wilhelm Engelberg natürlich auch Mitglied. Von Interesse für ihn waren alle Aufsätze über Bau-, Kunst- und Handwerksgeschichte, die ihn bei der Gründung und dem Aufbau eines Heimatmuseums anregten; ihn beeindruckten auch die zumeist feindlichen, aber auch freundlichen Beziehungen zu Frankreich, Berichte über die Zerstörung schöner Burgen und Schlösser durch Truppen Ludwigs XIV., über die verheerenden Durchzüge von fremden und deutschen Truppen durch das Kinzigtal während der Kriege Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts. Was darüber geschrieben wurde, bewegte ihn nicht allein zu Vergleichen mit aktuellen Erlebnissen – seien es die Truppendurchzüge im November und Dezember 1918 oder die französische Besetzung Offenburgs im Jahre 1923 – es belebte auch seine Familienerinnerung an den Urgroßvater Johann Baptist, der als Landschaftsphysikus in Haslach Anfang des 19. Jahrhunderts in den Kriegswirren und der allgemeinen Not selbst verarmte und an Lungenschwindsucht dahinsiechte. So war das Geschichtsinteresse Wilhelm Engelbergs immer auf das Leben auch der engeren Heimat und ihrer Menschen bezogen, zugleich durchdrungen vom Geist des Demokratismus und den zentralen Gesichtspunkten: Gesellschaft und Revolution, Krieg und Frieden, Macht und Ethik.

Mit großer Hingabe widmete er sich dem Aufbau des Haslacher Heimatmuseums. Es wurde 1910 gegründet und materiell und moralisch durch die Stadtgemeinde unterstützt. Krieg und Inflationszeit und die folgenden Jahre der Weltwirtschaftskrise machten keine sonderlichen Zuschüsse durch die Gemeinde mehr möglich. Hier mußten in erster Linie Begeisterung für die Sache und Opfermut weiterhelfen. Ursprünglich in einem Raum der Gewerbeschule untergebracht, kam das Museum schließlich ins ehemalige Kapuzinerkloster. Es war allerdings schwer, sich dort auszudehnen, weil die meisten Räume als Armenwohnungen dienten. Die schon früh in Aussicht genommene Renovierung der Barockkirche und ihre Ausgestaltung als Museumsraum konnten wegen fehlender finanzieller Mittel nicht erfolgen. Das zähe und auch nicht intrigenfreie Ringen um solche auf der Hand liegenden Neuerungen ist heute schwer vorstellbar; doch immerhin sind die völlige Restaurierung des Klostergebäudes sowie die Generalüberholung des Museums und seine großzügige Erweiterung auch erst im Jahre 1977 möglich geworden. Umsomehr muß man die Leistungen des Pioniers Wilhelm Engelberg und seiner Helfer würdigen.

Gegen Rechtsentwicklung und Nationalsozialismus

Obwohl nicht mehr Zeitungsverleger und Stadtrat, erlosch bei Wilhelm Engelberg niemals das Interesse für Politik. Bitter war ihm bewußt

geworden, daß außen- wie innenpolitische Entwicklungen kein günstiges Klima für die Demokratie, am allerwenigsten für die im Geiste der 48er Revolution, schufen. Die chauvinistische Politik eines Clemenceau und Poincaré, die Vermögensverluste der Kleinbürger und Bauern in der geradezu irrsinnig anmutenden Inflation mit ihrer Grenzmarke von einer Billion Papiermark für eine Goldmark, dann das schwelende Problem der Reparationszahlungen, schließlich die Weltwirtschaftskrise mit ihren sechs Millionen Arbeitslosen und ihrer drückenden Last auf die kleinen Leute in Stadt und Land – das alles förderte einen antidemokratischen Nationalismus besonders bei den Kleinbürgern und Bauern, also bei den Schichten, unter denen Wilhelm Engelberg wirken wollte. Auch ihm flossen in seine Gespräche und Briefe Bemerkungen ein wie: „Unsere schönen Schwarzwaldberge tragen uns die Franzosen nicht fort, so daß wir uns in Berg und Wald erfreuen können.“⁷⁴ Aber er wußte, daß all die schweren Probleme der Zeit nicht durch Antidemokratie im Innern und Aggression nach außen gelöst werden können.

Den Kampf gegen die Nazis hatte Wilhelm Engelberg, soweit es in seinen Kräften stand, schon früh aufgenommen. Bereits 1923 besuchte ihn Adolf Geck, damals noch sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, um mit ihm die Bekämpfung der Schlagetergruppe, die nur den Scharfmachern der französischen Besatzungsmacht in Offenburg gelegen kommen konnte, zu besprechen. Von da an wurden die persönlichen und politischen Beziehungen zwischen den beiden Männern und ihren Familien wieder sehr eng. Geck, Engelberg und sein Jüngster nahmen während der Grimmelshausen-Festlichkeiten 1926 in Renchen die Gelegenheit wahr, um dort das Grab des 48er Revolutionärs Amand Goegg zu besuchen; sie waren die einzigen der Festteilnehmer, die das taten – auch ein Zeichen jener Zeit. Auch Else Eisner, die Witwe des in der Revolution ermordeten bayerischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner und Tochter Joseph Bellis, der zur Zeit des Sozialistengesetzes den illegalen Transport des „Sozialdemokrat“ über die Schweizer Grenze organisierte,⁷⁵ kam von ihrem Wohnsitz Gengenbach öfters nach Haslach und beteiligte sich an Ausflügen. Politisiert wurde da zur Genüge!

Auf jeden Fall veranlaßte die Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik Wilhelm Engelberg zu einer noch stärkeren Linksorientierung. Als ihn im Jahre 1929 das Generalsekretariat der Demokratischen Partei in Baden um Mitarbeit bat, lehnte er ab und deutete an, daß er „im

74 Brief vom 21. Novb. 1921. Kopierbuch, N^o IIIa, S. 279/280, StAH.

75 Joseph Belli veröffentlichte sein historisches Erinnerungsbuch „Die Rote Feldpost unterm Sozialistengesetz“ (Neudruck Berlin, Bonn 1978) im Jahre 1912. Nach Übersendung der Schrift an Heinrich Hansjakob schickte dieser an Belli ein Dankschreiben und versicherte ihm, daß er sie „mit Genuß und Interesse“ gelesen habe: „Sie sind mir wieder ein Beweis dafür, daß jemand ein tüchtiger und gewandter Schriftsteller sein könne ohne akademische Bildung. – Hoffentlich hat Ihre Partei, die ja viele Leute Ihrer Art produziert, Sie belohnt für die Arbeit, die Sie in bedrängten Tagen geleistet haben.“ (Zitiert nach einer Abschrift von Julius Engelberg.) StAH, Mappe 5.

Verlauf der letzten 5 Jahre“ das Vertrauen verloren habe. Wie gerechtfertigt das war, bewies die Demokratische Partei ein Jahr später selbst, als sie sich in die noch verwaschenere Staatspartei umwandelte. Über die allgemeine Situation schrieb Engelberg: „Das Bürgertum ist derart politisch indifferent und – feig, daß es nicht zu bedauern ist, wenn sein Einfluß und darum seine Lebenshaltung zurückgeht. Und erst Jung-Deutschland! Wenn Hansjakob wiederkäme, würde er über das einst gut demokratische ‚Hasle‘ weinen, wie Christus über Jerusalem. das sind die Enkel und Urenkel der Männer von 1848/49; Puppen in einem demokratisch-republikanisch regierten Staate. Heute wird jedem Schönchwätzer Bravo geklatscht, auch einem Nationalsozialen, der schon 2 mal kurz nacheinander hier sprach....“⁷⁶

Nach 1930 trat er in Versammlungen der beiden Arbeiterparteien auf und mahnte, sich endlich gegen die faschistische Gefahr zu einigen. Er bot seine tätige Hilfe an und gewährte sie, wo man ihrer bedurfte.

Wir wissen, daß das nationale und soziale Verhängnis nicht aufgehalten wurde.

Den ersten Krach mit den Nazis nach 1933 gab es, als Wilhelm Engelberg sich weigerte, im Museum aus der Gedenktafel für die Gefallenen des Ersten Weltkrieges das Bild von Louis Bloch, des Weinhändlersohns und Haslacher Bürgers jüdischen Glaubens, herauszunehmen. Die Nazikraftmeier wollten aber mehr, als ihren Antisemitismus bekunden; sie wollten endlich durchdrücken, was Engelberg und seine Freunde bis dahin zu verhindern gewußt hatten: die Errichtung eines Kriegerdenkmals, bei dem es ihnen nicht um das Andenken der Gefallenen, sondern um die Verherrlichung des Krieges ging. Das bewiesen sie schließlich durch das häßliche Kriegerdenkmal, das sie vor die schlichte Klosterkirche hinklotzen ließen.⁷⁷

Die gesuchte Gelegenheit, Engelberg aus dem Heimatmuseum zu verdrängen, ergab sich durch schäbige Denunziation. Die Gestapo bekam einen Wink, daß dort in einem Schrank eine Schreibmaschine versteckt sei, auf der illegales Material hergestellt werden solle. Der über 70jährige Mann wurde vorübergehend verhaftet; doch die Haussuchung, die die einheimischen SA-Leute etwas beschämt vornahmen, verlief ergebnislos.⁷⁸

⁷⁶ Vgl. Kopierbuch N^o IIIa, S. 351, StAH.

⁷⁷ An dem von den Nazis errichteten Kriegerdenkmal sind in alphabetischer Ordnung die Namen der Gefallenen Haslachs eingemeißelt. Da der Antisemitismus es nicht erlaubt hatte, den Namen Louis Bloch anzuführen, wurde dies nach 1945 der Schande halber nachgeholt und notwendigerweise außerhalb der alphabetischen Ordnung recht und schlecht angebracht, wie leicht einzusehen ist. Der Haslacher Gemeinderat hat jüngst beschlossen, daß das „monumentale“ Kriegerdenkmal im Zuge der Neugestaltung der Klosteraußenanlagen beseitigt und durch ein schlichtes Mahnmal ersetzt wird.

⁷⁸ Der Wortwechsel mit dem Oberwachmeister vor Beginn der Haussuchung gibt ziemlich präzisen Aufschluß über die politische Haltung von Wilhelm Engelberg in den Krisenjahren um 1933. Hier ein Ausschnitt aus den Notizen von

Eine politische Aktivität war jetzt nicht mehr möglich; dennoch war Engelberg nicht isoliert. Manche, auch katholische Geistliche, die früher das Schreibwarengeschäft gemieden hatten, kauften jetzt hier ein; aus Schwätzerchen wurden Gespräche, aus unbestimmten Seufzern bestimmt formulierte Klagen sogar vertraulichen Charakters. Bei einer solchen menschlichen und politischen Konstellation im lokalen Rahmen ließ sich die Nazizeit besser ertragen.

Das zeigte sich auch im Jahre 1939, als der 75. Gründungstag des Haslacher Turnvereins gefeiert wurde, natürlich unter Verschweigen des demokratischen Urgrunds dieses Jubiläums. Aber das früher aktive Mitglied Engelberg mit seinen engen Beziehungen zum alten Vereinslokal „Zum Aiple-Franz“ konnte man nicht ohne weiteres umgehen, wollte man sich vor der Öffentlichkeit nicht allzu sehr bloßstellen. Also wurde er eingeladen – in die große Stadthalle mit weit über tausend Leuten. Ein gewisses Rätselraten begann im Städtchen. Wird er kommen, dieser Engelberg? – Er kam. Wird er die Hand zum Hitlergruß erheben, wenn ihm das Ehrendiplom übergeben wird? Erwartungsvolle Spannung erfüllte den Saal. Da geht Engelberg auf die Tribüne, nimmt seine Urkunde entgegen und bedankt sich – mit einer betont vornehmen Verbeugung. Die Spannung wich bei vielen mit erleichtertem Aufatmen, indem der Geehrte die erhobene Hand zum Hitlergruß verweigerte, konnte er erhobenen Hauptes in den Saal zurückkehren und zeigen, daß es auch anders geht.

Der blutige Terror gegen Kommunisten, Sozialdemokraten und manche Christen, der die legal organisierte Opposition beseitigte, schüchterte das ganze Volk ein, und die emotional geladene Demagogie gaukelte das tausendjährige Reich voller Größe und nationalen Ruhms vor. So schienen die außenpolitischen Erfolge Hitlers, die ihm die europäischen Mächte aus Schwäche, Dummheit und partieller Sympathie gestatteten, die Erfüllung aller Visionen des Größenwahnsinns bereits anzukündigen. Die unheilige Dreieinigkeit von Terror, Demagogie und Erfolgsbestechung verführte das deutsche Volk in einen Eroberungskrieg, der begleitet war – einmalig in der Geschichte! – von rationalisiertem Massenmord zunächst an Juden und Zigeunern, denen weitere Nationalitäten folgen sollten. Das Ende war für die Deutschen Millionen-Schande und Millionen-Rache.

→

Wilhelm Engelberg: „Oberwachmeister: ‚Sie sind doch auch ein Kommunist?‘ – Ich erwidere: ‚Nein, das bin ich nicht, aber seit 40 Jahren Sozialist.‘ Oberwachmeister: ‚Aus Idealismus? Sie trugen auch das kommunistische Abzeichen?‘ – Ich: ‚Das war nicht das kommunistische, sondern das antifaschistische Abzeichen und zugleich der Friedensgesellschaft, deren Mitglied ich war...‘“. Diese Notizen waren in einem Brief W. Engelbergs vom 23. 8. 1933 an seinen jüngsten Sohn enthalten, der ihn jedoch aus Sicherheitsgründen vernichten mußte. Das Konzept des Briefes befindet sich im StAH, Mappe 2.

Nach dem Zusammenbruch der nazistischen Gewalt- und Mordherrschaft war Wilhelm Engelberg zwar nicht mehr imstande, politisch aktiv zu sein, aber er wollte sein ungebrochenes Demokratentum dadurch bezeugen, daß er 1946 (ein Jahr vor seinem Tode) in die Sozialdemokratie eintrat – in dem Glauben, er würde damit das Parteibekenntnis seiner Jugend wieder aufnehmen.

August Wilhelm Lamey (1772–1861),
der Franke am Rheinstrom

Erwin Dittler



August Lamey
Lithographie von E. Simon
(Straßburg)

In dem kaum auszuschöpfenden Bereich deutsch-französischer Beziehungen nimmt die erregende Zeit der Großen Französischen Revolution ein beachtliches Kapitel ein, aus dem August Lamey nicht wegzudenken ist. Seine Würdigung hat der Dichter fast stets und mit Recht als ein

ehrenwerter Vertreter des deutschen Geistes auf romanischem Boden gefunden, der als französischer Staatsbürger seine deutsche Muttersprache in Ehren gehalten und bewahrt hat.¹ Doch nicht minder bemerkenswert ist seine geistige Einstellung in der explosiven Epoche bürgerlicher Emanzipation, in der er das Seinige zur großen Entwicklung beitragen wollte.

Geboren wurde August Wilhelm Lamey am 3. März 1772 in Kehl.² Sein Vater, der erfolgreiche elsässische Kaufmann Johann Martin Lamey aus Münster im Gregoriental,³ hatte am 11. Februar 1765 in Lahr die Tochter Charlotte des Großhändlers Christian Samuel Lotzbeck geheiratet und war zwei Jahre später Mitbegründer der Handelsgesellschaft Schneider, Lotzbeck und Co. geworden.⁴ Um die sich ausweitenden Geschäfte mit Holland und der Schweiz besser abwickeln zu können, siedelte er Mitte 1768⁵ von Lahr nach dem günstiger gelegenen Kehl über, wo er als Chef der dortigen Niederlassung sicherlich zu dem gerade beginnenden wirtschaftlichen Aufschwung beitrug. Während der dort ansässige Geheime Legationsrat Rudolphe de Rochebrune 1774 vorschlug, der Veste Kehl den Namen einer Stadt samt allen davon abhängigen Privilegien zu erteilen, mit der Begründung, daß dies „bei der immer von Tag zu Tag sich mehrenden Bürgerschaft in Kehl dem dortigen Commercio sehr ersprießlich sein dürfte“,⁶ und Markgraf Carl Friedrich mit seiner Entscheidung vom 3. August die Stadtrechte formell auch gewährte,⁷ verbot der elsässische Intendant allen im Elsaß beheimateten Fuhr- und Schiffahrtsunternehmen, in Kehl statt in Straßburg zu laden.⁸ Doch Rheinschiffahrt, Speditionen, Handel und Gewerbe entwickelten sich in den nächsten Jahren günstig;⁹ Kehl wurde neben Mainz und Basel zum bevorzugten Umschlagplatz am Oberrhein und zog als erfolgreicher Konkurrent Straßburgs den Transithandel an sich.

1 Fritz Meissner, Ein verschollener deutscher Dichter. Wissenschaftl. Beilage zum Bericht über das Gymnasium Schuljahr 1892–1893. Basel 1893, S. 7.

2 Karl Goedeke, Grundriß zur Geschichte der deutschen Dichtung aus den Quellen, XIII, 51–54; Friedrich Otte (Joh. Georg Zetter), August Lamey, in: Elsässische Neujaarsblätter für 1845, 1845; August Stöber, August Lamey, in: Alsatia 1858–1861. Weitere Literaturangaben bei Goedeke nebst Verzeichnis aller literarischen Arbeiten Lameys.

3 Zur Sippe Lamey: Karl Walter, Die Vorfahren und die Nachkommenschaft von Andreas Lamey (1726–1802), in: Paul Wentzke (Hrsg.), Schicksalswege am Oberrhein, Heidelberg 1952.

4 Bernhard Lamey, Lotzbeck und Lamey, in: Badische Heimat, Heft 2, Juni 1978. Vgl. zu Lotzbeck: August Wickertsheimer, Denkschrift zum 150jährigen Bestehen der Firma Lotzbeck Gebrüder AG Lahr i. B.–Hamburg 1774–1924. Lahr 1924.

5 Freundl. Mitt. von Herrn Bernhard Lamey, der am 21. März 1979 in Freiburg i. Br. seinen 85. Geburtstag feierte.

6 Vgl. dazu Erwin Dittler, Rudolphe de Rochebrune (Guillaume Plateret), in: Die Ortenau 53 (1973). Rochebrune nannte sich in Frankreich auch de Neufblanc, de Prammont, Fromont oder auch Ste. Claire.

7 Maßgebend war aber nach wie vor das Oberamt, wobei auch Rochebrune einen starken Einfluß auf die Geschäfte ausübte. In Abwesenheit von Amtmann Strobel übernahm Rochebrune dessen Vertretung. Kehl genoß das „Privileg“, daß der Markgraf zuziehenden Schuldnern und auswärtig Verurteilten in speziellen Fällen auch fernerhin gegen eine im voraus zu zahlende Erkenntlichkeit den Aufenthalt gnädigst bewilligte, ohne daß vollstreckt werden sollte.

8 Ingeborg Streitberger, Der königliche Prätor von Straßburg 1685–1789, Wiesbaden 1961, S. 173.

9 Vgl. dazu Erwin Dittler, Stadt und Veste Kehl nach Verleihung der Stadtrechte (nach Berichten von Augenzeugen), in: Bad. Heimat, Heft 3, Sept. 1974.

Weniger erfreulich entwickelte sich das Verhältnis zwischen Martin Lamey und dem Legationsrat Rochebrune, der sich in Kehl sowohl um die wirtschaftliche Entwicklung als auch um die Gestaltung des Stadtbildes sehr verdient machte. So ließ er zur Verschönerung der Stadt die Wall-Promenade anlegen, die Lamey in seinen Garten einbezog, so daß die Allee durch diese Abtrennung um ihre Wirkung gebracht wurde. Die Verärgerung saß bei Rochebrune so tief, daß er darüber am 13. September 1776 nicht nur dem Markgrafen berichtete, sondern auch nicht versäumte, diesen in seiner Schilderung vom 10. April 1777 des Besuches von Kaiser Joseph II., der unter dem Namen des Grafen von Falckenstein reiste,¹⁰ daran zu erinnern. Der Kaiser hatte tags zuvor Rochebrune in seinem Hause aufgesucht und war mit ihm in dessen Garten und später auf der Wall-Promenade spazierengegangen.

1778 verließ Martin Lamey mit seiner Familie nach zehnjährigem Aufenthalt die Stadt, um die Firma „Lotzbeck et Lamey“ in Straßburg zu vertreten.¹¹ Von seinen fünf Söhnen besuchte August dort das protestantische Gymnasium. Am 27. Oktober 1788 schrieb er sich bei der philosophischen Fakultät der Universität ein.¹² Er hörte vor allem Vorlesungen des Latinisten und Archäologen J. Jacob Oberlin und des Professors für Geschichte und Staatsrecht, Christoph Wilhelm Koch, die schon seine Lehrer am Gymnasium waren, sowie des Theologen Isaak Haffner. Doch sehr bald wurde er in den Strudel der ausgebrochenen Revolution gezogen. Die in der Nacht des 19. Juli 1789 ausgebrochenen Unruhen erreichten am 21. mit dem Sturm auf das Rathaus als revolutionäre Aktion gegen den unbeliebten Magistrat zunächst einen Höhepunkt. Gegen das plündernde „gottlose Gesindel“ wurden zum Schutz von Eigentum und zur Sicherung der Ordnung Bürgerpatrouillen aufgestellt, die vom 22. bis zum 24. nahezu vierhundert Verdächtige verhafteten. „Was Herz und Ehre im Leibe hatte, ging da mit“, berichtete der junge Lamey am 10. August seinem auf Nachrichten erpichten Onkel Andreas,¹³ dem Sekretär der Akademie der Wissenschaften in Mannheim,¹⁴

10 Vgl. dazu Privilegierte Straßburger Zeitung v. 16. April 1777 (StA Straßburg Serie A.A.1953); Grandidier an Baron von Zurlauben, in: Jürgen Voss, *Geschichtswissenschaft und katholische Aufklärung im Elsaß, I. Teil 1774–1777* (ZGO, 122. Band 1974, S. 263).

11 Frdl. Mitt. von Herrn Bernhard Lamey v. 7. 7. 78; die Lotzbeck hatten bis zur Zeit der Revolution eine Tabakfabrik in Straßburg. Inhaber waren die Brüder Heinrich und Wilhelm Lotzbeck, die 1791 nach Lahr zogen (v. Weech, *Bad. Biogr.* II, 30 und 571). Nach Mitt. von Bernhard Lamey herrscht über das Schicksal von Joh. Martin Lamey während der Revolution ein gewisses Dunkel. Das Haus von „Lotzbeck et Lamey“ sei zum Nationaleigentum erklärt worden. Tatsächlich wohnte Eulogius Schneider im Lotzbeckschen Haus an der Ecke der Blauwolkengasse. Im Januar 1795 wird ein Kaufmann Lotzbeck in das „Bureau de conciliation de Strasbourg“ gewählt.

12 Gustav v. Knod, *Die alten Matrikel der Universität Straßburg 1621–1793*, I. Band, Straßburg 1897, S. 457.

13 Manfred Krebs, *Sechs unveröffentlichte Briefe an Andreas Lamey*, in: *Elsaß-Lothringisches Jahrbuch 1927*, Frankfurt a. Main.

14 Vgl. den kurzen Abriß von Bernhard Lamey, *Vor zweihundert Jahren: Kurpfälzische Akademie der Wissenschaften*, in: *Bad. Heimat*, Heft 3/4, Dez. 1965; zu Andreas Lamey: J. Voss, *Paris im Sommer 1751. Notizen zum wissenschaftlichen und religiösen Leben aus dem Reisetagebuch Andreas Lameys*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 56 (1974), mit Literaturangaben.

dessen Enkel August dann allerdings dem Ablauf der badischen Revolution von 1849 mit Muße aus dem sicheren hessischen Ausland in Auerbach a. d. B. verfolgte.¹⁵ Für den Sohn des wohlhabenden Großkaufmanns Johann Martin war es dagegen eine Selbstverständlichkeit, in den Reihen einer „Compagnie mit entblößtem Degen“ zu marschieren. Zu weiteren Ausschreitungen kam es nach Beginn des Aufstandes der Soldaten am 5. August, die an diesem und nächsten Tag Gefängnis und Zuchthaus stürmten, um Gefangene zu befreien, und mit dem Ruf „es lebe die Nation! Es lebe der dritte Stand!“ durch die Straßen zogen. Trunkenheit führte zu Ausschreitungen; „Den 7. morgens früh um 4 Uhr brach das Regiment Darmstadt auf und verließ die Stadt, weil es in Gefahr war, von den Franzosen niedergehauen zu werden, da man es beschuldigte, bei diesen orgischen Schlemmereien gestohlen zu haben, und es auf gewisse Weise für infam erklärt wurde.“¹⁶ Das Regiment kampierte vor der Stadt auf der Metzgerau, und seine Offiziere sorgten nach den unruhigen Tagen für Abwechslung, so daß August Lamey auch Angenehmes zu berichten wußte: „Sonntags wurden die Offiziere des Regiments von vielen Damen und Herren besucht – auf den Abend war ein Tanz unter freiem Himmel. Papa und Mama, die Schwestern und ich fuhren abends auch dahin, und da Papa etliche Offiziere vom Regiment kennt, wurden wir herrlich traktiert und blieben bis acht Uhr“.

Solches Vergnügen genoß er in jener Zeit sicher selten, denn nachts mußte er zunächst eine Zeitlang mit den anderen Studenten die Universität und die öffentliche Bibliothek und nach seinem Eintritt in das Freikorps der (sogenannten) Jäger das Kaufhaus seines Kapitäns Ehrmann bewachen.

Das Eingreifen der bewaffneten Bürger in den ersten Tagen nach Ausbruch der Volkswut und der sie begleitenden unrühmlichen Ausschreitungen suchte Lamey später in dem Gedicht „Der Volkslärm in Strasburg“ offenbar zu rechtfertigen:¹⁷

„Nicht singenswert wär' jene Tat,
Die, Bürger, wir getan?
Stets rühme Strasburg ihrer sich
Und denke stolz daran.“

Charakteristisch für die damalige Situation war, daß ein neunzehnjähriger Zimmergeselle, der die Entwendung von 66 Louisd'or in Gold, die im Rathaus hinterlegt waren, gestanden hatte, am 23. Juli durch den Strang hingerichtet wurde, während ein zum Tode verurteilter Bürger der Stadt auf Vorstellung seiner Zunft begnadigt wurde! Doch die Vorfälle in

¹⁵ August Lamey, August Lamey, der Staatsmann, in: Bad. Heimat/Ekkhart 1966, S. 126.

¹⁶ August Lamey an Andreas Lamey, Straßburg, den 10. August 1789.

¹⁷ (August Lamey) Gedichte eines Franken am Rheinstrom, Strasburg, bei Amand König, 1791, S. 10–12.

Straßburg beeinträchtigten keineswegs die Erwartungen, die Lamey in die bürgerliche Revolution setzte: „Da alle Provinzen Frankreichs unter einen Hut sollen gebracht werden und gleiche Rechte miteinander, aber keiner besonderen Privilegien genießen sollen, so wird ohne Zweifel französische Obrigkeit hierher kommen. Welche Aussicht! Frankreich wird frei – dem Bürger die Last abgenommen – und jede Ungleichheit des Standes vertilget“. Ob er, der sich beim Pfalzsturm entschieden vom Pöbel, „meistens fremde Handwerksburschen“, distanzierte, in die Beseitigung der Ungleichheit des Standes damals den gesamten Dritten Stand einschloß, also auch die unteren Schichten, die Besitzlosen, wissen wir nicht. Doch brachte er in seinem Gedicht „Der Bürger und der Exgraf“ nach dem Dekret der Nationalversammlung vom 19. Juni 1790 über die Abschaffung des Erbadels mit Titel und Wappen¹⁸ die gemeinsame Einstellung aller Klassen und Schichten des Dritten Standes gegenüber dem einst privilegierten Adel zum Ausdruck.

Der Bürger:

„Die Gleichheit ist Gesetz in der Natur,

Sie ist der Freien Richtungsschnur.

Der Adel nützt nichts – kein Vorrecht konnt' er haben;

Gut war's, im Schutt ihn völlig zu begraben.“

Wie sehr Lamey anfangs den revolutionären Charakter des Sturmes auf das Rathaus verkannte, der schließlich zum Rücktritt des Magistrates und der Schöffen führte, und wie er offenbar noch der konstitutionellen Monarchie verhaftet war, ergibt sich aus seiner Bemerkung über den Magistrat:¹⁹

„Noch ist keine Magistratsperson abgesetzt – viele aber haben sich zurückgezogen – *wir erwarten bloß Ordre vom Hof*; dies wird bald der Sache ein anderes Aussehn geben – Bestimmtes wissen wir noch nicht. Zu glauben ist aber, ja, beinahe gewiß ist es, daß alle fünfzehner, alle einundzwanziger Herrn kassiert werden“.

Im Banne der Revolution wird er zu ihrem begeisterten Dichter, dem Heinrich Engelhardt einen Ehrenplatz einräumt:²⁰

„Unter den alsatischen Jünglingen, in deren Brust die großen Auftritte der Revolution in Frankreich das Dichtertalent hervorgerufen, behauptet August Lamey, Neffe des Archäologen und Historikers Andreas Lamey, die erste Stelle.“

Mit seiner Begeisterung für die neuen Errungenschaften bürgerlicher Freiheit und Gleichheit wuchs der Stolz, ein Franke zu sein. Mit dieser

18 Ebd., S. 47; Text des Dekrets bei Walter Grab (Hrsg.), Die Französische Revolution. Eine Dokumentation, München 1973, S. 44.

19 August an Andreas Lamey, 10. 8. 1789.

20 Heinrich Engelhardt, Vaterländische Geschichte des Elsasses, 6. Teil, Straßburg 1849, S. 609.

Revolution wurde Frankreich seine politische Heimat. Seine „Gedichte eines Franken am Rheinstrom“ legen Zeugnis davon ab, wie sehr er sich mit seinem Vaterland verbunden fühlte. Er pries die neue Verfassung, wandte sich gegen die Emigranten, die die ausländischen Fürsten aufzuhetzen versuchten, und rief die Töchter Straßburgs auf, sich der Revolution männergleich zu widmen und das Kriegskleid zu tragen. Die lau gewordenen Patrioten wurden gemahnt:

„Wer ein Patriot je war,
Ist und bleibt es immerdar!
Wer des Namens sich gerühmet,
Und auf einmal umgestimmt,
Dieser Mann, der war, bei Gott!
Nie ein echter Patriot.“

Nachdem der Papst in seinen Rundschreiben vom 11. März und 13. April die Prinzipien der Revolution und die durch Dekret vom 12. Juli 1790 geschaffene Zivilkonstitution des Klerus feierlich verurteilt hatte, erhielt die gegenrevolutionäre Bewegung durch die eidverweigernden Priester einen gefährlichen Auftrieb. Der im Juli 1790 in seine rechtsrheinische Herrschaft Ettenheim emigrierte Kardinal Rohan inszenierte und förderte aus mannigfachen Gründen mit seinem geistlichen Mitarbeiterstab die konterrevolutionären Bestrebungen im Elsaß, er machte auch die Herrschaften Ettenheim und Oberkirch zum Sammelplatz eines bewaffneten Emigrantenkorps,²¹ was die Gemüter im Elsaß entzündete und die politische Lage am Oberrhein gefährlich verschärfte. Im Zusammenhang mit den Interventionsdrohungen der am Rhein versammelten Emigrantentruppen verfaßte Lamey 1791 ein revolutionäres Kriegslied: „Luckner an sein Heer“. General Luckner war am 17. August 1791 in Straßburg eingetroffen. Zehn Tage später unterzeichneten der Kaiser und der König von Preußen die Erklärung von Pillnitz, die wegen ihres in Aussicht gestellten militärischen Einschreitens die Franzosen maßlos erbitterte und den Haß gegen die Konterrevolutionäre im In- und Ausland steigerte. Als ein in jeder Beziehung gläubiger Mensch, der auch in seinen patriotischen Gedichten seinem Glauben an Gott unmißverständlich Ausdruck verleiht, wie beispielsweise im „Vaterlandpsalm“:

„So steigt die Gnade endlich nieder:
Die Stimme ruft; der Mensch erwacht.
Und sieh'! die Freiheit kehret wieder
Und die Vernunft nimmt ihre Macht.
Herr, führ' den zagen Schritt nun weiter,
Nach dem Gesetze richt' er sich.

²¹ Vgl. dazu Erwin Dittler, Emigrantentruppen in der Herrschaft Ettenheim unter Louis René Edouard, Prinz von Rohan-Guéméné, Fürst und Bischof von Straßburg im Jahre 1791, in: Die Ortenau 55 (1975).

Beglücktes Volk, das dich zum Leiter
Und keinen Herrn erkennt als dich!“,

nimmt Lamey als Christ in seinem einprägsamen Gedicht „Der Bauer an seinen aristokratischen Pastor“ zu den kirchenpolitischen Fragen in einer dem Volke verständlichen Weise Stellung:

- (2) „Was lärmt er da vom Holz herab
Von Kirchenrecht und Kirchenhab?
Das mag Er bald vergessen.
Hat Er sein Brot nur immerfort,
So pred'ge Er uns Gottes Wort;
Dafür kriegt Er zu essen.
- (3) Er aber donnert immerzu,
Stört fromme Seelen aus der Ruh,
Und klagt von argen Zeiten.
Er redet von verlornen Herd',
Doch meint Er, wie man gar wohl hört,
Nur die verlornen Weiden.
- (4) Hör' Er einmal zu schelten auf!
Er hindert nicht der Dinge Lauf:
Wie's kommt, so muß es kommen.
Verloren sind die Schätze nicht,
Die man, wie Seine Kanzel spricht,
Der Christenheit genommen.
- (5) Wir sind ja alle Christen doch,
Und unsre Kirche stehet noch,
Und hat kein Leid erduldet!
So ist es ja kein Bethaus mehr –
Wer hat es dann verschuldet?
- (7) Wohl finden wir, daß Jesus Christ
Demütig stets gewesen ist
Und arm in seinem Leben;
Die Jünger hatten auch kein Gut,
Doch haben sie gern selbst ihr Blut
Der Lehre hingegeben.
- (8) War da die Kirche schlecht bestellt?
„Mein Reich ist nicht von dieser Welt!“
Und: „Selig, die da glauben!“
Dies ist's ja, was die Bibel spricht!
Nimmt man uns diese Wahrheit nicht,
Was kann man uns sonst rauben?“

Im „Rheinischen Bauernlied“ warnt er vor der gegenrevolutionären Propaganda:

(8) „Gebt acht! nicht heißen soll es mehr,
Daß uns als armen Tropfen,
Die Nebel von dem Rheine her
Noch das Gehirn verstopfen.

(12) Gar trefflich stehts nun um den Staat,
Nun läßt sich's herrlich leben!
Ist unser Gott ein Demokrat,
Wer mag uns widerstreben?“

Seine Begeisterung für das revolutionäre Frankreich erschöpfte sich aber nicht im dichterischen Bekenntnis; sie war so groß, „daß er, noch ehe er das Alter erreicht hatte, welches die jungen Bürger in die Reihen der Nationalgarde berief, freiwillig, an seines Vaters Stelle, den militärischen Dienst versah“.²²

Bei allem Patriotismus blieb sich aber Lamey seiner Herkunft bewußt:

„Noch vergaß nicht der Sohn gänzlich der Mutter;
noch liebt der Franke dich auch, edles Germanien!
Hört in freudiger Ehrfurcht
Deiner hohen Gesänge Chor.“

Das Gedicht „An Teutschland“ schließt mit der Strophe:

„Deine Lieder vernimmt auch der Alsatier!
Kein erächtlicher Stolz fernet sein Herz von dir.
Ewig rühmt sich der Franke,
Daß er Enkel Thuiskons ist.“

Wohl nach Ablauf seiner Dienstzeit bei der Nationalgarde verließ Lamey Straßburg, um einen heimkehrenden Emigranten nach Nuits zu begleiten, „dem er die in Deutschland zurückgelassenen Söhne ersetzen sollte. Ein volles Jahr trieb sich der junge Elsässer, – wie er's wohl früher in Lahr bei seinen Verwandten getan hatte,²³ – in den gesegneten Tälern und auf den Höhen der Côte d'Or herum, bis ihn die erste militärische Requisition in seine Vaterstadt Straßburg zurückrief, die bald darauf vom Feinde umzingelt wurde. Die Umstände fügten es, daß das Bataillon, dem er einverleibt werden sollte, kurz vor Lamey's Ankunft in österreichische

²² Otte, a.a.O. S. 3.

²³ Ebd., S. 5; bei Stöber, a.a.O. S. 385, wurde daraus: „-brachte er einige Zeit in Lahr, sodann bei Hrn. Marcy in dem burgundischen Städtchen Nuits zu“.

Gefangenschaft geraten war, und so erhielt er vorläufig eine Gerichtschreiberstelle in Straßburg“.²⁴

Die Rückkehr müßte nach dieser Schilderung demnach im November 1793 erfolgt sein, denn im Verlauf des 1. Koalitionskrieges hatte sich die französische Rheinarmee Mitte Oktober bis gegen Straßburg zurückgezogen. Am 10. November 1793 erfolgte durch die Österreicher und Reichstruppen die Beschießung der Festung Fort-Vauban (Fort-Louis), die am 14. November kapitulierte. Zur kriegsgefangenen Besatzung zählte ein Bataillon Straßburger des 1. Aufgebotes, also der Achtzehn- bis Fünfundzwanzigjährigen. Wenn Lamey nach Otte ein volles Jahr weg war, dann müßte er im November oder Dezember 1792 Straßburg verlassen haben, also zu der Zeit, da der ehemalige Maire Dietrich als Arrestant nach Straßburg gebracht wurde. Wir wissen nicht, was Lamey veranlaßt haben könnte, Straßburg zu verlassen. Ungereimt erscheint die Vermutung von Meissner, daß ihm die Zustände in Straßburg Ende 1793 und Anfang 1794 nicht zugesagt hätten, da er ein ganzes Jahr in Nuits zugebracht habe.²⁵

Lamey war zu dieser Zeit wieder in Straßburg und dichtete seine Dekadenlieder, zu deren Abfassung ihn anscheinend die Munizipalität ermunterte.²⁶ Nach dem Konventsdekret vom 5. Oktober 1793 wurde der republikanische Kalender eingeführt, der den Beginn des republikanischen Zeitalters auf den 22. September 1792 festlegte. Jeder Monat umfaßte drei Dekaden; der zehnte Tag der Dekade entsprach dem Sonntag;²⁷ er sollte einer bürgerlichen oder sozialen Tugend gewidmet werden. Im Laufe der Entchristianisierungsbewegung, die Robespierre aus politischen Gründen mißbilligte, wobei er selbst „an die Existenz Gottes und der Seele und an das ewige Leben glaubte“, „trat im Herbst 1793 der Kult der Vernunft in den Kirchen an die Stelle des katholischen Gottesdienstes; aus ihm entstand bald darauf der Dekaden-Kult auf der Grundlage der Bürgertugend und der republikanischen Moral. Der Kult des höchsten Wesens, den Robespierre förderte, nahm für sich in Anspruch, das republikanische System auf metaphysischen Grundlagen aufbauen zu können.“²⁸ Der Glaube an das höchste Wesen wurde im

24 Otte, a.a.O. S. 5. Die Darstellungen variieren, obwohl sie für jene Zeit aus der gleichen Quelle stammen. C. E. Alexander Hirschhoff (August Lamey, ein elsässischer Dichter, in: Elsaß-Lothringen. Heimatstimmen, Hrsg. Robert Ernst, Heft 3. 5. Jg. Berlin, 15. März 1927), der sich allerdings an zwei Stellen auch fälschlicherweise auf Stöber anstatt auf Otte beruft, will wiederum wissen, daß das Bataillon wenige Stunden nach Lameys Ankunft in Gefangenschaft geriet.

25 Meissner, a.a.O., S. 8.

26 Engelhardt, a.a.O. S. 611. Die Bemerkung von Hans Werner Engels, der in seiner Sammlung „Gedichte und Lieder deutscher Jakobiner“ (1971, S. 235) auch Franzosen zu Worte kommen läßt, daß der Elsässer August Lamey und der Schweizer Friedrich Müller ihre Gedichte sogar in kleinen Anthologien vereinigen konnten, ist schwer verständlich. Lameys Gedichte waren doch erwünscht! Engels hat folgende Gedichte von Lamey in die Sammlung aufgenommen: Rheinisches Bauernlied; Lied von der Republik; Freiheit und Gleichheit; Der Bauer an seinen aristokratischen Pastor.

27 Über die Entchristianisierung vgl. Albert Soboul, Die Große Französische Revolution, Teil 2, 1973, S. 310 ff.

28 Ebd., S. 363.

Konventsdekret vom 7. Mai 1794 dogmatisch im Artikel 1 festgelegt: „Das französische Volk erkennt die Existenz des Höchsten Wesens und die Unsterblichkeit der Seele an.“²⁹ Im Artikel 7 werden für die Feier der Dekadenfeste 35 Themen aufgezählt, denen wir wieder bei Lamey begegnen. Der Art. 13 bestimmte, daß am nächsten 20. Prairial ein Nationalfest zu Ehren des Höchsten Wesens stattfinden werde. In Straßburg übertraf die am 8. Juni 1794 durchgeführte Feier alle bisher in der Stadt seit dem Föderationsfest veranstalteten Feierlichkeiten.³⁰ Eröffnet wurde das Fest mit einer Ode zu Ehren des höchsten Wesens von Lamey, der zu dem Anlaß mehrere patriotisch-religiöse Lieder gedichtet hatte, „die im Elsaß eine sehr günstige Aufnahme fanden“.³¹ Seine Dekadenlieder, die nach eigener Aussage „während der Jahre 1793/94 in den damaligen Vernunfttempeln der ober- und niederrheinischen Departemente, mehrerenteils nach alten Kirchenweisen, gesungen wurden“, erschienen unter dem Titel „Dekadische Lieder für die Franken am Rhein“ in Straßburg im dritten Jahr der Republik. Die Vorrede, unterzeichnet von August Lamey, Friedensgerichtsekretär des dritten Bezirks Straßburg, ist datiert vom Vendémiaire des Jahres III. In ihr setzt sich Lamey mit den aufregenden Vorgängen der Revolution, also mit der Schreckensherrschaft auseinander:

„Wer nun den Weltereignissen nachdenkt, die nach gewissen Zeiträumen doch immer mit den Hauptepochen sich wieder ähnlich werden, muß mehrmals ganze Generationen derjenigen, die nach ihr kommt, in dem kampfvollen aber notwendigen Übergang von den Finsternissen der Unwissenheit zu dem Lichte der Philosophie, und von der Tyrannei zur Freiheit, welches die Folge dabei ist, aufgeopfert sehen. Sind aber einmal die Gemüter besänftigt und die Feuersbrunst erloschen, wodurch die Nation von den Übeln, die sie bedrücken, sich gereinigt hat, alsdann setzte sich die Wahrheit, deren Fortschritte langsam erst, hernach aber beschleunigt sind, als Gehilfin auf die Throne der Monarchen, und erhält in den Redeversammlungen freier Staaten Altar und Verehrung.“

In seiner Auffassung über die öffentliche Zurschaustellung der Guillotine geht er mit dem damaligen öffentlichen Ankläger Eulogius Schneider³² einig, der zur Verteidigung dieser Maßnahme erklärte, daß sie keineswegs dastünde, um die guten Bürger, sondern die Verbrecher zu schrecken.

29 Jean Massin, Robespierre, 5. Aufl., Berlin 1977, S. 350 f.

30 Engelhardt, 6. Teil, S. 419.

31 Ebd., S. 420.

32 Vgl. dazu Walter Grab, Eulogius Schneider, Ein Weltbürger zwischen Mönchszone und Guillotine, in: Gert Mattenklott u. Klaus R. Scherpe (Hrsg.), Demokratisch-revolutionäre Literatur in Deutschland: Jakobinismus, 1975. Lamey ist als Dichter auch in der von Schneider gegründeten Zeitschrift „Argos, oder der Mann mit hundert Augen“ vertreten.

An die Gerechtigkeit

- (1) Wohl hast du dein strafendes Eisen
auf offene Bühne gestellt:
Es tröste den redlichen Weisen,
Und schrecke die frevelnde Welt.

Es ist Zeit! es ist Zeit!
Gerechtigkeit, räche die Erde,
Triumph, du kömmst,
Dein harreten die Völker schon lang:
Dir töne nun am Opferherde
Befreiter Menschheit Dankgesang.
- (2) Du bringst in die Hütte der Guten
Fried', Unschuld und Freude zurück:
Dir danken, wenn Sträfliche bluten,
Dir danken die Bürger ihr Glück.

Schneider selbst wurde als „Ausländer“, als der führende Kopf der deutschen Jakobinerfraktion in Straßburg und Freund der besitzlosen Sansculotten nach seiner Verhaftung im Dezember 1793 am 1. April 1794 in Paris hingerichtet. Die Folgen seines Sturzes, in Verbindung mit der Auflösung des Revolutionsgerichtes und der Revolutionsarmee sind besonders für die unteren Volksschichten schwerwiegend:

„Überall erwachte von Neuem der widerspenstige, antipatriotische, fanatische Geist; aller Orten regten sich die innern und äußern Feinde. Der Wert der Assignaten fiel sogleich um vierzig Prozent, das unterdrückte Gewucher, der Warenverkauf um zweierlei Preise waren wieder allgemein, namentlich unter den Landbewohnern. Manche waren so dreist, daß sie sogar öffentlich und in Gegenwart der Polizeidiener sich weigerten nach dem Preis des Maximums (Lebensmittelhöchstpreise – E. D.) und gegen Papiergeld zu verkaufen. Den Käufern, die ihnen mit dem Gesetz drohten, erwiderten sie: ‚es ist nichts mehr zu befürchten, Schneider ist nicht mehr da.‘ So wurden zweierlei Preise gemacht, nicht nur im Getreidehandel, sondern auch für Fleisch und Brot. Beim Mangel an klingender Münze und bei der immer steigenden Not, wurden die Klagen der Konsumenten immer lauter.“³³

Lamey schrieb seine Dekadenlieder, mit denen er im Titel an die ersten Revolutionsgedichte eines Franken am Rheinstrom anknüpfte, in der Zeit der Jakobinerherrschaft. Nach dem Urteil von Otte atmen sie „eine gesunde, wohltuende Frische und sind jenen Zeiten zum Trotz von wahrhaft christlichem Sinne eingegeben“.³⁴ Er erinnert an die Gedichte:

³³ Engelhardt, 6. Teil, S. 328 f.

³⁴ Otte, a.a.O., S. 6.

„An den Schöpfer; am Feste des Ewigen; Unsterblichkeit der Seele; Pflichtgebot“. August Stöber kommt wiederum zu dem Schluß: „sie stehn den früheren Liedern an Frische und Unmittelbarkeit des Gefühls bedeutend nach und sind oft nur gereimte Lebensphilosophie.³⁵ Ihn übernimmt Meissner zitatlos, während Ludwig Spach etwas abgewandelt von „deklamatorischen Gemeinplätzen“ spricht.³⁶ Mag sein, daß Lameys Lobpreisung menschlicher Tugenden für den Tugendhaften Gemeinplätze bedeuten, aber einige Dekadenlieder haben eben doch, wie wir auf dem Hintergrund der angedeuteten geschichtlichen Zusammenhänge gesehen haben, einen erheblichen politischen Aussagewert. Lamey bekennt sich nicht nur zu den Prinzipien von 1789, zur „Freiheit und Gleichheit“:

(3) „Die Gleichheit ist des Volks Triumph,
Das seine Würde schätzt,
Das eitler Ehren Prunk vergißt,
Und was da Mensch und Bürger ist
in eine Reihe setzt,“

sondern auch eindeutig zur Republik:

„Gott segne unsre Republik,
Die Republik der Franken!
Und laß sie keinen Augenblick
Auf ihrem Felsen wanken.“

Er geißelt die schmarotzenden Hofbeamten in „Heldensinn“:

„Du trinkst der Witwe Tränen
Aus deinem Goldpokal:
Du zehrst vom Gut der Waisen
An deinem Schwelgermahl.“

Im „Kunstfleiß“, einem Gedicht mit demokratischem Charakter, erinnert der junge Jakobiner die Müßiggänger, die Saint-Just in seiner Rede vom 13. März 1794 vor dem Konvent als „letzte Stütze der Monarchie“ brandmarkte, an die produktiven Leistungen des arbeitenden Volkes:

(3) „Wer hat das dürre Land getränkt,
Und Gräben hingeleitet?
Wer hat der Flüsse Lauf gelenkt,
Und Straßen ausgebreitet?
Wer hat die Brücken aufgebaut,
Getrocknet die Moräste?
Wem sind die Gärten anvertraut,
Die Gärten der Paläste?“

³⁵ Stöber, a.a.O., S. 385.

³⁶ Ludwig Spach, *Moderne Culturzustände im Elsaß*. 1. Band, Straßburg 1873, S. 86.

- (4) Wer hat die Schlösser hergerückt,
 Womit die Stolzen prahlen?
 Wer hat die Säle ausgeschmückt,
 Die in einander strahlen?
 Wer hat den feinen Tisch gedreht,
 Wo Schwelger sich vergnügen?
 Wer hat den Polster aufgebläht,
 Auf dem die Schwelger liegen?
- (5) Hat alles nicht das Volk getan,
 O Fürst und Fürstenknechte?
 Ihr Müßiggänger, saget an,
 Beweiset eure Rechte!
 Habt ihr den Pflug hervorgebracht,
 Der unsern Fleiß ernährte?
 Hat eure Hand das Schwert gemacht,
 Das unsre Faust bewehret?
- (7) Das Volk erfindet und erschafft,
 Und bildet und verzieret;
 Und alles wird durch seine Kraft,
 Durch seine Kunst vollführet.
 Es bahnet sich das hohe Meer
 Durch Segel und Geschütze,
 Und breitet Reichtum weit umher
 In ferne Menschensitze.“

Lamey scheute sich aber auch nicht, die Amtsträger an ihre Pflichten zu erinnern:

Selbstverleugnung oder Stoicismus
 Wer je ein Amt des Volkes trägt,
 Hat Haß und Liebe angelegt:
 Dem Bürger weihet sich seine Pflicht,
 Den Menschen aber kennt er nicht.
 Wer auf das Heil des Staates denkt,
 Hält alle Eigenlust versenkt;
 Er wägt, sich selber ungetreu,
 Was recht und wahr und nützlich sei.

Und er warnt sie vor einem Machtmißbrauch:

Von der Uneigennützigkeit
 Gebrauchst du nicht zum Unterdrücken
 Die Macht, vom Volk dir anvertraut?
 Hast du durch keine List und Tücken

Auf diese Macht dein Glück gebaut?
Fand nie durch deinen Eigennutz
Das Gute Spott, das Böse Schutz?

Lamey stand bei den Jakobinern offenbar in gutem Ansehen, vermerkt doch das Protokoll der Volksgesellschaft vom 30. April 1794, daß der Präsident über ein deutsches Gedicht mit dem Titel „An den Schöpfer“ berichtete, welches der junge patriotische Dichter ihm übersandt hatte.³⁷ Überdies wurde er zum Übersetzer beim Wohlfahrtsausschuß ernannt. Otte schreibt dazu: „Die sich mit jedem Tage anders gestaltenden politischen Verhältnisse bewirkten jedoch, daß seine Ernennung, obgleich unwiderrufen, ohne Folge blieb“, doch demgegenüber vermerkt Goedecke, daß er die Stelle angenommen habe. Lamey, der 12 Tage in Colmar weilte, hatte sich mit Gottlieb Konrad Pfeffel beraten und sich dann auf dessen Zusprache entschlossen, nach Paris zu gehen, zumal ihm daran lag, die in Straßburg durch die Revolution unterbrochene Ausbildung fortzusetzen. Er wurde dort in die Ecole Normale aufgenommen, die aufgrund eines Konventsdekretes vom 30. Oktober 1794 als Lehrerbildungsanstalt für ausgewählte Jungen gegründet wurde, und hörte Vorlesungen von Monge, Laplace, Garat, Sicard, Volney, Laharpe, Bernardin de St. Pierre, bis er vom Vollziehungsdirektorium als „traducteur officiel à l'imprimerie de la république“ berufen wurde.³⁸ Wie er später einem jüngeren Freunde gegenüber bekennt, erfaßte ihn in Paris eine „ungewöhnliche Leidenschaft fürs Theater“, die sich auch im Briefwechsel mit dem Freunde Gottlieb Konrad Pfeffel spiegelt,³⁹ dem er im Frühjahr 1799 (1. Germinal VII) schrieb: „Seitdem ich Sie ersuchte, mir einige der besten deutschen Schauspiele anzugeben, haben mehrere gute Köpfe hier unternommen, die Theaterstücke von Kotzebue französisch ans Tageslicht zu geben; denn es ist erstaunlich, wie vieles Glück sein ‚Menschenhaß und Reue‘ auf dem hiesigen Theater gemacht hat: die Spekulanten hoffen ein gleiches von seinen übrigen Stücken.“ Er berichtet weiter über den Brand des prächtigen Schauspielhauses Odeon und sonstige Neuigkeiten auf dem Gebiet des Theaterwesens. Über seine eigenen dramatischen Arbeiten erfahren wir: „Ich wollte, auf Ihren letzten Brief hin, an meinem Jugurtha arbeiten. Mein Buchhändler aber wollte etwas für die Ostermesse; und da ich vernünftigerweise nicht hoffen durfte, ein großes Trauerspiel in so kurzer Zeit fertig zu bringen, so habe ich ein Gegenstück zu Marius, Catos Tod gedichtet; es ist etwas beträchtlicher als Marius ausgefallen, ob es aber so gut ist, sollten Sie mir bald aufrichtig sagen. Man hat meinen Marius in der gelehrten Monats-

37 Frédéric Charles Heitz, *Les Sociétés politiques de Strasbourg pendant les années 1790 à 1793*. Straßburg 1863, S. 345.

38 Otte, a.a.O., S. 7.

39 Stadtbibliothek Colmar, Ms 715 bis (Recueil de correspondance de Pfeffel). Die Briefe vom 1. Germinal und 7. Messidor VII sind deutsch, die vom 23. Brumaire und 19. Germinal VIII sind französisch geschrieben. Ich bin Herr Conservateur F. Gueth von der Stadtbibl. Colmar für seine freundl. Unterstützung sehr zu Dank verbunden.

zeitschrift: Magasin encyclopédique, Monat Ventôse, analysiert, und ich konnte mit dem schmeichelhaften Urteil zufrieden sein.“ Am 25. Juni (7. Messidor VII) antwortet er auf die freundschaftliche Kritik Pfeffels: „Ihr Urteil über meinen Cato zeugt von der gütigen Nachsicht, womit Sie noch immer meine Produkte aufnehmen: ich habe auch die Winke, die Sie mir nebenhin geben, nicht außer acht gelassen, und danke Ihnen dafür herzlich. Die Vernachlässigung des Stils oder der Mangel an Gedrungenheit, den ich selbst nur allzuwohl fühle, mag zum Teil von der Geschwindigkeit herrühren, womit ich meine Arbeit abfertigen mußte, weil der Buchhändler darauf wartete: diesem Fehler also und anderen, die nicht im Plane selbst liegen, könnte bei einer zweiten Auflage abgeholfen werden. Ich habe endlich, von Ihrer Aufmunterung gestärkt, den Grund zu meinem Jugurtha gelegt, den ich in fünf Akten ausspinnen will: gebe mir Apollo seinen Segen! Zwei Auftritte wären fertig: Unlust, Amtsarbeit und politische Zerstreung haben mich bisher nicht mehr tun lassen.“

Eine Woche zuvor, am 30. Prairial VII (18. Juni 1799) war das zweite Direktorium gestürzt worden, doch Lamey verweist Pfeffel auf die Zeitungen und bemerkt nur: „Noch alles Chaos! Wir wissen nicht, welche Schöpfung herauspringen wird!“ Die von ihm zitierten unkenden Schlagzeilen der täglich ausgeteilten „seltsamen Pamphlete“ verhiessen auch der neuen Regierung nichts Gutes.⁴⁰ Schon drei Tage nach Lameys Brief sorgen die militärisch notwendigen Gesetze vom 10. Messidor (28. Juni 1799) über die volle Inkraftsetzung der Konskription und die den vermögenden Bürgern auferlegte Zwangsanleihe für innenpolitischen Zündstoff. Zwar hatte Frankreich bis zum Herbst die katastrophale militärische Lage gemeistert, doch im Brief Lameys vom 23. Brumaire VIII (14. November 1799) an Pfeffel spiegelt sich die Stimmung in Paris nach dem Staatsstreich Napoleons, der sich am 18. und 19. Brumaire praktisch in den alleinigen Besitz der Macht gesetzt hatte: Bonaparte habe den gordischen Knoten durchhauen, die Herzen blühten auf, und die Hoffnungen regten sich. Der Beifall, den er in Paris erhalten habe, zeige zur Genüge, daß er richtig gehandelt habe. Die Bankiers beeilten sich, als effektiven Beweis ihres Vertrauens, in die Staatskasse einzuzahlen, die nicht mehr ein Faß ohne Boden sei. Und optimistisch fügt er hinzu, Bonaparte scheine zu gut den echten Ruhm zu kennen, um zu der Befürchtung Anlaß zu geben, daß er sich widerrechtlich eine diktatorische Macht aneigne. Wie dem auch sei, man scheine überzeugt, daß er den inneren und äußeren Frieden bringen werde. Seine Begeisterung für Napoleon, dem er in der ersten Aufwallung eine Ode widmete,⁴¹ teilte er mit dem damaligen französischen Außenminister Karl Friedrich Reinhard, dem

40 Schlagzeilen der Blätter: Les cris du diable; la visite du diable; ah qu'ça va mal; on veut vous enchaîner comme des bêtes féroces; sauvez-vous, sauvez-vous, car il est temps.

41 Lamey hat später seine Ansicht über ihn im Gedicht „Bonaparte“ korrigiert (Gedichte von August Lamey, Straßburg 1860, S. 134 f.).

schwäbischen Pfarrersohn aus Schorndorf, der nach kurzer Amtszeit am 29. Brumaire demissionierte.⁴² Lamey hatte auch persönlich Grund befriedigt zu sein: zu seinem Kummer hatte sich die Schwäche des Direktoriums in einer erschreckenden Vielzahl von Gesetzen gezeigt, die übersetzt werden mußten, so daß er während zweier Monate als „traducteur du Bulletin des Loix“⁴³ mit Arbeit überladen war. Trotzdem machten seine literarischen Arbeiten, von deren Stand er jeweils Pfeffel berichtete, Fortschritte: „Mein Marcus Sextus, den ich allem vorziehe, was ich bisher gemacht habe, und der, nachdem Sie Ihr Urteil darüber gefällt haben, durch den Bürger Joly ins Französische übersetzt wurde.“ Das Urteil von Pfeffel war offenbar günstig ausgefallen, denn Lamey dankte ihm im gleichen Schreiben vom 19. Germinal VIII (8. April 1800) sehr herzlich für den ungemein schmeichelhaften Brief. Solche Aufmunterung, wie sie Lamey von Pfeffel erfuhr, hatte er durchaus nötig, war er doch gerade nach einer mehrwöchigen Krankheitsdauer dank eines tüchtigen Chirurgen von einem schweren Unfall genesen, der ihm beinahe das Leben gekostet hätte.

Der Franke vom Rheinstrom hatte sich inzwischen an der Seine gut eingelebt; er war in jenem Jahr in die rue Beauregard No. 185, gegenüber der Porte St.-Denis, umgezogen. Im Jahr darauf heiratet er. Schon seine Biographen Otte und Stöber erwähnen das nur am Rande, aber diese Eheschließung mit den neuen verwandtschaftlichen Beziehungen scheint uns doch mehr als einer beiläufigen Bemerkung wert. Die Auserwählte war Alexandrine Pascot, Tochter von Charles Pascot, Intendant der Herzogin von Bourbon und der Adelaïde Oeben, deren deutscher Vater Jean-François Oeben der berühmte Ebenist unter Ludwig XV. und nach dem Tode Ch.-J. Boullés „ébéniste du roi“ war, zu dessen Kunden neben dem König die Pompadour, der französische Hof, der Herzog von Burgund und der französische Hochadel zählten.⁴⁴ Victoire, Schwester von Adelaïde, war verheiratet mit Charles Delacroix de Contaut, Außenminister vom 5. November 1795 bis zum 19. Juli 1797, zu jener Zeit Préfet des Bouches-du-Rhône. Ihre Tochter Henriette war mit Raymond Verninac de Saint-Maur verheiratet, 1795 Gesandter in Konstantinopel, 1800 Präfekt in Lyon. Im September 1801 geht er als Nachfolger des frz. Gesandten Karl Friedrich Reinhard nach Bern. Durch seine Ehe mit Alexandrine wurde Lamey angeheirateter Cousin des berühmten Malers Ferdinand-Victor-Eugène Delacroix (1798–1863)⁴⁵, dessen hundertstes

42 Vgl. dazu Robert Marquant, Karl Friedrich Reinhard (1761–1837), in: Robert Uhlend (Hrsg.), Lebensbilder aus Schwaben und Franken, 13. Band, 1977.

43 Das Bulletin des lois (Sammlung der Gesetze und Verordnungen) wurde durch das Dekret vom 14. Frimaire II (4. Dezember 1793) geschaffen.

44 Gotthard Jedlicka, Eugène Delacroix. Zum hundertsten Todestag: 13. August. In: Neue Zürcher Zeitung. Fernausgabe Nr. 218, Blatt 11, 10. August 1963.

45 Vgl. dazu André Joubin, Korrespondenz zwischen Eugène Delacroix und seinem Cousin Auguste Lamey, in: Archives Alsaciennes d'Histoire de l'Art, 1931. Für diesen und andere Literaturhinweise bin ich Herrn Edmond Posing (Stadtarchiv Straßburg) sehr zu Dank verpflichtet.

Todesjahr in Frankreich in einem Ausmaß und einem Aufwand wie nie bei einem Künstler zuvor gefeiert wurde.⁴⁶ Vater des Malers Delacroix war mit einiger Sicherheit der Fürst Talleyrand.⁴⁷

Lamey blieb bis 1812 in Paris und wirkte dann bis zum Sommer 1814 als Mitglied des Douane-Gerichts in Lüneburg und Hamburg. Nach einem mehrwöchigen Abstecher nach Straßburg kehrte er wieder nach Paris zurück, das er dann 1816 endgültig verließ. Zuerst Friedensrichter in Münster im Elsaß, wurde er 1818 Untersuchungsrichter in Altkirch, 1827 Richter am Zivilgericht in Kolmar. 1829 wechselte er nach Straßburg, wo er ebenfalls als Richter am Zivilgericht bis 1844 tätig war und als Zweiundsiebzjähriger seinen Abschied nahm. Varnhagen van Ense vermittelt uns mit seinem Tagebucheintrag vom 8. Juli 1856 einen lebendigen Eindruck von dem „Ruheständler“:⁴⁸

„Besuch bei Herrn Dr. Mühl. Er geht mit uns zu Herrn Lamey, den wir eben noch treffen, er ist im Begriff nach Paris abzureisen, in einer Viertelstunde! Es blieb nur Zeit zur herzlichen Umarmung, zu den eiligsten Worten, zum Austausch einiger Meinungen, er pries Uhland als seinen Mann, bekannte sich gern zu den Gesinnungen, die er schon 1789 in seinen Liedern ausgedrückt, schenkte mir die neueste Ausgabe seiner gesammelten Gedichte. Der kleine Mann ist 84 Jahre alt, aber so frisch und rüstig, daß man ihn für dreißig Jahre jünger halten könnte. Sehr bedauerte ich die Kürze unseres Begegnens, mit ihm gerade hätte ich vieles zu besprechen gewünscht. Er bewohnt sein eignes Haus, das sehr schön ausgestattet ist; reicher Hausrat, Ölgemälde, größte Sauberkeit – er gilt für einen Millionär, hat keine Kinder, noch nahe Verwandte, genießt das Leben, dichtet noch immer.“

Mit 84 Jahren hoffte er übrigens noch, mit Unterstützung von Eugène Delacroix mit der Légion d'honneur ausgezeichnet zu werden. Delacroix, der bei der Weltausstellung von 1855 Kommandant der Légion d'honneur wurde und die große Ehrenmedaille erhalten hatte, bemühte sich allerdings vergeblich darum; einerseits war Delacroix „Einzelgänger in der Öffentlichkeit und in der Gesellschaft“, zum andern stand der Verleihung wohl die republikanische Vergangenheit Lameys im Wege, die dieser nie verleugnet hat.

Was er in jugendlicher Begeisterung einst über das Kennzeichen eines echten Patrioten geschrieben hatte, bewahrheitete sich bei ihm selbst: „der französische Patriot von 1789 hängt fest an den Grundsätzen seiner

46 Richard Häsli, Das Bild – ein Fest. Zu den Delacroix-Ausstellungen in Paris. In: Neue Zürcher Zeitung. Fernausgabe Nr. 218, Blatt 10, 10. August 1963.

47 Dictionnaire Universel de l'Art et des Artistes, S. 376; Dictionnaire de Biographie française 10, S. 615; 627; Duff Cooper, Talleyrand, dtv 1962, S. 75; E. W. Tarlé, Talleyrand, Leipzig 1950, S. 250.

48 Varnhagen van Ense, Tagebücher, Bd. 13, S. 83.

Jugendzeit und an den glorreichen Zeiten, an den freisinnigen Staatseinrichtungen seines politischen Vaterlandes; er bleibt bis an sein Ende *„der Franke am Rheinstrom“*...⁴⁹ Dem schließt sich Ludwig Spach an:⁵⁰ „Lamey blieb seinem Freiheitsideale treu; das politische Glaubensbekenntnis, das er in einer der letzten Ausgaben seiner gesammelten Gedichte (1852) ablegt, läßt darüber keinen Zweifel.“

Alle historischen Ereignisse hatten seinen Glauben nicht rauben können:⁵¹

Weil Menschen tausendfältig irren,
Begriffe tauschen und verwirren,
Soll Keiner das Gerechte seh'n?
Weil neue Ketten, alte klirren,
Wird nie der Freiheit Reich besteh'n?
Was ich erkoren, hat die Weihe!
Dem Brüder, dem bewahr' die Treue,
Das siegt mit Gott und mit der Zeit.

Haltet fest am Glauben,
Brüder, das ist not;
Selig sind die glauben!
Zweifeln ist der Tod.

August Wilhelm Lamey starb am 27. Januar 1861 und wurde auf dem St. Helenenfriedhof in Straßburg beigesetzt.

49 Stöber, a.a.O., S. 389.

50 Spach, a.a.O., S. 86.

51 Das Lied vom Glauben. Gedichte. Straßburg 1860, S. 141 ff.

Eisenerzgrube Kahlenberg bei Ringsheim/Südbaden

Gustav Albiez

Geschichte

Die in dieser Abhandlung dargestellte Bergbauperiode von 1937–1969 ist nicht die erste Nutzung der Eisenerzlager im Braunen Jura (Dogger) entlang der Rheinebene. Dies beweisen alte Grubenbaue, die beim Abbau des Eisenerzlagers am Rötelberg nördlich Ringsheim in den 1950er Jahren gefunden wurden. Die Alten waren bis zu 80m in den Berg hinein vorgedrungen und gewannen vorwiegend mit Keilhauenarbeit das weichste und zugleich reichste Erz. Über diese Betriebsperiode gibt es leider keine schriftlichen Aufzeichnungen; man ist daher auf Vermutungen angewiesen. So hält *Kirchheimer*¹ hier einen römischerzeitlichen Bergbau für möglich. Er begründet seine Annahme mit der Nähe der Römerstraße und der römischen Siedlungen in Riegel und Lahr-Dinglingen.

Es spricht aber auch einiges dafür, daß der Bergbau bis ins Mittelalter weiterlief oder zu dieser Zeit wieder aufgenommen wurde. Die Nennung von „isine steina“ anno 868 bei Otfried von Weissenburg deutet auf einen Eisenerzbergbau irgendwo am Oberrhein. Wenn Heinrich II., Bischof von Basel, dem Kloster Sulzburg 1004 erlaubt, in Ringsheim (Rincka) einen Markt zu eröffnen, so darf man wohl annehmen, daß Ringsheim damals ein Ort von einiger Bedeutung war. Der Ortsname selbst (Rincha 1008), im Dialekt Rinse – Ringse, läßt sich von „rennen“ – rinnen – schmelzen ableiten. Die Nachsilbe „heim“ ist erst seit 1226 üblich. Für mittelalterlichen Bergbau sprechen auch einige Flurnamen: „Gießhübel“ steht oft mit Schmelzplätzen in Verbindung; „Offental“ stammt vom mhd. Offen = Ofen. Beide Flurnamen sind am Rötelberg beheimatet. Die Rötelmauer – 1350 „zuo der Steinmure“ dürfte damals schon ein Überrest gewesen sein, der Rest einer alten Bergbauanlage.² Zwei Legenden vom Rötelberg

1 *F. Kirchheimer*, Bericht über Spuren römischerzeitlichen Bergbaus in Baden-Württemberg. Aufschuß 27, 1976, S. 361–371.

2 *A. Köbele*. Dorfsippenbuch Ringsheim. Grafenhausen bei Lahr, 1956.

berichten von Flammen im Berg und sprechen für Abbau mit Feuersetzen oder Schmelzbetrieb.

Auch am Niederberg bei Kenzingen fand man unter Löß Reste von Holzkohle und halbverhüttetem Erz, Eisenschlacken und Eisengerät. Keramikfunde deuten auf einen frühmittelalterlichen Hüttenplatz.³

Während der regen Bergbauperiode auf das mittelbadische Eisenerz im 18. Jh. wurden die Jura-Erze der Lahrer Vorberge nicht verschmolzen, weil der Verbrauch an Holzkohle zu groß gewesen wäre.³ Die eisenführenden Schichten waren zwar bekannt, wurden jedoch nur als Bausteine verwendet: sie waren weich und wenig dauerhaft. Sie wurden u.a. südöstlich Ringsheim in einem kleinen Steinbruch gewonnen, der bereits 1350 als „steingruobe“ erwähnt ist.

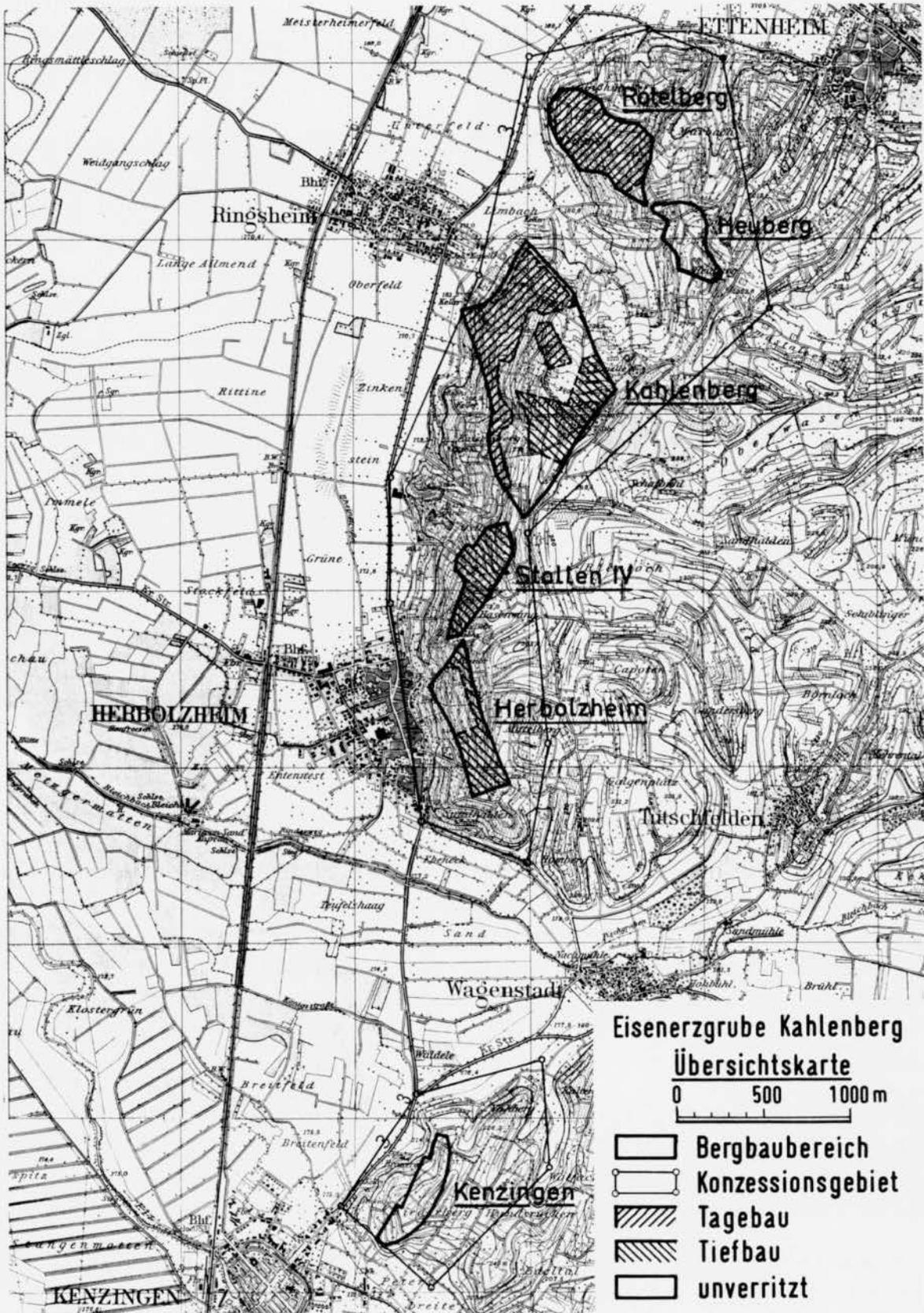
Besitzverhältnisse

Durch die Gründung der Reichswerke Hermann Göring in Salzgitter verloren die Vereinigten Stahlwerke, Dortmund, einen Teil ihrer Eisenerz-Grubenfelder in Mitteldeutschland. Als Ersatz boten sich die oolithischen Eisenerze Süddeutschlands, die jedoch nur noch im Bereich der Vorbergzone entlang der Oberrheinischen Tiefebene verfügbar („bergfrei“) waren.

Bergrechtliche Grundlage war das Badische Berggesetz in der Fassung vom 2. 7. 1924 (GVBl. S. 177). Darin war das Eisenerz zum staatsvorbehaltenen Mineral erklärt worden, das nur vom Staat oder aufgrund einer Konzession von Dritten abgebaut werden darf. Um eine solche Konzession zu erlangen, muß der Bewerber das Vorhandensein einer abbauwürdigen Lagerstätte nachweisen. Die Rohstoffbetriebe der Vereinigten Stahlwerke begannen daher um Ostern 1937 mit geologischen Untersuchungen am Kahlenberg, wo das Eisenerzlager in dem kleinen Steinbruch „am Steingruble“ zu Tage trat. Günstige Analysenwerte ermunterten hier zum Vortrieb von Stollen I bis auf die Ostseite des Kahlenbergs. Weitere Aufschlüsse brachten Stollen II am Rötelberg, Stollen III am Felsenkeller südlich Herbolzheim, Stollen IV nördlich Herbolzheim und Stollen V nördlich von Kenzingen (1937/39).

Daraufhin erhielten die Rohstoffbetriebe der Vereinigten Stahlwerke vom Badischen Finanz- und Wirtschaftsministerium die Konzession „Kahlenberg mit Rötelberg und Niederberg“ vom 11./26. Oktober 1937. Das verliehene Feld enthielt 3 getrennte Bergbauschollen und hatte insgesamt 4678420 qm Fläche. Sie lief vom 1. 1. 1938 auf 30 Jahre. Ab 1. 10. 1952 wurde sie rückwirkend auf die Barbara Erzbergbau AG in Siegen

³ R. Metz, Alter und neuer Bergbau in den Lahrer und Emmendinger Vorbergen. Aleman. Jahrbuch 1959, S. 255–292.



übertragen. Diese war am 18. 3. 1953 gegründet und am 26. 9. 1963 in eine GmbH umgewandelt worden. 1963 waren an der Barbara Erzbergbau beteiligt zu je 25 % die August-Thyssen-Hütte AG, die Dortmund-Hörder-Hüttenunion AG, die Phönix-Rheinrohr AG und zu 25 % andere Montangesellschaften.

Mit dem 1. Nachtrag vom 10. Oktober/1. Dezember 1960 = „Kahlenberg-Erweiterung“ wurde der Heuberg als Grubenfeld verliehen mit zusätzlich 1421606 qm. Beide Konzessionen wurden bis zum 31. 12. 1970 verlängert. Der 2. Nachtrag vom 2./12. August 1968 bestimmte die Fläche nach neuen Koordinaten auf 6099535 qm und verlängerte die Konzession bis zum 31. 12. 1997. 1970 wurden Konzession und Nachträge mit allen Rechten und Pflichten vom Landkreis Lahr übernommen. Die bergrechtlichen Ansprüche der Barbara Erzbergbau GmbH gegenüber Dritten sind durch eine Aufsuchungsermächtigung des Wirtschafts-Ministeriums Baden-Württemberg vom 7. 6. 1957 im Bereich Kinzig bis Klettgau gesichert.

Für die Leitung der süddeutschen Untersuchungsbetriebe und Bergwerke schufen die Rohstoffbetriebe der Vereinigten Stahlwerke die Bergverwaltung Süddeutschland unter Bergassessor a.D. Dr. Ing. Carl Bretz. Ihr Sitz war Freiburg/Br., Silberbachstraße 19, später Bertholdstraße 60. Nach Ausbombung wurde sie zur Grube „Schönberg“ in Freiburg-St. Georgen und 1964 nach Ringsheim verlegt.

Geologie

Nach dem Verlust der lothringischen Minette 1918 besann man sich auf die ausgedehnten, aber armen oolithischen Eisenerze in Süddeutschland. Im Arbeitsgebiet der Rohstoffbetriebe zwischen Kinzig und Klettgau erwiesen sich die Doggerschichten als bergbaulich interessant. Im Bereich der Vorbergzone erschloß man mit Schürfgräben, Bohrungen und Stollen 3 größere Erzlager, auf denen Bergbaubetriebe eingerichtet wurden: 1) die Grube Kahlenberg bei Ringsheim mit 10–11,5m Erzmächtigkeit, 2) die Gruben Schönberg und Steinberg bei Freiburg-St. Georgen bzw. Bollschweil mit 6–7m Erz⁴ und 3) die Grube Lipburg bei Badenweiler mit 2m Erz.⁵

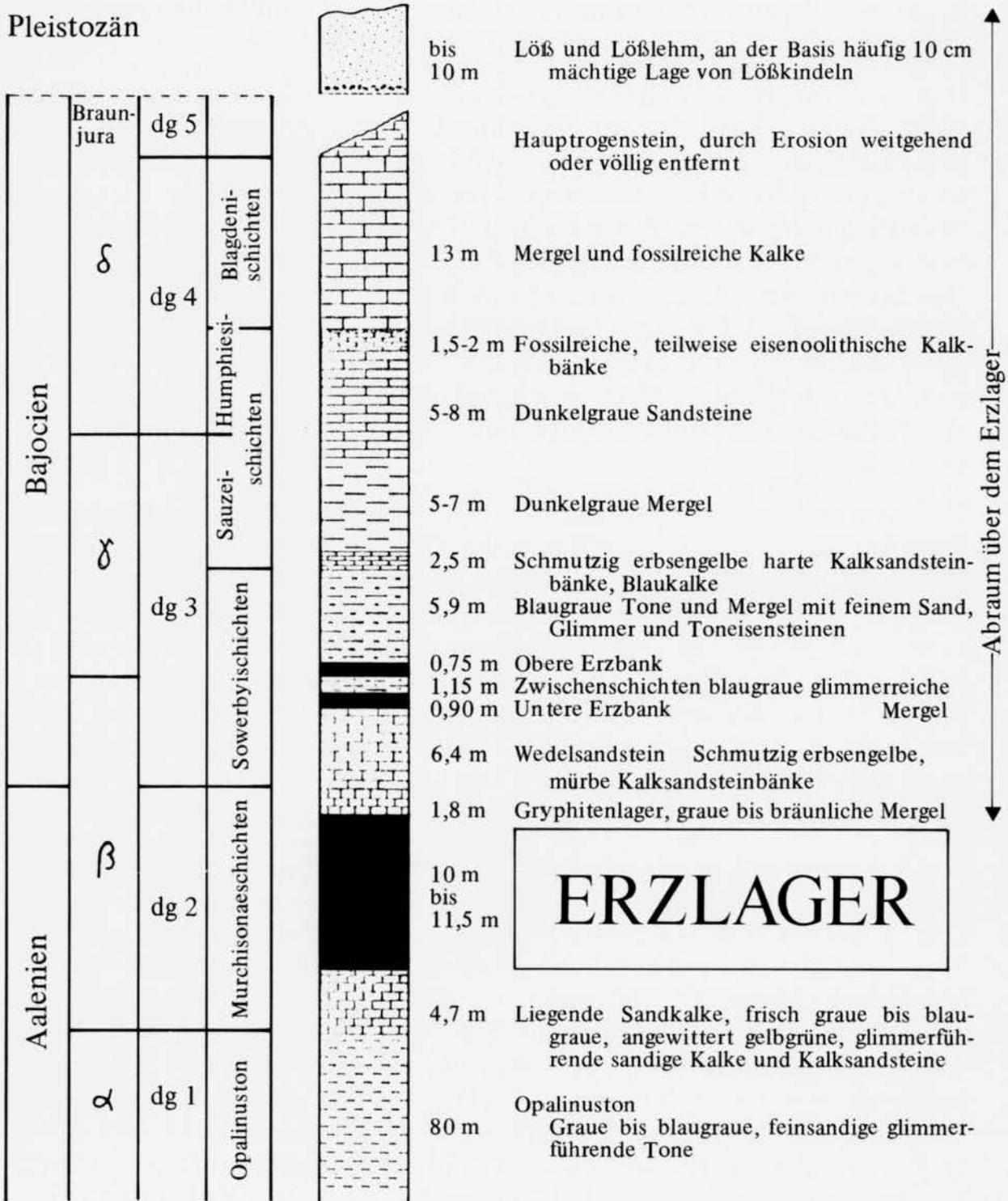
Das in den genannten Gruben erschlossene Erzlager gehört zum Braunen Jura = Dogger, genau zum Dogger 2, einer Gesteinsserie, die nach dem Leitfossil *Ludwigia Murchisonae* als Murchisonae-Schichten bezeichnet wird. Das Profil des Doggers zeigt das folgende Bild.

Daraus geht hervor, daß über dem mächtigen Erzlager Mergel anstehen. Dies ist deswegen bergbaulich bedeutsam, weil sie kein „festes Dach“

4 G. Albiez. Eisenerzbergbau am Schönberg bei Freiburg/Brg. Bad. Heimat 1978, S. 283–300.

5 G. Albiez. Eisenerzgrube Lipburg, Markgräflerland 1977, S. 263–267.

Pleistozän



Schichtenfolge in den Tagebauen Kahlenberg und Rötelberg bei Ringsheim. Stratigraphie vorwiegend nach K. SAUER (1948).

darstellen und zum Stehenlassen der obersten Erzschiebt zwingen. Im Untertagebetrieb bedeutet dies Abbauverlust. Außer mehreren Mergelpartien enthalten die oberen Doggerschichten Kalksandstein + Ton + Kalkstein. 2 dünne Erzbänke im Dogger 3 sind nicht bauwürdig. Die Doggerschichten werden meist von Löß überlagert.

Das in einem flachen Meer abgelagerte Eisenerz besteht aus kleinen Kügelchen (Ooiden), die mit Kalk und Brauneisen verkittet sind; dazu kommen Reste von Fossilien. Die Ooide enthalten als Kern häufig ein Quarzkorn oder einen Fossilrest. Im Mineralbestand der Eisenerze überwiegen Kalkspat, Brauneisen und Quarz; untergeordnet kommen vor: Magnetit, Eisenglanz, Ilmenit, Rutil, Psilomelan und Tonminerale.⁶ Das Murchisonae-Lager läßt sich durch seine braune bis tiefrote Farbe leicht abgrenzen. Die Gesteinsausbildung ist ziemlich eintönig. Scheinbar charakteristische Leitschichten keilen nach den Seiten hin rasch aus.⁷ Die Wechsellagerung ist charakterisiert durch einzelne Linsen verschiedener Gesteinsbeschaffenheit. Die Gesteins Härte nimmt nach oben zu.

Das Eisenerz lager streicht generell NW-SO und fällt mit 6–8 Grad zum Rheintal hin ein. Es tritt am Rande der Vorbergzone zu Tage aus und ist durch tektonische Vorgänge bei der Entstehung des Rheintals stark gestört. Verwerfungen bewirken eine Zergliederung des Erz lagers in einzelne Schollen. Die hochliegenden Schollen wurden z.T. erodiert. Weitere Erzverluste ergaben sich durch 2 Tuffschlote, die im Zusammenhang mit dem Kaiserstuhl-Vulkanismus im Miozän das Erz lager von unten her durchstießen und auch die benachbarten Teile des Erz lagers stark zerrütteten. Westlich der Vorberge sinkt das Erz rasch in den Bereich des Grundwassers und ist hier nicht mehr gewinnbar.

Das Kahlenberg-Erz hat folgende durchschnittliche Zusammensetzung: 20,5% Fe trocken + 0,22% Mn + 24,2% CaO + 4,0% Al₂O₃ + 15% SiO₂ + 1,02% MgO + 0,36% P. Der Eisengehalt ist also ziemlich gering. Der Wert des Erzes besteht in seinem guten CaO-Gehalt, der den SiO₂-Gehalt wesentlich übersteigt. Dadurch ist das Erz als Zuschlag für die Verhüttung saurer Erze geeignet. Natürlich ist die Zusammensetzung des Erzes Schwankungen unterworfen, die u. U. gewisse Teile der Lagerstätte unbauwürdig machten. Die Vorräte an anstehendem Erz wurden in den 1940er-Jahren auf etwa 35 Mio t geschätzt, wovon nach Abzug der Abbauverluste noch etwa 27 Mio t gewinnbares Erz errechnet wurden. Diese Zahl war zu hoch angesetzt, da bei der Stilllegung nach einer Gesamtförderung von 14,5 Mio t nur noch 7 Mio t Restvorrat angegeben wurden.

⁶ R. Metz. a.a.O.

⁷ K. Sauer. Der Kreis Emmendingen. Die natürlichen Grundlagen. 1964, S. 59–76.

Grubenbetrieb

Die Lagerung des Eisenerzes war insofern günstig, als ein wesentlicher Teil des Erzes im Tagebau gewonnen werden konnte. Der Rest mußte im Untertagebetrieb abgebaut werden. Solche Tiefbaue wurden 1937/39 im Stollen I südöstlich Ringsheim und im Stollen IV nördlich Herbolzheim eingerichtet. Dabei galt es zunächst, ein brauchbares Abbauverfahren für das 10m mächtige Erzlager zu entwickeln. Wegen des billigen Fördergutes kamen nur leistungsfähige Abbaumethoden in Frage. An Versatz war nicht zu denken. Nach einer Reihe von Versuchen entwickelten sich 4 Abbauverfahren:

- 1) Scheibenbruchbau,
- 2) Kammer-Pfeilerbau mit streichendem Verhieb,
- 3) Kammer-Pfeilerbau mit schwebendem Verhieb,
- 4) Örterbau mit freibeweglichen Geräten.

Allen untertägigen Abbauverfahren gemeinsam war das Stehenlassen der obersten Schicht des Erzlagers; diese mußte als „festes Dach“ erhalten bleiben, weil die darüberliegenden Mergel und Sandsteine zum Nachbrechen neigten. Beim Verfahren 1) wurde das Erz in 2 Scheiben – die obere voraus – abgebaut. Das losgeschossene Erz wurde von Hand im Muldenkipper geladen. Wegen mangelnder Sicherheit wurde diese Abbaumethode schon 1940 aufgegeben. Die Verfahren 2) und 3) bestanden in schmalen parallelen Vortrieben, die im Rückbau zu Kammern erweitert wurden. Zwischen den Kammern ließ man Pfeiler stehen, damit die Kammern bis zum Leerfördern offen blieben. Im Abbau wurden Schüttelrutschen bzw. Schrapper verwendet. Nach dem Leerfördern schoß man die Pfeiler zu Bruch, damit das Deckgebirge gleichmäßig abgesenkt wurde. Die Abbauleistungen konnten erheblich gesteigert werden: von 5 bis 7 Tonnen pro Mann und Schicht beim Verfahren 1) auf 7–11 t bei Verfahren 2) und auf 29 t bei Verfahren 3).

Letzter Stand der Untertage-Abbautechnik war Verfahren 4), der Örterbau mit freibeweglichen Geräten, der im Stollen Herbolzheim ab 1959 angewendet wurde. Dazu benötigte man eine geeignete Gerätekombination, bestehend aus 1 gummibereiften Secoma-Bohrwagen Typ AP 11 b mit 5m maximaler horizontaler Bohrhöhe und einer Leistung von 800 t/Schicht. Dazu kam 1 Michigan-Schaufellader 175 A. Zum Transport des Erzes vom Abbau in die Aufbereitungsanlage dienten 4 Lastkraftwagen von 6,25 t Tragkraft. Damit erzielte man eine Untertageleistung von 30 t/Mann und Schicht.

1961 wurde die abbauwürdige Mächtigkeit von 7,5 auf 6m reduziert, weil die Hüttenwerke höhere Qualitätsansprüche stellten. Es wurde daraufhin ein vollhydraulischer Bohrwagen Secoma mit 6,6m maximaler horizontaler Bohrhöhe angeschafft, so daß das Lager nun in 1 Scheibe abgebaut werden konnte. Das Erz wurde mit einem Kaelble-Schaufellader auf LKW verladen. Die Untertageleistung stieg damit auf 40 t pro Mann und Schicht.⁸

⁸ P. Römer. Die Entwicklung des Abbauverfahrens im Tiefbau der Grube Kahlenberg. Erzmetall 1963, S. 281–284.

Über die einzelnen Tiefbaureviere ist folgendes zu berichten:

Stollen I wurde 1937 begonnen und durchfuhr die ganze nördliche Scholle Kahlenberg bis zum östlichen Ausbiß des Erzlagers. Das Grubenfeld war durch mehrere Verwerfungen gestört; dadurch waren nur kleine Abbaufelder möglich, die meist von Störungen begrenzt waren. Teilweise war die Überdeckung zu gering. Ostgrenze dieser Scholle war die Kaiserbergstörung. Der Stollen I hatte eine Länge von 800m. Das Baufeld Stollen I umfaßte eine Fläche von $800 \times$ maximal 300m. 1939 wurden 4 Gummibandanlagen erstellt vom Abbau bis zum Stollenmundloch. Schrapper als Ladegeräte brachten eine große Leistungssteigerung. Die Strecken wurden ausgebaut in Pokaleisen oder Türstock mit Kappschienen. Die Firste sicherte man mit Seilkappen. Die Strecken hatten elektrische Beleuchtung. 1954 kam ein Bandkanal mit Stahlgliederband in Betrieb. Die Frischluft zog durch 5 Tagesstrecken ein und durch den Wetterschacht im O aus. 1943 kamen einige Abbaukammern wegen zu geringem Abbaufortschritt unter Druck. Die Förderung aus Stollen I wurde daher von 1943–1951 stillgelegt. 1958 folgte die endgültige Stilllegung.

Stollen II bezweckte neben den Bohr- und Schürfarbeiten die genaue Untersuchung des Eisenerzlagers am Rötelberg. Diese Vortriebe mußten wegen Personal- und Materialmangels bereits im Januar 1939 eingestellt werden. Wegen der geringen Überdeckung erwies sich der Rötelberg als ideales Tagebauegebiet.

Stollen III wurde 1938 zur Untersuchung der Herbolzheimer Scholle vom Felsenkeller aus etwa 370m vorgetrieben. Es wurde dabei ein Tuffschlot angefahren.

Stollen IV erschloß das tiefliegende Südfeld der Scholle Kahlenberg. Bis ans Erz waren 330m aufzufahren. Das Abbaufeld erstreckte sich im Laufe der Jahre auf 600m Länge und 200m Breite. Das Erzlager ist hier durch geologische Störungen besonders unregelmäßig. Südlich Stollen IV wurde ein Tuffschlot von $200m \times 150m$ Fläche angefahren, in dessen Nähe das Gebirge sehr stark zerrüttet ist. Die nach W einfallenden Strecken gerieten bei 176,8m NN ins Grundwasser. Das im Wasser anstehende Erz ist nicht förderfähig, weil es in der Aufbereitung die Siebe verstopft.

Für die Förderung waren ab 1938 zwei Gmeinder-Dieselloks 10/12 PS zugelassen. 1943 stellte man die Förderung zur Brech- und Siebanlage von Diesellok auf elektrische Fahrdraktlok um. Die Gleisanlage zwischen Grube und Aufbereitung verlief 1500m über Tage und 500m unter Tage. Als Förderwagen dienten Fortuna-Wagen von 1,5 t Inhalt. Nach vorübergehender Stilllegung kam die elektrische Grubenbahn 1949 nach Einbau eines neuen Gleichrichterkolbens wieder in Betrieb. Eine neue AEG-Fahrdraktlok von 50 kW wurde nicht mehr eingesetzt, weil Stollen IV wegen Absatzmangels ab 1. 3. 1954 stillgelegt werden mußte. Der 45m tiefe ausziehende Wetterschacht im O des Abbaufeldes wurde 1952 unbrauchbar. Statt dessen fuhr man von der evgl. Kirche Herbolzheim einen Wetterstollen ins Feld Stollen IV.



Tagebau Rötberg: Erzförderung mit LKW (1959)



Tagebau Kahlenberg: rechts Kippe, links Erzstoß (1965)

Stollen V diente zur Untersuchung des Niederbergs bei Kenzingen. Das Erz war zu arm und daher uninteressant.

Stollen Herbolzheim wurde als letztes Untertagefeld ab 1958 mit 20qm Querschnitt östlich Herbolzheim aufgefahren. Das Wegladen und Fördern des Haufwerks besorgte ein Michigan-Lader. Die Stollensohle wurde betoniert. Die Vorrichtungsstrecken wurden nach S bis an die durch Zerklüftung bedingte Bauwürdigkeitsgrenze vorgetrieben. Als Abbauverfahren wählte man hier den Örterbau mit frei beweglichen Geräten. Die hohen Anforderungen der Hüttenwerke an die Erzqualität ließen schließlich nur noch eine Abbauhöhe von 6m zu. Dabei mußten 1m Erz im Liegenden und 3m Erz im Hangenden stehengelassen werden. Eine weitere Verminderung der Bauhöhe auf 5m brachte 75% Abbauverlust. Die 3 Grundstrecken wurden alle 120m durch Aufhauen und Abhauen miteinander verbunden. Zur Wetterversorgung teufte man 1958 hinter der evgl. Kirche in Herbolzheim einen 27m tiefen Wetterschacht von 3,7m Durchmesser, ausgerüstet mit einem Korfmann-Großlüfter. 1964 kam es zur Stilllegung des Feldes Herbolzheim. Die Kammern dienten dann als Lager für Splitt und Feinerz. Später versuchte man die Kammern, die nur in diesem Revier erhalten blieben, für Einlagerungen nutzbar zu machen. Das Baufeld war 800m × max180m groß. Die untere Grundstrecke reichte bis beinahe ans Grundwasser. Zum LKW-Transport des Erzes zur Aufbereitung war eine Fahrstraße vom Stollen zur Aufbereitung z.T. auf der alten Bahntrasse angelegt worden.

Tagebaue

Ein besonderer Vorteil der Grube Kahlenberg gegenüber allen andern badischen Eisenerzgruben bestand darin, daß hier ein wesentlicher Teil der Lagerstätte im Tagebau gewonnen werden konnte. Dazu müssen allerdings die über dem Erz anstehenden Schichten – Dogger 3–5, meist überlagert von Löß – abgeräumt werden. Den Tagebau begünstigt die Entwicklung immer leistungsfähigerer Geräte; dies ermöglicht die Anwendung des Tagebaus bei immer größerer Überlagerung.

Während man 1939 glaubte, den Abbau im Tagebau mit 30m Überlagerung begrenzen zu müssen, zog man in den 1950er Jahren die Grenze zwischen Tagebau und Untertagebetrieb bei 50m Überlagerung. Hierbei entfielen auf 1t Erz etwa 1,36 m³ Abraum. Die mittlere Überlagerung steigt von 20m am Heuberg, auf 25m am Rötelberg, auf 40m am Kahlenberg und auf 80m am Stollen IV.

Gegenüber dem Untertagebetrieb hat der Tagebau den Vorzug, die Lagerstätte nahezu ohne Abbauverlust gewinnen zu können. Außerdem ermöglicht der Tagebau eine raschere Anpassung an steigenden Erzbedarf. Dagegen können Witterungseinflüsse den Tagebau stark behindern.

a) **Tagebau Kahlenberg:** Schon 1937 begann man mit dem Abräumen des Erzlagers und mit der Erzgewinnung beim Stollen I. Zu diesem Zweck wurde am westlichen Ausbiß des Lagers zunächst ein kanalartiger Aushub gemacht, von dem aus dann die Abbaufont nach Osten getrieben wurde. Es gab erhebliche Anlaufschwierigkeiten durch Arbeiter- und Materialmangel.

So wurden 1938 noch 5 bei Menck & Hambrock in Lübeck bestellte Bagger vom Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen Dr. Todt beschlagnahmt. 1939 nahm das Oberkommando des Heeres in Berlin 4 bei Gmeinder in Mosbach bestellte Dieselloks weg. Die Abraumarbeiten vergab man dann an die Firma Herbert Sackmann in Rockau bei Jena für 1,36 RM/m³. Als diese wegen der unerwarteten Wasserschwierigkeiten eine bessere Bezahlung verlangte, übernahmen die Rohstoffbetriebe den Abraum in eigene Regie.

Der Tagebau Kahlenberg zog sich als schmales Band am Westhang des Kahlenbergs entlang. Durch verschiedenes Schichtfallen ergab sich eine Dreiteilung des Tagebaubetriebes: Tagebau Süd vom Stollen I flach nach S ansteigend, Tagebau Mitte mit stärkerem Einfallen nach N und Tagebau Nord, leicht ansteigend nach NO. Das Abraummaterial mußte zuerst auf einer Kippe im benachbarten Tal und am Westhang aufgeschüttet werden; später konnte man den Abraum als Rückkippe in das ausgeerzte Feld stürzen.

Für die Abraumförderung verwendete man Loren von 1,75 cbm Inhalt in Zügen mit Dampf- und Dieselloks von 50–80 PS. Die Löffelbagger leisteten 45/55 cbm/std. Die Abraumleistung betrug 10–14 cbm/MS. Bei trockenem Wetter stand die Abraumkapazität bei 2000 cbm/Tag mit 4 Baggern (1950).

Eine 6m mächtige Tonschicht im Dogger 3 wirkte als Grundwasserstauer mit Schichtquellen, die mehrfach zu Rutschungen führten. So glitten 1952 die Hangendschichten samt Abraumgleis in den Tagebau. 1953 verschüttete hereinrutschender Abraum den Tagebau, der dadurch für Monate für die Förderung ausfiel. Als spätere Durchfahrt durch die Abraumkippe erbaute man im Abraum Kahlenberg einen Tunnel. Die durch Tagebau gewinnbaren Erzvorräte wurden 1956 auf 17,2 Mio t bei 21 Mio cbm Abraum berechnet. Die Abraumkosten betragen 67% der Tagebau-Erzkosten.

Die Erzgewinnung im Tagebau wurde steinbruchmäßig mit Bohrhämmern durchgeführt; dabei wurden als Sprengbohrlöcher horizontale Sohl- und Mittellöcher sowie senkrechte Kopflöcher hergestellt. Zur Erzförderung aus dem Tagebau Süd verwendete man Gummistransportbänder; das Erz aus dem Tagebau Mitte mußte in Loren mit einem Haspel hochgezogen werden. Die Gesamtleistung im Erz lag 1950 bei 28/30 t/MS. Die Baggerleistung im Erz betrug 600/800 t/Schicht. Zu dieser Zeit waren im Erz 2 Bagger eingesetzt. Das Roherz aus dem Tagebau und aus Stollen I brachte man in den Seilbahnbunker. Im Tagebau Süd baute man später als Fördermittel ein Aumund-Kurvenband ein.

b) Der **Tagebau Rötberg** kam vom Juli 1952 ab in Förderung, nachdem man zuvor eine Grubenbahn zur Prallmühle an der Seilbahnsta-

tion gelegt hatte. 1958 baute man eine Straße über die Bundesstraße 3 hinweg zur Aufbereitung. Die Seilbahn als engster Querschnitt des Betriebes wurde daraufhin demontiert. Mit einer Überlagerung von nur 25 m war der Rötelberg für den Tagebau ideal geeignet. Allerdings sorgten einige Verwerfungen für eine Beeinträchtigung der Abraumarbeit. Dann gab es Erzverluste dadurch, daß die Alten bereits Teile des weichsten und reichsten Erzes abgebaut hatten. Die Ausbisse waren minderwertig und im N verschlechterte sich die Erzqualität derart, daß dort eine größere Menge Erz stehen bleiben mußte (1961). 1962 war der Rötelberg ganz abgeräumt. Die obersten 80 cm Erz waren zu arm und mußten in den Abraum gegeben werden. Die abgebaute Erzmächtigkeit betrug 9 m. Die Gewinnungskosten wurden mit 4–5 DM/t Erz angegeben.

Der Abraum vom Rötelberg wurde auf der Limbachkippe abgeworfen. Das Abraummaterial wurde in 3 Schnitten gewonnen, wovon der oberste aus Löß bestand und mit der 1954 eingestellten Menck-Schürfkübelraupe abgefahren wurde. Die Erzgewinnung am Rötelberg war im Juli 1962 beendet; anschließend kam der Tagebau Kahlenberg wieder in Betrieb.

Der **Gerätepark** für den Tagebaubetrieb war ziemlich umfangreich. Für die Gewinnung der Kalksandsteine und Tone brauchte man Hochlöf-bagger mit 20–30 t Reißkraft. Die gesteinsmäßige Zusammensetzung des Abraums ist stark schwankend. Der Geräteeinsatz ist behindert durch die Zerstückelung des Erzlagers in kleine Schollen.⁹

Mit dem Einsatz der Menck-Schürfkübelraupe begann auf Grube Kahlenberg das Zeitalter der gleislosen Förderung im Tagebau. Mit ihr erreichte man eine Abraumleistung von 149 cbm/MS, also mehr als das 10-fache des schienengebundenen Betriebes. Allerdings war die Schürfkübelraupe nur im obersten aus Löß bestehenden Drittel des Rötelberges für die Abraumgewinnung verwendbar. Ihre Daten sind: 120 PS Deutz-Dieselmotor, Ladekübel von 6,5 cbm zwischen den Raupen, 1-Mann-Bedienung, vorwärts und rückwärts arbeitend, daher kein Wenden erforderlich, Betriebskosten ca. 1,20 DM/cbm = 35 % des gleisgebundenen Abraums.

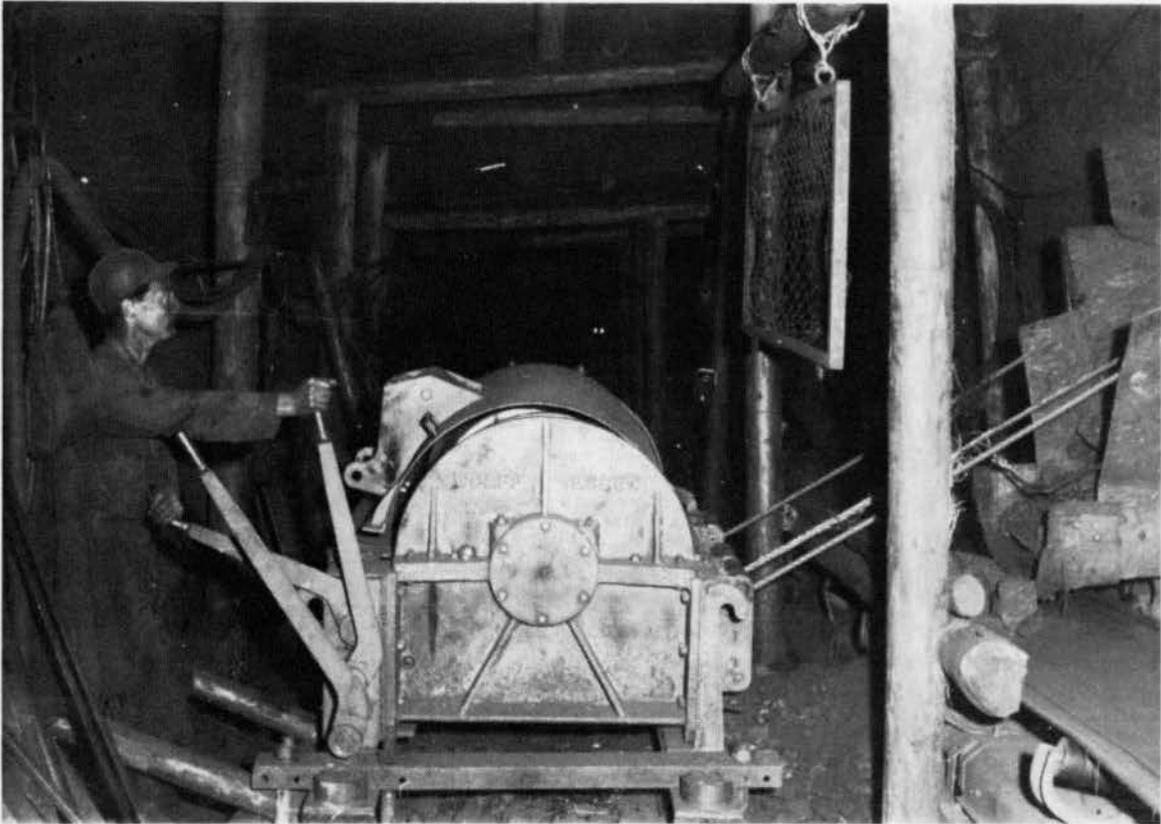
Der Gleisbetrieb wurde ersetzt durch Magirus-Deutz-Allradkipper Typ 4500. Die Lastkraftwagen waren nur mit Hilfe der Schürfkübelraupe als Wegbereiter immer einsetzbar. Dafür wurde dann eine Planierraupe angeschafft. Die Kosten lagen bei 58 % des Gleisbetriebes. Die 4,5 t-Allradkipper hatten als Nachteile: lange Kippzeiten, keine selbsttätige Pritschenreinigung, große Wendekreise.

Man ging daher über zu Zettelmeyer-Autoschütter A 4 mit luftgekühltem Deutz-Dieselmotor und einem Fassungsvermögen von 4 cbm. Der Fahrersitz mit den Fußhebeln war um eine Lenksäule schwenkbar. Für den Tagebau Rötelberg wurden 5 Autoschütter beschafft. Es konnte mit diesem Fahrzeug eine weitere Kostensenkung auf 51 % des Gleisbetriebes erzielt werden. Die Abraumkosten betragen mit LKW = 1 DM/cbm, mit Zettelmeyer 0,6–0,7 DM/cbm. Man arbeitete in 2 Schichten, die Nachtschicht diente der Fahrzeugwartung. Die Baggerleistung konnte damit von 220 auf 380 cbm/Baggerschicht gesteigert werden. Die Gesamtkippenbelegung betrug noch 7 Mann gegen früher 56 Mann. Im Oktober 1955 stellte man auch die Erzförderung auf gleislosen Betrieb um.

⁹ W. Dreyer. Erste Erfahrungen bei der Umstellung der gleisgebundenen auf gleislose Abraumförderung im Erztagebau Kahlenberg. Erzmetall 1956, S. 1–10.



Stollen I: Bandwaage (1956)



Stollen I: Schrapperrhaspel in der Förderstrecke (1956)

Die Leistung der verschiedenen Betriebsarten entwickelte sich folgendermaßen:

Abraum-Leistung:	Gleisbetrieb	13,44 fm ³ /MS
	Magirus	40,78 fm ³ /MS
	Zettelmeyer	50,14 fm ³ /MS
	Schürfkübelraupe	148,80 fm ³ /MS
Tagebau-Leistung:	Gleisbetrieb	7,80 fm ³ /MS
	Magirus	15,84 fm ³ /MS
	Zettelmeyer	17,49 fm ³ /MS
	Schürfkübelraupe	25,00 fm ³ /MS

Die Abraumkosten konnten damit bis 1955 um 40 % gesenkt werden.¹⁰

Auch in den folgenden Jahren bemühte man sich um eine weitere Rationalisierung der Tagebau-Technik. 1963 standen für den Abraum zur Verfügung: 4 Hochlöffelbagger, nämlich

- 1 Menck & Hambrock-Bagger-MCU elektrisch mit 2,2 cbm Inhalt,
- 1 Menck & Hambrock-Bagger C 250 elektrisch mit 2,25 cbm Inhalt,
- 1 Menck & Hambrock-Bagger M 159 Diesel mit 1,5 cbm Inhalt,
- 1 Weserhütte Bagger W 1600 elektrisch mit 1,6 cbm Inhalt.

Als Fördergeräte waren eingesetzt:

- 10 Faun K 10-Schwerlastwagen – Diesel – 125 PS,
- 1 Krupp Schwerlastwagen – Diesel – 280 PS (gemietet),
- 1 Henschel Schwerlastwagen – Diesel – 180 PS,
- 3 Renault-Saviem von Unternehmern,
- 1 Menck-Schürfkübelraupe S K 53,
- 2 Planiertrauben.

Die Schichten des Dogger 3 erforderten Bohr- und Schießarbeit. Als Bohrgerät diente eine preßluft-betriebene Hausherr-Bohrmaschine DK 9 auf Raupen, 1966 ersetzt durch eine elektrohydraulische Hausherr-Großlochbohrmaschine HBM 12 K-hy mit 1-Mann-Bedienung.

Auch im Erztagebau wurde die Ladearbeit von einem Hochlöffelbagger besorgt, hier von einem Menck & Hambrock M 251 mit 210 PS Dieselmotor. In der Erzförderung waren ab 1964 4 Faun-Muldenkipper K 20/38 V mit 175 PS eingesetzt. Auch im Erz wurden die Sprengbohrlöcher mit der Hausherr-Bohrmaschine DK 9 hergestellt (1954). Damit war es möglich, das ganze Erzlager von oben her zu durchbohren, so daß die Vielzahl von Kopf-, Mittel- und Sohlöchern entfiel.

Die Sprengarbeit im Erz und in den sandig-kalkigen Schichten des Abraums erforderte eine umfangreiche Sprengstoffwirtschaft. Für die sichere Aufbewahrung der Sprengmittel schuf man eine Reihe untertägiger Sprengstofflager.

Der Verbrauch an Sprengmitteln war recht erheblich. Man war daher bestrebt, diesen wesentlichen Kostenfaktor zu senken. In den ersten Jahren verwendete man nur Gelatine-Donarit. Gezündet wurde mit Sprengkapseln und Zündschnur. Während des Krieges führte man die elektrische Zündung ein. Im Stollen IV wurden die Brückenzünder wegen der von der Fahrdraktlok ausgehenden Streuströme durch Spaltzünder ersetzt. Erste Einsparungen erzielte man durch zusätzliche Verwendung von Donarit, besonders im Tagebau.

¹⁰ W. Dreyer, a.a.O.

Millisekundenzünder brachten gleichmäßig kleinstückiges Haufwerk (1951). Halbsekundenzünder verursachten geringere Erschütterungen als Millisekundenzünder und waren daher für den Umweltschutz erwünscht. 1958 führte man Nitropenta-Sprengschnur ein. 1959 liefen erfolgversprechende Versuche mit selbsthergestelltem ANC-Sprengstoff. Dagegen enttäuschte patronierter Ammonex. 1965 brachte loser An dex 1 mit einer Schlagpatrone von 2,5 kg Ammon-Gelit 3 eine Ermäßigung der Sprengmittelkosten von 0,34 auf 0,17 DM/t Erz. Letzter Stand war die Selbstherstellung von ANC-Sprengstoff mit einem Mischgerät. Als Mischraum diente das Stollenmundloch von Stollen I. Selbstgemischter Sprengstoff kam auf 0,59 DM/kg.¹¹

Aufbereitung

Wegen der Dringlichkeit der Erzbeschaffung wartete man die endgültige Klärung der Lagerstättenverhältnisse nicht ab, sondern ging schon 1937 an den Bau einer Bergwerksanlage mit einer Förderkapazität von 3000 t/Tag. Bereits im August 1937 wurde das erste Erz mit LKW verladen. Im August 1938 kam die Seilbahn in Betrieb. In der Brech- und Siebanlage wurde das aus der Grube kommende Roherz in 2 Brechanlagen von je 250 t Stundenleistung zerkleinert. Das gebrochene Erz transportierte man über ein Schrägband zur Siebanlage; die hier getrennten 3 Kornklassen kamen in die entsprechenden Bunker, aus denen sie in Eisenbahnwagen abgezogen wurden.

In den ersten Betriebsjahren gab es noch kein wirtschaftliches Aufbereitungsverfahren für Doggererz. Noch bis Mitte 1950 wurde das Roherz der Grube Kahlenberg nur für den Hochofenprozeß „vorbereitet“, jedoch nicht „aufbereitet“. Die Vorbereitung bestand im Brechen und Absieben des Erzes. Dabei fielen 3 Kornklassen an:

Kornklasse	mm	Gewichts%	% Fe	% CaO	% SiO ₂
Stückerz	100/25	73	18,50	29,80	12,34
Grobsplitt	25/10	10	20,33	24,85	14,93
Feinsplitt	10/0	17	22,60	20,10	17,40

Für die Verhüttung war ein Verhältnis CaO zu SiO₂ von mindestens 1,3 erforderlich, damit kein weiterer CaO-Zusatz nötig war. In obiger Aufstellung hat das Stückerz den höchsten CaO-Überschuß. Auch beim Grobsplitt ist das Verhältnis CaO zu SiO₂ noch gut. Diese beiden Kornklassen waren daher als basische Erze anzusprechen. Demgegenüber hatte der Feinsplitt kaum noch einen CaO-Überschuß. Der Absatz des Feinerzes war daher schwierig. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, das Feinerz aufzubereiten.¹² Diese Einstufung zeigt, daß der Fe-Gehalt geringer gewertet wurde als das CaO-Verhältnis: das Erz vom Kahlenberg

11 W. Schulte-Fischedick, Die Bohr- und Sprengarbeiten auf der Grube Kahlenberg . . . mit ANC-Sprengstoffen. Erzmetall 21, 1968, S. 416-419.

12 G. Sengfelder, Die Aufbereitung der Feinerze aus dem Doggererzvorkommen Kahlenberg. Erzmetall 1951, S. 374-377.

war also nicht als Eisenerz, sondern als eisenhaltiger Kalkzuschlag interessant.

Nach den Versuchsergebnissen der Studiengesellschaft für Doggererze in Amberg erstellte man eine Aufbereitungsanlage für Feinerz, die Ende Juni 1950 in Betrieb kam. Das Feinerz 10/0 hatte eine Grubenfeuchtigkeit von 6–10 % und mußte daher getrocknet werden. Dies vollzog sich in einer mit Braunkohlenbriketts geheizten Trockentrommel. Nach Zerkleinerung auf einem Glattwalzenbrecher entstand durch Absieben ein kalkreicher Feinsplitt 8/3 mm, der versandt wurde. Das Unterkorn 3/0 wurde auf Glattwalzenbrecher und Schleudermühle weiter zerkleinert und mit unter 0,6 mm auf einen 4-stufigen Trocken-Starkfeld-Magnetscheider aufgegeben. Dabei entstand ein Magnetkonzentrat von 34–35 % Fe + 9–10 % SiO₂ + 13–14 % CaO. Das Magnetkonzentrat mußte wegen seiner Feinheit und Trockenheit zum Bahntransport angefeuchtet werden.¹³ Die Magnetberge mit noch 14 % Fe verkippte man in den ausgeerzten Teil des Tagebaus Kahlenberg. Das Fe-Ausbringen betrug nur 80 %. Die Anlage leistete 250 t Feinerz/Tag.¹⁴ Die Trocknung lief 3schichtig, die Aufbereitung 2schichtig. Sie erforderte einen hohen Personalaufwand: 1 Betriebsführer + 16 Mann. Die Anlage war z. T. nur zu 70 % ausgelastet.¹⁵

Die ursprüngliche Vorzerkleinerung mit Backenbrechern wurde 1953 ersetzt durch Prallzerkleinerung mit Hazemag-Prallmühle AP 4. Dies brachte einen höheren CaO-Anteil im Stückerz und Grobsplitt. 1958 baute man einen Esch-Kegelbrecher mit nachgeschalteter Prallmühle ein. 1961 wurde die Feinerzaufbereitung von 1950 stillgelegt und durch eine größere ersetzt, die für 50 t Stundenleistung ausgelegt war. Die Hüttenwerke verlangten jetzt Groberz 40/15 und Splitt 15/8. Das Roherz wurde daraufhin mit dem Esch-Kegelbrecher KB 6/8 auf 400 mm gebrochen und anschließend mit der Hazemag-Prallmühle AP 5 auf 40 mm zerkleinert. Diese zusätzliche Zerkleinerung erhöhte den Feinerz-Anteil auf 40 %. Das Feinerz 8/0 wurde weiterhin auf Magnetscheidern aufbereitet. Das Magnetkonzentrat wurde zum Versand auf 11–12 % Nässe angefeuchtet. Versuche zur Pelletisierung des Versanderzes verliefen erfolglos.

1963 verlangte man Feinerz 3/0 und Splitt 15/8; das Korn 3/8 mußte feingemahlen und magnetisch geschieden werden. Dazu mußte die Zerkleinerungsanlage umgebaut werden. Nun war Groberz nicht mehr absatzfähig! 1968 wünschten die Hütten nur noch Splitt 25/10 und Feinerz unter 10 mm. Diese fortwährenden Änderungen der Ansprüche führten dazu, daß die Brech-, Sieb- und Aufbereitungsanlagen in den letzten Jahren dauernd umgebaut werden mußten. Zuletzt hatte die Anlage eine Durchsatzleistung von 200–220 t/Stunde. Die hohen Investitionen für die Aufbereitung trugen wesentlich zur schlechten wirtschaftlichen Lage der letzten Betriebszeit bei.

Tagesanlagen

Als Zentrale der Grube Kahlenberg entstand 1938/39 das Betriebs- und Werkstattgebäude unterhalb Stollen I. Noch 1943 wurden neue Büros, die Dreherei und die Elektrowerkstatt bezogen, nachdem die betreffenden Abteilungen zuerst in Baracken untergebracht waren. 1956 erstellte man

¹³ F. Beckenbauer, Die süddeutschen Eisenerzvorkommen. Erzmetall 1955, S. 93–101.

¹⁴ G. Sengfelder, a.a.O.

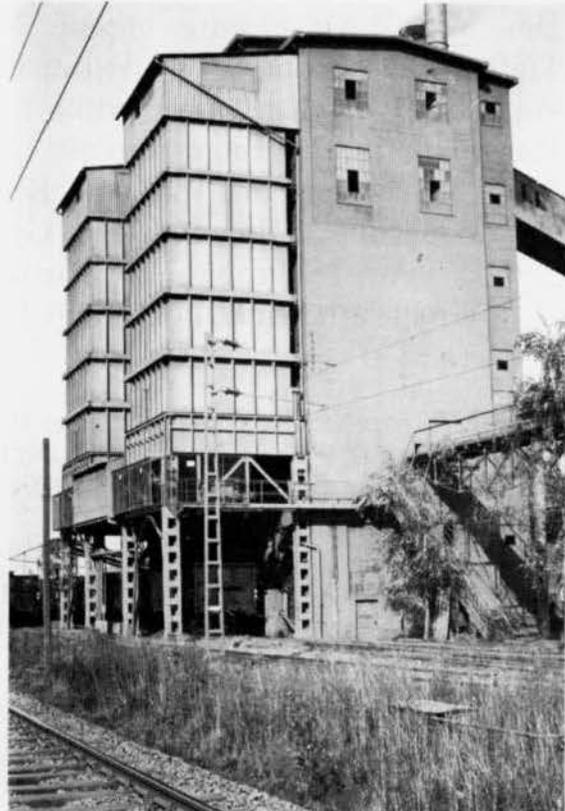
¹⁵ G. Sengfelder, Die Anlage Kahlenberg der Barbara Erzbergbau AG in Ringsheim Kr. Lahr, in: Erzaufbereitungsanlagen in Westdeutschland, 1955, S. 217–224.



Feinerzaufbereitung (1959)



Brechanlage (1959)



Siebanlage mit Verladebunker (1959)

nördlich vom Betriebsgebäude eine Zentralwerkstatt, die vor allem für die Reparatur der großen Geräte vorgesehen war.

Bei den Werkstätten befand sich auch die zentrale Kompressoranlage, die den gesamten Betrieb mit Preßluft zu versorgen hatte. Sie bestand aus Rotationskompressoren von je 140 cbm/min angesaugter Luft. 4 Kompressoren stammten von Demag und 4 von Patt & Ditthey mit Baujahr 1938/41. Außerdem waren 8 Druckbehälter von je 10 000 l Inhalt mit 7 atü installiert. Die große Ausdehnung des Leitungsnetzes verursachte erhebliche Verluste durch Rohrwiderstand und Undichtigkeiten. Durch die Umstellung der Bohrarbeit auf hydraulische Bohrgeräte wurde die bisherige Kompressoranlage zu groß. Man ersetzte sie 1965 durch 2 bewegliche Atlas-Copco-Kompressoren: 1 DT4 für 16 cbm/min mit 120 PS für den Abraum und 1 NT 7 für 1,7 cbm/min mit 15 PS in der Aufbereitung.

Der elektrische Strom wurde von der Überlandzentrale Oberhausen der Bad. Kraftlieferungsgesellschaft bezogen. Der Stromverbrauch war ziemlich erheblich und weitgehend vom Ausbau der Aufbereitung abhängig. So brauchte man 1959 = 437 405 kWh, dagegen 1961 = 3 877 605 kWh und 1962 = 6 181 385 kWh. Im Tagebau arbeitete nur 1 Elektro-Bagger mit Schleppkabel. Die Stromabnahme lief über den Haupttrafo an der Seilbahnstation. Der erste Haupttrafo wurde 1952 durch Abraumrutschung beschädigt und mußte durch einen neuen ersetzt werden. Die Spannung wurde von 20 000 Volt in 6 über das ganze Werk verteilten Betriebstrafos auf 6 000/400 Volt umgeformt. 1965 liefen 325 Elektromotoren mit 2 600 kW. Die Elektroanlagen wurden regelmäßig vom TÜV überwacht.

Das Werk hatte eine eigene Wasserversorgung, bestehend aus 2 Tiefbrunnen mit einer Leistung von 20 cbm/Std bei einem Tagesbedarf von 30–40 cbm (1939). Brunnen 1 lag an der Nordgrenze der Stadt Herbolzheim, Brunnen 2 „in der Lachen“ nördlich Herbolzheim. Bei den Abraumarbeiten im Tagebau Kahlenberg war eine Quelle „bei der Brunnenstube“, die für die Gemeindewasserversorgung Ringsheim genutzt war, trockengelegt worden. Die Rohstoffbetriebe anerkannten eine Wiedergutmachungspflicht und bezahlten eine Entschädigung von 65 000 RM.

Für die Versorgung der Dieselfahrzeuge stand eine Tankanlage mit 2 Tanks von je 10 000 l zur Verfügung. Die Bagger in Abraum und Erz wurden mit einem Tankwagen beliefert. Für Benzinfahrzeuge stellte man ein Zapfpaß von 1 000 l Inhalt auf.

Für den Versand des Erzes kam nur die Eisenbahn in Frage. Dazu installierte man an der Brech- und Siebanlage einen Bahnanschluß, der vom Bahnhof Herbolzheim bedient wurde. Zur Waggonverladung standen 2 Spillanlagen und 1–2 Deutz-Diesel-Rangierloks zur Verfügung. 2 Waggonwaagen erfaßten die Versandmengen. 1949 erweiterte man den Bahnanschluß wegen des geplanten Baus der Feinerzaufbereitung. 1939 hatte man eine Seilbahn nach Niederhausen am Rhein vorgesehen, um dort das Erz auf Schiffe zu verladen. Der Kriegsausbruch verhinderte

jedoch dieses Vorhaben. Die Grube Kahlenberg blieb damit weiterhin restlos auf den Bahntransport angewiesen. Ein Teil des Erzes ging per Bahn zum Rheinhafen Kehl, der andere Teil direkt mit der Bahn ins Rheinland. Dazu wurden der Grube Sondertarife eingeräumt: der Ausnahmetarif 7 B 26 für die 500 km lange Strecke nach Rhein-Ruhr und der Ausnahmetarif 7 U 4 für die 54 km nach Kehl-Rheinhafen, wo auf Schiffe umgeladen wurde. Damit wurde erreicht, daß Züge, die mit Koks und Kohlen nach Süden fuhren, auf der Rückfahrt Erz mitnahmen, während sie sonst leer zurückgefahren wären. Um 1950 gingen $\frac{2}{3}$ der Förderung per Bahn ins Ruhrgebiet. Die Fracht nach Dortmund mit Ausnahmetarif betrug vor der Währungsreform 1948 = 2,46 RM/t und stieg allmählich bis 1960 auf 6,70 DM/t. Die Hüttenwerke mit Wasseranschluß wurden über Kehl auf dem Wasserweg beliefert. Hierbei betrug die Fracht nach Kehl 1948 = 0,77 RM/t Erz bzw. 2,60 DM/t ab 1960. Aus Unsicherheit über die weitere Entwicklung der Ausnahmetarife entstand 1960 der Plan zur Schaffung eines Erzverladeplatzes in Kappel am Rhein.¹⁶ Einsprüche der Gemeinden Kappel und Grafenhausen wegen befürchteter Störungen durch LKW-Transporte verzögerten das Projekt, das dann wegen zunehmender Unwirtschaftlichkeit aufgegeben wurde.

Die Inanspruchnahme von Gelände für Tagebau und Übertageanlagen bedingte den Erwerb großer Flächen von Acker- und Rebland durch die Grube Kahlenberg. Nach dem Abbau wurde das Gelände rekultiviert. So wurden am Rötelberg 65 ha Gelände rekultiviert; davon wurden 11 ha an einen Landwirt und 50 ha an die Badische Landsiedlung abgegeben; die restlichen 4 ha forstete man auf. Bei der Stilllegung umfaßte der Grundbesitz der Grube Kahlenberg noch 80 ha.

Beim Betrieb der Anlagen ging es nicht ohne Umweltschäden ab. Beim Erztransport mit LKW, besonders aber in den Aufbereitungsanlagen kam es zu einer erheblichen Staubentwicklung. Der Wind trug diesen z. T. bis ins Dorf Ringsheim, wo die Häuser mit rotem Staub verunreinigt wurden und andere Belästigungen entstanden. In der Aufbereitungsanlage wurden daher Beth-Filter eingebaut.

Belegschaft

Zu Beginn der Arbeiten am Kahlenberg standen noch ungelernete Arbeitskräfte zur Verfügung. Als dann aber 1938 der Bau des Westwalls begann, kam es zu einem starken Arbeitermangel. Ausgebildete Bergleute waren in dieser Gegend überhaupt nicht vorhanden. Die Rohstoffbetriebe mußten daher aus andern Bergbaurevieren – besonders Oberschlesien und Rheinland – Bergleute anwerben. Um diese ortsfremde

¹⁶ G. Korgler, Eisenerzbergbau in Baden-Württemberg. Oberbergamt Freiburg, 1960. Manuskript.

Belegschaft unterzubringen, baute man im S von Ringsheim und im N von Herbolzheim 2 Siedlungen mit insgesamt 126 Wohnungen (1940/43). Die Zahl der Beschäftigten stieg sehr rasch auf das Maximum von 764 Personen Ende 1940. Dann kam es zu umfangreichen Einziehungen zum Kriegsdienst. 1941 hatte die Belegschaft folgende Zusammensetzung:

28 Angestellte,
451 deutsche Arbeiter,
1 Ausländer,
89 kriegsgefangene Franzosen,
132 Einberufene.

Ende 1943 waren 17 Angestellte und 220 Arbeiter zur Wehrmacht und 128 zur Organisation Todt eingezogen. Im Januar 1946 befanden sich von der Belegschaft 51 Mann aus 14 Gemeinden in Gefangenschaft. Die Rohstoffbetriebe versuchten, diese für den Grubeneinsatz freizubekommen.

Ringsheim wurde am 19. 4. 1945 von den Franzosen besetzt. Die Werksanlagen wurden von der Bevölkerung geplündert. Die Belegschaft war auf etwa 20 Mann zusammengeschrumpft; sie wurde zunächst mit Reparaturarbeiten beschäftigt. Erst nach Beistellung des ersten Leerzuges im Juni 1946 konnte die Förderung im Tagebau wieder aufgenommen werden. Für den Grubenbetrieb fehlte es an Bergleuten. Die jungen Arbeiter waren vor der Währungsreform an Untertagearbeit nicht interessiert. Der Mangel an Fahrradbereifung, Schuhen und Arbeitskleidung sowie die Wertlosigkeit des Geldes hielt manchen von der Arbeit fern. Zur Verpflegung richtete man eine Kantine ein, die zur Halbschicht ein Eintopfessen bot; sie wurde jedoch 1949 wegen Geldmangels wieder eingestellt. Ebenso erging es dem Zubringer-Autobusverkehr. An sanitären Einrichtungen stand eine Waschkäue mit Höhensonne + Heilbädern + Heillampe zur Verfügung. Das Werk bezahlte der Belegschaft Weihnachtsgratifikationen und leistete zur Unterstützungskasse der Arbeiter wesentliche Beiträge, ebenso für die Kinder-Erholungsverschickung. Für die Angestellten gab es eine Unterstützungs- und Urlaubskasse. Nach dem Krieg waren die meisten Werkswohnungen von Betriebsfremden bewohnt.

Der größte Teil der Belegschaft hatte eigene Wohnungen. Bauwilligen Betriebsangehörigen gab das Werk zinslose Baudarlehen für Neubauten und verzinsliche Darlehen für Umbauten. Außerdem besaß das Werk 4 eigene und 5 werksgeförderte Angestelltenwohnungen. Viele Bergleute trieben nebenher noch eine kleine Landwirtschaft, zumal die Arbeitsplätze im Bergwerk oftmals unsicher waren. Mehrfach führte Absatzmangel – so ab August 1949 – zu Entlassungen.

Ein Großteil der auf Grube Kahlenberg Beschäftigten stammte nicht aus Ringsheim,¹⁷ sondern kam aus den umliegenden Gemeinden, so 1962:

aus	
Altdorf	18 Mann,
Grafenhausen	8 Mann,
Kappel	10 Mann,
Münchweier	6 Mann,
Orschweier	7 Mann,
Rust	63 Mann,
Wallburg	13 Mann,
Niederhausen	7 Mann,
Sonstige	15 Mann,
<hr/>	
Einpendler	147 Mann,
Ringsheim	70 Mann,
<hr/>	
Gesamtbelegschaft	217 Mann.

Ende 1947 hatte die Belegschaft folgende Zusammensetzung:

123 Erwachsene	64 Facharbeiter
19 Jugendliche	33 Angelernte
4 Weibliche	49 Hilfsarbeiter
<hr/>	
146 Arbeiter	146 Arbeiter

Erst nach der Währungsreform konnte die Belegschaft im erforderlichen Maße vermehrt werden. Von 1949 ab wechselten mehrfach Entlassungen wegen Absatzmangels und ungenügender Beistellung von Eisenbahnwagen mit Neueinstellungen bei starkem Erzbedarf. Ab Mitte 1951 steigerte sich der Versand, so daß die Belegschaft mit Hilfe der umliegenden Bürgermeisterämter und des Arbeitsamtes Lahr wieder erhöht werden mußte. Dieser Aufschwung dauerte bis Mitte 1953, als dann wieder Entlassungen nötig waren. Der Übergang zur gleislosen Förderung ermöglichte wesentlich höhere Leistungen, womit die laufenden Lohnerhöhungen ausgeglichen werden konnten (Zahlentafel 3). Das Betriebsklima war gut: es wurde nie gestreikt. Am Tag der hl. Barbara war die Belegschaft immer in froher Runde vereint.

1957 erreichte das Werk seine höchste Förderziffer mit 905 503 t Roherz (Zahlentafel 1). Von da ab melden die Werksberichte immer häufiger: „Absatz unter Kapazität“. Die Belegschaft konnte dann nach einigen Entlassungen einigermaßen stabil gehalten werden. Schließlich wurden nur noch die ausscheidenden Handwerker ersetzt.

Die Arbeitszeit wurde im Lauf der Jahre umgestellt von der 48-Stunden-Woche auf die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich. Die Zahl der Ruhetage wurde allmählich vermehrt, so von 24 in 1959 auf 40 in 1962. Für

¹⁷ M. Schwarz, Der Eisenerzbergbau von Ringsheim und sein Einfluß auf die Entwicklung Ringsheims. 1974.

die Bezahlung war von 1959 ab eine Arbeitsplatzbewertung maßgebend. Für die Ausbildung der Hauer veranstaltete man Hauerkurse. Nach Einstellung des Stollens Herbolzheim 1964 wurden 20 Hauer an das Kaliwerk Buggingen überwiesen. Als Vertretung der Belegschaft bestand ein Betriebsrat, dem 9 Mitglieder angehörten. Ein Mitglied betreute als Sicherheitsmann den Unfallschutz.

Trotz aller Bemühungen um die Sicherheit ereigneten sich immer wieder Unfälle, besonders im Untertagebetrieb. Hier war es besonders der Steinfall, der zu mehreren tödlichen Unfällen führte. Im Laufe der Jahre verlagerte sich die hauptsächlichste Unfallursache immer mehr auf die Maschinen. Im Ganzen war die Unfallhäufigkeit stark rückläufig. Für den Einsatz bei Grubenunglücken bestand eine Grubenwehr. Sie war ausgerüstet mit 8 Kreislaufgeräten Draeger 160 A. Vor dem Krieg gegründet, war sie erst 1954 wieder einsatzfähig geworden. 1964 war die Grubenwehr durch die Stilllegung des Untertagebetriebes ohne Personal und damit aufgelöst. Die Gefährdung durch Staublunge wurde durch das Silikose-Forschungs-Institut in Bochum untersucht. Das Erz erwies sich als unbedenklich. Dagegen sollte das Bohren ins Liegende unterlassen werden. Die Belegschaft wurde durch periodische Röntgen-Reihen-Untersuchungen überwacht. Untertage erforderte der zunehmende Einsatz von Dieselmotoren die laufende Überwachung des CO-Gehaltes der Abgase und Grubenluft.

Wirtschaft

Die Erschließung der Eisenerzlagerstätten erforderte erhebliche Geldmittel und belastete die Bergbaufirmen sehr stark. Deshalb bewilligte das Reichswirtschaftsministerium nach den „Richtlinien über die Gewährung von Reichsmitteln an private Unternehmungen“ vom 4. 2. 1937 den Rohstoffbetrieben vom 7. 1. 1937 bis zum 31. 7. 1942 Aufschlußförderung, bestehend in einem verlorenen Zuschuß von 3 RM/Tagwerk der Aufschlußarbeiten. Die Abrechnung für diese Zuschüsse vom 1. 4. 1939 bis zum 31. 7. 1942 ergab folgende Betriebskosten (ohne Anlagen):

Personal	4 553 056 RM
Material	2 991 700 RM
Sonstige Betriebskosten	1 840 395 RM
Generalia	876 279 RM
<hr/>	
Summe	10 261 430 RM

Von diesen Kosten wurden aufgebracht:

durch Aufschlußförderung	302 260 RM
durch eigene Barleistung	1 468 903 RM
durch Erzversand	8 490 267 RM
<hr/>	
Summe	10 261 430 RM
<hr/>	

Die Aufschlußförderung betrug demnach nur 2,94 % der entstandenen Betriebskosten. Die ganzen Erschließungs- und Bauarbeiten wurden mit großem Schwung durchgeführt. Im o.g. Zeitraum waren 29 034 m Strecken aufgefahren worden.

Während der Kriegszeit konnte jede Menge Erz abgesetzt werden; wenn nur genügend Eisenbahnwagen beigestellt wurden. Im Mai 1942 mußten alle andern badischen Eisenerzgruben stillgelegt werden, weil durch die Kriegslage die besseren französischen Erze zur Verfügung standen. Nur die Grube Kahlenberg entging diesem Schicksal, weil sie mit 4,5 t/MS eine bessere Grubenleistung aufwies als die andern und ein günstigeres Erz hatte. Allerdings brachte zunehmender Waggonmangel und erschwerte Beschaffung von Betriebsmitteln und Ersatzteilen einen laufenden Rückgang der Fördermenge. 1943 brachte die Abgabe von 128 Mann an die Organisation Todt eine Drosselung der Förderung. Ab Oktober 1944 sollte die Förderung auf Anordnung der Reichsvereinigung Eisen – da die Minette wieder verloren war – erhöht werden. Dies scheiterte jedoch an der schwierigen Verkehrslage. Der häufige Waggonmangel brachte es mit sich, daß immer mehr Erz auf Halde genommen werden mußte, dessen Rückverladung zusätzlichen Arbeitsaufwand verursachte. So kam es am Kriegsende zu einem Haldenbestand von 68 784 t Roherz. Es konnte nur bis März 1945 aus dem Tagebau gefördert werden.

Auch nach 1945 wurden dem Bergbau gewisse Begünstigungen zuteil. So erhielten die Bergwerke gemäß Verordnung über die Gasöl-Betriebsbeihilfe-Wirtschaft vom 25. 2. 1956 (BGBl I S 90) ab 1. 5. 1955 den Betrag von 10 DM/100 l Gasöl zurückerstattet. Ab 1. 4. 1960 war die Beihilfe erhöht auf 14 DM/100 l Gasöl. Bei der großen Zahl von eingesetzten Dieselfahrzeugen und -Geräten brachte dies Einsparungen von 40 000 bis 91 000 DM/Jahr. Ab 1. 1. 1966 wurde die Gasöl-Beihilfe aufgehoben.

In den Jahren 1957/60 zahlten die Bundesrepublik und das Land Baden-Württemberg Beiträge zu Aufschlußarbeiten. Diese umfaßten 7 Craelius-Bohrungen in der Scholle Heuberg mit insgesamt 341,4 m Teufe + 11 Bohrungen bei Kenzingen mit 495,6 m Teufe + 3 Bohrungen am Kahlenberg mit 107,4 m Teufe. Zu den Gesamtkosten von 117 923 DM zahlten der Bund und das Land je 25 000 DM.

In den ersten Betriebsjahren erhielt die Gemeinde Ringsheim 72 000 RM und die Stadt Herbolzheim 54 000 RM an jährlicher Gewerbesteuer. Nach 1945 floß diese nach Düsseldorf an den Hauptsitz der Rohstoffbetriebe. Davon kam wohl ein Teil wieder zurück an die Gemeinde Ringsheim;

diese mußte aber den Betrag mit den Wohngemeinden der Belegschaft teilen, so daß für die Betriebsgemeinde kaum noch etwas übrigblieb. Eine solche Regelung der Gewerbesteuer ist ausgesprochen bergbaufindlich. Denn die Betriebsgemeinden werden nur dann ein Interesse an den Bergbaubetrieben haben, wenn sie für ihre Unannehmlichkeiten honoriert werden. Der ortsgebundene Bergbau braucht nun einmal das Entgegenkommen der Betriebsgemeinde.

In der gesamten Betriebszeit von 1937 bis 1969, also in 32 Jahren, förderte die Grube Kahlenberg etwa 14,5 Mio t Eisenerz (Zahlentafel 1) mit einem Fe-Inhalt von etwa 2,9 Mio t Eisen. Der Wert des seit der Währungsreform abgesetzten Erzes lag bei etwa 118 Mio DM. Damit war die Grube Kahlenberg ein bedeutendes Unternehmen der Mittelklasse in Südbaden. Als geschichtlicher Vergleich sei eingeflochten: Der Laufener Hammerschmiedbund erzeugte 1494 bis 1743 etwa 210 000 t Roherz. Dieser 250jährigen Erzeugung des Fricktals entspricht auf Grube Kahlenberg eine $\frac{1}{4}$ -Jahreskapazität.

Stilllegung

Bei der großen Entfernung zwischen Grube und Hüttenwerken und dem Ballastreichtum der armen Erze spielten die Frachtkosten eine ausschlaggebende Rolle. Trotz Sondertarifen wurden die Transportkosten immer teurer. Gleichzeitig kam es zu einer erheblichen Senkung der Seefrachten für Auslandserze. Dies wollte man ausgleichen durch die Erzverladung in Kappel am Rhein, was aber wegen der raschen Verschlechterung der Absatzlage nicht mehr realisiert werden konnte. Allmählich wirkten sich die Investitionen der deutschen Stahlindustrie im Ausland aus. So kamen 1966 die Bong-Mines in Liberia, eine Beteiligungsgesellschaft der Barbara Erzbergbau GmbH, in Förderung mit 20 Mio t Erz in den ersten 2 Betriebsjahren.

Gleichzeitig veränderte sich die Hüttentechnik: die Sinterung ermöglichte den Einsatz von Feinerz. Dies brachte Kokersparnis, gleichmäßigen Ofengang und gleichmäßige Roheisenqualität. Dazu bevorzugte man ein Feinerz mit hohem Fe-Gehalt.¹⁸ Die Änderung des Verhüttungsverfahrens führte dazu, daß bei der August-Thyssen-Hütte – einem Hauptabnehmer der Grube Kahlenberg – nur noch ausländische Erze geschmolzen wurden. Von 1950 bis 1965 war der Anteil der Inlandserze an der Verhüttung in der Bundesrepublik von 66,2 auf 17,9 % gesunken. Der Preisdruck der Auslandserze war nicht mehr durch Mechanisierung ausgleichbar. Infolgedessen sank die Zahl der fördernden Eisenerzbergwerke laufend.

¹⁸ E. Böhne, Der Deutsche Eisenerzbergbau. Jahrb. des deutschen Bergbaus 1960, S. 15–39.

Für die Grube Kahlenberg ergab sich daraus eine zunehmende Verschlechterung der Absatzlage. Die Auslastung der Anlagen sank weit unter deren Leistungsmöglichkeit. Beschwerden über die Lieferung zu schlechten Erzes führten zur vorzeitigen Stilllegung des Tagebaus Rötelberg und zu verminderter Abbauhöhe im Stollen Herbolzheim. Die laufenden Lohnsteigerungen konnten noch einigermaßen durch Rationalisierung ausgeglichen werden. Schließlich führten aber die hohen Investitionen für die Aufbereitungsanlagen in die Verlustzone.

Ab Januar 1966 wurden die Erzabrufe so unregelmäßig, daß die anfallenden Aufbereitungsprodukte zeitweise eingelagert werden mußten; dies geschah in den trockenen leeren Abbaukammern von Stollen Herbolzheim, was natürlich die Betriebskosten belastete. Als die Abrufe ganz ausblieben, mußte die Aufbereitung im Oktober 1967 stillgelegt werden. Feinerzlieferungen an süddeutsche Zementwerke konnten den Rückgang nicht ausgleichen. Die Lieferverträge mit den Hütten wurden über den 30. 9. 1968 hinaus nicht verlängert. Nach der Räumung der Haldenbestände durch Lieferung an die Zementwerke legte man die Grube Kahlenberg am 30. 4. 1969 still. Zu dieser Zeit hatte das Werk noch eine Restbelegschaft von 12 Angestellten und 54 Arbeitern. Ein Sozialplan verhinderte Härten bei der Entlassung. Die meisten Belegschaftsmitglieder fanden Arbeit in der Umgebung; einige ältere wurden vorzeitig pensioniert.

Zum Schluß wurden noch umfangreiche Sicherungsarbeiten durchgeführt: Alle Stollenmundlöcher (außer Stollen Herbolzheim) wurden zugeschossen und ein 4 km langer Zaun um das Tagebaugelände errichtet. Ferner wurde noch verwendbares Gerät an Konzernwerke abgegeben oder verkauft. Diese Arbeiten waren am 31. 7. 1970 beendet. Das Verwaltungsgebäude wurde am 1. 10. 1970 an den Landkreis Lahr verkauft. Die noch nicht verfüllten Tagebaue werden seit 1. 1. 1972 von den Landkreisen Emmendingen und Lahr als geordnete Mülldeponie verwendet. Die Werkstatt verkaufte der Landkreis Lahr weiter an die Kondensatorenfabrik Kenzingen. Die Brech- und Siebanlage (ohne Maschinen) übernahm die Fa. Ernst Fechner und Söhne KG in Friesenheim.

Bei der Stilllegung befanden sich die einzelnen Teile des Konzessionsfeldes in folgendem Zustand:

Scholle Rötelberg	abgebaut,
Scholle Kahlenberg	teilweise abgebaut,
Scholle Heuberg	unverritz,
Scholle Stollen IV	abgebaut,
Scholle Herbolzheim	teilweise abgebaut,
Scholle Kenzingen	unverritz.

Die gewinnbaren Restvorräte der Eisenerzlagerstätte wurden bei der Stilllegung folgendermaßen geschätzt:

Scholle Heuberg	928 000 t Roherz,
Scholle Kahlenberg	5 129 000 t Roherz
Scholle Herbolzheim	446 000 t Roherz
Scholle Kenzingen	582 000 t Roherz

7 085 000 t Roherz.

Davon waren vor der Stilllegung 500 000 t Erz freigelegt.

In Anbetracht dieser Ziffern kann man nur bedauern, daß die Grube Kahlenberg vorzeitig stillgelegt wurde und nicht noch etwa 10 Jahre bis zum gänzlichen Abbau der Lagerstätte weiterlief. Ob die restlichen Erzmengen jemals genutzt werden, erscheint doch sehr fraglich. Dem Prinzip der nachhaltigen Nutzung der Lagerstätte entspricht die vorzeitige Stilllegung jedenfalls nicht.

Der Bergbau hat dem Kahlenberg tiefe Wunden geschlagen. Seine jetzige Nutzung als Mülldeponie ermöglicht die spätere Rekultivierung des Bergbaugeländes. Man wird dann nur noch davon erzählen, daß hier einmal Bergleute am Werk waren.

Statistik

Bei der Auswertung der statistischen Unterlagen war zu beachten, daß diesen je nach Verwendungszweck 3 verschiedene Berechnungszeiträume zu Grunde lagen: das Kalenderjahr für Berichte an die Bergbehörde, das Etatjahr ab 1. April für die Abrechnung der Aufschlußförderung und ferner das Geschäftsjahr der Rohstoffbetriebe der Vereinigten Stahlwerke bzw. der Barbara Erzbergbau GmbH ab 1. Oktober. Außerdem gab es Meldungen mit Trockengewicht und solche mit Naßgewicht. Durch Bombenschäden in Freiburg und Plünderung in Ringsheim ging viel Aktenmaterial verloren. Ein Teil der im Anhang zusammengestellten Daten ist bereits in den jährlichen Statistischen Mitteilungen der Bergbehörden und im Jahrbuch des Deutschen Bergbaus veröffentlicht. Alle Angaben beziehen sich auf das Kalenderjahr.

Zahlentafel 1: *Roherz-Förderung der Grube Kahlenberg*

Kal.- Jahr	Untertage			Tagebaue		Gesamt t
	Stollen 1	Stollen 4	Stollen H	Kahlenberg	Rötelberg	
1937						22.573
1938						199.549
1939						412.994
1940						641.690
1941						531.036
1942						267.962
1943						212.411
1944						171.529
1945	–	–	–	5.490	–	5.490
1946	–	–	–	53.396	–	53.396
1947	–	994	–	161.558	–	162.552
1948	–	6.770	–	221.792	–	228.562
1949	–	46.913	–	205.770	–	252.683
1950	–	48.701	–	224.667	–	273.368
1951	23.964	59.235	–	264.115	–	347.314
1952	158.875	84.418	–	188.325	45.735	477.353
1953	214.522	86.372	–	101.036	123.396	525.326
1954	175.708	10.852	–	55.344	165.612	407.516
1955	148.144	–	–	242.536	175.781	566.461
1956	131.303	–	–	952	687.316	819.571
1957	157.931	–	–	–	747.572	905.503
1958	12.166	–	–	–	727.048	739.214
1959	–	–	107.586	–	658.755	766.341
1960	–	–	183.753	–	660.238	843.991
1961	–	–	144.426	–	613.588	758.014
1962	–	–	156.032	306.283	333.718	796.033
1963	–	–	133.941	557.930	–	691.871
1964	–	–	12.088	560.504	–	572.592
1965	–	–	–	548.464	–	548.464
1966	–	–	–	556.270	–	556.270
1967	–	–	–	394.035	–	394.035
1968	–	–	–	326.782	–	326.782
1969	–	–	–	108.336	–	108.336
Gesamtförderung 1937/1969 = 14.586.782 t Roherz						

Zahlentafel 2: *Analysen des Eisenerzes der Grube Kahlenberg*

Erzart	% Fe	CaO	SiO ₂	P	Mn	Nässe
Roherz	20,5	23,1	13,2	0,32	0,23	5,9
Versanderz:						
Groberz	19,7	28,6	12,3	0,32	0,18	6,1
Feinerz	23,8	21,5	16,1	0,42	0,21	9,9
Grobsplitt	20,1	25,6	13,1	0,33	0,16	6,6
Feinsplitt	20,7	26,1	14,1	0,36	0,21	5,1
Konzentrat	33,6	14,4	10,8	0,51	0,19	11,5

Zahlentafel 3:

Löhne je vergütete Schicht
(vor Steuern und Sozialbeiträgen)

Jahr	Ø Untertage	Ø Tagebau	Ø Gesamtbetrieb
1938	.	.	6,24 RM
1942	.	.	7,07 RM
1950	10,62	7,90	8,22 DM
1953	13,79	9,81	10,74 DM
1956	16,75	14,60	13,97 DM
1960	24,31	20,43	19,95 DM
1964	37,23	30,55	30,26 DM
1967	40,97	32,57	33,04 DM

Zahlentafel 4:

Unfälle (auf 100.000 Schichten)

1948 = 100,39 – 1950 = 35,79 – 1951 = 73,00 – 1955 = 44,74 – 1961 = 39,12 –
1962 = 51,91 – 1964 = 32,16 – 1965 = 22,67

Zahlentafel 5:

Belegschaft

Arbeiter und Angestellte, jeweils am Jahresende.

1937 = 459 Beschäftigte	1948 = 246 Beschäftigte	1959 = 227 Beschäftigte
1938 = 547	1949 = 252	1960 = 230
1939 = 575	1950 = 210	1961 = 231
1940 = 764	1951 = 352	1962 = 217
1941 = 541	1952 = 486	1963 = 192
1942 = 449	1953 = 399	1964 = 149
1943 = 259	1954 = 268	1965 = 141
1944 = 281	1955 = 257	1966 = 140
1945 = 27	1956 = 293	1967 = 88
1946 = 107	1957 = 300	1968 = 56
1947 = 160	1958 = 243	1969 = 11

Zahlentafel 6:

1949/1970: Wert der Förderung = 117,8 Mio DM.
(Statistische Mitteilungen der Bergbehörden).

Literaturangaben

Außer dem in den Anmerkungen angegebenen Schrifttum:

Bergbehörden der Bundesrepublik Deutschland, Statistische Mitteilungen 1950–1970

R. Geisler: Die Eisenerzvorkommen in Südbaden. Stahl und Eisen 70, 1950, S. 1057–1059

R. Geisler: Die Jura-Erze am Rande des Schwarzwaldes. Erzmetall IV, 1951, S. 370–374

R. Geisler: Vom Ringsheimer Eisenerzbergbau. Geroldsecker Land, Band 2, 1959, S. 38–43

K. Sauer, P. Simon: Die Eisenerze des Aalenien u. Bajocien im Oberrheingraben. Geolog. Jahrb. D 10, 1975, S. 25–68

H. Urban: Bildungsbedingungen u. Faziesverhältnisse der marinsedimentären Lagerstätten am Kahlenberg bei Ringsheim/Baden. Jahrb. geolog. Landesamt B-W 8, 1966, S. 125–267

Sämtliche Aufnahmen sind vom Verfasser Dr. G. Albiez.

Jacob Anton Derndinger (1779–1850)

Bergbauunternehmer und Glasfabrikant aus Ichenheim

Erwin Dittler

Jakob Anton Derndinger (ursprüngliche Schreibweise Derendinger) spielt in der Wirtschaftsgeschichte der Ortenau eine bemerkenswerte Rolle: er zählt zu den Bergbaupionieren im Kohlenrevier Diersburg-Berghaupten¹ und ist der Begründer der Glasindustrie in Offenburg.²

Geboren am 26. 3. 1779, verheiratet mit Johanna Bayer aus Gengenbach, gründete er in Ichenheim ein Kaufhaus, weshalb ihn das Kirchenregister schlicht als „Krämer“ bezeichnet.

*Die Vorfahren*³

Sein Urgroßvater Jacob Derendinger († 1753 in Ichenheim), der sich mit Anna Maria Fälz aus Ichenheim verheiratete, war noch Pflugwirt in Dundenheim.⁴ Über dessen gleichnamigen Sohn Jacob, Bürger und Gastwirt „Zum Schwanen“ in Ichenheim († 1762)⁵, ging diese Gastwirtschaft schließlich an Johann Jacob Derendinger (1739–1803), dem Vater unseres Krämers Jacob Anton Derendinger über. Vater Derendinger führte in einem Schreiben vom 6. Januar 1801⁶ an die Behörden an, daß er bereits gegen 30 Jahre eine ansehnliche Wirtschaft betreibe, nirgends einer schlechten Tat wegen in einem Protokoll vermerkt sei und das herrschaftliche Interesse in dieser Zeit um 20 000 Gulden vermehrt habe.

1 Die „Geschichte der Kohlenbergwerke Berghaupten und Diersburg von 1755–1890“ wurde von Johann Karl Kempf in der „Ortenau“ Heft 4 (1913), Heft 5 (1915), Heft 8 (1921) dargestellt; ihr folgen wir beim Bergbau im genannten Zeitraum, soweit keine anderen Quellen vermerkt sind. Dazu: H. Ziervogel, Das Steinkohlengebirge von Diersburg-Berghaupten im Amtsbezirk Offenburg. In: Mitteilungen der Bad. geologischen Landesanstalt, VIII (1914). 9 Tafeln, darunter eine geologische Übersichtskarte mit Schächten und Stollen. Ein kurzer Überblick über das Steinkohlenrevier Diersburg-Berghaupten bei Rudolf Metz, Bau und Bild der Landschaft in der Ortenau, in: Die Ortenau 40 (1960), S. 30.

2 Eine Übersicht über die bad. Glasindustrie bietet Ludwig Moser, Badisches Glas – Seine Hütten und Werkstätten 1969.

3 Die Angaben über die Derendinger sind den Ortssippenbüchern Ichenheim, 1978, und Dundenheim (Selbstverlag Albert Köbele, Grafenhausen b. Lahr) entnommen.

4 Die im 17. und 18. Jh. in Süddeutschland eingewanderten Derendinger stammen aus dem oberen Teil des Kantons Solothurn oder aus Bätterkinden (Kanton Bern); Staartsarch. Kanton Solothurn 6. 6. 79.

5 Anna Maria, Tochter des Jacob Derendinger und der Maria Anna Emmele, geb. 1749, heiratete 1770 den Bauern und Pflugwirt Johannes Kopf in Dundenheim. Der „Pflug“ ist noch im Besitz der Familie Kopf.

6 GLA Karlsruhe 229/48132.



Gasthaus zum „Schwanen“, Ichenheim

Bei einem Überfall der Franzosen vor vier Jahren habe er mehr erlitten als jeder andere Bürger; er bezifferte seinen damaligen Schaden auf 2000 Gulden. Die Gastwirtschaft lag in guten Händen, denn seine Frau Theresia Kempf (Kämpf) war die Tochter eines Gastwirtes in Michelbach (Gem. Nordrach).

J. A. Derndinger und der Kohlenbergbau

Die Derndinger waren eine vermögende Familie, die es unserem Handelsmann Jacob Anton ermöglichte, unter finanzieller Beteiligung seiner Brüder Carl Ludwig und August Eduard bald ein größeres Risiko als Unternehmer einzugehen. Daß er sich gerade dem Bergbau zuwandte, zeugt von dem tatkräftigen Unternehmungsgeist dieses Mannes. Ohne Derndinger mit seiner bemerkenswerten Vorliebe für diesen damals in unserem Kohlenrevier besonders risikoreichen Bergbaubetrieb – er zählte ihn neben seiner Ernährung unzähliger Menschen zu dem ersten aller Gewerbe und sah in ihm die Seele allen menschlichen Treibens – und seiner anerkannt bewundernswerten Ausdauer, wäre ein planmäßiger Ausbau in seiner Zeit nicht möglich gewesen. Bekannt ist, daß er seinen

umfangreichen geschäftlichen Briefwechsel selbst erledigte; ihm verdanken vor allem auch die Einwohner von Berghaupten direkt oder indirekt sehr viel.

1753 hatte ein Bergmann des Grafen von der Leyen einen Steinkohlen-gang im Bellenberg entdeckt. Ein alter Streit um die Landeshoheit über den Zunsweierer Wald mit dem Bellenwald führte dazu, daß der Abbau im Bellenberg gleich von zwei Herrschaften betrieben wurde. 1753 eröffnete Graf von der Leyen ein Kohlenbergwerk, und ein Jahr darauf ließ der Freiherr von der Schleys (Schleiß), der in Berghaupten wohnte, ebenfalls unter dem Bellenberg nach Kohlen schürfen. Zu den Bergbaupionieren zählte der Pflugwirt Johannes Bauer aus dem Dorf Kehl, der 1755 offiziell vom Freiherrn von der Schleys mit dem Erschließungsrecht im Bann und Bezirk Berghaupten belehnt wurde.

Nach eigenen Angaben begann Derndinger seine Tätigkeit im Bergbau im Jahre 1813. Ein Erblehen-Brief ist erst vom Juni 1818 bekannt; er wurde von der Grundherrschaft von der Schleiß ausgestellt:

„Darin verliehen die Relikte des weil. Reichsfreiherrn von und zu der Schleiß zu Berghaupten, nämlich die Freifrau v. Brandenstein geb. von der Schleiß mit ihren Töchtern Freifräulein Therese und Kunigunde von der Schleiß dem Handelsmann Jakob Anton Derndinger zu Ichenheim die in der Grundherrschaftlichen Gemarkung, jedoch ohne den Bellenwald, aufsetzenden Steinkohlenvorkommen. Dieser Erbbestand gab Derndinger das ausschließliche Recht, nach Steinkohlen zu schürfen, zu graben, Stollen anzulegen, Schächte und Taglichter abzusenken und die geförderte Steinkohle auf jede Art zu verwerten, zu verkaufen oder selbst zu konsumieren. Der Beständer hatte eine jährliche Recognition von 22 Gulden und von jedem verkauften Zentner Kohlen 3 Kreuzer als Zehnten an die Herrschaft zu zahlen.“⁷

Nach einem Bericht der Bergbauinspektion Gengenbach vom 16. April 1818⁸ besaß er in jenem Jahr drei Steinkohlengruben zu Diersburg und drei Gruben zu Berghaupten. Schwerpunkt war für ihn damals wohl Diersburg, doch die Qualität der Kohle war größtenteils gering, insbesondere für die Huf- und andere Grobschmiede, da keine Schweißhitze mit ihr erzeugt werden konnte. Er verkaufte jährlich etwa 20 Tonnen an die Kleinschmiede, obwohl die Inspektion die mögliche Fördermenge der sechs Gruben auf 1000 bis 1300 Tonnen schätzte. Infolgedessen standen die Grubenkosten in keinem Verhältnis zu dem geringen Absatz. Üblicherweise war die Förderung solange zehntfrei, als sie mit Zubeße arbeitete, aber Derndinger mußte, ohne daß er einen

⁷ Gustav Albiez, Das Steinkohlenbergwerk Berghaupten unter C. A. Ringwald. In: Badische Heimat, 54. Jg., Heft 2, Juni 1974, S. 293.

⁸ GLA 368/1931.

Gewinn erzielte, jährlich einen doppelten Zehnten zahlen: einmal an die Landesherren und dann die Grundherren, und so schoß er jährlich erst einmal 12–1400 Gulden allein für die Zehnten zu. Dazu mußte er für den Betrieb – wenigstens in den ersten neun Jahren – noch jährlich 4 000 Gulden aufbringen, was den meist armen 18 bis 25 Familien zugute kam, so daß er tatsächlich bei den übermäßigen Zubußen seinen Betrieb als „wahre Wohltätigkeitsanstalt“ bezeichnen konnte. 1821 erneuerte Derndinger seine Bitte um Befreiung vom Bergzehnten. Er müsse, was im Bergwesen unerhört sei, einen dreifachen Bergzehnten bezahlen: der Staat kassiere den Bergzehnten, der Grundherr erhalte die Erbzinsen, und die Naturalabgaben müßten an die Grundherren abgeführt werden. Man sei zu glauben geneigt, als „wäre die Unterdrückung des Bergbaus beabsichtigt!“ Unter diesen ungünstigen Umständen würden die Bergbaulustigen zum Nachteil des Staates abgeschreckt, aber der Bergbau brauche wegen seiner Unentbehrlichkeit Freunde und Unterstützung. Er forderte eine bewährte Bergwerksordnung, gänzliche Aufhebung des Bergzehnten, des Erbzinses und der Naturalabgaben von landesherrlichen und grundherrlichen Werken, so lange diese nicht in erwiesener Ausbeute stünden, und verwies auf die gemeinnützige Notwendigkeit seines Werkes, der ärmeren Klasse Schmiede gute Schmiedekohlen zu liefern.

Der Bergzehnte wurde erst 1828 durch eine Bergsteuer auf der Grundlage der Grubenrechnungen ersetzt.

J. A. Derndinger und die Glasfabrikation

Wohl wegen der rationellen Verwertung der geförderten Kohle wandte sich Derndinger frühzeitig der Glasfabrikation zu. 1814 erwarb er einen Teil der vom Kloster Gengenbach gegründeten Glashütte in Nordrach, die wegen eines Großbrandes im Jahre 1808 zum Erliegen gekommen war: „Der größte Teil der Werkstätten wurde abgebrochen, in Niederschofheim wieder aufgebaut und als Steingutfabrik gebraucht“.⁹ Zunächst ersuchte er am 13. März 1818 das Ministerium des Innern, eine Tafelglasfabrik in Diersburg errichten zu dürfen, da er einige bedeutende Steinkohlenbergwerke besitze und Kohle auf die vorteilhafteste Art für Land und Gegend ebenso benutzen könne und zu benutzen wisse, als es im Ausland, besonders in der steinkohlenreichen Gegend Saarbrücken geschehe, wo man sehr schönes Tafel- oder Fensterglas mit Steinkohlen fabriziere.¹⁰ Am 16. April äußerte sich die Bergbau-Inspektion Gengen-

⁹ Christa Kirn, Glashüttenbetrieb und Kobaltwerk in Nordrach. In: Die Ortenau 36 (1956), S. 245 f.

¹⁰ GLA 233/19376. Ministerium des Innern, 17. 3. 1818. – Im Saargebiet wurde die Fischbacher Glashütte schon seit 1721 mit Kohlen betrieben, und wegen des gewaltigen Holzverbrauchs wurde später die Errichtung von Glasbetrieben nur unter der Bedingung gestattet, daß mit Kohle gefeuert wurde. Um 1750 ging man an der Saar allgemein zur Kohlenfeuerung über.

bach naturgemäß positiv zu diesem Projekt.¹¹ Sie trete auch dann dafür ein, wenn – was nicht zu erwarten sei – die jetzigen in den Gruben des Baron von Frankensteinischen Territoriums sich immer noch mehrende geringe Kohle nach mehreren Jahren erschöpft werden sollten, weil 20 Schritte davon entfernt auf dem Gebiet des Baron von Röder ehemalige kleine Gruben lägen, deren Ausbeute nur deshalb unterblieb, weil die Qualität für Grobschmiede zu gering war, der Kleinverbrauch aber sich nicht lohne. 20 bis 26 000 Ztr. reichten zum Betrieb einer Glashütte aus. Der Nutzen einer Glashütte sei unschätzbar groß, weil Derndinger dann selbst erheblich mehr Steinkohle verbräuche, seinen Bergbau zweckmäßig erweitern könne, eine größere Zahl von Einwohnern beschäftige, das Kohlengebirge im Kern mehr aufschließen und dadurch endlich eine bessere Qualität erbringen könne. Wenn nicht, werde er den Bergbau aufgeben mit dem Resultat, daß viele Familien brotlos würden und der bisherige Zehnte für Förderung entfiere, nebst der Produktion von Kohle. Vor allem würde dem sonstigen Bergbau, der im Beginn sei, eine nie heilende Wunde geschlagen. Die Bergbauinspektion fuhr aber noch mit starkem psychologischem Geschütz auf: Derndinger habe mit Verwandten und Bekannten den bedeutendsten Anteil am Bergbau. Gäbe er ihn mit entsprechendem Verlust auf, werde er auch jedem anderen warnend abraten. Besser konnte das Gutachten nicht ausfallen.

Weitere Schützenhilfe erhielt Derndinger vom Oberforstamt des Kinzigkreises in Mahlberg, das sich am 20. April diesem Gutachten anschloß und hinzufügte, daß die für den Verbrauch genannten 80 bis 100 Klafter Holz dadurch günstiger im Lande als im Ausland verkauft würden. Das Direktorium des Kinzigkreises faßte am 25. 4. die Begründungen zusammen, die im Interesse Derndingers und des Staates für die Errichtung der Glashütte sprachen. Ein Eingehen der Fabrik sei nicht zu befürchten, da Derndinger sechs Gruben habe. In forstlicher Hinsicht sei nichts einzuwenden. Der Bergbau ginge dadurch nicht ein, sondern könne erweitert werden, außerdem wandere das Geld für Tafelglas nicht ins Ausland. Die Anlegung der Fabrik sei für den ohnehin sehr armen Ort Diersburg äußerst wohltätig. Am 16. Mai 1818 wurde schließlich seitens des Innenministeriums dem Gesuch Derndingers entsprochen. Zwar setzte das Kinzigkreis-Direktorium Ende Juni das Amt Offenburg davon in Kenntnis, daß das Innenministerium die Erlaubnis zur Tafel- und Fensterglasherstellung erteilt habe, doch war noch keine Entscheidung über den Standort gefallen.

Obwohl Derndinger ursprünglich Diersburg vorgesehen hatte, bat er am 11. September um Bürgeraufnahme in Offenburg und Überlassung eines Allmendplatzes zur Errichtung einer Glasfabrik und zur Anlegung eines

¹¹ GLA 368/1931.

Kohlen-Depots.¹² Bei dem Allmendplatz handelte es sich um eine Wiese beim Gewerbeteich, „an den Dielen Angel stoßend“, die der verstorbene Kreisrat v. Laabe als Kanzleiverwalter in Genuß hatte. Auf seiner Sitzung vom 11. November erklärte sich der Offenburger Stadtrat mit der Bürgeraufnahme vollkommen einverstanden, falls Derndinger keinen Detailhandel betreiben wolle.¹³ Es kamen ihm aber bald Bedenken, ob Derndinger das Projekt wirklich ernsthaft betrieb, zumindest ließen seine eigenen Äußerungen daran zweifeln. In seinem Bericht vom 9. Dezember äußerte der Stadtrat die Vermutung, daß es Derndinger mit der Erwerbung des Bürgerrechtes offenbar nur darum zu tun sei, leichter als Handelsmann in Offenburg auftreten zu können. Da die Stadt leider nur zu viele Handlungen besitze, bat er in Änderung des jüngsten Ansuchens, Derndinger wegen seiner Bitte um Errichtung einer Glashütte abzuweisen und ihm nur dann das Bürgerrecht zu erteilen, wenn er sich unter Enthaltung jeglichen Handels lediglich dazu entschließen könne, eine Cichorie-Fabrik zu errichten, was man für sehr wünschenswert halte.¹⁴ In jener Ratssitzung vom 9. 12. berief man sich in einer Erwiderung auf den Stadtamtserlaß vom 11. November auf die Meinung sachkundiger Männer, daß die Glasfabrikation, wie sie Derndinger betreiben wolle, gar nicht möglich sei. Wegen des großen Holzverbrauchs werde sie ihm wohl auch nicht gestattet werden.¹⁵

Einwendungen erhoben auch die Glasfabrikanten Geh. Rat Schrickel und Ulrich Rindenschwender aus dem Murgtal sowie der Besitzer des Hammerwerkes in Gaggenau, Görger; sie widersprachen hauptsächlich der Behauptung Derndingers, daß er mit einem Holzverbrauch von 80 bis 100 Klafter auskomme, während sie ihn auf 1500 Klafter schätzten. Glasfabriken seien genügend vorhanden und überdies könne er mit Steinkohlen kein ordentliches Glas fabrizieren. Auch die Glasfabrikanten von Herzogenweiler und Bubenbach erhoben Beschwerden. Alle diese Beschwerden wurden abgewiesen, nachdem Derndinger am 9. Januar 1819 die Erklärung abgegeben hatte, daß er die Glashütte im nächsten Sommer erbauen wolle. Sie werde nicht nur eine Art Tafelglas, welches die bisherigen Fabriken nicht lieferten, sondern auch noch farbloses Christallglas herstellen. Er bekräftigte wieder, daß er neben wenigem Holz die Steinkohlen aus Zunsweier, Berghaupten und Diersburg für die Fabrikation verwenden werde.

Nach Abwägung aller vorgetragenen Gesichtspunkte beschloß das Innenministerium am 5. Februar 1819, wo auch ein gleiches Gesuch des Simon Jörger vom Hammerwerk Hausach behandelt wurde, Derndinger

¹² GLA 233/19376; Stadtarchiv Offenburg, Ratsprotokoll v. 11. Sept. 1818, Ziff. 403. GLA 368/1935: Stadtrat Offenburg v. 11. 11. 1818.

¹³ StA Offenburg, Ratsprot. v. 11. 11. 1818 Ziff. 471.

¹⁴ GLA 368/1935.

¹⁵ StA Offenburg, Ratsprot. v. 9. 12. 1818 Ziff. 512; Prot. v. 2. 12. Ziff. 492.

die Errichtung einer Glashütte zu gestatten, jedoch nur in der Gegend der Steinkohlengruben und niemals im Kinzigtal oder in der Nähe Offenburgs. Außerdem wurde er verpflichtet, für den Betrieb hauptsächlich Steinkohlen und nur wenig Holz zu benutzen.¹⁶

Derndinger versuchte es nun mit der Erwerbung eines Allmendplatzes in Gengenbach am unteren Reibegrün. Nach dem Bericht des Bezirksamtes Gengenbach vom 11. Juni 1819 stimmten 6 Deputierte einem entsprechenden Antrag des gesamten Stadtrates zu. 13 ablehnende Deputierte führten u. a. an, daß durch den Steinkohlenrauch ihre Reben und anderes Feld vergiftet würden. Das Kinzigkreisdirektorium ordnete daraufhin an, die 13 Deputierten nochmals zusammenzurufen und ihnen die Grundlosigkeit ihrer Besorgnisse sowie die Vorteile des Projektes darzulegen. Sollten sie auf ihrer vorgefaßten Meinung beharren, so sollte die gesamte Bürgerschaft vernommen werden. Die Verhandlung am 28. Juni ergab, daß sich von den ablehnenden Deputierten 5 nicht umstimmen ließen, so daß für den folgenden Tag die Befragung der gesamten Bürgerschaft angesetzt wurde. Die Anhörung ergab zwar eine Mehrheit von 187 gegen 62 Stimmen für das Projekt, doch konnte danach bei den Deputierten trotzdem keine Einstimmigkeit erzielt werden, so daß Derndinger im Juli sein Gesuch zurückzog.

Standort der Glashütte: Niederschopfheim

Schließlich errichtete Derndinger seine Glashütte in Niederschopfheim. „Die, in den Zunsweyrer, Niederschopfheimer und Diersburger Gemarkungen bestehenden Steinkohlengruben bieten eine große Ausbeute dieses Feuerungsmaterials dar, welches, seiner anerkannten Güte wegen, häufig mit Nutzen von den Feuerarbeitern der umliegenden Gegend und selbst der entfernten Orte verwendet wird, ja sogar die, seit zwei Jahren zu Niederschopfheim errichtete Glashütte wird größtenteils mit jenen Steinkohlen betrieben“, schrieb der Forstmeister Freiherr von Neveu im Frühjahr 1823.¹⁷ Aus eigener Förderung verwendete Derndinger 1821–1822 rd. 363 Tonnen.

Die damaligen Unternehmer waren zwar für Gewerbefreiheit und freien Handel, wie es gerade ihren eigenen Interessen entsprach, scheuten sich aber keinesfalls, sofort nach Schutzzöllen und Monopol zu rufen, wenn es ihnen dienlich erschien. Derndinger machte keine Ausnahme. Im Februar 1822 ersuchte er um Erhöhung des Eingangszolles für Glas aus der Schweiz; während die Regierung die Einwendungen seiner Konkur-

¹⁶ GLA 368/1935: StA Offenburg 5/4628. – Für frdl. Hilfe sei hier Herrn Harder vom StA Offenburg gedankt.

¹⁷ Freiherr von Neveu, Beschreibung des Oberamts Offenburg in landwirtschaftlicher Hinsicht. In: Verhandlungen des Großherz. landw. Vereins zu Ettlingen, 3. Jahrgang, 11. Heft, 1823.

renten vom Murgtal und aus dem Schwarzwald abgewiesen hatte, erhob er seinerseits Anfang April 1822 Vorstellungen gegen eine beabsichtigte Errichtung einer Glashütte in Nordrach.

Im gleichen Jahr erhielt er durch Beschluß des Innenministeriums vom 16. September die Genehmigung, Branntweinflaschen herstellen zu dürfen.

Die Errichtung einer Steinkrugfabrik in Oppenau

Derndinger sah bald darauf die Chance, eine Marktlücke zu nutzen und entschloß sich, mit dem Oppenauer Hafnermeister Bartholomä Mütterer eine „Steinkrugbäckerei“ zu betreiben. In seiner Eingabe vom 6. Juli 1824 an das Amt Oberkirch ersuchte er um ein Privileg für 15 Jahre für das ganze Großherzogtum, mit der weiteren Zusicherung, daß nach Ablauf in der Entfernung von 10 Stunden kein Konkurrenzbetrieb errichtet werden dürfe. Außerdem bat er um das Recht, im Renchtal die benötigte Tonerde, gemeine Töpfererde ausgenommen, auf eine Entfernung von vier Stunden graben zu dürfen. Die Behörden waren natürlich über den Unternehmungsgeist eines sehr bemittelten, allgemein geachteten und soliden Mannes besonders erfreut, und dementsprechend fiel der Beschluß aus:¹⁸

„Die Errichtung einer Steinkrugbäckerei zu Oppenau verdient zumal in den jetzigen Zeiten, wo mit so vielem Recht über Geldmangel und Nahrungsfragen geklagt wird, in jeder Hinsicht Begünstigung, indem nicht nur einem Teil der ärmeren Volksklasse besonders auf dem Schwarzwald hierdurch Verdienst verschafft, sondern auch Gelegenheit zur Produzierung einer Ware im Inland gegeben wird, deren Bedürfnis bei den vielen Mineralquellen in der Umgegend ungemein groß ist, welche aber gleichwohl bis jetzt mit großem Kostenaufwand aus dem Ausland bezogen werden mußte.“

Am 23. September wurde das Innenministerium ermächtigt, dem Handelsmann Derndinger zu gestatten, eine Steinkrugbäckerei zu errichten und demselben ein ausschließliches Privileg auf 10 Jahre, jedoch nur für den Bezirk des Kinzigkreises zu erteilen. Nach Aufnahme eines Teilhabers lautete die Firma „Krugfabrik J. A. Derndinger und Sohler“.

Die Verlegung der Glashütte nach Offenburg

Hatte sich Offenburg 1818 noch gegen die Ansiedlung Derndingers gesträubt, so beurteilten Stadtrat und Bürgerausschuß im Jahre 1825 das erneute Ersuchen Derndingers, seine Glasfabrik von Niederschopfheim

¹⁸ GLA 233/19377, Ministerium des Innern 27. August 1824.

nach Offenburg verlegen zu dürfen, nun positiv: sie sahen es „mit Freuden“, wenn Derndinger sein Vorhaben ausführe.¹⁹ Aber der Stadtrat war sich auf seiner Sitzung vom 20. Mai wiederum in der Einwendung einig, die Bitte Derndingers zu befürworten, „insofern sich Derndinger in kein anderes Gewerbe einzumischen gedenke“.²⁰ Aber man erachtete die Errichtung der Glasfabrik in der Stadt für so nützlich, daß man das Projekt dringend empfahl. Es springe in die Augen, daß die Gewerbstätigkeit der ganzen Umgegend dadurch vermehrt werde. Das Innenministerium sah den Grund für den Gesinnungswechsel in Offenburg darin, daß man damals wahrscheinlich den Unternehmungsgeist Derndingers nicht so gekannt habe. Inzwischen habe sich gezeigt, daß dieser ein sehr solider Mann sei, der nicht ohne die höchste Not durch Beschränkung seines Wirkungskreises gefesselt werden sollte. Eine bemerkenswerte Beurteilung des Ichenheimer Handelsmannes.²¹ Am 14. Juli setzte das Staatsministerium den Minister des Innern von der großherzoglichen Genehmigung der Betriebsverlegung in Kenntnis. Das Oberamt Offenburg unterrichtete davon am 9. August den Stadtrat und am 16. 8. Derndinger.²²

Es war die erste Glashütte in Offenburg unter der Firmierung „Derndinger & Co., Fensterglasfabrik, Offenburg“. Das Fabrikationsgeheimnis wurde von den Glashütten streng gehütet. So wurde beispielsweise auf Antrag Derndingers am 28. 2. 1829 der Bürger Gregor Vetter von Niederschopfheim auf dem Oberamt darauf vereidigt, über die ihm anvertrauten Geheimnisse über die „Glas-Composition“ zeitlebens Verschwiegenheit zu beobachten. Auf der Gaggenauer Glashütte verwandte man für eine der besten Mischungen zur Herstellung von weißem Glas 356 Pfund Sand, 113 Pfund Pottasche, 24 Pfund Kreide, 4 Pfund Arsenik und 24 Lot Braunstein.²³ Derndinger bezog das benötigte Holz aus dem Kinzigtal, Glassand aus Malsch bzw. aus den dort benachbarten Gruben von Oberweier²⁴ und Kalk aus Niederschopfheim. Das Holz brauchte man vorwiegend zur Herstellung von Pottasche, aus der man Kaliumkarbonat erzeugte. Aus einem Gesuch Derndingers vom 12. 10. 1824 an das Finanzministerium wegen Ermäßigung des Eingangszolles für Natron, dem auch entsprochen wurde, weiß man, daß er jährlich 150 bis 200 Ztr. bezog.

19 StA Offenburg 5/4628.

20 StA Offenburg, Ratsprot. v. 20. Mai 1825 Ziff. 192.

21 GLA 368/1935.

22 StA Offenburg 5/4628; Ratsprot. v. 12. August 1825 Ziff. 282.

23 K. F. V. Jägerschmid, Das Murgthal, besonders in Hinsicht auf Naturgeschichte und Statistik, Nürnberg 1800, S. 214. – Als Flußmittel verwandte Rindenschwender in Gaggenau „gemeine Asche, Pottasche (Kali), Glaubersalz, Soda, Kobalt, Kalkstein, Bleiglätte u. a. und als Entfärbungsmittel für die anfänglich grünliche Glasmasse eisenfreien Braunstein“ (Theodor Humpert, Die Gaggenauer Glashütte. In: Die Ortenau 14 (1927), S. 15.

24 Rudolf Metz, Mineralogisch-landeskundliche Wanderungen im Nordschwarzwald, besonders in dessen alten Bergbaurevieren. 2. Aufl., Moritz Schauenburg Verlag Lahr/Schw., 1977, S. 144. Vgl. dazu auch das Kapitel „Glashütten“, S. 119 ff.

Die Verlegung der Steingeschirr-Fabrik nach Offenburg

Nach der Standortverlagerung seiner Glashütte suchte er mit der Steingeschirr-Fabrik mit der Begründung nachzuziehen, daß dies für eine rationelle zeitsparende Betriebsführung notwendig sei.²⁵ Am 28. März 1827 berichtete das Kinzigkreis-Direktorium über ein entsprechendes Gesuch Derndingers dem Innenministerium, das sich mit der Verlegung einverstanden erklärte, aber die erneut erbetene Ausweitung des Privilegiums auf das Großherzogtum ablehnte. Es war der Auffassung, daß sich ein längst bekannter Produktionszweig nicht für eine derartige Monopolstellung eigne, stellte aber wohlwollend in Aussicht, bei Konzessionsgesuchen in benachbarten Kreisen und auch bei einer etwaigen Verlängerung seines Privilegiums gebührend auf die Interessen seines Betriebes und die Verdienste, die er sich durch die Einführung dieses Erwerbszweiges erworben habe, Rücksicht zu nehmen. Am 21. Juni 1827 gab das Staatsministerium die Erlaubnis zur Verlegung von Oppenau nach Offenburg.

Die Fabrik bezog den Ton aus einer Grube in Oberweier, die ihre Förderung vorwiegend an Derndinger verkaufte.²⁶

Nachdem Derndinger beide Fabriken nach Offenburg verlegt hatte, nahm er dort auch am 10. August 1829 seinen Wohnsitz.

Weitere Schürf- und Mutungsrechte

Die im Zusammenhang mit seinen Betrieben erworbenen Bergrechte spiegeln den Umfang seiner Tätigkeit. 1822 ersuchte er, auf Gips schürfen zu dürfen. Zwei Jahre später erhielt er einen Schürfschein auf Metallerze in der Gemarkung Berghaupten und das Recht zur Mutung auf Tonerde. 1826 wurde er von der Direktion der Salinen, Berg- und Hüttenwerke neben Berghaupten und Diersburg noch mit dem Kohlenfeld in Niederschopfheim belehnt. Die Qualität der Kohle schien sich gebessert zu haben, denn 1827 bot er neuentdeckte Steinkohlen an, die weit besser als die Saarbrücker seien und die meisten Qualitäten von der Ruhr noch überträfen. 1830 mutete er auf Kalk und Gips in Zunsweier, erhielt er einen Schürfschein auf Gips in der Gemarkung Kenzingen, einen auf Kalk und Gips in Niederschopfheim und einen weiteren auf Gips und Kreide in der Gemarkung Herbolzheim. Im Jahr darauf wurde ihm der Schurf auf Kalkspat für die Umgebung von Breisach genehmigt. Schließlich erhielt er eine Schürfberechtigung auf Braunstein in der Gemarkung Oppenau und 1833 auf Eisenerz in der Gemarkung Nieder-

²⁵ GLA 233/19377; das dem Handelsmann Derndinger von Ichenheim erteilte Privilegium zur Errichtung einer Steinkrug-Bäckerei zu Oppenau und deren Verlegung nach Offenburg.

²⁶ Metz, Wanderungen, S. 141.

schopfheim.²⁷ Man begreift, daß er im gleichen Jahr für die Steinkohlengrube in Diersheim Ludwig Brost nahm, der zu jener Zeit dem größeren Ausschuß in Offenburg angehörte. Dieses Bild eines stetig wachsenden Arbeitsbereiches darf natürlich nicht über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen, mit denen Derndinger im Bergbau zu kämpfen hatte.²⁸ Im Vordergrund stand vor allem in den Jahren 1831 bis 1835 der Streit mit dem Apotheker Ludwig Hecht von Straßburg und dessen Nachfolgern. Hecht war 1777 von der Gräfin von der Leyen mit dem Schürfrecht im Bellenberg belehnt worden, dessen Rechtmäßigkeit von Derndinger energisch bestritten wurde. Da die Parteien sich nicht gütlich auf den Vorschlag einigen wollten, sich in den Abbau im Bellenberg zu teilen – Derndinger im östlichen und die Nachfolger von Hecht im westlichen Gebiet – wurde der Bellenberg amtlich vermessen. Bei der Vermessung wurde der Lehensbrief von Derndinger vom 7. Mai 1818 und ein Beilehensbrief vom 30. Mai 1834 für seine erweiterte Steinkohlengrube in Diersburg berücksichtigt.

Die Glasfabrik Derndinger und Brost

Nach Höfele²⁹ soll die Glashütte Derndingers nach kurzem Bestehen eingegangen sein. Er vermutete, daß die hohen Zollschränken nach Frankreich und dem übrigen Deutschland den Absatz einschränkten. Dazu seien die stetig wachsenden Holzpreise gekommen. Tatsächlich hatte sich aber Derndinger nicht nur im Bergbau, sondern auch bei der Glasfabrikation mit Brost assoziiert. Kempf, der den Streit Derndingers mit den Brüdern Hecht in der „Ortenau“ ausführlich beschrieb, berichtet, daß die Gebrüder Hecht im Jahre 1834 ihr Kohlenbergwerk nebst Taggebäuden und Gerechtsame an Felix Brochot, Mineningenieur von Auton, und dessen Teilhaber, dem Glasfabrikanten Brost verkauft habe. Die Glasfabrik Derndinger & Brost hatte sich in Oberweier eine eigene Sandgrube zugelegt. 1836 wurde ihr ein Glassandlager auf der Grenze der Gemeinden Steinbach und Eisental verliehen: „1837 hatte diese Firma dort schon 200 t Glassand gewonnen“.³⁰ Im gleichen Jahr ersuchten Derndinger und Brost um die Erteilung eines Patentes auf ihr Verfahren, das Tafelglas in einem neu erfundenen Kühllofen abzukühlen. Ein ereignisreiches Geschäftsjahr, denn am 8. Juli erhielten die Bergwerksgesellschafter Derndinger und Brost zu Diersburg und Niederschopfheim und Brost zu Zunsweier vom Finanzministerium die Genehmigung zur Gründung einer Steinkohlenbergwerksgesellschaft in Offenburg, die sich in den Feldern Diersburg und Hagenbach betätigte,

27 Zum Erzbergbau vgl. Hans Rest, Der Erzgang Reichenbach-Diersburg-Zunsweier. In: Badische Heimat, 48. Jg., Heft 1/2, Juni 1968.

28 Vgl. dazu Albiez, Das Steinkohlenbergwerk Berghaupten, mit den Schilderungen von Daub und Ehmüller, S. 296 ff.

29 Joseph Höfele, Die Offenburger Glasindustrie. Diss. Heidelberg 1924 (Masch.).

30 Metz, Wanderungen, S. 145.

während Derndinger den Bergbau in Berghaupten bis 1844 auf eigene Rechnung betrieb. Sein Sohn August, der wegen des Todes seines Obersteigers im August 1837 um Entlassung aus der Offenburger Miliz nachsuchte, da ihm die gesamte Leitung seines Bergwerks in Berghaupten zugefallen sei,³¹ erhielt 1838 das Schürfrecht auf Steinkohlen in der Gemarkung Durbach, doch war ihm dort kein Erfolg beschieden. Die Zusammenarbeit von Derndinger und Brost verlief offensichtlich günstig; am 30. Juli 1841 wurden sie von Carl Freiherr von und zu Franckenstein mit dem Steinkohlenbergwerk Diersburg im Niederschopfheimer Bann als Erbpachtgut belehnt.

Wachsender Kapitalbedarf im Bergbau veranlaßte Derndinger wohl, 1844 seinen Betrieb in Berghaupten in eine neue Gesellschaft einzubringen.

Derndinger starb am 26. Oktober 1850 in Offenburg.

Die Glashütte bestand nach Rudolf Metz noch bis 1853.³² Brost assoziierte sich nun mit Johann Baptist Reindle.³³ Nach dessen Tod im Jahre 1855 und nachdem sich Brost wahrscheinlich zur Ruhe gesetzt hatte, führten C. L. Weißkopf und Carl Geck den Betrieb unter der Firma Carl Geck & Cie. weiter.³⁴ Die Hütte stellte verzierte Gläser für Häuser und Kirchen sowie gewölbte Fenstergläser her und betrieb einen Großhandel mit weißem und farbigem Fensterglas. Weißkopf und Geck führten die Fabrikation von Musselglas nun erfolgreich aus dem Versuchsstadium heraus zum fabrikmäßigen Betrieb. Am 30. Juni 1859 unternahm Carl Geck eine längere Geschäftsreise nach New York. Bei seiner Rückkehr im Dezember 1861 brachte er aus Amerika das „Sternenmuster“ mit, das der Musselin-Glasfabrik zu weiterem Aufschwung verhalf. An Stelle des Ende 1861 ausgeschiedenen C. Weißkopf nahm Geck wenige Jahre später Hermann Reindle, Sohn des verstorbenen Direktors, als Teilhaber auf.³⁵ Die Direktion der Glashütte übernahm der erst am 28. 2. 1862 begnadigte und bald darauf aus der Schweiz nach Offenburg zurückkehrende Revolutionär von 1848/49 Amand Gögg, der schon 1856 mit dem Uhrmacher Christ Hanauer in Bern mit gutem Erfolg eine Spiegelglasfabrik errichtet hatte.³⁶ Die 1864 von ihm gegründete „Offenburger Glasfabrik AG, Offenburg“ mit einem Grundkapital von 300 000 Gulden ermöglichte eine moderne Betriebsausstattung. Das Werk beschäftigte

31 Otto Kähni, Die Offenburger Bürgerwehr. In: Die Ortenau 48 (1968), S. 113.

32 Metz, Wanderungen, S. 145.

33 Höfele berichtet von der Gründung einer zweiten Glasfabrik durch Brost und Reindle, wobei es sich sicherlich um Brost und Reindle handelt. Die Fabrik habe 25 bis 30 Arbeitskräfte beschäftigt. Die Fabrikation sei bald zum Erliegen gekommen. Zur Offenburger Glasindustrie: Otto Kähni, Offenburg und die Ortenau, 1976, 215 ff.

34 StA Offenburg 5/4718; die Glashütte in Offenburg in der Zeit zwischen 1855–1867.

35 Im Offenburger Adress-Kalender für das Jahr 1863, Freiburg, werden der Glasfabrikbesitzer Amand Gögg, die Glasfabrikanten Weiskopf und Adolph Schell (beide Bahnhofstr. 80) sowie die Fabriken von Karl Geck und Comp. und Schell und Weiskopf aufgeführt. Gögg wohnte mit Carl Geck in der Zellerstraße.

36 Iris Dinkelacker, Amand Gögg 1820–1897, Biographische Dokumentation. In: Um Renchen und Grimmelshausen, 1976, S. 207.

etwa 60 Arbeitskräfte und verwendete für den Betrieb des Generatorofens Kohle aus dem Revier Diersburg-Berghaupten. Wegen der ungenügenden Qualität der Kohle und des hohen Brennstoffverbrauches ging man zu einem System von Siemens mit der Regenerativfeuerung und zur Verwendung der besseren Saarkohle über. Eine vollständige Umstellung im Rohstoffbezug – Verwendung von Saarkohle, Sand aus Herzogenrath bei Aachen, Kalk aus der Champagne, Alkalien aus Ludwigshafen – mit der hohen Transportkostenbelastung, Mangel an Fachkräften, hohe Zölle nach dem Elsaß und der Schweiz und scharfe Konkurrenz mit der Schönmünzacher Hütte brachte den Betrieb 1867 zum Erliegen.³⁷ Nach der Rückkehr von Amand Goegg im gleichen Jahr in die Schweiz und dem Tod Hermann Reindles gründete Carl Geck mit Vittali eine neue Gesellschaft. Schließlich errichtete er eine Musselin-Glaswerkstätte, aus der die Glasmalerei Carl Geck entstand.

Der Kohlenbergbau im Gebiet von Diersburg-Berghaupten nach dem Tod von J. A. Derndinger

Nach dem Tode Derndingers betätigte sich in den Feldern Diersburg und Hagenbach weiterhin die „Offenburger Steinkohlenbergwerksgesellschaft“ und im Gebiet von Berghaupten die 1853 gegründete „Aktiengesellschaft Steinkohlengrube Berghaupten“, die schon 1861 zwangsversteigert wurde. Das Bergwerk wurde von Gschwindt sen. und Kiehle aus Pforzheim erworben, die nach Aufnahme von zwei weiteren Gesellschaften, darunter Carl August Ringwald aus Emmendingen, 1863 die „Steinkohlen-Gruben Berghaupten Gschwindt & Comp.“ gründeten. Beim Verkauf im Jahre 1873 bildeten die Erwerber die neue Gesellschaft „Steinkohlengrube Ringwald & Cie. – Berghaupten“. Aus jenen Jahren ist uns ein kritisches Urteil des Pfarrers Heinrich Hansjakob, der seine Osterferien beim Pfarrer in Berghaupten verbracht hatte, in der „Katholischen Welt“ überliefert: „Drunten bis zur Tiefe von 1 300 Fuß arbeiten viele Männer und Kinder um schmähhlichen Tagelohn. Drunten aber in Offenburg leben in Saus und Braus die Mastbürger, deren Aktien die Kohlen zu Tage fördern, und sinnen nach, wie sie im Lande Baden die Feiertage abschaffen möchten.“ Und im Zeichen des damaligen Kulturkampfes fügte er hinzu: „Wahrlich, ein fluchwürdiges Geschlecht, diese liberalen Krämerseelen unserer Zeit! Gegen sie sind die südstaatlichen Sklavenhalter Amerikas ‚noble Herren‘.“³⁸

Die Firma Ringwald & Cie. verkaufte den Betrieb 1882 an die Offenburger Steinkohlenbergwerksgesellschaft, so daß die Felder zwischen Berg-

³⁷ Höfele, S. 13.

³⁸ Heinrich Hansjakob, Aus den Ferien. Erinnerungen an Land und Leute. In: Die katholische Welt (Aachen) 3 (1968). Aufgrund dieses Aufsatzes wurde Hansjakob seiner Stellung als Vorstand der Höheren Bürgerschule in Waldhut enthoben.



haupten und Diersburg in eine Hand gelangten. Der Abbau konzentrierte sich in der Folgezeit auf das Gebiet zwischen Barack und dem Himmelreich. 1895 mußte auch dieses Unternehmen aufgeben; der Offenburger Gastwirt Albert Mayer übernahm es und verkaufte es 1896/97 an Carl Johann Ringwald.³⁹ Unter ihm wurde 1900 der Versuchsschacht Großherzog Friedrich abgeteuft, der bis 1905 in eine Tiefe von 70 Metern geführt wurde. Die Firma „Steinkohlenbergwerk Berghaupten – Carl Ringwald“ wurde im gleichen Jahr in die „Steinkohlenbergbau Diersburg-Berghaupten GmbH“ umgewandelt, an der Ringwald zur Hälfte beteiligt war. Gefördert wurde bis 1910 auf dem neuangelegten Theodorschacht, doch am Ende stand auch hier die Zwangsversteigerung. In jenem Jahr förderten 41 Arbeiter noch 1659 t Kohle.⁴⁰ Auf Grund einer durch den Landtagsabgeordneten Adolf Geck aus Offenburg veranlaßten wissenschaftlichen Untersuchung durch einen Geologen im Jahre 1910 sah der Staat vom Erwerb des Bergwerkes ab. Im Jahre 1911 wurde der Bergbau eingestellt; bis dahin betrug die Gesamtförderung auf den Gruben Diersburg, Hagenbach und Berghaupten seit 1753 523 986 t Kohle⁴¹, immerhin eine Jahresförderung des

39 Zur Entwicklung des Bergbaus bis 1905: Gustav Albiez, Carl Johann Ringwald – ein badischer Bergbaupionier. In: Ekkhart 1970.

40 Alfred Schmid, Der Bergbau. In: Kurt Klein (Hrsg.), Land um Rhein und Schwarzwald, Verlag Morstadt Kehl, 1978, S. 251.

41 H. Ziervogel, Das Steinkohlengebirge von Diersburg-Berghaupten, a. a. O. S. 51.

gesamten Ruhrbergbaues zwischen 1820 und 1830. Dabei muß berücksichtigt werden, daß der Abbau in unserem Revier weitestgehend Rücksicht auf die Landwirtschaft nahm und der Betrieb in den Erntezeiten entsprechend eingeschränkt lief. Die höchsten Förderziffern wurden erst nach Derndingers Tod in den modernisierten Schachtanlagen von 1850 bis 1859 (100 000 t), 1860 bis 1869 (97 142 t) und 1870 bis 1879 (102 614 t) erzielt. Im Jahrzehnt von 1880 bis 1889 sank die Förderung auf 74 039 und in den beiden folgenden Jahrzehnten auf 44 826 bzw. 24 365 t. Um einen Vergleichsmaßstab mit den Zechen des Ruhrreviers zu gewinnen, muß man wissen, daß um die Mitte des 19. Jahrhunderts an der Ruhr je Zeche jährlich nur 8 412 t gefördert wurden, so daß die durchschnittliche Jahresförderung der Gruben in unserem Revier in jener Zeit eine recht beachtliche Leistung darstellt. Allerdings: 50 Jahre später stieg die jährliche Zechenleistung an der Ruhr auf 464 000 t.

Im Ruhrgebiet brach die Zeit der Tiefbauzechen um 1837 an; in Hagenbach wurde der erste bedeutende Schacht gegen 1830 angelegt, vorher glich der Abbau mehr einem Schürfen. Die Entwicklung unseres Reviers schlug sich auch in den Belegschaftsziffern nieder: während die Förderungen von 1814 bis 1822 in Diersburg und Berghaupten von durchschnittlich 18 Arbeitern erzielt wurden, betrug beispielsweise 1860 die Belegschaft 130 und 1864 schließlich 156 Mann, wobei noch Mangel an Arbeitskräften herrschte.

Was dem Bergbau zu schaffen machte, war vor allem die unregelmäßige Lagerung der Kohle, die immer wieder zu neuen Versuchen verleitete, aber von dem zurückhaltenden Sachverständigen Bergrat Dr. Ziervogel zu Beginn des ersten Weltkrieges skeptisch beurteilt wurden. Er vertrat die Auffassung, daß das Beste in Berghaupten oben steckte: Flöze, die in der Abteilung Hagenbach ziemlich regelmäßig waren, wurden im Feld des Theodorschachtes (220 m) in kleine Stücke gerissen angetroffen. Auch die Kohlensorte sei in der Tiefe schlechter als oben. Obwohl die Berghauptener Kohle makroskopisch den Eindruck von reinem Anthrazit mache, erweise sie sich stellenweise als halbwertiger Brennstoff. Die Lage des Theodorschachtes fand Dr. Ziervogel wenig glücklich. Offenbar war dort schon früher abgebaut worden, wo man unverritzte Kohle vermutete. Er kam nach der Beschreibung der Aufschlüsse des Theodorschachtfeldes zu dem Schluß, daß ebenso wie bei Diersburg und Hagenbach die Lagerungsverhältnisse in der Tiefe unruhiger werden und die Kohlenmenge und Qualität abnehmen. Ein wirklich mächtiges Steinkohlegebirge sei nicht nachweisbar; die Annahme mächtiger und ungestörter Kohlenflöze in der Tiefe sei zwar möglich, aber sie beruhe einstweilen mangels tieferer Aufschlüsse lediglich auf Spekulationen. Eine Chance räumte der Bergrat damals dem Großherzog-Friedrich-Feld nach der Tiefe und vor allem in Richtung Kinzig ein.

Ende 1917 flammte die Diskussion um den Bergbau wieder auf. In einer Versammlung des Kriegsausschusses für Konsuminteressen im Offenburger Bürgersaal wurde die Wiedereröffnung des Diersburger Kohlenbergwerks angeregt. Die Stadt leitete den Vorschlag an das Innenministerium weiter. Unter Hinweis auf die Wiederinbetriebnahme eines alten Bergwerkes bei Bregenz wurde das Thema auch in Leserbriefen aufgegriffen.⁴² Und tatsächlich wurde der Bergbau zu einem neuen, wenn auch kurzfristigen Leben erweckt. In einem Bericht in der Zeitschrift des lokalpolitisch besonders engagierten Adolf Geck, „D'r alt Offeburger“, vom 11. April 1920 lesen wir darüber:

„Die Kohlengewinnung auf den zu Tage liegenden Schichten des ehemaligen ortenauischen Bergwerks ist am Sonntag von hiesigen Vertretern des Kohlenbezugsvereins und der Konsumentenvereinigung besichtigt worden. Von 88 Bergarbeitern wurden in letzter Zeit die Ausbeuten der Kohle für eine Mannheimer Industriefirma gemacht. Da das Pachtverhältnis abgelaufen ist, will man bei der Stadt Offenburg anregen, die Ausbeute zu übernehmen.“

Ende März ging eine Eingabe an den Stadtrat um zu veranlassen, daß staatlicherseits Tiefbohrungen nach weiteren, in einer Tiefe von etwa 130 Metern vermuteten Kohlenflözen vorgenommen werden. Die gegenwärtigen Förderungen sind von kleinen Lagerungen aus ganz geringer Tiefe. In Diersburg wurden seither aus dem einen Stollen (Richtung Lahr) bei 6 Meter Tiefe wöchentlich 900–1 200 Zentner Kohlen gefördert, ein zweiter ist im ‚Burggraben‘ (Richtung Berghaupten) angehauen. In Berghaupten beträgt die Förderung 1 200–1 500 Zentner in der Woche. Die Kohle ist brauchbar und wird uns an der Nase vorbeigeführt nach Mannheim. Es heißt in dem Bericht: ‚Die Bergleute klagen über das geldgierige Unternehmertum, das bis jetzt mit billigen Mitteln nur Raubbau getrieben habe und auf dem Standpunkt stehe, daß das Diersburger Kohlenlager nur muldenartig bis zu einer Tiefe von 128 Metern gehe. Dort befände sich aber nach früheren Erfahrungen alter Bergleute der eigentliche Kohlenkörper, der sich nach unten zu unbedingt verbreitern und unter dem Sandstein im ganzen Gebirgszuge bis gegen Lahr verlaufen müsse.‘ Arbeitslosigkeit und Kohlennot ließen die Diskussion nicht zur Ruhe kommen. Wie Bergrat Dr. Ziervogel sah man die Chance beim Großherzog-Friedrich-Feld: ‚Es könnte hier eine größere Anzahl von Arbeitslosen untergebracht werden. Zur Zeit ist die Belegschaft ungefähr 130 Mann. Sie wird aber bald größer werden müssen, wenn im Berghauptener Feld demnächst der erste Schacht wieder aufgemacht werden wird. Die alten Schachtanlagen von Diersburg, Hagenbach, Berghaupten, soweit sie überhaupt wieder in Betrieb

⁴² D'r alt Offeburger. Zeitschrift der Heimatkunde für die Offenburger in der Nähe und Ferne, 4. 11. 1917.

zu nehmen sind, versprechen keine Förderung wie die Ausbeute in der Gegend des der Kinzig am nächsten gelegenen Feldes des ehemaligen Großherzog-Friedrich-Schachtes... Im Gebiet dieses Schachtes liegt aber noch abbauwürdige Kohle. Nach den Aufschlüssen der letzten Bauperiode erstreckt sich hier nach Osten hin ein auf 220 Meter verfolgte Flöz.⁴³ Man hoffte, in größerer Tiefe abbauwürdige Kohle anzutreffen. Real waren aber die finanziellen Überlegungen: „So rentabel ist der Betrieb immer noch, daß er über die schwierige Zeit geführt werden kann. Wir erhalten Kohle, die nicht kontingentiert ist und die billiger zu stehen kommt als die amerikanische. Die Berghauptener Kohle mag pro Tonne 400–500 Mark kosten, selbst, wenn sie 600 Mark kostet, ist sie immer noch billiger als Auslandskohle, für die nach dem Stand des Dollars 1 800–2 000 Mark bezahlt werden müssen. So scheint wenigstens die jetzige Unternehmerin, die Spiegelglasfabrik Waldhof in Mannheim, zu rechnen. Sie riskierte eben eine größere Kapitalanlage. Über ihren Bedarf hinaus dürfte jedoch die Waldhof AG kein Interesse an dem Werk haben.“ Nach den oben genannten wöchentlichen Förderzahlen kommt man für 1920 auf über 3 000 Tonnen, genauer auf 71 160 Zentner.⁴⁴

1926 fand die nun schon fast traditionell gewordene Zwangsversteigerung statt; der Kaufmann Hans Schmidkonz in Diersburg mußte den Betrieb schließen. Das Schicksal all dieser Unternehmen läßt die Schwierigkeiten ermessen, gegen die trotz aller Fehlschläge viele Jahrzehnte lang unentwegt angegangen wurde. Aus Anlaß des Konkurses erstellte die Gemeinde Berghaupten unter Einbeziehung von Dr. Ziervogel am 24. Juni 1926 ein Gutachten,⁴⁵ das eine Übersicht über den Stand des Bergbaus in unserem Revier vermittelt. Das Gutachten kam zur folgenden Einschätzung:

Innerhalb des Grubenfeldes ist das Steinkohlengebirge an seinem Ausgehenden über Tage als ein zusammenhängender Zug in 40 bis 400 m Breite zwischen Diersburg und Berghaupten. Das Kohlengebirge erstreckt sich wie ein mächtiger Mineralgang von der Tagesoberfläche beinahe senkrecht nach der Tiefe hin, im Taleinschnitt der beiden Gemeinden von diluvialen Flußschotter überlagert.

Durch die seit Mitte des 19. Jh. erstellten Schachtanlagen ist erwiesen, daß in Diersburg bei 150 m, im Hagenbach bei 330 m und in Berghaupten bei 230 m das Kohlengebirge noch nicht durchsunken ist. Der tiefste Kohlengebirgsaufschluß liegt bei Hagenbach 210 m, bei Diersburg 80 m,

⁴³ Ebd., 17. 10. 1920.

⁴⁴ Alfred Schmid, S. 251.

⁴⁵ Gemeindearchiv Berghaupten.

im Berghauptener Theodorschacht 165 m und im Berghauptener Großherzog-Friedrich-Schacht 55 m unterhalb des Wasserspiegels der Kinzig.

Durch die über 100jährige Kohlegewinnung sind bereits erhebliche Kohlenmengen abgebaut worden. Das gilt insbesondere für die Hagenbachgrube. Das Kohlenrevier von Diersburg-Berghaupten kann jedoch keineswegs als abgebaut gelten. Nach dem Stand der geologischen Kenntnisse müßte wenigstens bis zu Tiefen von 500 m Kohle anzutreffen sein. Das Grubenfeld ist nur in seinen oberen Regionen abgebaut, jedoch auch dort nicht vollständig. Unterhalb des bisherigen Abbaus sind etwa 200–300 m des Kohlengebirges (senkrecht, d. h. im Einfallen gemessen) noch als jungfräulich anzusprechen. Namhafte Geologen wie Prof. Dr. Sauer, Stuttgart, Prof. Dr. Salomon, Heidelberg, behaupten, daß die bessere und regelmäßige Kohlenablagerung erst in der Tiefe zu erwarten sei.

Die Steinkohle gehört zu den aschereicheren Anthracitkohlen. Dieser Charakter der Kohle sowie die Klüftung des Gebirges bewirken eine gewisse Schlagwetterarmut. Der Heizwert beträgt etwa 90 % desjenigen der geologisch gleichaltrigen Ruhrnußkohlen. Der Aschengehalt liegt zwischen 4 und 28,85 %. Zu den Magerkohlen wird die Kohle aus dem Hauptflöz des Großherzog-Friedrich-Schachtes gerechnet.

Die Steinkohlenflöze sind durch den Gebirgsdruck früherer geologischer Epochen im Streichen und Fallen durch zahlreiche Sprünge und Verquetschungen stark beeinflußt. Mächtigkeit und Qualität wechseln im Streichen und Fallen häufig. Einige Flöze sind stark angeschwollen, andere sind durch Gebirgsdruck auf ein Minimum reduziert.

Abgebaut werden Flöze verschiedener Mächtigkeit: mit dem Diersburger Schacht 4 Flöze, unter welchen sich ein Hauptflözstück von 0,60 bis 4,00 m Mächtigkeit befand. Im Gebirge zwischen Diersburg und Hagenbach wurde durch den Johannesstollen ein 4,50–7,20 m mächtiges Flöz abgebaut, im Hagenbacher Feld ein 3–10 m mächtiges Flöz; in anderen Schächten finden sich Flözstücke von 1,00 bis 13,00 m Mächtigkeit. Der 70 m tiefe Großherzog-Friedrich-Schacht beim Friedhof Berghaupten erschloß ein Flöz von 1–1,50 m Mächtigkeit, das 220 m weit durchgehend verfolgt wurde. Die stellenweise starken Flözanschwellungen führt Dr. Ziervogel auf Horizontalverschiebung zurück. Eine gewisse Bedeutung sieht das Gutachten für die Zukunft nach bisherigen Aufschlüssen, Erfahrungen und den allgemeinen geognostischen Verhältnissen in der Hauptsache im Großherzog-Friedrich-Feld bei Berghaupten und im Burggrabengebiet bei Diersburg.

Auf das Gutachten erklärte der Minister der Finanzen mit Schreiben vom 17. März 1927 an den Gemeinderat, daß eine Staatsbeteiligung an der Wiederaufnahme nicht in Aussicht genommen sei und eine Abänderung des Beschlusses unter keinen Umständen in Frage komme.⁴⁶

Eine Wiederaufnahme des Bergbaues betrieb auch Direktor Frohwein, aber er stieß im Landtag auf wenig Gegenliebe, ja „auf taube Ohren“, wie ein Abgeordneter 1927 der Gemeinde mitteilte. Im Ruhrgebiet lägen so viele Zechen still, weil sie keinen Absatz hätten, daß sich kaum jemand für die so schwer zu gewinnende Kohle in Berghaupten erwärmen könne. Auch die Vorsprache einer Abordnung sei zwecklos. Aber die Unternehmer lassen sich nicht beeindrucken; nichts kann sie davon abhalten, neue Pläne zu schmieden. 1930 wird das Bergwerk von Ingenieur Gustav Winter erworben, der das Wagnis einer Wiederaufnahme auf sich nehmen will. Am 25. 1. 1931 erscheint in einer Freiburger Zeitung eine größere Abhandlung über das süddeutsche Steinkohlenlager bei Offenburg, die in hoffnungsvollen Worten für das Projekt wirbt, um das Interesse des Landes Baden für eine großzügige Arbeitsbeschaffung zu gewinnen. Man verspricht sich die Beschäftigung von mindestens 800 bis 1 000 Arbeitskräften. Der Artikel erreicht auch insofern seinen Zweck, als die Behörden sich für die Annahme interessieren, daß sich in Berghaupten noch ausbeutungsfähige Kohlenvorkommen befinden. Auch die Handelskammer setzt sich für das Projekt ein. Winter hatte vor, den Großherzog-Friedrich-Schacht wieder aufzuwältigen. Man wollte die Auffassung des Geologen Dr. Sauer nachprüfen, ob nach der Tiefe ungestörte Kohlenflöze vorhanden seien. Das Badische Bergamt in Karlsruhe war naturgemäß mit solchen Aufschlußarbeiten durchaus einverstanden; sie konnten zur Milderung der Arbeitslosigkeit und zur endgültigen Aufklärung dieses Karbonvorkommens beitragen.

In ihren Bemühungen, eine Wiederaufnahme des Bergbaues zu erreichen, stützte sich die Gemeinde Berghaupten auch auf ein Gutachten der ehemaligen Obersteiger Gottfried Armbruster und Jakob Brüderle, die 30 bzw. 50 Jahre im Bergwerk beschäftigt waren. Auch sie setzten sich für einen Abbau im Gebiet des früheren Großherzog-Friedrich-Schachtes in Richtung Kinzig ein. Der bisherige Oberflächen-Stollenbau sei allerdings kaum rentabel; es müßten größere Abteufungen als bisher erfolgen. Diese Beurteilung wurde am 8. April dem Kreisrat Offenburg auf eine Anfrage hin zugeleitet.

Alle Gemeinden des Reviers und der Umgebung unterstützten diese Pläne. Die Stadt Gengenbach stellte am 4. Mai dem Reichsministerium des Innern die damals trostlose wirtschaftliche Lage vor Augen und bat darum, daß die Westhilfegelder für den Bergbau benützt werden dürften.

⁴⁶ Auch die folgenden Ausführungen stützen sich auf Unterlagen im Gemeindearchiv Berghaupten.

Die SPD wurde eingespannt, und der damalige Reichsminister Dr. Wirth gab auch am 23. Juni 1931 sein Einverständnis, daß die dem Handelskammerbezirk Lahr zufallenden Beträge aus der Reichs-Westhilfe 1930 zum Zwecke der Erforschung des Kohlevorkommens bei Diersburg-Berghaupten verwendet werden dürfen. Der Handelskammer wurden 40 000 RM zur Verfügung gestellt. Da die Wirtschaftskrise sich in Deutschland katastrophal entwickelt hatte – am 14. und 15. Juli 1931 schlossen die deutschen Banken ihre Schalter –, zog sich die Auszahlung der zweiten Rate, ohne die man nicht beginnen wollte, bis zum Herbst 1932 hin. Konnte nun durch den staatlich geförderten Aufschluß die strittige Frage nach der Tiefe des Kohlevorkommens geklärt werden? In einem Zeitungsartikel vom September 1939 finden wir eine Antwort über die Verwendung der bewilligten Westhilfe-Gelder:

„Da dieses Geld an die Industrie- und Handelskammer in Lahr zur weiteren Verwendung überwiesen worden war, hat man der Einfachheit halber die Bohrung gleich vor den Toren der Stadt, bei Dinglingen, vornehmen lassen. Kohlen wurden dort zwar keine gefunden, das war vielleicht auch das weniger Wichtige, wichtiger dagegen, daß das Geld im eigenen Ort verausgabt wurde.“ Soweit der Zeitungsbericht, der die Enttäuschung durchblicken läßt, die damals die Gemeinden um das Revier wohl befallen hatte.

Im Rahmen des Vierjahresplanes, mit dessen Durchführung Hitler am 18. Oktober 1936 Hermann Göring betraute, wurde das Bergbau-Projekt noch einmal aktuell. Was die Gemeinde Berghaupten Anfang 1937 zur Kenntnis erhielt, ließ wenig Chancen erkennen. Das Badische Finanz- und Wirtschaftsministerium teilte mit, daß das Kohlevorkommen in die für den Vierjahresplan aufzustellende Übersichtskarte aufgenommen wurde. Für eine Wiederaufnahme des Bergbaus bestünde wenig Hoffnung, da das Vorkommen kaum als erstklassig zu bezeichnen sei. Die Kohle habe einen zu hohen Aschegehalt und der Aufschluß neuer Kohlevorkommen gehöre nicht zu den vordringlichsten Aufgaben des Vierjahresplanes.

Wer in Berghaupten vom Friedhof zum Himmelreich wandert, wird zwischen dem Schornstein und dem ehemaligen Verwaltungsgebäude zu guter Letzt den „Eingang zur Güte Gottes“ finden. Der Gedenkstein erinnert an die Bergbau-Vergangenheit im vorderen Kinzigtal. Die Inschrift am Sockel lautet: „Die durch den Kohlen-Abbau von Alters her angesammelten großen Wassermassen machten seither das Ausbeuten der Kohlen in der hintern westlichen Kohlenmulde sehr gefährlich und des Wasser-Zuflusses halber fast unmöglich. Durch Gottes Beistand ist es nach jahrelanger, mühevoller und kostspieliger Arbeit gelungen, die



Gedenkstein

Wassermassen zu entleeren und denselben einen geeigneten Abfluß zu verschaffen im Jahr des Herrn 1881. Steinkohl-Grube Ringwald & Comp. in Berghaupten. Der Director M. Ehmüller senior.“

Zur Geschichte des Franziskaner-Reformaten-Hospizes und der nachmaligen Langsdorffschen und Kesselmeyerschen Textilmanufaktur in Seelbach im Schwarzwald (1732–1824)

Hermann Schmid

Die Gemeinde Seelbach, die in diesem Jahr ihre Achthundertjahrfeier begeht, zieht den Blick des landes-, kirchen- und wirtschaftsgeschichtlich Interessierten in verschiedenen Beziehungen auf sich: Zum einen als Hauptort der ehemaligen Grafschaft und des kurzlebigen Kleinstaats Hohengeroldseck, der als ein Kuriosum der Rheinbundzeit zu gelten hat und durch seine besonderen Schicksale Auffallen erregt. Zum andern, was speziell das 18. und frühe 19. Jahrhundert anbelangt, durch ein verhältnismäßig spät errichtetes Franziskaner-Hospiz, welches sehr bald nach der Aufhebung im Jahr 1813 seine Umwandlung in eine Textilmanufaktur erfuhr – kein gewöhnlicher Vorgang in der für die damalige Zeit abgelegenen Gegend. Aus dieser Manufaktur, die mit ihren Eigentümern – Boten eines neuen wirtschaftlichen Zeitalters – ein bemerkenswertes Schicksal teilte, wurde für kurze Zeit einer der großen Betriebe dieser Branche in Baden.¹

¹ Die Seelbacher Lokalgeschichte wurde sehr anschaulich und genau dargestellt von J. Himmelsbach, *Geschichte des Marktflückens Seelbach, Hauptort der ehemaligen Reichsgrafschaft Hohengeroldseck*, Hüfingen 1906. Keinen nennenswerten Fortschritt stellt die Zweitausgabe dieser Schrift unter dem Titel dar: *Vom Alemannenstein durch das Schuttertal zum Rhein, Donaueschingen 1938*.

Über das Hospiz gibt es mehr oder weniger brauchbares Literarisches: M. Hennig, *Die Geschichte des Landkapitels Lahr*, Lahr 1893, S. 214 ff. u. 253 f., F. Singler, *Das Franziskanerkloster in Seelbach*, in: *Geroldsecker Land* 20/1978, S. 114 ff. und recht genau W. Müller, *Das Franziskanerkloster in Seelbach*, in: *Die Ortenau* 58/1978, S. 564 ff. Müller geht auf die Textilmanufaktur nicht ein, auch nicht J. B. Trenkle, *Geschichte der Schwarzwälder Industrie von ihrer frühesten Zeit bis auf unsere Tage*, Karlsruhe 1874, und E. Gothein, *Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Landschaften*, Straßburg 1892. Ebenso wenig W. Kaiser, *Die Anfänge der fabrikmäßig organisierten Industrie in Baden*, in: *ZGO* 85/1933, S. 612 ff. und W. Fischer, *Ansätze zur Industrialisierung in Baden 1770–1870*, in: *Vierteljahresschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 47/1960, S. 186 ff., derselbe, *Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800–1850*, Berlin 1962. Überhaupt ist dem Verfasser keinerlei Schrifttum bekannt, das sich mit dem frühindustriellen Projekt in Seelbach befaßt. Da die Anfänge des Franziskaner-Hospizes andernorts ausführlich behandelt sind, liegt das Hauptgewicht der vorliegenden Darstellung auf der Endzeit. – Die Reformaten waren eine Reformbewegung innerhalb des Franziskaner-Ordens, die sich seit dem 16. Jahrhundert von Italien aus über Österreich nach Süddeutschland ausbreitete. Vgl. hierzu H. Holzapfel, *Handbuch der Geschichte des Franziskanerordens*, Freiburg 1909, S. 338 ff.

Zur allgemeinen Geschichte der Säkularisation in Baden vgl. die Arbeit des Verfassers (H. Schmid), *Die Säkularisation der Klöster in Baden 1802–1811*, in: *FDA* 98/1978 u. 99/1979. Ferner sei verwiesen auf die kleine Schrift: *Säkularisation*



Das Hospiz

Eine Niederlassung der Franziskaner von der strikten Observanz bestand am Ort de jure seit 1732. Unterm 12. Januar dieses Jahres genehmigte der Habsburger Kaiser Karl VI. als Lehensherr der Herrschaft Hohengeroldseck die Ausbreitung der „Provincia Tyrolensis Ordinis Sancti Francisci Minorum Reformatorum“ auf dieses Territorium und die Errichtung eines Hospitiums in dessen Hauptort. Diesem Akt vorausgegangen waren mehrjährige Verhandlungen, an denen sich der Orden, das Landkapitel Lahr und der Bischof von Straßburg als zuständiger Diözesanbischof, das Haus Österreich als Lehensherr und vor allem der Lehensträger, Reichsgraf Karl Kaspar von der Leyen, beteiligt hatten. Daß diese den von den Franziskanern und auch von den Bewohnern der Herrschaft gewünschten Ausgang hatten, lag darin begründet, daß die seelsorgerische Bedienung der Ortschaften und Höfe des oberen Schuttertals unzureichend war und allgemein Abhilfe verlangt wurde. In den ursprünglichen Pfarreien Seelbach, Schuttertal, Prinzbach und Reichenbach mit den Filialen Kuhbach und Schönberg war nur ein Pfarrer tätig, der durch die Weitläufigkeit des Tals überfordert war. Es dauerte lange, bis das Haus von der Leyen, in dessen Händen sich die Kirchengüter befanden, mit Nachdruck eine Änderung dieses Zustands betrieb.

Im Jahr 1728 stellte von der Leyen mit den Tiroler Franziskanern, die sich schon im vorhergehenden Jahrhundert mit den Kapuzinern von Mahlberg zusammen bei der Rekatholisierung der zeitweilig protestantisch gewesenen Herrschaft hervorgetan hatten, ein grundsätzliches Einvernehmen her, auf dessen Grundlage schließlich ein Klösterlein errichtet wurde unter ständiger Beiziehung von Regularen aus dem Kloster desselben Ordens zu Kenzingen. Um die Bevölkerung nicht zu sehr mit Bettelmönchen zu belasten, waren maximal vier Priester und zwei Laienbrüder zugelassen. Dieser Numerus fixus wurde, wie die Akten zeigen, in der Folge des öfteren unterschritten. Die Geistlichen hatten in den Dörfern Seelbach, Reichenbach, Kuhbach und in den zugehörigen Gehöften als Vicarii curati seelsorgerisch tätig zu sein. Den Konversen oblag die Besorgung der Hausgeschäfte und, sofern das nicht von den Patres erledigt wurde, das Terminieren. Der Termin oder Bettelbezirk fiel ursprünglich mit den Grenzen Geroldsecks zusammen. Das gräfliche

→

und Schicksal der Klöster in Bayern, Württemberg und Baden 1802–1815 unter besonderer Berücksichtigung von Industrieansiedlungen in ehemaligen Konventen, Überlingen 1975. Für die vorliegende Untersuchung wurden Akten folgender Archive ausgewertet: des badischen Generallandesarchivs in Karlsruhe (GLA), und zwar der Abteilungen 208 (Akten Kenzingen Stadt), 229 (Spezialakten der kleineren Ämter und Städte und der Landgemeinden), 233 (Staatsministerium), 236 (Innenministerium) und 391 (Forst- und Domänenverwaltung), des erzbischöflichen Archivs in Freiburg (EAF), und zwar 2 Faszikel der Pfarrei Seelbach und schließlich das Faszikel 5136 des fürstlich von der Leyenschen Archivs in Waal (FLA Waal). Die Beschaffung des letzteren verdankt der Verfasser Herrn Gerhard Finkbeiner aus Schuttertal.

Haus trug zum Lebensunterhalt der kleinen Gemeinschaft lediglich mit einem nicht sehr großen ständigen Almosen bei. Auch hatte der Orden das Hospiz, in dem eine Klausur nicht stattfand, auf eigene Kosten zu errichten, desgleichen ein neues Quartier für den von Seelbach nach Schuttertal zu versetzenden Pfarrer. Die Bedingungen, unter denen sich die Söhne des heiligen Franziskus ansiedeln durften, waren also nicht die günstigsten. Aber auch recht hohe Aufwendungen konnten sie nicht davon abhalten, ihre Einflußsphäre und ihr Operationsgebiet auszuweiten.

In der Tat erstellten sie bald, nachdem der bischöfliche und der kaiserliche Konsens eingegangen waren, eine Niederlassung in Seelbach und besagtes Pfarrhaus in Schuttertal auf ihre Rechnung. Auch auf den Bau einer Klosterkirche wollten sie nicht verzichten, wengleich die Rechte der örtlichen Pfarrkirche in jeder Beziehung ungeschmälert bleiben mußten. Die Kapelle war Ende der 1730er Jahre fertiggestellt und wurde dem heiligen Michael geweiht.²

Nachrichten über sehr bedeutende Ereignisse im Leben und Wirken der Seelbacher Mönche bis zum Ende des Jahrhunderts sind nicht vorhanden.³

Ein tiefer Eingriff in die Ordensverfassung und in das Dasein der einzelnen Kommunitäten stellte die Zerschlagung der überkommenen Provinzeinteilungen durch den Sohn der Kaiserin Maria Theresia, Joseph II., in den frühen 1780er Jahren dar. Im Rahmen seiner staatskirchlich-territorialistischen Bestrebungen und seines Lieblingsprojekts, der „Klosterreform“, trennte er die vorländischen Häuser der Tiroler Franziskaner-Provinz von dieser ab und befahl die Errichtung einer gesonderten vorderösterreichischen Observanten-Provinz, zu der fortan auch Seelbach zählte.⁴

Die Bedrückungen, die durch die auf das rechte Rheinufer übergreifenden französischen Revolutionskriege verursacht wurden, verschonten auch das Hospiz im Geroldseckschen nicht. Im Jahr 1799 mußte es lästige Einquartierungen österreichischer Soldaten über sich ergehen lassen, die, wie seitens des Ordens behauptet wurde, andern Klöstern erspart blieben und nur den Machenschaften des Oberamts Seelbach zu verdanken waren. Damals kam es nach den Unterlagen zu den ersten schweren Spannungen zwischen den Mönchen und der von der Leyenschen Verwaltung.

2 Aktenstücke GLA 229/96829-31. Vgl. auch Müller, S. 565 ff., der sich bemerkenswerter Weise hinsichtlich der Gründung des Klosters nicht auf die GLA-Akten beruft.

3 Vgl. Müller, S. 568 f.

4 Hierzu allgemein J. Petzek, Systematisch-chronologische Sammlung der politisch-geistlichen Gesetze, die von ältesten Zeiten her bis auf 1795 für die vorderösterreichischen Lande erlassen worden sind und noch bestehen, Bd. 2, Freiburg 1796, S. 77 ff.



Das Pfarrdorf Seelbach im Jahr 1835, Temperabild von Joseph v. Haubert, Original im Stadtarchiv Überlingen/See.
(Das Gebäude mit dem hohen Dachstuhl in der Mitte des Bildes war die Kirche des ehemaligen Klosters.)

Der II. Koalitionskrieg, aus dem Frankreich siegreich hervorging, und der nachfolgende Friedensschluß zu Lunéville im Jahre 1801, den das Haus Österreich für sich und das Reich mit Napoleon Bonaparte tätigen mußte, hatte auch seine Auswirkungen auf die Reichsgrafen von der Leyen. Bekanntlich setzte die französische Republik seinerzeit die endgültige Abtretung des linken Rheinufers von Basel bis Rotterdam zu ihren Gunsten durch. Die depossedierten Fürsten waren für ihre linksrheinischen Verluste mit rechtsrheinischen Gebieten und Vermögenswerten zu entschädigen und zwar in erster Linie auf Kosten der katholischen Kirche und der Reichsstädte. Von der Leyen gehörte zu den verlusttragenden Reichsständen, wurde aber merkwürdigerweise von der in Regensburg 1802/03 tagenden Reichsdeputation bei der Abwicklung des Entschädigungsgeschäftes übergangen. Philipp Franz, seit 1790 regierender Graf, konnte ganz offensichtlich auf gute Beziehungen zur französischen Staatsführung zurückgreifen, denn kraft eines kaiserlichen Dekrets vom 26. Juni 1804 erhielt er von seinen vormaligen überrheinischen Besitzungen immerhin das zurück, was noch nicht als Nationalgut veräußert worden war.⁵ Im übrigen blieb seine Stellung als Inhaber des kaiserlichen Lehens Hohengeroldseck unangetastet.

Sein schlechtes Abschneiden in Regensburg, das ungünstige Verhältnis zwischen dem gräflichen Oberamt in Seelbach und den Mönchen am Ort und die im Reich allgemein um sich greifende Säkularisation von Ordenshäusern mochte von der Leyen veranlaßt haben, im Sommer 1803 den Versuch zu unternehmen, das Hospiz auf der Grundlage des § 35 des Reichsdeputationshauptschlusses vom 25. Februar des Jahres an sich zu ziehen.⁶ Zwar war eine provisorische und endgültige Besitznahme im Spätjahr 1802, wie sie in der Nachbarschaft von Baden und Fürstenberg durchgeführt und vom Malteser-Orden bei den ihm zugesprochenen Breisgauer Klöstern versucht worden war, unterblieben – das Haus Habsburg ließ zu dieser Zeit die in seinen Territorien noch existierenden und vom josephinischen „Klostersturm“ verschont gebliebenen Ordenshäuser unbehelligt. Doch nahm das Oberamt Seelbach eine Ersatzhandlung, die eindeutig auf die Beschlagnahme des Klostersguts abzielte, am 16. Juni 1803 im Hospiz vor. Es erschien eine Kommission, die genaue

5 Über die Herrschaft Hohengeroldseck und ihre Inhaber gibt es Literatur von beachtlichem Umfang. Es soll hier nur verwiesen werden auf die faktenreiche Darstellung der Geschichte des Hauses von der Leyen in: Universal-Lexikon vom Großherzogthum Baden, Karlsruhe 1843, Sp. 1254 ff. Zur Entschädigungsfrage vgl. A. C. Gaspari, Der Deputations-Receß mit historischen, geographischen und statistischen Erläuterungen und einer Vergleichungstafel, 2 Bde., Hamburg 1803.

6 Der § 35 RDHS lautet: „Alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und Klöster, in den alten sowol, als in den neuen Besitzungen, katholischer sowol, als A.C. (Augsburger Confession) verwandten, mittelbarer sowol, als unmittelbarer, deren Verwendung in den vorhergehenden Anordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist, werden der freien und vollen Disposition der respektiven Landesherrn, sowol zum Behuf des Aufwandes für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten, als zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte

Erkundigungen über die anwesenden Regularen und das Vermögen einzog. Sie stellte das Personal fest wie folgt:

1. P. Martinian Ohser (66 Jahre), Superior
 2. P. Anselm Rundel (57 Jahre)
 3. P. Adalbert Staudacher (50 Jahre)
 4. Laienbruder Robert Muher (58 Jahre), Sakristan und Pförtner
 5. Laienbruder Martin Kalchthaler (53 Jahre), Koch und Gärtner,
- welche alle zum Konvent Kenzingen gehörten.⁷ Aus einem Personalstatus dieses Gotteshauses von 1799, dem letzten greifbaren, geht hervor, daß damals Adam Pelle (53 Jahre) als Superior nach Seelbach abgeordnet war, desgleichen die Väter Fulgentius Baumgartner (46 Jahre) als Kooperator, Desiderius Schwenk (45 Jahre) als Katechet und zwei Konversen. Demnach wechselten die Belegschaften der Seelbacher Filiale des öfteren.⁸

Von P. Ohser erhielt die Kommission die Auskunft, daß das Auskommen am Platze gut sei. Es beruhte auf dem jährlichen herrschaftlichen Gratiale von 30 Klaftern Eichenholz und 3 Maltern Korn und den Butter-, Fleisch-, Frucht- und Weinalmosen mildtätiger Katholiken in den Geroldsecker, Gengenbacher und Ettenheimmünsterschen Gebieten. Die Inventaraufnahme nun ergab, daß das Hospiz recht gut mit den Gegenständen des täglichen Bedarfs und auch mit Kirchengerten ausgestattet war. P. Martinian mußte unterschreiben, daß er fortan für das gesamte bewegliche Eigentum die Verantwortung trug.

Der Schritt der herrschaftlichen Verwaltung löste eine Reihe von Komplikationen aus, mit denen sie wohl nicht gerechnet hatte. Der in Kenzingen sitzende Ordensprovinzial Pelle protestierte wenige Tage später in aller Form, ebenso wie er es bei der Besitznahme seines Klosters durch die Johanniter im November 1802 getan hatte, und erstattete der vorderösterreichisch-modenesischen Regierung in Freiburg Bericht. Er sandte ein sorgfältig ausgearbeitetes „Promemoria zur ferneren Beybehaltung des Hospitiums der österreichischen Franziskaner zu Seelbach“ mit Urkundenbeilagen ein. In dieser Schrift vertrat er den Standpunkt, daß diese Niederlassung kein eigentliches Kloster sei, weil ohne Klausur, und sie gemäß den Verträgen und der kaiserlichen, bischöflich-straßburgischen und leyenschen Zustimmung den Status eines Hospizes habe. Außerdem gehöre sie untrennbar zur vorderösterreichischen Franziskaner-Provinz, was schon dadurch bewiesen sei, daß im Jahr 1783, als auf Befehl Josephs II. alle inländischen Franziskaner die auswärtigen Klöster, so

→ der festen und bleibenden Ausstattung der Domkirchen, welche werden beibehalten werden, und der Pensionen für die aufgehobene Geistlichkeit nach den unten theils wirklich bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffenden näheren Bestimmungen.“ (Aus: Protokoll der außerordentlichen Reichsdeputation zu Regensburg, Bd. 2, Regensburg 1803).

7 Aktenstücke GLA 229/96832.

8 GLA 208/555.

Füssen, verlassen mußten, für Seelbach diese Anordnung nicht galt. Der Provinzial bestritt, daß sich der § 35 RDHS auch auf Seelbach als ein „Anhang“ des Klosters Kenzingen erstrecke. Sollte das Hospiz aber widerrechtlich aufgehoben werden, dann müsse vom Grafen von der Leyen die Gewährleistung der Pensionszahlungen für die betroffenen Regularen, der Ersatz der Kosten für das Klösterle, die Kapelle und den Pfarrhof in Schuttertal sowie die Erlaubnis zur Mitnahme aller Fahrnisse verlangt werden, die der Orden eventuell noch benötigte, da eine Wiederbesetzung des Klosters in Horb im Gespräch war. Pelle hatte Erfolg.

Die Regierung in Freiburg und auch der Breisgauer Lehenhof befaßten sich umgehend mit der Angelegenheit. Man kam zu dem Schluß, daß das Hospiz in Seelbach zwar kein „Anhang“ des Klosters in Kenzingen sei, sondern ein Filial der ehemaligen Tiroler, nunmehrigen vorderösterreichischen Franziskaner-Provinz, daß das Haus von der Leyen auch das Recht habe, zu inventieren und in die Administration Einsicht zu nehmen, aber keine volle Disposition über das Ordenseigentum besitze und ohne die kaiserliche Zustimmung eine Aufhebung nicht vornehmen könne. Entsprechendes wurde dem Oberamtman Schmidt zu Seelbach mitgeteilt. Dieser lenkte daraufhin gegenüber der Freiburger Behörde sofort ein, jedoch nicht ohne die Gelegenheit zu benutzen, die Ordensleute auf das Übelste anzuschwärzen: Nur die mönchischen Umtriebe hätten die Inventarisierung veranlaßt, von einer geplanten Aufhebung könne keine Rede sein. Schwierigkeiten gebe es seit 1799. Damals habe der Provinzial Markus Hild in einem „mit pöbelhaften Ausdrücken angefüllten Schreiben“ dem Oberamt den Abzug der mit der Pfarrverwesung betrauten Mönche angedroht, weil Ende Juli dieses Jahres verwundete Ulanen und Freicorpsleute im Hospiz einquartiert wurden, wobei die Verpflegung zu Lasten der Herrschaft ging. Der damalige Superior Pelle hätte sich dieser Drohung angeschlossen „unter Ausspeyung gräßlicher Lügen und dem k.k.Militaire angedichteter Infamitäten“. Schon damals wollte man sich Einblick in die Haushaltsführung verschaffen „und zugleich den Schwelgereyen und scandaleusen Ausgelassenheiten ein Ziel setzen, worin sich die hiesigen Bettelmönche ganz besonders auszeichnen“. Der Krieg habe das aber verhindert, unterdessen sich die Zustände keineswegs gebessert hätten. Im Vorjahr nun habe sich das Amt genötigt gesehen, vom Provinzial die schleunige Abberufung der P. P. Baumgartner und Schwenk „als entlarvte Wollüstlinge von der ersten Classe“ zu fordern, dazu, daß ihnen generell verboten würde, „Weibspersonen“ in die Zellen einzulassen. Mit Verbitterung stellte Schmidt fest, daß die beiden hernach zwar versetzt, aber zugleich mit höheren Funktionen betraut worden waren. Die Freiburger Regierung ging auf

diese Vorwürfe bemerkenswerterweise nicht ein, sondern verwies auf die Möglichkeit, Mönche bei berechtigten Beschwerden zu permutieren.⁹

Es herrschte nun über mehrere Jahre hinweg Ruhe. Nachdem im Juli 1806 das Haus von der Leyen gemäß Art. 5 der Rheinischen Bundesakte¹⁰ in den Fürstenrang und die Herrschaft Hohengeroldseck, obwohl nur 2 1/2 Quadratmeilen groß und rund 4 600 Einwohner zählend, nach Art. 1 zum souveränen Fürstentum erhoben worden waren, erfolgte erwartungsgemäß die Trennung des Hospizes von dem inzwischen an Baden gekommenen Kloster in Kenzingen. Im September des Jahres erhielt der Provinzial Pelle die Mitteilung, daß die Seelbacher Franziskaner fortan nur noch dem Oberamt daselbst unterstünden und jegliche „Obödienz“ gegen ihn nun aufhöre. In geistlichen Angelegenheiten war im folgenden das bischöfliche Ordinariat in Konstanz zuständig, das die Verwaltung des rechtsrheinischen Restes des Bistums Straßburg bis zur Neueinteilung der Diözesen in Deutschland übernommen hatte.

Drei Jahre später, am 4. Oktober 1809, ließ die von der Leyensche Regierung, die auf Schloß Ahrenfels im Rheinland amtierte, endgültig klare Verhältnisse schaffen. Auf ihre Anweisung hin nahm das Oberamt Seelbach mit Bezugnahme auf den Reichsrezeß von 1803 das Hospiz mit den zugehörigen Gartengrundstücken förmlich in Besitz und erklärte alles zu landesherrlichem Eigentum. Den Mönchen wurde bedeutet, daß sie bis auf weiteres am Ort bleiben und im Kloster wohnen konnten gegen die bauliche Instandhaltung desselben.¹¹ Daß man sie beließ, geschah jedoch nicht aus reiner Menschenfreundlichkeit, sondern aus Rücksicht auf die erheblichen Belastungen, die eine Totalsäkularisation dem Fürsten beschert hätte. Philipp befand sich ohnehin, weil meistens in Paris residierend, in ständiger Geldnot. Gemäß dem Reichsschluß, der in wesentlichen Teilen von der Rheinbundakte bestätigt worden war, und nach dem Art. 33 der letzteren hatten säkularisierte Ordensleute einen uneingeschränkten Anspruch auf eine angemessene Versorgung – für jeden Franziskaner wären das mindestens 200–250 fl im Jahr gewesen. Im übrigen wäre auch die Wiedererrichtung und Ausstattung der Pfarrei Seelbach fällig gewesen. Also geschah seitens der Landesherrschaft wieder nichts, und man betrachtete die kleine Kommunität als ein Problem, das sich auf lange Sicht in Ermangelung geeigneten Nachwuchses von selbst erledigen würde.

In der Tat dauerte es gerade noch drei Jahre, bis das Hospiz am Ende war. Für 1812 sind in Seelbach Laienbrüder nicht mehr nachweisbar, dagegen vier Priester: der schon erwähnte P. Martinian, der Superior Kylian

9 Aktenstücke GLA 229/96832–33. Vgl. hierzu auch Hennig, S. 253f., der ähnliches berichtet, aber zugleich auf die positiven zeitgenössischen Zeugnisse mehrerer Säkularkleriker verweist.

10 Die Rheinische Bundesakte vom 12. Juli 1806 in deutscher Übersetzung in: E. Pfister, *Geschichtliche Darstellung der Staatsverfassung des Großherzogthums Baden und der Verwaltung desselben*, Heidelberg 1829.

11 Aktenstücke GLA 229/96832.

Neßler, P. Eligius Miltner und P. Philipp Rogg, die erneut Querelen mit der Obrigkeit hatten. Laut Anzeige des Oberamtmanns Schmidt beim bischöflich-konstanzischen Kommissarius Dr. Burg in Kappel am Rhein hatte der als hitzig bekannte Miltner sich in Reichenbach „sehr unartig“ aufgeführt und zwar insofern, als er den dortigen Ochsenwirt wegen eines schlecht bemessenen Schoppens Wein als Betrüger titulierte hatte. Dr. Burg, den Religiösen nicht wohl gesonnen, beantragte allen Ernstes beim Generalvikar v. Wessenberg in Konstanz für Miltner als Strafe sechs Tage Stubenarrest, „Geistesübungen“ und die Abfassung eines Aufsatzes über das Thema: „Wenn ein Seelsorger einem Pfarrgenossen, z. B. einem Wirthe, wesentliche Fehler vorzuwerfen hätte, wie, wann und wo dürfte dies geschehen?“

Kein Wunder, daß den Franziskanern der Aufenthalt in Seelbach keine Freude mehr bereitete. Im Frühjahr 1812 trafen die Patres Neßler und Miltner in aller Stille Vorkehrungen, ihren bisherigen Tätigkeitsbereich zu verlassen und auf Säkularpfünden ins Elsaß zu gehen. Sie nahmen zu diesem Zweck Kontakt mit dem linksrheinischen Bistum Straßburg auf. Die Sache kam heraus, als Neßler den größten Teil des klösterlichen Weinvorrats versilberte. Besonders übel nahm ihnen die Verwaltung, daß sie die Klosterfahrnisse als ihr Eigentum beanspruchten. Es kam zu einem gemeinsamen Einschreiten der geistlichen und weltlichen Obrigkeit. Im Rahmen einer Untersuchung war am 22. September Termin im Klösterle. Anwesend: Dr. Burg, der Pfarrer Schmidt von Schuttertal, der Oberamtmann Schmidt, ein Aktuar und drei Mönche. Der Superior Neßler wurde seines Amtes entbunden. Er hatte sich wie sein Mitbruder Miltner auf Weisung Wessenbergs beim Oberamt zu entschuldigen. Den P. Rogg ernannte man zum provisorischen Vorsteher und Vermögensverwalter und genehmigte die Auswanderung von Neßler und Miltner unter der Bedingung, daß sie noch so lange ihren Pflichten nachkämen, bis ein weltlicher Pfarrer für Seelbach gefunden sei.

Man traute jedoch den Mönchen nicht, denn wenige Tage später inventarisierte der Oberamtmann unter Beiziehung des Schuttertaler Pfarrers die gesamten Klostermobilien. Am meisten wert waren noch die Paramente, wenig dagegen die abgenutzten Möbel und Hausgerätschaften. Auch fanden sich kaum gute Bücher vor. In der Kasse hatte die Kommunität 279 fl bar, dagegen Schulden bei Händlern und Handwerkern in Höhe von 133 ¹/₂ fl. Außer den Liegenschaften war also wenig zu holen.

Als erster verließ Miltner Seelbach im Juni 1813. Er, dem das Oberamt zeitweilig wegen „religiöser und moralischer Eiferei“ die Kanzel verboten hatte – der Pater hatte die zahlreichen außerehelichen Beziehungen am Ort gebrandmarkt –, ging mit der französischen Staatsbürgerschaft ausgestattet als Seelsorger nach Muttersholtz bei Schlettstadt, wenig später auch Neßler nach Artzenheim im Arrondissement Colmar.

Etwas Besseres konnte dem Fürsten gar nicht passieren, denn auf diese Weise war er jeglicher Pensionsverpflichtung den beiden gegenüber ledig. Der Verdacht, daß auf einen solchen Ausgang hingearbeitet worden war, ist nicht von der Hand zu weisen, auch wenn gegen die Mönchsgemeinschaft mitunter berechtigte Beschwerden bestanden haben mochten. Auch der Oberamtmann Schmidt wird nicht unzufrieden gewesen sein. Er wohnte in unmittelbarer Nachbarschaft des Hospizes und lebte vielleicht nicht zuletzt deshalb mit den Ordensleuten nicht im besten Einvernehmen.

Fürst Philipp dotierte zu Paris unter dem 8. September 1813 die neue Pfarrei und bewilligte auf seine Kosten dem Pfarrer und dessen Stellvertreter jährlich 800 fl rheinischer Währung zuzüglich eines kleinen Beitrags der Vogteien Seelbach und Reichenbach. Ferner wurden der linke Flügel und ein Teil des Klostergartens den Geistlichen zur Nutzung überlassen bis zur Fertigstellung eines neuen Pfarrhauses. Damit war der Orden förmlich der Aufgaben entbunden, die der bekannte badische Statistiker, Historiker und Archivar Johann Baptist Kolb noch zur Zeit der Aufhebung folgendermaßen umriß: „In dem Marktflecken Seelbach befindet sich ein Franziskaner-Hospitium; die darinn befindlichen 3 Patres haben die Obliegenheit, unter der Aufsicht des Pfarrers im Schutterthal die Pfarreyen Seelbach und Reichenbach nebst den Filialorten Steinbach und Kuhbach und die dazu gehörigen Thäler Litschenthal, Kreuth und Gießen zu versehen.“¹²

Am 25. September 1813 erklärte die Landesherrschaft das Ordenshaus in aller Form für aufgehoben und sein Eigentum für eingezogen. Die Kirche wurde im folgenden Jahr entweiht und ausgeräumt und die Einrichtungsgegenstände und Paramente an mehrere Geroldsecker Pfarrgemeinden abgegeben. Das meiste davon blieb in Seelbach und ist teilweise heute noch vorhanden. Einen Teil der Klosterfahrnisse übernahm der Fabrikant Kylius, das übrige wird unter den Hammer gekommen sein. Ob der letzte Franziskaner in Seelbach, P. Philipp Rogg, über den Winter 1813/14 noch den Pfarrgeschäften nachgegangen ist, ob er pensioniert wurde bzw. umgehend in den Säkularklerus übertrat oder was sonst aus ihm geworden ist, darüber sind keine zuverlässigen Nachrichten zu erhalten.¹³ Im Frühjahr 1814 wechselte der Weltgeistliche Franz Xaver Rapp mit Genehmigung der Katholischen Kirchensektion im badischen Innenministerium vom Pfarrdorf Oberbiederbach im Elztal nach Seelbach über und war hier für längere Zeit als Seelsorger tätig.¹⁴

¹² Historisch-statistisch-topographisches Lexicon von dem Großherzogthum Baden, Bd. 3, Karlsruhe 1816, S. 227.

¹³ Aktenstücke GLA 229/96832 und EAF Pfarrakten Seelbach.

¹⁴ Aktenstücke GLA 229/96822. Laut J. König, *Necrologium Friburgense 1827–1877*, in: FDA 16/1883, S. 343 verließ Rapp Seelbach im Laufe der 1820er Jahre wieder. Er starb 1846. Unter gleicher Rubrik im FDA 17/1885, S. 31 findet sich folgende Mitteilung: „Rock Philipp Joseph, geb. zu Mosbach 30 Apr. 1775, ord. 25. Dec. 1802, 1816 Pfr. in Oberschefflenz, 1833 in Gerichstetten, gest. in Hardheim als Pensionär 8. Apr. 1855“. Möglicherweise ist dieser mit P. Rogg identisch.

Die Manufaktur

Um eine nutzbringende Verwendung der noch verfügbaren Teile der Klostergebäude und der Gärten war der neue Eigentümer nicht verlegen. Schon vor der endgültigen Säkularisation des Hospizes müssen vom Fürsten Verhandlungen mit einem auswärtigen Interessenten aufgenommen und Vereinbarungen getroffen worden sein. Denn am 30. November 1813 gewährte er dem Stuttgarter Unternehmer Christian Kylius ein Privilegium exclusivum auf zehn Jahre zur Betreibung einer zunft- und abgabefreien Textilmanufaktur¹⁵ und Färberei in der Grafschaft Hohengeroldseck. Die Zulassung eines anderen Betriebs dieser Art war somit während dieser Zeit ausgeschlossen. Die Erteilung eines solchen Vorrechts, das jegliche Konkurrenz in dem besagten Gebiet ausschaltete und das begünstigte Unternehmen unter den ausdrücklichen Schutz des Landesherrn stellte, wenn auch ohne dessen finanzielle Beteiligung, war zu dieser Zeit in den süddeutschen Staaten, wo die liberalen Ideen der französischen Physiokraten und des britischen Nationalökonomen Adam Smith und seiner Anhänger Eingang in die Kameralistik und Jurisprudenz und damit in den Beamtenstand gefunden hatten, keine Selbstverständlichkeit mehr. Baden zum Beispiel lehnte die Privilegisierung und Monopolisierung strikt ab, weil andernfalls der Gewerbefleiß sonstiger Staatsangehöriger gelähmt und auch die Arbeiterschaft allzu sehr einzelnen Unternehmern ausgeliefert zu werden drohten. Im übrigen sah die Staatsbürokratie die liberalen Prinzipien der Konstitutionsedikte von 1808 und der folgenden Jahre gefährdet. Privilegia exclusiva wurden gemeinhin nur noch im Rahmen eines besonderen Gnadenakts des Großherzogs oder, wenn es die Einführung neuer Erfindungen oder Techniken zu fördern galt, gewährt.¹⁶ Von der Leyen wird jedoch die Ansiedlung einer solchen Industrie unter anderen Bedingungen nicht erreicht und einen ernsthaften Interessenten nicht gefunden haben. Nach den damaligen Verhältnissen war das Tal nicht leicht zugänglich, der Rhein und die großen Handelsstraßen ein ganzes Stück weit weg. Arbeitskräfte und auch Wasserkraft waren ausreichend

15 In den Akten von 1813–1819 ist durchweg von der Manufaktur oder dem Handelshaus Langsdorff & Co. zu Seelbach die Rede. Später, vor allem nach der Expansion unter Kesselmeyer tritt mitunter die Bezeichnung „Fabrik“ und „Fabriketablisement“ hinzu. Der Verfasser hält sich im vorliegenden Beitrag an die seinerzeit vorwiegend gebrauchte Bezeichnung „Manufaktur“. Eine scharfe Unterscheidung zwischen beiden Begriffen fand bei den Zeitgenossen nicht statt. Geht man davon aus, daß unter der Manufaktur ein zentralisierter, arbeitsteiliger, unzünftiger Großbetrieb ohne starke Mechanisierung oder gar Motorisierung zu verstehen ist, so wird das Seelbacher Unternehmen damit nicht falsch bezeichnet sein (vgl. zu dieser Frage Fischer, Staat und Industrialisierung in Baden, S. 27 ff.). Fabrikmäßigen Charakter hatte schon eher die neuerbaute Schutterfabrik, wo Wasserkraft in großem Umfang zum Antrieb der Maschinen eingesetzt worden zu sein scheint, was ja im Kloster nicht möglich war. Wasserdampf benutzte Kesselmeyer nach den Akten nur zum Heizen und Trocknen der Textilien.

16 Die Gewährung von Privilegien bzw. die Verlängerung überkommener verbriefter Vorrechte über das Jahr 1808 hinaus gehörte zu den schwierigsten Fragen des badischen Gewerberechts überhaupt. Die Regierung beschränkte sich in zunehmendem Maße auf die Erteilung von Konzessionen, wobei Ausländer im allgemeinen nicht schlechter gestellt waren als Inländer, wenn sie Vermögen nachweisen konnten und die entsprechende Befähigung vermuten ließen – vgl. auch Fischer, S. 34 ff.

vorhanden, aber ansonsten stellte Seelbach nicht gerade den günstigsten Standort dar.

Da besagtes Gewerbe im ehemaligen Gotteshaus einzurichten war, so war für die nächste Zeit nicht nur für die Instandhaltung der Baulichkeiten gesorgt und ein namhafter Beitrag zur Arbeitsbeschaffung geleistet. Sondern die Vereinbarung hatte auch die angenehme Nebenwirkung, daß der Fürst eine jährliche Rekognitionsgebühr von 30 fl und den recht hohen Pachtzins von 275 fl erhielt. Eine dem Unternehmer bzw. seinen Nachfolgern zugestandene Kaufsoption sollte schon bald einigen Ärger bereiten.

Da das Privileg für die neuere Rechts- und Wirtschaftsgeschichte der Oberrheinebene und für die Seelbacher Ortsgeschichte seine Bedeutung hat, wird es hier gemäß einer noch vorhandenen beglaubigten Abschrift aus dem Jahr 1822 im vollen Wortlaut wiedergegeben:

„Wir Philipp Souverainer Fürst von der Leyen und zu Hohengeroldseck, Herr zu Ahrenfels, Nievern etc.

fügen hiermit zu wissen:

Nachdem Wir Uns auf Ansuchen des Bürgers und Handelsmanns Christian Kylius von Stuttgart entschlossen haben, demselben in unserer Grafschaft Hohengeroldseck zur ausschließlichen Verfertigung aller Sorten Baumwollgarn auf Maschinen nach englischer Art und zur Erzeugung eines Farbstoffs, Sumac genannt, ein vorzügliches Privilegium zu ertheilen, und zum Behufe dieses Fabrik-Etablissements das ehemalige Franziskaner Kloster und Kirche nebst dem inliegenden Garten, wovon jedoch der ganze linke Flügel des Kloster-Gebäudes nebst dem daran liegenden Gras- und Baumgarten, als welches zur pfarrlichen Wohnung und Genuß schon seine Bestimmung hat, ausgenommen wird.

Also setzen Wir desfalls nachstehende Bedingnisse fest:

- 1) Wird dem Christian Kylius und seinen Erben gedachtes Gebäude mit Zubehörden in dem Stande, wie sich solches dermal befindet, nebst dem daran liegenden Garten, ausschließlich des zur Pfarrwohnung bestimmten linken Flügels und des daran liegenden Baumgartens von $\frac{1}{2}$ Morgen 18 Ruthen Nürnberger □ Maaß vor der Hand auf zehn Jahre dergestalt hiermit pachtweis eingeräumt und abgetreten, daß derselbe darin die zu der sich vorgesetzten Fabrication nöthige Einrichtungen auf seine Kosten vornehmen, ohne daß jedoch das Hauptgebäude dadurch benachtheiligt werden dürfe, und versteht sich von selbst, daß sothane Gebäude in Dach und Fach forthin gut unterhalten und der Beständer für alle durch seine oder der Seinigen Verschulden entstehende Schäden zu haften und die nöthigen Scheidwände, welche das Hauptgebäude von der pfarrlichen Wohnung trennen, auf seine Kosten aufführen zu lassen habe, die Hauptstiege bleibt jedoch auf alle Fälle gemeinschaftlich.
- 2) Wird dem itzigen Beständer auf sein desfalls gemachtes Ansuchen zugestanden, einen Associé zu seinem Handlungszweig aufzunehmen oder dieses sein Privilegium mit allen Rechten und Ansprüchen an denselben zu übertragen, und geschieht demselben
- 3) So wie seinem zu wählenden Associé die vorläufige Zusicherung: daß wenn er während des Laufes der Pachtzeit die genannten Klostergebäude, Kirche, Garten etc. käuflich an sich zu bringen für gut finden würde, ihm solche alsdann für sich und seine Erben mit Fortbestand der gegenwärtigen Privilegii mit Einschluß des zur pfarrlichen Wohnung bestimmten und § 1 genannten linken Flügels und des daran liegenden Gras- und

- Baumgartens für die Summe von Zehntausend Gulden auf erblich und eigen übertragen werden solle. Auf diesen Falle wird ihm aber
- 4) Zur Condition gesetzt: daß vom Tage der Acquisition an der zeitliche Pfarrer während zwei vollen Jahren in dem Besitz und Genuß seiner Wohnung und Gartens nicht gestört werden dürfe, binnen welcher Zeit für die Aufführung und Einrichtung einer neuen pfarrlichen Wohnung die nöthigen Vorbereitungen getroffen werden können. Unter dem gegenwärtigen pfarrlichen Wohnsitz werden jedoch
 - 5) Die OekonomieGebäude nicht verstanden, als welche erst künftig ihre Entstehung erhalten und daher zur weiteren Versetzung oder sonstigen Disposition vorbehalten und von jenem Anschlag ausgenommen werden. Sollte aber
 - 6) In der Folge weder Uns noch dem wirklichen Beständer oder seinem künftigen Associé und Erben conveniren, das zum Pfarrsitz bestimmte Antheil Wohnung und Garten zu veräußern und respective zu acquiriren, so setzen Wir den in § 3 bestimmten Kaufpreis auf Zweitausendfünfhundert Gulden herab und bestimmen dadurch jene Acquisitions Summe noch auf Siebentausendfünfhundert Gulden, entledigen sofort den Acquirenten des Hauptgebäudes bei dem etwaigen Wiederverkauf der hierhandes hergebrachten sogenannten Verdrittheilung des Kaufpreises, behalten Uns hingegen bei dem eintretenden Falle des Wiederverkaufs das Vorkaufsrecht ausdrücklich vor. Würde
 - 7) Der Beständer von den in den genannten Klostergebäuden befindlichen Schränken etc. einen nützlichen Gebrauch zu machen wissen, so werden ihm solche gegen Vergütung des unpartheilich zu schätzenden Werthes hiermit zugesichert. Ebenso
 - 8) Verwilliget, daß er die zum Kloster gehörige Brunnenstube ohne Nachtheil eines Dritten nutzen und das Wasser zu der beabsichtigten Maschine verwenden, auch solche so wie das zu fassende Bachwasser auf den zum pfarrlichen Genuß bestimmten Platz setzen könne, den zeitlichen Pfarrer aber, solange nämlich die gegenwärtige Pachtzeitdauer, desfalls zu entschädigen hätte.
 - 9) Wird dem Beständer während der Pachtzeit sowohl als auch auf den Falle, wo der § 3 und 6 gemeldete EigenthumsÜbertrag erfolgen würde, eine durchgängige Freiheit aller gewöhnlichen Abgaben, mithin auch die Zollfreiheit von den ein- und ausführenden rohen und fertigen Waaren zugestanden, worunter zugleich die angestellten Laboranten rücksichtlich ihrer persönlichen Lasten gezählt werden. Und da Wir
 - 10) Den Unternehmer der genannten FabricationsGegenstände vorzüglich zu begünstigen willens sind, so räumen Wir ihm und seinen Erben und Nachkommen
 - 11) Durch gegenwärtiges landesfürstliches Privilegium ein ausschließendes Recht ein und nehmen denselben sowohl als dessen Unternehmungen gegen etwaige fremde Bedrückungen unter Unsern besonderen Schutz. Hingegen werden
 - 12) Sämtliche zu dem Fabrikwesen gehörigen und daselbst sich aufhaltenden Personen der landesherrlichen Jurisdiction unterworfen, deren Aufnahme und Entlassung aber wird der Willkür des Unternehmers lediglich überlassen, nur reserviren Wir
 - 13) Für Unsere Unterthanen den Vorzug jeder Arbeit insoweit dieselben hierzu fähig und solche um den nämlichen Lohn, wozu sich Fremde anheischig machen, übernehmen wollen.
 - 14) Werden zwar dem Christian Kylius, seinen Erben und etwaigen künftigen Associés die fraglichen KlosterGebäude mit den genannten Zubehörden auf zehn Jahre zum Behufe seines beabsichtigten Unternehmens pachtweis eingeräumt und er bei dem Inhalt des gegenwärtigen Privilegii geschützt werden, da sich jedoch fügen könnte, daß die von ihm zu errichtende Fabrication nicht fortgeführt würde, so behalten Wir Uns vor, daß wenn solche innerhalb einer Jahresfrist ohne erhebliche Ursache gar nicht oder nur zum Schein würde umgetrieben werden, die hierzu pachtweis abgetretenen Gebäude und Garten nebst allen darauf verwendeten Kösten ohne Unterschied an Uns ohne einige Vergütung zurückfallen sollen, solange solche nicht kaufweis an den Unternehmer

abgetreten sein werden, worunter gleichwohl die von dem Unternehmer auf seine Kosten angeschafften Spinnmaschinen und andere Geräthschaften nicht verstanden, sondern dem Eigenthümer solche ausgeliefert, desgleichen auch eine Kriegsgewalt oder sonstige Übermacht, als wodurch die Fortsetzung des Fabrikwesens würde gehindert werden, davon ausgenommen sein solle.

- 15) Als vorzügliche Begünstigung räumen Wir dem Unternehmer Christian Kylius und seinen etwaigen Associés noch ein, daß er neben seinem beabsichtigten Unternehmen, und im Falle auch dieses aus unvorhergesehenen Ursachen ins Stocken gerathen oder mißlingen würde, eine Tabaksfabrik oder ein anderes den hiesigen Unterthanen nützlich Gewerbe in den im 1. § genannten Gebäuden einrichten könne und zur Beförderung dieses Unternehmens sich aller übrigen Vorzüge, welche ihm in Bezug auf die Baumwollspinnerey zugestanden worden, sich erfreuen dürfe. Für diese in gegenwärtigem Privilegio enthaltenen Vorzüge und eingeräumten Nutzbarkeiten bedingen Wir Uns
- 16) nebst einer landesherrlichen Recognition zu Dreissig Gulden jährlich, während der Pachtzeit einen Haus- und Gartenzins von Zweihundertsiebenzigfünf Gulden, welche alljährlich Termino Martini an Unsere Renthey in Seelbach abgeführt, diese Abgaben jedoch nicht vom Tage des ausgefertigten gegenwärtigen Privilegii, sondern von der Zeit an berechnet werden sollen, wo der Unternehmer die verliehenen Gebäude und den Garten in förmlichen Besitz nimmt und mit seinen Unternehmungen den Anfang macht, welcher jedoch unter keinem Vorwand länger als bis zum Schlusse des künftigen Jahres ausgedehnt werden darf, von welcher Zeit an erst die Abgabe des Pachtzinses und der Recognition, mithin auch die bedungene Pachtzeit selbst den Anfang nehmen solle.

Urkundlich dessen haben Wir gegenwärtige Urkunde ausfertigen und Unser fürstl. Insiegel beiducken lassen.

Andilly, den 30. November 1813

Philipp

Auf Gesuch des Herrn Hofraths Langsdorf als Theilhaber des FabrikenGeschäfts zu Seelbach die von ihm an den Associé Herrn Kesselmeier geschehene gänzliche Cession des Geschäfts und Bestätigung des mit demselben eingegangenen Vertrags betreffend

Resolutum

Wird die zwischen laut Oberamtlichen Protocolli vom 30. pr. wegen Übertrag des ganzen FabrikGeschäfts an den bisherigen Associé Herrn Kesselmeier getroffene Übereinkunft Salv. Iure Cuiuscumque von Uns genehmigt und die Ausübung der hierunter letztere erworbenen Rechte für die Dauer annoch laufender Pachtzeit hiermit zugestanden.

Schloß Ahrenfels, den 31. July 1819

Fürst von der Leyen

(Die Conformität mit dem vorgelegten Originalium beurkundet, Seelbach, den 1. Aug. 1822 Großh. Oberamt v. Schmidt).¹⁷

Zu welchem Zeitpunkt genau die Fabrikation von Baumwollgarnen im Seelbacher Kloster aufgenommen wurde, läßt sich nicht sagen. Alles deutet darauf hin, daß das Pachtverhältnis zum spätest möglichen Zeitpunkt, nämlich nach § 16 des Privilegs am 1. Januar 1815 seinen Anfang nahm und daß frühestens seit dem Sommer dieses Jahres in einem recht bescheidenen Umfange produziert wurde.¹⁸ Gemäß einem Schrei-

¹⁷ GLA 229/96817.

¹⁸ So die „Geographisch-Statistisch-Topographische Beschreibung der unterm 4ten Oktober 1819 unter die Souverainetaet des Großherzoglichen Hauses Baden gekommenen Grafschaft Hohengeroldseck“ vom 9. Oktober 1819 (GLA 236/2508) und das Promemoria des Hofrats Langsdorf, den Ankauf des Klosters betreffend, vom 10. August 1818 (FLA Waal Fasz. 5136).

ben des späteren Inhabers Kesselmeyer an das badische Finanzministerium vom 31. Juli 1822 „erlaubten es verschiedene Verhältnisse dem Fabrikanten Kylius nicht, ... die BaumwollenSpinnerey und Rothfärberey selbst zu gründen, er überließ daher dieses sein Privilegium dem Herzoglich Nassauischen Hofrath Langsdorf am 12. Februar 1817“, während Kesselmeyer wiederum am selben Tag mit diesem einen Gesellschaftsvertrag abschloß, um das Geschäft gemeinschaftlich unter der Firma Langsdorff & Co. weiter zu betreiben.¹⁹

Kylius hatte sich demnach zwar das Privileg verschafft und war auch in Seelbach kurze Zeit tätig gewesen, jedoch finanziell nur wenig engagiert. Federführend beim Aufbau des jungen Betriebs war von vorneherein der im Vertrag von 1813 namentlich noch nicht genannte Associé Langsdorff. Möglicherweise hatte Kylius, wenngleich er als wohlhabend gelten konnte, nicht genug Geld zur Verfügung oder kam mit seinem Partner nicht zurecht. Im Besitz der erforderlichen unternehmerischen und handwerklichen Fähigkeiten war er zweifellos. Im Frühjahr 1817 verließ er Seelbach, aus welchen Gründen, bleibe dahingestellt. Im März kam seine Frau Christiane Kylius, geborene Strölin, bei der großherzoglichen Domänenverwaltung in Lahr um Pachtung eines Teils der vormaligen Benediktiner-Abtei Schuttern ein, die sie „wegen ihrer vortheilhaften Lage am Schutterfluß und wegen ihren geräumigen Gebäulichkeiten zu einer Türkischgarnfärberey und einer mit Maschinen nach englischer Art zu betreibenden Baumwollenspinnerey“ für besonders geeignet hielt. Sie erbot sich, hier fünf Spinnmaschinen, Jennymules genannt, eine Vorspinnmaschine nebst allen dazu gehörigen Kart- und Vorbereitungs-, Häspel- und Zwirnmaschinen aufzustellen und etwa hundert Personen, hauptsächlich Kindern zwischen sieben und 14 Jahren, Arbeit und Brot zu geben. Da das ehemalige Stift seit seiner Aufhebung im Jahr 1806 schon sehr verkommen war und zahlreiche Bauschäden aufwies, ferner das Ärar bisher vergeblich versucht hatte, es loszuschlagen, befürwortete die Domänenverwaltung das Gesuch wärmstens beim Kreisdirektorium und Finanzministerium, zumal die zugesagte Arbeitsbeschaffung ein zusätzliches gewichtiges Argument darstellte. Auf Befehl des Bezirksamts stellte der Stadtrat von Lahr heimlich Nachforschungen über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie Kylius an. Man fand bestätigt, daß die Supplikantin mit ihrem Ehemann etliche Spinn- und andere Textilmaschinen (wovon einige kurz zuvor in der Schweiz gekauft worden waren) und ein komplettes Schlosserhandwerkszeug besaßen, was alles zusammen, gemessen an den in Seelbach aufgestellten drei Maschinen, 15 000 bis 16 000 fl gekostet hatte. Hinzu kamen die von „ihrem Handlungsgesellschafter als Abstand baar ausbezahlten 1 200 fl“ und ein ererbtes Kapital von 18 000 fl. Den Hausrat schätzte der

¹⁹ GLA 229/96817.

Magistrat auf 3000 fl. Nachdem das Finanzressort dieses zur Kenntnis genommen hatte, kam auffallend schnell Anfang Juni 1817 ein Pachtvertrag zustande, nach dem Kylius der Ostflügel des Klosters, bis vor kurzem vom großherzoglichen Oberforstmeister Freiherrn Schilling von Cannstatt bewohnt, gegen einen jährlichen Zins von 200 fl auf zehn Jahre eingeräumt wurde, dazu ein Vorkaufsrecht. Das Innenministerium erteilte umgehend die erforderliche Gewerbekonzession. In den folgenden Jahren leisteten die „Entreprenneurs“ durch den Abbruch von Nebengebäuden, deren Materialien zur Installierung der Fabrik benutzt wurden, einen nicht unerheblichen Beitrag zur Verwüstung der Klosteranlage. 1823 mußte Kylius, nach dem Urteil des Domänenamts Lahr ein „ränke- und prozeßsüchtiger“ Mensch, sich als zahlungsunfähig erklären. Das Bezirksamt daselbst eröffnete ein Gant(Konkurs)verfahren.²⁰

Zurück zur Manufaktur in Seelbach. Als nun Kylius aus der Firma ausgeschieden und der kapitalkräftige Johann Kesselmeyer, im übrigen verwandt mit den Lahrer Händlern und Manufakturisten Lotzbeck, eingetreten war, ging es mit dieser schnell bergauf. Im August 1818 verlangte Langsdorff wegen dem „glücklichen Fortgang des Fabrikwesens“ und dem damit einhergehenden Raumbedarf das ganze Hospiz einschließlich der Pfarrwohnung zu kaufen und bot 8800 fl, jedoch ohne Erfolg. Die Compagnie hatte zu dieser Zeit schon ein Gebäude an der Schutter erstellt sowie ein weiteres Haus im Ort angemietet. Die günstige Entwicklung setzte sich auch fort, nachdem Langsdorff aus familiären Gründen, wie es hieß, aus der Gesellschaft ausgetreten und Kesselmeyer am 30. Juni 1819 Alleininhaber geworden war. Die Manufaktur hatte bis in den Sommer 1822 einen erstaunlichen Umfang angenommen, sowohl was die Produktion und das beschäftigte Personal als auch die räumliche Ausdehnung anbelangte.

Kesselmeyer, der ein enormes Kapital einsetzte, war sicher auch der Anschluß an ein größeres Wirtschaftsgebiet zustatten gekommen. Denn seit dem 4. Oktober 1819 gab es eine österreichische Enklave Hohengeroldseck in Baden nicht mehr. Der Fürst von der Leyen, seit 1817 auch Eigentümer des allodialen Rittergutes Waal in Bayrisch-Schwaben, war badischer Standesherr geworden im Rahmen eines Länderringtausches, der im Zusammenhang mit Territoriaausgleichungen im Gefolge des Wiener Kongresses innerhalb des Deutschen Bundes stattgefunden hatte. Österreich, das sich auf dem Wiener Kongreß die Staatshoheit über Hohengeroldseck verschafft hatte, tauschte dieses Territorium einem alten Wunsch des Hauses Baden entsprechend gegen das zum II. Landamt Wertheim gehörige Amt Steinfeld aus und trat diese badische Exklave wiederum an das Königreich Bayern gegen territoriale Zugeständnisse am Inn ab.²¹

²⁰ Aktenstücke GLA 391/35395-96.

²¹ Staatserwerbsakten Hohengeroldseck von 1819 ff. GLA 236/2508.

Auf Grund eines Gesuchs Kesselmeyers bei der badischen Regierung vom Juli 1822, sein Unternehmen „Großherzoglich Badische Baumwollenmanufacture“ nennen zu dürfen sind wir gut über den damaligen Zustand desselben unterrichtet. Das zuständige Finanzministerium ließ die mit viel Eigenlob versehene Beschreibung seines Betriebs durch das Oberamt Seelbach nachprüfen und spezifizieren. Oberamtmann Schmidt stellte eine genaue Untersuchung an und sandte Ende Januar 1823 folgenden Bericht ein:

„Diese Manufactur bestehet aus drey Gewerbszweigen, nämlich

1. einer Baumwollspinnerey
2. einer Roth- und Blaufärberey und
3. einer Baumwollweberey.

Die Spinnerey bestehet aus 24 SpinnMaschinen nebst den nöthigen VorbereitungsMaschinen. Dadurch werden täglich beschäftigt 61 erwachsene Personen beiderley Geschlechts und 94 Kinder unter 14 Jahren, ebenfalls beiderley Geschlechts, welche alle 14 Tage für Arbeitslohn ca. 600 fl beziehen.

In der Spinnerey werden täglich 5 Centner Baumwollgarn in den Nummern von 6 bis 24 verfertigt. Von diesen geht der größte Theil, theils gefärbt, theils roh ins Ausland. Die rohen Garne gehen hauptsächlich in die Schweiz, nach Würtemberg, in das Thüringische nach Suhl, Coburg, Meiningen etc. Das Begehren nach den hier gesponnenen Garnen ist so bedeutend, daß selbst bei einem verdoppelten, täglich fertig werden könnendem Quantum man denen immer erneuert werdenden Bestellungen kaum Genüge leisten könnte.

Die Roth- und Blaufärberey beschäftigt 22 Färbgesellen und 6 weibliche Hülfpersonen. Der Arbeitslohn von diesem Personale beläuft sich alle 14 Tage auf ca. 200 fl. In der Färberey werden monatlich 60 Centner Garn verfertigt, wovon ohngefähr der 3te Theil in den niedern Nummern, die zwey andern Drittel in den Nummern von 30 bis 50. Die niedern Nummern liefert die Spinnerey, die höhern werden directe aus England bezogen. Von dieser letztern Gattung wird, das ausgenommen, was in der Weberey verarbeitet wird, wenig im Inlande selbst verbraucht. Der größte Theil davon gehet ins Voigtland, ins Sächsische, nach Bayern, Würtemberg, ins Toggenburgische in der Schweiz und selbst etwas ins Oesterreichische. Diese höhern Nummern, obgleich solche auch in St. Blasien gesponnen werden, müssen jedoch aus England bezogen werden, weil der Preis der englischen Garne etwas billiger ist, wodurch die hiesige Fabrik in den Stand gesetzt wird, im Auslande mit den Elberfelder und Würtemberger Färbereyen zu concurriren und weil gedachte Spinnerey

nicht hinlänglich Gespinnste liefern könnte, weder für den Bedarf der hiesigen noch der andern im Inlande sich befindenden Färbereyen und Webereyen.

Die Weberey hat wirklich 40 Stühle im Gange, welche im ganzen 41 Erwachsene beiderley Geschlechts und 20 Kinder unter 14 Jahren beiderley Geschlechts beschäftigt, deren Arbeitslohn alle 14 Tage ca. 300 fl beträgt. Die Weberey liefert monatlich ca. 60 Stück Cottonade oder Siamoise (sogenannte Rouennerie) von 25 Staab lang jedes Stück. Diese werden theils im Inlande, theils im Auslande verschlossen. Die Weberey wird nach und nach mehr Ausdehnung erhalten, denn der Plan des FabrikInhabers gehet dahin, diesen Gewerbszweig in den hiesigen Thälern einheimisch zu machen. Um geschwinder zu diesem Zweck zu gelangen, läßt er Kinder beiderley Geschlechts in der Weberey unentgeltlich unterrichten. Schon sind mehrere Stühle von diesen Lehrlingen besetzt, und es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß bis zum Ende dieses Jahres sämtliche besetzt seyn werden.

Es werden also in der hiesigen Manufactur, das Haus- und ComptoirPersonale des FabrikInhabers nicht mit eingerechnet, täglich 130 erwachsene Personen beiderley Geschlechts und 114 Kinder unter 14 Jahren, ebenfalls beiderley Geschlechts, zusammen 244 Personen beschäftigt. Diese erhalten alle 14 Tage für Arbeitslohn ca. 1 100 fl.

Dieser kurzen Darstellung des Geschäftsumfangs der hiesigen Kesselmeyerschen Manufactur findet man als beachtenswerth beyzusetzen, daß die darin beschäftigte, dem Schulunterricht unterworfenen Jugend unter Beybehaltung ihres Verdienstes und ohne Unterbrechung der FabrikArbeiten durch einen freywilligen Zuschuß von 100 fl des FabrikInhabers eines separaten, mit der OrtsschulAnstalt in Verbindung gebrachten und unter öffentliche Aufsicht gestellten SchulUnterrichts während 3 zu diesem Zwecke freygegebenen Stunden des Tags genieße.“

Zwar bejahte das Kinzigkreisdirektorium in Offenburg den Nutzen der Manufaktur für das obere Schuttertal und den Staat überhaupt, weil die Warenausfuhr große Summen fremden Geldes ins Inland brachte, aber mit Rücksicht auf andere bedeutende private Etablissements dieser Art, vor allem im Dreisamkreis, wollte man die Verleihung der erbetenen Auszeichnung nicht vorbehaltlos empfehlen. Gleichwohl bewilligte Großherzog Ludwig das Attribut zum Firmennamen: „Großherzoglich Badische privilegierte Baumwollen-Manufactur“, womit zugleich auch das von Fürst Philipp bis 1825 erteilte Privileg im großen und ganzen förmlich anerkannt war.²² Der Vorgang zeigt im übrigen, wie beliebt

²² Aktenstücke GLA 229/96817.

solche Titel bei den damaligen Fabrikanten waren. Die Baumwollmanufakturisten Kapferer in Waldkirch führten ebenso einen solchen.²³

Auch in anderer Hinsicht zeigte sich die Landesherrschaft entgegenkommend. Zwar gelang es Kesselmeyer nicht, nach dem Wechsel des Souveräns 1819 und einer mehrjährigen Übergangszeit vom alten zum neuen Recht die völlige Anerkennung seines Privilegs durch das großherzogliche Haus zu erhalten, insbesondere was die Zollfreiheit anbelangte. Das Finanzministerium erreichte jedoch immerhin eine Gleichstellung mit den Textilfabrikanten Merian & Koechlin in Lörrach, den Gebrüdern Herrmann in Günterstal bei Freiburg und den Gebrüdern Kapferer in Waldkirch. Der Seelbacher Betrieb zahlte ab November 1822 auf fünf Jahre nur den fünften Teil des gewöhnlichen Eingangszolles auf die von ihm zu verarbeitenden Materialien. Ein Jahr später wurde diese Regelung ausgedehnt auf andere Güter, welche Kesselmeyer dringend benötigte, so Spinnmaschinen, Marseiller Seife und Steinkohlen für die Heizung der Trockensäle und die Gasbeleuchtung, die er zur Verminderung der Feuergefahr als erster Fabrikherr im Großherzogtum installierte. Die Finanzministerialen befürworteten auch hier wieder „im Einklang mit den zur Beförderung unserer Industrie aufgestellten Grundsätzen“. Sie stellten dem Monarchen Kesselmeyer als einen Mann vor, dessen klugen, regen Betriebsamkeit es gelungen sei, seinem Gewerbe eine stets noch im Wachstum befindliche Ausdehnung zu geben selbst unter den der Industrie im allgemeinen ungünstigen Auspizien. Es gebühre ihm das Verdienst, den ausgezeichnetsten Gewerbsinhabern des Landes beigezählt zu werden.²⁴

Im Sommer 1823 setzte Kesselmeyer endgültig den käuflichen Erwerb des gesamten Klosteranwesens durch, womit ein mehrjähriger Rechtsstreit mit dem Fürsten abgeschlossen war. Dieser war noch zu Zeiten des Hofrats Langsdorff aus der wenig glücklichen Verfügung von 1813 entstanden, daß im Hospiz sowohl die Pfarrwohnung als auch ein Gewerbebetrieb unterzubringen waren. Zwischen dem Pfarrer Rapp und den Fabrikanten entwickelte sich bald ein Hund- und Katzverhältnis, das schließlich in tätlichen Auseinandersetzungen gipfelte. Der Geistliche fühlte sich durch den rund um die Uhr dauernden Umtrieb im Hause gestört und versuchte, die Hauptstiege für sich allein zu erhalten. Kesselmeyer warf ihm vor, „den guten Fortgang der Fabrik hemmen“ zu wollen. Der Streiterei leid, verlangte er das gesamte Kloster zu kaufen. Das wiederum wollte die Landesherrschaft nicht, die sich auf die Seite Rapps schlug. Denn zum einen hatte die Gemeinde Seelbach zur Einrichtung der Pfarrwohnung und Erstellung eines Stalls und Holzschopfs 2000 fl aufgewendet, zum andern sah der Fürst mit dem Bau eines

²³ Vgl. Fischer, S. 53.

²⁴ Aktenstücke GLA 233/20262.

Pfarrhauses absolut unerwünschte Kosten auf sich zukommen sowie die heikle Frage, inwiefern die Dezimatorschaft des Schuttertals und die Pfarrgenossen zu einem Neubau beigezogen werden konnten oder mußten.

Das Verfahren ging durch mehrere Instanzen bis vor das Plenum des Oberhofgerichts in Mannheim. Kesselmeyer obsiegte und erhielt im April 1823 unwiderruflich das Recht zugesprochen, das gesamte Anwesen für 10 000 fl, wie im Privileg ausbedungen, an sich zu bringen. Der Fürst entschloß sich daraufhin, in unmittelbarer Nähe der Kirche einen neuen Pfarrhof errichten zu lassen.²⁵ Im Kloster befanden sich damals die Wohnung des Fabrikanten und Teile der Spinnerei, im Garten Neubauten für die Färberei. In der Hauptsache aber spielte sich die Garn- und Tuchproduktion in den im Vorjahr auf dem rechten Ufer der Schutter errichteten umfangreichen Gebäuden ab, deren Dimensionen auf dem Haubertschen Bild klar werden.

Kesselmeyer konnte zwar noch einen Grundbucheintrag vornehmen lassen, zur Bezahlung der Kaufsumme kam er aber nicht mehr. Seine Firma schien zu florieren und expandierte von Monat zu Monat. Im Oktober 1823 liefen in Seelbach 27 Spinnmaschinen mit 4 888 Spindeln und 38 Webstühle. Der Wert aller Fabrikgebäude und -anlagen sowie der Wasserbauten betrug laut amtlicher Schätzung 171 252 fl, die Rohstoffe und fertigen Waren nicht mit eingerechnet.²⁶ Gleichwohl stand er vor dem Ruin – in den er sich selbst hineinmanövriert hatte. Seine Bilanz zum 31. Dezember 1823 schloß mit Verpflichtungen allein gegenüber dem Basler Handelshaus Merian in Höhe von 139 291 fl ab. Wo und wieviel Schulden er sonst noch hatte, als er am 6. Februar des folgenden Jahres sich für insolvent erklären und die Produktion einstellen mußte, geht aus den Akten nicht hervor. Oberamtmann Schmidt war der Ansicht, daß es über eine halbe Million Gulden sein müßten. Im Hinblick auf die auf Ende März angesetzte Vermögensliquidation meinte er, mangels Masse würden kaum die Gantkosten bestritten werden können – wohl eine übertriebene Darstellung des Sachverhalts.²⁷

War schon eine Supplik um Gewährung eines Staatskredits kurz vor dem Zusammenbruch abschlägig beschieden worden, so suchte Kesselmeyer durch die Einreichung einer vierzigseitigen Denkschrift wenigstens einer zweiwöchigen Gefängnisstrafe zu entgehen, die er sich wegen übler Nachrede, begangen gegenüber der Firma Merian in Basel, vom landesherrlich-standesherrlichen Amt Seelbach eingehandelt hatte und die vom Kreisdirektorium bestätigt worden war. Seiner überaus ausführlichen Schilderung nach war Kesselmeyer durch die ständig steigende

25 Die Prozeßunterlagen Kesselmeyer/von der Leyen befinden sich allesamt im Fasz. 5136 FLA Waal.

26 Bericht Kesselmeyers vom 26. Oktober 1823 an das Innenministerium GLA 229/96817.

27 Bericht Schmidts nach Ahrenfels vom 10. März 1824 FLA Waal Fasz. 5136 und Aktenstücke GLA 229/96817.

Nachfrage in den Jahren 1819 und 1820 verführt worden, die Kapazität seiner Manufaktur zu vervielfachen, was die Anschaffung einer Reihe von Maschinen und Apparaten und die besagten Neubauten zur Folge hatte. Über die erforderliche Kapitalmenge verfügte er jedoch nicht. Die Firma J. R. und P. Merian & Söhne, mit der er im Rahmen seines Warenversands in Berührung gekommen war, lieh ihm bis zum Juli 1822 145 000 fl auf drei Jahre zu sechs Prozent, sicherte sich aber auf alle Liegenschaften und Arbeitsgeräte ab und setzte ferner einen Geschäftsführer für die „Comptoirgeschäfte“ ein, dem Kesselmeyer die Prokura erteilte. Kaum hatte er dies getan, war er nach eigenen Angaben nicht mehr Herr im Haus. Der Geschäftsführer hetzte die Arbeiter gegen ihn auf, und Merian, im Bunde mit Koechlin in Lörrach, schädigte die Kreditwürdigkeit Kesselmeyers vor allem im Ausland beträchtlich. Der Geschädigte warnte daraufhin in einem Rundschreiben seine Geschäftsfreunde und Kreditoren vor Merian, was ihm das Strafverfahren einbrachte. Inwieweit die Angaben des Hauptbetroffenen über den Gang der Dinge voll zutreffen, mag dahingestellt bleiben. Unterlagen, die die Position der Gegenseite verdeutlichen würden, fehlen gänzlich. Fest steht, daß Kesselmeyer, dem eine hohe Risikobereitschaft und beachtliche unternehmerische Fähigkeiten zu bescheinigen sind, an einer zu dünnen Eigenkapitaldecke, einem ungünstigen, mit einigen Fallen versehenen Kreditvertrag und an Überinvestitionen in einem keineswegs krisensicheren Industriezweig gescheitert ist. Ihm wurde nicht zuletzt auch zum Verhängnis, daß es zu dieser Zeit in Baden ein leistungsfähiges Bankenwesen nicht gab. Er stand jedoch nicht allein. Man kennt ähnliche Schicksale in dieser Phase der Frühindustrialisierung im deutschen Südwesten.

Ob ihm seine Promemorien und der Hinweis auf die Familie und seine beiden Kinder beim Großherzog etwas genützt und dieser wenigstens das Strafurteil kassiert hat, ist nicht bekannt. Kesselmeyers Spur verliert sich in den Akten.²⁸

Wenn die Firma Merian tatsächlich das Unternehmen hatte an sich bringen wollen, wie Kesselmeyer es darstellte, so war sie nun am Ziel. Sie erwarb den größten Teil der Anlagen, vor allem die Schutterfabrik, für rund 65 000 fl²⁹ und nahm im Herbst 1824 die Produktion wieder auf. Die

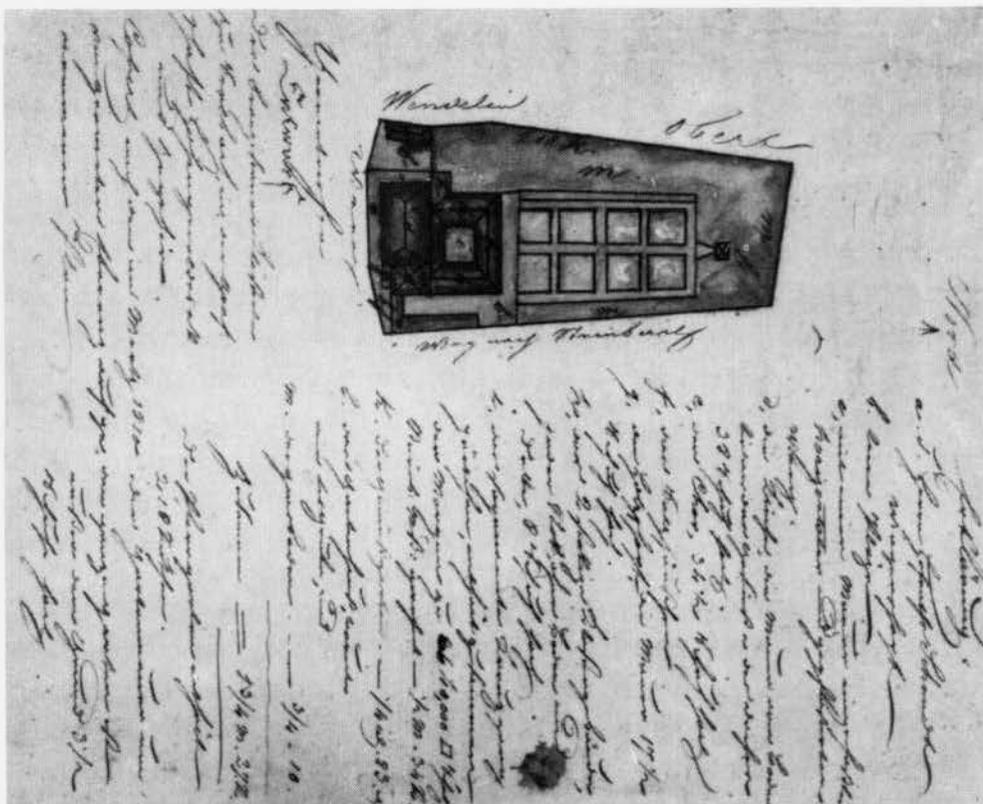
28 Die Bitt- und Denkschriften Kesselmeyers vom Mai 1824 in GLA 229/96817.

29 Vgl. Himmelsbach, Seelbach, S. 162. Eine zeitgenössische Abbildung des Klosters existiert dem Vernehmen nach überhaupt nicht. Der in FLA Waal Fasz. 5136 befindliche Grundriß von 1810 bzw. dessen Kopie von 1817 beweist, daß es nicht nach den an anderen Stellen veröffentlichten Plänen erstellt wurde. Recht gut dargestellt ist die Schutterfabrik im Vordergrund der Ansicht Seelbachs von dem Überlinger Bürger und Maler Joseph von Haubert, der dieses Temperabild angelegentlich einer Schwarzwaldreise im Jahr 1835 anfertigte.

Haubert malte damals eine ganze Reihe wertvoller Ansichten von Orten und Burgen des Schwarzwaldes und der Oberrheinebene, die sich alle im Stadtarchiv Überlingen befinden. Zu Person und Werk vgl. W. Fladt, Der Überlinger Maler Joseph von Haubert und seine Familie, in: Mein Heimatland 27/1940, S. 339 ff.

Folgen des Bankrotts blieben also für die Talbewohner in Grenzen. Die Landesherrschaft räumte Merian die gleichen Vergünstigungen ein, wie sie Kesselmeyer besessen hatte.³⁰

Das Kloster konnte bei der ersten Versteigerung Ende März 1824 nicht losgeschlagen werden. Das Hofgericht in Lahr schrieb es vier Monate später erneut zum Verkauf aus, dazu die im Garten errichteten Färbereigebäude, das Wasch- und Trockenhaus, die zugehörigen Fabrikationsgeräte und den Garten selbst.³¹ Über den weiteren Verlauf der Kesselmeyerschen Vermögensliquidation ist nur so viel bekannt, daß das Hospiz zwar für 10 000 fl verkauft werden konnte, der Fürst von der Leyen aber Ende 1825 sein Geld aus der Gantmasse immer noch nicht erhalten hatte und nun einen Prozeß wegen der Rangfolge der Unterpfänder erwog.³² 1834 war auch die Meriansche Fabrik am Ende. Sie beherbergte in den folgenden Jahrzehnten mit Unterbrechungen verschiedene Unternehmungen. Das frühere Kloster ging in das Eigentum der Gemeinde über und diente fortan als Rat-, Schul- und Armenhaus.³³



Das Hospiz um 1817 (Zeitgenössische Kopie eines Grundrisses von 1810, FLA Waal 5136).
(links die Kirche, anschließend das zweistöckige Klostergebäude und danach der Gemüsegarten)

30 Großherzoglicher Erlaß vom 2. November 1824 GLA 233/20262.

31 Großherzoglich badisches Anzeige-Blatt für den See-Kreis 57/17. Juli 1824.

32 FLA Waal Fasz. 5136.

33 Vgl. Himmelsbach, S. 162f.

Aus Schiltachs Vergangenheit

Ein Beitrag zum Schiltacher Schulwesen im 18. und beginnenden 19. Jahrhundert

Hermann Fautz

Das alte Schulhaus von 1728

Wenn man heute in Schiltach vom „alten Schulhaus“ spricht, so meint man damit das Haus Nr. 5 an der Bachstraße. Es ist ein dreigeschossiger Bau, der heute als Wohnhaus dient. Nachdem er für die wachsende Schülerzahl zu klein geworden war, baute man daneben im Jahre 1893 ein neues Schulhaus, das mehrere Erweiterungen erhielt, so in dem Jahre 1903 und nach dem zweiten Weltkrieg. Es dient heute noch als Grundschule. Die neuerbaute Nachbarschaftshauptschule Schiltach/Schenkenzell wurde am 27. September 1975 eingeweiht.

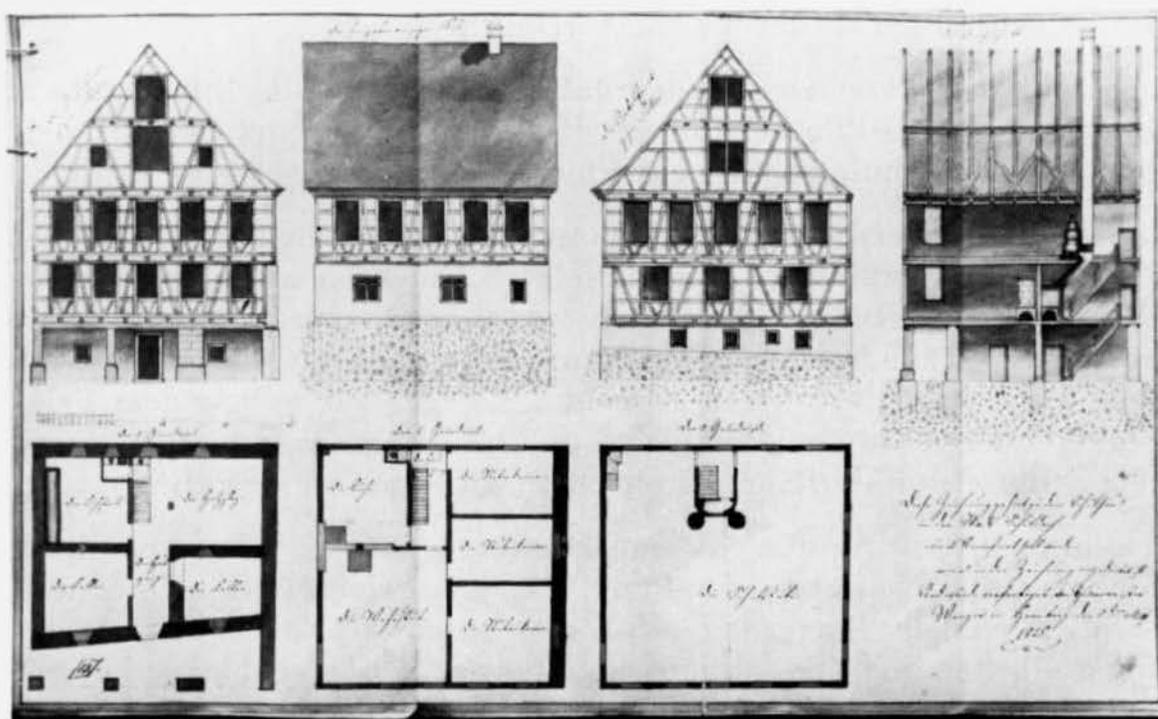
Eine Erinnerung an den Vorgänger des „alten Schulhauses“ an der Bachstraße besteht heute in Schiltach nicht mehr. Dieses Schulhaus stand unterhalb des nach Osten gerichteten Chores der alten gotischen Pfarrkirche an der Straße, die seit altersher von Schiltach über den Hohenstein nach Wolfach führte. Es wurde im Jahre 1728 erbaut, vermutlich auf dem Platz eines älteren ersten Schiltacher Schulhauses. Es war kein markantes Gebäude, hatte einen nahezu quadratischen Grundriß von 12 x 12 m und reihte sich als hochgestelzter Fachwerkbau gut in das Bild der Schiltacher Häuserfluchten ein.

Das Haus war nicht unterkellert. Man betrat es von der Nordseite unter dem auf drei Säulen ruhenden vorgezogenen Obergeschoß. Der so gewonnene trockene Platz diente den Schülern und Kirchenbesuchern bei schlechtem Wetter als Witterungsschutz.

Im Erdgeschoß lag ein Stall, ein Keller und der Holzplatz. Die damaligen Lehrer trieben zur Aufbesserung ihres Einkommens noch etwas Landwirtschaft. Eine gerade einläufige Treppe führte in das erste Obergeschoß, das als Lehrerwohnung diente. Eine ebensolche Treppe vermittelte den Zugang zum zweiten Obergeschoß. Dieses wurde fast ganz von dem Schulsaal beansprucht. Eine kleine in der linken hinteren Ecke liegende Küche enthielt den Treppenaufgang zum zweibödigen Speicher.

So bot dieses Schulhaus von außen gesehen den Eindruck eines für Schiltach üblichen Ackerbürgerhauses.

Der bauliche Zustand war nicht besonders gut. In den Jahren 1762 und 1812 mußten größere Erhaltungsarbeiten durchgeführt werden, und im Jahre 1822 wurde es als baufällig bezeichnet. Die Bezirksbauinspektion Offenburg riet zum Abbruch des Gebäudes. Da für einen Neubau aber kein Geld vorhanden war, entschloß man sich zu einem Um- und Ausbau des hundertjährigen Bauwerkes. Die Pläne hierzu fertigte der Hornberger Zimmermeister Wenger an. Aus ihnen können alle Angaben, die zum Verständnis für einen solchen Haustyp notwendig sind, herausgelesen werden. Die Reparaturen waren im Jahre 1828 abgeschlossen.



Baupläne für den Umbau des alten Schiltacher Schulhauses, gefertigt von Zimmermeister Wenger in Hornberg, den 5. Mai 1825. GLA Karlsruhe, Spez. Akt. Schiltach, Nr. 100, Fasz. 563 Aufn.: H. Fautz

Dem großen Brand im Vorstädtle am 25. April 1833, dem auch die alte Pfarrkirche zum Opfer fiel, entging das Schulhaus wie durch ein Wunder. Jetzt war man froh über die durchgeführten Ausbauarbeiten. In dem vergrößerten Schulsaal wurde nun der Gottesdienst abgehalten bis zur Einweihung der neuen Pfarrkirche am 25. April 1843.

In den folgenden sechziger Jahren wurde eine neue Kinzigtalstraße gebaut. Man führte sie in der Talsohle aufwärts und umging so die Weghindernisse wie den Hohensteinfelsen. Hart unterhalb der neuen Kirche mußte man am felsigen Nordhang die Trasse legen und stieß nach einer leichten Straßenbiegung direkt auf das Schulhaus. Es wurde im Jahre 1865 abgerissen. Sein Baugrund liegt jetzt mitten in der Straße, von

deren Baumaterial überdeckt, vor dem Treppenaufgang zur Pfarrkirche und der Hauptstraße zum Vorstädtle.¹

Die Schule in Schiltach

Etwa seit dem Jahre 1558 gab es in Schiltach eine Schule. Für ihre Einrichtung gab die „Große Kirchenordnung“ für Württemberg den ersten Anstoß.

Über diese Schule und besonders über die Zustände an derselben während des Dreißigjährigen Krieges berichtete Herr Julius Hauth, Rektor a. D., in Schiltach eingehend, worauf hiermit verwiesen sei. Er bringt in seinem Beitrag auch ein Bild von dem eben beschriebenen Schulhaus unterhalb des hohen Ostgiebels der neuen Pfarrkirche.²

In Schiltach bestand seit etwa dem Jahre 1558 eine Schule. Ihr Träger war die St. Johannis-Pflegschaft, die Heiligen Pflug, kurz der „Heilig“ genannt. Die Schule gehörte zur Pfarrei und war dieser unterstellt.

Die Einkünfte derselben bestanden in der Hauptsache aus dem Großen und Kleinen Zehnten bzw. dessen Wert. Sie dienten zum Unterhalt der Kirche, des Pfarrhauses, der Schule und sonstiger kirchlichen Einrichtungen sowie zur Besoldung des Pfarrers und Lehrers. Da Schiltach in dem Waldgebiet des oberen Kinzigtals liegt, war es mit dem Feld-, Früchte- und Obstbau nicht gut bestellt, und damit waren auch die aus dem Zehnten zur Verfügung stehenden Mittel meist nur gering.

Im Jahre 1699 wurde für das Amt Hornberg, zu dem damals Schiltach gehörte, „Die Neuerung der Pfarr Pfründen, Heiligen und Mößnerei Gefällen“ von der Regierung in Stuttgart verordnet. Darin heißt es, daß alle Baulasten und Verbindlichkeiten für den Schulhausbau und dessen Unterhaltung Aufgabe des „Heiligen“ sei. Offenbar dachte man damals an den Bau eines neuen Schulhauses mit Hilfe von Mitteln aus der Regierungskasse, was aber abschlägig beschieden wurde.³ So verzögerte sich der Bau bis zum Jahre 1728.

Die Lehengerichter und die Sommerschule

Für die Schüler aus dem Lehengericht wurde der Unterricht nur zur Winterszeit gehalten in der sogenannten „Winterschule“. Im Jahre 1757 wurde in ganz Württemberg die „Sommerschule“ eingeführt, was bedeutete, daß Schulunterricht das ganze Jahr über zu halten war. Diese Vorschrift führte bei den Bauern und Güttern, nicht nur in Lehengericht,

1 Hermann Fautz, Die Landstraßen im oberen Kinzigtal, in: „Die Ortenau“, 45. 1965, S. 169–183.

2 Julius Hauth, Von Schiltachs Schule während des Dreißigjährigen Krieges, in: „Die Ortenau“, 49. 1969, S. 220–224.

3 GLA Karlsruhe, Schiltach, 409 / Zug. 1913 / 4, Fasz. 1411, Jahr 1812, Bericht der Verrechnung St. Georgen.

fast zu einer Rebellion. Am 11. Mai 1757 berichtete „der Spezialis zu Hornberg“, der dortige Pfarrer, dem das Schulwesen im Amt Hornberg unterstand, an seinen Fürsten und Landesherrn Karl Herzog zu Württemberg, daß „die Bauern und Tagelöhner in dem Schiltacher Lehengericht ihre Kinder absolute nicht in die Sommer Schul schicken wollen“, mit der Bemerkung, „überall klappt es, nur nicht in Lehengericht“. Ein scharfes Schreiben des Oberamtes „hatte so gar keinen Effekt bey diesen rohen Leuten“. Diese erklärten: „Sie schicken kein Kind in die Sommerschul, sie können doch selig werden, wie ihre Voreltern, die auch in keine Sommer Schul gegangen seien.“⁴

Daraufhin verlangte die Regierung in Stuttgart in einem am 17. Mai 1757 an das Oberamt Hornberg gerichteten Schreiben, die Lehengerichter müßten gezwungen werden, ihre Kinder in die Schule nach Schiltach zu schicken. Doch nichts fruchtete. Eine abermalige Mahnung des Oberamtes wegen der Schulpflicht und auch die von der Kanzel in der Kirche vorgebrachten Ermahnungen des Pfarrers nützten nichts. Dieser ließ in Vorder- und Hinter-Lehengericht bei allen Familien eine Liste umgehen, in die sich die Leute eintragen sollten, die bereit waren, ihre Kinder nach Schiltach in die Schule zu schicken. Niemand trug sich in die Listen ein.

Der Widerstand der Lehengerichter gegen die Sommerschule hielt jahrelang an. Im Jahre 1766 hören wir, daß der Schullehrer und Meßner Jakob Friedrich Strom in Schiltach von jedem Kind pro Jahr 48 Kreuzer erhielt. Sollte aber die Sommerschule eingeführt werden, so stünden ihm nur 45 Kreuzer zu, nämlich zur Winterszeit 30 Kreuzer, im Sommer nur 15 Kreuzer. Diese 3 Kreuzer weniger Besoldung taten dem armen Manne weh. So wurde auch er ein Gegner der Sommerschule, da er in dieser Jahreszeit auch anderweitig sein Brot verdienen konnte.

Der Schullehrer in Schiltach

Nach dem „Synodal Receßus“ vom 16. Januar 1766 „solle die Sommer Schul in Schiltach auch um der kleinen Kinder willen, die zu Geschäften noch nicht gebraucht werden können... alltäglich gehalten werden.“ Ehedem hatten die Kinder aus dem Lehengericht nur zweimal wöchentlich Unterricht, die aus Schiltach an drei Tagen, Montag, Mittwoch und Freitag. Damals machte man Heu-, Ernte- und Herbstferien für alle Kinder, damit sie in der Landwirtschaft helfen konnten.

Da der Schullehrer ein Angestellter der Kirche war, war er auch gleichzeitig Meßner. Es bestand ehemals die Gepflogenheit, daß er den Pfarrer, wenn dieser auf einen Hof gerufen wurde, „ohne Abbruch der

⁴ GLA Spez. Akt. Schiltach, Fasz. 229/92985, Schuldienste 1757–1809.

Schule zur Tragung des Kirchen Rocks und des Kelches“, begleiten mußte. Der Pfarrer wurde meistens mit dem Pferde abgeholt, der Lehrer mußte nebenher laufen. Strom war seit dem Jahre 1737 Lehrer in Schiltach. Vorher betreute dieses Amt wohl 60 Jahre lang der Lehrer Wagner. Dieser Hilfsdienst war in Abgang geraten, sollte aber nach der Weisung vom 16. Januar 1766 wieder eingeführt werden. In einem Schreiben flehte der Schulmeister Strom seinen Landesherren „fußfällig an, von dieser meiner Anmutung (Zumutung)“ ihn zu befreien, da es ihm zu beschwerlich war, diesen Dienst auch noch zu versehen.⁴

Im Jahre 1803 wird von einer Filialschule in „Schiltach Tal“ (Hinter-Lehengericht) berichtet. In einem Haus hatte man ein Zimmer gemietet und dieses als Schulstube eingerichtet. Dadurch wurden den Kindern der weite Weg in die Schiltacher Schule erspart. Lehrer war Wilhelm Ulrich Trautwein. In einem Schreiben vom 9. August 1805 klagten er und seine Frau über ihre Notlage dem Oberamtsverweser Schmidt in Hornberg. Trautwein war im Jahre 1803 von dem „Spezial in Hornberg“ und dem Pfarrer in Schiltach an dieser Filialschule angestellt worden. Die jährliche Vergütung bestand in 2 Scheffel Dinkel und 2 Simri Roggen, und da die Schülerzahl gering war, erhielt er im Sommer als Besoldung „nicht gar 7 Gulden.“⁵

In Lehengericht gab es im Jahre 1807 zwei Filialschulen von Schiltach, eine in Vorder-, die andere in Hinter-Lehengericht. Es waren Winterschulen, denn die Bauern konnten sich mit der Sommerschule immer noch nicht abfinden. Sie schickten die beiden Lehrer im Frühjahr 1807 fort mit der Weisung, sie sollten sich wieder auf Martini zur Abhaltung des Unterrichts einfinden. In der Zwischenzeit sollte jeder „mit seiner Hände Arbeit das Brot verdienen.“

Ihren Widerstand gegen die Sommerschule begründeten die Bauern damit, sie würden sommersüber ihre Kinder vormittags und nachmittags zum Viehhüten benötigen. Das war nicht nur in Lehengericht so, das war in allen Bauerngemeinden im Oberamt Hornberg das gleiche Übel. Pfarrer Griefinger von Hornberg, der für das Schulwesen verantwortlich zeichnete, richtete am 1. Dezember 1807 an das dortige Oberamt ein Schreiben, in welchem er meinte, die Bauern würden nicht „des ökonomischen Vorteils wegen“ ihre Kinder nicht in die Sommerschule schicken, sondern aus altem Herkommen, Eigensinn und Trägheit, wobei „ein gewisser Schwarzwälder Bauernstolz, sich dem, was befohlen wird, zu widersetzen“, eine große Rolle spielte. Am schlechtesten sei der Sommerschulbesuch in Kirnbach.

5 GLA Spez. Akt. Schiltach, Fasz. 229/92984, Filialschuldienst im Schiltacher Tal 1805.

Der Unterricht

Der Unterricht wurde von 11 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gehalten. Die Kinder kämen abgehetzt, vollgefressen, in der größten Hitze in die Schule und schlafen dort bald ein. Daher der geringe Unterrichtserfolg. So meldete Pfarrer Griefinger. Er schlug eine neue Schulordnung für den Hornberger Schulbezirk vor. Es sollten jeden Tag für die Schüler bis zum 11. Lebensjahr 3 Stunden Unterricht gegeben werden und zwar sommersüber von morgens 5 bis 8 Uhr, für die über 11 Jahre alten Kinder von morgens 5 bis 7 Uhr. Kein Kind unter 14 Jahren darf sich als Hirte verdingen. Ein unmöglicher Vorschlag. Um zu hören, wie dieser ankomme, richtete das Pfarramt Hornberg ein Rundschreiben an alle Pfarrämter seines Gebietes mit der Frage: „Wie kann die Sommerschule im Bezirk Hornberg auf die zweckmäßigste Art zum Besten der Kinder eingerichtet werden?“ Die Antworten der einzelnen Pfarrer waren sehr verschieden. Der Schiltacher Vikar Schmid schlug in seinem Bericht vom 14. Dezember 1807 vor, den Unterricht in der Sommerschule in den Landgemeinden nur zweimal wöchentlich zu halten, am Dienstag und Donnerstag und zwar für die Schüler aller Altersklassen von morgens 11 Uhr bis nachmittags 2 Uhr. Als Begründung führe er an, in dieser Zeit sei im Sommer das Vieh in den Ställen wegen der Hitze und wegen des Ungeziefers. Der Sonntag sei für die Abhaltung des Schulunterrichts deshalb nicht geeignet, weil der Lehrer noch Meßner sei und so keine Zeit für die Schule habe.⁶

Anlässlich der Vorbereitungen für die Trennung des Lehengerichts von der Stadt Schiltach wurde in einem Schreiben des Amtes in Wolfach vom 28. September 1816 bemerkt: „Es bestehe zwar seit einigen Jahren eine eigene Schule . . . im sogenannten hintern Thal . . . Die Teilhaber mußten sich ehemals mit dem Schiltacher Schullehrer abfinden und ihm eine jährliche Rekognition von 12 bis 15 Gulden geben. Diese Schule wurde durch das Dekanat Hornberg errichtet. Der provisorische Lehrer Johann Michael Götz erhielt jährlich 50 Gulden von dem Lehrer in Schiltach (gemeint ist der „Heilig“) und von den Bewohnern des „hintern Thals“ 100 Gulden nach dem Verhältnis der die Schule besuchenden Schülerzahl. Die Schüler mußten zum Heizen der Schulstube das nötige Holz mitbringen.

„Die Kinder aus dem untern Thal (Vorder Lehengericht) besuchten die Schiltacher Schule und man sey nicht abgeneigt in Hinsicht auf das Schulwesen die bisherigen Lasten fortan gemeinschaftlich zu tragen.“ Unter der württembergischen Herrschaft stellten die Lehengerichter für ihre Filialschulen „Privatlehrer“ an, was ihnen von den badischen Behörden verboten wurde. „Der Schiltacher Lehrer Georg Philipp Goll

⁶ GLA Spez. Akt. Schiltach, Fasz. 229/92985, Schuldienste 1757–1809.

(er stammte von Ebingen) in gemeinem Dienst-Patent vom 24. März 1814, ist angewiesen, an den Schulhalter Joh. Michael Götz in Lehengericht jährliche 50 fl bis auf Abänderung zu bezahlen.“ Diese Zahlung erfolgte, wie schon erwähnt, durch den „Heilig“ von Schiltach.⁷

Die seit dem Jahre 1818 selbständige Gemeinde Lehengericht war bestrebt, für ihre Kinder eigene Schulhäuser zu bauen. Am 29. Januar 1832 wurde über den Schulhausbau in Vorder-Lehengericht beraten, das das erste eigene Schulhaus in der Gemeinde sei. Es sollte nach einem Beschluß vom 30. März 1834 mit Hilfe der Zehntgelder errichtet werden, was dann auch im selben Jahre geschah. Wenig später wurde dann auch in Hinter-Lehengericht ein eigenes Schulhaus eingerichtet, so daß allen Schülern aus der Gemeinde Lehengericht der weite Weg in die Schiltacher Schule – er betrug für manche 2 Stunden – erspart blieb.⁸

Durch die Gesetze der badischen Schulreform, die in den Jahren 1862 bis 1876 erlassen wurden, wurde das gesamte Schulwesen unter die Aufsicht des Staates gestellt.

7 GLA Schiltach, 389 / Zug. 1908/100. Fasz. 554, Trennung des Stabes Lehengericht von der Gemeinde Schiltach 1815/1818. S. a. Hermann Fautz, Die Trennungsgeschichte der Gemeinden Schiltach und Lehengericht, in: „Die Ortenau“, 28. 1941, Die Gemeinden Schiltach und Lehengericht, S. 49–63.

8 GLA Spez. Akt. Lehengericht, 229/59325, Erbauung des Schulhauses in Lehengericht 1834.

Noble Herrn und Damen gaben den Rahmen

Ein altes Buch gibt einen interessanten Aufschluß über die Mitglieder der vor 200 Jahren gegründeten Hausacher Herz-Jesu-Bruderschaft

Kurt Klein

Das eigentliche „Hausfest“ im Kirchspiel Hausach-Einbach ist das Herz-Jesu-Fest, will man davon ausgehen, daß die übrigen Hochfeste des Kirchenjahres wie Fronleichnam, das Patrozinium, natürlich auch Weihnachten, Ostern und Pfingsten in anderen Pfarreien auch festlich, wenn auch mit unterschiedlicher Prägung, gefeiert werden. Dieser herausgehobene Tag kann nun auf eine 200jährige Tradition zurückblicken, die ihren Ursprung in der Gründung der Herz-Jesu-Bruderschaft hat.

Obwohl die Verehrung des Herzen Jesu, als Symbol der göttlichen Liebe zu den Menschen, bereits im christlichen Altertum und im Mittelalter bekannt ist, kommt diese religiöse Bewegung erst durch die Erscheinungen der französischen Heiligen Margareta Maria Alacoque in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts zum Tragen. Schon 1765 wird an vielen Orten am Freitag nach der Fronleichnamsoktav ein besonderes Herz-Jesu-Fest gefeiert, das dann 1856 allgemein in der katholischen Kirche eingeführt wird. In Hausach war es Pfarrer Franz Xaver Fränckle – er verewigte sich durch das Bildstöckle am Friedhof, wo einst das alte Pfarrhaus stand –, setzte sich sehr für die Verbreitung der Verehrung des göttlichen Herzens ein. Auf seine Initiative hin erläßt der Konstanzer Bischof – das Kirchspiel gehörte bis zur Neueinteilung im Jahre 1827 zum Bistum Konstanz – ein Dekret über die Einführung des Herz-Jesu-Festes, das mit Datum vom 31. Mai 1778 vom Hausacher Stadtrat bestätigt wird.

Gleichzeitig wird eine Herz-Jesu-Bruderschaft ins Leben gerufen, die von einem adligen Gönner angeführt wird; lesen wir doch auf einem vergilbten Papier: „In unserer Bruderschaft vom heiligsten Herzen Jesu hat sich den ersten Platz verdient der wohlgeborene, hochedle Herr Doktor Johannes Bernhard Bertramus Joseph Freiherr von Francken vom Ritterorden des hl. Michael Großkreuz, churbayerischer geheimer Rat und herzoglich württembergischer Kammerherr, Gründer und sehr frommer Wohltäter unserer Bruderschaft mit der hochedlen und



Das Herz-Jesu-Bruderschaftsbild über dem einstigen Hochaltar der Hausacher Dorfkirche.



Das Votivbild, das die Gründerin nach ihrer Wiedergenesung stiftete und mit folgendem Text versah: „Dem Göttlichen Herzen verdankt ihre Genesung, Maria Anna Theresia, Freyfrau Von Francken 1779.“

allergnädigsten Herrin, seiner Gemahlin, Maria Anna Theresia Freifrau von Francken, einer sehr frommen Verehrerin des heiligsten Herzen Jesu.“ Damit haben wir aber bereits das abgegriffene Mitgliederbuch der Hausacher Herz-Jesu-Bruderschaft aufgeschlagen, das im hiesigen Pfarrarchiv nahezu zwei Jahrhunderte bewegte Heimatgeschichte gut überstanden hat, uns aber noch dazu einen interessanten Einblick in die im Kirchspiel ansässigen Geschlechter gibt. Ebenso erfahren wir auch, welchen Anziehungspunkt die Bruderschaft von auswärts her hatte.

Nach dem Gründer und Gönner, sowie dessen Ehefrau führen die Liste an: „Christian Schmid aus dem Dorf Haußach, Magdalena Ilg aus dem Dorf Haußach, Magdalena Eble aus der Statt Haußach... Johann Georg Waidele ab dem Bergwerk...“ Neben heute noch bekannten Familiennamen tauchen auch noch solche auf, die nur noch dem Chronisten oder als Hausnamen geläufig sind. Unter der Zahl 92 ist vermerkt: „Seraphinus Jäckle Eremita in monte Crucis in Hausach“. Es ist der damalige Einsiedler vom Kreuzberg. Im ersten Jahr lassen sich 361 Gläubige in die Bruderschaft eintragen, davon Leute aus Wolfach, Kinzigtal, Welschingen, Schonach, Fischerbach, Schramberg, Immendingen, Lautenbach, Triberg, Colmar... Es fällt auch auf, daß eine ganze Reihe hier beschäftigter Bergleute in der Liste zu finden sind. Im folgenden Jahr

lassen sich etwa 140 neue Mitglieder aufnehmen, wobei die auswärtigen überwiegen. Besonders herausgehoben ist die Nummer 486: „Ihro Durchlaucht Frau Maria Augusta, Regierende Fürstin von Thurn und Taxis, geborene Herzogin von Württemberg. Besondere gut thätterin gegen dem Heiligsten Herzen Jesu“. Aus dem schriftlichen Antrag der Fürstin entnehmen wir, daß sie aus diesem Grunde „diese 3 Conventions-thaler opfert“.

Wenn wir in dem Buch auf den Namen Kayser oder Schoch stoßen, so werden wir an den „Kaiserhof“ (heute Fidelihof), den „Kaiserwald“ (zwischen Dorf und Hechtsberg) oder den „Schochenhof“ im Einbach erinnert. Männer und Frauen aus Oberwolfach werden nach der heute noch ortsüblichen Bezeichnung als „aus der alten Wolfach“ stammend näher beschrieben. Auch das Geschlecht der „Häselwander“ taucht auf, aus dessen Reihen der bedeutende Entdecker oder Erfinder des Drehstrommotores hervorging. Als weitere Herkunftsorte werden das Prechtal, Basel, Hechingen selbst Frankreich genannt. Es scheint, als haben aus verschiedenen Gemeinden zu bestimmten Festtagen Wallfahrten zu Ehren des hl. Herzen Jesu stattgefunden, da es auffällt, daß z. B. eine ganze Reihe von Namen aus Hofstetten, aus Mühlenbach, Oberwolfach oder Wolfach hintereinander aufgezeichnet sind. Will man dem wieder aufgefundenen Motivbild der Freifrau von Francken Glauben schenken – sie verdankt dem göttlichen Herzen ihre Genesung – so versprachen sich die Pilger Erhörung in ihren Leiden.

Schon im dritten Jahr ihres Bestehens verzeichnet die Bruderschaft über 1000 Mitglieder, unter ihnen auch ein Dr. Simon Friederich Gebele vom Waldstein, Vikar in „Krähenheimstetten“. Am 15. Dezember 1782 läßt sich „der Hochwohlgebohrene Herr Joseph Freyherr von Tengler, Ihrer Churfürstlichen Durchlaucht zu Pfaltz-Bayern Landrichter zu Stadt-am-Hof“ in die Bruderschaft aufnehmen. In den Annalen finden wir auch den Sekretär Dr. Johannes Benedikt Ackermann von Wolfach. Am Herz-Jesu-Fest 1792 läßt sich mit der „Anna Maria Baumann, ab dem Habach“ das 2000. Mitglied einschreiben. Wenige Jahre später wird der Eintritt der Hofdame der Fürstin von Hohenlohe, Waldenburg und Schillingsfürst besonders hervorgehoben. 1835 hört mit der Zahl 2954 die fortlaufende Numerierung der Mitglieder auf. Um die Jahrhundertwende nehmen die Eintragungen auswärtiger Mitglieder ab.

„Im August 1914 werden folgende Soldaten, welche in den Krieg zogen, in die Bruderschaft aufgenommen . . .“ Ab 1915 erscheinen dann geschlossen die jeweiligen Jahrgänge der Erstkommunikanten des Kirchspiels. Mit dem Jahre 1957 finden die Aufzeichnungen im Bruderschaftsbuch ein Ende. Nach wie vor aber wird das Herz-Jesu-Fest in der Pfarrei als ein besonderer Feiertag begangen.

Der Fischerbach, früher eine wichtige Grenze

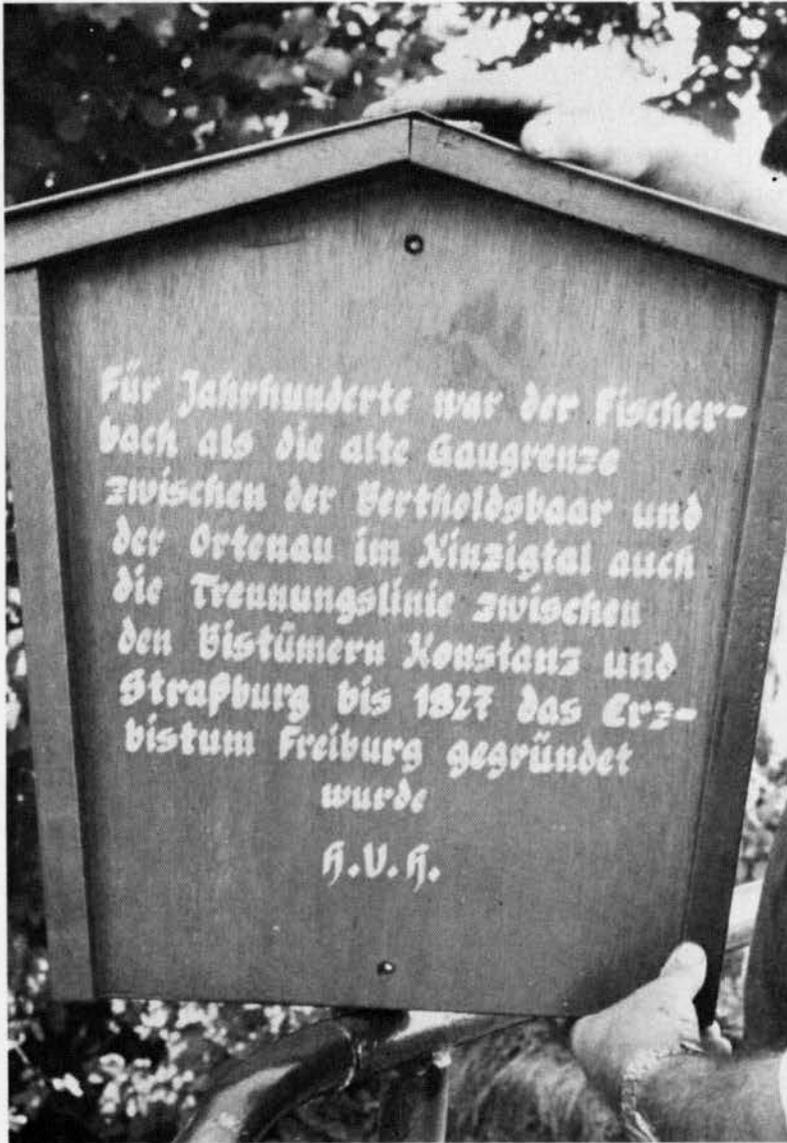
Kurt Klein

Im Gefolge der alemannischen Landnahme nach dem Einfall der germanischen Stämme in die römischen Besitzungen diesseits der Alpen, wurde über den Schwarzwaldkamm, von der Hornisgrinde über den Kniebis-Brandenkopf-Büchereck eine Grenzlinie gezogen, die zwei politische Gebilde voneinander trennte, welche nach den Wirren der Völkerwanderung während der Auseinandersetzung zwischen den Franken und Alemannen entstanden waren. Vom Brandenkopf aus verlief diese Grenze im Kinzigtal entlang des Fischerbaches bis zu dessen Einmündung in die Kinzig, folgte ihr einige hundert Meter flußabwärts bis zum Schwigenstein, um dann durch das „Gschweiloch“ wieder die Höhe zu gewinnen. Westlich davon breitete sich bis zu den Ufern des Rheins die alemannisch-fränkische Gaugrafschaft „Mortenua“ (um 700 erstmals als „Mortenaugia“), die spätere Ortenau, aus, während sich entgegengesetzt gegen Osten hin die Bertholdsbaar anschloß. Als im Zuge der Christianisierung der Alemannen und der Festigung des christlichen Glaubens und der kirchlichen Verwaltung die Bistümer geschaffen wurden, orientierten sich die klerikalen Kräfte an der vormaligen politischen Grenzziehung.

Bereits um 400 wird Straßburg, das Argentorate der Römer, noch unter der Herrschaft der Söhne Roms als Bischofssitz vermutet. 406 zerstörten die vordringenden Alemannen Straßburg, vertrieben die Römer und damit den christlichen Glauben. Die nachdrängenden Franken bauten die oberrheinische Metropole wieder auf und festigten sie als Ausstrahlungsort des christlichen Glaubens zunächst für die Alemannen links und dann rechts des Rheines. Kurz vor 500 trat der fränkische König Chlodwig mit seinem ganzen Stamm nach dem entscheidenden Sieg über die Alemannen, geschlossen zum Glauben Christi über. Schon nach der Jahrhundertwende war Straßburg wieder Bischofssitz unter dem großzügigen Schutze der fränkischen Herrscher. Um 550 residierte der bedeutende Bischof Arbogast – die Haslacher Stadtkirche trägt sein Patrozinium – in Straßburg.

Als dann die Missionare in jener Zeit über den Rhein gegen Osten vorstießen und dann die rechtsrheinische Bistumsgrenze gezogen wird,

orientierte man sich an den bereits vorgezeichneten politischen Gegebenheiten und rückte bis zum Schwarzwaldkamm, der östlichen Abgrenzung der Mortenau vor. Auf der Gegenseite war gegen Ende des 6. Jahrhunderts zur Missionierung der Alemannen das Bistum Konstanz entstanden, dessen Ausmaße vom St. Gotthard bis Stuttgart und von Bern bis nach Ulm reichten. Im Kinzigtal, am Fischerbach stießen die



Die vom Historischen Verein Hausach aufgestellte Hinweistafel am Fischerbach

beiden Bistümer Konstanz und Straßburg aneinander. Während die politische Grenze zwischen der Bertholdsbaar und der Ortenau nach und nach verblaßte, blieb jene der Kirche über Jahrhunderte erhalten. Nur um 1420 schob der Straßburger Fürstbischof mit Gewalt sein Gebiet vorübergehend bis zur Mündung der Gutach hinter Hausach vor, eine Grenze, die dann für eine lange Zeit die Besitzungen der Herzöge von Württemberg und der Grafen bzw. Fürsten zu Fürstenberg im Kinzigtal voneinander trennten.

Wiederum waren es politische Ereignisse, die eine kirchliche Angleichung oder Veränderung nach sich zog. Nachdem Napoleon zu Beginn des 19. Jahrhunderts die europäische Länderkarte gründlich verändert hatte, mußte sich die Kirchenbehörde auf politisch-weltanschaulichen Druck hin (Aufklärung) den geschaffenen Tatsachen beugen, angleichen und seine bisherigen, traditionellen Bistumsgrenzen und -einteilungen ändern. Das gewaltige Bistum Konstanz wurde aufgelöst und im Rahmen der „Oberrheinischen Kirchenprovinz“ 1827 das neue Erzbistum Freiburg mit dem Sitz in Freiburg aus der Taufe gehoben. Die einstigen Gebiete der Bertholdsbaar und der Ortenau wurden zusammen diesem gemeinsamen Kirchenbezirk zugeschlagen, und der Fischerbach verlor seine bisherige Grenzfunktion, in die zeitweilig auch die Trennungslinie zwischen den Amtsbezirken Wolfach und Haslach mit einbezogen war. Übrigens, der Fischerbach bildet bis heute auch eine fasnächtliche Sprachgrenze, denn östlich davon sagt man „Fasnet“ und gegen den Rhein zu breitet sich das Land der „Fasend“ aus.

Der Historische Verein Hausach hat nun eingedenk dieser jahrhundertealten Tradition diese geschichtliche Grenze am Fischerbach beim Übertritt von der Hausacher Gemarkung auf das nachbarliche Fischerbacher Gebiet durch eine entsprechende Hinweistafel markiert, um den Vorübereilenden, die heimatgeschichtlich interessierten Spaziergänger kurz über die historische Hintergründe dieser Grenzlinie zu unterrichten wie vor Jahren auf dem Wege zwischen Hausach und Gutach, wo der Wannbach die Besitzungen der Württemberger und Fürstenberger schied.

Bildstöcke und Wegkreuze im Kirchspiel Zell a. H. und Nordrach

Adalberg Ehrenfried OFM Cap

Der Aufsatz erschien als Einführung in dem Werk des Verfassers „Bildstöcke und Wegkreuze im Kirchspiel Zell a. H.“ (1978). Mit gütiger Erlaubnis des Verfassers wurde er in die „Ortenau“ übernommen. Dadurch soll auf jene ehrwürdigen Zeugnisse des religiösen Bewußtseins der Vergangenheit aufmerksam gemacht werden, die durch Straßenbau, Straßenverkehr und mangelndes Verständnis immer mehr gefährdet sind.

Die Redaktion

Es gibt nichts Sinnigeres an Landstraßen und Wegen hin als einen richtigen Wegweiser oder ein „Bildstöcklein“.

Der erstere zeigt die Richtung in der Zeit, und das letztere mahnt an den Weg in die Ewigkeit.

Hansjakob

Brücken und Masten, Asphaltstraßen mit modernen Wagen beherrschen heute die Landschaft. Die Technik hat auch das entlegenste Tal erfaßt. Zum Verweilen hat man keine Zeit. Die Ruhebänke sind meist leer. Man fotografiert und hat seine Dias im Kasten. Man macht sich keine Gedanken über die Umgebung, man hat seine Pläne im Kopf. Die christliche Landschaft weicht immer mehr zurück.

Opfer der veränderten Landschaft und des Vergessens sind vor allem die vielen Bildstöcke und Feldkreuze, die einst so zahlreich im Harmersbach- und Nordrachtal erstellt wurden. Sie sind verwaist, vermoost, verwittert, oft sogar verfallen.

Wer beachtet sie? Wer steht vor ihnen in stillem Gedenken? Man hat keine Zeit mehr. Sie stehen im Wege, diese alten unscheinbaren Denkmäler, werden umgefahren, müssen weichen, wenn eine Straße verbreitert, ein neues Haus gebaut wird, sie liegen auf einem Abstellplatz oder werden gestohlen. Viele haben keine Beziehung mehr zu diesen religiösen Zeichen. Und doch sollten sie erhalten bleiben. Dieser Beitrag möge dazu helfen.

Vielleicht wird das eine oder andere Bildstöckchen doch erneuert, neu aufgerichtet. Zum Dank an die Vorfahren, zur Mahnung für uns und

nicht zuletzt zur Verschönerung der Landschaft. Von Amtswegen wird heute viel getan zur Erhaltung der historischen Gebäude, Türme und Stadtmauern. Verdienen es nicht auch die gefährdeten Bildstöcke, daß sie gepflegt und erhalten bleiben?

Zeit der Errichtung

Den Brauch, Bildstöcke zu errichten, kann man bis ins vierzehnte Jahrhundert verfolgen. Die Blütezeit war im Barock.

Die Bildstöcke unserer Gegend stammen fast alle aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert. Sie stehen als Bannkreuze an der Gemarkungsgrenze, als Wetterkeuze auf den Höhen und als Sühnekreuze am Weg. Bildstöcke wurden erstellt am Platz, wo ein Unfall geschah, am Bauernhaus oder im eigenen Wald, wenn man ein Versprechen gemacht hatte. Oft sind sie von einem Haus verdeckt, vom Gebüsch überwachsen, fast unzugänglich vor lauter Gestrüpp.

Anlaß zur Aufstellung

Bildstöcke und Feldkreuze sind religiöse Zeichen. Der Schuldige wurde nicht nur bestraft, er mußte oft zur Sühne für ein Verbrechen ein Kreuz aufstellen. Der Bildstock am Unfallsort sollte zum Gebet für den Toten ermahnen, da der so plötzlich Verstorbene keine Zeit mehr hatte zu Buße und Umkehr. Oft kündigt uns ein Kreuz oder ein Bildstock die Stelle an, wo der Ortspfarrer den Toten zur Bestattung auf dem Friedhof abgeholt hat.

Weit verbreitet war auch immer noch im Christentum die Vorstellung, daß die Seele des Verstorbenen ruhelos umherirre. Durch Erstellung eines religiösen Zeichens glaubte man, der Seele des Verunglückten einen Ruheort geben zu können. Aus dieser Auffassung war ja auch der Brauch entstanden, auf den Friedhöfen ein Kreuz zu erstellen, da der Stein als Sitz seelischer Wesen galt. (Siehe: F. Weber, „Überreste alten Seelenglaubens“ in Bayr. Hefte für Volkskunde 3., 1910, S. 133.)

Man wollte nicht nur den Leib in der Erde bestatten und das Kreuz auf dem Friedhof bei der weit entfernten Pfarrkirche erstellen. Durch das Mahnmal standen die Hinterbliebenen mit dem Verstorbenen in Verbindung und im Glauben an ein Weiterleben nach dem Tode und an die Kraft der Fürbitte wurden sie ständig zum Gebet aufgefordert, an den eigenen Tod ermahnt und in der Hoffnung auf ein künftiges Leben bei Gott bestärkt. Als Erfüllung für ein in der Not gemachtes Versprechen oder zum Dank für erhaltene Hilfe, besonders für eine glückliche Heimkehr aus dem Krieg, bot sich die Aufstellung eines Kreuzes oder Bildstocks an.



Bildstöcke bei der St. Michaelskapelle im Harmersbachtal/Kirnbach-Grün



Bildstock mit dem hl. Gallus in Oberharmersbach

Die Gestalt der Bildstöcke und Kreuze

Die religiösen Zeichen im Freien sind keineswegs große Kunstwerke. Manche sind sogar primitiv gearbeitet. Die Hersteller sind unbekannt, es werden Steinmetze oder gar Maurer aus der Umgebung gewesen sein, die nach ihrem Können gearbeitet haben. Namen sind erst an den Kreuzen aus dem letzten Jahrhundert zu finden.

Wie ein Bild und das Kreuz in der Bauernstube, so ist auch der Bildstock schlicht, manchmal unförmig, spricht aber doch die Sprache des unverdorbenen und gläubigen Volkes, das mit seinem hart verdienten und mühsam ersparten Geld sein Versprechen eingelöst hat.

An Material, Darstellung und Ausführung gleichen sich die hiesigen Bildstöcke fast alle. Mit einer Ausnahme finden wir nie, wie bei den Bildstöcken von Nordbaden, Glaubenswahrheiten, das Leben und Leiden Jesu, die Person Mariens oder eines Heiligen als Hauptfigur auf einem Bildstock dargestellt. Sogenannte Heiligenhäuschen kommen vor, sind aber selten.

Aus einem Stück des hier vorkommenden roten Sandsteins gearbeitet – seltener wurde der gelbe verwendet – haben die Bildstöcke die Vier-

teilung: Sockel, Schaft (Stamm oder Pfeiler), Gehäuse mit der Nische und das Dach. Der Sockel ist meist viereckig, in der Barockzeit gebauert und mit Ornamenten versehen. Er steckt manchmal sehr tief im Boden.

Der Stamm ist viereckig, bei älteren Bildstöcken achteckig abgefaßt, in der Barockzeit gebauert, nach oben sich verjüngend, nie rund (bis auf die Säule am Pfarrhaus Oberharmersbach). Zwischen Sockel und Stamm und zwischen Stamm und Gehäuse ist meistens ein mehrteiliges Gesimse angebracht, in einigen Fällen mit jonischem oder korinthischem Kapitell. Das meist vorkragende Gehäuse, auch Ädikula genannt, enthält nach Art eines Tabernakels eine Nische, die bei alten Bildstöcken spitzbogig, später gewölbt oder viereckig und fast immer vergittert ist. Das Dach ist durchweg als Spitzdach mit imitierten Ziegeln gearbeitet, selten ist das viergeteilte Giebeldach oder die Zylinderform. Nur einmal begegnet uns beim Bildstock das Walmdach.

Vielleicht geht der Bildstock auf einen abgeschlagenen Baumstumpf zurück, den man zuerst mit religiösen Zeichen verziert und als Erinnerungszeichen verwendet hat.

Die älteren Bildstöcke zeigen tatsächlich als Schaft oder Stamm die runde, später die achteckige Form. Als für die Herstellung der Stein verwendet wurde, konnte man auf den Schaft das Gehäuse aufsetzen, das nach Art einer Kirche angefertigt ist.

Drei Mauern umschließen das geöffnete Innere. Um die Vorstellung eines Hauses zu erwecken, ist das Dach mit imitierten Schindeln versehen, oft noch wie ein Kirchturm mit einem Kreuz geschmückt. Die Nische ist, um das Portal anzudeuten, mit einem Gitter abgeschlossen, zugleich um das „Heiligtum“, das religiöse Bild zu schützen. An dem Gesimse lassen sich oft sogar die Stufen erkennen.

Schmuck und künstlerische Gestaltung

Noch mehr als in der Gestalt gleichen sich die Bildstöcke in ihrem Schmuck. Die Vorderseite vom Sockel und Stamm sowie die rechte und linke Seite sind meist profiliert. Die Kanten der Vorderseite zeigen manchmal das Schnurmuster oder sind abgefaßt. Sockel oder Stamm, seltener die Seiten, bringen die Inschrift und die Jahreszahl. Als Schmuck erscheint das Jesus-Monogramm „IHS“, zu deuten als: *Jesus, Homo, Sanctificator, Jesus, Mensch, Heiligmacher* oder: *In Hoc Signo*, in diesem Zeichen. Im Deutschen sagt man: *Jesus, Heiland, Seligmacher*. Das Marien-Monogramm und das Josef-Monogramm werden öfter verwendet, wobei die Buchstaben ineinander verschoben, oft zu einem Buchstaben vereinigt sind.

Häufig erscheint die Lebensblume, gewunden oder stilisiert, gerade in einem Topf stehend. Mühlrad, das vierblättrige Kleeblatt und der Lebensstern, die Engelsköpfe, das Herz Jesu und das Herz Mariens mit Nägeln sowie das Gottesauge im Giebel kehren immer wieder. In der Barockzeit erscheinen Ranken und Blumen, beim Kreuz am Sockel die Voluten.

Als erhabenes Relief findet man manchmal die Figur eines Heiligen, einmal die Leidenswerkzeuge und einmal die Handwerkszeichen des Stifters. In der Nische stand ein Heiligenbild, ein kleines Kreuz, die Pieta, oder sie blieb von Anfang an leer. – Ganz selten ist das Bild des leidenden Heilandes an der Geißelsäule.

Unklar ist die Bedeutung der mitunter am Gehäuse seitlich oder rückwärts angebrachten rechteckigen Nischen. Außer den eindeutig christlichen Symbolen wurden auch profane und selbst Ornamente heidnischen Ursprungs verwendet: Das Sonnenrad, die Sonne mit sieben oder acht Strahlen als Zeichen des Tages und der Mond mit der Hälfte der Strahlen als Zeichen der Nacht. Dann der zunehmende Halbmond als wachsendes Leben, der Menschenkopf mit abstehenden Ohren. Als Übergang von der Menschenfratze zum christlichen Symbol können die Engelköpfe angesehen werden, bei denen die Ohren fehlen und dafür gleich unter dem Kinn die Flügel angesetzt sind.

Religiöse Deutung kann auch dem oft wiederkehrenden Lebensbaum gegeben werden; aus der mit dem Lebenswasser gefüllten Vase erhebt sich ein stilisierter Baum mit gespreizten oder abgerundeten Blättern, am Ende der Zweige die Blüte: Sinnbild der Sakramente und der Gnade, die vom Baum des Kreuzes fließen.

Ausgesprochen heidnisch ist das sogenannte Hexenzeichen, ein mehrfach verschlungener liegender Schnörkel (Violinschlüssel), siehe: Zell-UH bei Mauch und Zell-UH-Durben.

Manchmal findet man auch, wie schon erwähnt, Symbole des Handwerks, wie Bretzeln, Mühlrad und Krug.

Es scheint, daß nicht die Auftraggeber, sondern die Bildhauer die Gestaltung und Darstellung ausgewählt haben. Dabei braucht man keineswegs bewußt heidnische Absichten verfolgt zu haben. Die Symbole scheinen nach einem System oder nach einem Katalog verwendet worden zu sein.

Die Kreuze sind teils aus Stein, teils aus Holz. Holzkreuze mit Corpus sind überdacht und haben entweder im Stamm eine Nische oder zu Füßen des Gekreuzigten ein Gehäuse oder Podest für ein kleines Heiligenbild oder zum Abstellen des Wettersegens, wenn an Bittprozessionen Station gemacht wurde.

Saxa loquuntur, Steine sprechen

Nicht nur die Monumente und die Werke der großen Meister aus der klassischen und alten Zeit reden, auch die Bildstöcke können viel erzählen. Freilich ist die Inschrift oft schlecht zu lesen, verwittert. Manchmal stehen nur noch ein paar Buchstaben da oder eine Jahreszahl. Es wurde versucht, soweit möglich, an Hand der Pfarrbücher Näheres über die einzelnen Bildstöcke in Erfahrung zu bringen.

Die ersten Steinkreuze und Schwedenkreuze sowie die ältesten Bildstöcke waren ohne Inschrift, da die Bevölkerung früher durchweg nicht lesen konnte. In der Barockzeit werden oft die Namen der Stifter und fast immer der Anlaß der Erstellung kurz genannt. Die Jahreszahlen geben jedoch besonders bei Unfällen oder erfolgtem Tod nicht immer das Sterbejahr an, sondern das Jahr der Erstellung. Selbst wenn ein Sterbedatum eingemeißelt ist, braucht es nicht immer zu stimmen, wie der Vogtsbildstock beweist.

Bildstöcke enthalten oft die Mahnung an den Fremdling oder Wanderer zum Gebet oder erinnern an den Tod: Gedenke, daß du sterben mußt!

Kreuze bringen, da mehr Fläche vorhanden ist, Worte der Hl. Schrift, aber fast immer die gleichen, und mahnen zur christlichen Frömmigkeit und Nachfolge Christi.

Man sollte die einfachen Kunstwerke das eine oder andere Mal auf sich wirken lassen. Was steckt doch in diesen verwitterten, bemoosten Steinen und alten und neuen Feldkreuzen: Freude und Dank, Sorge und Leid, Hoffnung und Gläubigkeit, Opfer und Idealismus der Vorfahren, vielleicht der eigenen Verwandten, werden beim Betrachten lebendig.

Wieviel wurde hier schon gebetet? Können die Bildstöcke nicht auch eine Frage und Ermunterung an uns sein?

Literatur

Wilhelm Baumann, Der Sagensatz des Nordrhtaales, Sonderdruck aus „Die Ortenau“, 43. 1963

Josef Dünninger und Bernhard Schemmel, Bildstöcke und Martern in Franken, Würzburg, 1970.

C. Fischer, Wegkreuze, Bildstöcke u. Marienbilder von Zell a. H., in „Die Ortenau“, 8. 1921, S. 51–60.

J. Gottschalk und B. Schemmel: Entwurf zur Erfassung freistehender religiöser Male, in: „Mainfränkisches Jahrbuch“ 24, 1972, S. 146–177.

Heinrich Heimberger, Geweihte Landschaft, in: „Mainfränkisches Jahrbuch“ 4, Würzburg, 1952, S. 263–307.

ders., Das gefreite Dorf, Wegkreuze im Gebiet zwischen Neckar und Main, in: „Mainfränkisches Jahrbuch“ 4, 1952.

O. A. Müller, Holzbildstöcke in der Ortenau, in: „Die Ortenau“, 17. 1930, S. 53–74.

ders., Alte Bildstöcke in der Ortenau in „Die Ortenau“ 18. 1931, S. 68–98

ders., Bildstöcke im Amtsbezirk Wolfach in „Die Ortenau“ 20. 1933, S. 32–60 u. 23. 1936, S. 161–174.

Gustav Steinlein, Bildstöcke und Wegkreuze in: „Volkskunst und Volkskunde“ 3, 1905, S. 93–97.

O. Stemmler, 5. Zum Aufsatz „Bildstöcke im Amtsbezirk Wolfach“, in: Die „Ortenau“ 24. 1937, S. 130.

O. Straub, 6. Bildstöcke u. Steinkreuze im Hochschwarzwald, in: „Die Ortenau“, 29. 1949, S. 133–138

Max Walter, Vom Steinkreuz zum Bildstock, in: „Vom Bodensee zum Main“, Heimatblätter, Heft 25, Karlsruhe 1927. Zur Steinkreuzforschung in Baden; in: „Mein Heimatland“, 1928, 15., S. 40–41.

Bernhard Weiss, Kruzifixe und Bildstöcke in der Karlsruher Landschaft, in: „Soweit der Turmberg grüßt“. Durlach 1958, S. 113–124.

Die Broschüre ist zu bezahlen bei P. Adalbert Ehrenfried, 7615 Zell a. H., Kapuzinerkloster. Preis 7,- DM.

War Zell „Reichsstadt“ oder „Freie Reichsstadt“?

Die gleiche Frage gilt für Offenburg und Gengenbach!

Thomas Kopp

Nach einem Referat im Kreise der „Zeller Heimatfreunde“, in dem der Sprecher u. a. behauptete, Zell sei nie „Freie Reichsstadt“, sondern nur „Reichsstadt“ gewesen, meinte ein Teilnehmer: „Nun nehmt Ihr Historiker uns auch noch die FREIE Reichsstadt! Warum bloß?“ (Die Antwort wird sich zum Schluß der folgenden Ausführungen ergeben.)

Als man dann noch im Storchenturmmuseum in dem Buch „Schauplätze der fünf Theile der Welt“, herausgegeben von F. i. i. Reilly, Wien 1791, im Anhang die Wappen der 50 deutschen „Freien Reichsstädte“ fand – darunter das Gengenbacher, Offenburger und Zeller –, beschlossen die Vertreter des Stadtrat-Kulturausschusses und der Mitgliedergruppe des „Historischen Vereins für Mittelbaden“, die anstehende Frage näher zu untersuchen. Sie fanden dabei die Mitarbeit der Stadt Zell selbst, die als ersten Schritt an die in dem erwähnten Buche aufgeführten „Freien Reichsstädte“ ein Schreiben richtete, das – gekürzt – hier wiedergegeben sei: „In dem Buch ‚Schauplätze ...‘ finden sich Wappen von 50 ‚Freien Reichsstädten‘, darunter die Wappen Ihrer und unserer Stadt. Von Historikern wird immer wieder behauptet, Zell am Harmersbach sei nie ‚Freie‘ Reichsstadt, sondern nur Reichsstadt gewesen. Es würde uns außerordentlich interessieren, ob derartige Erkenntnisse auch bei Ihnen vorliegen bzw. diskutiert werden, insbesondere, wie sich die bei Ihnen in der Stadtgeschichte bewanderten Personen dazu stellen, wenn Ihre Stadt als ‚Freie Reichsstadt‘ bezeichnet wird ...“

Man war in Zell auf das Ergebnis dieser Rundfrage gespannt. Überraschenderweise trafen die ersten Schreiben schon innerhalb einer Woche ein; zum Schluß hatten fast 90 Prozent geantwortet. Es zeigte sich, daß die meisten Gemeinden die gestellte Frage ernst behandelten. Nur einige nahmen sie auf die leichte Schulter, so z. B. der Bürgermeister einer Narrenstadt, der meinte, „mit Historikern läßt sich’s bekanntlich schlecht streiten, die haben immer recht“, um dann seinen Brief zu schließen – es war um Fasnacht – mit „Narri-Narro“. Und ein anderes

Stadtoberhaupt gibt zu, daß er nur antworte, weil der Zeller Bürgermeister ein „alter Freund“ von ihm sei – sonst würden Rundschreiben dieser Art „in den Papierkorb wandern“.

Mülhausen (Elsaß) hat in französischer Sprache geantwortet. Im Brief einer ehemaligen Reichsstadt der Zone heißt es kurz und bündig: „Es ist uns nicht möglich, Recherchen zu Ihrer Umfrage durchzuführen.“

Die Antworten der befragten Städte

Wie ernst verschiedene Städte die gestellte Frage nahmen, ergibt sich aus der Tatsache, daß sie zur eigentlichen Antwort noch Fotokopien einschlägiger Arbeiten mitsandten, so z. B. Bremen zusätzliche 28 Seiten, Köln 20, Eßlingen 6, Schwäbisch Hall und Reutlingen 4, Nürnberg 2.

1. Keine Bedeutung

Überblicken wir die Antworten, zeigt sich zunächst eine verhältnismäßig kleine Gruppe, die der angeschnittenen Frage keine Bedeutung zumißt. Zwei Beispiele mögen es bezeugen.

L.: „Wir haben bis jetzt von einer Unterscheidung zwischen ‚Reichsstadt‘ und ‚freier Reichsstadt‘ nicht gehört...“

D.: „Die meisten befragten Personen waren von der Frage überrascht; offensichtlich macht man sich darüber keine Gedanken.“

Der Großteil der Antworten kann in zwei Gruppen aufgeteilt werden. Während die eine behauptet, es bestehe kein Unterschied zwischen „Reichsstadt“ und „Freie Reichsstadt“, stellt die andere betont fest, man müsse die beiden Begriffe streng unterscheiden.

2. Kein Unterschied

Für die ersterwähnte Gruppe mögen fünf Beispiele angeführt sein.

Dortmunds Oberarchivar schreibt: „Eine Unterscheidung zwischen ‚freien‘ Reichsstädten und andern Reichsstädten hat es meines Wissens nur kurzzeitig gegeben und zwar während des 13 und 14. Jahrhunderts... In den folgenden Jahrhunderten wurde eine solche Unterscheidung nicht mehr gemacht. Die Reichsstädte bezeichneten sich von da an allgemein als freie Reichsstädte.“

Die bei dieser Gruppe bestehende Unklarheit spricht aus folgenden Worten: „Die Bezeichnung ‚Freie Reichsstadt‘ ist seit alten Zeiten gebräuchlich, obwohl sie zu keiner Zeit und für keine Stadt jemals eine offizielle Bezeichnung war... Die großen Historiker kennen die Bezeichnung ‚Freie Reichsstadt‘ nicht.“

Ravensburg betont: „Die Behauptung, Zell a. H. sei keine ‚Freie Reichsstadt‘ gewesen, ist Unsinn...“

Wangen: „Der Ausdruck Freie Reichsstadt oder Reichsstadt bedeutet dasselbe.“

Unser Nachbar Gengenbach teilt mit: „Ich sehe keinen Unterschied zwischen Freie Reichsstadt oder nur Reichsstadt...“

3. Wesentliche Unterschiede

Wichtig für unsere Untersuchung sind natürlich die Schreiben der Städte, die zwischen den Begriffen „Reichsstadt“ und „Freie Reichsstadt“ wesentliche Unterschiede sehen. (Daß unter diesen Stellungnahmen acht von hauptamtlichen Archivleitern – fünf darunter mit dem Dokortitel – stammen, verleiht den Ausführungen besonderes Gewicht.)

Einige der Berichte beziehen sich auf das „Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte“ (Bd. I). Darin wird der Begriff „Freie Stadt“ definiert:

„Zu den Freien Städten oder Freien Reichsstädten sind die Städte Regensburg, Straßburg, Speyer, Worms, Mainz und Köln... zu rechnen. Ursprünglich unterstanden diese Orte der Stadtherrschaft ihres Bischofs. Jedoch gelang es den Bürgern teils auf friedlichem Wege, häufiger jedoch nach jahrzehntelangem Ringen, sich von der Herrschaft des Bischofs zu befreien und dessen stadtherrliche Befugnisse zu erwerben... Damit wurden Rat und Bürgerschaft ihr eigener Herr. Sie unterstanden nur dem oberhoheitlichen Schutz des Reiches (anders als die auf Reichsgut errichteten Königs- oder Reichsstädte, die einer Stadtherrschaft des Königs unterworfen waren) und waren weder ihrem ehemaligen Stadtherrn noch dem Reich zur Zahlung von Steuern oder sonstigen Leistungen (Rat und Hilfe) verpflichtet. Ihr Eid gegenüber Kaiser und Reich war (im Gegensatz zu den der Stadtherrschaft des Reiches unterworfenen Königsstädten) kein untertäniger Huldigungs- und Treueid, sondern ein Bundes- und Beistandseid (wie ihn auch die Fürsten leisteten), der die Städte lediglich zur Teilnahme an der Romfahrt und zum Krieg gegen die Ungläubigen verpflichtete. Anderweitige Rechte standen dem König über die Stadt und ihre Bürger... nicht zu. Aufgrund dieser Rechtsstellung bezeichneten sich die ehemaligen Bischofsstädte seit der Mitte des 14. Jahrhunderts als Freie Stadt; gegen Ende des Mittelalters legten sie sich den Titel Reichsstadt oder Freie Reichsstadt zu.“

Nürnbergers Archivdirektor schreibt dann folgerichtig: „Die Beifügung ‚frei‘ zu dem Begriff Reichsstadt sollte eigentlich nur bei Städten verwendet werden, die sich von der Herrschaft eines Bischofs oder

weltlichen Landesherren im Laufe der Zeit ‚frei‘ gemacht haben, nicht jedoch bei ursprünglichen Königsstädten, die seit ihrer Entstehung nur dem deutschen König unterstanden haben, wie z. B. Nürnberg.“ Der Fachmann fügt noch an: „In den letzten Jahren bürgerte es sich im allgemeinen Sprachgebrauch immer mehr ein, auch bei diesen letztgenannten Städten von ‚freien Reichsstädten‘ zu sprechen, obwohl hier die Bezeichnung Reichsstadt allein voll genügen würde. Doch klingt eben die Beifügung ‚frei‘ noch bedeutungsvoller (!).“

Reutlingen: „Wir sind der Meinung, daß sich die ehemalige Reichsstadt Reutlingen, wie auch ihre schwäbischen Schwesternstädte offiziell nie ‚Freie‘ Reichsstadt genannt haben . . . In den alten Stadtsiegeln tritt die Bezeichnung ‚Freie‘ Reichsstadt nie auf.“

Frankfurt: „Der beliebte Begriff ‚Freie Reichsstadt‘ ist verfassungsgeschichtlich widersinnig. Er ist etwa in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts in den Sprachgebrauch gekommen. Das Mittelalter kannte Reichsstädte und Freie Städte (Bischöfsstädte).“

Es lohnt sich auch, zu hören, was die Elsässer – Mülhausen – uns zu sagen haben: „Man darf ‚Reichsstadt‘ nicht mit ‚Freier Reichsstadt‘ verwechseln . . . Diese zahlten dem König keine Steuern, die Reichsstädte aber zahlten ihm Steuern . . . Man müßte wissen, ob Zell dem König (oder Kaiser) Steuern zahlte, wenn ja, war es Reichsstadt, wenn nicht: ‚Freie Reichsstadt‘.“

Den vielen Stimmen, die wesentliche Unterschiede sehen, sei abschließend die unserer einstigen Bruder- und heutigen Amtsstadt Offenburg angeschlossen, die den anstehenden Fall recht klar beurteilt: „Wir haben . . . mehrere Fachleute angesprochen . . . Bei den . . . drei ‚Vereinstädten‘ Offenburg, Gengenbach und Zell ist der Zusatz ‚Freie‘ geschichtlich nicht begründbar.“ (Trotz dieser eindeutigen Stellungnahme sprach die Presse (7. 5. 79), die einem städtischen Beamten Offenburgs einen Geschichtsfehler vorwarf, in der „Berichtigung“ ausgerechnet von der „Freien Reichsstadt“!)

War nun Zell „Freie Reichsstadt“ oder nur Reichsstadt?

Nach den bisherigen Darlegungen steht diese Frage an. Wir müssen uns in diesem Zusammenhang nochmals des Begriffs „Freie Stadt“ erinnern, aus dem sich später der Ausdruck „Freie Reichsstadt“ entwickelte. „Freie Städte“ waren solche, die sich aus Bischofsbesitz befreiten und anschließend *ohne Zwischeninstanz* dem Kaiser unterstanden, z. B. Basel, Straßburg, Mainz. Zu dieser Gruppe aber gehörte Zell nie. Es war eine Stadt „in deß heyligen Reichs Schirm“, also im Schutze des Reiches, und hatte das Kloster Gengenbach und die Landvogtei Ortenberg, dazu

oft auch Pfandherren als Zwischeninstanzen nach oben. Gerade diese Verhältnisse zeigen deutlich, daß in Zell nie eine absolute Freiheit bestand.

Aus vielen Belegen, die dies beweisen, seien nach dem Buch „Die Reichsstädte beim Übergang an Baden“ von E. Schell einige herausgegriffen.

Noch 1802, als der neue Landesherr sich anschickte, die Reichsstadt zu übernehmen, legte der österreichische Landvogt der Ortenau Verwahrung ein und schrieb, die drei Reichsstädte „seien dem Ortenauischen Landesfürsten verpfändet, steuerbar und mit der Landvogtei Ortenau verbunden“. Zell mußte dem Inhaber der Landvogtei jährlich 100 Viertel „Schirmhaber“ bezahlen. Die auf städtischer Gemarkung liegenden „Forstwaldungen“ waren Obereigentum der Reichsabtei Gengenbach, die auch das Recht hatte, „Forstgerichte“ abzuhalten. Das Fischrecht stand ausschließlich der Abtei Gengenbach zu. Das Recht, den Reichsschultheißen einzusetzen, besaß der Gengenbacher Abt. „Als Lehensmann des Abtes mußte der Reichsschultheiß diesem, so oft er in Zell das feierliche Hochamt sang, Wasser über die Hände gießen, eine Pflicht...“ Das Kloster Gengenbach beanspruchte zwei Drittel der Allmende, von allen Untertanen einen Bodenzins für Haus, Hof und Grundstück, dazu den „Güterfall“: beim Tode des Besitzers das beste Stück Vieh oder mangels dessen den „Leibfall“, das beste Kleid.

Es dürfte also klar sein, daß es nicht angebracht ist, eine Reichsstadt dieser Art als FREI zu bezeichnen. Der Freiburger Staatsarchivdirektor Dr. Wellmer schrieb deshalb auch den Zellern schon in den sechziger Jahren: „Von einer ‚freien Reichsstadt‘ kann weder bei Offenburg noch bei Gengenbach noch bei Zell die Rede sein, sie sind lediglich... Städte des Reichs, aber unter dem Reichslandvogt (oder wie der jeweilige Vertreter des Reiches hieß), während zwischen der ‚freien Reichsstadt‘ und dem Kaiser keine Zwischeninstanz steht. Am besten macht man sich das vielleicht an den letzten deutschen ‚freien Reichsstädten‘ klar, den drei Hansestädten, die, wie die regierenden Fürsten, unmittelbar neben dem Kaiser standen.“

Deshalb muß man hier schon folgern: Es wäre klarer und geschichtsgreuer, wenn wir für Zell das FREIE nicht gebrauchen würden, Es hat zu keiner Zeit ein staatsrechtlicher Vorgang stattgefunden, der aus der „Stadt des Reiches“ eine „Freie Reichsstadt“ machte, und somit würden wir – wie man uns in einem der Rundfrage-Briefe schrieb – bei Verwendung des „FREIE“ „das Geschichtsbild verfälschen“.

Der amtliche Stadt-Titel von Zell a. H.

Den augenscheinlichsten Beweis, daß Zell nie eine „Freie Reichsstadt“ war, liefern die im Laufe der Geschichte verwendeten amtlichen Stadt-Titel. Der uns gegebene gute Rat, in den Zeller Akten nach dem FREIE zu suchen, hatten wir schon lange und eifrig befolgt. Unser Archivar Hahn war beauftragt, bei seinem Arbeiten mit den Urkunden darauf zu achten, ob und wo sich der Titel „Freie Reichsstadt“ fände. Ergebnis: In keinem amtlichen Zeller Schreiben steht das FREIE!

Die aufgefundenen Stadt-Titel seien auszugsweise zusammengestellt; sie kennen zu lernen ist auch sonstwie interessant:

Ratsprotokoll 1583: „Wir Schultheiß und die Zwölfer des ehers. Rathes in der Reichsstadt Zell am Harmerspach tun Kundt...“

Ratsprotokoll 1631: „... deß. H. Reichs Statt Zell...“

Ratsprotokoll 1664: „... deß Hyl. Reichs Statt Zell...“

Stadtbuch 1682: „Daß (unsere Stadt) wurde vor gar altem beschrieben Zell am Hadamarsbach auch Hammerspach...“

Stadtrechnungen: In sechs von Hahn zusammengestellten Beispielen aus den Jahren 1686 bis 1801 heißt es immer wieder „Des Heil. Röm. Reichs Stadt Zell am Hammerspach“ oder ähnlich und 1802 „Staet Zell am Hammerspach“.

In dem Wallfahrtsbuch „Maria zur Ketten“ von 1748 findet sich eine „amtliche Einleitung“, die besagt: „Wir Schultheiß/Meister und Rath des Heil. Reichs-Statt Zell am Hammersbach thun kund...“

Wenn nun in all diesen Dokumenten der Begriff „Freie Reichsstadt“ nicht erscheint, dann eben deshalb, weil es ihn stadtrechtlich nicht gab. So kann zusammenfassend gesagt werden, daß von Zeller Amtspersonen das FREIE nie verwendet wurde – und sie mußten doch schließlich um den Titel ihrer Stadt wissen.

In diesem Sinne schrieb schon 1906 Zells Ratschreiber C. Fischer: „Wann Zell reichsunmittelbar wurde (*reichsfrei* war es nicht), kann nicht mit Bestimmtheit angegeben werden.“

Zur Ergänzung und Bekräftigung des für den Zeller Stadttitel Festgestellten sei noch ein Beispiel angefügt von einer Seite, die es ja „wissen mußte“: In der Urkunde Kaiser Leopolds von 1672 heißt es: „Wir Leopoldt... Römischer Kayßer... Thuen Khundt... das Uns R. Schultheiß, Meister und Rath unßer und des heyiligen Reichs-Statt Zell am Hammerspach...“

1700. v. 1710.

Wann dem Fahr Nach Christi Jesu
unser Antigen Erlösen Hailands
Trosters vnd Allem Seligmachers. Aller
helligsten Geburt Am Thausend
Sechshundert. Drenszig vnd Ams. Auff
den 8. Tag May ist dis Bericht vnd
Raths Prothocoll diser des R. Reichs Statt
Zell am Hammerspach
Angefangen worden. Item
also hieben gesetzt vnd benamt
Der H. V. d. E. d. S. d. S. d. S. d. S.
Münch von Rosenberg bey Hofen geschrieben.
Noch Schluß.

Die Briefe, die Zell im 17. und 18. Jahrhundert von seinem Rechtskonsulenten in Wetzlar erhielt, trugen meistens folgende Anrede: „Denen Wohl-, Hoch und Wohledel geborenen Vest- und Hochgelehrten Herren Schultheiß, Meister und Rath des Heil. Röm. Reichs Statt Zell am Hammerspach.“ Bei dieser Wortfreudigkeit hätte der Rechtskonsulent sicher auch das FREIE eingefügt – wenn er dazu die Berechtigung gehabt hätte.

„Frei“ – ein barocker Schnörkel

So tauchen die Fragen auf: Wer hat nun das FREIE eigentlich eingeführt und verwendet? Wie konnte sich bis auf unsere Zeit eine derartige „Geschichtsfälschung“ halten und zu einer geläufigen Selbstverständlichkeit werden?

Erstmals gebraucht wurde für Zell – nach den derzeitigen Kenntnissen – der Begriff im Wappenbuch des Martin Schroth von 1581. 1720 fügte J. CH. Leopold seinem Kupferstich von unserer Stadt eine Beschreibung Zells an: „Zell, welches auch sonst Hammerspach, insgemein aber Zell am Hammerspach genennet wird, ist eine kleine Freie Reichs Statt in Schwaben, in der Ortenau...“

Ein Brief aus Neustadt in Böhmen von 1759 beginnt: „Hyronimus Armbruster Feldscherer an F. Gebelle Chirurgus in der Kayßerlich freyen Reichßstatt Zell Hammerspach ihm Kintzingerthal.“

1778 wird in „Des Europ. Staats- u. Adreß-Buch 4. Theil“ unter „Freye Reichsstädte“ auch „Zell am Hammerspach“ aufgeführt.

Für 1791 wäre das eingangs erwähnte Buch „Schauplätze der fünf Theile der Welt“ mit den Wappen der 50 deutschen „Freien Reichsstädte“ einzureihen.

Eine Briefanschrift der „Kanzlei Hohengeroldsegg“ von 1792 lautet: „An Einen Hochlöblichen Magistrat der freien Reichsstadt Zell Harmersbach.“ Wie dann im 19. Jahrhundert der besprochene Begriff ganz selbstverständlich übernommen wurde, beweist das „Lexicon von dem Großherzogthum Baden“, herausgegeben von J. B. Kolb, 1816: „Zell, eine Munizipalstadt und ehemalige freye Reichsstadt...“

Besonders den Journalisten scheint das FREIE zu gefallen. In einem Buch über die Uhrenmacher kommt unsere „freie Reichsstadt“ zweimal vor; in einem andern heißt es in dem Abschnitt „Reichsstädtisches Kinzigthal“ (!): „Um 1240 wurde Offenburg gemeinsam mit Zell und Gengenbach in den Stand einer freien Reichsstadt erhoben.“ (!!)

Auch der Rundfunk erwähnte in einer Sendung über Oberharmersbach die „Freie Reichsstadt Zell“.

Ein typisches Parallel-Beispiel hierzu liefert Gengenbach. Ein Bericht spricht vom „Status der ehemaligen Freien Reichsstadt, dem alten Stadtkern, dem guten Wein“. Und irgendwo war kürzlich sogar von der „ehemals Freien Reichsstadt Lahr“ zu lesen!!

Selbst in der Werbung muß das FREIE erhalten. In einer „Kurmark-Festschrift“ steht – und wie schön klingt’s: „Auf diesem Volksfest (Biwak) gibt es nicht nur zünftige Blasmusik, sondern auch reichlich Bier, Wein und typische Schwarzwaldspezialitäten... Die Stadt war einst die kleinste freie Reichsstadt im heiligen römischen Reich...“

Soweit die angeführten „Belege“ amtlichen Charakter zu haben scheinen und sich z. T. sogar in den Zeller Stadtakten finden – siehe die von 1792 –, muß doch festgestellt werden: Sie wurden wie die übrigen FREIE-

Beispiele *nie* von Zeller Amtspersonen geschrieben, sondern von „Außenstehenden“. In der Briefanrede der Geroldsecker ist doch durch das schmückende Beiwort FREIE deutlich die Höflichkeit zum Ausdruck gebracht, vielleicht gar berechnende Schmeichelei zu spüren. Die Beispiele für das FREIE entstammen überwiegend dem Barock und Rokoko, also dem Zeitraum, in dem man mit der Freude an antiker Form die wirkungsvolle Übersteigerung liebte. Daß nun diese „Freude am Barock-Schnörkel“ bis auf unsere Zeit anhielt und man sich einfach daran gewöhnt hatte, sei keineswegs „verurteilt“ – höchstens als „unbewußte Geschichtsfälschung“ bezeichnet.

Wenn aber nun das FREIE ausdrückt, daß eine Stadt mit dieser Bezeichnung andere Rechte hat – vom Standpunkt der Freiheit aus gesehen sogar mehr – als die „gewöhnliche Reichsstadt“, so könnte man bei der unberechtigten Anwendung des zusätzlichen Titels von Unbedachtsamkeit, Gleichgültigkeit oder – falls das gewußt Falsche absichtlich gebraucht – von „Angeberei“ reden.

*

Damit wäre die abschließende Antwort auf die Frage der Einleitung fällig: Warum bloß nehmt Ihr Historiker uns auch noch die „Freie Reichsstadt“? Nach dem Dargelegten ist's kaum schwer, schlicht und ehrlich zu antworten: Wir sollen das FREIE nicht verwenden, einfach weil Zell nie eine „Freie Reichsstadt“ war. Vor allem aber müßten wir noch anfügen: Hat es Zell überhaupt nötig, bei seiner so buntbewegten Geschichte sich eines unwahren schmückenden Barock-Schnörkels zu bedienen!

Unsere heimatliche Geschichte ist auch ohne das falsche FREIE reich und groß!

Und das gleiche gilt für Offenburg und Gengenbach!

Kriegsgeschehen am Oberrhein 1620/22*

Ludwig Lauppe †

Unterm 6. April wurde dem Ortenauer Landvogt Hans Reinhard von Schauenburg angezeigt, den vier Ossaschen Kompanien auf Erfordern mit Proviant und Munition beizuspringen. Am 12. brach Ossa über die Wanzenau nach Drusenheim auf, erinnerte auch den Landvogt an den Befehl, das Regiment sowie die 300 sächsischen Pferde, welche unter seinem Kommando zu Herlisheim standen, zu verpflegen; das Kommißbrot für 1300 Mann möge er nach Honau liefern, wo es der Schultheiß in Empfang nehmen und herabschaffen werde, „weilen dieser Orten ganz nichts zu bekommen“. Was Kraut und Lot betraf, bat er dringend um Luntten und etwas Blei. Denn er hatte auf seine 1000 Musketen bloß 5000 Kugeln zu Benfeld empfangen; die Luntten sollte er sich durch einen Seiler drehen lassen (Ortenau Fasz. 453). Die Umgegend Hagenaus, vor allem die benachbarten hanauischen Ämter Brumath, Pfaffenhofen und Wörth boten den erzherzoglichen Truppen Quartier, wobei Graf Joh. Reinhard weitestgehendes Entgegenkommen erwies. Nun brachte der Anmarsch dieser Völker kurz nach dem Abzug Mansfelds den geplagten Menschen neue Not und zwang viele Oberrheiner, Leben und Gut auf der Flucht erneut für lange Wochen in den diesseitigen Ortschaften zu bergen.

Ossa aber saß ohne Nahrung und Futter für Mann und Roß zu Drusenheim. Den 13. April klagten die Reiter zu Herlisheim unwillig, daß sie nun in fünf Tagen ihren Pferden nicht ein Körnlein aufschütten konnten und drohten, sich selbst auf die Suche begeben zu müssen. Unter Billigung ihres Obristleutnants nahmen sie den Bauern den Saathafer mit Gewalt weg. In Lichtenau, wo der Obrist am 14. gegen bare Bezahlung einzukaufen vermeinte, fand er sich gründlich getäuscht. Amtmann Flach rückte nichts heraus, lehnte auch die Bitte, bei den großen Hanfvorräten durch den Seiler Luntten drehen zu lassen, schroff ab. Nicht besser erging es seinem Proviantmeister und etlichen Marketendern, die man in Lichtenau zum Einkauf von Lebensmitteln nach Schwarzach gewiesen hatte. Dasselbst wurden sie von der Wache dem Baden-Durlacher Befehlshaber vorgeführt, ihres Begehrens befragt und nach Durchsicht der Paßzettel durch einen Musketier wieder mit leeren Händen aus dem Quartier geleitet. Nach all dem war es nicht verwunderlich, wenn Ossa am 15. dem nach Drusenheim abgeordneten Vogt des Landgerichts Achern, Joh. Bernhard Volz, in höchstem Unwillen entgegenhielt, „daß man ihn samt seinem Volke so gar mangelhaft mit Proviant und Munition an so gefährlichem Ort liegen lasse... Ihre Durchlaucht habe ihm Vertröstung geben, er werde aus der Landvogtei sowohl mit Proviant, Fütterung und Wein als Munition versehen werden...“. Auf die Mitteilung des Vogtes, aus Achern mit Brot versorgt zu werden, schwand der Unmut. Verlangt wurden Brot für 1400 Mann auf drei Tage, dazu Wein oder Bier für die Soldaten gegen Bargeld (der Vogt wollte zwei aus Achern als Marketender verschaffen!), 10 z Luntten, 5 z Blei und 5 z Pulver. „Sonsten thuen sye zue Trusenheim im Quartier sehr starckh einschantzen.“ Den 17. ließ sich der Vogt 4968 Laibe Brot, 403 Pfund Pulver samt den Fäßlein,

* Fortsetzung aus „Die Ortenau“ 57 (1977), 65–66.

180 Pfund Blei, 1600 Musketenkugeln und 10 z 20 Pf. Luntten bescheinigen. Am 18. durfte Volz endlich mit Genugtuung nach Ortenberg berichten. Ossa wie seine Offiziere hätten ihn „mit sonderem Willen“ empfangen, da das Brot „hübsch“ gewesen, ihm auch mitgeteilt, daß die Truppen nun von der Wanzenu aus gepflegt würden (Ortenau Fasz. 453). Zur Sicherung des befestigten Lagers wurde mit viel Eifer gearbeitet; denn Streifparteien aus Hagenau drangen erkundend bis Drusenheim vor. Bald kam Schloß Bischweiler in erzherzoglichen Besitz und erhielt 60 Mann Besatzung: „Vergangenen Freitag (15.) haben die zu Bischweiler liegenden Cosaggen das Schloß allda, so sich bisher erhalten, einbekommen ...“ (Es hatte der fromme Habsburgerkaiser mit Bewilligung des Polenkönigs Kosaken vom unteren Dnjepr heraufgezogen und auf die deutschen Länder losgelassen!).

Zaudernd stand Markgraf Georg Friedrich noch zur Seite. Mählich reifte sein Entschluß, dem mit bewaffneter Hand drohenden Einfall der Exekutionskommissare in die „mittlere“ Markgrafschaft zuvorzukommen. Mitte April wurden die badischen Truppenteile zusammengezogen. Ein ausgesandter Kundschafter berichtete am 13. auf Ortenberg: „Unterhalb Rastatt werden heute unterschiedliche Kompagnien Pferde samt vielem Fußvolk zusammengeführt, wie dann allda uf 5 Zelte aufgeschlagen sein sollen.“ Übrigens suchte Junker Flach dem nach Drusenheim reitenden Acherner Vogt am 15. weiszumachen, „daß Herr Markgraf nächste Tage mit 3000 zu Fuß und etlich 100 Pferden in Hagenau im Namen Ihrer Durchlaucht, unserm gn. Herrn, ein-, sie darinnen aber heraus abziehen werden“. Auf Sonntag (17.) waren einige markgräfliche Offiziere der Nachbarschaft neben dem kaiserlichen Obristen von Ossa im Lichtenauer Amtshause zu Gaste geladen! Andern Tages begann der Abmarsch. „Uf heut ziehen die Markgräfischen ihre im Amt Bühl, Steinbach und Schwarzach gelegenen Soldaten zusammen hinunter auf die Hardt“ (Ortenau F. 453). Baden-Durlach war im Begriffe, sein Schwert gegen Tilly und die bayrisch-ligistische Armada in die Waagschale zu legen. Am 22. kam zwischen dem Grafen von Mansfeld und Markgraf Georg Friedrich in Germersheim ein Vertrag zustande, worin sich beide verpflichteten, gemeinsam gegen den Feind zu ziehen. Dieses Abkommen wurde von dem soeben aus Holland eingetroffenen Kurfürsten Friedrich V. genehmigt. Georg Friedrich erklärte, den Rest seiner Tage der Verteidigung der evangelischen Religion und der deutschen Freiheit widmen und die Waffen nicht eher niederlegen zu wollen, als bis der Pfalzgraf wieder in seine Länder und Würden eingesetzt worden sei. Nach Unterzeichnung der Abdankungsurkunde empfahl er am 25. das Wohl des Landes seinem ältesten Sohne, dem Markgrafen Friedrich V. Gegenüber Erzherzog Leopold entschuldigte der „alte“ Markgraf seine Tat als Notwehr und versprach, den Kaiser und das Haus Österreich nicht bekriegen zu wollen.

Nun überschritt Mansfeld bei Rußheim den Rhein, um mit den Streitkräften des Markgrafen engere Fühlung zu nehmen. Bei Mingolsheim trug der General am 27. April einen Waffenerfolg über das bayrisch-ligistische Heer davon. Tilly wich über Wiesloch und das Neckarbergland nach Wimpfen am Neckar zurück. Um seine gefährdete Lage zu festigen, war der Generalissimus der Liga zunächst bedacht, Cordova und die Spanier in Oppenheim zur beschleunigten Unterstützung zu bewegen. Schon den 3. und 4. Mai vermochten beide ungehindert ihre Vereinigung zu vollziehen. Auf protestantischer Seite folgte jeder Teil seinen eigenen Wegen. (Wollte sich keiner dem andern unterordnen?) Mansfeld machte sich mit seinen 17 500 Mann zur Belagerung Ladenburgs auf. Vor seinem Abschwenken überließ Kurfürst Friedrich sein Regiment zu Pferd von zwölf Kompanien und vier französische Kornetts dem Markgrafen. So ver-

stärkt rückte Georg Friedrich am 5. Mai in das südwestliche Vorland von Wimpfen.

Erzherzog Leopold, von der veränderten Politik des Markgrafen unterrichtet, stellte an den Kaiser die Frage, ob er nicht mit seinem Volk in die Markgrafschaft einfallen solle; doch müsse man bedenken, daß, wenn dieser „Danz“ einmal angefangen sei, man nicht mehr werde aussetzen können. Auch Herzog Maximilian drängte den kaiserlichen Kommissar, zur Ausführung der vom Reich ausgesprochenen Exekution zu schreiten. Ein von Lichtenau her über Rastatt und Bretten in den Rücken Georg Friedrichs zu führender Angriff sollte den Erzherzog in den Besitz der Markgrafschaft setzen. Aber die Kriegslage hatte sich bis dahin wesentlich geändert.

Die gewaltige Truppenansammlung bereitete Straßburg keine geringe Sorge; streng wurden die zur Sicherheit der Stadt und der Rheinbrücke getroffenen Anordnungen gehandhabt, denn man fürchtete eine Blockade. Zur stärkeren Besetzung der Schanzen erbat Hauptmann Florian Zeiß weitere 60 Musketiere und 20 fl. zur Belohnung der Kundschafter. Dank der 2—300 Mann, welche Nürnberg und Ulm geschickt hatten, verfügte die Stadt über 2000 Mann Fußvolk (Moscheroschs Schreibkalender vom 20. April). Wenn sich die Leopoldischen Truppen auch feindlich gegen Straßburg erwiesen, suchte der Rat doch allen Wünschen des Erzherzogs, soweit sie sich mit der bisher geübten Neutralität vereinen ließen, zu entsprechen. Der verlangte Paß für die demnächst im Kinzigtal eintreffenden 1000 kaiserlichen Musketiere des Obristen Jakob Heinrich Paradeis wurde zugesagt, jedoch sollte das Volk in fünf Abteilungen und mit ausgelöschten Luntten durch die Stadt marschieren. Dagegen verweigerte der Rat den begehrten Ankauf von Früchten, Blei und Kugeln, einstweilen auch die Ausfolgung der im bischöflichen Hofe gelagerten 200 Zt. Blei. Das Verhältnis blieb gespannt, da die Soldaten in ihren Quartieren keine Lebensmittel vorfanden und in der Stadt nichts kaufen durften. Wenn auch Ausschreitungen bei so zahlreichem aus verschiedenen Nationen zusammengewürfeltem Volk nicht zu verhüten waren, so erfaßte die Bürgerschaft tiefe Erbitterung wegen der Greuel des ausländischen Volkes zu Dorlisheim. Rechtsrheinisch taten die Knechte in der Honauer Schanze auf Straßen und in Dörfern vielfachen Schaden, verübten auch in der Nacht zum 2. Mai Tätlichkeiten auf die Wache im Rheinpaß Kehl. Kapitän Zeiß ersuchte um weitere 100 Musketiere und etwas Geschütz. Doch der Rat bedeutete ihm, es lägen überaus genug, 8—900 Mann, draußen; Geschütz ließe man nötigenfalls hinausfahren. Weil sich Mansfelds Armada fortwährender Zufuhr an Munition und Lebensmitteln erfreuen durfte, wurden in der Wanzenau alle auf der Ill fahrenden Straßburger Schiffe angehalten und durchsucht. Dabei nahmen die Ligistischen dem ordinari Marktschiff, das wöchentlich von Hügelsheim nach Straßburg zu verkehren pflegte, allerlei Sachen des markgräflichen Obristleutnants und Obervogts zu Stollhofen weg. Auf seine Beschwerde erwiderte Ossa, nichts davon zu wissen; er werde sich in der Wanzenau erkundigen, allda zwei Fähnlein vom Regiment des Grafen zu Sulz lägen. Einen Tag später, nachdem Georg Friedrich seine Neutralität aufgegeben hatte, den 23. April, forderte der vorsichtige Herzog von Württemberg sein Volk wiederum nach Oberkirch zurück. Das badische Fähnlein blieb weiterhin in Kehl; es hieß, die Knechte sollten bei Bedrohung Lichtenaus nach Ulm und Schwarzach gelegt werden. Erst den 4. Mai zogen die Baden-Durlacher ab. Beide Völker wurden vom Rate mit Dank entlassen.

Bereits den 26. Februar hatte Mansfeld dem Baden-Durlacher Obristen Pleikard von Helmstatt zu verstehen geben, Kundschaft zu haben, wie die Erzherzoglichen nach den festen Plätzen Lichtenau und Willstätt trachteten. Er habe

dem Grafen von Hanau, weil er nicht stark genug sei, eine Garnison dahin angeboten, ihn auch zum höchsten gewarnt und, falls ihm je daraus Unglück zustoßen sollte, den Ruin seiner Lande angedroht. Und wegen Sicherung des Städtleins Lichtenau ließ der General Baden-Durlach noch ganz besonders bitten.

Unerläßlich für den Belagerer Hagenaus zu seiner Rücken- und Flankendeckung war der Besitz des rechtsrheinischen Lichtenau. Kaum hatte Ossa das Drusenheimer Lager bezogen, als schon das Gerücht die Stadt Straßburg durcheilte, Erzherzog Leopold wolle sich der festen Plätze Lichtenau und Willstätt bemächtigen. Mit der Einräumung Lichtenaus an die katholische Partei nahm Graf Joh. Reinhard, welcher dem Markgrafen nach Aussage Junker Flachs vorher gegenteilige Versprechungen gegeben hatte, unter dem Zwang der Verhältnisse eine zweideutige Haltung ein. Dagegen suchte Amtmann Hanß Philipp Flach von Schwarzenberg aus seiner feindlichen Einstellung gegenüber den erzherzoglichen Plänen gar keinen Hehl zu machen. Mußte doch Ossa am 14. April dem Erzherzog klagend bekennen, Flach sei „seiner alten Weise nach uns ganz zuwider und noch gut Mansfeldisch“ gesinnt und habe, sobald ihm die Ankunft des Kriegsvolkes in Drusenheim bekannt wurde, die Garnison mit 50 Mann Ausschuß verstärken lassen. Im Verkauf von Viktualien gegen bare Bezahlung habe er nichts erreichen können, obwohl der Amtsschaffner auf dem herrschaftlichen Speicher noch ziemlich Frucht feil hielt. Desgleichen wurde seine Bitte um Hanf zum Drehen von Luntten abgelehnt. Erbittert nannte er seinen Widersacher einen falschen Mann. Wenig günstig empfand Ossa auch die Rückkehr des Amtsschaffners Joh. Jakob Römer, eines „bösen, verschlagenen Menschen“, welcher eine Hauptmannschaft bei Mansfeld inne gehabt und in der Wanzenau seine neugeworbene Kompanie bewehrt hatte, in seinen alten Dienst nach Willstätt. Dazu hielt sich ein Junker Christoph von Hornberg, gewesener mansfeldischer Kapitän, zu Offendorf auf. Mit Argwohn begegnete der kaiserliche Obrist dieser seinem Unternehmen widrigen Stimmung im Lande und empfahl, diese Männer als Spione gefangen zu setzen.

Trotz allem wurde auf 1. Mai 1622 zur gewaltsamen Besitzergreifung des Städtleins Lichtenau geschritten. Die näheren Umstände berichtete Ossa dem Erzherzog aus dem Lager Drusenheim:

„Da weder die zwei Sulzischen Fähnlein aus der Wanzenau, noch auch die begehrten Schiffe angekommen sind, so hab ich denn mit der Einnahme Lichtenaus geschaut, wie ichs allein mache und bin diese Nacht mit 800 Mann über den Rhein gesetzt. Weil aber Amtmann Flach auf allen Wörtern und Straßen Schildwachen zu Pferd, zu Fuß und zu Wasser ausgesetzt, ist er von der Überfahrt unterrichtet worden. Als bald haben drei Mann Sturm geläutet ... Da hab ich meinen Obristleutnant mit 200 Mann vorangeschickt und bin ihm mit weiteren 200 gefolgt, hab auch die schriftliche Ordonnanz, die mir von Ihr Gnaden, meinem Herrn von Hanau, übergeben worden, dem Amtmann zugesandt, welcher sich erklärte, er könne keineswegs dieser Ordonnanz gemäß sich verhalten, weil sein gn. Herr ihn mündlich ein anderes befohlen, auch dem Markgrafen die Parole gegeben, er wollte mir wieder schreiben und sich entschuldigen. Da nun solches mein Obristleutnant mir angesagt hatte, bin ich als bald selbst hervorgeritten, ist aber der Amtmann schon wieder in der Stadt und die Tore geschlossen gewesen. So hab ich ihm sagen lassen, daß er zu mir kommen wollte; da ist er bis in die Vorstadt an die Palissaden gegangen ... und hat zuletzt einen halben Tag Frist begehrt. Da ich aber durchaus Resolution, ja oder nein, haben wollte, hat er mir's rund abgeschlagen und sich wieder nach der Stadt

gewandt. Als ich befohlen habe, stracks nachzudrücken, sind meine Musketiere mit meinem Obristleutnant über die Schanz hineingefallen. Der Amtmann hat den Seinigen den Befehl zur Flucht gegeben, doch zuletzt, wie er die kleine Aufzugbrücke in der Hand, gesagt, sie sollten auf meinen Obristleutnant Feuer geben ... Der hat ihm aber die Partisane auf den Leib gesetzt. Zugleich sind etliche Leibsützen und Musketiere mit übers Brückel unter das Tor gelangt, haben das kleine Türlein aufgehalten, bis ich angekommen bin. Des Amtmanns Leute haben mich nach langer Bitte, nur 100 Mann darein zu legen, einlassen müssen. Als habe ich meinen Obristleutnant mit 300 Mann dareingelassen und, weil ich über 6 Ztr. Pulver nicht gefunden, ihm noch 10 Ztr. Pulver, 6 Ztr. Luntten und 10 000 Kugeln hineingeschickt.

Den Amtmann, welcher stracks hinweggewollt, habe ich befohlen, bis auf fernere Benachrichtigung dazubehalten. Denn nach gewisser Kundschaft hat er die ganze Zeit mit dem Mansfelder correspondiert, auch jetzo mit dem Markgrafen, und wie man sagt, sei schon die Ordonnanz gegeben gewesen, daß die Stadt Straßburg dasjenige Volk, so zu Kehl liegt, habe sollen diesen Tag nach Ulm und Schwarzach senden. Auch sei die Abrede gewesen, sobald der Amtmann vernehme, daß etwas übern Rhein komme, solche alsbald einzunehmen. Was nun geschehe, möge Ihr Durchlaucht befehlen. Meine Meinung ist, daß man ihn nicht aus der Stadt lasse.

Bitte, Ihr Durchlaucht wolle von des Paradeis, Sultz oder anderen Regimentern 300 Mann dahereinlegen, denn weniger nicht sein kann und meinen Obristleutnant wie auch die Knechte mir wieder erlauben herauszuführen.“

Wegen der Verpflegung hob Ossa darauf ab, daß der Amtsschaffner noch ziemlich Frucht feil halte, die man kaufen und daselbst mahlen könnte, damit die Bäcker seine Knechte im Quartier Lichtenau täglich mit Kommißbrot versorgen möchten. (Ein Viertel Roggen lieferte das Mehl für etwa 60 zweipfündige Laibe!) Zur Sicherung des Rheinfahrs zu Grauelsbaum und seines Anmarschweges durch den Wörtwald zeichnete der Obrist am 3. Mai zwei Redouten aus, „eine hart am Fahr, 1000 Schritt von des Markgrafen Land“ (Gemarkungsgrenze zwischen Lichtenau-Scherzheim und Ulm-Greffern), die andere zwischen Lichtenau und dem Rhein außerhalb des Waldes (wohl auf dem Hochgestade, dort wo der zum Fahr ziehende Wörtweg in die Niederung abfällt). Begonnen wurde der Schanzenbau nicht, die Rheinschanze erst 1629 durch Ossa errichtet.

Die Böswilligkeiten der Soldateska dauerten an. Gegenüber Straßburger Schildwachen äußerten Angehörige der erzherzoglichen Truppen, die Zufuhren nach der Stadt nicht mehr leiden zu wollen. Dem Stadtboten oder Postreiter wurden am 2. Mai in Lichtenau durch die Ossasche Besatzung etliche an Straßburger Handelsleute auf der Ostermesse zu Frankfurt gerichtete Briefe abgefordert, erbrochen, verlesen und zerrissen. Daraufhin verlangten Meister und Rat die Abstellung solcher Übergriffe: Nicht allein, „daß der Paß und Repaß durch Lichtenau, an welchem wir ohne das die Öffnung von unvordenklichen Jahren hergebracht, wiederum eröffnet, unsern Burgern und Angehörigen die freie Commerciën ohngesperrt, zumal aber unsere zu Keil liegende Garnison ferner unangefochten gelassen, sondern auch der ergangene ernste Befehl, keine Victualien in diese Stadt zu führen, wieder aufgehoben werde.“ Der Erzherzog bedauerte diese Gewaltakte und leichtfertigen Drohungen seiner Soldateska und bat, da dieselben ohne seinen Willen geschehen seien, entschuldigen, auch fürderhin solche untauglichen Gesellen namhaft machen zu wollen. Dennoch brachte es Obristleutnant Völsch von Stützheim-Drusenheim — 7. Mai

1622 — fertig, wegen Vernichtung der Briefe in Lichtenau dem Rate eine „trut-
zige“ Antwort zu geben.

Markgraf Georg Friedrich verfügte über ein trefflich ausgerüstetes Heer von etwa 20 000 Mann, 20 Geschütze und bei 1800 Wagen, darunter viele der sogenannten Spitz- oder Spießwagen, welche mit eisernen Spitzen und Feuermörsern ausgestattet waren und, zu einer Wagenburg zusammengeführt, gegen ansprengende Reiterei ein mörderisches Feuer eröffnen sollten. Mehrere angesehene Fürsten, u. a. der 18jährige Bernhard von Sachsen-Weimar, zählten zu seinen Mitkämpfern. Tilly und Cordova brachten über 15 000 Mann zusammen. Den Ausgang des Treffens von *Wimpfen*, den 6. Mai 1622, entschied Obristleutnant Hans Werner Escher von Bünigen. Da durch einen Treffer fünf Pulverwagen innerhalb der Wagenburg des Markgrafen in die Luft flogen, drang Escher mit vier Fähnlein in die zäh verteidigte Stellung, ließ drei der eroberten Feldstücke wenden und das Verderben bringende Feuer auf die Masse des baden-durlachischen Fußvolkes richten. Den folgenden Abend schon wurde die böse Nachricht der markgräflichen Niederlage an den Oberrhein überbracht. Ausgerissene Reiter, sonderlich ein Trompeter, der im Treffen neben Markgraf Christoph geritten, gaben dem Vogt Joh. Bernhard Volz in Achern diesen Bericht:

„Als Herr Markgraf, donnerstags, den 5. Mai, mit seiner Armee auf die Bayerischen zugezogen, habe man bis 8 Uhr abends mit Stücken aufeinander gebrannt, doch sei wenig Schaden dabei geschehen. Folgenden Freitag sei das bayrische Volk, so mehrerteils in einem Walde gehalten, an unterschiedlichen Orten heraus auf die Markgräfischen, welche noch in keiner Bataglia gestanden, hergefallen. Die ‚Küehmeyler‘ (das Landvolk) seien auch beschwerlich in Ordnung zu bringen gewesen. Die markgräfische welsche Reiterei habe sich zum ersten in die Flucht begeben. Darüber sei das beiderseitige Fußvolk gar nahe aneinandergesetzt, und weil die bayerischen Musketiere geschwinder gewesen, haben sie ihre Gegner zertreten und niedergehauen, indem sie dieselben zum drittenmal kreuzweis durchgeschlagen. Währenddem ist ein Stück (Geschoß) in die „Artollerey“ und die markgräfischen Pulverwägen getan worden, wodurch alles angegangen, etliche 100 Mann und Pferd samt anderem zerschlagen und verderbt, auch Obrister Böcklin auf den Tod verbrannt worden. Da endlich die Bayerischen die Oberhand bekamen, habe der alte Markgraf dem ganzen Heere zugeschrien, sich so gut ein jeder könne, zu salvieren. Er selbst, über den Kopf verwundet, habe sich an Heilbronn vorbei nach Stuttgart reteriert. Es seien überaus viele Herren und vom Adel geblieben. Herr Markgraf Carle habe sich beizeit fortgemacht, Markgraf Christoph sei nicht befunden worden, Herzog Magnus von Württemberg erschossen, Georg von Fleckenstein zu Tod gehauen, Herr Rheingraf Otto auf den Tod geschossen, der Herzog von Weimar am Kopf beschädigt. Alle Bagagi samt den Spitz- und Silberwägen und auf die 36 Stück Geschütz neben 15 Hauptstück haben ihnen die Bayerischen abgenommen. Manche würden nun zu Pferd nach dem Oberland reisen, viel zu Fuß noch folgen, sonderlich die Schweizer, denen es eine saure Milchsuppe gewesen!“⁸

Nach einem Bericht des Vogtes vom 11. hatte sich Markgraf Georg Friedrich von Stuttgart wieder nach Durlach begeben und die verbliebenen Streitkräfte zusammenbeschieden. „Heut und gestern haben die Untertanen ihrer Herren Wehren sämtlich dem Herrn liefern müssen. So seind auch gestern ab dem

⁸ Das Kloster Schwarzach hatte vier Pferde an die Kanzleikutsche samt dem Fährknecht zu stellen; aufschlußreiche Erhebungen über ihr Schicksal enthält Fasz. 706 Amt und Kloster Schwarzach.

Eyberg (Yburg) etwelche Stück Geschütz heruntergeführt worden und verlautet, er wolle sein Heil nochmals versuchen“ (Ortenau F. 453). Die unterlegenen Baden-Durlacher hatten den Rückzug über Pforzheim nach Durlach angetreten. Schon von Stuttgart aus hatte Georg Friedrich seinem Sohne, Markgraf Friedrich V., nahegelegt, die zurückgekehrten Truppen wie auch das zu den Fahnen einberufene Landvolk zur Verteidigung der gefährdeten Markgrafschaft zusammenzuhalten.

Als die Kunde von des Markgrafen Niederlage im bischöflichen Hauptquartier Pfaffenhofen eintraf, hielt Erzherzog Leopold den Augenblick für gekommen, mit der Belagerung Hagenaus zu beginnen. In der Annahme, Tilly und Cordova würden ihren errungenen Sieg ausnützen, glaubte er, dieselbe nun mit Aussicht auf Erfolg in Angriff nehmen zu können. Besser wäre es allerdings seinem Ansehen gewesen, nach dem Rate des Kaisers und Bayerns die Vereinigung aller Streitkräfte am Oberrhein zu suchen. Doch daran hinderte ihn sein Ehrgeiz, solange er nicht zum Generalissimus über alle drei Armeen ernannt worden war. Den 8. Mai rückte Leopold mit seinem Volk vor Hagenau, vermochte aber wegen Mangel an Pulver nicht viel auszurichten. Dem Ersuchen um Verabfolgung der letzthin verweigerten 200 z Blei wurde diesmal von Straßburg stattgegeben.⁹ Den 11. schritten die Italiener und Burgunder zum ersten Sturm, doch wehrten die Mansfeldischen den Angriff tapfer ab. Am Nachmittag des 14. machte die Hagenauer Garnison einen Ausfall, um die Schanzarbeiten der Belagerer zu stören, wobei Obristleutnant Hans Ludwig Völsch den Tod fand. Unsägliche Schwierigkeiten bereitete die Verpflegung, da das Unterelsaß schon durch Mansfeld rein ausgesogen war. Unterm 5. Mai hatte der Erzherzog bei dem Ortenauer Landvogt Erkundigung über die zu liefernde Brotfrucht eingezogen, aber der Oberproviantmeister Christoph von Wangen begehrte weder Mehl noch Frucht, sondern Brot, Brot, Brot! Tag für Tag steigerten sich die Anforderungen, 10 000, dann 12 000 Laibe täglich für das Lager vor Hagenau. Die ganze Landvogtei mußte backen! Von der Anfahrt wird berichtet, daß der Rhein von Appenweier oder Griesheim in derselben Zeit wie von Achern aus zu erreichen und die Straße „über Bischen nach Grebelsbaum“ sehr gut sei; dagegen „habe ein Fuhrmann mit sechs Pferden durch die Tiefe des Maiwaldes, 4—500 Brote zu führen, über die Maßen genug zu tun“ (Ortenau F. 453).

Da Mansfeld Kenntnis von der drohenden Gefahr erhielt, brach er ungesäumt aus Frankenthal zum Entsatz auf. Der Erzherzog fand es nicht für ratsam, sich in einen Waffengang mit dem kriegserprobten Gegner einzulassen. So beschloß er, um Volk und Geschütz in Sicherheit zu bringen, den Rückzug. Mansfeld wurden indes 1000 Reiter entgegengeschickt. Der bischöfliche Statthalter, Graf Hermann Adolf von Salm-Reifferscheidt, erhielt Befehl, am Abend des 17. mit dem Fußvolk nach Drusenheim abzuziehen und den Rhein zu überschreiten. Von Lichtenau aus sollte es Tilly zugeführt werden. Leopold selbst hatte sich nach Zabern begeben. Allein die erzherzogliche Reiterei wurde in heißem Gefechte im Vorfeld Hagenaus überwunden und eilte in wilder Flucht ins Lager, wo die Kunde vom Anzuge eines starken feindlichen Heeres einen panischen Schrecken hervorrief. Das Fußvolk ließ Gepäck-, Munitions- und Proviantwagen stehen und suchte nur noch Drusenheim und den Rhein zu erreichen. Die

⁹ Als nach ihrer Freigabe am 9. Mai die Vorräte ins Schiff geladen wurden, wollten die gegen die Leopoldischen Truppen aufgebrachtten Bürger alles in der Ill versenken, wenn nicht rechtzeitig Rat geschafft und die Schiffe ans Kaufhaus hinauf gebracht worden wären. Da die Bürger meinten, es würden die Waren wieder ausgeladen, konnten sie hier über Nacht bleiben und am frühen Morgen unbehelligt abfahren.

Reiter eilten Molsheim zu. Aus dem verschanzten Drusenheim sandte der Befehlshaber, Graf von Salm, den 18. eine Kundschaft nach Wimpfen, daß er gestern mit der ganzen Armee daselbst angelangt sei und um weitere Anweisungen bitte. Tilly antwortete am 20., ja nicht in die Markgrafschaft einzufallen, sonst werde er den kürzeren ziehen. Vielmehr möge er warten, bis sich Cordova wieder mit ihm vereinigt habe, was etwa sechs Tage dauern dürfte, damit sie ihm nötigenfalls beispringen könnten. Einstweilen möge er sich in Drusenheim verschanzt halten, denn er selbst könne unmöglich nach dem Elsaß ziehen, weil er den heranrückenden Halberstädter nicht aus dem Auge verlieren dürfe.

Inzwischen hatte sich das Schicksal der erzherzoglichen Armada vollendet. Rüstungen, Spieße und Sturmhauben, welche die Fliehenden weggeworfen hatten, wiesen den Mansfeldern den Weg. Sie umstellten das befestigte Drusenheim; was nicht über den Rhein zu entkommen vermochte, fand bei der Erstürmung den Tod oder wurde gefangen. Groß war die Beute an Waffen und Munition. Die mansfeldischen Reiter streiften bis in die Straßburger Gegend, wobei die hanauischen Ämter wieder arg mitgenommen wurden. Im ersten Schrecken, so wird erzählt, sei der alte Graf von Hanau auf Schloß Lichtenberg geflüchtet; sein Sohn Philipp Wolf habe vor dem Kurfürsten Friedrich einen Fußfall getan und sich zur Einräumung von Lichtenau und anderer fester Plätze erboten. Große Sorge bereitete auch Mansfeld die Auftreibung der nötigen Lebensmittel. Unterm 19. meldete sein Bericht den Sieg und die Befreiung des Landes von dem feindlichen Kriegsvolk an Straßburg. Dabei erinnerte er an die schon im Februar geforderte Aushilfe mit 200 000 Reichstalern, welche die Stadt, Hanau, die Stifter und alle Einwohner des Elsaß erlegen sollten, seine Armee mit Proviant und Munition zu versorgen, davon auch für zwei Tage nach Weyersheim zum hohen Turm führen zu lassen. Laut einer Aufstellung zählte sein Fußvolk 17 000 Mann, die Reiterei 6000 Pferde, dazu Artillerie und Generalstab, zusammen an 25 000 Köpfe und 8000 Pferde. Ohne weiteren Aufenthalt verließ Mansfeld wieder das Elsaß.

Der Übergang der Leopoldischen Truppen auf die rechte Rheinseite ließ den jungen Markgrafen Friedrich von Baden-Durlach nichts Gutes ahnen. Da er glaubte, es stehe ein Einfall in die Markgrafschaft bevor, fertigte er alsbald seinen Obristleutnant Joh. Georg Bertram von Herspach an den Erzherzog mit der Bitte ab, keine Feindseligkeiten zu eröffnen, was dieser im Hinblick auf seine traurige Lage schon zusagen mußte. Zur Sammlung des zersprengten Heeres befahl Leopold dem um Lichtenau lagernden Volke, nach Grafenhausen und Kappel zu rücken, um über die Rheinauer Fähre das Elsaß zu betreten.

Die unter Führung des Grafen von Salm seit 20. Mai abmarschierenden Truppen bestanden nach einem ausführlichen Berichte Ossas an Tilly — Lichtenau, 21. Mai 1622 — aus den kaiserlichen Regimentern zu Fuß Schauenburg und Paradeis, zwei Fähnlein des bayerischen Regiments zu Fuß Sulz, vier italienischen und drei burgundischen Tercios und sieben Geschützen. Vom Landgericht Achern waren 40 bespannte Wagen zur Abfuhr der Munition zu stellen. Da jammerten die Fronbauern, wer ihnen bei Rheinau wieder zu ihren Rossen und Fuhrwerken verhelfen würde! Das geflüchtete Kriegsvolk gebärdete sich als ein ganz gefährlicher Gast. In Lichtenau ward Mathis Schulmeister, Bäcker und Wirt, erschossen. Kaum eine Kirche blieb im Vorbeimarsch unberührt. Zu Scherzheim erbrachen sie die „Treibkammer“ der Sakristei, in Linx wurden die Kirchengenstände, Taufkanne samt Becken sowie eine Abendmahlskanne geräubert. Doch war dies ein Kinderspiel gegenüber ihrem Verhalten anderwärts. Nach Abzug der Burgunder und Italiener wurde allein im

Gericht Griesheim der durch Plünderung und Brand verursachte Schaden auf 13 000 fl angegeben. Viehisch wüteten die „Polaggen“ (Kosaken) im Landgericht Achern durch Niederhauen etwelcher armer Untertanen, Verbrennen vieler Häuser, Berauben unterschiedlicher Dörfer und ihrer Kirchen, Entführung vielen Viehes, sonderlich vieler hundert Pferde, von Kärchen und Wägen. Nach der Meißenheimer Chronik kamen den 23. Mai 54 Fähnlein Leopoldischen Kriegsvolkes von Hofweier und Niederschopfheim, hausten dermaßen übel, sonderlich die Neapolitaner und Burgunder, und zogen über Oberschopfheim, Friesenheim, Dinglingen, Mietersheim, welches sie rein ausplünderten, ins bischöfliche Amt Ettenheim, wo sie ihrer eigenen Herren Untertanen durch Raub und Plünderung verdarben. Ihnen folgten die fünf Fahnen des Ossaschen Regiments über Altenheim, Ichenheim, Kürzell, Allmannsweier nach Rust und Kappel am Rhein.¹⁰ Hier lag das ganze Heer einige Zeit still. Laut Beschluß vom 23. sollte die Landvogtei mit Backen und Nachschicken des Kommißbrotes innehalten. Um die Bewegungen der mansfeldischen Armee im Auge behalten und andererseits Kundschaften über Baden-Durlach einziehen zu können, bot sich Lichtenau weiterhin als geeigneter Platz dar. Ossa ließ daher während des Marsches einen Fahnen seines Regiments unter Hauptmann Wolf Ludwig Bock von Bläsheim dahin zurückkehren und das Städtlein sowie die Grauelsbaumer Rheinfähre besetzt halten (Ortenau F. 453).

Markgraf Georg Friedrich führte seine unterdes wieder gesammelten Streitkräfte bei Durlach zur Musterung und stieß den 31. Mai bei Mannheim zu Mansfeld, um Herzog Christian von Braunschweig, dem Verwalter des Bistums Halberstadt, über den unteren Main hinweg die Hand zu reichen. Doch dem kriegsgewandten Tilly gelang es durch rechtzeitige Vereinigung mit den Truppen des kaiserlichen Feldmarschalls Joh. Jakob von Anholt, dem „Halberstädter“ am 20. Juni bei Höchst a. M. eine Niederlage zu bereiten. Mit dem Rest seiner zertrümmerten Armee suchte Herzog Christian den Kurfürsten und Mansfeld in Mannheim auf. Nun verzichtete der „alte“ Markgraf auf eine weitere Teilnahme am Kampfe und kehrte heim. Mansfeld aber fiel samt seinen neuen Verbündeten in Begleitung des Pfalzgrafen Friedrich zum dritten Male in das erschöpfte Elsaß ein. Um der Not ein Ende zu machen, beschlossen die unterelsässischen Stände die früheren Friedensvermittlungen wieder aufzunehmen. Zur Tagung im Hanauer Hofe in Straßburg am 28. Juni hatte Mansfeld bereits seine Forderungen gestellt. Graf Joh. Reinhard machte persönlich den Vorschlag, eine große Summe zu bewilligen und die Plagegeister aus dem Lande zu kaufen: „denn es handle der General von Mansfeld jetzmalen wie ein Krämer, welcher anfangs seine Waren in hohem Preis ausbietet und aber in geringem weggibt.“ Der Ammeister winkte ab, die Stadt wollte das Geld nicht vorschießen.¹¹

Sofort traf auch Erzherzog Leopold seine Anordnungen. Laut Befehls aus Breisach vom 21. Juni sollte die Landvogtei der Lichtenauer Besatzung ohne Säumnis mit 150 Viertel Mehl aushelfen. Acht Tage hernach fragte Ossa aus Kenzingen an, warum seinem Hauptmann erst 92 Viertel angeliefert wurden. Sollte mansfeldisches oder markgräfisches Volk heraufücken und vielleicht etwas

¹⁰ Ludwig, Der Dreißigjährige Krieg in der oberen Ortenau. Lahr 1913.

¹¹ Nach Strobel IV, 273 (Adam Walther Strobel, Vaterländische Geschichte des Elsasses, Straßburg) leistete der Graf von Hanau an Mansfeld 100 000 fl. Brandschatzung, was vielfach in lokalgeschichtliche Abhandlungen übernommen wurde. Die angeführten Aktenauszüge des Straßburger Stadtarchivs beweisen das Gegenteil. Die Nachricht dürfte also ein Irrtum sein. Sie ist auch undenkbar, denn die Hanauer Staatsfinanzen waren durch die Verschwendungssucht Graf Joh. Reinhard I. bankrott.

gegen Lichtenau oder gar den Breisgau im Schilde führen, dürfte zur Anfuhr des noch fehlenden Getreides weder Zeit noch Stunde versäumt werden. Und da die Ortenau dem Feuer am nächsten läge, sollte der Landvogteiverweser Rudolf von Neuenstein den Ausschuß des ledigen Volkes hinaufverordnen. Dem Grafen Egon von Fürstenberg empfahl Leopold die Sicherung des Kinzigtales; denn Straßburg werde wahrscheinlich den Zug über die Rheinbrücke gestatten. Auch Tilly ward von Herzog Maximilian angewiesen, durch die Markgrafschaft landauf zu rücken und den Feind am Übersetzen des Stromes und dem Durchbruch nach Schwaben zu hindern.

Offenburg und die Ortenau aber standen in hellem Aufruhr, da mit Beginn des Juli das gemeine Geschrei erscholl, Mansfeld und der Halberstädter hätten bereits auf der Metzgerau um Straßburg Quartier genommen und würden mit ihrer starken Armada, bei 30 000 Mann, herübersetzen. Eine Richtigstellung durch den Rat beruhigte am 3. die Gemüter: Beide seien wohl in der Stadt angekommen, den nachgesuchten Paß jedoch habe man abgelehnt. Straßburg mußte das Werk treiben lassen, wiewohl es geringe Lust empfand, solche Gäste länger im Lande zu halten. Inzwischen hatten sie sich an die Belagerung der bischöflichen Residenz Zabern gemacht. Hier im Feldlager trug sich am 13. Juli ein unerwartetes Ereignis zu:

Kurfürst Friedrich entließ auf Veranlassung seines Schwiegervaters, des Königs Jakob von England, den Grafen von Mansfeld und Herzog Christian von Braunschweig aus seinem Dienste.

Die Belagerung ward aufgehoben; die Völker zogen sich um Buchweiler und Neuweiler vor der Zaberner Steige zurück. Beide Abenteurer führten sodann ihre Truppen durch Lothringen nach Holland, das mit Spanien immer noch in Fehde lag. Der schwer gedemütigte Kurfürst begab sich von neuem nach dem Haag.

Dieses schmachliche Ende wäre nicht unbedingt notwendig gewesen. Denn für die kurpfälzische Sache stand eine recht ansehnliche Truppenmacht am Oberrhein zur Verfügung. Es fehlte allein die starke Hand, die Zersplitterung der Kräfte, welche die Niederlagen von Wimpfen und Höchst herbeigeführt hatte, zu verhindern. Kurfürst Friedrich zeigte leider nicht die Befähigung zum militärischen Führer.

Da von Mansfeld nichts mehr zu befürchten war, rückte Erzherzog Leopold mit seinem Volke ins Unterelsaß. Auf der rechten Rheinseite nahte die Tillysche Armada unter dem Grafen Joh. Jakob von Anholt, um am Fahr zu Grauelsbaum den Rhein zu überschreiten. Den 16. Juli kamen etlich 1000 Mann des bayerischen Volkes zu Roß und Fuß um Durlach an: in Rastatt und Stollhofen sollte Kommißbrot gebacken werden. Straßburg fürchtete für seine oberhalb dem Rheinpaß gelegenen Höfe und Dörfer und suchte um Überlassung schriftlicher Salvagardien nach.¹² Bereitwilligst wurden dieselben unter „Signatum Ulm bei Lichtenau, 25. Juli 1622“ durch den Feldmarschall erteilt. Die Bitte, seinen Marketendern den freien Kauf von Lebensmitteln und anderen Notwendigkeiten zu gestatten, schlugen die Dreizehner ab; was er für sich selbst brauche, möge er in der Stadt kaufen lassen. Einzelne ligistische Soldaten machten sich mit Paßzetteln auf den Weg nach Kehl, wo sie ihr geräubertes Gut an Straßburger Händler versilberten. In der Markgrafschaft Baden-Baden tat das

¹² Es handelte sich um den Spitalhof und den Niederweierer Hof bei Goldscheuer samt den Dörfern Allmannsweier, Nonnenweier, Wittenweier.

eingelagerte Tillysche Kriegsvolk mit Raub, Brand und Mord unsäglichen Schaden. Sonderlich die Kroaten und Kosaken richteten alles jämmerlich zugrunde, schlugen den Fässern die Böden ein, schnitten die Betten auf, zerstreuten die Federn; ja, sie hieben Kindern die Köpfe ab, zerstückelten die Leichen und marterten die Erwachsenen. Moscherosch berichtete unterm 28., wie diese Unmenschen Bühl samt dem darin liegenden Volke, desgleichen Steinbach, den Flammen übergeben hätten. Am selben Tage wurde Burckhart Naber, der Weber zu Memprechtshofen, von bayrischen Soldaten erschossen.

Schon den 23. Juli ließ der Erzherzog 30—40 Schiffe mit den dazu erforderlichen Schiffsleuten von Straßburg, auch die freie Durchfahrt der Proviantschiffe des Statthalters in Ensisheim erbitten. Gleichzeitig stellte der Landvogt Hans Reinhard von Schauenburg das Ersuchen, der Rat möge zur Übersetzung der 8000 Mann zu Pferd und 5000 zu Fuß nicht nur die Gestellung der Schiffe gewähren, sondern auch das Gepäck über die Rheinbrücke lassen, die Überführung gehe sonst zu langsam vonstatten. Zwar wurde der Kauf von Schiffen freigegeben, aber die Schiffsleute lehnten in ihrer feindlichen Gesinnung wider das Leopoldische Kriegsvolk jede Dienstleistung ab. Seit 25. schlug Erzherzog Leopold zu Drusenheim sein Lager auf, Anholt hier zu erwarten. Andern Tages suchte Obrist Hannibal von Schauenburg um den Paß über die Rheinbrücke nach und beteuerte, daß die Truppen, welche der kaiserliche Bruder seiner Durchlaucht abermals überlassen hätte, mit weniger Belästigung des gemeinen Vaterlandes übersetzt werden sollten. Da sich Straßburg weiterhin ablehnend verhielt, erbat er 20 Schiffsleute mit starken Rudern, klagte auch, daß von den vorhandenen 16 Fahrzeugen bereits 7 oder 8 zerbrochen wären. Wie gegenüber Mansfeld stets geschehen, blieben Meister und Rat hart; mit Holz, Ankern und Seilen wollte man gerne aushelfen. Schließlich gaben sie doch die Zusage, das Gepäck dieses zahlreichen Volkes über die Brücke zu lassen. Leopold mußte sich aber auf gewisse Bedingungen verpflichten, die von dem großen Mißtrauen zeugen, das ihm die Stadt entgegengebracht hat, nämlich: 1. Der Durchzug der Gepäckwagen hat um vier Uhr morgens zu beginnen und muß spätestens bis dahin nachmittags beendet sein. 2. Auf einmal dürfen höchstens 40 Wagen über die Brücke geführt werden, und zwischen je zweien ist ein Abstand von der Länge eines Brückenjochs einzuhalten. 3. Die Wagen dürfen von gar keinem Soldaten begleitet sein, müssen offen gehalten oder falls sie geschlossen sind, vor der Kinzigbrücke sich eine Durchsuchung gefallen lassen. 4. Vier oder fünf erzherzogliche Offiziere und „Patrioten“ (Einheimische) haben den Fuhrleuten den Weg zu weisen und dafür zu sorgen, daß keine Stockung eintrete und auf Straßburger Grund und Boden nicht gehalten werde. Am 28. standen außer den Kosaken nicht mehr denn 700 Pferde diesseits des Rheines, „die werde man mit Schiffen hinüber bringen“. Nachdem die Dreizehner jedem Wagen ein Geleite von zwei oder drei Knechten bewilligt hatten, wurde der Paß für diesen Rest „in Gottes Namen“ ebenfalls freigegeben. Einige Räte begaben sich nach Kehl hinaus, die städtischen Söldner traten auf den Lärmplätzen zusammen und gleich darauf zogen die „Papagien“ durch die Nacht, zuletzt am 30. auch die „Cosaggische papagi“. Ein Dankschreiben des Feldmarschalls aus dem Ulmer Feldlager enthielt das Ersuchen, das angebotene Präsent der zwei Faß Wein und zehn Sack Hafer auf künftigen Samstag (30.) ins Hauptquartier Drusenheim anliefern zu wollen. Für den Erzherzog bemaßen die Herren das übliche „Verehr“ auf anderthalb Fuder oder sechs Faß Wein und dreißig Säcke Hafer.

Unterm 29. Juli benachrichtigte Leopold aus dem „Veldtlager in Trusenheim“ den Kaiser, daß General von Anholt mit etlichen Regimentern zu ihm gesto-

ßen sei; man möge Geld schicken, denn solange nicht vollkommene Sicherheit im Lande herrsche, könne er die Truppen nicht entlassen. Die „Polaggen oder Cosaggen“ solle der Kaiser so rasch als möglich wieder abfordern, sonst werde der ganze Rheinstrom durch sie verwüstet und ein allgemeiner Aufruhr der geplagten Bevölkerung zu erwarten sein.¹³ Den 2. August wurde das Drusenheimer Lager aufgehoben. Das ganze Heer, über 25 000 Mann, zog rheinab zur Besetzung der festen Plätze Germersheim, Speyer u. a. Hernach trat Leopold seine Truppen größtenteils an Anholt und Tilly ab. Nur mit den gefürchteten Kosaken wußte man nichts anzufangen, da sie niemand „um bewußter ihrer Qualitäten willen“ begehrte. Darauf rief Ferdinand II. sie wieder zurück. Die Reichsstadt Hagenau wurde mit einer ständigen Besatzung belegt; Gubernator war Obrist Wolf Rudolf von Ossa. Unsäglich war der Jammer im Unterelsaß. Schwer hatte das Land unter dem allgemeinen Fruchtmangel zu leiden, denn die geflüchteten Bauern hatten weder im Frühjahr ihre Felder bebauen, noch im Sommer die reife Ernte einbringen können. „Ist fast kein Mehl zu bekommen!“ vermerkte Moscherosch unterm 18. Juli. Die einzelnen Herrschaften unterbanden daher die Getreideausfuhr durch Verbote und gerieten dadurch in Konflikt mit Straßburg. In natürlichem Zusammenhang damit stand eine wachsende Teuerung. Zu allem Unglück brach eine seuchenartige Krankheit, die Rote Ruhr, unter den Menschen aus, die sich überall hin verbreitete. Als weit größeres Übel empfand man aber in ganz Deutschland die unbeschreibliche Münzverschlechterung der „Kipper und Wipper“.

Die Folge der Kriegsnot waren auch diesseits des Rheines Hunger und Teuerung, denen seuchenartige Krankheiten — pesta und tiserteria berichtet das Auenheimer Kirchenbuch — die Hand reichten. Der Tod hielt reiche Ernte. Im Kirchspiel Lichtenau zählten die Sterbefälle 51 gegenüber 16 im Jahr 1621, darunter etliche Üerrheiner (Todfälle zu Freistett 103, 1623: 49; Auenheim 59, 1623: 28). Das Gericht Lichtenau erwarb daher 1623 im Abtsgarten zu Scherzheim neben dem Kirchhof „ein Platz Gartten zu Erweiterung des Kirchhoffs wegen eingefallener beschwerlicher Krieg und Sterbens Läuufften“. Die Scharen elsässischer Bauern, welche mit Weib, Kindern und Vieh in den diesseitigen Rheinorten seit Mitte Januar freundliche Aufnahme gefunden hatten, kehrten im August in ihre Heimat zurück; allein das Flüchtlingselend hatte das Sterben unter ihnen vermehrt.¹⁴

Im Rheinpaß Kehl war man der militärischen Besetzung längst überdrüssig und bat im April 1623 um Gottes willen um Verringerung von Fußvolk und Reiterei, denn der Mutwille der Soldateska war untragbar geworden. Weder Hühner und Gänse auf den Höfen, noch Schweine und Kälber in den Ställen wurden geschont. Dabei half Kapitän Haaß getreulich mit und empfing jeweils seinen Anteil in die Küche. Den zur Stadt fahrenden Bauern rissen seine Soldaten Scheiterholz und Reisigwellen, Heu und Stroh von den beladenen Wägen.

Nach Beendigung des Feldzuges gedachte der Erzherzog die Kinder des verstorbenen Markgrafen Eduard Fortunat von Baden-Baden in ihre Länder einzusetzen. In einem Schreiben vom 20. August 1622 aus Speyer bat Leopold den

¹³ Ellerbach I, 493.

¹⁴ Kirchenbuch Freistett; Taufen von Flüchtlingskindern: Gamsheim 23, Killstett 12, Bettenhofen 4, Bischweiler 3, Hanhofen 1. Todesfälle: Gamsheim 20, Killstett und Bischweiler je 9, Hanhofen 8, Bettenhofen 6 und je 1 aus Offendorf, der Wanzenau und Meyersheim zum hohen Turm. Kirchenbuch Rheinbischofsheim; Taufen zu Diersheim: Wanzenau 6, Killstett 2, Bettenhofen und Offendorf je 1. Todesfälle: 1 aus der Wanzenau, Gries 1.

kaiserlichen Bruder um nähere Anweisungen; er habe eine starke Besetzung in Stollhofen zurückgelassen und müsse dies dem Markgrafen in Durlach gegenüber zu rechtfertigen suchen. Ferdinand II. antwortete aus Wien, er habe in der Eduardischen Angelegenheit seinen „rechtlichen Ausspruch ergehen und am 26. August solenniter (in feierlicher Weise) pulicieren lassen“. ¹⁵ So war mit dem Siege der Gegenreformation auch der Rechtsanspruch der Erben Eduard Fortunats zu ihren Gunsten entschieden, und Baden-Durlach für schuldig erkannt worden, die in Besitz genommene „mittlere“ Markgrafschaft Baden-Baden zurückzugeben. Als Markgraf Friedrich dies erfuhr, ließ er eilig alles Geschütz aus den baden-badischen festen Plätzen auf Schloß Hochberg verbringen. Die Untertanen leisteten dem jungen Markgrafen Wilhelm (1593 bis 1677) den Huldigungseid. Die evangelischen Pfarrer, welche die Gemeinden während der Durlacher Besetzung erbeten hatten, wurden des Landes verwiesen und der katholische Glaube wiederhergestellt.

Tilly aber schickte sich an, die Rheinpfalz völlig zu erobern. Frankenthal ging an Spanien über und verblieb bis Kriegsende in seinem Besitz. Als Anerkennung für die ligistische Waffenhilfe in Böhmen belohnte der Kaiser Herzog Maximilian von Bayern aus eigener Machtvollkommenheit mit dem Pfälzer Kurhut und räumte dem neuen Kurfürsten die Ober- und Unter(Rhein)pfalz ein. Maximilian ernannte den Grafen Heinrich von Metternich zum Statthalter der Rheinpfalz und berief die Jesuiten nach Heidelberg, das reformierte Land mit Eifer katholisch zu machen. In Hagenau wurde das Ossasche Regiment auf 4. Mai 1623 abgedankt. Der Obrist begab sich zu seiner Familie nach Neuweiler und übernahm die Amtmannschaft daselbst, dem Grafen von Hanau wieder mit seinem Rate zu dienen. Aus der voreiligen Übergabe an Mansfeld erfolgte für die Reichsstadt Hagenau ein bitteres Nachspiel: den Evangelischen wurde der Gottesdienst untersagt; sie mußten die Stadt verlassen oder katholisch werden.

Dieser klägliche Ausgang des Pfälzer Krieges bestärkte die deutschen Protestanten in der Auffassung von einem Religionskriege und erfüllte sie mit Erbitterung gegen den hörigen Kaiser Ferdinand II.

¹⁵ Ellerbach I, 497.

Heimatsforscher Fritz Jockers, Hesselhurst

Wilhelm Schadt †

Ein beachtenswerter Vertreter aus dem Geschlecht der Jockers, der leicht in Vergessenheit geraten könnte, begegnet uns in der Person des Landwirts und Heimatsforschers Fritz Jockers, der am 20. Februar 1890 in Hesselhurst zur Welt kam. Nach der Schulentlassung betätigte sich Fritz Jockers in herkömmlicher Weise als Kleinlandwirt im elterlichen Anwesen in Hesselhurst. Er nahm am ersten Weltkrieg teil, wurde verwundet und war dadurch zeitlebens gehbehindert. Kurz nach dem zweiten Weltkrieg bekleidete er einige Jahre das Amt des Bürgermeisters in Hesselhurst. Schon immer widmete er sich der Heimatgeschichte, Familienkunde und Flurnamenforschung, eine Beschäftigung, die mit dem Dienstantritt des Hauptlehrers Ottmar Hetzel in Hesselhurst im Jahre 1926 eine entscheidende Förderung erfuhr. Hetzel verstand es, dem interessierten Bauern die Unterlagen zu seinen Forschungen aus den Archiven in Karlsruhe, Darmstadt und Straßburg zu beschaffen; er half ihm beim Übersetzen lateinischer Texte und beteiligte sich an erforderlichen Ausgrabungen. Nach dem Wegzug von Hauptlehrer Hetzel im Jahre 1934 forschte Fritz Jockers unentwegt weiter, ließ alle erreichbaren Unterlagen aus den Archiven über das Bürgermeisteramt kommen und schrieb tage- und nächtelang alle ihm wichtig erscheinenden Dokumente ab. Immer mehr gehbehindert, widmete er sich nur noch der Forschung und eignete sich nicht nur über die Geschichte seines Heimatdorfes, sondern auch über die „Amtsschaffney“ Willstät und später Kork ein umfangreiches Wissen an.

Fritz Jockers starb am 4. März 1955 in Hesselhurst im Alter von 65 Jahren und liegt auf dem Friedhof seines Heimatdorfes begraben. Unter seinem umfangreichen, handgeschriebenen Nachlaß befand sich noch eine Arbeit, die nicht mehr zur Veröffentlichung kam. Mit dem folgenden, gekürzten Beitrag „Aus alten Erbteilregistern“ vermittelt uns der schlichte Bauersmann Jockers, der lediglich über eine Volksschulbildung verfügte, einen Einblick in die Verhältnisse des einfachen Volkes.

Aus alten Erbteilregistern

Fritz Jockers †

Leider sind nur wenige schriftliche Aufzeichnungen erhalten geblieben, welche uns einen Einblick in die familiengeschichtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Vorfahren, also einfacher Menschen aus dem Volke, gestatten, ehe die Stürme des 30jährigen Krieges unsere Heimat verheerten. Die wertvollsten dieser Schriftstücke dürften wohl die Vermögensinventare aus der Zeit von 1600–1630 sein, insbesondere da sie noch vor die bei uns erst im Jahre 1635 beginnenden Kirchenbücher zurückreichen und somit allein noch imstande sind, durch die Aufzählung der jeweiligen Erbberechtigten uns Auskunft über die Familienzusammenhänge aus jener Epoche zu vermitteln. Der Schreiber dieser Inventare erwarb sich ein besonderes Verdienst durch seine gewissenhaften Aufzeichnungen. Es war Georg Khol, ein gebürtiger Pfälzer aus dem Westrich, der in jenen Jahren Notar und Amtsschreiber zu Willstätt gewesen war.

Wir entnehmen aus der Einleitung einer Nachlaßaufnahme aus dem Jahre 1614, wie zehn Generationen vor uns eine solche Aufnahme der Hinterlassenschaft vollzogen wurde, und stellen fest, daß heutige Vermögensaufnahmen durch das Ortsgericht bei Vorhandensein von minderjährigen Erben mit jenen Aufnahmen noch manches gemein haben. Wie heute der Bürgermeister mit den Mitgliedern des Ortsgerichts, so begab sich damals der Ortsvorstand mit zwei Gerichtsschöffen (Gemeinderäten) und dem Willstätter Notar als Amtsschreiber in das Sterbehaus. Nur mußten damals bei allen Sterbefällen von erwachsenen Personen Vermögensaufnahmen stattfinden. Waren minderjährige männliche Erben vorhanden, so wurde für sie ein Vormund oder Vogt bestellt, welcher ihre Interessen zu vertreten hatte. Frauenspersonen gleich welchen Alters waren nicht vollmündig und konnten keine gültigen Rechtsgeschäfte abschließen, sondern mußten immer eine volljährige männliche Person als Beistand haben. Stets erhielt eine Witwe bei Erbteilungen eine männliche Person aus ihrer Verwandtschaft oder auch einen Gerichtsschöffen als Vogt zugewiesen, während bei verheirateten Töchtern jeweils deren Gatte als „Ehevogt“ tätig war.

Der Schultheiß trug zum Zeichen seines Amtes den Stab. Unter Handauflegen auf diesen Stab wurden von ihm vor der Erbteilung alle Beteiligten vereidigt, dem hinterlassenen Ehegatten oder denjenigen Erben, welche bisher mit dem Verstorbenen in häuslicher Gemeinschaft gelebt, aber bei ihrem Eid und unter Androhung einer Strafe von fünfzehn Pfund Pfennig Straßburger Gewichts anbefohlen, alles zur Erbschaft gehörige zu zeigen und anzugeben und nichts zu verschweigen.



Fritz Jockers

Nun ermahnte er die beiden Gerichtsschöffen, die einzelnen Stücke der Hinterlassenschaft ihrem derzeitigen Werte entsprechend abzuschätzen und anzuschlagen, worauf man zur Vermögensaufnahme schritt, welche meist in folgender Reihenfolge vorgenommen wurde: 1. Pferde, 2. Rindvieh, 3. Schweine, 4. Bettwerk und Kleider, 5. Heu und Stroh, 6. Wagen mit Geschirr, 7. Haus und Hof, 8. Liegende Güter, 9. Zinn- geschirr, 10. kupfernes, messing und eisernes Küchengeschirr, 11. Schreinerwerk, 12. Kübel, Zuber und Bütten, 13. Getüch, Spinnet und Garn, 14. eßbare Vorräte, 15. ausgeliehene Gelder, 16. Schulden.

In allen Teilregistern fällt uns der große Pferdebestand auf, welcher jahrhundertlang eine Eigenheit der Dörfer in der Nähe Straßburgs war. Dieser Pferdebestand hatte seinen Grund in dem großen Güter- und Warenverkehr, welcher von Straßburg ausging. Bis Straßburg wurden diese Güter und Waren den Rhein herauf zu Schiff befördert, um von da mit Fuhwerken an ihre Bestimmungsorte im Schwarzwald, Württemberg und bis zur Schweiz verbracht zu werden. Dieser Fuhrverkehr

brachte neben dem Hanfanbau unseren Vorfahren beachtliche Einnahmen, denn die Pferdehaltung war nicht mit größeren Unkosten verbunden, da man ja den Weidgang hatte.

Der im Jahre 1614 verstorbene Michel Urban hinterließ an

Pferden:

Ein gelber 5jähr. Mönch (Wallach)	Anschlag 20 Gulden
Ein jung schwarz 3jähr. Mutterpferd	Anschlag 10 Gulden
Ein jung schwarz 4jähr. Mutterpferd	Anschlag 10 Gulden
Ein falbecht 1jähr. Füllen	Anschlag 4 Gulden
Zwei alte Gurren (Stuten)	Anschlag 4 Gulden
Zwei kleine Füllen	Anschlag 2 Gulden

Rindvieh

Eine rote sechsjährige Kuh	Anschlag 8 Gulden
Eine falbecht dreijährige Kuh	Anschlag 6 Gulden
Eine rote zweijährige Kalbin	Anschlag 4 Gulden

Schweine

Zwei Schweine $\frac{3}{4}$ Jahre alt	Anschlag 3 Gulden
---------------------------------------	-------------------

Im Gegensatz zu der Anzahl der Rosse stand es um Rindvieh und Schweine allgemein schlecht. In den meisten landw. Betrieben wurde nur eine einzige Kuh gehalten, mehr als zwei Stück sind kaum festzustellen. Dies entsprach durchaus den damaligen Lebensgewohnheiten, wo man anstelle des Morgenkaffees gebrannte Mehlsuppe setzte und ein Verkauf von Milch nicht in Betracht kam, da auch die Stadtbewohner ihr Vieh hielten.

Auch über die Bekleidung und Ausrüstung des „Ausschutzes“ oder der „Schützen“, wie man damals sagte, einer Art Bürgermiliz im Hanauerland, läßt sich aus verschiedenen Teilregistern etwas ermitteln. Diese „Schützen“ waren mit einer Muskete (Gewehr) samt ihrer Zubehör ausgerüstet, trugen ein Paar „Büchsenhosen“, einen Filzhut und ein rotes Schützenröckel. Die „Büchsenhosen“ waren schwarze, wollene Hosen.

Bei der Frauen- und Männerkleidung können wir einen großen Bestand an Wollsachen und Pelzen feststellen, was einer gewissen Wohlhabenheit entspricht. In Auswirkung der nach 1630 einsetzenden Kriegswirren konnten sich unsere Vorfahren keine Wollbekleidung mehr leisten, sondern waren in ihrer Armut gezwungen, nur leinene Hemden, Kleidung und Strümpfe, alles selbst erzeugt, über drei Jahrhunderte zu tragen.

In der Wohnstube stand damals das „Ehebett“, eine zweischläfrige weiße Bettlade mit dem Strohsack und einem Strohkissen. Darauf befanden sich ein Liegbett (Unterbett), ein Deckbett, ein Schulterkissen, ein kleines Schulterkissen, ein kleines Kopfkissen und zwei Leylachen (Leintücher). Weiter finden wir in der Wohnstube einen weißen zusammenlegbaren Tisch, manchmal einen Schragentisch, einen weißen beschlüssigen Trog, worin Barschaft und Getüch untergebracht war, einen kleinen weißen Trog sowie ein kleines Fußtröglein, welches als Windeltröglein diente. In der Schlafkammer finden wir ein älteres Bett, einen älteren Trog und einen Kenster. Zum Sitzen in den Wohnräumen diente neben der an zwei Wänden entlanglaufenden Bank ein Banktröglein.

Nur in wenigen Fällen finden wir in den Häusern eine Barschaft vor; war aber eine solche vorhanden, so bestand sie meist in Dickpfennig und Dreibätzner; selten nur treffen wir Reichstaler. Dickpfennige und Dreibätzner waren im Hanauerland damals gängige Geldsorten, welche in der gräflichen Münze zu Willstätt geprägt wurden. Ein Reichstaler stand im Wert von drei Pfund Pfennig, gleich sechs Gulden.

Nur einmal stoßen wir auf eine Barschaft von über hundert Gulden, aus der wir zu entnehmen vermögen, welche Geldsorten damals in unserer Heimat in Umlauf waren. Diese Barschaft aus dem Jahre 1623 bestand in:

1. Ein Dublon (Gold) zu 18 Gulden.
2. Zehn königliche ganze Taler, das Stück zu 6 Gulden, 7 Schilling, 6 Pfennig.
3. Ein Reichstaler zu 6 Gulden.
4. Hanauische, badische, württembergische und Zweibrücker Dickpfennige und Dreibätzner.

Bei diesen Vermögensaufnahmen dürfte mancherorts das Bargeld verschwiegen worden sein, um nicht höher besteuert zu werden.

Den Punkt „Ausstehende Gelder und Schulden“ leitet in den meisten Fällen folgender Satz ein: „Schulden in das Erbe zu bezahlen, sind keine vorhanden, aber Schulden aus dem Erbe zu bezahlen, haben sich befunden.“ Trotzdem begegnen wir einer Reihe von Bürgersleuten, die Gelder ausgeliehen hatten. Fürsten und Adlige hatten teilweise das Recht Geld, zu prägen, wobei der Gehalt an Gold oder Silber vorgeschrieben war, aber oft nicht eingehalten wurde. So kam besonders zu Beginn des Dreißigjährigen Krieges sehr viel „leichtes Geld“ in Umlauf. Im Jahre 1623 wurde dieses Geld außer Kurs gesetzt und konnte mit hundert Gulden „leichtes Geld“ gegen 16 Gulden „gutes Geld“ umgetauscht werden.

Bei den vorhandenen Schulden können wir auch feststellen, wer die Geldgeber bei größeren Summen waren, so

Das Waisenhaus zu Straßburg
Das Stift St. Marx zu Straßburg
Joh. Philipp Malter in Straßburg
Georg Klein, Metzger in Straßburg
N. Schütterlins Erben zu Straßburg
Notar Nornarius zu Straßburg
Andreas Diefenbacher zu Straßburg
Der Ochsenwirt zu Straßburg
Das Gutleuthaus in Offenburg
Der Spitalschaffner in Offenburg
Der Stettmeister Gießler, Offenburg
Philipp Berg, Offenburg
Ulrich Siebenahr, Offenburg
Michael Pflieg, Offenburg

Ferner der Junker zum Stein, die Kirchenschaffnei Willstät, der Jude Isak zu Willstät und Martin Junker von Langhurst.

Bei den Liegenschaften können wir auf Grund des jeweiligen Anchlages feststellen, daß die unterschiedliche Güte des Bodens der einzelnen Gewanne damals schon bekannt war und im Preise in Erscheinung trat. So findet man in einem Teilregister vom 29. August 1627 ein Viertel Acker (9 Ar) zu 40 Gulden angeschlagen, einen gleichgroßen Acker in einem anderen Gewann zu 24 Gulden, dieselbe Größe zu 10 Gulden, dann zu 8 Gulden und schließlich einen Acker von 9 Ar zu 6 Gulden. Auf den meisten Grundstücken, welche Eigentum waren, ruhten dauernde Lasten in Gestalt von Geld- oder Naturalabgaben für den örtlichen Kirchenheiligenfonds oder für Straßburger Klöster sowie auch für den Landesherrn. Die Naturalabgaben wurden meist durch Lieferung von Getreide beglichen, bei Waldstücken (Holzbosch) durch Abgabe von „einwiedigen Wellen“ (kurze Wellen zum Heizen der Backöfen). Die Abgaben für den Landesherrn nannte man Herrenzinsen oder Martinszinsen, weil sie auf den Martinstag entrichtet werden mußten. Die Ablieferung der Herrenzinsen erfolgte unter der „Laube“ (Rathaus) zu Willstät, wo sie der Amtsschaffner entgegennahm. Man unterschied zwischen „Morgenzinsen“ und „Lichtzinsen“. Die „Morgenzinsen“ mußten in der Frühe des Martinstages, die „Lichtzinsen“ am gleichen Abend „beim Licht“ abgeliefert werden.

Unter „Herberg“ sind die damaligen Hofreiten, Haus und Hof beschrieben und deren festgestellter Wert eingesetzt. Die meisten dieser Hofreiten sind zwischen 30–75 Pfund Pfennig (60–150 fl) eingeschätzt. Aus den Aufzeichnungen über Haus und Hof läßt sich schließen, daß die

meisten Häuser in jener Zeit mit Stroh gedeckt waren; denn immer wieder stößt man bei den Futtermitteln auf „Deckstroh zur Herberg“, das unter die Erben nicht verteilt wurde. Der Dreißigjährige Krieg und die nachfolgenden schweren Kriegszeiten hatten zur Folge, daß noch um 1750 in Hesselhurst und wohl auch in anderen Dörfern des Hanauerlandes viele Häuser mit Stroh gedeckt waren, obwohl in Willstätt schon lange Zeit eine Herrschaftliche Ziegelei in Betrieb war.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß es in unserer Heimat in jener Zeit Brauch und altes Herkommen war, daß angehende Eheleute eine „*Eheberedung*“ (Ehevertrag) miteinander aufrichteten. Dies war ein Vertrag, aufgestellt vor versammeltem Gericht (Gemeinderat) oder vor dem Willstätter Notar in Gegenwart von beiderseitigen Verwandten oder guten Freunden als Zeugen. In dieser „*Eheberedung*“ war genau festgelegt, welche Güter und Vermögensteile im Falle des Absterbens des einen Ehegatten der Überlebende als „Voraus sein Leben lang als sogenanntes Widem“ zu genießen hatte. Ganz besonders wurde vereinbart, daß der überlebende Teil sein „Weil und Leben lang“ ungestört im Besitz und Genuß der „Herberge“ bleiben solle.

Die Kehler Festung von 1681

Ein Beitrag zu Vaubans Befestigungstechnik

Carl Helmut Steckner

Bei den Fundamentierungsarbeiten für den Bau eines Warenhauses nördlich der Hauptstraße auf einem Grundstück zwischen Kasernen-, Schul- und Blumenstraße kam im September 1977 Mauerwerk der Kehler Vauban-Festung zutage. Wie aus Plänen des 18. und 19. Jahrhunderts, die das Hanauer Museum aufbewahrt, bekannt ist, handelt es sich um einen Teil der Frontseite des 1681 im Vorfeld der Hauptfestung Kehl angelegten südöstlichen Hornwerks. Es ist der größte vermessene Mauerrest der Festung, der bisher gefunden wurde.

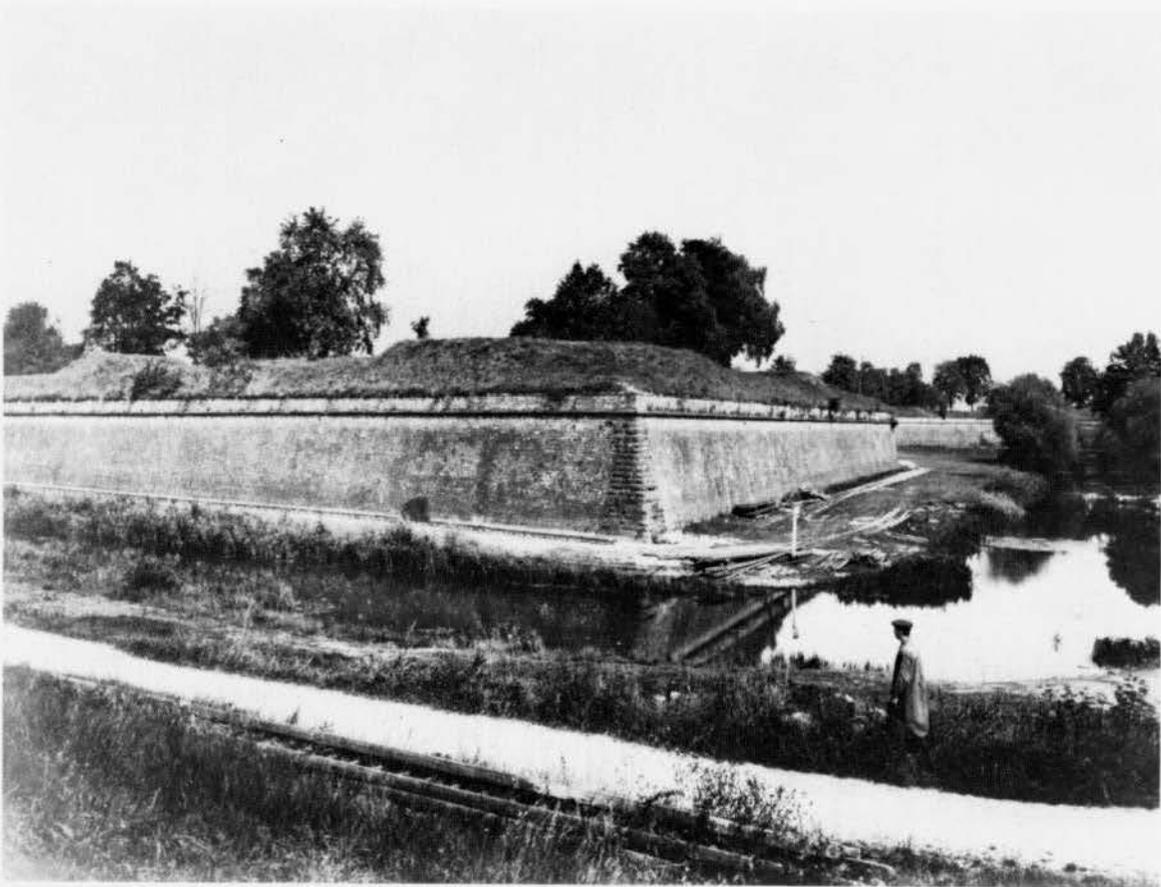
Das freigelegte in NNO-Richtung verlaufende Mauerstück besteht aus einem 43,2 m langen geraden Teil, knickt am nördlichen Ende auf 6,3 m Länge in einem Winkel von 24 Grad um 2,5 m zurück und springt dann in einem ca. 12 m langen Bogenstück nach Osten vor zu einer nicht freigelegten Bastion außerhalb des Grundstücks. Soweit sichtbar bestand das Mauerwerk unten aus drei Lagen von Quadern aus Buntsandstein (und vereinzelt aus Basalttuff), oben aus Backstein, durchgehend mit einem Böschungswinkel von 11 Grad. Breite Unterkante 3,20 m (Haustein), Breite Oberkante 3,00–3,10 m (Ziegel). Die drei Teilstücke wiesen jeweils 11 bzw. 2 und 2 rückwärtige Verstärkungen (Zungenmauern) aus Ziegelmauerwerk auf, jeweils 2,50 m lang und von 1,60 m bei der Basis an der Mauer auf 0,80 m verjüngt. Diese Quermauern bildeten mit der Hauptmauer einen zusammenhängenden Mauerverband von 2,60 m Höhe, Oberkante 2,84 m unter Straßenniveau = 133,76 m (Gehweg). Es ist der nach der Schleifung 1815 im Boden verbliebene Rest der Mauer, die sich unterhalb des Grundwasserspiegels fortsetzt. Dieser unterste Teil wurde jetzt nicht beseitigt und auch nicht vermessen.

Die Hausteine sind bossiert mit 3–4 cm breitem Randschlag. Einige haben auf dem Spiegel Steinmetzzeichen (Kreuz oder Buchstaben A, F, M, S und FM = Forteresse Militaire, Zeichenhöhe 7–13 cm). Da sie die Böschung zum Wassergraben bildeten, tragen sie starke Kalkablagerungen.

Maße: (Beispiele: Höhe, Länge, Tiefe, Randschlagbreite, Buckelvorsprung in cm)

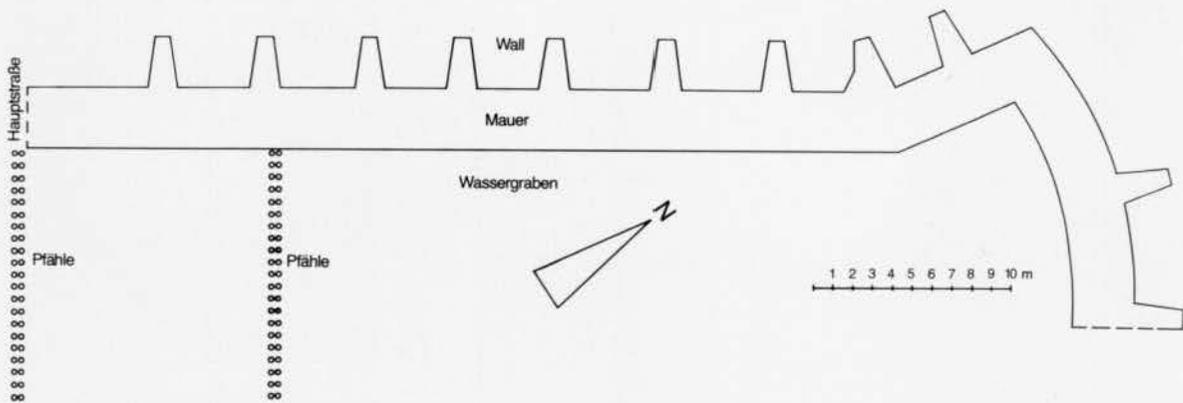
H 33	L 131	T 34–40	R 3,5	B 6
H 33	L 67	T 30	R 3–4	B 3
H 32	L 51	T 35–39	R 4	B 5

Senkrecht auf das Südennde der Mauer stießen zwei 11 m voneinander parallel verlaufende 12,7 m lange doppelte Pfahlreihen (gespitzte Kiefernholzpfähle 20 cm Durchmesser, 1–1,5 m lang), die im Bereich des ehemaligen Wassergrabens in 60 cm-Abständen eingerammt waren. Einzelfunde: Teile des von einer Bauzeichnung aus dem GLA neuerdings bekannt gewordenen Toraufbaus (profilierte Deckplatte, Pfeilerstück), Kanonenkugeln mit Durchmessern von ca. 16 cm (vollständig) und 32 cm (Bruchstücke). Von einigen im Baugelände gefundenen Brunnen wurden Holzteile zur dendrochronologischen Untersuchung nach Stuttgart-Hohenheim geschickt.



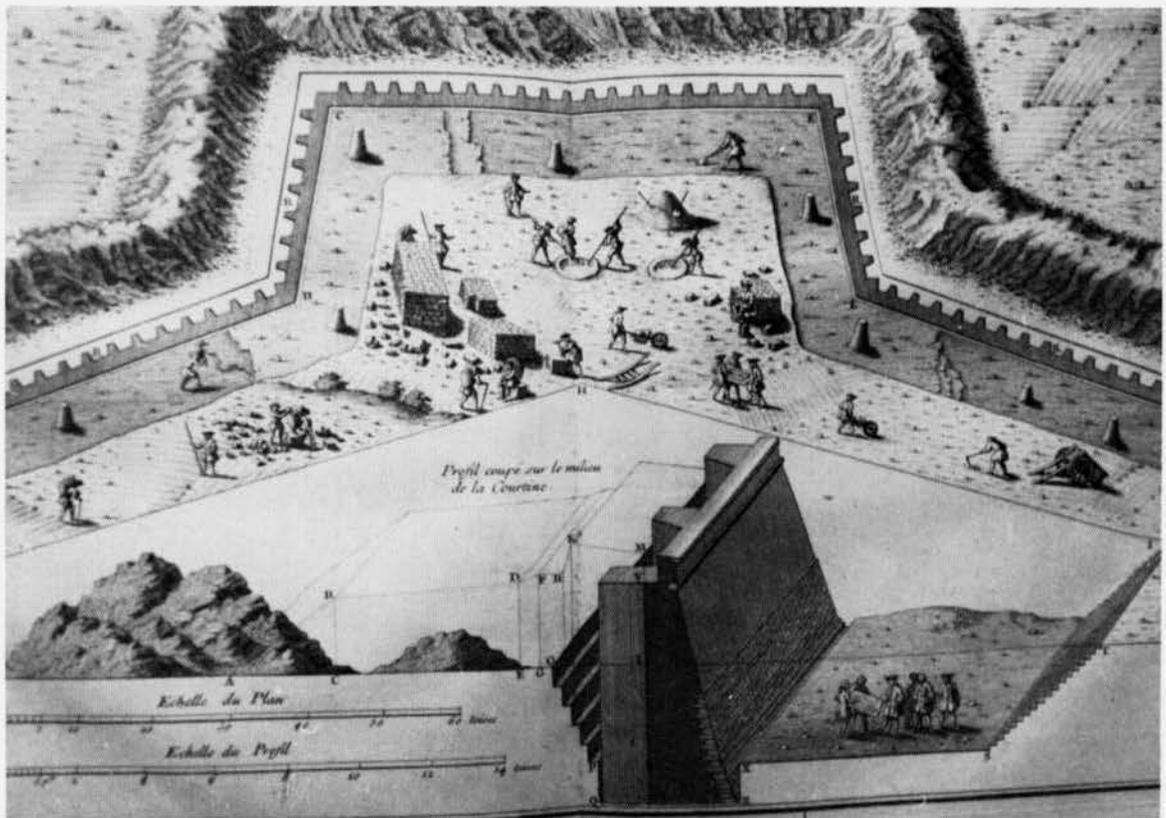
Alte Ansicht der Strassburger Zitadelle vor 1870. Über der Festungsmauer die Erdwälle der vorbereiteten Artilleriestellungen. Die Aufnahme vermittelt einen Eindruck vom Aussehen der früheren Kehler Festung.

Foto Arch. Mon. Hist. Bas-Rhin





Auf einigen der Hausteine sind Steinmetzzeichen eingeschlagen.
 FM für „Forteresse Militaire“.



In dem 1729 veröffentlichten Werk von de Belidor, *La science des ingénieurs dans la conduite des travaux de fortification et architecture civile* wird die Festungsbaukunst nach den Regeln Vaubans behandelt. Das Bild zeigt die Gründung und einzelne Arbeitsgänge beim Bau einer Festungsanlage der in Kehl errichteten Art.

Das südöstliche Hornwerk war der Festung vorgelagert, wie das Modell der Stadt und Festung Straßburg von 1727 im Straßburger Historischen Museum (und ein neueres Modell im Hanauer Museum) zeigen. Die innere Fläche war mit Wohnhäusern bebaut (Vorläufern der heutigen Hauptstraßenbebauung), die 1796/97 zerstört wurden. Das vorgefundene Mauerstück stellt die nördliche Hälfte des Kurtinenwalls des Hornwerks dar (courtine) mit der gebogenen Flanke am Nordende (flanc, escarpe), die zu der außerhalb des Baugeländes liegenden Bastei (bastion) vorspringt. Zu dem System gehörte das Dreieck des in der Mitte vorgeschobenen Halbmonds (demi-lune, ravelin) auf dem Gelände des heutigen Marktplatzes, zu dem eine Brücke in Verlängerung der Hauptstraße über den Wassergraben führte.

Die doppelten Pfahlreihen dürften aufgrund ihrer Lage und Abmessungen aber wohl nicht zur Festung gehört haben, sondern zu späteren Fundamentierungen der Hauptstraßenbebauung, in deren Fluchtlinie sie liegen.

Tiefere Pfahlgründungen unter der Festungsmauer konnten nicht untersucht werden.

Die Bauweise der Anlage entspricht der von Vauban eingeführten Festungsbautechnik, wie sie noch de Belidor in „La science des ingénieurs dans la conduite des travaux de fortifications et d'architecture civile“, Paris 1729, beschrieben hat.

Mit der Erbauung der Festung nach Vauban's 1. System hat sein Baumeister Jacques Tarade an der Stelle des früheren Dorfs Kehl 1681 begonnen, d. h., vor Straßburg, wie auch aus den verwendeten Basalttuffsteinen zu schließen ist, da der für den Bau der Straßburger Zitadelle angelegte Breuschkanal für den Transport des Sandsteinmaterials aus den Vogesen noch nicht benutzbar war. Die zeitliche Einordnung der Kehler Festung ergibt sich aus der Übersicht über die zur planmäßigen „Einkreisung“ Straßburgs angelegten Festungsbauten: 1670 Breisach, 1675/79 Schlettstadt, 1677 Lichtenberg, 1678 Freiburg, 1679 Bitsch, 1680 Landau, 1681 Kehl, 1681 Straßburg, danach 1686 Fort-Louis, 1699 Neu-Breisach.

Seit September 1796 war Kehl als Brückenkopf von der französischen Rheinarmee besetzt als Entlastung für den Italienfeldzug des Generals Bonaparte gegen die Österreicher. In der 50tägigen Belagerung durch Erzherzog Karl, fielen 6 000 von 35 000 Österreichern. Am 10. Januar kapitulierte General Desaix, und die Franzosen verließen die zerstörte Festung. Der am hartnäckigsten umkämpfte Teil war dieses Hornwerk gewesen.



Das Kehler Hornwerk von Südosten gesehen. Modell von 1727. Historisches Museum Strassburg.

Blick in die Hauptstraße, auf den Kurtinenwall und den Wassergraben mit Brücke. Vorn der Halbmond mit dem Weg nach Sundheim, rechts die Bastionen des Hornwerks. Die Stelle des Hornwerks nimmt etwa heute der Marktplatz ein. Oben die Hauptfestung, darin links das Festungstor zur Rheinbrücke (heute etwa bei der Eisenbahnüberführung über die Hafenstrasse), rechts der Gebäudekomplex des „Gouvernements“ mit der von Beaumarchais 1780 gegründeten Druckerei der Société typographique et littéraire, die bis 1790 bestand. Dazwischen lag (fehlt auf diesem Modell) die Kirche.

Foto Franz

Es ist der erste größere Fund eines Stücks der Festungsmauern seit dem Bau der Deutschen Bank südlich der Hauptstraße nahe bei der Europa-Brücke im Jahre 1961. Damals wurden 28 Meter Mauerwerk der gleichen Bauweise vermessen. Diesmal wurden rund 125 Steine geborgen, die an geeigneter Stelle wieder aufgebaut werden sollen.

Römischer Siedlungsfund in Auenheim

Carl Helmut Steckner

Auf dem Gewinn Pfarrmatt südöstlich von Auenheim hatte Wilhelm Fuchs als freier Mitarbeiter des Amts für Bodendenkmalpflege römische Siedlungsspuren gefunden. Im April 1979 ließ das Amt eine kurze Grabungskampagne durch Dr. Wolfgang Struck, Freiburg, durchführen. Der Fundplatz in eine flache kiesige Erhöhung von 60–70 cm im ehemaligen Schwemmgelände innerhalb einer Bachschleife, die den Platz schützte. Es fanden sich Reste eines 8x20 Meter großen Holzgebäudes: Pfostenlöcher, Fundamentgräben, Reste von Wandflechtwerk, Brunnen, Keramik. Nach allen Merkmalen ist die Anlage den Sueben zuzuweisen. Auf dem gleichen flachen Kiesrücken befand sich weiter ein anders orientierter Keller aus späterer Zeit in römischer Bauweise mit Brunnen, Backsteinen, Dachziegelresten, Terra Sigillata und einheimischer Tonware. Es ist offenbar nach Zerstörung des Hauptbaues angelegt worden und enthielt die meisten Keramikfunde. Er ist in die 1. Hälfte des 3. Jahrhunderts zu datieren und wurde wohl bei den Alemanneneinfällen von 259 zerstört. Aus dem Anfang dieses Jahrhunderts stammt ein kleines, flaches Stück Bein mit einem Muster aus Kreisen und Kreisäugen, Beschlagteil eines Kästchens.

Ob die Anlage Teil einer Siedlung oder einer Straßenstation war, ließ sich nicht feststellen.

Die Bedeutung des Fundes liegt im Nachweis von Sueben im Vorfeld von Straßburg im 1. Jahrhundert, die bisher weiter nördlich in Diersheim, im unteren Neckarbereich (Mannheim, Ladenburg, Heidelberg) und bei Groß-Geraus beobachtet wurden. Die aus dem Elbegebiet stammenden Sueben, deren König von Ariovist besiegt worden war, wurden von den Römern rechts des Rheins als Verbündete und zum Schutz gegen Germanenangriffe angesiedelt.

Für Auenheim bedeutet der Nachweis der Sueben im 1. Jahrhundert v. Chr. einen wesentlich früheren Beginn der Besiedlung, die bisher urkundlich für 888 belegt war –, obwohl die Kontinuität nicht gesichert ist. Für die Frühgeschichte der Ortenau stellt die Grabung einen ersten Schritt zur Erschließung eines archäologischen „Niemandlandes“ dar, das bisher planmäßig nicht untersucht worden ist.

Simplicissimus als Narr

Johannes Werner

Nu hort und schweigt und tut die Red
hie sparn/Und hort ein spil hie von uns
narrn...

Hans Folz, Die Liebesnarren

Simplex, Simplicius, Simplicissimus: das heißt auf deutsch der Einfältige, Einfältigere, Einfältigste; und wer so heißt, hat mit seinem Namen (nomen est omen) sein Wesen schon weg. Als ein Einfaltspinsel also kommt der so benannte Held aus dem Wald in die Welt, und diese kommt ihm so närrisch vor wie er ihr.

„Dem seltsamen Simplicio kommt in der Welt alles seltsam vor, und er hingegen der Welt auch“ (I/25)¹; weshalb er dann auch, zum äußeren Zeichen seines inneren Zerwürfnisses mit ihr, von ihr „zum Narren erwählt“ (II/3) und nach allerhand Verwicklungen und Verwechslungen in einen solchen verkleidet wird. Es gilt, wie es immer wieder heißt, ihn „zum Narren zu machen“ (II/5; II/13), und ihm, „zum Narren zu werden“ (II/6; II/8) – nun nur noch äußerlich, nachdem er es innerlich schon ist. Nun „hatte ich ein Kleid an von Kalbfellen, daran der rauhe Teil auch auswendig gekehrt war, die Hosen waren auf polnisch oder schwäbisch und das Wams noch wohl auf ein närrischere Manier gemacht, oben am Hals stund eine Kappe wie ein Mönchsgugel, die war mir über den Kopf gestreift und mit einem schönen Paar großer Eselsohren geziert“ (II/6) – Simplicius ist, durchaus unfreiwillig, in „das Narrenkleid“ (II/5) geschlüpft, „in diese Narrenkappe geschlossen“ (II/8).

Was aber tut er nun? Er macht gute Miene zum bösen Spiel, das er plötzlich durchschaut, und macht es mit. „Ich setzte mir vor, mich auf das Närrischste zu stellen, als mir immer möglich sein möchte“ (II/6); sogar so,

¹ Die Zitate (die durch Parallelstellen ohne jede Schwierigkeit verdoppelt und verdreifacht werden könnten) stammen alle aus Grimmelshausens Hauptwerk „Der abenteuerliche Simplicissimus“ und werden hier nur unter Nennung von Buch- und Kapitelnummer angeführt. Und noch zu genau diesem Zitat und dem von ihm vertretenen Zusammenhang: das Selbstverständliche, das dem Einfältigen ja erklärt werden muß, stellt sich dabei oft genug heraus als etwas, was sich keineswegs von selbst versteht. Der Kunstgriff, den der Autor hiermit gebraucht, ist späterhin als ein Verfremdungseffekt bezeichnet worden; mit Vorliebe benutzt ihn die aufklärerische Literatur (für deren Entwicklung übrigens die Kalendergeschichten Grimmelshausens, ähnlich denen Hebels und Brechts, viel bedeuten).

„daß diese, so mich zum Narren machen sollten, meine Narren sein mußten“ (II/5) und „darum, damit ich diejenigen auch genug narrete, die mich zum Narren zu haben vermeinten“ (II/7). Er hält die zum Narren, die ihn für einen Narren halten; hält sich selbst die Narrenmaske vors Gesicht, um ihnen die Maske vom Narrengesicht zu nehmen. Er macht die lächerlich, die über ihn lachen wollen, und macht sich lustig über sie.

So nimmt Simplicius die Narrenfreiheit in Anspruch, indem er sich vornimmt, „alle Torheiten zu bereden und alle Eitelkeiten zu strafen, wozu sich denn mein damaliger Stand trefflich schickte; kein Tischgenöß war mir zu gut, ihm sein Laster zu verweisen und aufzurupfen, und wenn sich einer fand, der sichs nicht gefallen ließ, so wurde er entweder noch dazu von andern ausgelacht oder ihm von meinem Herrn vorgehalten, daß sich kein Weiser über einen Narrn zu erzürnen pflege“ (II/10). Es ist dies die Freiheit des Hofnarren, als welcher Simplicius eben seinem Herrn, dem Gubernator von Hanau, denn auch dient: das Recht, unterm Schutz und Schirm der Narrheit die Wahrheit sagen zu dürfen; wobei die eine von der anderen nicht immer leicht zu unterscheiden ist. „Ich halte ihn für einen Narrn“, sagt der Gubernator, „weil er jedem die Wahrheit so ungescheut sagt, hingegen sind seine Diskurse so beschaffen, daß solche keinem Narrn zustehen“ (II/13).

Es lohnt sich sicher, hier ein wenig zu verweilen. Denn indem Simplicius zum Narren wird, indem er sein Publikum zum Narren hält und macht, schließt er und schließt es sich der großen närrischen Prozession an, welche die Literatur des 16. und 17. Jahrhunderts unübersehbar durchzieht. Zuspruch und Zulauf erhält sie genug – etwa aus dem „Narrenschiff“ von Sebastian Brant, der „Narrenbeschwörung“ von Thomas Murner, dem „Narreneießen“ von Jörg Wickram, dem „Narrenfressen“ und dem „Narrenschnneiden“ von Hans Sachs, dem „Narrenspital“ von Johann Beer, dem „Narrennest“ von Abraham a Santa Clara – genug.

Es scheint also, daß in dieser Zeit die Narren ganz besonders gut gedeihen (und zwar so gut, daß die erwähnten Werke mit ihnen kaum zu Rande kommen: schon Sebastian Brant hat über 100 verschiedene Arten namhaft gemacht, über die dann Johann Geiler von Kaysersberg im Straßburger Münster einen Zyklus von fast 150 Predigten hielt, die er dann deutsch und lateinisch drucken ließ; und auch dies ist nur ein Bruchteil vom Ganzen). Wenn aber doch der als Narr gilt, dessen Denken und Handeln von den herkömmlichen und herrschenden Normen abweicht – dann darf das massierte Auftreten solcher sogenannter Narren als Anzeichen dafür gelten, daß eben jene Normen selber ins Wanken geraten sind; der Narr ist Leitfigur in Zeiten des Umbruchs und des Übergangs, in denen keiner recht weiß, was gilt.

Nicht zufällig also steigt die närrische Flut der einschlägigen Schriften am Vorabend der Reformation erst richtig an, und nicht zufällig sinkt sie nach der Nacht des Dreißigjährigen Krieges allmählich ab; und daß dies vorwiegend am Oberrhein geschieht, vermag ebenso wenig zu verwundern. Denn nicht nur weil die geschichtlichen Strömungen hier stets deutlicher als anderswo zutage treten, werden die meisten Beiträge zum Thema auch hier, zwischen Basel und Straßburg, geschrieben und gedruckt; auch deren Verwandtschaft mit dem oberrheinischen Fastnachtstreiben ist nicht zu verkennen. Nachdem die Narrengestalten, die von ihm inspiriert waren, längst der Literaturgeschichte angehören, erinnert es selbst noch immer und in jedem Jahr aufs neue daran, daß das Narrengewand dazu hilft, wahr zu sprechen und wahrhaftig zu sein.

Auf solche Umkehrung und Umwertung der Werte hatten zwei gewichtige Seitenstücke der Gattung bereits am Anfang des 16. Jahrhunderts aufmerksam gemacht. Zum einen war es das „Lob der Narrheit“ des Erasmus von Rotterdam, das alsbald auch in Straßburg und Basel erschien; und das zwar, wie andere Werke, eine Unzahl von Narren vorführt, sie aber dann von eben der personifizierten Narrheit selber besprechen läßt – das Ganze ist so zweideutig wie ja schon sein Titel, dessen schillernder Genitiv zweierlei bedeuten mag. (Was daran erinnert, daß der Autor des „Narrenschiffs“ von dessen dritter Ausgabe an selber als „Der Narr Sebastianus Brant“ zeichnete.) Und zum anderen war es der „Till Eulenspiegel“, dessen erste erhaltene Ausgabe genau gleichzeitig in Straßburg erschien, und der seinerseits wieder mit einer großen Gruppe von Werken, den ebenfalls ziemlich närrischen Schwankbüchern, in verwandtschaftlicher Verbindung steht; die Titelseite zeigt den närrischen Helden, der, gleichsam als redendes Wappen, eine Eule und einen Spiegel in Händen hält – damit zugleich die Zeichen von Weisheit und Wahrheit.

Der teils unsinnige, teils hintersinnige Simplicius steht noch in der Nachfolge jener zwielichtigen Narren, deren Narrheit sich gar nicht so leicht definieren läßt; schwer zu sagen, ob sie närrisch sind, oder ob die Welt es ist, in der sie leben, und in der dann das Vernünftige unvernünftig und das Unvernünftige vernünftig scheint.

Diese in der Tat heillose Verwirrung ließe sich nicht aushalten, gäbe es nicht den Glauben an einen gleichsam höheren Ort, der von ihr ausgenommen ist. Ein Brunnen, der am Anfang jenes 16. Jahrhunderts in Ettlingen errichtet wurde, zeigt zuoberst, und zwar im vollen Schmuck der Narrenkappe, den Hofnarren des Markgrafen Ernst von Baden; die Inschrift lautet:

Las mich unferac(h)t
bedenck der welt wysheynt und bracht
ist vor got ein dorhe(i)t geacht.

In solcher Sicht hat es seinen Sinn, daß Simplicius, der als Narr in eine wirre Welt kam oder in ihr erst zum Narren wurde, als frommer Einsiedler wieder von ihr geht.²



Narr
Holzschnitt von Hans Holbein d. Ä. zu: Pamphilus
Gengenbach, Die Gauchmatt (Basel 1521)

² Ein Essay wie dieser, der auf sein Thema nur ein Schlaglicht werfen, es aber nicht bis in alle Ecken und Enden ausleuchten will, darf sich mit dem bloßen Verweis auf einige weiterführende Werke begnügen (also etwa auf: Paul Gutzwiller, Der Narr bei Grimmelshausen. Diss. phil. Basel 1959; und: Werner Welzig, Beispielhafte Figuren. Tor, Abenteurer und Einsiedler bei Grimmelshausen. Graz und Köln 1963). Um so mehr muß dies bei einem so großen Thema zulässig sein, das immer noch weitere Kreise zieht – immer wenn eine Zeit aus den Fugen geht, macht die Schellenkappe dazu die passendste Begleitmusik.

Hornisgrinde – Versuch einer neuen Namensdeutung

Von Dr. Suso Gartner

Der Name der höchsten Erhebung des Nordschwarzwaldes Hornisgrinde (1164 m) hat schon manche Feder in Bewegung gesetzt, ohne daß eine allgemein befriedigende Erklärung gegeben werden konnte. K. Christ¹ vermutete im ersten Glied einen Personennamen Hornung und lehnte die von O. Hörth² aufgestellte Deutung aus ahd. *horo* st. N. ‚Sumpf‘ ab. O. Stemmler³ nahm eine Zusammensetzung von *horn* + *misse*, *müsse* (kleines Hochmoor) an. M. Besler⁴ sprach sich für eine Komposition aus ahd. *horo* und *miß* aus. Schließlich hielt F. Langenbeck⁵ eine Herleitung aus *horn* und einem Suffix *-nis* wie in *Wildnis*, *Gefängnis* für wahrscheinlich.

Eine Zusammenstellung von historischen Belegen ergibt folgendes Bild⁶:

- 1576/77 bis an den Hornckrindt, 192/14
1580 Horens gründt, H/Windeck Nr. 1⁷
1580 hornußgründt, H/Windeck Nr. 2
1585 biß auf den Horengründen . . . von horngründen, 72/v. Windeck 9
1596 Horngründ, Georg Gadner, Chorographia Ducatus Wirtember-
tici, Blatt 24
1690 auff den Hornus gründt, 192/15
1693 auf den hornuß grund, 192/26
1722 Hornusgründe oben auff dem großen Kopff, 229/114757
1783 Hornes Gründ, H/Windeck Nr. 4

Auf die Hornisgrinde führte ein kleiner Stichweg „die Horngaß“ (belegt 1580, 1690, 1693). In der Erneuerung der Windeckischen Wälder von 1556 werden die nicht weit entfernt zu lokalisierenden „hornwälder“ genannt (192/35).

1 Der Name Hornisgrinde, in: Die Ortenau 10 (1923), S. 26.

2 Rings um die Hornisgrinde, in: Die Ortenau 1/2 (1910/11), S. 81–88.

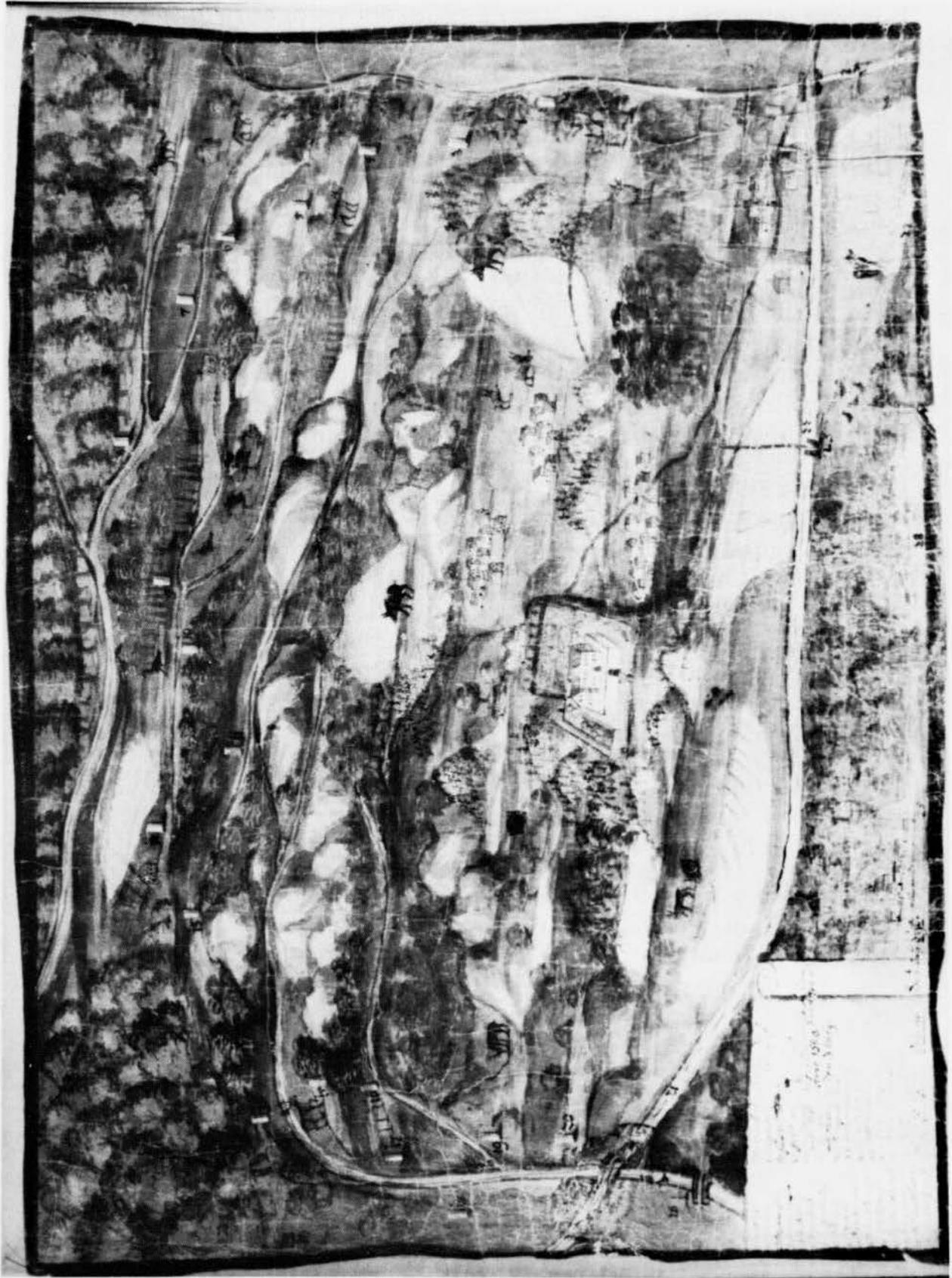
3 Zum Namen Hornisgrinde, in: Die Ortenau 11 (1924), S. 74 f.

4 Der Name „Hornisgrinde“, in: Die Ortenau 13 (1926), S. 125 f.

5 Die Grinden des Schwarzwaldes, in: Alemann. Jb. 1970, S. 71–97, bes. S. 84 f.

6 Belege aus dem Generallandesarchiv Karlsruhe.

7 Der Plan 1 ist eine Vorstufe von Nr. 2. In den Belegen von 1580 und 1585 tritt ein Sproßvokal *e* auf.



Abriß des Windeckischen Forsts. 1580. GLA H/Windeck Nr. 2. Grenzstein Nr. 1: Lauffbach, Nr. 2: Daß Mur, Nr. 3: Die horngaß, Nr. 4: hornußgründt.

Eine Zusammensetzung mit dem Adjektiv horawin, hurwin zu ahd. horo st. N. ‚Schlamm, Schmutz, Kot‘ könnte mhd. + bi dem horwen grint voraussetzen. Die angeführten Belege deuten jedoch eher auf eine Komposition mit Horn, ahd. horn oder mit Sproßvokal horin st. N. Vgl. den bei Lauf gelegenen Zinken Hornenberg (1342: von horenberg GLA 37/145; 1474: die Mark gehe vom Laufbach an vor Neuwindeck „unz gein Hornberg“ Reg. der Markgrafen von Baden, Bd. 4, Nr. 10588).

Der bei der Hornisgrinde gelegene Name Muhr scheint von der Bedeutung her gesehen die Herleitung aus horawin zu stützen. Andererseits meint Langenbeck, daß Horn „nicht nur eine emporragende Bergspitze, sondern auch einen seitlichen, meist schmalen Vorsprung einer Erhebung“⁸ bezeichne. Inwieweit diese Ansicht sich durch Parallelbelege stützen läßt, sei dahingestellt.⁹ Für die Weiterentwicklung zu Hornisgrinde ist jedenfalls von Horn auszugehen.

Die Belege von 1576/77, 1585 und 1596 stellen eine eigentliche oder echte Zusammensetzung dar.¹⁰ Daneben konnten auch Genetivkomposita gebildet werden: Waldrand – Waldesrand, Taglicht – Tageslicht. Gerade in der Neuzeit werden diese Bildungen immer häufiger. Auch in unserem Fall tritt offensichtlich neben die eigentliche Zusammensetzung Horngrinde eine Komposition Hornesgrinde. Durch Assimilation an das nachfolgende i in -grinde erklärt sich Hornisgrinde. Die lautliche Ähnlichkeit mit hornuz, horniz ‚Hornisse‘ führte dann zu einer „volksetymologischen“ Umdeutung.

Für das Grundwort grint ‚kahler oder mit niedrigem Bestand bewachsener Bergrücken‘ hat Langenbeck zahlreiche Belege zusammengetragen, auf die hier nicht weiter eingegangen zu werden braucht.

Zusammenfassend läßt sich sagen: Der Name Hornisgrinde ist nach den bisher bekannten Belegen sprachlich am besten als Zusammensetzung von Horn+grint zu deuten, wobei das Bestimmungswort Horn das Grundwort grint von andern Grinden differenzieren sollte.

8 A.a.O., S. 84.

9 1722 heißt es: „Hornusgründe oben auff dem großen Kopff“ GLA 229/114757. Auffallend ist die Namenreihe: Horn(en)berg – Horngaß – Hornwälder. – Schreibungen: hornmiß, hornmüsse sind mir nicht begegnet.

10 W. Henzen, Deutsche Wortbildung, 1965, § 13, S. 36f.

Regesten der Herren von Windeck (1431–1439)*

Otto Gartner

1431 März 9 Nürnberg. Peter von Windeck reversiert, daß er von Friedrich, Markgraf zu Brandenburg und Burggraf zu Nürnberg, seinem gnädigen Herrn, die Kastenvogtei des Klosters Schwarzach mit den Leuten, die da heißen St. Petersleute und an das vorgenannte Kloster fallen, als ein rechtes Mannlehen, das von seinen Gnaden und dem Burggrafentum als Lehen rührt, empfangen habe. Es siegelt Peter von Windeck. Nuremberg am Freitag vor dem Sontag Letare in der Fasten 1431. Abdruck in Spieß, Archiv. Nebenarbeit I, 27.

1431 April 27. Markgraf Jakob von Baden urkundet, daß er mit Reinbold von Windeck einige Eigenleute von Bühl und Bühlertal ausgetauscht habe. Walter, des Pfiffer Cuntzen Sohn, seine Hausfrau und Kinder fallen von Baden an Windeck und dafür Heinz Ackermans Frau Katharina zu Bühl und Katharina, des jungen Hans Witerhols Kind daselbst, von Windeck an Baden. Es siegeln der Markgraf und Hans Reinbold von Windeck. Freitag nach sant Markustag 1431. Kopie, Windeck. Kopialbuch S. 7. Das Siegel des Hans Reinbold von Windeck zeigt als Helmzierde ein Jagdhorn mit drei herausschauenden Pfauenfedern.

1431 Mai 8. Burkart von Windeck, Reinhards sel. Sohn, ist mit Hans Heinrich von Landsberg und anderen Bürge für eine Rente von 10 Pfund Pfg., welche sein Schwiegervater Wirich von Hohenburg der Frau Agnes von Andela, Herrn Johans von Mülnheim sel. Witwe, und deren Kindern auf die Stadt Mutzig zu geben hat. Für den verstorbenen Burkart von Windeck tritt Wirichs Schwager, Heinrich von Fleckenstein „der Jüngere“, ein. Hermann v. Müllenheim-Rechberg, Familienbuch der Freiherrn von Müllenheim-Rechberg (Straßburg 1898) II, S. 84.

1431 Mai 18. Die im Neusatzer Tale Ottersweierer Kirchspiels auf dem Wasserhaus Walstege ansässige Junta (Kunigunde) von Lomersheim, Witwe des Edelknechtes Reinbold von Staufenberg, stiftet mit Zustimmung ihrer Schwester Luzia von Lomersheim in die Pfarrkirche zu Ottersweier eine Jahrzeit, die alle Dienstage in den Fronfasten begangen werden soll, und dotiert dieselbe mit 1 Pfund Pfennig Straßb. Geldes aufgrund ihres Anteils an dem Weinzehnten in Bühlertal, ferner mit 10 Schilling Straßb. Geldes und mit einem Zins: ein Jahr 2 Kapaunen und 3 Hühner und das andere Jahr 3 Kapaunen und 3 Hühner. Dieses Jahresgedächtnis soll begangen werden: für die Ausstellerin, nach ihrem Tode, für ihren verstorbenen Gatten Reinbold Kolb von Staufenberg, dessen Eltern, Pröllis selig von Staufenberg und Lyse (Elisabeth) selig von Schauenburg, sowie für die Eltern der Stifterin, Heinz Glatz von Lomersheim und Margareta von Windeck. Das Gedächtnis ist abzuhalten von dem Leutpriester zu Ottersweier, dem Frühmesser des Liebfrauenaltars und dem Kaplan des Nikolausaltars zu Ottersweier und den Burgkaplänen von Alt- und Neuwindeck. Die Schilling sind so zu teilen: dem Leutpriester 5 Schilling, jedem Kaplan 4 Schilling und 5 Schilling „zu einem ewigen Opfer“ für die Kirche. Der Leutpriester von Ottersweier soll auch alle Sonntag von der Kanzel der Ausstellerin und ihrer genannten Verwandten gedenken und alle Montage „mit dem rouch“ über

*Fortsetzung aus „Die Ortenau“ 57 (1977), 257–258.

ihr Grab gehen. Es siegelt die Stifterin sowie der Ottersweierer Leutpriester Johans Morhart. Freitag nach dem Sonntag Exaudi 1431. Perg. Org. mit 2 Siegeln. G.L.A. Bühlertal.

Junta von Lomersheim war seit 1407 mit Reinbold Kolbe von Staufenberg verheiratet. Unterm 23. Februar des oben genannten Jahres hatte Reinbold seiner Frau seinen Hof mit Burg, Hofreite, Reben, Böschen, den Weiermatten und einer Sägmühle zu Walsteg für 1200 Goldgulden zu einem rechten Widum vergabt. Bei der Teilung der ebersteinischen Vasallen war Reinbold Kolb von Staufenberg Baden zugefallen und erhielt 1405 von Markgraf Bernhard unter vielen ebersteinisch-badischen Lehen auch die Belehnung mit dem Gut zu Otterswilre nebst Gericht, Zinsen und Fällern, den Laufbach bis herab zur Kumbersfurt, Zinsen zu Bühl in der Sluchenowe, zu Wahlesfelde, Aspach, zu Rode, Wilre, Bottenau, Zusenhofen usw. G.L.A. Waldsteg und Ottersweier. Über das Wasserhaus Walstege vgl. Freib. D. Arch. N. F. VIII, 269—278 u. W. R. vom 20. 9. 1421 in Die Ortenau, 56. Jahresband 1976.

Über Luzia von Lomersheim, verheiratet mit Konrad von Niedlingen, vgl. Reg. vom 14. August 1410. Die Bühlertäler Weinzehntbezüge waren altwindeckisches Besitztum und vererbten sich von Margareta von Windeck an ihre Töchter Junta und Luzia. Vgl. Kindler von Knobloch, Oberbadisches Geschlechterbuch II, 533.

1431 Juni 20. Albert Hofmann, ein Kleriker des Bistums Speier, kaiserlicher Notar und öffentlicher Schreiber, nimmt eine Zeugenaussage auf wegen einer Schuld von 600 Gulden, welche Junker Reinbold Kolb von Staufenberg selig, auf dem Wasserhaus Walstege zu Neusatz gesessen, seinem Vetter Burkart von Windeck selig, als dieser Sasbach und das Kappler Tal verpfänden wollte, ohne Brief und Siegel geliehen habe, was Reinbold Kolbs Witwe Junte (Kunigunde) von Lomersheim bisher verschwiegen habe. Laut einer Verschreibung an den Markgrafen Bernhard von Baden gehörten aber jetzt diese 600 Gulden dem Markgrafen Jakob. Vertreter des Markgrafen war der Protonotarius des Markgrafen Johannes von Bruchsell. Als Zeugen werden vernommen: Johannes Ber, Leutpriester zu Bühl, Junker Albrecht von Ruste und Johannes Morhart, Leutpriester zu Ottersweier, Maiger Klaus von Bühl und Hems Hans, der Knecht der Frau Junte zu Walstege. Leutpriester Hans Ber sagt bei seinem priesterlichen Amt und Würde aus: Junker Reinbold Kolb von Staufenberg habe ihm selbst gesagt, daß er Herrn Burkarten seine ganze Barschaft, die er aufbringen konnte, geliehen und jener versprochen habe, sie ihm in Bälde wieder zurückzugeben. Inzwischen sei Reinbold Kolb innerhalb acht Tagen gestorben und bald darnach auch Junker Burkart von Windeck. Reinbolds Witwe sei darauf zu ihm in das Haus des Baders Werlin gekommen und habe ihm ihre Not geklagt, daß sie auf Zureden ihres Veters Burkart von Windeck und des Heinrich Schweiger die Schuld gegen den Markgrafen verschwiegen habe; nun müsse sie alles verlieren und wisse nicht, wie sie sich hierin verhalten solle. Leutpriester Hans riet ihr, noch heute es dem Markgrafen anzuzeigen, was sie aber nicht wollte.

Junker Albrecht von Rust und Leutpriester Morhart von Ottersweier bekennen: Frau Junta habe öfters mit ihnen geredet, daß Junker Burkart ihr und ihrem Manne 600 Gulden schuldig sei. Emerich, Junker Wyrichs Knecht von Hohemburg, sei im Auftrag seiner Herrin Katharina von Hohemburg, Wyrichs Tochter und Burkarts Witwe, zu ihr gekommen und habe ihr versprochen, 6 Malter, später sogar 12 Malter, Korngelds zu verschreiben, wenn sie über die Schuld schweige. Das habe sie aber abgeschlagen und habe zu Schweiger gesagt: Lieber Heinrich, rede mit meiner Schwester (Verwandten) von Windecke, daß sie mir die 600 Gulden bezahle. Da sprach Heinrich: Liebe Frauwe, lant es gut sin. Da spreche sie wiederumbe: Du sagest mir wohl, ich müßte alle Jahre davon bichte und würde allemal geschickt für den Vikarien (bischöflichen Pönitentiar in Straßburg), und das hat mich mehr denn 10 Schilling gekostet. Da sprach Heinrich: Liebe Frauwe, lant es gut sin. Min Sun muß schier (bald) gen Rome. Der muß euch einen Brief bringen, daß ihr fürbasser nimmer für den Vikarien bedürfet. Item Junta habe auch mit Junker Albrechten etwie dicke (oft) allein geredet der 600 Gulden wegen. Maiger Claus von Bühl by Trüven an Eidestate: Nachdem Junker Reinbold mit Tods abgegangen, habe Junker Burkart von

Windeck acht Tage darnach nach ihm geschickt und sprach: Die Schulde, die du Reinbold schuldig gewesen bist, sollst du niemanden geben denn Reinbolds Wibe. Da sprach der Meiger Claus: Junkher, daz tue ich nit, denn das Geld minem gnedigen Herren, dem Markgrafen, zugehöret. Do sprach Burkart: Du mußt es tuen, ich bin Reinbolden selig noch 600 Gulden schuldig blieben. Item Hems Hans sagt bei seinen Trüwen aus, daß er mehr denn zehn Jahre ein gedingter geschworener Knecht zu Walstege gewesen sei, und es habe ihm sin Frawe, Junker Reinbold Kolben Wib, etwie dicke der 600 Gulden wegen gesagt und geklagt, als ein Frawe ihrem Gesinde, dem sie getrawet, pflegt zu tuen und zu klagen. Zeugen: Herr Johans von Durlach, Dechant und Pfarrer zu Baden, und Herr Claus Scherer, Cantor in der Pfarrkirche daselbst. Perg. Orig. G.L.A. Kopiaib. 696.

Vorstehendes Regest wurde etwas ausführlicher gegeben, da die betr. Notariatsurkunde manche Partien enthält, die in kulturgeschichtlicher Hinsicht von Interesse sind. Heinrich Schweiger war „Vogt zu Windeck und Amtmann unseres gnädigen Herrn des Markgrafen“. Der Brief, den sein Sohn Nikolaus Schweiger, Kaplan der st. Margaretenpfründe in Bühl, in Rom erwirken soll, bezieht sich wohl auf die freie Wahl eines Beichtvaters. Vgl. auch Regest vom 18. Mai 1431. Der Bühler Leutpriester Johannes Ber oder Bär scheint von Bühl gebürtig gewesen zu sein. Er wurde von Markgraf Bernhard für verschiedene Gesandtschaften verwendet und wird in Urkunden aus der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts öfters genannt. Er starb erst 1460 oder 1461. Vgl. Regg. M. Baden I, Nr. 3852 u. 3854. Dipl. Geschichte von Schwarzach II, 1200. Deutsche Reichs-akten II, 248.

1431 Juni 23. Balthasar de Wyndeck, canonicus ecclesiae Wormacensis, ist an der Universität Heidelberg immatrikuliert. Töpke, Heidelberger Matrikel (18) I, 249. — Ob dieser Balthasar von Windeck zu unseren Windeckern gehört, bleibe dahingestellt.

1431 September 15. Peter von Windeck vidimiert mit Bernhard von Schauenburg, Vogt zu Baden, und anderen in einer Urkunde vom 16. Dezember 1409 eine an Markgraf Bernhard von Baden abgelöste Schuldforderung. Sabb. post exaltationis s. crucis 1431. Ruppert, Notizen.

1431 September 17. Peter von Windeck siegelt mit Bernhard von Schauenburg, Vogt zu Baden, und Heinrich von Berwangen, Vogt zu Pforzheim, eine Verkaufsurkunde über ein Friedrich Röder zugefallenes badisches Lehen. Montag nach Exaltationis s. Crucis 1431. G.L.A. Röder.

1431 Oktober 31. Ritter Friedrich v. Dahn (Than) reversiert Markgraf Jakob über seine Belehnung mit 200 Ohm jährlichen Weingelds zu Kestenholz, welche von Burkard von Windeck heimgefallen sind. — Or. mb. c. sig. delaps. Karlsruhe. — Bad. Reg. III, Nr. 5150.

1432 März 20 Dachstein. Wilhelm von Diest, Bischof von Straßburg, berichtet auf Beschwerden wegen der Besetzung des Hauses des Straßburger Bürgers Heinrich Pfothmann durch den bischöflichen Amtmann Reinbold von Windeck an Meister und Rat zu Straßburg, er habe ihm Befehl gegeben, „daß er das losse stehen bis uf süntag Judica“. Dachstein, feria V. post dominicam Reminiscere 1432. Perg. Orig. Straßb. Stadtarch. AA, Nr. 1476.

1432 April 2. Reinbold von Windeck reversiert für sich und seinen Bruder Peter und Hansen selig Kinder von Windeck Markgraf Jakob über seine Belehnung mit ihrem Teile an der Burg Altwindeck (an dem alten Windeck), dem hinteren Riegelhof und allen Zugehörden, ferner dem Kirchensatz zu Ottersweiler (Otterszwiler) und Bühl (Bühel). Perg. Orig. mit Siegel. G.L.A. Bad. Regg. III, Nr. 5189.

1432 April 3. Hans Reinbold von Windeck reversiert über seine Belehnung mit der Burg Altwindeck und den Zugehörungen durch Markgraf Jakob von Baden. Donnerstag nach Lätare 1432. Fester. Reg. III, Nr. 5192. Gleichlautend mit der Reversurkunde vom 30. März 1421. Bad. Regg. I., Nr. 3276.

1432 Mai 16. Bernhard, Graf zu Eberstein und pfalzgräflicher Vogt zu Ortenberg, und Reinbold von Windeck, bischöflich straßburgischer Vogt in der Pflege Ortenberg, entscheiden einen Streit zwischen Abt Egenolf von Gengenbach und der Stadt Gengenbach über das Fischereirecht in der Kinzig sowie über die Besteuerung von Beginen und der Knechte in des Abtes Hufe Brestenberg. G.L.A. Gengenbacher Kopialb. 371, Ruppert Notizen. — Brestenberg und Brestental sind Zinken im Amt Wolfach.

1432 Juli 5. Baden. Markgraf Jakob verkauft an Wirich von Hohenburg (Homburg), den Vormund von dessen Enkelin Ennelin, der Tochter Burkards von Windeck, ein Viertel der Stadt Beinheim und des Dorfes Littenheim (Lytheim) mit allem Zubehör für 3500 rhein. Gulden. Die Leute sollen aber daselbst ungeteilt bleiben, und das Schloß zu Beinheim soll im Kauf nicht inbegriffen sein, doch darf Wirich sich ein eigenes Haus in Beinheim bauen. Beinheim sei ein bischöflich straßburgisches Lehen, das Friedrich von Fleckenstein auf Lebenszeit innehat. Wirich und nach ihm seine Enkelin und deren Erben sollen nach dem Tode Friedrichs v. Fleckenstein Lehensträger des Bistums Straßburg für ganz Beinheim sein. Löst der Markgraf die drei anderen versetzten Viertel wieder ein, so wollen sie einen Burgfrieden schließen. Der Markgraf behält sich die Öffnung des verkauften Viertels vor. Geht die Stadt in einem Kriege eines der Kontrahenten verloren, so ist der betreffende Kontrahent zur Entschädigung des anderen Teils verpflichtet, und zwar der Markgraf in der Weise, daß er die 3500 fl. zurückzahlt oder Wirich, beziehungsweise Ennelin, ein gleichwertiges Viertel eines seiner Schlösser übergibt. Will Wirich sein Viertel verkaufen, so haben die Markgrafen das Vorkaufsrecht um die vorgenannte Summe. Zur Bewehrung und Verproviantierung der Burg will der Markgraf auf seine Kosten 6 reisige gewappnete Mann zu Roß und 6 Schützen, 100 Malter Mehl, 4 Fuder Wein, 200 Malter Hafer, 1 Steinbüchse, 4 Klotzbüchsen, 1 Zentner Pulver, 6 Armbruste, 1000 Pfeile und „Kapfen“, Spanngürtel und anderes, was zum Geschütz gehört, einlegen, und es soll alles in dem Schloß bleiben, solange der Krieg währt. Gegen Beschädigungen Beinheims durch den Rhein und die Moder sollen beide Teile nötigenfalls Anstalten treffen. Baden. Samstag nach Ulrichstag 1432. — Karlsruhe. Kopp. 84 (46 f. 7) f. 172—175. Vgl. Fester, Bad. Reg. III, Nr. 5243. Durch die am Schlusse der Urkunde angegebene „Bewehrung“ erhalten wir einen Einblick in die Verteidigungsart einer mittelalterlichen Burg aus der Zeit, als neben den Schußwaffen noch die Armbrust im Gebrauch war.

1432 Juli 5. Wyrich von Hochenburg urkundet, daß er als Mundbar (Vormund) seiner minderjährigen Enkelin Ennelin (Anna) von Windeck, einer Tochter des verstorbenen Edelknechtes Burkart von Windeck und der Katharina von Hochenburg, mit Rat und Zustimmung der Verwandtschaft Ennelins gesamtes väterliches Vermögen diesseits des Rheines an Markgraf Jakob von Baden um die Summe von 10000 Gulden verkauft habe, da diese Güter seiner Enkelin und deren (elsässischen) Verwandten zu entlegen seien und Ennelin nach dem Tode ihres Vaters „kein Schlosse oder ‚Heimweise‘ hätte, daraus solche Güter zu bestallen wären“. Die Liste dieser Güter, die durch diesen Kauf von Windeck an Baden kamen, zählt 48 Posten. Von der Burg Altwindeck ist es der Teil, den Burkart von Windeck innegehabt und den man nennt des Brunen Haus. Auch soll man Hans von (Neu)Windecks Kindern 170 Gulden und Reinbold und Peter von (Neu)Windeck 12 Pfund Pfennig geben, wodurch die zwei ihres Anteils am Bau (der Burg Altwindeck) ledig würden. Rebhöfe zu Kappelwindeck: der Hellhof, der Guckenhof, des Aberlin Rappen Gut, das Herbolzgut, das Anselmsgut zu Krutenbach mit ihren Zugehörungen an Häusern, Reben, Äckern und Matten; Ackerfeld im Otental zu Bühl, neben Pfaff Hansen, im Berlingsgrund; Matten am Landweg, am Duttelkolben, am Eichstaden; den Sigenwald im Bühlertal, geschätzt zu 100 Gulden; Weinzehnten zu Kappel, geschätzt zu 500 Gulden, zu Riedersbach, geschätzt zu 50 Gulden, im Bühlertal, der mit Hans Schuhe von Entzberg gemein ist, zu 250 Gulden angeschlagen. Bet: 48 Pfund 3 Schilling zu Bühl, 39 Pfd. 13 Sch. von den Eigenleuten in dem Tal, 6 Pfd. 17 Heller von den Eigenleuten zu Schwarzach, 25 Pfd. 8 Sch. von den Kammerleuten (Reichs- oder Königsleuten). Korngülten: 18 Viertel von dem Hof zu

Oberweiler (Oberweier), 3 Viertel von der Hallenmühle zu Bühl (Wasserzins), 2 Viertel von der Mentzels Mühle, 2 Viertel von Müller Claus, 6 Viertel von der Mühle zu Lauf, 1 Viertel von Hans Jakob, 1 Viertel von Kellers Erben, 1 Viertel von des Pfister Kinzlin's Erben zu Alswilre, 4 Viertel von der Flossenmühle zu Bühl, 4 Viertel von des Kitzingers Gut. Der Zehnte zu Otterswilre, genannt der Diersberger Zehnt, ‚tuet‘ 10 Viertel Korn, 3 Viertel Korn von des Osers Hof, item 3 Viertel von der Beginen Gut zu Unzhurst, 10 Viertel von der Süßin Hof zu Bühl, 10 Viertel von des Fuhs Kuntzen Mühl, 6 $\frac{1}{2}$ Sester zu Urlisheim (Urloffen), 48 Huben; dazu Wälder, Bösche, Wildbänne, Fischwasser, Mühlen und allen dazu gehörenden Herrlichkeiten.

Es siegeln Wyrich von Hochenburg für sich und seine Enkelin (Ennelin), Katharina geb. Hoheburg, Witwe des Burkhart von Windeck (sehr hübsches Siegel mit dem windeckischen und hohenburgischen Wappen und der Umschrift: Katharin vo Hoheburg wit. vo Windeck), Friedrich von Than, Ritter, Heinrich von Fleckenstein. — Sambstag nach sant Ulrichstag 1432. Perg. Orig. mit 3 Siegeln. G.L.A.

Die Witwe des Burkart von Windeck, Katharina von Hohenburg, heiratete 1436 Hans Münch von Landskron. Kindler von Knobloch, Oberbadisches Geschlechterbuch II, 86 — Ennelin oder Anna von Windeck, die Erbtochter des Burkart von Windeck, die letzte der altwindeckischen Linie, heiratete Bechtold von Neuwindeck, wodurch beide Linien wieder vereinigt wurden.

Die im obigen Regest verzeichneten zahlreichen Güterverkäufe waren der erste Anstoß zu dem finanziellen Niedergang der Windecker. Den Veräußerungen von 1432 folgten von Zeit zu Zeit größere und kleinere Abtretungen windeckischer Rechte, Güter und Lehen an Baden, das die öftere Geldverlegenheit seiner windeckischen Vasallen zur Erweiterung seiner herrschaftlichen Rechte und Besitzungen im Bühler Gerichtsstab geschickt auszunützen verstand. Wir finden bereits um diese Zeit einen badischen Vogt oder Amtmann zur Wahrung der badischen Rechte und Interessen und der Verwaltung der markgräflichen Güter auf der Burg Altwindeck sitzen. Im 16. Jahrhundert allerdings suchten die letzten Windecker (Junker Wolf † 1542 und dessen Sohn Junker Georg † 1587) das Familiengut durch eine rationellere Bewirtschaftung, Sparsamkeit und Neuerwerbungen zu vermehren. — Vgl. Zeitschr. Ortenau IV, 12—39: Das ehemalige badisch-windeckische Kondominat Bühl.

1432 August 23. Peter und Reinbold von Windeck sind mit Albrecht von Zutern, Hans von Yburg, Friedrich von Diggeseheim, Rafan Göler, Erhard Knüttel, Wilhelm und Adam Kalwe von Schauenburg, Reinbold Kolbe von Staufenberg, Wolf von Renchen und anderen Adeligen der Ortenau Beisitzer eines Manngerichtes, das über ein Viertel des Bachischen Lehens zu Leiberstung, das Hans von Bosenstein selig pfandweise besaß und das Georg von Bach sich vom Markgrafen erbeten hatte, entscheiden mußte. Es siegeln Peter von Windeck, Albrecht von Zutern und Rudolf von Honnthann. — Oberrh. Zeitschr. 38, 342. Über das Lehen der Herren von Bach zu Leiberstung vgl. F.D.A. 22, S. 74. Albrecht von Zeutern, der alte und der junge, werden in den Urkunden dieser Zeit öfters erwähnt; sie waren badische Lehensleute und saßen „hushablich uf dem wasserhus zu Walstege“ (Neusatz).

1432 August 28. (Bühl) Ritter Burkard Hummel von Staufenberg (Stauffenberg), Wirich von Hohenburg (Hoemburg) und Ulrich Bocke, Sohn Ulrichs selig, entscheiden die Spänne zwischen Bischof Wilhelm von Straßburg und Markgraf Jakob von Baden wegen der 200 Ohm Weingelds zu Kestenholz, die Reinhard von Windeck von der Markgrafschaft zu Lehen hat, dahin gehend, daß Markgraf Jakob und seine Erben bei vorgenanntem Lehen ungehindert bleiben sollen. Orig. Karlsruhe. — Fest. Bad. Regg. Nr. 5263.

1432 August 30. Reinbold von Windeck ist als Lehensmann des Bischofs von Straßburg an der Schauenburger Fehde beteiligt. Es kommt mit den württembergischen und straßburgischen Räten zu Oberkirch am 29. August zu einer Vereinbarung. Z.G.O. 19, 423. Ortenau (1911) S. 19—28 (Die Schauenburger Fehde von 1432).

1432 September 1. Peter von Windeck, Ulrich Bock und andere erscheinen vor dem Rate zu Straßburg im Namen des Bischofs von Straßburg und des Markgrafen von Baden und beklagen sich wegen Bernhard und Rudolf von Schauenburg, da sie keinen Teil an der Fehde hätten und daher einen gütlichen Tag verlangen. Z.G.O. 19, 426 u. 428 (6. September 1432).

1432 August 30. — 1444 März 24. Reinbold von Windeck wird in den Urkunden des Markgrafen Jakob von Baden von 1432—1444 wiederholt als Beisitzer des badischen Mannengerichts, als Schiedsrichter und badischer Rat (1439) genannt. Vgl. Regesten der Markgrafen von Baden. III. Bd. Personenverzeichnis S. 106, Regg. Nr. 5264—Nr. 6309. Nr. 5460 — Nr. 5496. — Nr. 5536 — Nr. 5676 — Nr. 5849 — Nr. 5990 — Nr. 5991 — Nr. 5997 — Nr. 6000 — Nr. 6040 — Nr. 6076 — Nr. 6106 — Nr. 6135 — Nr. 6202 — Nr. 6252 — Nr. 6308 — Nr. 6309.

1432 Nov. 29. Ritter Friedrich von Dahn (Than), Wirich von Hohenburg und Peter von Windeck erklären sich bereit, das Schiedsrichteramt zwischen Markgraf Jakob von Baden und dessen Mutter Anna, das Leibgeding betreffend, zu übernehmen. Bad. Regg. III, Nr. 5284. Vgl. folg. Nr. 5287 vom 18. Dez. 1432.

1432 Dezember 18. Markgraf Jakob verspricht nach dem Gutachten von vier seiner Räte, nämlich Hans Erhard Bock von Staufenberg, Bernhard von Schauenburg, Albrecht von Zeutern und Peter von Windeck, seiner Mutter Anna, da die Herrschaft Hochberg nicht 1500 fl. abwerfe, die an ihrem Leibgeding fehlenden 323 fl. jährlich in dem Haus eines Zwölfers zu Offenburg oder in Oberbühel (Buhel unter Windeck) auszahlen zu lassen. Es siegeln der Markgraf, die Räte und die Städte Pforzheim und Durlach als Bürgen. Perg. Orig. mit 6 Siegeln (eines abgegangen). Fester, Bad. Reg. III, Nr. 5287.

1433 o. T. Reinbold von Windeck erhält durch seine Heirat mit einer Tochter des bischöfl. straßb. Lehensmannes Berthold Kranz von Geispolzheim ein bischöfliches Lehen, einige Fruchtgülden zu Bolzenheim gemeinschaftlich mit seinem Schwager Hertweg Eckbrecht dem Jungen. Nach dem Tode der Kränzin heiratet Reinbold eine von Bach. Herzog. Elsäss. Chronik V, 217, wo aber statt Reinbold irrtümlicherweise Reinhard von Windeck steht.

1433 März 18. Reymbold von Windecke, Vogt in der Pflugschaft Ortenberg, reversiert über die Belehnung mit einem bischöflich straßburgischen Lehen, bestehend in Korn- und Weinzehnten zu Altdorf, Noppenwilr, Bolsenheim, Bischovißheim, Feygersheim und 15 Schilling in Geld von dem Emichhof zu Gerstheim. Diese Lehen besaßen zuvor Kranz von Geispolzheim, Adolf von Schafftolzheim und Raimund von Ettendorf. Dat. Mittwoch nach dem sonntag als man singet in der heiligen kirchen Oculi 1433. Orig. Perg. Straßburg, Bezirksarchiv G. 871 (9).

1433 Oktober 18. Baden. Peter von Windeck ist einer der Räte, die mit König Ruprecht, dem Markgrafen von Baden und dem Grafen von Eberstein verhandeln. An st. Lukastag 1433. G.L.A. Eberstein. Kopialb. III, 42.

1433 Dezember 24. Das Konzil zu Basel verhängt Bann und Interdikt über eine Anzahl „reisiger Gesellen“, welche Geistliche der Stadt und des Bistums Straßburg auf den Straßen plündern und einkerkern, und fordert den Markgrafen von Baden, den Grafen von Eberstein, die Herren von Geroldseck und Lare, die von Windeck, Schauenburg, Staufenberg, Wirich von Hohenburg sowie die Städte Offenburg, Gengenbach, Zell, Lare, Freiburg, Breisach, Kenzingen etc. auf, die genannten Übeltäter festzuhalten, deren Lösung und Bann das Konzil sich und dem päpstlichen Stuhl vorbehalten habe. Schmidt, Hist. du Chapitre de s. Thomas, S. 432. Bad. Reg. III, Nr. 5376.

1434? Peter Museler, Fritz Muselers Sohn, Kaspar von Windeck, Hans Bock, Kuntzens Sohn, verkaufen an Johann von Lichtenberg die Burg Brumat. Herzog, Elsäss. Chronik V, 192.

1434 o. T. Peter von Windeck und Schwarz Fritz von Sachsenheim geben einen Entscheid über das Beholzungsrecht der von Schwarzenberg. Ruppert, Notizen.

1434 Januar 2. Heinrich von Berwangen, Peter von Windeck, Vogt zu Baden, und Hans Röder urkunden auf Geheiß des Markgrafen Jakob, daß die Leibeigenen des Markgrafen, Hans Swyge und Hans Herbst, beide von Kippenheim, vor ihnen eidlich ausgesagt hätten, daß sie, als sie i. J. 1431 auf freier Reichsstraße eine Fuhre Wein von Kippenheim landabwärts hätten fahren wollen, plötzlich in der Nähe von Schuttern von den Knechten des Junkers Heinrich von Geroldseck überfallen worden seien, und sie hätten alsdann den Wein nach Schuttern fahren müssen. Junker Heinrich hätte ihnen zwar später versprochen, sie zu bezahlen, es sei aber bis dato nicht geschehen. Samstag nach Circumcisionis 1434. Perg. Orig. mit 3 Siegeln. G.L.A. Geroldseck.

1434 Februar 28. (Basel) König Sigmund verlängert den am 7. März ablaufenden Frieden, welchen er zwischen Markgraf Jakob von Baden, Graf Konrad von Tübingen, Rudolf von Schauenburg, Peter und Hans Reinbold von Windeck, Heinrich von Wiseneck, Sifrid Pfau von Rietpur einerseits und den Brüdern Walter und Heinrich von Geroldseck andererseits festgesetzt hatte, und der jetzt ausgeht, vom Sonntag Laetare bis Jörgentag, damit sie sich inzwischen rechtlich vertragen. Basel, Sonntag Oculi 1434. Perg. Orig. mit unten aufgedrücktem Siegel. G.L.A. Vgl. Z.G.O. N. F. III, 445, Nr. 710. Bad. Reg. III, Nr. 5398.

1434 Juli 1. Ritter Hans Marx, Wirich von Hohenburg und Georg von Bach machen eine Richtung zwischen Markgraf Jakob und Junker Diebold, Herrn zu Geroldseck, wegen des Krieges, den die Beraubung einiger markgräflichen Räte, Mannen und Diener durch Heinrich von Geroldseck selig verursacht hatte, und den Heinrich und Diebold aus ihren gemeinsamen Schlössern führten. Bei diesem Vergleich ist unter den Räten und Dienern des Markgrafen auch Hans Reinbold von Windeck. Auch soll die Feindschaft zwischen Rudolf von Schauenburg und den Brüdern Reinbold und Peter von Windeck einerseits und Diebold andererseits geschlichtet sein. Alle Gefangenen werden beiderseits freigelassen und Brandschatzungen usw. sollen abgetan sein. Es siegeln Markgraf Jakob, Diebold von Schauenburg und die Aussteller. Donnerstag nach Peter und Paul 1434. Druck (Reinhard), Geschichte des Hauses Geroldseck, Urk. Nr. 63.

1434 August 16. Baden. Reinbold und Peter von Windeck, Hans Reinbold von Windeck sind mit Wirich von Hoemburg, Heinrich Helde von Tiefenau (Diefenow), Claus von Bach, Friedrich Röder und anderen Beisitzer des markgräflichen Gerichtes, die Gefangennahme eines Frankfurter Bürgers betr. — Bad. Regg. III. Nr. 5460.

1435 o. T. Heinrich Sweiger, Amtmann zu Windecke, ist mit Cuntzlin Grewen, Amtmann zu Stollhofen, und Hans Fladen, Vogt zu Liebenzell, Schiedsrichter in einem Streite des Hans Truchseß von Bichishouben (?) die Dörfer Pfalzgrafeweiler und Dürrweiler betr. Ruppert, Notizen.

1435 Juni 23. Peter von Windeck, Vogt zu Baden, reversiert Markgraf Jakob über seine Belehnung mit einem Hofe zu Ruchelnheim (Ödung bei Appenweier), genannt Kestenholz, nebst zugehörigen Äckern und Matten und mit Gütern und Zinsen im Oppenauer (Noppenouwer) Tal und zu Oberkirch. Bad. Regg. III, Nr. 5488.

1434 Oktober 16. Heinrich Schweiger, markgräflicher Vogt zu Windeck, Bertschmanns Hansen, Vogt zu Achern, und Bertsch Brumbach, Amtmann des Junkers Reinbold von Windeck, vergleichen die Huber des Hubgerichtes des Junkers Obrecht von Rust in dem Neusatzer und Bühler Tale ihrer Spann und Zwie-tracht halber, welche sie mit den genannten Junkern der Fälle wegen gehabt, mit Junker Obrecht dahin gehend, daß „so fürbaß ein Fall fällig, er sie klein oder groß, böß oder gut, derselbe geschätzt und dann die Hälfte und nicht mehr gereicht werde. Der, dem der Fall gewesen, soll dem Knechte des Richters 1 Schilling geben“. St. Gallentag 1435. Aus dem Zinsbuch des Kloster Lichtental v. 1586. (Lichtental)

Das Neusatzer Hubgericht auf dem Gerbersberg (jetzt Gebertsberg) war 1335 von Markgraf Rudolf von Baden an Bechtold von Söllingen, von diesem an die

von Rust, dann an die von Romberg und 1497 von Vogt Hans von Romberg zu Stollhofen durch Verkauf hälftig an das Kloster Lichtental gekommen. Vgl. Z.G.O. VII, 455 ff. Der alte Hubspruch steht im genannten Lichtentaler Zinsbuch f. 2—8.

1436 Mai 28. Hans Reinbold von Windeck urkundet, daß er aus besonderer Liebe zu Georg von Bach, seinem Schwager, und zu Briden (Brigida), dessen Hausfrau und Hans Reinbolds Schwester, diesen und seine Kinder als Leibeserben eingesetzt habe, in die rechte Gemeinschaft der Lehen, die er von der Markgrafschaft Baden, dem Stifte Straßburg und von Lare (Geroldseck) habe, doch so, daß er und seine Leibeserben dem Georg von Bach von solcher Gemeinschaft jährlich bloß 20 Gulden, 1 Viertel Korn, 1 Viertel Hafer und 2 Hühner geben sollen. Das übrige soll Hans Reinbold „nießen“. Bride von Windeck, Georg von Bachs Frau, verzichtet dafür auf alle Ansprüche auf ihr väterliches Erbe. Es siegeln nebst dem Aussteller Georg Röder und Friedrich Röder, der ältere, unsere lieben Vettern. Pfingstmontag 1436. G.L.A. Kopie, Frankenstein.

Georg von Bach, der Ältere, saß auf dem unteren Schloß zu Neuweier. Nach dem Tode der Brigida von Windeck hatte er Notburga von Handschuchsheim zur Gemahlin. Er war begütert und belehnt zu Neuweier, Steinbach, Leiberstung, Kuppenheim, Förch und anderen Orten. Im Jahre 1441 wurde er in Gemeinschaft mit seinem Schwager Hans Reinbold von Windeck vom Bischof Ruprecht von Straßburg mit dem Niederschopfheimer Lehen begabt, seit 1458 war er auch pfälzischer Lehensmann und 1458 auch Vogt zu Ortenberg. Später wurde er geisteskrank und starb zwischen 1479 und 1486. In der Steinbacher Kirche hat er seine Grablege gefunden, wohin er auch ein vom Kapitel Ottersweier zu begehendes Anniversar gestiftet hat. Sein Sohn, Ritter Bernhard von Bach, war 1475 „Landvogt und Pfleger zu Mortenau Friedrichs Pfalzgrafen by Rine“. Die Belehnung der Herren von Bach mit dem Niederschopfheimer Lehen verursachte nach deren Aussterben im Jahre 1538 einen langwierigen Prozeß mit den Herren von Windeck, die Ansprüche darauf erhoben. Vgl. Mone, Quellensammlung III, 209 und Ortenau II (1912) S. 7 f.

1437 o. T. Wilhelm, Bischof von Straßburg, belehnt Reinbold von Windeck und dessen Bruder Peter, Hansen von Windeck sel. Söhne, mit 5 Pfd. Geld ab dem Zollkeller zu Straßburg und 3 Pfd. ab dem Schultheißenamt der Stadt, 36 Kapunengeld und 1 lb. 3 ß 4 d. und 3 Viertel Korngeld zu Scheffelsheim und abermals mit 3½ Pfund Geld ab dem Zollkeller. Gleiche Belehnung durch Bischof Ruprecht von Straßburg i. J. 1441. Ruppert, Notiz.

1437 Dezember 2. *Epfich*. Bischof Wilhelm von Straßburg urkundet, daß Hans Reinbolds sel. Sohn, aus freien Stücken Niederschopfheim, Burg und Dorf mit seinen Zugehörungen, Wald, Kirchsatz und Zehnten aufgegeben habe, so er und seine Altvorderen vom Stifte Straßburg zu Lehen trugen, ausgenommen den Schweighof mit Gütern und Wald, was vor Zeiten von einer Äbtissin von Hohenburg gekauft wurde, und daß Hans Reinbold von Windeck gebeten habe, daß wir ihm und Georg von Bach, seinem Schwager, das Schopfheimer Lehen in Gemeinschaft leihen sollten. Als Akt wird dies für sie und ihre Erben vollzogen. Montag nach Katharinentag 1437. Kopie. G.L.A. Frankenstein.

Unterm 5. Dezember 1441 belehnt Bischof Ruprecht von Straßburg Hans Reinbold von Windeck und Georg von Bach in Gemeinschaft mit dem Niederschopfheimer Lehen (Molsheim, am Zinstag vor Nikolaus) und nach dem Tode Reinbolds von Windeck (1447) Georg von Bach und dessen Leibeserben mit Niederschopfheim, Orschweier und den Höfen zu Altdorf, wie sie die Maler von alters her gehabt. Dat. Zabern, Freitag vor st. Georgstag 1447.

1438 o. T. Bischof Wilhelm von Straßburg sucht durch Reinbold von Windeck und Ulrich Bock, den Älteren, die Stadt Straßburg für einen gütlichen Vergleich bezüglich des Schlosses Schauenburg zu gewinnen, was aber nicht gelingt. Ruppert, Beiträge zur Geschichte der Ortenau (Achern 1878), S. 39.

1438 *Februar 7.* Eheberedung. Reinbold von Windeck und Susanna, Bechtold Kranz sel. von Geispolzheim Tochter, seine Hausfrau, und Ulrich Bock, der Ältere, und dessen Hausfrau Margareta Twingerin, Wilhelm Twingers sel. Tochter, urkunden, daß sie ihre Kinder Claus Bock und Adelheid von Windeck zur Ehe zusammengeben und daß Claus Bock 1500 Gulden von näher spezifizierten Gütern im Banne Ouwenheim und der Pflege Ortenau seiner Frau als Widum übergibt, während Adelheid von Windeck ihrem Ehegemahl 500 Gulden nach dem Recht der Stadt Straßburg verschreibt. Es siegeln Reinbold von Windeck für sich und seine Frau, Ulrich Bock für sich und seine Frau, Ritter Johannes von Mülnheim, der Ältere, Peter von Windeck, Friedrich Röder und Dietrich Röder, Gebrüder, Wolfhelm Bock und Hans Bock, Claus Bocks sel. Sohn, unsere lieben Vettern und gute Freunde. Am nächsten Freitag nach Maria-Lichtmeßtag 1438. Ebnet, Gaylingsches Archiv. Windeck. Kopialb. f. 98.

1438 *Oktober 31.* Baden. Peter von Windeck, Vogt zu Baden, und Reinbold von Windeck sind mit Albrecht von Zütern, markgräflichem Haushofmeister, Wirich von Hohemburg, Ulrich Bock, Hansen von Rathsamhausen, Friedrich von Thann und anderen Schiedsrichter in einem Streit zwischen Smahßmann, Herrn zu Rappoltstein und Thenige, und Hans Ulrich von Hattstatt. Baden am Allerheiligenabend 1438. Albrecht, Rappoltstein. Urkundenb. (1891), III, Nr. 1064.

1438 *November 11.* Peter von Windeck, Vogt zu Baden, siegelt mit Friedrich Held von Tiefenau, Kirchherrn zu Sinzheim, eine Vergabung von 25 Gulden an die Pfarrkirche zu Sinzheim zu einem halben ewigen Lichte durch Frau Agnes Röderin, geborene von Blumenberg, mit Zustimmung der Sinzheimer Kirchherrn. Martinstag 1438. Perg. Orig. G.L.A. Sinzheim.

1439 *Januar 28.* Hans Reinbold von Windeck urkundet, daß er seinem lieben gnädigen Herrn Markgrafen Jakob von Baden ob der mannigfaltigen Gnaden, Hilfe und Stüre wegen, die ihm von demselben „dick und viel scheinbarlich“ zuteil wurden und „die er noch erwartend ist“, zu einer rechten Gemeinschaft an den Einnahmen von Zoll, Ungeld und Gericht zu Bühel eingesetzt habe, nämlich mit einem halben Teil an Zoll und Ungeld und einem Viertel an dem Gericht mit allen Herrlichkeiten, Nutzungen und Rechten, wie solche von dem römischen König Albrecht zu Lehen rühren, also daß der Markgraf den halben Teil und er, Hans Reinbold, den anderen halben Teil genießen soll. Wenn Hans Reinbold ohne männliche Leibeserben sterben sollte, soll auch sein Lehensanteil Baden zufallen. Hans Reinbold verspricht die Zustimmung des römischen Königs einzuholen, wenn es der Markgraf wünsche. Hans Reinbold von Windeck siegelt. Mittwoch nach sant Paulustag Conversionis. Perg. Orig. mit Siegel. G.L.A. 46/692.

Unterm 13. Januar 1441 (Freitag nach st. Erhard) zeigt Hans Reinbold von Windeck dem römischen König Friedrich an, daß er den Markgrafen Jakob von Baden in die Gemeinschaft seines Teils am Bühler Reichslehen eingesetzt habe und bittet um Bestätigung. Es siegeln der Bittsteller und die Edelknechte Erhard Knüttel und Walther von Heinenhoven. — Die Bestätigung Königs Friedrich für Markgraf Jakob von Baden bezüglich der Einsetzung desselben in das Bühler Reichslehen in Gemeinschaft mit Hans Reinbold von Windeck erfolgte nach dessen Antrag unterm 30. Juli 1442 (Frankfurt). Vgl. Bad. Regg. III, Nr. 6161.

1439 *Sept. 29.* Auf Geheiß „deß vesten petern von windecke, Amptmanß deß Hochgebornen fürsten u. Herren, Herrn Jacops, Marggraven zu Baden“, bekennen Merckelin von dygeßheim und Heinrich Heilt von diefenowe, Edelknecht, daß sie die Bürger der „Stat Stalhofen von bette wegen“ verhört haben. G.L.A. Abt. 37, Conv. 252, Nr. 11.

Besprechungen und Hinweise

Zeitschriften

Archäologische Nachrichten aus Baden

Herausgeber: Förderkreis für die ur- und frühgeschichtl. Forschung in Baden e. V.

Zu großem Dank weiß sich der Heimatforscher, besonders jener der sich mit der Ur- und Frühgeschichte der Heimat beschäftigt, obiger Zeitschrift gegenüber verpflichtet. Sie unterrichtet ihn laufend durch die Arbeitsberichte der archäologischen Denkmalpflege in Freiburg und Berichte der Bodendenkmalpflege im Regierungsbezirk Karlsruhe über die Ausgrabungen und Funde, die im Laufe des Jahres im Gebiet des alten Baden gemacht wurden. So ist er nicht mehr auf die zufälligen und meist dürftigen Mitteilungen der örtlichen Presse angewiesen. Außerdem werden einzelne Funde und Ausgrabungen in besonderen Abhandlungen eingehend beschrieben. Es sei verwiesen auf F. Kirchheimer, Bericht über Spuren römischer Bergbaus in Baden-Württemberg (Heft 19, November 1977), der sich mit dem römischen Bergbau in Badenweiler, Sulzburg, Suggental, Prinzbach u. a. befaßt. Infolge der „Fundleere“ des mittelbadischen Raumes kann nur selten etwas von der Ortenau berichtet werden. Es sei darum besonders hingewiesen auf die Grabungen am Fürstenhügel von Kappel am Rhein, einer Grabstätte aus der jüngeren Hallstattzeit, aus der neben der Tracht und den Waffen des Toten noch Reste eines vierrädrigen Wagen sowie 14 Bronzegefäße geborgen werden konnten (Heft 20. April 1978 S. 7-9).

H. Schneider

Badische Heimat Mein Heimatland

Herausgegeben im Auftrag des Landesvereins Badische Heimat e. V. Freiburg/Breisgau

57. Jahrgang | Heft 1, März 1977

Das Heft ist dem Andenken badischer Persönlichkeiten des 19. und 20. Jahrhunderts gewidmet. Unter ihnen finden sich auch einige, die aus der Ortenau stammen oder deren Tätigkeit sich auf sie erstreckte. H. L. Zollner beschreibt das Leben und Wirken des früheren Stadtpfarrers von Ettlingen *Augustin Kast*, eines gebürtigen Ebersweirers. Neben seiner seelsorgerli-

chen Tätigkeit setzte er sich nach dem ersten Weltkrieg besonders für die sozialen Belange ein; so gründete er in Ettlingen 1923 eine Bezugsgenossenschaft für Lebensmittel und Heizmaterial, aus der sich schließlich eine noch heute bestehende Baugenossenschaft entwickelt hat. Bedeutend sind auch seine Leistungen auf dem kulturellen Gebiet. Er stellte die Martinskirche in Ettlingen wieder her, die Mutterkirche des Albgaus, setzte sich ein für die Erhaltung der Asamfresken in der Ettlinger Schloßkirche und gab schließlich die Jahresberichte der Ettlinger Jesuiten (1663-1763) sowie des Baden-Badischen Jesuitenkollegs heraus. Damit erschloß er eine aufschlußreiche Quelle für die Geschichte der Markgrafschaft Baden-Baden in der Zeit der Gegenreformation.

Ferner sei verwiesen auf einen Artikel desselben Verfassers über den Lahrer Oberamtsrichter *Eichrodt*, den Verfasser der „Biedermaierlieder“. Helmut Bender, Freiburg befaßt sich mit dem aus Bohlsbach stammenden Naturphilosophen *Lorenz Oken* und seinem Eintreten für die Pressefreiheit und die Erhaltung der Freiburger Universität, deren Auflösung die Regierung in Karlsruhe plante.

Kurt Klein, Hausach schildert das Leben des aus Hausach stammenden letzten Abtes von St. Peter *Ignaz Speckle*. Trotz vieler Bittgesuche konnte er die Säkularisation dieses Hausklosters der Zähringer nicht verhindern.

Schließlich sei auch hingewiesen auf die gemeinsame Arbeit von J. und H. J. Wörner, Freiburg über den aus Oberösterreich stammenden ehemaligen Freiburger Oberbaurat und Münsterbaumeister *Raymund Jeblinger*, der im Stile der Neuromanik das Ordinariatsgebäude in Freiburg sowie die Kirche in Schuttertal erbaute und im Stile des Neubarock die kath. Kirche in Dinglingen, Friesenheim und Kollnau u. a., Bauten, denen die Verfasser wegen ihrer stimmungsvollen, festlichen Räume hohes Lob spenden.

57. Jahrgang | Heft 2, Juni 1977

Einige Beiträge dieses Heftes stehen in Zusammenhang mit dem Stauferjahr.

F. Laubenberger, Freiburg behandelt in seinem Aufsatz „Die Herzöge von Zähringen – Rivalen der Staufer“ unter Berücksichtigung der genealogischen Zusammenhänge das politische Verhalten und die Bestrebungen der einzelnen Zähringer, dieser „Herzöge ohne Herzogtum“, sowie ihren

Anteil am Aufstieg des Geschlechtes zu einer führenden Macht im Südwesten des Reiches. Als ihre besondere Leistung werden herausgearbeitet die wirtschaftliche und verkehrsmäßige Erschließung des Schwarzwaldes, die Gründung von Städten, deren Verfassung schon Bestandteile einer bürgerlichen Selbstverwaltung enthielt, sowie den Aufbau eines Staates, der im Südwesten des Reiches große Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft erschlossen hat. Sicherlich gab es schon wegen der Reichspolitik immer wieder Spannungen, gelegentlich auch kriegerische Auseinandersetzungen zwischen den Zähringern und den Staufern, aber ihr Verhältnis zu einander als wesentlich durch die Rivalität bestimmt zu deuten, scheint eine zu große Vereinfachung zu sein.

Weitere Beiträge zum Stauferjahr befassen sich mit den „Staufern als Literaturmāzene“ (W. Blank, Freiburg), mit der Geschichte und Landschaft des Trifels (G. Umminger, Freiburg) sowie der Geschichte der Burg Steinsberg bei Sinsheim (vom selben Verfasser).

Von großem Interesse für die Freunde des alten Straßburg ist der Aufsatz von W. Hirzel, Pully „Zu Straßburg auf der Schanz“, in dem er nach den Gründen forscht, die dazu führten, daß aus der freien deutschen Reichsstadt eine französische Festung und Provinzstadt wurde. Im Kampf um die Verteidigung ihrer Freiheit war der Stadt allein die Hilfe der evangelischen Kantone der Schweiz unter der Führung Zürichs verblieben, das während des Holländischen Krieges eine Garnison nach Straßburg verlegte. Als sie nach Beendigung des Krieges 1678 wieder entlassen wurde, mußte sich bald darauf die wehrlose Stadt kampflos den französischen Truppen ergeben. Eingehend schildert der Verfasser die Verhältnisse in Zürich, die Kirche, die Armee, die Finanzen sowie die reformierte Politik und die Beziehungen zu Straßburg.

Erneut sucht Hans Heid, Karlsruhe in seiner Arbeit „Von der Grabkapelle zur Marienkirche“ die Baugeschichte der Wallfahrtskirche von Lautenbach im Renchtal zu klären. Angeregt durch R. Beckmann, *Vitrea Dedicata* (1975) gelangt Heid auf Grund eingehenden Studiums der Lautenbacher Glasfenster, der Gemälde der Seitenaltäre sowie der archivalischen Quellen zu Einsichten, die, von Einzeldeutungen abgesehen, wohl Abschließendes aussagen: Ne-

ben einer Wallfahrtskapelle mit einem Gnadenbild der Muttergottes errichteten die Herren von Neuenstein eine Kirche ohne Chor als Grabstätte. Sie war 1482 mit dem Einsetzen der Glasfenster vollendet. 1480 ging sie unter Propst Johannes Magistri in den Besitz des Klosters Allerheiligen über. Zur würdigen Unterbringung des Gnadenbildes wurde in ihrem Innern die Gnadenkapelle errichtet, die 1485 vollendet war. Propst Johannes ließ dem Bau den Chor anfügen. Er gab auch den Auftrag für den neuen Hochaltar, den er aus eigenen Mitteln finanzierte. 1525 war der Bau der Kirche abgeschlossen. – An den Ausführungen stört der Ausdruck „umfunktioniert“. Wenn eine Kirche einen anderen Kirchenpatron erhält, wird ihre Funktion nicht verändert. Kirche bleibt Kirche.

57. Jahrgang / Heft 3, September 1977

Unter den Beiträgen dieses Heftes, das sich besonders mit Orten des Hochrheingebietes befaßt, ist für die Ortenau der von H. Brommer, Merdingen über Philipp Winterhalter von Bedeutung. Darin schildert er das Leben und die künstlerische Eigenart dieses aus Kirchzarten stammenden Barockmeisters, der sein Leben vor allem in Straßburg und Gengenbach verbrachte. Heute kaum noch bekannt und in der Fachliteratur erwähnt, gehörte er in seiner Zeit zu den angesehensten Künstlern des mittelbadischen Raumes und des benachbarten Elsasses. Viele seiner Werke sind bei der Entbarockisierung der Kirchen im letzten Jahrhundert verloren gegangen (z. B. Bühl, Abteikirche Gengenbach), doch geben die noch erhaltenen Altäre (Sebastianskapelle in Dambach, Sasbachwalden, Wallfahrtskirche Zell a. H., St. Martin in Gengenbach), Plastiken u. a. einen guten Einblick in den Stil des Meisters, der seine Altäre mit reichem Dekor aus Blumen, Früchten und Laubwerk ausstattete.

58. Jahrgang

Themen, die die Ortenau betreffen, werden nur in Heft 2 (Juni 1978) dieses Jahrgangs gebracht. L. Vögely, Karlsruhe beschreibt in seiner Abhandlung „Ludwig Eichrodt und das Buch Biedermaier“ zunächst die Eigenart des Biedermeiers und im Anschluß daran die Entstehung der von L. Eichrodt zusammen mit dem Arzt Adolf Kußmaul verfaßten Biedermaierlieder, deren bezeichnender Humor an vielen Beispielen aufgezeigt wird.

A. Schmid, Freiburg berichtet in dem Aufsatz „Bad Rippoldsau mit langer Tradition“ über die erste wissenschaftliche Analyse

des Rippoldsauer Sauerbrunnens durch den Straßburger Arzt Ulrich Geiger 1577, danach über die Familie Goeringer, in deren Besitz das Bad von 1777 bis 1922 stand. Dank der geistigen Beweglichkeit und der Tüchtigkeit der Inhaber gelang es, Rippoldsau, „die Perle des Kinzigtales“, im 19. Jahrhundert zu einem Treffpunkt der europäischen Gesellschaft zu entwickeln, wo Dichter wie Victor Hugo, Nikolaus Lenau, Ferdinand Freiligrath, Rainer M. Rilke sowie Musiker wie Johannes Brahms, Max Bruch u. a. Erholung und Heilung suchten.

Dem Gengenbacher „Bergle“ und seiner weithin sichtbaren Jakobuskapelle ist die Arbeit von J. Göppert, Niederwasser gewidmet.

W. Mechler gedenkt „Straßburgs Münsterbaumeister Dr. h. c. Johannes Knauth“. Dieser bedeutende Baumeister war es, der, als sich Risse am 1. Hochschiffpfeiler zeigten, durch kühne Sicherungsmaßnahmen den Einsturz des Turmes verhinderte, wodurch er zum „Retter der Kathedrale“ wurde. Da er es 1920 ablehnte, um die französische Staatsangehörigkeit nachzusuchen, mußte er sein Amt abgeben und Straßburg verlassen.

H. Schn.

Denkmalpflege in Baden-Württemberg
Nachrichtenblatt des Landesdenkmalamtes
Herausgeber: Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Stuttgart

In Heft 3/1978 7. Jahrgang Juli-Sept. 1978 dieses instruktiven und vorzüglich illustrierten Nachrichtenblattes unterrichtet R. Behn in seiner Abhandlung „Ein reich ausgestatteter Grabfund der Hallstattzeit von Kappel am Rhein“ über die Fundstelle und die freigelegten Fundstücke des Fürstengrabes von Kappel. Die beigefügten Abbildungen zeigen die Schwierigkeiten bei der „Grabung in der Werkstatt“.

H. Schn.

Forschungen und Berichte zur Volkskunde in Baden-Württemberg 1974-1977
herausgegeben von Irmgard Hampp und Peter Assion

Landesdenkmalamt Baden-Württemberg
Verlag Müller & Gräff Stuttgart (1977)

Es ist der dritte Berichtsband der badischen Landesstelle für Volkskunde Freiburg mit 17 Aufsätzen, 4 Bibliographien und Arbeitsberichten und 55 Buchbesprechungen. Diese Arbeiten der Universitäten Freiburg und Tübingen liefern einen Querschnitt durch die neuere Entwicklung der Volkskunde-

forschung, die die Gegenwart mit einbezieht, mit Methoden der Soziologie arbeitet und aus kritischer Distanz zur traditionellen Heimatforschung dieser neue Anregungen geben kann.

Dazu einige Themen: Stuttgarter Stadtteil-feste (als neue Form großstädtischer Geselligkeit; H. Schmitt), Verwandtschaft und Verein (ihr Einfluß auf Meinungsbildung im Dorf; Ilien, Jeggel, Schelwies), Besenwirtschaften als Kommunikationsmittel (W. Alber), Wandel der Vornamen unter Tradition und Mode (G. Wunder).

Methodisch interessante Anregungen gibt der Artikel „Volkskunde und Gemeindecarchiv“ von Angelika Bischoff-Luithlen. Sie stellt fest, die handschriftliche Niederlegung beinhalte eigentlich alles, was in der Volkskunde bauerlichen und städtischen Stils je bearbeitet worden ist (Quellen, die über 5 oder 6 Generationen bis zur Gegenwart reichen, Gemeindecrechnungen, Tagebücher, Steuerbücher, Fronregister, Inventare, Lage- und Güterbücher etc.). Ähnliches gilt für die Erschließung der „Pfarrbücher als Quelle für Historiker“. Norbert Ohler gewann daraus statistisches Material über jahreszeitliche Einflüsse, Empfängnis, Taufnamen, uneheliche Geburten, Brautleute, Todesursachen, Sprache und Alphabetisierung.

Kritisch verfolgt Gustav Schöck die Rolle des Heimatbuches als Ortschronik und als Integrationsmittel an 52 Heimatbüchern. Er fragt, ob an Hand der greifbaren und sichtbaren Beispiele in unmittelbarer Umgebung nicht das Verständnis für größere geschichtliche Zusammenhänge nähergebracht werden sollte. Zum Punkt „Integration“ schlägt er vor zu zeigen, wie eine Gemeinde funktioniert, wie soziale Einrichtungen arbeiten, wie die Absatz-, Preis- und Einkommenssituation der Landwirtschaft aussieht, also mehr zu zeigen als nur die Gemeinde, wie sie war.

Die Zunft der Freistett-Diersheimer Fischer im Hanauerland stellt Hans-Rüdiger Flock vor (14. Jahrhundert bis Gegenwart, Fischerordnung von 1624, Fischergericht). Weitere Beiträge gelten den Waldensern (Heiratspolitik, dörfliche Hausratsinventare), dem spätmittelalterlichen Aberglauben, der Karlsruher und Mannheimer Fasnacht im 19. Jh., Historischen Umzügen und ihrem Geschichtsbild (19. u. 20. Jh.), dem Bild des Proletariats zu Beginn der Industrialisierung in Württemberg nach Pfarr-

berichten, den Forschungsarbeiten der Univ. Freiburg zum Thema Sage und zum Bad. Wörterbuch mit Hinweisen auf bereits vorliegende Mundart-Monographien von Honau (D. Hartmann), Kork (M. Willinger), Eckartsweier (G. Schecher), Altenheim (M. Fohrer), Kippenheimweiler (R. Metrich) und anderen Orten in Elsaßnähe. Von weiteren Arbeiten sei nur genannt der kulturhistorisch interessante bibliographische Abriß zur Bilddarstellung von Sprichwörtern und Redensarten in der bildenden Kunst von Hieronymus Bosch bis Goya, in anderen Bereichen bis in die Gegenwart (W. Mieder). Dem Nachruf auf den 1975 verstorbenen Prof. Dr. Otto Basler (Mitarbeiter der „Ortenau“ und Mitglied des Vorstands und Beirats des Historischen Vereins) ist eine ausführliche Übersicht über seine Arbeiten von 1920 bis 1972 beigefügt (Lutz Röhrich, Gertraud Meinel).

C. H. Steckner

Geroldsecker Land

Jahrbuch einer Landschaft. Herausgeber der Ortenaukreis.

Die letzten Jahreshefte des „Geroldsecker Landes“ enthalten wieder eine Fülle von wertvollen Beiträgen. Wie immer bestechen sie durch ihre gefällige Aufmachung sowie die vielen teilweise farbigen Aufnahmen.

Heft 19 1977:

Chr. Bühler untersucht in „Die Familie der Geroldsecker“ die Herkunft des Geschlechtes, die Grundlagen seiner Herrschaftsrechte (Rodungsherrschaft) sowie die einzelnen Linien bis ins 16. Jahrhundert.

Mit der Baugeschichte der Kirche St. Peter und Paul in Wittelbach, besonders den in ihrem Chor freigelegten Fresken und ihrer Maltechnik befaßt sich A. Panther in seinem Festvortrag aus Anlaß der Restaurierungsarbeiten 1974–76. Ursprünglich war der ganze Chor der Kirche mit Szenen aus der Passion Christi bemalt. Die Zeit ihrer Entstehung läßt sich allerdings nicht eindeutig bestimmen (vielleicht 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts).

Viel Unbekanntes erfährt der Leser in dem Aufsatz von R. Liessem-Breinlinger, „Die Judengemeinde von Nonnenweier“, über die Beschränkungen, denen die dortigen Juden im 18. und noch im 19. Jahrhundert unterworfen waren, so von dem demütigenden Judenzoll, der außer den Juden nur von Sachen und Tieren erhoben wurde, von den Judenausschreitungen 1846, aber auch von

den Bemühungen der Regierung, die staatsrechtliche Stellung der Juden zu verbessern. Durch Abwanderung im 20. Jahrhundert schrumpfte die Gemeinde immer mehr zusammen, bis sie schließlich im 3. Reich gewaltsam erlosch. Aus ihr stammt der Mannheimer Rechtsanwalt und sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank, der im 1. Weltkrieg als Kriegsfreiwilliger fiel. Beachtenswert besonders in volkskundkundlicher Hinsicht ist die Arbeit von W. Hensle und R. Ritter, „Hofkapellen im Schwarzwald“. Sie untersucht den Ursprung und die Bedeutung der Hofkapellen, wo man sie findet, wie sie gebaut sind und beschreibt einige aus dem Geroldsecker Land. Leider zwingen die fortgesetzten Diebstähle die Besitzer, sie zu schließen, so daß man ihre künstlerische Ausgestaltung nicht mehr betrachten kann.

H. Schn.

Heft 20 1978

Anläßlich des Stauferjahres verfaßte Franz X. Vollmer den interessanten Aufsatz „Mahlberg im Stauferstaat“, in dem Mahlberg als einer der vier ortenaubischen Reichssteuer- und Verwaltungsmittelpunkte der Staufer gewürdigt wird. Georg Thürrer analysierte die Briefe Johann Peter Hebels in einem Aufsatz mit dem Titel „Der Brieffreund Johann Peter Hebel“. Mit der Geschichte des Bades St. Landolin in Ettenheimmünster beschäftigt sich Renate Liessem-Breinlinger. Die kurze Geschichte des Franziskanerklosters in Seelbach (1735–1813) beschreibt Fred Singler. Aufgrund gründlicher archäologischer Forschungen entwirft Karl List ein genaues Bild des merovingischen Königshofes Burgheim. In einer gründlichen Studie untersucht Robert Furtwängler Ettenheims Wappen, Brunnen und Bildnisse. Mit Seelbach als Verlagsort beschäftigt sich Emil Ell, indem er der Geschichte der Zeitschrift „Klio“ nachgeht, die von Gotthold Friedrich Stäudlin herausgegeben wurde.

Heft 21 1979:

Die Frühgeschichte der Stadt Lahr bis zum „Großen Freiheitsbrief“ von 1377 untersucht Christoph Bühler in seinem Aufsatz „Die geschichtliche Entwicklung der Stadt Lahr“. Er nimmt auch eine ausführliche Registrierung dieser wichtigen Verfassungsurkunde der Stadt Lahr vor. In ihrer Studie „Kinderarbeit im Lädlehaus“ geht Renate Liessem-Breinlinger einer besonderen Form der Heimarbeit in Lahr in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach. Einen Überblick über die Kunst in der

Ortenau gibt Willi Hensle in seinem Beitrag „Tausend Jahre Kunst in der Ortenau“. Mit Sebastian und Karl Fahrländer, die sich als deutsche Jakobiner einen Namen gemacht haben, beschäftigt sich Emil Ell in seinem Aufsatz „Ein Ettenheimer als Diktator des Kantons Fricktal“. Robert Furtwängler setzt seine Untersuchung über die Ettenheimer Wappen, Brunnen und Bildnisse fort, indem er vor allem zahlreiche Ornamente, Denkmäler, Handwerker-Berufszeichen, Brunnen und Wegkreuze in Ettenheim beschreibt. Mit dem Geisberg als Fundstelle für Achate beschäftigt sich Ingo Stengler in seinem mineralogischen Beitrag „Die Achatfundstelle Geisberg bei Schweighausen“.

M. Hildebrand

„Landkreis Rastatt – Heimatbuch“

Herausgeber: Landkreis Rastatt

Der ehemalige Landkreis Rastatt hat von 1961 bis 1972 zwölf Bände seines Heimatbuches „Um Rhein und Murg“ herausgegeben. Er wollte damit, wie Landrat Dr. Würfel sagte, „Menschen, Ereignisse und Landschaft des Kreises in Geschichte und Gegenwart darstellen“. Eine ähnliche Publikation waren die „Bühler Blauen Hefte“ des ehemaligen Landkreises Bühl. Nach der Kreisreform wurden diese beiden periodischen Veröffentlichungen durch eine gemeinsame ersetzt, die fortan den Titel „Landkreis Rastatt – Heimatbuch“ tragen und jährlich erscheinen soll. Da sie, wie die Vorläuferpublikationen, viele historisch aufschlußreiche Berichte bieten, seien sie hier kurz besprochen.

Band 1/74

Der Band 1 bringt einen Artikel über den neuen Landkreis Rastatt (von Landrat Dr. Würfel) und je einen Aufsatz über die Städte Bühl, Gaggenau und Rastatt (von den Oberbürgermeistern). Auch die Geschichte der Städte wird darin gestreift. Dann folgt ein heraldisch interessanter Aufsatz über „Das Wappen des neuen Landkreises Rastatt“ (S. 43–46) von Dr. Hansmartin Schwarzmaier. Aus Anlaß der 125jährigen Wiederkehr der Revolution von 1848/49 und der Eröffnung der Erinnerungsstätte im Rastatter Schloß widmen sich die übrigen 19 Darstellungen des 1. Bandes dem Ablauf der badischen Revolution in unserem Raume. Sie verdienen in diesem Rahmen besondere Beachtung. In ihrer Gesamtheit bieten die 19 einschlägigen Aufsätze das schillernde Bild einer Vielfalt von Lebensäußerungen in einer bewegten Zeit: mutiges und zaghaf-

tes, abenteuerliches und ängstliches Verhalten, Denunziantentum und aufrechtes Eintreten für andere.

Adolf Rentschlers Aufsatz „Den Deutschen werde ein Vaterland“, Untertitel „Vom deutschen Freiheitskampf in Baden 1848/49“, bringt zwar nichts Neues, ist aber eine angenehm lesbare knappe Zusammenschau der Vorgänge in Baden.

O. Gartners Beitrag „Die Bühler Bürgerwehr unter Leitung des Majors Ernst von Biedenfeld und sein Schicksal nach der Übergabe der Festung Rastatt 1849“ ist dagegen eine sehr ins Einzelne gehende und auch neue Aspekte erschließende Arbeit. Sie kennt keine Schwarzweißmalerei. Den Lebensweg von Biedenfeld lernt man ausführlich kennen. Wesentliche Dokumente werden zitiert. Aufschlußreich ist das Zahlenmaterial und die Belege für die „Begeisterung“ mancher Wehrmänner. Nicht nur altgediente Offiziere, auch viele Leute aus dem Volk wurden durch die Umstände in Rollen gedrängt, die ihnen gar nicht lagen. Ausführlich sind hier die Kapitulationsverhandlungen zwischen dem Festungskommandanten Tiedemann und dem preußischen General von der Gröben und der Übergabevorgang dargestellt. Das tragische Ende der Revolution und das Trauerspiel des Standgerichts mit dem bitteren Ende des Majors von Biedenfeld, „der keineswegs revolutionär gesinnt war“, wie sein Freund, der Arzt Dr. Walchner, schrieb.

Eine gute Ergänzung des Gartner'schen Beitrags über Major von Biedenfeld, sozusagen als Kulisse dazu, ist der Aufsatz „Bühl vor und während der 48er Revolution“ von Erika Schappeler. Die Darstellung nennt sich mit Recht „Ein Zeitbild“. Sie gibt Einblick in das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben Bühls in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts, ohne nach Vollständigkeit zu streben. Besonders erfreulich ist der kurze Abriß über das Schicksal des Bühler Freischärlers Adolf Martin.

M. Weber beschreibt in „C. B. A. Fickler, der Chronist der Jahre 1848/49“ liebevoll einen seiner Amtsvorgänger in Rastatt, einen Augenzeugen der Vorgänge in der eingeschlossenen Festung, den Professor Carl Borromäus Alois Fickler, den stockkonservativen gelehrten Bruder des revolutionären bürgerlichen Kaufmanns Joseph Fickler. Trotz konträrer politischer Auffassung rissen die brüderlichen Bande nie ab.

Gunter Kaufmann stellt den „Endkampf an der Murg“ dar, wie er sich unmittelbar vor der Einschließung der Festung Rastatt am 30. Juni 49 abspielte. Er erwähnt und zitiert dabei Augenzeugen und aktiv Beteiligte, die in diesem Zusammenhang sonst selten genannt werden, z. B. Friedrich Engels, Josef Moll und Leutnant Hauff. Das „Badische Wiegenlied“ von L. Pfau mit seiner zeitgenössischen Illustration beschließt den Aufsatz.

Meinrad Bittmann, selbst Michelbacher und jahrelang Bürgermeister dieser Gemeinde, untersuchte „Michelbach und die Revolutionsereignisse 1848/49“. Es ging ihm weniger um die militärischen Aktionen als um ein Einzelschicksal. Er verfolgte in den Akten des Generallandesarchivs die Gerichtsverhandlung gegen den Michelbacher Engelwirt Ruckenbrod. Daß man diese Lektüre mit recht zwiespältigen Empfindungen abschließt, liegt keineswegs am Autor, ist vielmehr in den mitgeteilten Fakten begründet.

Franz Kapplers „Streiflichter aus Gernsbach 1849“ zeichnen sich durch Detailreichtum aus, der den Personenkreis beider Lager vorführt.

Ähnlich quellenkundig verfolgt Adolf Hirth „Die Revolutionsjahre 1848/49 im »Widerstandsnest „Greffern““. Das Wort Widerstandsnest wird dabei wohl mit Recht in Führungszeichen gesetzt. Immerhin schenkte man von Seiten der Restauration einem Ort des Rheinübergangs auch bei bescheidenem Widerstand einige Beachtung. Ein recht typisches Einzelschicksal der Revolutionszeit bringt Wilhelm Dorff in seinem Aufsatz „Aus den Erinnerungen meines Urgroßvaters Theodor Hofstätter“. Das Leben des republikanischen Priesters und Pädagogen Karl Damm schildert (abgesehen von seinem letzten Lebensjahrzehnt) recht ausführlich Dr. Dietmar Greiser in seinem Bericht „Karl Damm – Ein Lebensweg vor dem Hintergrund der badischen Revolution 1848/49“.

„Josef Kilmarx – Ein junger Freiheitskämpfer aus Rastatt“ wird uns von Klaus Ziegler vorgestellt. Wir wissen nicht viel über diesen einzigen Rastatter unter den Hingerichteten; bewegend aber sind seine beiden Abschiedsbriefe, die er wenige Stunden vor seiner Erschießung im Angesicht des Todes schrieb.

Die letzten Stunden vor der „Hinrichtung des Theophile Mniewsky“ gehen aus dem Tagebuch des Bankiers F. S. Meyer aus

Rastatt hervor, das Schülerinnen (leider werden sie nicht namentlich genannt) aus Rastatter Gymnasien im Zusammenhang mit dem „Preis Ausschreiben des Bundespräsidenten zur 48/49er Revolution“ beschäftigte. Walter Ziegler berichtet darüber.

Sehr gut fundiert ist der Artikel von Dr. Engelbert Strobel über „Ludwig Uhland und das Standgericht in Baden 1849“. Er zeigt nicht nur die Stellungnahme des Juristen und Dichters zu den Standgerichten in Rastatt, Mannheim und Freiburg, sondern auch die Stimmung in den betroffenen und benachbarten Gebieten und die schon bald nach den Ereignissen zuerst zaghaft, dann immer offener werdenden Versuche (in Teilen der Presse), die Beweggründe der Revolutionäre von 1848/49 zu rechtfertigen. Über das Hin und Her um „Das Denkmal für die standrechtlich Erschossenen“, bis es endlich 1899 errichtet werden durfte und 1919 mit der ursprünglich vorgesehenen nicht genehmigten Inschrift versehen wurde, berichtet ausführlich die Arbeit von Hermann Kraemer. Der Aufsatz wurde aus einer früheren Publikation Kraemers übernommen. Es ist erfreulich, daß auf diese Weise der um die Erforschung der Rastatter Heimatgeschichte sehr verdiente Professor Hermann Kraemer wieder einmal in Erinnerung gebracht wird.

Was die drei Rastatter Museen über die Revolution von 1848/49 ihren Besuchern zu bieten haben, stellen folgende Autoren vor:

1. Walter Ziegler in „Das Heimatmuseum der Stadt Rastatt mit der Sammlung zur Revolution 1848/49“
2. Dr. Heinz Boberach in „Die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte im Schloß Rastatt“
3. Helmut Steigelmann in „Zeugnisse der Revolution 1848/49 im Wehrgeschichtlichen Museum Rastatt“.

„Einige Aspekte der badischen Revolution von 1849 in zeitgenössischer und moderner historischer Sicht“ führt Dr. Ludwin Langenfeld vor. Er geht dabei besonders auf die Ansichten des Heidelberger Geschichtsprofessors Ludwig Häusser ein, der (trotz zeitlich geringem Abstand) schon 1851 eine erstaunliche Nüchternheit in der Beurteilung der „Denkwürdigkeiten“ an den Tag legt. Dann zitiert Langenfeld aus den domo geschriebenen (meist in der Schweiz erschienenen) Rechtfertigungsversuchen einiger Beteiligter, z. B. aus den Veröffentlichungen von Miroslawski, Struve, Heinzen,

Brass, Becker und Essellen, Mördes, Zipp und Hecker. Als Vertreter der Moderne, die zu den Ereignissen Stellung nahmen, werden angeführt: Franz Schnabel, Theodor Heuss, Ricarda Huch und Veit Valentin. „Die badische Revolution 1848/49 in der Geschichtsliteratur“ heißt der letzte besonders lobenswerte Bericht im ersten Band des neuen Heimatbuches. Zum Thema 1848/49 wurden in der „Bibliographie zur badischen Geschichte“ alle Publikationen bis 1959 minutiös zusammengetragen (Lautenschlager und Schulz). Dr. Engelbert Strobel fügt nun mit seiner Arbeit die seit 1960 zu diesem Themenbereich erschienene Literatur an, soweit er sie ermitteln konnte. Somit bringt er die Bibliographie auf den neuesten Stand.

Band 2/75

Der Band 2/75 bringt wieder Beiträge von Bürgermeistern über ihre Gemeinden: Durmersheim, Gernsbach und Ottersweier. Auch sie geben mehr oder weniger ausführlich Geschichtliches über die Gemeinden wieder.

Franz Kapplers Aufsatz über „Die Gernsbacher Stadtbefestigung“ ist ein brauchbarer Führer zu den bescheidenen Überresten der mittelalterlichen Wehranlagen des ebersteinischen Amtssitzes Gernsbach.

In „100 Jahre Kreispflegeanstalt Hub – 100 Jahre Sozialdienst“ verfolgt Erika Schappeler-Honnef das Schicksal der Pflegeanstalt und ihrer Leiter, seit diese Sozialeinrichtung aus dem 300 Jahre älteren markgräflichen Fürstenbad hervorging. In der ansonsten recht breiten Darstellung wünscht man sich die Zeit zwischen 1901 und 1919 und erst recht die Ära 1933–1945 doch etwas ausführlicher behandelt.

Dr. Johann Hönl gibt in „Markgraf Ludwig Wilhelm von Baden und Markgräfin Sibylla Augusta“ den Lebenslauf dieses für unseren Raum so bedeutsamen Fürstenpaares in einem kurzen Abriß. Mit Details aus dem Lebensbereich und dem Heimatort der Markgräfin Sibylla Augusta von Baden beschäftigen sich hervorragende Sachkenner in den nachfolgenden Darstellungen:

Helmut Steigelmann „Eine fürstliche Frau – Dokumente aus dem Leben der Markgräfin Sibylla Augusta von Baden“. Er befaßt sich mit Eheglück und -leid, mit der „Soldatenfrau“, mit Regierungssorgen der Landesfürstin, mit der Prinzenziehung der

Mutter, mit der Lebensfreude und der tiefen Frömmigkeit der Barockfürstin und dem Ableben einer wahrhaft „fürstlichen Frau“.

Dr. Anna Maria Renner zeigt ein Beispiel barocker Schmuckfreude in „Kleinkunst in der Favorite der Markgr. Sibylla Augusta“.

Hans Leopold Zollner zitiert „Aus dem »Kunst-, Speiß-, Confitur-, und Medicinal«-Buch der Markgräfin Sibylla Augusta“, einem kulturhistorischen Leckerbissen, einige interessante und kuriose Rezepte.

Nachdem Alfred Wolf „Denkmäler und Erinnerungen an die badische Herrschaft in Schlackenwerth 1690–1787“ nachgewiesen hat, macht Dr. Heribert Sturm mit dem Leser einen „Streifzug durch die Geschichte Schlackenwerths“ und Josef Hubatschek berichtet über die „Patenschaft Rastatt Schlackenwerth“, die den heimatvertriebenen Schlackenwerthern helfen soll, ihr heimatliches Kulturerbe zu wahren und zu fördern, indem sich das im 18. Jahrhundert mit ihrer Heimat eng verbundene Rastatt als ihr neuer geistiger Mittelpunkt anbietet.

In seiner „Geschichte der ehemaligen Reichsabtei Schwarzach“ trägt Wilhelm Smets die Entwicklung des Klosters und den Lebensweg einiger seiner Äbte vor.

Speziellen Aktenstudien zur Geschichte der Klosterapotheke hat sich Adolf Hirth unterzogen für seinen Aufsatz: „Von der »Closterapothek« zur Kloster-Apotheke Schwarzach“.

Über den ungarndeutschen Politiker und Wissenschaftler Jakob Bleyer (1874–1933), dessen Vorfahren aus Au im Murgtal um 1780 nach Ungarn zogen, berichtet Heinz Bischof in „Jakob Bleyer – Vater der Ungarndeutschen“.

Einem Thema, das man selten bearbeitet findet, ist die Studie von Klaus Ziegler gewidmet: „Geschichte der alten Friedhöfe in Rastatt“. Vom ältesten Rastatter Friedhof um die Bernharduskirche führt die Entwicklung über den „alten Friedhof“ (1829 eingeweiht) auf dem Gelände des heutigen Krankenhauses zum „neuen Friedhof“ (1856 eröffnet) beim damaligen Fort B an der Ludwigsfeste. 1881 wurde östlich davon, sozusagen in der Verlängerung des neuen Friedhofes der Judenfriedhof an der Karlsruher Straße eingeweiht. Immer wurden neue Friedhöfe in Rastatt in einem Gelände nordöstlich ihrer Vorgän-

geranlagen angesiedelt. Das gilt auch für den neusten, den Waldfriedhof (1968 angelegt) bei der Fohlenweide.

Band 3/76

Dieser Band beginnt mit einer statistischen Übersicht „Der Landkreis Rastatt und seine Gemeinden“. Dann folgen wieder Beiträge über einzelne größere Kreisgemeinden (meist von ihren Bürgermeistern verfaßt), die auch die Geschichte der betreffenden Orte in gedrängter Form ansprechen: Bühlertal, Kuppenheim, Forbach und Bietigheim.

Eine weitere Gruppe von Aufsätzen befaßt sich mit den Partnerschaften des Landkreises und seiner Städte meist mit französischen Partnerstädten: Landkreis Rastatt – Vantaa (Finnland), Rastatt – Orange, Gaggenau – Annemasse, Gernsbach – Baccarat, Bühl Windeck Gymnasium – Lycée St. Jean d'Angély und Weitenung – Mattsee (Österreich).

Erika Schappeler-Honnef breitet in „Heilende Landschaft“ eine ganze Skala der verschiedensten Erholungsorte des Bühler Gebietes aus. Viele werden nur kurz erwähnt, andere eingehender beschrieben, bei einigen auf ihre Geschichte eingegangen. Am detailreichsten sind die Berichte über das Hub-Bad, das Kurhaus Sand und die Bühler Höhe.

Franz Kappler untersucht „Die Entwicklung des Fremdenverkehrs im Murgtal“. Er beschränkt sich dabei mit Recht auf die beiden ergiebigsten Beispiele, Bad Rotenfels und Gernsbach, deren Fremdenverkehrsgeschichte er sorgfältig aufzeigt.

Die Abhandlungen von E. Schappeler-Honnef und F. Kappler zeigen eine überwiegend historische Sicht. Sie werden durch drei im weitesten Sinne geographische Arbeiten gut ergänzt. So bietet Ruthard Hambrecht in „Straße und Landschaft“ eine Art Verkehrsgeographie der Erholungsgebiete im Landkreis Rastatt. Die Biologische Geographie und Ökologie kommen zum Tragen in „Natur- und Landschaftsschutzgebiete im Landkreis Rastatt“ von Karl Gutzweiler und Dr. Hans Ganter und in „Landschaftsraum Rheinaue“ von Heinz Bischof.

Der lokalen Postgeschichte gewidmet ist die Arbeit von Wolfgang Frey „Bühl und das Postwesen“. Seit Anfang des 17. Jahrhunderts ist in Bühl ein reguläres Postwesen verfolgbar. Daß ausgerechnet Fakten der

jungen und jüngsten Vergangenheit nicht exakt feststellbar waren (z. B. Beendigung des Postdienstes bei der Bühlertalbahn und der MEG) verwundert einigermaßen.

Auch Herbert Maier wendet sich in „Der »optische Telegraph« in Mittelbaden“ der Geschichte der Nachrichtenübermittlung zu. Sein Aufsatz beruht in erster Linie auf der sorgfältigen Arbeit von Henri Gachot über den Erfinder des optischen Telegraphen Claude Chappe. Wenn Chappes Telegraph auch sehr bald durch den elektrischen Telegraphen abgelöst wurde, so sicherte er doch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts Frankreich über „mehrere Jahrzehnte einen großen Vorsprung in der Nachrichtenübermittlung“. Den „Erdlauf des Malers und Volksschriftstellers Lucian Reich, des Jüngeren“ verfolgt Kurt Senn im letzten Aufsatz dieses Bandes: „Allem Schönen mit Herz, Hand und Verstand gedient.“ Lucian Reich (1817–1900) aus Hüfingen, mit seiner Schwarzwald-Baar-Heimat als Mensch und Künstler zeitlebens aufs engste verbunden, war 35 Jahre als Zeichenlehrer und Maler in Rastatt tätig. Eine Anzahl seiner Altarbilder in Kirchen des Kreises (besonders in Iffezheim) erinnern an ihn und seine Zeit in Rastatt. Anlässlich seines 75. Todestages wurde hier in der Pagodenburg eine Vielzahl seiner Schriften, Zeichnungen und Gemälde ausgestellt.

Band 4/77

Auch dieser Band beginnt mit der Kreisstatistik. Die folgenden Seiten nehmen Beiträge über einzelne Kreisgemeinden ein (wieder meist von deren Bürgermeistern verfaßt), die mehr oder weniger umfangreich auch Geschichtliches ansprechen. Die Aufsätze sind den Gemeinden Lichtenau, Muggensturm, Sinzheim und Weisenbach gewidmet.

Zu den umfangreichsten Arbeiten dieses Bandes gehört „Die Staustufe Iffezheim und ihre Vorgeschichte“ (S. 58–87) von dem leitenden Baudirektor Arnold Ruppel. Ein Blick auf die Staustufe „wird den Techniker mit Stolz, den Naturfreund jedoch mit Wehmut erfüllen“, sagt Ruppel einleitend. Sein aufschlußreicher Aufsatz ist denn auch in erster Linie eine Rechtfertigung des Technikers geworden. Die Eingriffe des Menschen in die oberrheinische Landschaft während der letzten 160 Jahre werden zunächst kurz dargelegt und müssen jedem Unvoreingenommenen auch als eine Not-

wendigkeit einleuchten. Freilich gibt Ruppel zu, daß noch manche Probleme auftreten werden bzw. noch nicht endgültig gelöst sind (z. B. im Zusammenhang mit der Erosion und dem Grundwasserspiegel). Entstehung und Funktion des Großprojektes werden ausführlich beschrieben. Wie notwendig die Wasserbaumaßnahmen am Rhein seit jeher waren, verdeutlicht der hervorragende Aufsatz über das vom Rhein 1583 vernichtete Dorf „Dunhausen“ von Franz Ruf. Selten liest man eine so sorgfältige und umfassende Arbeit über eine abgegangene Siedlung. Sie bringt alle nur denkbaren Punkte, die sich noch ermitteln lassen, bis hin zu dem Versuch, auch die ehemalige Gemarkungsgrenze zu rekonstruieren. Diese Arbeit ergänzt und revidiert einige der älteren zusammenfassenden Aufsätze über abgegangene Orte in Baden (z. B. A. Kastner und R. Stenzel). In „Eine römische villa rustica bei Gaggenau-Oberweier“ bietet Gerhard Hoffmann eine kurze, leicht verständliche Darstellung einer Sondiergrabung, über die er unter dem selben Titel ausführlicher in: „Die Ortenau“ (Jg. 1977) referierte.

Dr. Engelbert Strobel berichtet „Aus der Geschichte der Hofbuchdruckerei 1717–1860“. Diese Geschichte gibt außerordentlich interessante Aufschlüsse über kulturelle, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen dieses Zeitraumes im Bereich unserer Heimat. Besonders aufschlußreich sind die Vorgänge im Druckereigewerbe während des Rastatter Kongresses und (in einem gewissen Gegensatz dazu) während der Revolution von 1848/49. Sehr schön verfolgbar ist auch die Entwicklung des Rastatter Zeitungswesens vom „Rastatter Wochenblatt“ (gekürzter Titel) von 1763 bis zum „Badischen Tagblatt“ von heute. War auch die Zeitungsherausgabe verschiedentlich unterbrochen, so besteht doch seit 1763 eine gewisse Kontinuität hinsichtlich des Verlags- und Druckhauses, das unmittelbar aufeinanderfolgend mit den Familiennamen Schöll, Dorner, Sprinzing, Birks, Vogel und Greiser in Verbindung steht.

Obwohl Birks' Geschäft noch 1834 „im engeren Sinn nur von zwei Personen betrieben“ wurde, wies er stolz darauf hin, daß seine Druckerzeugnisse selbst von deutschen Kolonisten auf der Krim bezogen würden. Über das Schicksal dieser deutschen Kolonisten erzählt recht unkonventionell Fritz Schlick in seinem Aufsatz „Auswanderungen aus dem Landkreis Rastatt um 1800 nach Rußland“. Das tragische

Schicksal dieser Volksgruppe ist wahrlich einer Würdigung wert.

Ein Künstlerporträt schließt den Band. Udo Wasmer's Aufsatz „Der Maler Ernst Schneider aus Bühl“ würdigt die Arbeit und Leistung eines jungen südwestdeutschen Künstlers.

Gerhard Hoffmann

Das Markgräflerland

Arbeitsgemeinschaft Markgräflerland für Geschichte und Landeskunde e. V. und Hebelbund Müllheim e. V.

Heft 1/2 1978

Die Mühlen (Jgg. NF 9 (40))

Zur Hälfte besteht das Heft aus 21 Beiträgen über die Mühlen des Markgräflerlandes im Kandertal, am Feuerbach, am Hasel- und Engelbach, in Schliengen, im Wiesental und im Oberamt Rötteln. Behandelt werden bestehende und ehemalige Wassermühlen, Mahlmühlen und Mahlwerke mit Öltrotten, Hanfreiben, Walken und Lohnstampfen unter den Aspekten der Herrschaftsgeschichte, der Baugeschichte, der Geschlechterfolgen der Müller. Fritz Schülin schrieb die meisten kürzeren Artikel, Gudrun Welsch-Weis eine farbige Schilderung zweier Mühlen des Kleinen Wiesentals. Schülin's Bestandsaufnahme von Mühlenakten des GLA aus dem 18. Jahrhundert ergibt in 55 Standorten über 150 Mühlen verschiedenster Art mit Angabe der Besitzer für 1714 und 1773 – ein interessanter Einblick in die Vielseitigkeit der damaligen Mühlentechnik. Über die rechtliche Seite informiert eine abgedruckte Mühlenordnung von 1714, die Tarife, Löhne und Pflichten der Müller regelt.

Den zweiten Teil des Heftes bildet eine Würzburger juristische Dissertation: „Grundherrschaft im Markgräflerland“, eine auf Anregung des Schriftleiters F. Schülin entstandene Arbeit von Jürgen Springwald. Aus der Analyse der Dingrodeln (Archive Basel, Solothurn und Karlsruhe) entsteht ein Bild des Rechtsverhältnisses Grundherr-Grundhöriger im 14. und 15. Jahrhundert. Definiert und behandelt werden die Begriffe Dingrodel, Dinghof, Meier, Bannwart, Gebursam, Vogt, das mittelalterliche Dingrecht, Dinggerichtsbarkeit. Am Beispiel mehrerer Basler Grundherrschaften werden Organisation, Dinghofverfassung und Dinggerichtsbarkeit dargestellt. Von den 17 benutzten Quellen sind 8 Dingrodel (davon 7 nach J. Grimm) im Wortlauf abgedruckt. Dazu

kommen ca. 15 Quellen- und 175 Literaturangaben.

H. Bender bringt einen Überblick über „Heilquellen im Markgräflerland“, vor allem anhand der Bäder-Literatur der 1. Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Heft 3/4 1978

Sagen und Bräuche (Jgg. NF 9 (40))

Den ersten Platz nimmt mit Recht die Sammlung von rund 190 Sagen ein, die Paula Hollenweger vorlegt. Fast zwei Drittel davon hat sie erst in den letzten drei Jahrzehnten aufgenommen! Sie sind „so aufgeschrieben wie ich sie gehört habe“, z. T. in Mundart, mit Angabe der Gewährsleute. Aktuell wie diese Aufnahmen sind die Übersichten über neues und überliefertes Brauchtum: von Paula Hollenweger über den Jahresablauf, von F. Schülin über dörfliches religiöses Brauchtum im Kirchenjahr in Istein, von H. Brenner „Der Palmen“ im Hinteren Wiesental und von Gudrun Welsch-Weis „Rechtsbräuche und -sitten der Waldbauern bei der Hofübergabe im Kleinen Wiesental“. Vor dem endgültigen Verlust von Überlieferungen bewahrt A. Gugelmeier durch die Bestandsaufnahme alter Berufe, des Nachtwächters und des Wasenmeisters in Auggen. Mit mundartlicher Beschreibung und mit der Zeichnung erfaßt Ernst Schäfer bäuerliche Geräte, Teil einer längeren wertvollen Arbeit.

Zwei 1200 Jahre alte Siedlungen werden vorgestellt: Buggingen (M. Leppert) und Schliengen (F. Schülin), letztere unter rechtshistorischen Gesichtspunkten, Ergebnis von 30 Jahren Sammeltätigkeit und hier erstmals veröffentlicht (Herrschaftsverhältnisse und sozialer Wandel, Herbergsrecht, Wirtschaften, Familiennamen 16.–18. Jh.).

Einen summarischen Überblick über Ur- und Frühgeschichte des Gebietes bringt F. Schäck. Von E. Zürcher stammen die Beiträge über den „Erfinder August Zürcher aus Colmar“ und „Erinnerungen an meine Großmutter Henriette Bélier“. K. Fr. Rieber gedenkt des 1878 geborenen Malers Adolf Glattacker (Ohne Abbildung). Einen kritischen Rückblick auf die Heimatlyrik der Zwanziger Jahre mit Beispielen legt Helmut Bender vor. Es ist „eine Blütenlese“ lyrischer Landschaftsbilder, heute „mit anderen Maßen als den Unseren zu messen“ (R. Haaß, F. Eichrodt, M. Bittrich, K. Muser, Adolf Stöber, W. Frotteler, H. Vierordt u. a.).

Als gutes Beispiel der Denkmalpflege wird das Weingut Lindenhof in Müllheim vorgestellt; dazu ist auch die Restaurierung der Wandmalereien in der Kirche zu Betberg (Buggingen, s. o.) zu rechnen.

Wegen der Aktualität verdient ein Projekt des Schriftleiters Erwähnung: er bereitet seit längerer Zeit ein Heft vor „Unsere Zeitgeschichte von 1900–1950“ – eine Darstellung der selbsterlebten Epoche.

C. H. Steckner

Pforzheimer Geschichtsblätter

Folge IV. Hrsg. von der Stadt Pforzheim 1976.

Nach der letzten Folge aus dem Jahr 1971 erschien 1976 die Folge IV der Pforzheimer Geschichtsblätter (vgl. Bespr. in Die Ortenau 1971). In 15 Beiträgen wird in Pforzheims Vergangenheit zurückgeblendet, ohne daß nicht auch Ausblicke und Bezüge zur Gegenwart aufgezeigt werden.

In den zwei geschichtlichen Arbeiten von K. Ehmann („Die Waldgänge am nördlichen Schwarzwaldrand im 11. und 12. Jahrhundert und ihre Weiterentwicklung“ und „Reichsgüter und Dienstleute der Stauer im Umkreis von Pforzheim“) treffen wir auf die Grafen von Staufenberg (Gaugrafen der Ortenau), dem früher wohl begütertsten Geschlecht in der Ortenau. Als Ministerialen der Salier besaßen sie halb Pforzheim mit dem Marktrecht und verwalteten weiteren Besitz, der als Königsgut angesehen wird, im westliche Enzgau (im jetzigen Enzkreis) sowie im Ufgau. An der Waldrodung des nördlichen Schwarzwalds dürften sie beteiligt gewesen sein.

Bei der Beschreibung der Waldgänge nimmt die „Herrschaft Neuenbürg“ (Novo Castro) und die sechs Waldgangsorte (Hauptort Langenbrand) sowie der Raum Bötzingen-Dietlingen-Birkenfeld den größten Teil ein. „Dominium Novo Castro“ läßt an eine alte Burg denken. Vermutlich handelt es sich um die Burg Straubenhart. Der neue Gemeindename Straubenhart knüpft an die vormaligen Herren von Straubenhart an, die maßgeblich an der Erschließung dieses Königsgutes beteiligt waren. Die Burgen dürften auch im Zusammenhang mit dem Schutz von Bergbaurevieren angesehen werden. An weiteren Herrschaften werden die von Steinegg (im Biet), die Herrschaft „Eigen“ am Hagenschieß sowie die Herrschaft Eberstein (Herren von Eberstein ursprünglich wohl im Raum Bühl / Ottersweier ansässig) und die Grafen von Malsch

im Ufgau besprochen. In beiden Arbeiten geht es auch um Grenzen, die an der Nahtstelle von Baden und Württemberg lagen. Erst im 16. Jahrhundert wurden im Neuenbürger Gebiet Kondominate aufgehoben und die Grenze dadurch bereinigt. Am längsten blieben die ehemals Straubenhartschen Wälder gemeinsames Eigentum, wie wir Ähnliches auch in andern Landesteilen, z. B. in der Ortenau finden.

Die staufischen Reichsgüter, die außer dem Hochadel auch von Ministerialen verwaltet wurden, zerfallen in der Mitte des 13. Jahrhunderts. Nur wenige Ministerialengeschlechter konnten wie die Straubenhart und Steinegg eine eigene Herrschaft aufrichten.

Leider entsprechen mehrere der beigegebenen Karten nicht der Qualität der Abhandlungen. Unübersichtliche Grenzmarkierungen, der z. T. fehlende Maßstab sowie die ungenügende Entschlüsselung der Abkürzungen erschweren mit ihnen die Arbeit.

Der verstorbene Heimatschriftsteller O. Trost bietet den Aufsatz „Die Waldensersiedlungen in den württembergischen Nachbargebieten der Stadt Pforzheim“. Vor bald 280 Jahren wurden 1699 die ersten Waldenser aus Savoyen in Württemberg aufgenommen, nachdem sie über Generationen hin wegen ihres Glaubens (als Vorläufer der Reformatoren des 16. Jahrhunderts) verfolgt wurden. Die letzten Waldensersiedlungen im ehemal. Oberamt Maulbronn, die mit eigenen Namen als selbständige Gemeinden bestanden, schlossen sich 1972–1974 größeren Gemeinden an (Pinache, Kleinvillars, Serres). Der Waldensersführer Arnaud führte in Württemberg den Anbau der Kartoffel ein. – Dieser Beitrag über die Waldenser bleibt in immer aktuellem Bezug zu den Verfolgungen aller Zeiten, von denen unsere Zeit leider auch nicht ausgenommen wird.

Kleine Kulturdenkmale („Mord-, Sühne- und Unfallkreuze im Stadt- und alten Landkreis Pforzheim“) mit instruktiven Zeichnungen werden von G. A. Reiling (†) vorgestellt. Die Bedeutung bleibt meist im Dunkel. „Nur ein „es soll“ ist geblieben und damit die Möglichkeit der Sagenbildung“. Für viele Kreuze werden gleich mehrere Deutungsmöglichkeiten durch den Volksmund angeboten. Selbst die Zeichen (häufig Handwerkszeug oder Geräte als Hinweise auf den Beruf des Toten) lassen uns häufig mit einer eindeutigen Aussage im Stich.

Kurze Hinweise werden auf entsprechende Flurnamen gegeben. Außerdem werden die verschiedenen Formen der Kreuze aufgezeigt: Griechische, lateinische oder Passions- sowie Malteser-Kreuze. Grenz- bzw. Mark- und Gerichtskreuze konnte der Autor in dem besprochenen Gebiet nicht nachweisen.

Ein weiterer volkskundlicher Beitrag von G. A. Reiling beschäftigt sich mit *Ortsneckereien* („Von Seggeln, Russen, Reisbreifresern und Geißenschindern – gereimte und ungereimte Ortsneckereien“). Viele dieser Neckereien sind durch mundartliche Besonderheiten der einzelnen Ortschaften zustande gekommen.

Einen zeitgeschichtlichen Einblick gibt K. Jourdan mit dem Beitrag „Das Soziale Hilfswerk Pforzheim, seine Entwicklung, seine Stellung im sozialen Leben (1945–1971)“. Auch nach dem ersten Wiederaufbau nach der gründlichen Zerstörung Pforzheims im Februar 1945 blieb das Soziale Hilfswerk in Pforzheim für akute Notstände bis heute bestehen, während ähnliche Notgemeinschaften in anderen Städten nach der Erfüllung ihrer unmittelbar kriegsbedingten Aufgaben sich wieder auflösten. Der Autor deutet an, ob nicht die vorangegangenen Zerstörungen Pforzheims (Pest im 15. Jahrhundert, Brandschatzung durch Mélac 1689) ein tieferes Zusammengehörigkeitsgefühl bewirkten. Wegen ihres unbürokratischen Einsatzes, ohne anderen Wohlfahrtsverbänden zur Konkurrenz zu werden, kann die jährliche „Weihnachtssammlungs- und Neujahrsspendeaktion“ als Grundlage für das Soziale Hilfswerk Pforzheim anderen Städten ein Vorbild ein.

K. Ehmann („Die Pflanzenwelt unserer Heimat – Pforzheim und weitere Umgebung“) gibt in diesem Bericht eine Bestandsaufnahme der Pflanzen in den verschiedenen Lebensgemeinschaften (wie z. B. Nadelwald, Laubwald, Gewässer und Ufer u. a. mehr). – Vermißt wird bei diesen reichhaltigen Aufzählungen der einzelnen Pflanzen eine alphabetische (oder auch systematische) Ordnung.

Nebenbei sei zu der Pilzaufstellung bemerkt, daß der Kaiserling bei uns praktisch nicht mit dem Fliegenpilz verwechselt werden kann, da er hier nur höchst selten vorkommt. Der eßbare Gabelblättling (falscher Pfifferling) ist höchstens unter „wertlos“ (nicht „ungenießbar“) einzuordnen.

Amanita citrina ist nicht giftig, sondern wegen der Verwechslungsgefahr mit verwandten Knollenblätterpilzen zu meiden.

F. Nagel bespricht in seiner geistesgeschichtlichen Arbeit „Johannes Reuchlin und Nicolaus Cusanus“ Reuchlins Cusanus-Handschriften sowie in einem eigenen Kapitel „Reuchlins Gottesbegriff und die Philosophie des N. Cusanus“.

Mit den Briefen einer Pforzheimer Pfarrfrau aus der Zeit von 1810–1817 gibt O. Trost „Ein Blick auf das Leben von Alt-Pforzheim“ mit Ausblicken auf noch länger zurückliegende Zeiten bis zum 17. Jahrhundert, wobei in einem besonderen Abschnitt die evangelisch-reformierte Gemeinde in Pforzheim geschildert wird.

Zwei Nachrufe würdigen Oskar Trost und Erich Rex. – In vier weiteren biographischen Skizzen werden die Pforzheimer Johann Heinrich Edenberger, Bechtold Gottlieb Deimling, Johann Georg Friedrich Pflüger und die Kommerell vorgestellt.

G. Kreutz

Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins

herausgegeben von der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg

Sind Bände der ZGO anzuzeigen, steht der Rezensent immer vor der Qual der Auswahl. Im folgenden sollen nur Aufsätze besprochen werden, die die Geschichte der Ortenau unmittelbar betreffen.

124 NF 85 (1976)

Der Freiburger Historiker Eugen Hillenbrand untersucht „Stadt und Kloster Gengenbach im Spätmittelalter“. Dieser aus den Quellen gearbeitete und gut belegte Aufsatz druckt zum ersten Mal das Diplom Kaiser Karl IV. vom 5. Januar 1366 für die Stadt Gengenbach ab und vergleicht es mit den entsprechenden Urkunden für Offenburg und Zell. Hier ergänzt und korrigiert der Autor die grundlegenden Arbeiten von Karl Leopold Hitzfeld über Gengenbach (Vgl. R. End, „Das Benediktinerkloster in Gengenbach“, in: „Die Klöster der Ortenau“, 1978, S. 215–242, bes. 223 u. 225).

Die Miscelle von Julius Dorneich über „Die Führungsgeschichte der Katholischen Volkspartei in Baden 1869 nach ihrer Sozialstruktur“ enthält viele biographische Angaben zu mittelbadischen Landtags- und späteren Reichstagsabgeordneten. Sie ist

eine wertvolle Orientierungshilfe zur Frühgeschichte des Zentrums in Baden.

125 NF 86 (1977)

Unter dem provozierenden Titel „Hatte Grimmelshausen das Wort?“ setzt sich Manfred Koschlig kritisch mit Veröffentlichungen und Veranstaltungen zum Gedenkjahr 1976 auseinander. Er beklagt, daß die Stadt Renchen und die Grimmelshausenfreunde e. V. (G. Archiv in Renchen) mit verschiedenen Festschriften herausgekommen sind, anstatt – und der Autor richtet diesen Vorwurf auch an die Adresse des Historischen Vereins für Mittelbaden – alle finanziellen Mittel zu einer großen, wissenschaftlich fundierten regionalen Jubiläumspublikation zusammenzufassen (157 f.). Die schärfste Klinge indessen ficht der Autor mit Prof. Günther Weydt (vgl. „Die Ortenau“ 57, 1977, 59–64). Die äußerst heftige Kontroverse kann in all ihren Details nur von Spezialisten bewertet werden. Von Interesse für die mittelbadischen Grimmelshausen-Freunde dürfte noch die Würdigung der Veranstaltungen in Münster (Mai–Juli 1976, 165 ff.) sein.

Frieder Kuhn untersucht „Die französische Besetzung von Offenburg 1923/24“. Gemessen an der Bedeutung des passiven Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung durch französische Truppen, war die Besetzung von Teilen der Ortenau und speziell Offenburgs eher ein „Nebenkriegsschauplatz“. Leider wird der Autor seinem selbst gesetzten Anspruch, die Aktion weniger in „ihrem materiellen und quantitativen Umfang“, als „vielmehr in ihrer politischen und psychologischen Wirkungsweise“ zu beleuchten, nicht gerecht. Er resümiert bruchstückhaft die Geschehnisse und beschäftigt sich vor allem mit der Frage, warum die verantwortlichen Kommunalpolitiker, an der Spitze OB Holler (der am 28. Februar 1923 für einige Zeit verhaftet wurde), nicht zum passiven Widerstand aufrufen wollten oder konnten. Das ist psychologisierend, aber keine Analyse der psychologischen Auswirkungen der Besetzung. Dabei gibt es dafür eine Reihe von Anknüpfungspunkten: Der Preiswucher etwa, der Anschlag auf die Eisenbahn bei Willstätt wären einer genaueren Untersuchung wert gewesen. An den in solchen Ausnahmesituationen umlaufenden Gerüchten, wie hier dem von der Zusammenarbeit zwischen Franzosen und KPD (MdL Unger) nach den Unruhen in Lahr vom September 1923, darf man nicht vorbeigehen; sie hätten auf ihren Wahrheitsgehalt abgeklopft werden müssen.

Der aus einer Staatsarbeit erwachsene Aufsatz von Ernst Otto Bräunche über „Die Entwicklung der NSDAP in Baden bis 1932/33“ schildert die organisatorische Entwicklung der Partei, skizziert ihre wichtigsten Köpfe, analysiert die Wahlergebnisse und beschreibt die Landtagsarbeit seit 1928. Trotz einiger Schwächen, vor allem dem übermäßigen Zitieren aus der Sekundärliteratur, stellt die Arbeit einen reichen „Steinbruch“ für den interessierten Zeithistoriker dar. Der NSDAP gelang in Baden 1928 der Durchbruch. Ihre Schwerpunkte hatte sie in Nordbaden und im Landeskommis-särsbezirk Freiburg in Kehl. Seit den Landtagswahlen 1929 war Kehl stets mit Abstand der beste NSDAP-Amtsbezirk in Baden. Agrarisch-protestantisch strukturierte Gebiete waren überall in Deutschland besonders anfällig für die NS-Propaganda. Manchmal hätte sich der Leser ein noch feineres Raster gewünscht; die Schwierigkeit, regionale Geschichte zu schreiben, solange lokale Untersuchungen größtenteils fehlen, wird an diesem Aufsatz überaus deutlich.

Ferner sind anzuzeigen:

„Die Entstehung der Großherzogswürde in Baden“ von Marion Wierichs, „Die Kroninsignien der Großherzoge von Baden (Krone, Zepter, Zeremonienschwert)“ von Johann Michael Fritz u. Hansmartin Schwarzmaier, „Karl Mathy und die deutsche Frage im Vormärz und 1848/49“ von Ulrich Hochschild.

H. Raulff

Bücher

Hermann Braunstein, Der Dialekt des Dorfes Schutterwald (Ortenaukreis Grammatik und Wortschatz

Eigenverlag des Verfassers (1978)

Da es gegenwärtig Mode ist, Hauswände und Vorgärten mit Geräten der bäuerlichen Arbeitswelt zu schmücken, mag man denken, wenn man den obigen Titel liest, nun hat die rustikale Welle auch den Dialekt erfaßt. Doch darum geht es dem Verfasser nicht. Im Grunde widmet er sich einer Aufgabe, die von der wissenschaftlichen Forschung bis jetzt kaum angegangen worden ist, der Erforschung des Niederalemannischen im Bereich des Mittelbadischen. Dank genauer Kenntnis ist es dem Verfasser möglich, die Sprachlehre seines heimatlichen Dialektes zu beschreiben, seine Eigenheiten, die ihn vom Hochdeutschen

und dem der Nachbargemeinden unterscheiden, zu erarbeiten und durch Beispiele aus dem Alltagsleben zu veranschaulichen. In der bewährten Art der älteren Schulgrammatik behandelt er systematisch die Wortarten (Substantiv, Adjektiv, Verb etc.) und den Satz mit seinen Erweiterungen und Ergänzungen. Dabei zeigen sich all die Besonderheiten, die für das Niederalemannische kennzeichnend sind: die Beibehaltung des mittelhochdeutschen Lautstandes, die Erweichung von p, t, k zu b, d, g, das Fehlen des Präteritums und des Plusquamperfekts Aktiv, der präpositionale Genetiv u. a. Von besonderem Reiz sind die Zusammenstellungen „Dialektverben, die die Hochsprache nicht kennt“ und „Schutterwälder Dialektausdrücke“. Einige davon sind spezifisch Schutterwälderisch, die meisten jedoch im mittelbadischen Raum gängig. Sie beweisen, welche reichen Möglichkeiten der Nuancierung der Dialekte bietet besonders zur Bezeichnungen der Tätigkeiten des Alltags wie auch zur Charakterisierung einer Person. Es fällt auch auf, daß bestimmte Ausdrücke, die am Rande und in den Tälern des Gebirges noch gebraucht werden und vermutlich römischer Herkunft sind, fehlen (z. Pfulve = Kopfkissen). Und dann findet man da all die Kinderreime und Auszählspiele, die man schon längst vergessen glaubte. Schmunzeln hätte auch eine Zusammenstellung all der sprichwörtlichen Redensarten und der oft deftigen Vergleiche, die im Mittelbadischen geläufig sind, erzeugt; leider fehlen sie. Dem Verfasser sei für seine sorgfältige und gründliche Arbeit gedankt. Diesen Dank verdient er um so mehr, als die Mundart infolge der Schule und der Medien sowie einer gewissen Einbildung immer mehr an Verbreitung und Ansehen zurückgeht.

H. Schn.

Suso Gartner, Kloster Schwarzach (Rheinmünster)

Zu Geschichte und Sprachgeschichte der nördlichen Ortenau

Diss. Freiburg (1979)

Die Arbeit ist erwachsen aus der Beschäftigung des Verfassers mit der Geschichte des Klosters Schwarzach, die er in dem von W. Müller herausgegebenen Band „Die Klöster der Ortenau“ (1978) dargestellt hat. Im Zusammenhang damit steht der erste Teil der Dissertation, der die Schwarzacher Namen in den Verbrüderungsbüchern von Reichenau und St. Peter in Salzburg behandelt. So kann er nachweisen, daß der Konvent von Schwarzach in der ersten

Hälfte des 9. Jahrhunderts aus 26–28 Mönchen bestand und daß das Kloster dem alemannischen Sprachbereich angehörte.

Für den Heimatforscher liegt die Bedeutung der Arbeit in ihrem 2. Teil, der sich mit den Ortsnamen in der nördlichen Ortenau befaßt, dem Gebiet, das sich von Großweier bis etwa Hügelsheim erstreckt. Von 117 Ortschaften, einigen Einzelhöfen und Burgen (nicht Windeck und Yburg) hat der Verfasser systematisch die originale urkundliche Schreibung bis gegen 1550 zusammengetragen, hat den Lautstand der Namen zu beschreiben versucht und sie etymologisch erklärt und gedeutet, eine umfangreiche und in der Gründlichkeit der Untersuchung bewundernswerte Leistung. Viele gängigen Deutungen wurden in ihrer Richtigkeit bestätigt, von zahlreichen andern eine wohl richtigere vorgeschlagen. So erhärtet er die von A. Greule aufgestellte Behauptung, daß der Name „Mortenu“ auf einen keltischen Ortsnamen Mordunum zurückgehe, der durch Anhängung der Endung -owa (=Au) zum Namen einer Gegend wurde. Doch beschränkt sich der Verfasser bei seiner Arbeit nicht auf das Philologische, sondern er versucht auch unter Beiziehung der archäologischen Funde seine Erkenntnisse über die einzelnen Ortsnamen für die Siedlungsgeschichte nutzbar zu machen. Er glaubt, daß in der Frühzeit die fundarme Ortenau zur Zeit der Römer am stärksten besiedelt war. Zu den ältesten Ortsnamen gehören die -ingen (z. B. Helmlingen, Söllingen) und -heim-Namen (Hügelsheim, Scherzheim u. a.). Die meisten -weiler-Orte sind zwischen dem 7. und 11. Jahrhundert entstanden. Die auf -hurst oder -tung endenden Ortsnamen finden sich innerhalb des alemannischen Sprachbereiches so häufig, daß die Annahme, sie seien von Siedlern vom Niederrhein gegründet worden, nicht schlüssig ist.

Sicherlich können gegen diese oder jene Behauptung des Verfassers Einwendungen erhoben werden. Trotzdem verdient das Werk den uneingeschränkten Dank aller Heimatforscher der nördlichen Ortenau, denn es hat die Ortsnamenforschung für dieses Gebiet auf den gegenwärtigen Stand der Wissenschaft gebracht. Es bleibt der Wunsch, daß auch die südliche Ortenau bald eine gleiche Bearbeitung erfahre, sowie daß die verdienstvolle Arbeit von O. Heilig, Die Ortsnamen des Großherzogtums Baden (1906) ergänzt und berichtigt werde.

H. Schn.

Rainer Christlein, Die Alamannen
Archäologie eines lebendigen Volkes
Fotografie: Karl Natter und Irene Nägele
Konrad Theiss Verlag Stuttgart und Aalen
(1978)

Erich Lensing, Die Kelten
Entwicklung und Geschichte einer europäischen Kultur in Bildern
Herder Verlag Freiburg (1979)

Albrecht Greule, Vor- und frühgermanische Flußnamen am Oberrhein
Ein Beitrag zur Gewässernamengebung des Elsaß, der Nordschweiz und Südbadens
Beiträge zur Namenforschung Neue Folge.
Beiheft 10. Heidelberg 1973

Der Verfasser hat sich unter Fortführung der Arbeiten von H. Krahe, F. Langenbeck u. a. die Aufgabe gestellt, die Namen der Nebenflüsse des Rheins im Raume zwischen dem Ausfluß aus dem Bodensee und etwa Karlsruhe und zwar des Elsaß, der Nordschweiz und Südbadens in sprachlicher Hinsicht zu untersuchen und zu deuten. Dabei verzichtet er auf die mit -ach gebildeten Namen und beschränkt sich auf jene, deren Deutung der Forschung Schwierigkeiten macht. Für den Bereich der Ortenau sind dies die Acher, Durbach, Kinzig, Murg, Oos, Rench, Schutter und Unditz.

Zunächst beschreibt der Verfasser bei jedem der Flüsse kurz die geographischen Verhältnisse. Es folgen die Belege, die den Namen des Flusses selbst oder als Teil des Talnamens oder einer Ortschaft enthalten. Anschließend wird das Wort „aufgefächert“ und eingehend aus germanistischer und indogermanistischer Sicht behandelt. Dabei zeigt der Verfasser an vielen Beispielen Möglichkeiten sprachlicher Verwandtschaft bzw. Zusammenhänge. Der Heimatforscher, der meist nur über allgemeine philologische Kenntnisse verfügt, findet sich darin allerdings kaum zurecht, und die Absicht des Verfassers, eine endgültige Deutung herbeizuführen, scheint ihm nicht erfüllt. Ihm wäre eine Zusammenfassung am Schluß mit einer, sofern möglich, handfesten Erklärung des Namens erwünscht gewesen. Doch gelten für Dissertationen wohl andere Gesichtspunkte.

H. Schn.

Altes Handwerk und frühe Industrie im deutschen Südwesten
Ein Literaturbericht von Peter Assion, unter Mitarbeit von Wolfgang Mermann und

Heinz Plempe. Bezugsquelle: Badische Landesstelle für Volkskunde, Freiburg.

Diese Bibliographie stellt ein ausgezeichnetes Arbeitsmittel für alle dar, die sich in irgendeiner Weise mit dem Themabereich beschäftigen. Diese preiswerte und handliche Schrift, die auch drucktechnisch übersichtlich in 31 Positionen über 200 Titel umfaßt, ist in der Tat für den von besonderem Nutzen, der auf eine griffbereite umfassende Informationsquelle Wert legt. Berücksichtigt wurde bei der Erfassung aller Titel, die sich mit Handwerk, Handel, Industrie, Energiegewinnung und Verkehrswesen im südwestlichen Bereich von Pforzheim, Karlsruhe bis zum Hochrhein und östlich bis Singen und Schwenningen befassen, der Zeitraum von ca. 1800 bis 1977. Ausgewertet wurden auch die heimatkundlichen Beiträge in Zeitschriften und Ortschroniken, die damit einem größeren Interessentenkreis zugänglich werden. Die verdienstvolle Arbeit wird mit einem instruktiven Beitrag über die historische Entwicklung von Handwerk und Industrie im Oberrheingebiet von Peter Assion eingeleitet.

Franz Quarthal, Georg Wieland und Birgit Dürr: Die Behördenorganisation Vorderösterreichs von 1753 bis 1805 und die Beamten in Verwaltung, Justiz und Unterrichtswesen. Bühl 1977

Diese nach Inhalt und Umfang ansehnliche Veröffentlichung des Alemannischen Instituts in Freiburg (Nr. 43) besticht durch die klare Darstellung der Geschichte der Verwaltung der österreichischen Vorlande seit der Staatsreform Maria Theresias bis zum Preßburger Frieden (26. Dezember 1805) mit den nachfolgenden Abtretungsverhandlungen. Hinsichtlich der Ortenau, die 1771 übernommen wurde, ist die Tatsache interessant, daß sie nicht in die bestehenden Ständegruppen einbezogen wurde.

Zwei Randbemerkungen: Der Vf. bemerkt (S. 131), daß der frz. König, gezwungen von seinem von Jakobinern bestimmten Kabinett, am 20. April 1792 Österreich den Krieg erklärt habe. Wohl waren einige Jakobiner in den Ämtern, aber das Ministerium setzte sich aus den Freunden Brissots, den Girondisten zusammen. Es war Brissot, der am 16. Dezember 1791 vor dem Konvent seine Rede für den Krieg hielt. Und es war Robespierre, der am 2. Januar 1792 als Rufer in der Wüste gegen einen Krieg zum damaligen Zeitpunkt mit der berühmten Devise auftrat: „Niemand liebt die bewaffneten Missionare“. Im übrigen brauchte man den König auch nicht zur Kriegserklärung zwingen,

denn er und Marie Antoinette trugen selbst erheblich dazu bei, daß er ausbrach. Bei der erwarteten Niederlage sollte er die Dinge für sie wieder zum Guten wenden.

Mathias Föhrenbach (S. 146) – sicher nicht identisch mit dem im Register für diese Seite genannten Matthäus Fehrenbach – war nicht in Waldkirch, sondern in Waldshut Syndikus, bevor er 1803 in das Kollegium der Landrechte als Rat berufen wurde.

Der zweite und umfangreichere Personalteil mit seinen über 5 000 Einzelnachweisen vertieft mit seiner großzügig gehandhabten übersichtlichen Gliederung den im ersten Teil gewährten Einblick in den Aufbau der Behördenorganisation. Die Vf. weisen darauf hin, daß für diesen Teil nicht in dem gewünschten Umfange auf handschriftliches Material zurückgegriffen werden konnte, da fast sämtliche Personalakten der vorderösterreichischen Regierung von der Ausscheidungskommission Badens, Bayerns und Württembergs 1806 bei Günzburg auf offenem Feld verbrannt wurden. Die Grundlagen für den Personalteil bilden die vö. Personalschematismen, die mit Lücken von 1768–1797 erhalten sind. Es bleibt hier die Mitarbeit der Historiker und Heimatforscher, die Lücken zu füllen. Vor Gebrauch des Personalteils empfiehlt es sich, die Benutzungshinweise zu lesen, aus denen hervorgeht, daß die Schematismen bei den niederen Dienstgraden nur in geringem Umfange ergänzt wurden. Die Amtszeit der unteren Ränge reicht oft nur bis 1797 oder 1799, da die Jahreszahlen mit den Schematismen abschließen. Bei der Benutzung des Handbuchs ergibt sich dabei jeweils die Frage, ob der Stelleninhaber zum angegebenen Datum nun ausgeschieden ist, oder ob der Schematismus da endet. Eine flüchtige Durchsicht der Namen im Breisgau zeigt, daß wohl der Großteil noch länger im Dienst stand, ohne daß dies angedeutet wird. Bedauerlich ist, daß die Stadtmagistrate personalmäßig nicht wenigstens mit den wichtigsten Ämtern aufgeführt wurden, was z. B. doch für die Stadt Freiburg nicht zu schwierig sein könnte. Es ist nicht verständlich, warum bei den Landständen im Breisgau das Verzeichnis des vö. Prälatenstandes im Breisgau nach dem Verzeichnis von 1785 nicht weitergeführt wurde, so daß beispielsweise der Abt Speckle von St. Peter wohl das Assessor bis 1802 genannt wird, aber nicht als Nachfolger des Abtes Steyrer erscheint. Nach dem Direktorium der Ritterschaft im Breisgau hätte man sich an dieser Stelle ein Verzeichnis der ritter-

schaftlichen Mitglieder gewünscht oder mindestens einen Hinweis, daß ein Verzeichnis am Schluß des Kartenteils auf S. 534 aufgeführt ist, wo man es nicht unbedingt sucht. Doch ist dort die Übersicht nach dem Stande von 1790 ohne Ergänzung aufgeführt. Die Bemerkung auf dem Klappentext, daß der Band ein unentbehrliches Hilfsmittel für Landeshistoriker bedeute, darf man zustimmen. Für die erwähnten Genealogen hat er allerdings wegen fehlender Angaben über Herkunft etc. nur einen beschränkten Wert. Dagegen ermöglicht der Personalteil die Identifizierung der in den Akten oft schwer lesbaren Namen.

Dr. E. Dittler

Franz X. Vollmer, Vormärz und Revolution 1848/49 in Baden

Modelle zur Landesgeschichte. Verlag Moritz Diesterweg, 1979.

Günter Cordes, Krieg, Revolution, Republik. Die Jahre 1918 bis 1920 in Baden und Württemberg

Eine Dokumentation. Herausgegeben vom Hauptstaatsarchiv Stuttgart. Vaas Verlag Ulm, 1978.

Zwei Dokumentationen über zwei bedeutende revolutionäre Epochen, doch recht unterschiedlich in ihrer Konzeption. Vollmers Buch, für den Unterricht gedacht, weist schon im Untertitel „Strukturen, Dokument, Fragestellungen“ auf den weiter gespannten einer Darstellung hin, die eigentlich keine Frage nach dem Sinn dieser Dokumentation unbeantwortet läßt. Die Revolutionsgeschichte von 1848/49 ist für den Verfasser nicht nur ein historisches, sondern auch ein politisches Problem; er schließt seine Einführung mit der bemerkenswerten Feststellung: „Wenn es keine parlamentarische Alternative mehr gibt, ist Kampf für die Freiheit nicht nur erlaubt, sondern Pflicht.“ Das Schwergewicht liegt auf der Darbietung von Quellen, aber es werden „zu jedem Ereignis und zu jeder Entscheidungssituation – wenn die Quellenlage dies immer ermöglicht – drei verschiedene Interessenstandpunkte präsentiert, um die Aufforderung zu Rollenwechsel, zu Sich-in-die-Interessen-und-Bewußtseinslage-anderer-Hineinversetzenkönnen und schließlich zu echter Urteilsfähigkeit zu verwirklichen“. Der Stoff wird systematisch bebildert und übersichtlich mit Angaben der Quellen und der fachwissenschaftlichen Literatur, mit

Schilderungen, auch Kurzbiographien sowie tabellarischen Übersichten und schließlich mit Denkanstößen, also in einer vorzüglichen, optimalen und nachahmungswerten Methode dargeboten. Alles in allem eine begrüßenswerte Neuerscheinung, die nach Inhalt und Darstellung auch jeden Historiker interessieren wird.

Die Dokumentation „Krieg, Revolution, Republik“ bietet in 9 Abschnitten sehr viel Material in Wort und Bild für die Zeit vom 1. Weltkrieg bis zur Republik. Jedes Kapitel ist mit einem einleitenden Text versehen. Während die Dokumentation von 1848/49 der Vorgeschichte der Revolution unter Einbeziehung der sozialen Frage einen angemessenen Platz einräumt, tritt bei Cordes das Kapitel „Krieg“ mit einem Zehntel des Textteiles etwas in den Hintergrund. Schon rein optisch sticht die gut lesbare Thronrede von Kaiser Wilhelm II. gegen das kleingedruckte Flugblatt des Landesvorstandes der Sozialdemokraten Württembergs vom Juli 1914 ab.

Zu den allgemein interessierenden Dokumenten zählen Reden wie die des Reichswehrministers Noske vom 5. August 1919 vor der Reichswehrbrigade 14 in Karlsruhe oder beispielsweise das Wahlplakat der Deutschnationalen Volkspartei (1919) mit Zionstern und Hakenkreuz. Die Ortenau ist u. a. mit vier aus dem Nachlaß von Adolf Geck im GLA Karlsruhe entnommenen Aufrufen vertreten, die den Arbeiter- und Soldatenrat und einen Wahlauftrag der Unabhängigen Sozialdemokraten in Offenburg betreffen.

Zum Text nur wenige Anmerkungen. Cordes betont, daß die Matrosenunruhen an der deutschen Küste auf die „nichtbadischen“ Truppenteile der Ersatzgarnisonen Offenburg und Lahr am 7. Oktober übergegriffen hätten (S. 54). Abgesehen davon, daß auch dort Badener beteiligt waren, wurden ja auch die Garnisonen mit badischen Truppenteilen von der Revolution erfaßt. Daß beispielsweise der Umsturz in Karlsruhe erst am 9. November stattfand, lag mit daran, daß Kieler Matrosen, darunter der Karlsruher Hermann Schehr, wegen einer vorübergehenden Festnahme erst spät am Vortag ankamen. Außerdem hatten die Unabhängigen die Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten erst für den 11. November geplant. Aber schließlich waren ja umgekehrt beim Kieler Aufstand vom 3. und 4. November, der leider in der Zeittafel nicht vermerkt ist, selbstverständlich auch Bade-

ner beteiligt, wie z. B. der Wachtmeistermaat Lamm, der als Delegierter des Kieler Soldatenrates seinem Landsmann Adolf Geck in Offenburg über die dortigen Ereignisse berichtete. Und der Karlsruher Matrose Schehr hatte in Wilhelmshaven „in der Propaganda, ebenso bei der Bildung von Demonstrationen und Soldatenräten“ eine Rolle gespielt (Oeftering). Was die weitere Bemerkung des Vf. betrifft, daß sich am 9. November in Karlsruhe „erst am Abend überaus zögernd eine Soldatenversammlung formierte“, so berichtet wiederum Oeftering: „Der Bahnhofplatz war gedrängt voll Soldaten...“, keine Bemerkung, daß sie nur zögernd zusammengekommen seien. Während sich die Parteiführer im Rathaus versammelten, drängten sich die Massen auf den Straßen; und während des Marsches vom Bahnhof zum Rathaus, wobei sich der Stadtrat Sauer mit dem Unabhängigen Brümmer bereits am Bahnhof über die Bildung eines Ausschusses verständigt hatten, wurde man sich im Rathaus über die Bildung eines Wohlfahrtsausschusses einig. Der nicht anwesende Sauer wurde zum Obmann ernannt. Bei Ankunft des Zuges gab der Unabhängige Böpple sofort bekannt, man habe einen Arbeiter- und Soldatenrat gebildet und wolle im großen Rathaussaal tagen. Man wird kaum belegen können, – falls man dieser Frage überhaupt Bedeutung beimessen will –, daß der Soldatenrat später als der Wohlfahrtsausschuß gebildet wurde. Festzuhalten bliebe lediglich, daß sich der Soldatenrat als revolutionäres Organ der versammelten Soldaten konstituierte, während der Wohlfahrtsausschuß ein Gremium – in der Zusammensetzung teilweise zufallsbedingt – von Politikern, Parteileuten und Gewerkschaftssekretären war, das zusammengetrommelt worden war, um die Entwicklung in den Griff zu bekommen.

Eberhard Gönner weist im Vorwort auf die Aktualität des Themas hin: „Die politischen Gegensätze, die in der russischen Revolution von 1917 aufgebrochen sind und auch in der deutschen Revolution von 1918 offenbar wurden, bestimmen bis auf den heutigen Tag die europäische Geschichte.“ Doch die Novemberrevolution brachte keine entscheidende soziale Wandlung: „Von dieser Revolution ist keine Initialzündung für eine neue soziale und verfassungsgeschichtliche Entwicklung ausgegangen, aber sie hat bestehende Trends verstärkt und beschleunigt.“

Dr. Erwin Dittler

Die CDU in Baden-Württemberg und ihre Geschichte, hrsg. von Paul-Ludwig Weinacht.

Mit einem Geleitwort von Hans Filbinger. Stuttgart u. a. Kohlhammer, 1978. (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg, hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung, Bd. 2)

Nach der von Bausinger, Eschenburg u. a. herausgegebenen Landeskunde Baden-Württemberg (1975) legt jetzt die Landeszentrale für politische Bildung den zweiten Band ihrer Schriften über die CDU im Südwesten vor. Bände über die SPD und die FDP/DVP werden folgen. Der Herausgeber Paul Ludwig Weinacht und seine Mitautoren haben hier ein unentbehrliches Nachschlagewerk über die CDU geschaffen, das in der Gliederung den einzelnen Landesverbänden (Südbaden, Nordbaden, Nord-Württemberg, Württemberg-Hohenzollern) und den zeitlichen Abschnitten „Geschichte“ 1869–1945, Nachkriegszeit 1945–51, Baden-Württemberg 1952–1971/72, alleinige Regierungsverantwortung 1971/72–1977 folgt. Dabei machen die Autoren deutlich, daß die historischen Wurzeln der CDU in die katholischen und evangelischen Parteien des 19. Jhs. zurückreichen, daß die These von der „Neugründung“ nach der Katastrophe von 1945 in ihrer Ausschließlichkeit also revidiert werden muß; dennoch erscheint dem Rezensenten das historische Kapitel (Teil A) zu kurz geraten.

Während der Historiker zeitliche Distanz zum Geschehen als unerläßliche Arbeitsvoraussetzung betrachtet und auf die Öffnung der Archive wartet (vielleicht auch vor jüngsten und noch aktuellen Themen zurückscheut), bezieht Weinacht, Professor an der PH in Freiburg, mit dem Mut des Politologen sogar noch die Vorgänge um den Rücktritt von Hans Filbinger als Ministerpräsident im Spätsommer 1978 in seine Einführung ein. Obwohl mit seinen Sympathien auf Seiten der CDU, gelingt ihm in der Auswertung der publizistischen Kontroverse („Der Spiegel“, „Die Zeit“ – „Rhein. Merkur“) eine ausgewogene Darstellung. Da die baden-württembergische CDU den Wechsel von Filbinger zu Lothar Späth relativ reibungslos überstanden hat, dürfte inzwischen auch die noch unter dem Eindruck der Ereignisse getroffene pessimistische Vorausschau für die Partei gegenstandslos geworden sein (29 Anm. 46).

H. Raulff

Im Dienst an der Republik. Die Tätigkeitsberichte des Landesvorstandes der Sozialdemokratischen Partei Badens 1914–1932.

Hrsg. v. Jörg Schadt unter Mitarbeit von Michael Caroli. Stuttgart u. a. Kohlhammer, 1977.

Der Herausgeber und Bearbeiter dieser Quellenedition Jörg Schadt hat sich bereits durch seine bisherigen Publikationen¹ als hervorragender Kenner der jüngsten Geschichte des deutschen Südwestens erwiesen. Dieser Band nun stellt in Einleitung, Edition und Anhang ein vorzügliches Hilfsmittel zum Einstieg in die Geschichte der SPD Badens dar. Schadt skizziert Personen und Aufgabenfeld des Landesvorstandes, umreißt die organisatorische Entwicklung der Partei von den Anfängen bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung und leistet im Anhang mit zahlreichen Übersichten und Statistiken echte Grundlagenarbeit. Für die vielfältigen bio- und bibliographischen Hinweise wird der Leser besonders dankbar sein.

Offenburg hat für die badische Sozialdemokratie eine wichtige Rolle gespielt: Schon in der Revolution 1848/49 war die Stadt dank ihrer zentralen Lage zwischen Mannheim und Lörrach/Bodenseeraum bevorzugter Treffpunkt der Demokraten (vgl. auch den Aufsatz über Wilhelm Engelberg in diesem Band); in Zeiten der Illegalität während der bismarckschen Sozialistengesetze und unter dem nationalsozialistischen Regime war Offenburg Umschlagplatz für Literatur und Informationen (zwei Themen übrigens, die dringend der historiographischen Aufarbeitung bedürfen). Und schließlich stammt Adolf Geck, der Nestor der badischen Sozialdemokratie, aus Offenburg.

Die Edition setzt die Reihe „Veröffentlichungen des Stadtarchivs Mannheim“ fort², die durch das finanzielle Engagement Mannheims ermöglicht wurde.

H. Raulff

¹ J. Schadt: Die Sozialdemokratische Partei in Baden von den Anfängen bis zur Jahrhundertwende (1868–1900). Hannover 1971. (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 88). Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte. Hrsg. von J. Schadt und Wolfgang Schmierer, Stuttgart u. a. (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württemberg, B 1.3).

² Bisher erschienen:

H.-J. Fliedner: Die Judenverfolgung in Mannheim 1933–1945. Bd. 1: Darstellungen, Bd. 2: Dokumente. Mannheim 1971.
J. Schadt (Bearb.): Verfolgung und Widerstand unter dem Nationalsozialismus in Baden. Die Lageberichte der Gestapo und des Generalstaatsanwalts Karlsruhe, 1933–1940. Stuttgart u. a. 1976.

Ingeborg Hecht, In tausend Teufels Namen. Hexenwahn am Oberrhein.

Verlag Rombach, Freiburg (1977)

Die kleine Schrift gibt eine konzentrierte Übersicht über den Hexenaberglauben und seine Folgen für das Land am Oberrhein, gesehen vor dem Hintergrund einer an Zeit und Ort nicht gebundenen Erscheinungsform verdrängter archaischer menschlicher Eigenschaften.

Der überlieferte Hexenruf „In tausend Teufels Namen“ steht im Titel. Der selbst leidvoll erlebte „Wahn unseres Jahrhunderts“ lieferte der Verfasserin Anlaß und Thema des Buches.

Die geistigen und formalen Grundlagen für die Hexenverfolgung werden aufgezeigt: die Papstbulle von 1484, die Carolina von 1532 und der Hexenhammer des Heinrich Institoris von 1487. An verschiedenen Orten lokalisierte Hexensagen (Schiltach, Oberndorf, Freiburg) zeichnen das Bild der Hexe im Mittelalter. Ausführliche Beispiele aus Baden belegen die am Ende des 14. Jahrhunderts einsetzenden Massenverfolgungen und Ermittlungen nach vorgegebenen Anklagepunkten und Fragenkatalogen, wie sie sich in Prozeßprotokollen und Stadtchroniken niedergeschlagen haben (Baden-Baden, Offenburg, Freiburg etc.). Dem Verlauf des Hexenprozesses ist ein Kapitel gewidmet, das den „Teufelskreis“ von Inquisition und weltlicher Gerichtsbarkeit aufzeigt, dem die einmal Verdächtigten kaum je entkommen konnten. Kernstück jedes Prozesses war die Wahrheitsfindung durch Folter, das Verhör des Angeklagten an erster und der von ihm genannten Mitschuldigen an zweiter Stelle.

Als Auslöser für die allmähliche Besinnung werden vorgestellt Friedrich von Spee, der Jesuit, und Christian Thomasius, der aufgeklärte Jurist und Philosoph an der Universität Halle, die aber am Oberrhein erst spät Gehör fanden.

In seinem Beitrag über „Bock und Sündenbock – Das Zeichen und das Bezeichnete“ zieht Johannes Werner den Bogen von Hexenwahn zu Judenverfolgung. Er zitiert u. a. Egon Friedell, der die Hexenverfolgung u. a. aus verdrängter Sexualität zu erklären versuchte.

Ein zum Nachdenken anregendes Buch.

C. H. Steckner

Heinz Kneile, Stadterweiterungen und Stadtplanung im 19. Jahrhundert – Freiburg–Lahr–Karlsruhe–Mannheim

Auswirkungen des ökonomischen und sozialen Strukturwandels auf die Stadtphysiologie im Großherzogtum Baden

Veröffentlichungen aus dem Archiv der Stadt Freiburg i. Br. 15/1978, 16 Abb. – Im Kommissionsverlag der Wagnerschen Universitätsbuchhandlung Freiburg

Die Reihe der Veröffentlichungen aus dem Stadtarchiv Freiburg wurde mit einer Publikation fortgesetzt, die der Stadtgeschichtsforschung des Oberrheingebietes neue Bereiche erschließt. Archivdirektor Dr. Franz Laubenberger ist es zu danken, daß die 1976 bei dem Freiburger Univ. Professor Dr. Erik Forssmann erarbeitete Dissertation über Stadterweiterungen und Stadtplanung im Großherzogtum Baden in geraffter Fassung herausgegeben und damit einem größeren Interessentenkreis zugänglich gemacht werden konnte. Der Verfasser Dr. Heinz Kneile wertete Bild- und Quellenmaterial der im Titel genannten Städte nicht nur aus, um die städtebauliche Entwicklung Freiburgs während des 19. Jahrhunderts darzustellen, sondern auch um im Vergleich mit Lahr, Karlsruhe und Mannheim die Wechselwirkungen zwischen Stadttyp, Bevölkerungszunahme, sozialer Schichtung und wirtschaftlicher Funktion der Stadt im 19. Jahrhundert zu verdeutlichen.

Daß die tiefgreifenden Veränderungen politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art jener Zeit auch Auswirkungen auf das Bild der badischen Städte haben mußten, ist leicht zu verstehen, brachten doch die einsetzende Industrialisierung mit enormer Ausdehnung der Produktionsanlagen und die damit verbundene Massierung von Einwohnern neuartige Probleme für die Stadtplaner mit sich, die es mit den Mitteln der damaligen Zeit zu bewältigen galt.

Welche Rolle der großherzogliche Staatsbaumeister Friedrich Weinbrenner bei der Entwicklung der Stadtplanung in Baden

spielte, läßt sich an seinem Erweiterungsplan für die Residenzstadt Karlsruhe ablesen. Einem ganz auf das Schloß des Regenten hin orientierten Gemeinwesen des 18. Jahrhunderts setzte Weinbrenner nun südlich die in sich ruhende Bürgerstadt mit dem Marktplatz als Gegenpol zum Schloß gegenüber. Von Palladio deutlich beeinflusst, gestaltete Weinbrenner Freiräume, die er abrupt und kantig aufeinanderstoßen ließ und deren schmale Achsenperspektive den breit-monumentalen Platzabschluß der barocken Plätze ablöste. Auch an anderen Beispielen weinbrennerischer Stadtplanung (Lahr und Kehl) ablesbar, entwickelte sich übrigens die völlig isolierte Stellung eines Repräsentationsbaues ohne symmetrischen Gegenpol für das ganze 19. Jahrhundert zur tragenden Gestaltungsidee bei Platz- und Monumentalbau-Anlagen.

Drückende Wohnungsnot zwang 1824 die Freiburger Stadtväter, dem Kreisbaumeister Christoph Arnold den Auftrag zu einer Stadterweiterung im Norden (Zähringer Vorstadt) zu erteilen, die dem Wiederaufbauplan Kehls in vielen Bezügen frappant ähnelte. Durch genaue Bauvorschriften entstand – ähnlich wie in Karlsruhe – eine weiträumige Vorstadt mit praktischen Torfahrrhäusern neben freistehenden Villen, die reiche Bürger zum Wohnen lockten. Die bürgerliche Oberschicht strebte nun aus der Stadtenge hinaus ins freie Naturvorland. Ein letztes Zeugnis weinbrennerischer Städtebaukonzeption! Auch die erst nach 1840 entstandene Freiburger Stephanienvorstadt zwischen Martins- und Dreisam stieß in die unbebaute Natur hinaus und überwand endgültig jede mittelalterliche Enge. Mit inselartigen Erweiterungen der Zähringer Vorstadt nach Osten erschöpfte sich dann diese Art der Stadtausweitung.

Im Gegensatz dazu begann sich im Süden Freiburgs eine schmucklose, unregelmäßig bebaute Streusiedlung kleiner Handwerker, Rebleute und Tagelöhner im Straßendorf Wiehre zu entwickeln. 1844 versuchte man, diese Entwicklung in dem Unterschichtenstadtteil mittels Bauplanung in den Griff zu bekommen und allgemein ein gutes städtisches Straßennetz auszubauen. Ähnliche Phänomene sind bei den anderen badischen Städten erst zusammen mit der Hochindustrialisierung nach 1862 zu beobachten.

Nicht ganz so glücklich verliefen dann die Stadterweiterungen, als liberalere Gesetze die Einwohnerzahlen hochschnellen ließen.

Langweiligere Rechteckinseln und das Außerachtlassen ästhetischer Gesichtspunkte in Karlsruhe, Mannheim und Freiburgs südwestlichem Stadtteil begünstigen eine Bebauung, die dem Profitstreben der vermietenden Hausbesitzer und den kletternden Bauplatzpreisen entsprachen.

Der industrielle Aufschwung zog bei Fabrikanten oft ein Patronatsdenken nach sich. Wie Väter einer großen Fabrikfamilie versuchten sie mit sozialen Einrichtungen und Arbeiter-Reihenhäusern für ihre Beschäftigten zu sorgen. Diese Einstellung erlahmte jedoch rasch, als der Konkurrenzdruck zunahm, der Arbeiterbedarf schneller als der Wohnraum wuchs, die äußeren Bedingungen der Beschäftigten sich zusehends verschlechterten und die Arbeiter durch zunehmende Politisierung ein Klassenbewußtsein entwickelten. Musterbeispiel einer solchen Fabrikarbeitersiedlung weit von der Stadt wurden ab 1868 die von dem Knopffabrikanten Risler errichteten „Knopfhäusle“ am Freiburger Meßplatz, angelegt in vier Doppelhaus-Langreihen mit vorgesetzten Hausgärten: Vorbild für ähnliche Anlagen in Karlsruhe, Lahr und der Freiburger Freiau. Von dieser Idee schienen auch in neuen vornehmeren Stadtvierteln Freiburgs die Doppelvillen mit kleinen Vorgärten zu profitieren.

Stadtteilprojektierungen nach 1871, als Reichsgründung und Friedensschluß mit Frankreich zu verstärkter Wirtschaftstätigkeit und Bevölkerungsverschiebung führten, erbrachten eine rationelle und spekulativ betriebene Bauproduktion mit nicht immer glücklichen Ergebnissen. Nach Ausfall der von Fabrikanten geleisteten Bauvorsorge suchte die Stadt Freiburg den Bedarf an Unterschichtenwohnungen zu decken, als die Beurbarungskommission 1886 den Grundstein für eine Reihensiedlung legte. Der gehobene Wohnungsbau blieb dagegen neuen Villenvierteln vorbehalten, in denen sich das Großbürgertum streng von den übrigen Stadtteilen abschloß. Erst nach 1890 lockerte man die schematisch gebildeten Quartiere nach sozialen, kulturellen und monument-ästhetischen Gesichtspunkten wieder auf und kam unter Aspekten günstiger Verkehrsbeziehungen und ästhetischer Raumwirkung wieder zur Planung neuer homogener Stadtteile.

Das Zerfallen der ursprünglichen Stadteinheit in völlig verschiedene Stadtteile machte während des 19. Jahrhunderts die Auflösung der vorher noch recht geschlossenen

Ständegesellschaft in auseinanderstrebende, sich isolierende Gesellschaftsschichten deutlich. Die von H. Kneile untersuchten bürgerlichen Stadterweiterungen und die Stadtplanung des 19. Jahrhunderts spiegeln deshalb ein immer mehr spürbar werdendes, menschlich beziehungsloses Nebeneinanderleben der Schichten dieser Stadtbevölkerung wider.

H. Brommer

Matthäus Merian/Martin Zeiller, Baden
Beschreibung von Städten und Orten im Badnerland mit 40 Stichen und einer Übersichtskarte

Nachwort von Hans-Jürgen Truöl Freiburg/Br. 1979

In dem angezeigten Werk hat es der Verlag Rombach unternommen, die in verschiedenen Bänden der „*Topographia Germaniae*“ des Matthäus Merian zerstreuten Stiche und Beschreibungen von Städten und Orten des Badnerlandes zu sammeln und zu veröffentlichen. Ihre Wiedergabe beginnt in Wertheim am Main und endet, der geographischen Lage des Landes folgend, in Meersburg am Bodensee. Den von dem Geographen Martin Zeiller zu den einzelnen Orten verfaßte Text hat H.-J. Truöll gekürzt und damit gestrafft. Von jedem Ort gibt er an seine Lage, meist unter Angabe seiner Entfernung von der nächst größeren Stadt, die politischen Verhältnisse, das religiöse Bekenntnis, schließlich geschichtliche Ereignisse besonders aus dem 30jährigen Krieg. Unter den angeführten Städten finden sich auch mehrere aus Mittelbaden, so Baden-Baden, Steinbach, Bühl, Oberkirch, Offenburg, Willstätt, Lahr, Schiltach u. a. Von der Ortenau selbst weiß Zeiller zu berichten: „Es ist ein kleines Ländlein, das aber an Wein, Korn und Hanf sehr fruchtbar ist“ (S. 43), aber auch „Diese Ortenau nennt man auch Mordnau. Ihren Namen hat sie von den Mördern, die die Diener Gottes dort umzubringen pflegten. So ist denn auch diese Gegend in der Lage zwischen dem Rhein und den Bergen wegen der Räuber verschrien“ (S. 48). Zwar sind die einzelnen Stiche sowie der angeführte Text dem Heimatforscher bekannt. Der Wert des in drucktechnischer Hinsicht vorzüglich ausgestatteten Werkes liegt darin, daß es das über mehrere Bände zerstreute Material gesammelt und so einem größeren Kreis zugänglich gemacht hat. Die Stiche selbst vermitteln ein realistisches Bild der gezeigten Städte vor dem 30jährigen Krieg.

H. Schn.

Kurt Klein, „Land um Rhein und Schwarzwald“

Die Ortenau in Geschichte und Gegenwart. Unter Mitwirkung zahlreicher Fachautoren. 600 Seiten. Verlag A. Morstadt, Kehl, 1978

Ein Kompendium unserer Zeit ist aus der Geschichte begriffen und führt in die Zukunft hinein. Vergangenheit und Gegenwart kommen in gleich ausführlicher Weise zur Darstellung, Literaturhinweise, Orts-, Namen- und Sachregister und 200 Karten und Bilder ebnen den Weg zu weiteren Erkenntnissen und veranschaulichen den Inhalt – so ist das Werk ein wertvolles Hand-, Nachschlage- und Arbeitsbuch. Hervorgegangen ist es aus einer Aussprache bei der Jahresversammlung unseres Vereins 1975 in Gengenbach. Hier wurde deutlich, daß es an der Zeit sei, ein heimatkundliches Buch zu schaffen, welches an Stelle der meist vergriffenen Veröffentlichungen des Vereins seit 1910, an Stelle der früheren Realienbücher und unzähliger ortsgeschichtlicher Forschungen neue Erkenntnisse und Ergänzungen zusammenfaßt und eine stets greifbare Informationsquelle bietet. Es war vor allem Kurt Klein, der aus praktischer Schulerfahrung diese Lücke schon lange entdeckt und ein neues Arbeitsbuch für die Ortenau zur weiteren stärkeren Berücksichtigung der Heimatkunde für Lehrende und Lernende für dringend notwendig gehalten hat, dies auch deshalb, weil heute die Lehrer aller Schulgattungen von weither kommen und meist nicht mehr am Schulort wohnen. Das Werk ist auch in hohem Maße geeignet, das Geschichtsbewußtsein zu fördern und die Widerspiegelung der deutschen und europäischen Geschichte im heimatlichen, im erfahrenen, erlebten und überschaubaren Bereich deutlich zu machen.

Kurt Klein hatte die Federführung in Planung und Durchführung, er fand in Verleger Dr. Foshag vom Verlag Morstadt, Kehl, und in fast 40 fachkundigen Verfassern, meist Mitglieder unseres Vereins, seine Mitarbeiter. Dankbar sind wir auch dem Ortenaukreis und Landrat Dr. Gamber für Unterstützung und Förderung, welche einen günstigen Preis und ansprechende Ausstattung ermöglichten.

Das Buch gliedert sich in 12 Kapitel, deren Inhalte sich von der Vielfalt und Schönheit der Landschaft, der Geologie, der wirtschaftlichen Bereiche, den Verkehrsverhältnissen über Volkskunde, Volksleben, über die kirchlichen Verhältnisse, über

Burgen und Schlösser, über Museen, Archive, Sammlungen und Bibliotheken, über Leben und Leistungen bedeutender Persönlichkeiten der Ortenau erstrecken. So werden die Erwerbsquellen, Berufe und Handwerke der Menschen behandelt, Land- und Waldwirtschaft, Gewerbe und Industrie, Handel und Schifffahrt. Ausgestorbene Berufe finden ihre Darstellung: die Flößer, Gerber, Fischer, Goldwäscher, Glaser, der Bergbau, der Hanfbau; nicht vergessen sind Tabak- und Krautbau, die Bedeutung des Obst- und Weinbaues und die Entwicklung des Fremdenverkehrs.

Das Kapitel des Verkehrswesens behandelt: Straßen, Post, Rheinbrücken, den Ausbau des Oberrheins im 19. und 20. Jahrhundert, die Entwicklung der Eisenbahn und der Rheinschifffahrt. Ebenso kommen zur Darstellung: Sitten, Trachten, Bräuche, Feste, Hausformen, Rechtspflege und Schulwesen und die Mundarten; dankbar ist man auch für den Aufsatz: Münzen, Maße und Gewichte. Zahlreich die Beiträge, welche sich mit dem kirchlichen Leben befassen: Christianisierung, Klöster, Wallfahrtswesen, die Zugehörigkeit der Ortenau zum Bistum Straßburg, die Reformation und die Gegenreformation.

Die „politische“ Geschichte nimmt naturgemäß großen Raum ein, sie zeigt die Schicksale unseres Landes, welche doch das Leben des Einzelnen in Freud und Leid bestimmt haben: die alemannisch-fränkische Gaugrafschaft Mortenau-Ortenau, die mittelalterliche Welt, die Zersplitterung der Ortenau in 20 territoriale Gebilde, den Bauernkrieg, die Kriege und Revolutionen der Neuzeit, die furchtbaren Folgen des französisch-habsburgischen Gegensatzes, den großen Anteil der Ortenau an der Erhebung 1848/49.

Besondere Berücksichtigung fanden die Beseitigung der Territorien, die Geschichte der Landkreise und die Kreisreform unserer Zeit. Die meisten Darstellungen des Werkes behandeln die ganze geschichtliche Ortenau. Nachdem jedoch der neugebildete große Ortenaukreis etwa 85 % der historischen Ortenau umfaßt, liegt der Schwerpunkt einiger Kapitel auf diesem neuen Landkreis.

Immer wieder werden die jahrhundertelangen und engen Beziehungen der Ortenau zur Stadt und zum Bistum Straßburg sichtbar, über den Strom hinweg, der 1000 Jahre keine Grenze war, der uns alle heute zum friedlichen und freundschaftlichen Brück-

kenbau mahnt wie der verpflichtende Zeigefinger des Straßburger Münsters, einst Bischofskirche der Ortenau.

Wilhelm Mechler

Horst Ferdinand, Adolf Kohler: „Für Europa. Hans Furlers Lebensweg“

Europa Union Verlag, Bonn 1977. 115 Seiten

Den beiden Verfassern, geborene Badener, zeichnen mit Einfühlung und Sachkenntnis die Entwicklung dieses Sohnes der Ortenau; sie zeigen, wie badische Liberalität, das Bildungserlebnis des humanistischen Gymnasiums (Lahr) und das juristische Studium, wie die Landschaft und die reiche geschichtliche Vergangenheit der Ortenau, wie die bodenständige Lebensart und zähe Ausdauer den späteren Universitätsprofessor und Politiker geprägt haben. Mit Straßburg stand Hans Furler in nie unterbrochener Verbindung, seit der Siebenjährige an Vaters Hand vor dem Münster stand; von 1941 bis 1944 wahrte er, dienstverpflichtet, elsässische Interessen bei der Zivilverwaltung in Straßburg. Später setzte er sich als Bundestagsabgeordneter für den heimischen Wahlkreis, in achtzehn Jahren seiner Zugehörigkeit zur Gemeinsamen Versammlung, zum Europäischen Parlament und dessen Präsidium in Straßburg und in europäischen Hauptstädten für die Schaffung Europas tatkräftig und mit innerer Überzeugung ein.

Auch durch ihre enge Vertrautheit mit dem Werden europäischer Institutionen, z. B. der Römischen Verträge, gelingt es den Verfassern, über das Biographische hinaus, in Ausgewogenheit und Sachlichkeit Hans Furlers Lebensweg und damit einen wesentlichen Abschnitt deutscher und europäischer Zeitgeschichte zu zeichnen.

W. Mr.

Manfred Hildenbrand, Haslach im Kinzigtal

Aus Geschichte und Brauchtum

Verlag Stadt Haslach im Kinzigtal (1978)

1978 beging die Stadt Haslach im Kinzigtal das Fest ihrer Erhebung zur Stadt 1278 durch Rudolf von Habsburg, ein Ereignis, das mit besonderer Freude gefeiert wurde, nachdem es ihr von 1935–1948 untersagt war, diese Bezeichnung zu führen. Diesem Anlaß verdankt das oben angezeigte Werk seine Entstehung, das Manfred Hildenbrand mit Förderung der Stadtverwaltung herausgab. Es ist keine geschlossene Geschichte von Haslach. In einzelnen Auf-

sätzen, von denen einige schon früher erschienen sind, behandeln verdiente Heimatforscher Themen zur Geschichte der Stadt, stellen ihre kirchliche Entwicklung dar, untersuchen ihre wirtschaftliche Stellung, besonders ihre einstige Bedeutung für den Bergbau. Sie befassen sich mit der Geschichte einzelner bemerkenswerter Gebäude (Pfarrkirche St. Arbogast, Kapuzinerkloster) und Einrichtungen (Malefizgericht), beschreiben das noch heute geübte Brauchtum besonders an Fastnacht, auf das Hansjakob schon hingewiesen hat, und gedenken ihrer berühmten Söhne (Heinrich Hansjakob, der „narrische Maler“ Sandhaas). Alle Arbeiten kennzeichnen eine vorzügliche Beherrschung des Stoffes, die auf guten Quellenkenntnissen beruht. Dies gilt besonders von der Arbeit von Manfred Hildenbrand in seinem Beitrag zum eigentlichen Stadtjubiläum „Haslach im Kinzigtal – 700 Jahre Stadtrechte“, in dem er eingehend die Quellen nach der Ersterwähnung des Ortes befragt. Nach ihm entstand Haslach als Mittelpunkt des Bergbaugesbietes des mittleren Kinzigtales und geht auf eine zähringische Gründung zurück.

Der vielfältige Inhalt, die reiche Ausstattung mit Aufnahmen und Zeichnungen, dazu die gefällige äußere Aufmachung lassen das Werk für jeden Freund der traditionsbewußten Stadt zu einem Heimatbuch werden. Ihre Innenstadt mit ihren alten Gassen und Fachwerkhäusern wurde neuerdings unter Denkmalschutz gestellt.

H. Schn.

Hermann Brommer, Pfarrkirche St. Arbogast Haslach im Kinzigtal

Kleiner Kunstführer Nr. 1144, Verlag Schnell & Steiner. München/Zürich. 1978

In den Jahren 1906/07 erhielt die Pfarrkirche St. Arbogast in Haslach i. K. ihre heutige Gestalt. Dem Erzb. Bauinspektor Johannes Schroth ist es damals gelungen, möglichst viel Bausubstanz der frühklassizistischen Kirche Salzmanns (1780/81) in seinen Louis-XVI-Bau zu integrieren. Haslach erhielt so eine „neue Kirche, die jedem Bischofssitz als Kathedrale dienen könnte“ (H. Hansjakob). – Es war ein Glück für Haslach, den bekannten Kunsthistoriker Hermann Brommer als Verfasser des Kunstführers für die Pfarrkirche zu gewinnen. Dieser hat keine Mühe gescheut, in bewährter Weise alle notwendigen Archivalien zusammenzutragen, die er zu einer flott geschriebenen Bauges-

schichte verarbeitet hat. Kurze Biographien der beteiligten Künstler schließen sich an: F. J. Salzmann, J. J. Meisburger, J. Herrmann, J. Schroth, W. Füglistner, A. Schädler, K. Schleichner, P. Valentin, F. Geiges, um nur die wichtigsten zu nennen. – Äußerst verdienstvoll ist es, daß Brommer dem tragischen Familienschicksal des Haslacher Rabenwirts Franz Michael Grieshaber nachgegangen ist. Die in Frankreich lebenden Töchter des wegen „hochverräterischer Unternehmungen“ bei der 1848/49er Revolution zu hoher Zuchthausstrafe verurteilten Demokraten haben durch Stiftung beträchtlicher Summen erst die Vergrößerung der Kirche ermöglicht. Daß eine kleinbürgerliche Clique diese Stiftung und damit den Kirchenbau verhindern wollte, klingt ebenso unglaublich wie die Tatsache, daß Grieshaber und seine Töchter in der Hansjakobstadt so gut wie vergessen waren. Brommers Arbeit ist wegweisend für einige weitere Forschungsarbeiten der Geschichte Haslachs. Dafür sei ihm gedankt!

W. Scheurer

Heimbach (Breisgau)

759 – 1500 – 1777 – 1977.

Gedanken und Anregungen aus der Geschichte des Dorfes, der Kirchen und Orgeln. Herausgegeben vom Katholischen Pfarramt Heimbach.

Verlag Schnell & Steiner, München–Zürich (1978)

Der mittelbadische Leser sei vor allem in obiger Schrift auf Hermann Brommers Aufsatz „Die Heimbacher Altargemälde und deren Meister Johann Pfunner“ hingewiesen. Der meistbeschäftigte Barockmaler Freiburgs, von Schwatz in Tirol gebürtig (1713/16–1788), ist 1736 zum erstenmal am Oberrhein und zwar in Straßburg nachweisbar. In der Ortenau ist er mit Werken in Appenweiler, Niederschopfheim, Mahlberg, Hofweiler, Ettenheim und Meißenheim vertreten (vgl. H. Brommers Arbeit über den Barockbaumeister J. M. Schnöller, Bad. Heimat Heft 1/1979). – Bernd Sulzmann macht uns mit dem Ettenheimer Bäcker und Orgelbauer Franz Anton Berger (1698–1781) in seinem Aufsatz „Orgeln und Orgelmacher an St. Gallus in Heimbach“ bekannt. – Mit Interesse liest man bei Joseph Göppert, daß die konstruktiven Teile des Freiburger Münsters aus Heimbacher Sandstein gefertigt sind.

W. Scheurer

K. Hornung, Geschichte von Legelshurst

A. Kopf, Geschichte von Neuried

H. Saecker, Geschichte von Sand

W. Schadt, Geschichte von Eckartsweier

W. Schadt, Geschichte von Willstätt

Herausgegeben vom Verkehrsverein Kehl-Hanauerland, Kehl O. J.

Der Verbreitung geschichtlicher Kenntnisse und damit der Pflege des Heimatgedankens dienen die oben angezeigten Darstellungen der Geschichte von 5 Gemeinden des Hanauerlandes. Nur von geringem Umfang, teilweise auch von unterschiedlichem Wert, versuchen sie ein Bild vom Werdegang sowie vom wirtschaftlichen und kulturellen Leben der betreffenden Gemeinde zu geben. Außerdem berichten sie von verdienten Männern, die aus ihnen hervorgegangen sind. Gar zu dürftig ist die Geschichte von Willstätt, das doch bis 1736 die Amtsschaffnei des oberen (südlichen) Hanauerlandes war und in dessen ehemaligem Wasserschloß im 16. und 17. Jahrhundert politische Verträge abgeschlossen wurden. Nur kurz wird auch des hier geborenen Satirikers J. M. Moscherosch gedacht, der in seinen „Gesichten des Philander von Sittewald“ das Elend des deutschen Vaterlandes im 30jährigen Krieg beschreibt. Aus Eckartsweier stammt Johannes Beinert, der Verfasser der grundlegenden „Geschichte des Hanauerlandes“.

H. Schn.

Hans-Martin Pillin, Oberkirch.

Die Geschichte der Stadt in großherzoglich-badischer Zeit

(1803–1918) Lahr 1978

Der erste Teil des jetzt auf drei Bände konzipierten Werkes über die Geschichte der Stadt Oberkirch von Hans-Martin Pillin, das ursprünglich vom Auftraggeber als eine Festschrift geplant war, erfüllt in Darstellung und Apparat die Aufgabe eines Handbuches der mittelbadischen Geschichte.

Dieses Werturteil gilt auch für den nun vorliegenden zweiten Teil. Bewußt arbeitet der Verfasser, und dafür ist ihm besonders zu danken, wo es möglich ist, an den lokal begrenzten Ereignissen den für die Landesgeschichte, ja für historisches Geschehen überhaupt exemplarischen Gehalt heraus.

So kann Pillin die staatsbildenden Fähigkeiten der badischen Verwaltung darlegen, wenn er beschreibt, wie 1802/03 der

bischöflich-straßburgische Besitz im Renchtal ohne Bruch und ohne die kritischen Oberkircher Bürger zu provozieren, in den neuen Herrschaftsverband eingebaut wurde.

Mit Recht bezeichnet der Autor die Vorgänge, die sich während der badischen Revolution 1848/49 in Oberkirch abspielten, als ein Muster, an dem das Typische der Bewegung studiert werden kann, denn Ursachen, Verlauf und Folgen zeigen im kleinen überschaubaren Bereich dieselben Merkmale wie die Ereignisse im ganzen Land. Hervorzuheben ist, daß Pillin die große Bedeutung der beiden Oberkircher Advokaten Frech und Werner für die Revolution würdigt, was bisher in der einschlägigen Literatur, soweit wir sehen, ähnlich ausführlich nicht geschehen ist.

Unerwartet ergiebig erweist sich das Kapital über Entstehung und Entwicklung der modernen Parteien. Schon vor und während der Revolution 1848/49 agieren Handwerker, Wirte, Kaufleute und Akademiker in einem „republikanischen“ und einem „demokratischen Verein“. Nachdem der Schock der Niederlage überwunden ist, beginnt man aus derselben sozialen Gruppe heraus für nationalliberale Ideen zu werben und gründet 1885 den „Nationalliberalen Verein Oberkirch“. Ihm erwächst im weltanschaulichen Spannungsfeld 1870 das „Zentrum“ als politischer Gegner. Da beide Parteien über je eine Lokalzeitung verfügen, kann Pillin die z. T. erregten Auseinandersetzungen verfolgen, an denen sich ab 1907 – ein Zeichen der veränderten Gesellschaftsstruktur – die „Sozialdemokratische Partei“ und ab 1912 die „Fortschrittliche Volkspartei“ als Ortsverbände beteiligen.

Auch die Wesenszüge der „Industriellen Revolution“ lassen sich an der Oberkircher Wirtschaft aufzeigen. Aus dem Material, das der Verfasser vorlegt, sei nur erwähnt, daß die nicht unbeträchtliche Oberkircher Industrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus Handwerksbetrieben entstanden ist.

Ausführlich beschäftigt sich Pillin mit der allgemeinen Entwicklung der Stadt, die erst um 1800 die mittelalterlichen Grenzen überschritten hat, um der ständig wachsenden Bevölkerung – sie verdoppelt sich in 100 Jahren – Raum und Einrichtungen vielerlei Art zu schaffen. Weitschauende Einzelpersonen und „Bürgerinitiativen“ beeinflussen diesen Ausbau wesentlich.

Der im ersten Teil begonnene Überblick über die Geschichte der eingemeindeten Ortschaften wird bis 1918 weitergeführt, womit das Buch einen wertvollen Beitrag zur historischen Beschreibung des ganzen vorderen Renchtales liefert.

Bleibt noch die vorzügliche Ausstattung des Bandes zu loben. Reproduktionen von alten Photographien, Zeitungsausschnitten, Erinnerungsblättern u. a. illustrieren nicht nur den Text, sondern bieten dem Leser eine Fülle an Stoff zur eigenen Weiterarbeit. Für die Auswahl ist neben dem Verfasser Herrn Dr. Bock aus Oberkirch zu danken. Die Qualität von Druck, Papier und Einband beweist, daß Bürgermeister und Stadtrat von Oberkirch, die das Werk in Auftrag gaben, auf die Geschichte ihrer Stadt etwas halten.

K. Maier

Zur Stadtgeschichte von Steinbach

Redaktion: Hermann Oser

Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden Heft 16 (1978)

Aus Anlaß der Neuerstellung und Wiedererweihung des Meister-Erwin-Denkmal hat der Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden ein Heft mit 53 Beiträgen verschiedener Autoren zur Stadtgeschichte von Baden-Baden-Steinbach herausgebracht. Darin wird in Einzelthemen die Geschichte des Ortes von der Römerzeit bis heute untersucht und dargestellt. Es ist erstaunlich, wieviel es da dank einer aufmerksamen und aufgeschlossenen Beobachtung zu erfahren und noch zu sehen gibt. So wird berichtet von den Leugensteinen aus der Römerzeit, die gefunden wurden, von der Jakobuskirche, der Mutterkirche des Gebietes zwischen Oos und Bühlot, von der Steinbacher Mark, einer der 3 Marken des mittelbadischen Raumes, von den Beziehungen zu Kloster Lichtental, das seit 1341 das Patronatsrecht über die Steinbacher Kirche ausübte, über die Stollhofer Linie, von alten Gebäuden, vom Meister-Erwin-Denkmal, über die Yburg und ihre Sagen, aber auch über den Steinkohlenbergbau und das Silberbergwerk in Neuweier, über den Weinbau, die Meister-Erwin-Sportanlage, wodurch Steinbach in jüngster Zeit großes Ansehen in sportlichen Kreisen gewonnen hat und vieles mehr. Zwar besteht zwischen den einzelnen Beiträgen kein Zusammenhang, jeder behandelt ein Thema für sich. Außerdem werden die einzelnen Funde und Geschehnisse nur in ihrer lokalen Bedeutung gesehen und

nicht in einen größeren Zusammenhang hineingestellt. Doch erfährt der Steinbacher – und für ihn ist das Heft in erster Linie geschrieben –, so vieles, daß er sich ein gutes Bild von der einstigen Bedeutung und dem Aussehen seiner Heimatstadt machen kann, die 1972 Baden-Baden einverleibt wurde. Die eingestreuten Zeichnungen von Rudi Liebig, die in kräftigen Strichen das Aussehen einzelner Gebäude u. a. festhalten, machten das reichhaltige Werk zu einem vorzüglichen Heimatbuch, allerdings nur für die Steinbacher.

H. Schn.



Kommandant der Zeller Schützen
Aufnahme entnommen aus Th. Kopp, *Die Zeller Schützen*
Reprod.: K. Klein

Thomas Kopp, Die Zeller Schützen
Chronik der Freiwilligen Bürgerwehr der Stadt Zell a. H.
Eigenverlag der Freiwilligen Bürgerwehr Zell a. H. 19..

Wenn auch das Städtchen Zell im Harmersbachtal mit seinen Türmen und Mauern einst die kleinste Reichsstadt im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gewesen ist, seine Bürgerschaft hat diesen Vorzug stets auch als eine Verpflichtung für jede Generation gesehen und diese Tradi-

tion bis zum heutigen Tag treu gehütet und gepflegt. Als eines der äußeren Zeichen dieser Gesinnung darf die Freiwillige Bürgerwehr des geschichtsträchtigen Gemeinwesens angesehen werden, die durch ihr Erscheinen und Mitwirken den Festen der Stadt, der Kirche im Jahreslauf einen würdigen, ja feierlichen Rahmen verleiht. Daß sich aber hinter diesem vordergründigen bunten Bild mehr verbirgt als nur eine modische (folkloristische) Darbietung, hat der heimatverbundene Schulrat Thomas Kopp aus Zell a. H. in dem prächtig ausgestaffierten Buchband „Die Zeller Schützen – Chronik der Freiwilligen Bürgerwehr der Stadt Zell a. H.“ überzeugend und tiefgründig offengelegt. Auf dem sicheren Fundament der bisherigen Forschungsergebnisse des 1976 verstorbenen Zeller Archivars Rudolf Hahn, den Einträgen in der Zeller Chronik von Franz Disch und den Protokollaufzeichnungen der Bürgerwehr geht der Verfasser mit Fleiß, Sachkenntnis, aber auch mit Liebe und dem ihm eigenen Spürsinn der Geschichte und Überlieferung dieser traditionsreichen Zeller Vereinigung nach. Er stößt dabei bis ins 13. Jahrhundert vor und zeichnet auf dem Hintergrund der Stadt-, Landes- und Reichsgeschichte in informativer und gut lesbarer Form die Entwicklung, das Schicksal einer Gemeinschaft, die einst zum Schutz der Stadt und seiner Bürger als selbstverständliche Verpflichtung der wehrhaften Männer ins Leben gerufen wurde. Die in zwölf Kapitel zusammengefaßten „Einzelbilder“ ermöglichen eine Gesamtschau über den Werdegang, Aufbau und Ziel einer stets lebendig gebliebenen Gemeinschaft von einer notwendigen, örtlichen Schutztruppe durch die wechselvollen Zeiten bis hin zu den nur noch repräsentativen Aufgaben einer freiwilligen Bürgerwehr im 19. und 20. Jahrhundert, in der durch das „Paradieren“ nicht nur die Feierlichkeiten erhöht, sondern auch die Kameradschaft und das heimatliche Brauchtum gepflegt werden. Was hier am Beispiel der Zeller Schützen aufgezeigt wird, dürfte als beispielhaft für die meisten Bürgermilizen der Ortenau und weit darüber hinaus angesehen werden. Deshalb kann diese rund 140 Seiten umfassende, reich mit Bildern, zeitgeschichtlichen Dokumenten und Urkunden ausgestattete, großformatige Veröffentlichung als eine gelungene Darstellung angesehen werden, die weit über die Grenzen der einstigen Reichsstadt Zell und des Freien Reichstals Harmersbach – durch das Kapitel „Die Schützen im Tal“ werden die Unter-

und Oberharmersbacher Wehren gebührend herausgestellt – Beachtung finden wird. Thomas Kopp, als verlässlicher Chronist des Harmersbachtals, als gründlicher Erforscher unserer Heimatgeschichte, hat es verstanden, uns nicht nur den Blick in die Vergangenheit zu ebnet, sondern auch einer traditionsreichen Vereinigung ein unvergängliches Denkmal zu setzen und darüber hinaus die Erinnerung an verdiente Persönlichkeiten wachzuhalten, die dieser Gemeinschaft im Laufe ihrer wechselvollen Geschichte Gemeinsinn und kameradschaftliches Leben verliehen haben.

K. Klein

P. Adalbert Ehrenfried, Bildstöcke und Wegkreuze im Kirchspiel Zell am Harmersbach.

Gedruckt Bruchsal 1978, im Selbstverlag des Verfassers (Kapuzinerkloster, 7615 Zell a. H.).

P. Adalbert Ehrenfried, Bildstöcke und Wegkreuze im Kirchspiel Nordrach.

Gedruckt Bruchsal 1978, im Selbstverlag des Verfassers.

Pater Adalbert Ehrenfried, der 1975 die Wallfahrt „Maria zu den Ketten“ in Zell a. H. geschichtlich dargestellt hat, ist auf dem Gebiet der religiösen Volkskunde tätig geblieben und hat umsichtig und mit viel Mühe die Bildstöcke und Wegkreuze von Zell a. H., Nordrach, Oberharmersbach und Biberach inventarisiert. Davon zeugen nun zwei ansprechende Veröffentlichungen, zu denen man sich weitere Hefte, vorab die noch ungedruckten Inventare von Unterharmersbach und Biberach, wünscht. Über den engeren Bereich hinaus haben nämlich diese Zusammenstellungen Vorbild-Charakter und sollten zu ähnlichen Unternehmungen anregen, denn nur wenige Orte besitzen bisher solche Inventare, und überregionale Erhebungen sind entweder sachlich stärker begrenzt (wie Bernhard Loschs z. Z. zum Druck vorbereitetes Steinkreuz-Inventar für Baden-Württemberg) oder notwendigerweise als knappe Auflistung angelegt (wie die Denkmälerlisten des Landesdenkmalamtes bzw. seiner Außenstellungen). Dabei drängt die Zeit: als K. Fischer 1921 in der „Ortenau“ die „Wegkreuze, Bildstöcke und Marienbilder von Zell a. H.“ kurz beschrieb, konnte er u. a. sechs bedeutendere Denkmäler anführen, deren Verlust nun P. Adalbert zu beklagen hatte, weil sie „Opfer der veränderten Landschaft und des Vergessens“ geworden sind. Nicht um blind-

den Sammeleifer geht es dabei. Gerade die nun aus Zell und Nordrach vorliegenden Dokumentationen lassen erkennen, welch wertvolles Material für die Geschichte der Volksfrömmigkeit, des religiösen und rechtlichen Brauchtums, der alten Handwerkerkultur und nicht zuletzt der sozialen Verhältnisse, die Bildstock und Kreuz als religiöse Merkzeichen hervorbrachten, noch zu bergen ist. Und überrascht nimmt man zur Kenntnis, welch reichen Bestand an religiösen Kleindenkmälern doch auch der Schwarzwald zu bieten hat, wenn die weicheren Gesteinsarten dafür zur Verfügung gestanden sind und man nicht, wie weiter südlich, auf das rasch verwitternde Holz angewiesen war.

In den beiden Sammlungen sind alle Denkmäler der genannten Art, auch die jüngsten, systematisch zusammengestellt und nach ihren Standorten der Reihe nach beschrieben, außerdem meist im Bild vorgestellt (Fotos, z. T. Zeichnungen von J. Frank bzw. G. Torge). So ergibt sich zugleich ein Überblick über die Entwicklung vom 17. bis zum 20. Jahrhundert und fordert zu Vergleichen mit anderen Bildstocklandschaften heraus. Anders als im formenreicheren fränkischen Bereich verlief diese Entwicklung: der Bildstock läßt noch die Herkunft vom hölzernen Stock mit eingehauener Nische ahnen, und die einmal gefundene Form des gedrungenen Schaftes mit aufgesetztem Bildhäuschen wurde beibehalten, so daß die im Zeller Heft S. 52 abgebildete barocke Relieftafel sofort als hierher verpflanzter Fremdling ins Auge springt und nur die nach 1850 aufgestellten hohen Kreuze (vom Typus des Missionskreuzes beeinflußt?) einen stärkeren Formenwandel mit sich brachten.

Stärker als andernorts blieb der Bildstock auch im Totenbrauch verwurzelt. Wo in den Inschriften die Stiftungsanlässe genannt sind, handelt es sich fast immer um tödliche Unglücksfälle oder gar Morde, und der mit einer älteren Vorgeschichte belastete Brauch, dem Totengedächtnis ein öffentliches Zeichen zu setzen, sprach sich deutlich auch in weitreichender sozialer Verpflichtung und in besonderer Langlebigkeit aus. So setzte selbst die uneheliche Mutter ihrem verunglückten Sohn, einem armen Knecht, am Unglücksort ein Totenmal (Zell a. H., S. 65 und 67), und noch 1899 wurde einer Ermordeten („durch dritter Hand gestorben“) ein steinernes Hochkreuz errichtet, 1930 einem Verunglückten ein ebensolches und 1942 einem Förster ein

Holzkreuz (Zell a. H., S. 66, 49 und 60). Erneute Todes- und Unglücksfälle trugen zur Erhaltung und Wiederverwendung der alten Denkmäler bei (Zell a. H., S. 22, 46, 51); weit seltener aber sind solche zum Dank für Rettung aus Gefahren errichtet worden, zur allgemeinen Anheimstellung bei Gott oder zur Verherrlichung der Heiligen und der Gnadenbilder der Wallfahrtsorte. Der von einer Wallfahrt nach Zell zeugende Bildstock von 1753 ist deshalb errichtet worden, weil der Waller unterwegs vom Blitz erschlagen wurde (Nordrach, S. 37). Auch die Sage kennt noch die alte Bedeutung von Kreuz und Bildstock und berichtet fast immer von Unglücksfällen. Daß sie freilich nicht als historisch exakte Überlieferung mißverstanden werden darf, davor warnt das gleiche Nordrachener Beispiel, denn entgegen der Aussage der Bildstockinschrift und des Totenbuches läßt die Sage den Waller-Bildstock für einen im Schnee Erfrorenen errichtet sein.

Sehr wertvoll zum Verständnis des ausgebreiteten Materials ist die Mitteilung aller erreichbaren mündlichen und schriftlichen Überlieferungen zu den einzelnen Denkmälern (bis hin zu Einträgen in den Pfarrmatrikeln, die bei fehlenden Inschriften oft das Nötige ergänzen konnten). Aus diesen Mitteilungen ist noch manches Interessante zu erheben, so etwa auch zum volksmedizinischen Brauchtum (vgl. Zell a. H., S. 24, zu einer bei Krankheiten aus einem Bildstock „ausgeliehenen“ Pieta) oder zum volkstümlichen Geschichtsverständnis, das Hitler (!) die Baugenehmigung für eine Kapelle erteilen läßt (Zell a. H., S. 29) und ein altes Bannkreuz nachträglich zum „Schwedenkreuz“ umfunktioniert (Zell a. H., S. 16). Zu der unklar gebliebenen Bedeutung der Nischen seitlich oder rückwärts am Bildstock ist zu bemerken, daß hier wohl kleine Wetterkreuze oder sonstige Amulette eingemauert waren, die dem Bildstock z. T. auch wetter- und unheilbannende Kraft verliehen (vgl. Badische Heimat 32, 1952, S. 237 ff.).

Für spätere Hefte sei angeregt, auch die nur noch literarisch zu erschließenden Denkmäler mitaufzunehmen und den Gesamtbestand durchzunummerieren, so daß jedes Objekt leicht identifiziert werden kann. Mit Hilfe der Nummern könnte auch zwischen Bildern und Text eine deutlichere Verbindung hergestellt werden. Außerdem sollten die Maßangaben nach einheitlicherem System erfolgen. Für alles weitere aber kön-

nen die Hefte nur einmal mehr als Vorbild empfohlen werden.

P. Assion

NB. Das Vorwort, das sich wortgleich in beiden Heften findet, wurde im Jahresband 1979 abgedruckt. (S.)

Adalbert Ehrenfried, Franz Joseph Ritter von Buß

Zum 100. Todestag (1977)

Das Kinzigtal scheint ein guter Nährboden für eigenwillige Persönlichkeiten zu sein. Zu ihnen gehört neben Heinrich Hansjakob auch der mit ihm befreundete Universitätsprofessor Hofrat Franz Joseph Ritter von Buß aus Zell am Harmersbach. Der Erinnerung an diesen Mann, der im 19. Jahrhundert der Führer des südwestdeutschen Katholizismus war, aber heute vergessen ist, dient die aus Anlaß seines 100. Todestages erschienene Schrift. Der Verfasser hat keine Biographie von Buß verfaßt, er will auch keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse über seinen Mann vermitteln. In schlichter Erzählweise zeichnet er ein liebevolles Bild des Hofrats als Wissenschaftler, Politiker, Sozialreformer, Volksfreund, Christ u. a. An Hand vieler bezeichnender Zitate führt er in das Denken dieses unruhigen, kämpferischen Mannes ein. Seine Bedeutung für heute liegt vor allem darin, daß er 1837 als Mitglied des Ständehauses des Badischen Landtags zum ersten Mal in einer deutschen Volksvertretung auf die verheerenden Folgen der Industrialisierung und das Elend der Fabrikarbeiter hingewiesen und Maßnahmen zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Besserstellung gefordert hat.

H. Schn.

Hansjakob-Jahrbuch VI.

Im Auftrag der Heinrich-Hansjakob-Gesellschaft herausgegeben von Prof. Dr. Waldemar Kampf und Prof. Dr. Max Weber. Freiburg (1978).

„Daß dieser Krieg ... so schreckliche Wirkungen hat, kommt daher, daß die europäischen Staaten seit Jahren bemüht waren, immer furchtbarer wirkende Mordwaffen zu erfinden.“ – Diese Worte Heinrich Hansjakobs aus dem Jahre 1915, die im Zeitalter des immer wahnsinniger werdenden Rüstungswettlaufs eher an Aktualität gewonnen als verloren haben, finden sich in der 40 Stücke umfassenden Korrespondenz mit Marie v. Droste-Hülshoff, einer Groß-

nichte der Dichterin Annette von Droste-Hülshoff. Hermann Eimann dokumentiert sie in seinem Aufsatz „Hansjakobs Beziehungen zu Westfalen, insbesondere zu der Familie von Droste-Hülshoff auf Haus Stapel“. – Julius Dorneich macht uns mit Leo Woerl aus Zürich, dem ersten Verleger Hansjakobs bekannt, der sich u. a. durch die Herausgabe der „Christlich-socialen Blätter“ und der Monatshefte „Die katholische Bewegung in unseren Tagen“ verdient gemacht hat. Von Hansjakob verlegte er u. a. die anonyme Schrift über Erzbischof Hermann v. Vicari, die die badische Regierung für mehrere Tage beschlagnahmen ließ. – Waltraud Remusch berichtet über die Konversion des als „Rembrandtdeutscher“ bekannten Julius Langbehn, die durch Hansjakobs Neujahrspredigt vom Jahre 1896 bewirkt wurde. – Durch Max Golnik erfahren wir in den „Erinnerungen an den Bau der Hansjakob-Kapelle“ den Namen jenes jungen Haslacher Bäckermeisters (Max Haas), der die alte Backmulde des Toweis besaß, die, durch den Freiburger Bildhauer Josef Dettlinger zur Muttergottes-Statue umgeschaffen, Hansjakob das Motto zu seiner wertvollen Familienchronik „Meine Madonna“ lieferte. – Ein gutes Drittel des Hansjakob-Jahrbuches VI ist den Stammesverwandten im benachbarten Elsaß gewidmet. Walter Stierli aus Hunawir, wo Namensvettern des Volksschriftstellers leben, schreibt über „Die Edelleute von Hunawir“ und deckt einige interessante Beziehungen zum Kloster St. Märgen im Schwarzwald auf. So ist ein Edelmann Dietmar von 1308 bis 1318 als Abt des Augustinerstifts bezeugt. – Mit dem Beitrag „Elsässische Zweisprachigkeit – Erlebnis und Berufung“ des allzufrüh verstorbenen Mundartforschers Ernest Beyer (1919–1970) wird dessen Vortrag vom Januar 1970 dokumentiert. Ein geistiges Vermächtnis, das bei seinem Mitarbeiter und Nachfolger Raymond Matzen in guten Händen ruht. Es gereicht der französischen Regierung zur Ehre, daß an verantwortlicher Stelle niemand „gewillt ist, den elsässischen Dialekt auszurotten, dessen Erforschung... von der Französischen Forschungsgemeinschaft mit staatlichen Mitteln vollständig finanziert wird“ (Ernest Beyer). – Victor Hell stellt mit seinem wertvollen Beitrag „Soziologische Betrachtungen über die dreisprachige Literatur des Elsaß“ sein Manuskript vom „Deutsch-Französischen Hansjakobtag am 12. Mai 1973 zur Verfügung. „Das erstaunlichste, überraschendste und zugleich bedeutungsvollste Phänomen aber in

der Entwicklung der Literatur im Elsaß ist die Entfaltung der Mundartdichtung, die Wiederbelebung des Dialekts.“ – Gérard Leser und Eugène Maegey liefern mit ihrem gemeinsamen Aufsatz „Melkerleben und Melkerlieder im elsässischen Münsterthal“ einen bemerkenswerten Beitrag zur Volks- und Volksliedkunde. – Eine Predigt von Werner Keller, Villingen, gehalten bei einem ökumenischen Gottesdienst vor Hansjakobs Grabkapelle und ein kurzer Beitrag von Franz Nadler über die letzte Ruhestätte Hansjakobs runden das Jahrbuch ab, das zu einem wirklich schönen Dankeschenk für den verdienten Dr. Karl Motsch geworden ist, dem es gewidmet ist.

W. Scheurer

Kurt Klein, Heinrich Hansjakob Ein Leben für das Volk

Verlag A. Morstadt, Kehl (1977)

Seitdem das Interesse an den Büchern von Heinrich Hansjakob neu erwacht ist, regt sich in vielen Kreisen das Bedürfnis, etwas über das Leben und die Welt des unerschrockenen, eigenwilligen Pfarrers aus dem Kinzigtal zu erfahren. Diesen Wunsch erfüllt das angezeigte Werk des durch seine vielfältigen Arbeiten über den „schwarzen Rebell“ bekannten Verfassers. Es will keine Biographie bieten, sondern an einigen „Marksteinen“ seines Lebens sein Wesen, seine Ziele und sein Wirken aufzeigen. Ihnen liegen Arbeiten des Verfassers zu Grunde, die bereits in Zeitungen erschienen sind oder im Rundfunk zu hören waren. In einem 1. Teil wird von der Lehrtätigkeit Hansjakobs besonders am Gymnasium in Waldshut berichtet, von seinem Wirken als Abgeordneter im Badischen Landtag, von seinen Zusammenstößen mit der staatlichen Obrigkeit, wodurch er zweimal hinter Schloß und Riegel kam, dann von seiner Seelsorgetätigkeit als Pfarrer in Hagnau am Bodensee, wo er die erste Winzergenossenschaft gründete und schließlich als Stadtpfarrer von St. Martin in Freiburg. In einem 2. Teil führt der Verfasser in die Werkstatt Hansjakobs ein. Er beschreibt die Landschaft, aus der seine Männer stammen und einige von diesen selbst, so den originellen fürstenbergischen Förster „Fürst vom Teufelstein“ aus der Gegend von St. Roman. Schließlich zeigt er, wie Hansjakobs Erbe noch heute gewahrt und gepflegt wird. Die etwas breite, gemütvoll erzählweise des Verfassers vermittelt dem Leser das, was er wünscht, nämlich ein anschauliches Bild des Mannes, der als

Schriftsteller vor allem das Ziel hatte, die Nöten und Sorgen des kleinen Mannes, seinen Lebensraum und seine Arbeitswelt zu beschreiben. Das Werk gefällt vor allem durch seine vielen Illustrationen, die Hansjakob in seinen verschiedenen Lebensaltern, die Stätten seiner Wirksamkeit und einige seiner Gestalten zeigen.

H. Schn.

Hansjakobs Erbe lebt im Volke weiter: „Der Leutnant von Hasle“

Ermutigt durch den raschen Absatz von „Bauernblut“, aber auch aus der Verpflichtung, das schriftstellerische Erbe ihres größten Bürgersohnes in die Zukunft zu tragen, hat die Stadt Haslach in Zusammenarbeit mit dem ortsansässigen Verlag Engelberg-Hempelmann als 11. Nachkriegerscheinung der Werke Heinrich Hansjakobs nun auch den „Leutnant von Hasle“ herausgebracht. In der äußeren Erscheinung gleicht die Ausgabe den bisherigen Neuerscheinungen. Das Buch soll gleichzeitig auch eine Erinnerungsgabe zur Jubiläumsfeier der 700. Wiederkehr der Verleihung der Stadtrechte an Haslach und an das Ende der Wiederinstandsetzungsarbeiten des stadteigenen Kapuzinerklosters als einer der vielen historischen Schauplätze des „Leutnants von Hasle“ sein.

Nach einer etwa 30jährigen geistigen Vorbereitung hat Hansjakob in den Jahren 1893 bis 1895 auf der Grundlage eigener geschichtlicher Forschungen diese „historische Erzählung“ geschaffen. Er bekennt im Vorwort: „Sie ist mehr Dichtung als Wahrheit, hält sich aber allermeist und soviel als möglich an wirkliche Ereignisse und an Menschen, die damals gelebt und gewirkt haben.“ Über seinen Helden erfährt er nicht allzuviel, als „es sei dies ein früherer Student und Soldat und späterer Wirt gewesen, der im Schwedenkrieg sein altes Waffenhandwerk wieder aufnahm und unter dem Namen eines Leutnants von Hasle einen Guerillakrieg gegen die Schweden führte.“ Und doch entwirft Hansjakob mit „Phantasie und Herz“ auf dem historischen Hintergrund der Ereignisse des Dreißigjährigen Krieges im Schwarzwald und der Baar eine Idealgestalt, die als eine Art „Kinzigtärer Adreas Hofer“, weitab von jenem Schurken steht, den der Abt Georg Gaißer von St. Georgen-Villingen in seinen auch von Hansjakob studierten Tagebüchern als „Räuber in hohem Rang“ bezeichnet. So war es nicht der Historiker, vielmehr der Dichter, der dem „Leutnant vom Hasle“ die Seele

einhauchte, eine zart-innige Liebesgeschichte mit dem Ritterfräulein Anna von Blumeck in das Lebensschicksal des Haudogens mit einflocht, um dem Leser letztlich „ein leuchtendes Vorbild von Heimatliebe, Heimattreue, tiefer Frömmigkeit und soldatischer Tapferkeit“ zu schildern, hinter dem der Kenner viele Wesenszüge des geliebten wie auch gefürchteten Volksschriftstellers entdeckt. Zur „Sommersonnenwende 1895“ übergab Hansjakob seinen „Leutnant“ der Öffentlichkeit, als 15. Auflage erscheint er erneut zur Sommersonnenwende 1978 nach einer Bearbeitung des Heimat- und Hansjakobforschers Manfred Hildenbrand, der unter Mithilfe von Werner Scheurer den Text auch durch 126 erläuternde, ergänzende, meist heimatgeschichtlich wertvolle Anmerkungen bereicherte. Der Neuausgabe sind auch die Originalillustrationen des Gutachters Maler-Professoren Curt Liebich aus dem Jahre 1910 beigegeben. Auch hat Josef Hansmann neben einer Karte von den Orten der Handlung wieder den geschmackvollen Schutzumschlag entworfen. Mit der Herausgabe des „Leutnants von Hasle“ als einem echten Werk der Volksdarstellung im historischen Gewande hat die Stadt Haslach ihre Verpflichtung als „Hansjakobstadt“ und treue Sachwalterin des Erbes Hansjakob erneut unter Beweis gestellt. Dafür gebührt allen Beteiligten Dank und Anerkennung

K. Klein

Maria Schaettgen, Heinrich Hansjakob
Anekdoten und Erzählungen
Verlag A. Morstadt Kehl (1977)

Karl-August Lehmann, Offenburg zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1930–1933,
Freiburg 1979.

In der Zulassungsarbeit zur wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt der Gymnasien, Fach Geschichte, wird dargestellt die Übergangsphase von der Weimarer Republik zur totalitären Diktatur, der Prozess eines politischen Wandels, in dem in der kleinbürgerlichen katholischen Stadt die Nationalsozialisten zur stärksten Partei werden konnten.

Als Quellen benutzt Lehmann vor allem das Offenburger Tageblatt und Adolf Geck's D'r Alt'Offenburger, die Wahlstatistiken und einige Gespräche mit Augenzeugen. Unterlagen der Parteien aus jener Zeit stehen praktisch nicht mehr zur Verfügung.

Die Arbeit schildert als Ausgangslage die wirtschaftliche, soziale und konfessionelle Struktur Offenburg, das politische Verhalten (Wahlergebnisse seit 1919) und den Zusammenhang der Weltwirtschaftskrise mit der politischen Radikalisierung. Auch die Entwicklung der Parteien wird bis 1919 zurück verfolgt. Ausführliche Behandlung erhält die Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 und der vorbereitende Wahlkampf (unter von außen kommenden Einwirkungen aus dem Hanauerland, Altenheim und Eckartsweier) und den Niederschlag in der Presse. Die Wahlresultate werden nach ihren Ursachen und ihren Folgen befragt: Wirtschaftskrise, Links- und Rechts-Radikalisierung, Affäre Oskar Daubmann, Abwehrstellung der Mitte. Die Reichspräsidentenwahl 1932 bringt dann den demokratischen Parteien den letzten Erfolg vor der Eroberung der Mehrheit durch die antidemokratischen Kräfte, die aber schon in der Reichstagswahl des gleichen Jahres ihre Mehrheit verloren. Lehmanns Analyse der Lage nach der Reichstagswahl vom März 1933, als das Erliegen des letzten Widerstandes der alten Parteien das Ende der Freiheit brachte, ergibt: unter der Angst vor der Weltwirtschaftskrise, die der Massenradikalisie-

rung den Boden bereitete, hatten in drei Jahren alle Parteien, vor allem die liberalen, ihre Wähler verloren – das Zentrum zunächst ausgenommen. Jetzt suchte die Mehrzahl den Ausweg aus der Krise über die NSDAP und die KPD. Als dahinterstehende eigentliche Ursachen nennt Lehmann: die unbewältigte Niederlage, die französische Besatzungszeit, die wirtschaftliche Verelendung in der Inflation. Die Rechtspropaganda gewann neues Wählerpotential aus den Unpolitischen, den Nichtwählern, den Jungwählern und aus der wirtschaftlich geschwächten bürgerlichen Mitte – getrieben von Angst vor Arbeitslosigkeit und Depression. Die wirtschaftliche Unsicherheit bot den idealen Boden für den Agitationserfolg.

Eine der noch wenigen Arbeiten, die im engen lokalen Rahmen die Spuren der Geschichte Punkt für Punkt verfolgt und eine Entwicklung zu begründen versucht, die in ihren späteren globalen Dimensionen nachträglich kaum noch überschaubar ist. Aus vielen solchen Bausteinen wird sich ein Bild ergeben, in dem wir unsere Geschichte – uns selbst – erkennen.

C. H. Steckner

Zum Jahresband 58/1978 unserer Zeitschrift: „Die Klöster der Ortenau“

Zur Frage der Übernahme der Sammlung, die Pfarrer Faller in Wittichen für die dortige Klostersgeschichte erstellt hat (vgl. S. 469), teilt das Fürstlich Fürstenbergische Museum in Donaueschingen freundlicherweise mit, daß es sich nur um eine vorübergehende Sicherung handelt, bis im Kloster Wittichen selbst für eine museumsgerechte Unterbringung gesorgt ist.

Wolfgang Müller

Anschrift der Autoren

Albiez, Dr. Gustav, Dipl.-Ing., Schwimmbadstraße 20, 7800 Freiburg/Breisgau
Dittler, Dr. Erwin, Dipl.-Volkswirt, Offenburger Straße 4, 7640 Kehl-Goldscheuer
Ehrenfried, P. Adalbert OFM Cap, Kapuzinerkloster, 7615 Zell a. H.
Engelberg, Prof. Dr. Dr. h.c. Ernst, Rethelstraße 10, Berlin-Treptow
Fautz, Hermann, Gewerbeschulrat i. R., Emerichstraße 22, 7770 Überlingen
Gartner, Dr. Suso, Bühler Seite 4, 7580 Bühl/Baden
Gartner, Otto, Oberstudienrat i. R., Bühler Seite 4, 7580 Bühl/Baden
Harter Hans, Studienrat, Schulstraße 9d, 7801 Schallstadt
Hildenbrand, Manfred, Realschulkonrektor, Georg-Neumaier-Straße 15, 7612 Hofstetten
Klein, Kurt, Oberschulrat, Haselwanderstraße 11, 7613 Hausach
Kopp, Thomas, Gartenstraße 20, 7615 Zell a. H.
Mechler, Wilhelm, Oberstudiendirektor i. R., Gustav-Weis-Straße 3, 7640 Kehl
Otto, Prof. Dr. Hugo, Schnewlinstraße 5, 7802 Merzhausen
Schmid, Dr. Hermann, Obertor 3, 7770 Überlingen
Steckner, Carl Helmut, Journalist, Dipl.-Kfm., Ludwig-Trick-Straße 25, 7640 Kehl
Werner, Dr. Johannes, Nebeniusstraße 36, 7500 Karlsruhe

Der Historische Verein für Mittelbaden e.V.

gibt zur Weckung und Förderung der Heimatliebe und Heimatkenntnis die Zeitschrift

„Die Ortenau“

als Jahresband heraus. Ur- und Frühgeschichte, die Entwicklung zur Gegenwart, Siedlungs- und Ortsgeschichte, Kulturgeschichte, Familienforschung und Flurnamen, Kunst und Sprache, Sage und Sprachtum, Lebensgeschichte bekannter mittelbadischer Persönlichkeiten können Aufnahme finden. Der Jahresband wird den Mitgliedern kostenlos zugestellt.

Anmeldungen zum Verein nehmen die Geschäftsstelle, 7600 Offenburg, Postfach 1569 sowie die Obleute der 27 Mitgliedergruppen jederzeit entgegen:

Vorstand und Beirat des Vereins:

- | | |
|---|--|
| Wilhelm Mechler, Ober-Stud.Dir. i. R.
1. Vorsitzender
Gustav-Weis-Str. 3
7640 Kehl am Rhein
Tel. 0 78 51 / 23 23 | Eugen End, Bürgermeister i. R.
Beirat
Zähringerstr. 16
7600 Offenburg
Tel. 07 81 / 7 84 59 |
| Kurt Klein, Oberschulrat
stellv. Vorsitzender
Haselwanderstr. 11
7613 Hausach i. K.
Tel. 0 78 31 / 61 25 | Adolf Hirth, Realoberlehrer
Beirat
Kastanienweg 23
7594 Kappelrodeck
Tel. 0 78 42 / 26 15 |
| Theo Schaufler, Kreisoberverw.-Rat
Kassen- und Geschäftsführung
Postfach 1569
7600 Offenburg
Tel. 07 81 / 8 05 - 2 66 | Josef Naudascher
Beirat
Schmiedeweg 23
7631 Mahlberg
Tel. 0 78 25 / 74 84 |
| Redakteur der „Ortenau“:
Hugo Schneider, Studiendirektor i. R.
Kirchstr. 11
7590 Achern
Tel. 0 78 41 / 57 72 | Dipl. Ing. Erwin Steurer
Stadtoberbaurat
Metzgerstr. 14
7630 Lahr
Tel. 0 78 21 / 2 31 07 |
| Manfred Hildenbrand, Realschulkonrektor
Schriftführer
Georg-Neumaier-Str. 15
7612 Hofstetten-Haslach i. K.
Tel. 0 78 32 / 28 67 | Rudolf Zillgith
Beirat
Scheuermatt 149, Ödsbach
7602 Oberkirch
Tel. 0 78 02 / 28 19 |
| Erich Burger, Oberbürgermeister
Beirat
Gartenstr. 8
7580 Bühl/Baden
Tel. 0 72 23 / 2 21 10 | |

Mitgliedergruppen:

- 7590 Achern: Hugo Schneider, Kirchstr. 10, Tel. 0 78 41 / 57 72
7604 Appenweiler: Karl Maier, Jakobstr. 6, Tel. 0 78 05 / 6 95
7570 Baden-Baden: Paul Braun, Langestr. 68, Tel. 0 72 21 / 23 38 69
7570 Baden-Baden (Yburg-Steinbach): Hermann Oser, Bd.-Bd. 11, Sommerstr. 40,
Tel. 0 72 23 / 54 01
7605 Bad Peterstal-Bad Griesbach: Emil Geierhaas, Bahnhofstr. 1, Tel. 0 78 06 / 81 90
7616 Biberach i. K.: Wolfgang Westermann, Rebhalde 26, Tel. 0 78 35 / 83 09
7580 Bühl/Baden: Karl Schleh, Klosterstr. 4, Tel. 0 72 23 / 2 62 66
7637 Ettenheim: Bernd Klug, Sonnenberg 4, Tel. 0 78 22 / 54 79
7614 Gengenbach: Alfons Frei, Hauptstr. 25, Tel. 0 78 03 / 24 71
7612 Haslach i. K.: Manfred Hildenbrand, Hofstetten, Gg.-Neumaier-Str. 15,
Tel. 0 78 32 / 28 67
7613 Hausach: Kurt Klein, Haselwanderstr. 11, Tel. 0 78 31 / 61 25
7746 Hornberg-Triberg: Walter Aberle, Schloßstr. 2, Tel. 07 83 / 2 77
7640 Kehl-Hanauerland: Wilhelm Mechler, Gustav-Weis-Str. 3, Tel. 0 78 51 / 23 23

7630 Lahr/Schwarzw.: Dr. Rudolf Ritter, Schillerstr. 6, Tel. 0 78 21 / 2 61 40
 7631 Meißenheim: Karl Schmid, Schillerstr. 6, Tel. 0 78 24 / 23 62
 7607 Neuried: Werner Kopf, Akazienweg 1, Neuried-Altenheim, Tel. 0 78 07 / 6 98
 7611 Oberharmersbach: Karl-August Lehmann, Dorf 31 a, Tel. 0 78 37 / 2 88
 7602 Oberkirch: Wilhelm J. Vajen, Stadtgartenstr. 7, Tel. 0 78 02 / 48 42
 7600 Offenburg: i. V.: Hubert Wörner, Eisenbahnstr. 25, Tel. 07 81 / 3 43 56
 7601 Ortenberg: Hermann Litterst, Rathaus, Tel. 07 81 / 3 20 51
 7603 Oppenau: Rainer Fettig, Straßburger Str. 6, Tel. 0 78 04 / 20 24
 7550 Rastatt: Gerhard Hoffmann, Oppelner Str. 8, Tel. 0 72 22 / 2 29 01
 7587 Rheinmünster: Adolf Hirth, Kastanienweg 23, Kappelrodeck, Tel. 0 78 42 / 26 15
 7592 Renchen: Erich Huber, Rathaus, Tel. 0 78 43 / 5 01
 7622 Schiltach: Theo Becker, Hohensteinstr. 11, Tel. 0 78 36 / 24 42
 7620 Wolfach: Josef Krausbeck, Kleine Dammstr., Tel. 0 78 34 / 3 88
 7615 Zell a. H.: Thomas Kopp, Gartenstr. 20
 überregionale Mitgliedsgruppe (früher Hauptverein):
 Theo Schaufler, Postfach 1569, 7600 Offenburg, Tel. 07 81 / 8 05 - 2 66

A r b e i t s k r e i s e :

Archäologischer Arbeitskreis: Josef Naudascher
 Arbeitskreis Denkmalspflege: Rudolf H. Zillgith
 Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden: Paul Braun
 Mitarbeiterkreis des Hanauer Museums Kehl: Klaus Hornung, Hauptstr. 17, Kehl
 Arbeitskreis für neuere und Zeitgeschichte: Dr. Heiner Raulff, Lichtenbergstr. 16, Kehl-Goldscheuer

Beiträge für unser Jahrbuch „Die Ortenau“ sind bis spätestens 1.2. jeweils an die Schriftleitung zu richten. Bitte, nur druckfertige Originalbeiträge! Für Inhalt und Form der Arbeiten sind die Verfasser verantwortlich. Die Zeit der Veröffentlichung der angenommenen Arbeiten muß sich die Schriftleitung vorbehalten. Der Abdruck aus der „Ortenau“ ist nur mit Genehmigung der Schriftleitung gestattet, die sich alle Rechte vorbehält. Für unverlangte Manuskripte und Besprechungsstücke kann keine Haftung übernommen werden. Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Besprechungsstücke sind ebenfalls an die Schriftleitung zu senden.

Die Verfasser erhalten 10 Autorenexemplare ihrer Beiträge unberechnet. Wegen vieler Anfragen weisen wir darauf hin, daß jedermann Sonderdrucke einzelner Beiträge in beliebiger Zahl bei der Druckerei A. Morstadt, Buch- und Offsetdruck, 7640 Kehl, Kinzigstraße 25, bestellen kann, spätestens gleich nach Zustellung des Jahrbuchs, da der Drucksatz nach kurzer Zeit eingeschmolzen wird. Danach können die Einzelbeiträge nicht mehr geliefert werden, nur noch der ganze Band, solange der Vorrat reicht.

Bestellungen auf noch lieferbare Jahrgänge nimmt die Geschäftsführung (Postfach 1569, 7600 Offenburg) entgegen, soweit noch Exemplare vorhanden sind.

Laut Beschluß der Jahresversammlung 1978 beträgt der Jahresbeitrag für 1979:

20,— DM für natürliche Personen und Schulen,
 35,— DM für juristische Personen und Körperschaften.

Spenden sind erwünscht.

Der Historische Verein für Mittelbaden e. V., Sitz Offenburg, dient ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen Zwecken; auf Grund des Freistellungsbescheides des Finanzamtes Offenburg vom 2.3.1972 (Az. II/14) ist er berechtigt, selbst Spenden entgegenzunehmen. Gegen die Anerkennung der Mitgliedsbeiträge als steuerbegünstigte Ausgabe nach § 10 b EStG bestehen seitens des Finanzamtes Offenburg lt. Mitteilung vom 19. Juli 1972 keine Bedenken. Die Bescheinigung über die steuerbegünstigten Beträge erfolgt auf der Mitgliedskarte oder auf besonderem Formular.

Die Mitglieder der Mitgliedergruppen entrichten den Jahresbeitrag an deren Rechner, die Mitglieder der überregionalen Mitgliedergruppe (die also keiner Mitgliedergruppe angehören) überweisen auf die Konten des Historischen Vereins für Mittelbaden e. V. (Volksbank Offenburg Nr. 629 55 09, BLZ 664 900 00, Bezirkssparkasse Offenburg Nr. 00 - 361 618, BLZ 664 500 50 oder Postscheckkonto Nr. 60 57 - 756, Postscheckamt Karlsruhe).